

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1966 · TEIL I

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

UNTER BERATENDER MITARBEIT VON

H. Aptheker (USA), G. Bondi (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

REDAKTION

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Horst Handke, Karl Lärmer, Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann,
Roswitha Czollek (Redaktionssekretär)

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther

1966 · TEIL I

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1966

Redaktionsschluß: 1. 6. 1965

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin 8, Leipziger Straße 3-4

Copyright 1966 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/43/66

Gesamtherstellung: IV/2/14 · VEB Werkdruck, 445 Gräfenhainichen · 2550

Bestellnummer: 2103/66/1 · ES 5 B 2 · 14 D

Preis: 20,-

Inhalt

Zu diesem Band 7

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

- G. S. WHEELER Kapitalismus und gesellschaftlicher Charakter des Transportwesens in den USA 11 ^{F 670}
- H. MOTTEK Die Gründerkrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik 51 ^{BA 118}
- Zur Agrargeschichte
- G. HELLING Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert 129 ^{BA 3.17.354}
- G. VOGLER Die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente in Brandenburg vom 15. bis 18. Jahrhundert. Eine Analyse für das kurmärkische Domänenamt Badingen 142 ^{BD 357}

DISKUSSIONEN

- W. JACOBET Volkskunde und Geschichte der Produktivkräfte 175 ^{A 220}
- S. EPPERLEIN Sachsen im frühen Mittelalter. Ein Diskussionsbeitrag zur Sozialstruktur Sachsens im 9. Jahrhundert und seiner politischen Stellung im frühen Mittelalter 189 ^{BE 172}

GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

- H. RADANDT Firmengeschichten - Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung. Methodologische Bemerkungen im Zusammenhang mit der Spezialbibliographie von Karl Wiegel 213
- H. CZIHAK Zur Darstellung einiger betriebsgeschichtlicher Probleme der Entwicklung nach 1945, untersucht am Beispiel der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz 221

Zu diesem Band

Unser stetes Bemühen, vor allem theoretischen und methodologischen Studien im Jahrbuch Raum zu geben, spiegelt sich in diesem Teil in einer besonders glücklichen Weise wider. Wohl alle Studien und Diskussionsbeiträge zeichnen sich durch ihren gewichtigen theoretischen Gehalt aus. Ihre Bedeutung reicht deshalb in den meisten Fällen beträchtlich über den im jeweiligen Titel abgesteckten Rahmen hinaus.

Und noch ein allgemeines Merkmal dieses Bandes: Ein bestimmtes Grundproblem – das des Widerspruchs zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen bzw. ihrer Übereinstimmung – zieht sich durch fast alle Studien. So in der hochaktuellen Arbeit von G. S. Wheeler, in der Studie von H. Mottek zur Gründerkrise und in der Rezension der Bücher von E. Hobsbawm durch J. Kuczynski. Die Agrargeschichte ist wieder mit vier Arbeiten vertreten, deren thematischer Bogen sich vom frühen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert spannt.

Auch in der Gesellschaftswissenschaft wächst – wie in der Naturwissenschaft schon lange – das Bewußtsein von der Bedeutung der Grenzwissenschaften oder sagen wir einfacher und vielleicht auch richtiger von der Verzahnung der Einzelwissenschaften. Es ist darum besonders erfreulich, wenn in diesem Teil ein Volkskundler die zweifellos sehr fruchtbaren Wechselwirkungen zwischen Volkskunde und Wirtschaftsgeschichte herausarbeitet und zur Diskussion stellt.

Die Betriebshistoriker finden in diesem Band eine Spezialbibliographie zur Betriebsgeschichte des Bezirks Leipzig. Für einen Forscher des großen Industriegebietes Leipzig ist sie sicher ein nützliches Hilfsmittel – für andere könnte sie Anregung sein, für den eigenen Bezirk ähnliche Spezialbibliographien zusammenzustellen. Die Arbeit von H. Czihak zu einigen betriebsgeschichtlichen Problemen der Entwicklung nach 1945 wird den Forscherkollektiven in den Betrieben Hilfe bei der Ausarbeitung ihrer Betriebsgeschichten geben.

Mit besonderer Freude bringen wir einen Bericht über die Forschungsarbeiten der jugoslawischen Wirtschaftshistoriker und hoffen, daß er vielleicht so manchem Wissenschaftler den Anstoß geben wird, fruchtbare wissenschaftliche Kontakte aufzunehmen.

Monographien,
Studien und Referate

Diskussionen

Geschichte
der Fabriken und Werke

Kapitalismus und gesellschaftlicher Charakter des Transportwesens in den USA*

VON GEORGE S. WHEELER

Einführung

Landstraßen

Wasserstraßen

Eisenbahnen

1. Der Bau transkontinentaler Eisenbahnen
2. Überkapazität und Monopolisierung
3. Gesellschaftliches Eigentum oder staatliche Regulierung
4. Keine Lösung des Hauptwiderspruchs durch staatliche Eingriffe
5. Vergeudung von Privateigentum
6. Die Emergency Transportation Act von 1933
7. Gewerkschaften und gesellschaftliches Eigentum

Konkurrenz im Verkehrswesen

Kraftverkehr

Schienenverkehr – Niedergang und Wiederbelebung

Luftverkehr

Schlußfolgerungen

EINFÜHRUNG

Historisch gesehen ist der Kapitalismus den gesellschaftlichen Bedürfnissen des Transportwesens in den Vereinigten Staaten noch nie gerecht geworden. Immer waren staatliche Eingriffe notwendig, um die entsprechenden Investitionsmittel zu beschaffen oder die eigentlichen Bauvorhaben auszuführen – und auch um die Preise der Verkehrseinrichtungen und ihre Qualität zu regulieren. In dem Maße, wie die Technik voranschreitet und sich neue Formen des Transports entwickeln, zerbrechen einige der herkömmlichen Formen des Transportmonopols, und neue Konkurrenten treten auf den Plan. Das alles bedeutet indessen nicht, daß sich die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe zur Regulierung des Monopols verringert hätte. Ihre Form und oft auch ihr Zweck haben sich

* Zusammenfassung in englischer Sprache S. 50.

gewandelt, aber die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe zum Schutz der gesellschaftlichen Interessen ist geblieben.

Die neue Technik ist oft kompliziert und kostspielig; sie erfordert staatliche Investitionen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung und oft genug auch für die zum Betrieb der Verkehrsmittel erforderlichen Einrichtungen. Die zunehmende Mannigfaltigkeit der Verkehrsmittel, ihre Kompliziertheit, ja selbst ihre Geschwindigkeit erfordern Regierungseingriffe neuer Art, und zwar speziell im Interesse der Sicherheit. Jede neue Form des Verkehrs hat eine oder mehrere Behörden zur Überwachung ihres Betriebs hervorgebracht. Aber die Vielfalt von Regierungsbehörden, die sich mit dem Transportwesen befassen, hat keineswegs Ordnung in die kapitalistische Verkehrsanarchie gebracht oder zu irgendeiner Art von Planmäßigkeit im Transportwesen der Vereinigten Staaten geführt.

Statt dessen wird das Überangebot an Verkehrsmitteln eine immer alltäglichere Erscheinung, während die Anarchie so weit geht, daß gleichzeitig unentbehrliche Einrichtungen vernichtet werden; obgleich das amerikanische Volk mehr als das irgendeines anderen Landes für das Verkehrswesen ausgibt, erweist sich dieses in vielen Fällen als immer unzulänglicher. Die Bedeutung, die heute den individuellen Verkehrsmitteln, besonders den Motorfahrzeugen, aber in zunehmendem Maße auch den Flugzeugen beigemessen wird, wirft neue gesellschaftliche Probleme auf, zu denen der starke Lärm, die Luftverschmutzung und die Zerstörung der Stadtzentren mit ihren Kultur-, Geschäfts- und Verwaltungsfunktionen gehören. Alle Bemühungen, das Privatauto den Bedürfnissen des Personenverkehrs anzupassen, sind vergeblich, und jetzt, da bereits Milliarden Dollar für Superautostraßen ausgegeben worden sind, ist ein neuer Trend zum Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens, besonders des U-Bahn-Netzes in den großen Städten, zu beobachten.

Wenn wir die historische Entwicklung der wichtigsten Zweige des Transportwesens – der Straßen, Kanäle, Eisenbahnen, Pipelines und Fluglinien – verfolgen, so stellen wir fest, daß sie stets weitgehend vom jeweiligen Stand der Technik, aber auch vom Entwicklungsstand der Wirtschaft überhaupt abhängig war. Eine für Ochsenkarren bestimmte Landstraße ist etwas anderes als eine Autostraße, die von Fernlastzügen mit vierzig Tonnen Gewicht befahren wird. Kanäle für Lastkähne, die von Maultieren gezogen werden, werfen andere Probleme auf als Wasserstraßen für moderne Schleppzüge mit 18 Lastkähnen, die eine Fracht von 30000 Tonnen oder mehr Gewicht befördern. Aber es ist zweckmäßig, jeden einzelnen Zweig des Transportwesens zunächst gesondert zu untersuchen, anstatt mit einem querschnittartigen Überblick über die Gesamtproblematik mit ihren ganzen, äußerst komplizierten Wechselbeziehungen zu beginnen. Danach werden wir dann unsere Ergebnisse zusammenfassen und die allgemeinen Züge der Entwicklung des Transportwesens und ihre gesellschaftliche Bedeutung betrachten können.

LANDSTRASSEN

Noch vor weniger als zwei Jahrhunderten, kurz vor der Gründung der Vereinigten Staaten, war das Transportwesen denkbar primitiv. Der Verkehr zwischen den einzelnen Kolonien wurde hauptsächlich von Segelschiffen ohne feste Fahrpläne bestritten. Am engsten war die Verbindung, entsprechend dem Willen der Kolonialmächte, unmittelbar zu Europa. In den meisten Fällen ging der Verkehr zunächst nach Europa und von dort zurück in die anderen Kolonien. Der Inlandverkehr war fast gänzlich auf spärlich markierte Fußpfade beschränkt. In den günstigsten Fällen stand als schnellstes Verkehrsmittel das Pferd zur Verfügung. Es gab nur einige wenige kurze Straßen für Wagen oder Kutschen. Und auch diese verwandelten sich oft in grundlosen Morast oder gefroren derartig, daß das Reisen in den ungefederten Kutschen alles andere als ein Vergnügen war.

Während der Kriege mit England wurden die Seeverbindungen von der überlegenen britischen Flotte unterbrochen, und das gab der Entwicklung des Inlandverkehrs Auftrieb. Das Bedürfnis nach besseren Verkehrswegen ergab sich dabei nicht so sehr aus dem Bestreben, Einzelpersonen schneller, komfortabler und sicherer von einem Ort zum anderen zu befördern, sondern vor allem daraus, daß der Transport verbessert und seine Kosten verringert werden mußten, um den Handel zwischen den Kolonien zu fördern und dadurch ihren Zusammenschluß zu vereinigten Staaten einer einheitlichen Nation zu begünstigen. Gebraucht wurden Verbindungen zwischen Nord und Süd und auch neue, zugänglichere Wege ins westliche Landesinnere. Außerdem brauchte man Straßen zu Verteidigungszwecken. Dies alles lag im nationalen und gesellschaftlichen Interesse und gleichzeitig auch im Interesse des einzelnen. Von Anfang an war klar, daß die Entwicklung der Nation von verbesserten Transportmöglichkeiten abhing – und daß die Standortverteilung dieses verbesserten Transportwesens weitgehend der Entwicklung der Städte und der Industrie ihr Gepräge geben würde. Aus diesen Gründen entwickelten bald einzelne Landesteile, ja selbst einzelne Städte ein Interesse an bestimmten Transportprojekten, und die daraus resultierenden Rivalitäten bestehen noch heute.

In der Kolonialperiode war es üblich, daß der König von England einzelnen Wirtschaftsunternehmen das Monopol für bestimmte Projekte gewährte, zu denen oft auch das Recht auf Exterritorialität gehörte. Die Methode, durch Aktienaussgabe Investitionsmittel aufzubringen, war bereits in der Kolonialperiode üblich, aber dieser Weg erwies sich als unzulänglich für die Entwicklung von Transportmöglichkeiten, wie sie die junge Nation brauchte. In bezug auf diese erste Kolonialperiode bemerkte der damalige US-Senator aus New York, William Seward, im Jahre 1850: „Ein großes und aus-

gedehntes Land wie das unsere braucht Kanäle und Straßen eher, als genügend Privatkapital innerhalb des Staates für ihren Bau akkumuliert ist.“¹

Viele führende Persönlichkeiten der Frühzeit der Vereinigten Staaten waren sich der Notwendigkeit besserer Straßen bewußt, aber das Verdienst, die detailliertesten und praktischsten Pläne entwickelt zu haben, gebührt Albert Gallatin, der unter Thomas Jefferson Finanzminister wurde. Schon 1802 schlug Gallatin die Verwendung öffentlicher Ländereien zur Finanzierung einer Straße vor, die die Atlantikküste mit dem Ohio, einem der wichtigsten Nebenflüsse des Mississippi, verbinden sollte. 1806 hatte der Kongreß Vermessungen für eine nordsüdliche Poststraße von Maine nach Georgia und für eine Staatsstraße nach dem Westen gebilligt, und 1808 lag bereits ein Projekt Gallatins vor, das ein gesamtstaatliches zusammenhängendes Verkehrswesen unter Einschluß dieser Hauptverbindungswege und eines Kanalsystems vorsah. Die Kanäle sollten sich hauptsächlich entlang der Küste erstrecken; sie sollten die Höhenrücken durchqueren und geschützte Binnenwasserstraßen zwischen den wichtigsten Küstenstädten und auch zwischen den sich entwickelnden Bergbau- und Industriezentren sein. Gallatin veranschlagte die Gesamtkosten für dieses Projekt auf etwa sechzehn Millionen Dollar. Unter anderen bezweifelte jedoch auch Präsident Jefferson, daß die Bundesregierung die Macht habe, derart weitgehende Wirtschaftsprojekte zu verwirklichen.

Juristische Bedenken dieser Art kamen auch aus jenen Kreisen, die von vornherein mißtrauisch waren, wenn es um private Unternehmungen mit Aussicht auf Profit ging. In der Tat hatte die Landstraße zwischen Lancaster und Philadelphia, die 1794 fertiggestellt wurde, den Beweis geliefert, daß mit Hilfe von Wegezöllen in manchen Fällen ansehnliche Profite gemacht werden konnten. Diese Landstraße, die mit einem Kostenaufwand von 465000 Dollar gebaut wurde, führte sechzig Meilen lang durch reiches Farmland und war gleichzeitig einer der Hauptwege der Migration nach dem Westen. In beiden Richtungen wogte ein reger Verkehr – von Ost nach West bewegte sich ein Strom von Menschen und von West nach Ost ein Strom von Farmprodukten. Die Straße war gut befestigt; sie hatte einen steinernen Unterbau und eine Kiesdecke, war 24 Fuß breit und warf dank ihrer vorteilhaften Streckenführung von Anfang an Profite ab.² Ihr Erfolg löste eine Welle spekulativer Straßenbauten aus, die in den meisten Fällen nur wenige Meilen lang waren. Einige von ihnen waren Privatunternehmen, bei anderen handelte es sich um gemischte Unternehmen. So erwarb zum Beispiel 1825 der Staat Pennsylvania Aktien von 56 Landstraßenkorporationen, in die er 1,8 Millionen Dollar investierte. Die Gesamtsumme der privaten Investitionen wird für diesen Zeitpunkt auf etwa vier Millionen Dollar geschätzt.³

1 *Annals of Congress*, 31st Congress, First Session, S. 851, zit. nach: Goodrich, Carter, *Government Promotion of American Canals and Railroads, 1800–1890*, New York 1960, S. 9.

2 *Chamberlain, John*, *A History of American Business*, in: *Fortune*, Aug. 1961, S. 124.

3 *Goodrich, Carter*, a. a. O., S. 19 u. 62.

Das zersplitterte System von Privatstraßen, die zum Teil gut, zum Teil schlecht waren, konnte das gesellschaftliche Bedürfnis nach guten Poststraßen und nach einer großen Fernstraße nach dem Westen nicht decken, und dieser Aufgabe nahm sich die Bundesregierung an. Die vom Kongreß im Jahre 1806 gebilligte Staatsstraße, die mit Mitteln aus dem Verkauf von öffentlichen Ländereien finanziert wurde, erreichte schließlich Vandalia, Illinois, 834 Meilen westlich von der Hauptstadt des Landes. Sie kostete insgesamt 6821200 Dollar, und bis sie durch den Bau der Eisenbahnen veraltete, bestritt sie einen gewaltigen Teil des Personen- und Güterverkehrs nach dem Westen. Sie spielte eine große Rolle bei der Senkung der Transportkosten und ganz allgemein bei der Entwicklung der Nation. Aber sie war schon veraltet, noch ehe sie 1852 Vandalia erreichte – und bis Vandalia ist es erst ein Drittel des Weges zur Pazifikküste. Die restliche Strecke war unbefestigt, und bis im Jahre 1869 die transkontinentale Eisenbahn fertiggestellt wurde, dauerte eine Reise zur Pazifikküste mehrere Monate und war sehr beschwerlich.

WASSERSTRASSEN

Die Kanäle Chinas und Europas hatten seit langem bewiesen, daß derartige Verkehrswege in der Regel rationeller für den Gütertransport und komfortabler für die Personenbeförderung sind als Straßen. In den Vereinigten Staaten waren die großen Seen- und Flußsysteme schon seit der frühen Kolonialzeit der Weg zur Erforschung des Landesinnern und zur Entwicklung des Handels gewesen. Es lag nahe, Projekte zur Überwindung der hier bestehenden Schranken durch Kanalsysteme und Schleusen an den Wasserfällen und Stromschnellen zu entwickeln und an Kanalverbindungen zwischen den Flüssen und Seen zu denken. 1803, als man den Franzosen Louisiana abkaufte, wurde der Mississippi frei für die Schifffahrt, die sich zunächst auf der Basis eines ausschließlich flußabwärts führenden Güterverkehrs und dann mit Hilfe der Schaufelrad-dampfer entwickelte, nachdem Robert Fulton 1807 mit Erfolg das System dieses Beförderungsmittels demonstriert hatte. 1822 begann die Bundesregierung mit der Regulierung des Mississippi, der zunächst vom Treibgut befreit wurde; dann ging man an den Bau von Schleusen und Kanälen im Gebiet der größten Wasserfälle, so am Ohio bei Louisville, Kentucky. Als der Bürgerkrieg ausbrach, hatte die Bundesregierung bereits mehr als drei Millionen Dollar für die Verbesserung der Binnenwasserwege ausgegeben, und die Zahl der Flußschiffe ging in die Tausende. Im Laufe des Krieges wurde jedoch der größte Teil von ihnen zerstört, und als dann der erbitterte Konkurrenzkampf mit den Eisenbahnen begann, kam der Dampfbootverkehr praktisch völlig zum Erliegen.

Die Verbesserung der Flußdampfboote hatte erneut die relative Langsamkeit und Kostspieligkeit des damaligen Straßenverkehrs unterstrichen. Man brauchte bessere Möglichkeiten für den Verkehr und den Handel mit dem Innern des

Landes. Gallatins Projekt für einen Kanal, der den Hudson River mit den Großen Seen verbinden sollte, war an Konkurrenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Landesteilen gescheitert, denn seine Verwirklichung hätte dem New Yorker Hafen eine Vorrangstellung gegenüber den aus Boston, Baltimore und Philadelphia kommenden Verbindungswegen verschafft, den südlichen Küstenstädten aber nur wenig Vorteile geboten. Aus diesem Grunde – und weil kein privates Unternehmen bereit oder fähig war, das Projekt in Angriff zu nehmen – begann der Staat New York 1817 mit dem Bau des Erie-Kanals. Er wurde 1825 fertiggestellt, und bei einer ursprünglichen Tiefe von vier Fuß und einer Breite von vierzig Fuß konnte er von Kähnen mit einem Fassungsvermögen bis zu siebzig Tonnen befahren werden. Dieser Kanal war 363 Meilen lang und verringerte die Transportkosten je Tonne Fracht von Buffalo nach Albany von bis dahin etwa hundert Dollar auf zehn Dollar. Die Straßentransportkosten waren tatsächlich inzwischen so abschreckend hoch geworden, daß die meisten Güter, wie zum Beispiel Weizen, überhaupt nicht mehr weit auf Straßen transportiert wurden.

Der Kanal hatte eine wahrhaft revolutionäre Auswirkung auf das Wirtschaftsleben; er erschloß das ganze Seengebiet der kommerziellen Landwirtschaft für den New Yorker Markt und beförderte gleichzeitig einen starken Strom von Fertigwaren und auch von Siedlern nach dem Westen, die ihrerseits wieder neue Farmprodukte erzeugten und Abnehmer größerer Warenmengen wurden. Der Kanal soll den New Yorker Kaufleuten und Bankherren derartige Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten in anderen Küstenstädten verschafft haben, daß diese sich nie wieder davon erholten. Und trotz der ständigen Senkung der Benutzungsgebühren und trotz weiterer Investitionen war der Kanal ein finanzieller Erfolg. Er kostete den Staat New York rund sieben Millionen Dollar und brachte ihm Reingewinne von rund einer Million Dollar jährlich, so daß die gesamten Kosten bis 1836 getilgt waren. 1862 hatte der Kanal bereits eine Tiefe von sieben Fuß und eine Breite von siebenzig Fuß, was insgesamt 57 Millionen Dollar kostete und 84 Millionen Dollar einbrachte.⁴ Der große Erfolg des Erie-Kanals löste eine Welle von zum großen Teil unrationellen Kanalbauten aus, die praktisch alle mehr kosteten und einen geringeren Gewinn versprachen. Die wichtigsten Konkurrenzprojekte waren der von Baltimore finanzierte Kanal, der den Potomac hinauf über die Berge nach Ohio führen sollte, und ein von Philadelphia finanziertes kombiniertes Schleusen-Kanal-System, bei dem eine maximale Höhe von 2300 Fuß zu überwinden war. Der Erie-Kanal hingegen führte nur 630 Fuß hoch. Gallatin hatte recht gehabt mit seiner Feststellung, daß „nur die Landesgesetzgebung, die alle Interessen berücksichtigt und über alle lokalen Erwägungen erhaben ist, für die Entscheidung über solche nationalen Projekte zuständig ist“⁵.

4 *Faulkner, Harold Underwood*, *American Economic History*, 8. Aufl., New York 1960, S. 269; *Goodrich, Carter*, a. a. O., S. 53 ff.

5 *Goodrich, Carter*, a. a. O., S. 32.

Viele der kleineren Projekte wurden zumindest teilweise mit Privatkapital finanziert, wobei man viele Aktien in Europa, besonders in England verkaufte. Aber die drei größten Kanäle waren Regierungsunternehmen; der Pennsylvania-Schleusenkanal kostete den Staat zehn Millionen Dollar, und der Chesapeake- und Ohio-Kanal auf dem Potomac verschlang elf Millionen Dollar, ehe er 1850 Cumberland erreichte. Der Staat Maryland investierte davon sieben Millionen Dollar, während Baltimore und die anderen Städte mehr als 1,5 Millionen Dollar beisteuerten und die Bundesregierung eine Million Dollar und vier Millionen acre öffentliche Ländereien zur Verfügung stellte.⁶

Die Kanäle bedeuteten im allgemeinen einen großen Fortschritt im Transportwesen, wenn einige von ihnen auch nicht nach einem rationellen Plan angelegt wurden. Viele Mißerfolge waren das Ergebnis unbesonnener Spekulation; in den meisten Fällen aber scheiterten die Projekte an verheerenden zyklischen Krisen, die wiederholt die Wirtschaft erschütterten – davon ein Dutzend innerhalb von weniger als einem Jahrhundert nach Gründung der Republik. Aber eine weitere Ursache des Mißerfolges war die Tatsache, daß die Kanäle nicht mit jenem moderneren Verkehrsmittel konkurrieren konnten, das beweglicher hinsichtlich der Streckenführung war, im allgemeinen den Vorzug größerer Schnelligkeit hatte und das ganze Jahr hindurch in Betrieb sein konnte: der Dampfbahn. Wie es seinerzeit mit den Straßen geschehen war, ließ auch hier wiederum das Tempo des technischen Fortschritts ein Verkehrsmittel veralten, das selber noch relativ jung, ja noch nicht einmal voll entwickelt war – ganz abgesehen von dem Problem der unfairen Konkurrenz, die das Verhältnis der Eisenbahn zu anderen Verkehrsmitteln charakterisierte.

EISENBAHNEN

Die Entwicklung der Eisenbahnen erstreckte sich über einen langen Zeitraum. Die Verbesserung jener Handkarren mit hölzernen Rädern, die in Steinbrüchen und Kohlenbergwerken benutzt wurden, ging nur sehr langsam vor sich. Dunbar schreibt, daß „England seit fast 200 Jahren Eisenbahnen gebaut, seit 1738 Eisenschienen hergestellt und seit 1804 Dampflokomotiven gebaut hatte“⁷. 1825 hatte Stevenson in England eine Lokomotive vorgeführt, die einen neunzig Tonnen schweren Zug mit 34 Waggons zog und eine Geschwindigkeit von zehn bis zwölf Meilen in der Stunde erreichte. Ein solches Tempo war bisher undenkbar gewesen, und die Eisenbahnen bewirkten mit der großen Elastizität ihres ganzjährigen Betriebes eine wahre Revolution im Transportwesen, ja überhaupt in der Wirtschaft und Kultur der sich entwickelnden kapitalistischen Länder.

Die erste Eisenbahn, die in den Vereinigten Staaten in Betrieb genommen wurde, verkehrte zwischen Baltimore und Ohio; sie nahm 1830 auf einer Strecke von

⁶ *Faulkner, Harold Underwood*, a. a. O., S. 272.

⁷ *Dunbar, Seymour*, *History of Travel in America*, Bd. 3, (1915), S. 906.

dreizehn Meilen den Betrieb auf, wobei Pferde und versuchsweise auch schon Dampflokomotiven zur Beförderung von Frachtgut und Passagieren benutzt wurden. Im gleichen Jahr erreichte eine Dampflokomotive in Charleston, Süd-Carolina, eine Geschwindigkeit von 21 Meilen pro Stunde. Dieses Tempo und auch das Gewicht der Lokomotive erforderten eine Verbesserung des Gleisbetts, der Weichen, der Schienen und der Bremsen. Aber noch viele Jahre später war eine Eisenbahnfahrt infolge mangelnder Sicherheitsvorkehrungen ein äußerst riskantes Unterfangen.

Baltimore war besonders daran interessiert, seine Eisenbahn bis nach Washington, D. C., und weiter nach Westen zu führen, um seine Handelsposition gegenüber der Stadt New York mit ihrem Erie-Kanal zu verbessern. Die *B & O* erreichte Harpers Ferry auf dem Potomac schon 1832, aber infolge von Wirtschaftskrisen wurde die Strecke nicht vor Ende 1852 bis zum Ohio River bei Wheeling weitergeführt. Inzwischen hatte eine fieberhafte Eisenbahnspekulation zum Bau zahlreicher kurzer und fast völlig unkoordinierter Eisenbahnlinien geführt. Auf der 350 Meilen langen Strecke von Albany nach Buffalo, New York, gab es sieben kurze Eisenbahnlinien, die alle ihre eigene Endstation, ihre eigenen Betriebsanlagen und ihren eigenen Fahrplan hatten. Es gab keine durchgehende Verbindung. Noch 1850 mußte man, um von der Atlantikküste nach Chicago zu kommen, sechzehnmal von einer Linie zur anderen umsteigen. Das britische Parlament hatte schon 1846 eine „Standardspurweite“ von 4 Fuß 8,5 Zoll gefordert, aber in den Vereinigten Staaten gab es noch 1871 nicht weniger als 23 Spurweiten, die von drei bis sechs Fuß variierten. Erst nach 1887 akzeptierten faktisch alle Eisenbahngesellschaften die Standardspurweite – und erst da wurde es möglich, Güter- und Personenzüge allgemein auszutauschen, so daß Frachten und Passagiere ihr Reiseziel erreichen konnten, ohne jeweils an den Grenzen des Privateigentums der einzelnen Eisenbahngesellschaften den Zug wechseln zu müssen. Aber noch heute muß man im transkontinentalen Verkehr in Chicago und anderen Orten am Mississippi, den Endstationen der verschiedenen in Ost und West operierenden Gesellschaften, umsteigen.

Hier sehen wir den scharfen Konflikt zwischen den Grenzen, die das Privateigentum zieht, und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach einem produktiven und angemessenen gesamtstaatlichen Verkehrswesen. Der wirtschaftliche Fortschritt, der größere Möglichkeiten für private Geldansammlung mit sich brachte, ermöglichte es auch, daß bei den ersten Eisenbahnbauten ein größerer Teil der Projekte kapitalistisch finanziert wurde, als dies bei den Kanälen der Fall gewesen war. 1840, nur zehn Jahre nach der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie in den Vereinigten Staaten, gab es in diesem Land dreihundert Eisenbahngesellschaften – und die Strecken, die sie betrieben, hatten eine durchschnittliche Länge von nur elf Meilen!⁸ Die rasche und gleichzeitig so zersplitterte Entwicklung des neuen Verkehrszweiges war ihrerseits wiederum

eine wesentliche Ursache der Zusammenschlüsse von Unternehmen und der Versuche zur Koordinierung und Monopolisierung des Verkehrs.

Die Technologie der Dampfbahn erforderte durchgehende Strecken, die die wichtigsten Produktions- und Handelszentren verbanden. In den Vereinigten Staaten wurde man dieser Forderung durch Eigentumsverschmelzungen gerecht, wobei gewöhnlich das stärkere Unternehmen das schwächere aufsaugte – ein Prozeß, der durch die periodisch wiederkehrenden Krisen, die viele Eisenbahngesellschaften ruinierten, noch gefördert wurde. Der erste größere Zusammenschluß im Bereich einer ganzen Eisenbahnlinie brachte 1853 die Zusammenfassung der zersplitterten Strecken zwischen New York City und Buffalo zur *New York Central*. Bereits 1869 reichte das Netz der *New York Central* infolge weiterer Verschmelzungen bis zu dem sich rasch entwickelnden Eisenbahnknotenpunkt Chicago. Auf ähnliche Weise schluckte die *Pennsylvania Railroad* bis 1880 44 kleinere Eisenbahngesellschaften, so daß ein einheitliches Netz mit einer Gesamtlänge von insgesamt 3773 Meilen entstand. Im nächsten Jahrzehnt verschlang die „*Pennsy*“ weitere 29 Gesellschaften und brachte es damit auf ein Streckennetz von mehr als fünftausend Meilen.

Diese Zusammenschlüsse wurden in wesentlichem Maße durch die Erfordernisse eines rationellen Bahnbetriebs diktiert, was für die Kapitalisten, die diese Operation vornahmen, freilich nur eine zweitrangige Erwägung war. Ihr Hauptinteresse galt dem Profit, und oft trieben sie dabei Aktienspekulationen, und zwar nicht etwa um die Mittel für Investitionen zur Verbesserung der Eisenbahnen aufzubringen, sondern lediglich zur Bereicherung der Spekulanten. Einige Eisenbahnen, wie zum Beispiel die *New Haven*, befanden sich in einem blühenden Zustand, bis sie „reorganisiert“ wurden, und noch heute, nach fast einem Jahrhundert, leiden sie unter den Folgen der damaligen finanziellen Machenschaften und unter der daraus resultierenden Schuldenlast.

Hatten die Eisenbahnmagnaten schon am rationellen Betrieb ihrer eigenen Strecken nur ein zweitrangiges Interesse, so waren sie noch weit weniger an der Entwicklung eines rationellen Transportsystems überhaupt interessiert. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten entwickelte sich rasch, und der Ausbau der Eisenbahnen stimulierte diese Entwicklung. Aber es handelte sich bei dem ganzen Prozeß um ein äußerst unstetiges Wachstum, und vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Depression war die Kapazität der Eisenbahnen weit größer als der Bedarf. Jede Eisenbahngesellschaft versuchte, sich so viel Aufträge wie möglich zu sichern, und zwar teils durch heimlichen Rabatt für Großkunden, teils durch offen zugegebene Tarifsenkungen. Zu diesen Tarifsenkungen für die Fracht- und Personenbeförderung wurden die verschiedenen Eisenbahngesellschaften durch die Konkurrenz der Kaufleute in den Häfen getrieben, die sie auf der ganzen Strecke zwischen Boston und New Orleans versorgten. Dieser Kampf wuchs sich zu regelrechten „Tarifkriegen“ aus, die so selbstmörderisch

9 Campbell, E. G., *The Reorganization of the American Railroad System, 1893 bis 1900*, New York 1938, S. 11.

waren, daß Vereinbarungen der Konkurrenten über eine Aufteilung des Verkehrs zu Monopolтарifen unvermeidlich wurden. Wir werden auf die Probleme des Monopolmißbrauchs und der Regulierungsversuche noch zurückkommen, wenn wir die Methoden des Ausbaus des Eisenbahnsystems der Vereinigten Staaten als Ganzes näher untersucht haben.

1. Der Bau transkontinentaler Eisenbahnen

Es wurde schon bemerkt, daß die ersten Eisenbahnen östlich des Mississippi im allgemeinen weniger auf die finanzielle Hilfe der Regierung angewiesen waren als seinerzeit die Kanäle. Aber das ist nur bedingt richtig, und die staatlichen und örtlichen Behörden spielten eine große Rolle bei der Finanzierung von Unternehmen, die heute zu den größten Eisenbahngesellschaften gehören. So stellte zum Beispiel der Staat New York drei Millionen Dollar zum Bau der *Erie*, der ersten Eisenbahnlinie zu den Großen Seen, zur Verfügung. Philadelphia subventionierte die *Pennsylvania Road*, heute die größte Eisenbahngesellschaft, mit fünf Millionen Dollar. Baltimore war der Geldgeber der *B & V*, während Virginia zwanzig Millionen Dollar zum Erwerb der Aktien verschiedener Eisenbahnprojekte ausgab. Der Staat Georgia fungierte nicht nur als Bauherr der Eisenbahnlinie nach Chattanooga, Tennessee, sondern betrieb diese Strecke auch bis zum Jahre 1870 in eigener Regie. Man schätzt, daß die staatlichen und kommunalen Behörden bereits 1840 rund neunzig Millionen Dollar in den Eisenbahnbau investiert hatten.¹⁰

Wenn die Kapitalisten schon für den Bau zahlreicher Eisenbahnen im Osten des Landes Hilfe in Anspruch nahmen, so waren sie gänzlich unfähig und auch abgeneigt, das noch weit größere und riskantere Projekt transkontinentaler Eisenbahnlinien privat zu finanzieren. Ein Blick auf die Karte läßt erkennen, daß man bei einer Reise von der Ost- zur Westküste in Chicago – dessen Vorstellung sich so oft mit dem Begriff des Westens verbindet – erst ein Drittel der Entfernung zum Atlantik zurückgelegt hat. Dahinter liegt noch ein Gebiet von nahezu zweitausend Meilen, durchzogen von zwei riesigen Gebirgszügen und ausgedehnten, noch heute kaum bewohnten Wüsten, denen sich damals eine Wildnis mit feindselig gestimmten Indianern anschloß. Aber die Nation brauchte ganz einfach den Eisenbahnverkehr als Bindeglied zwischen dem Osten und den sich rasch entwickelnden Siedlungen in California und Oregon. Außerdem gab es noch keinerlei nord-südliche Eisenbahnverbindungen durch das Mississippi-Tal.

Bezeichnenderweise war es gerade die letztgenannte Eisenbahn, die als erste gebaut und die das Modell bundesstaatlicher Finanzierung durch Überlassung ausgedehnter öffentlicher Ländereien längs der geplanten Strecke

10 *Faulkner, Harold Underwood*, a. a. O., S. 280; *Goodrich, Carter*, a. a. O., S. 12, 56 u. 62.

lieferte. 1850 genehmigte der Kongreß den Bau dieser Eisenbahn von Chicago im Bereich der Großen Seen nach Mobile, Alabama, am Golf von Mexico. Der Kongreß legte dabei sowohl die Endpunkte der Linie als auch die allgemeine Streckenführung fest und überließ den Unternehmern 3,7 Millionen acre Land entlang der Bahnlinie. Die Einigung darüber kam im Kongreß deshalb zustande, weil die Bahn sowohl den südlichen Sklavenhaltern als auch den Interessengruppen des Nordens diene – wenn das Projekt, vom wirtschaftlichen und nationalen Standpunkt aus betrachtet, in Anbetracht der großen Wasserstraßen des Mississippi auch weit geringere Bedeutung hatte, als eine Eisenbahnverbindung zum Pazifik.

Für die Plantagenbesitzer kam von vornherein nur die allersüdlichste Strecke nach Westen – mit dem höchsten Gebirgspaß – in Frage, hofften sie doch, daß eine solche Bahnlinie die wirtschaftliche Macht der Sklavenhalterstaaten stärken würde. Erst nachdem sich diese von der Union getrennt hatten, verabschiedete der Kongreß 1862 die Pacific Railroad Act, und es wurde 1864, ehe Präsident Lincoln die Endstationen – Omaha, Nebraska, im Osten und Sacramento, California, im Westen – bestimmen konnte.

Die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe stand außer Frage. Die privaten Bankiers und Unternehmer dachten gar nicht daran, das Risiko einer privaten Gründung auch nur in Erwägung zu ziehen: Wenn die Nation eine transkontinentale Eisenbahn wollte, so sollte sie sie auch selber bauen. Diskutiert wurde nur über das Ausmaß und die Form des staatlichen Eingriffs.

Der Kongreß überließ der *Union Pacific Railroad Company* zwanzig Quadratmeilen (12800 acre) Land für jede Streckenmeile, die gebaut wurde, und gewährte darüber hinaus pro Meile Kredite von 16000 Dollar in der Prärie, von 32000 Dollar im Wüstengebiet zwischen den Bergen und von 48000 Dollar im Gebirge. Und die Regierung bewilligte ihrerseits noch eine zweite Hypothek zum Schutz dieser Kredite, damit die privaten Bauherren durch Aufnahme einer ersten Hypothek weitere Mittel aufbringen konnten. Alles in allem trug die Regierung bis auf zwei Prozent alle Investitionskosten und sämtliche damit verbundenen Risiken.

Um die gesellschaftlichen Interessen, die bei dem Projekt und den damit verbundenen riesigen Investitionen berührt wurden, wenigstens teilweise zu schützen, gründete der Kongreß eine gemischte Gesellschaft, von deren zwanzig Direktoriumsmitgliedern fünf die öffentliche Hand vertraten. Er bestimmte ferner, daß staatliche Sachverständige die Qualität jeder Streckenmeile zu inspizieren und zu bestätigen hätten, ehe Zahlungen dafür geleistet wurden. Wenn man bedenkt, wie groß das gesellschaftliche Interesse an dieser Eisenbahn war und aus welchen praktischen Gründen die Regierung ihren Bau in Angriff nahm, so ergibt sich die Frage, weshalb die Linie nicht überhaupt vom Staat gebaut, in Besitz genommen und betrieben wurde. Die Antwort, die in den Kongreßdebatten gegeben wurde, ist recht aufschlußreich, und zwar nicht nur für den Geschichtsverlauf, sondern auch für die Entwicklung und die große Popularität staatlicher Kontrakte mit den Kapitalisten in unserer Zeit.

Der Repräsentantenhausabgeordnete John Reagan behauptete, die gemischte Form der Organisation, bei der der eigentliche Bau Privatunternehmern übertragen werde, sei beim Kongreß so beliebt, weil es der ideale Weg für eine Maximierung der Korruption sei! Der „Credit Mobilier“-Skandal, der bald darauf ausbrach, gab ihm recht, waren doch nicht nur Kongreßmitglieder, sondern auch höchste Regierungsbeamte aller Ressorts in diese Bestechungsaffäre verwickelt.¹¹ Die Schätzungen hinsichtlich der Höhe des „Profits“, genauer gesagt der Schiebung, gehen auseinander. Der zuständige Ausschuß des Repräsentantenhauses kam zu der Feststellung, daß bei dieser Skandalaffäre etwa 23 Millionen Dollar Profit aus einer Investition von etwa vier Millionen Dollar gezogen worden seien. Faulkner zitiert eine Quelle, wonach der westliche Abschnitt der Eisenbahn, die *Central Pacific*, Baukosten von 58 Millionen Dollar verursachte, den Vertragspartnern aber 120 Millionen Dollar gezahlt wurden – ein Profit von 62 Millionen Dollar bei einer eigenen Investition von nur einer Million Dollar!¹²

Die *Union Pacific* wurde 1869 vollendet; in nur fünf Jahren war eine Strecke von 1800 Meilen Länge gebaut worden. Diese Linie paßte den Verkehr, der sich bislang auf dem technologischen Niveau von Pferd und Ochsenkarren bewegt hatte, der Technologie der Eisenbahnära an, wobei der Zeit- und Kostenaufwand des transkontinentalen Verkehrs in einem solchen Maße verringert wurde, daß die Wirtschaft nun zum erstenmal in gewissem Maße als etwas Zusammenhängendes betrachtet werden konnte. Gleichzeitig bewies dieser Eisenbahnbau, daß derart stark subventionierte Objekte große Profitmöglichkeiten boten. 1871, als die letzten Ländereien für den Bau transkontinentaler Strecken zur Verfügung gestellt wurden, hatte der Kongreß den Eisenbahngesellschaften insgesamt 183, 2 Millionen acre Land, das sind rund zehn Prozent des gesamten Bodens des Landes, überlassen!¹³ Außerdem erhielten die Eisenbahngesellschaften nach Goodrich in der Zeit von 1861 bis 1890 von örtlichen Stellen noch insgesamt 175 Millionen Dollar.

2. Überkapazität und Monopolisierung

Trotz der sehr hohen staatlichen Investitionen blieben die Eisenbahnen (mit Ausnahme von Alaska) in privater Hand, und sie wurden auch privat betrieben. 1893 hatte das Eisenbahnnetz eine Gesamtlänge von 176 461 Meilen. In manchen Gebieten, so zwischen New York und Chicago und zwischen Chicago und Omaha, waren durch Doppelinvestitionen ungeheure Mittel ver-

¹¹ *Fogel, Robert William, The Union Pacific Railroad. A Case in Premature Enterprise, Baltimore 1960, S. 27, 49 u. 53.*

¹² *Faulkner, Harold, Underwood, a. a. O., S. 484.*

¹³ *Federal Coordinator of Transportation, Public Aids to Transportation, T. 1, Bd 1, U. S. Govt. Printing Office (im folgenden: U. S. G. P. O.), Washington, D. C., 1940, S. 13/14 u. 19.*

geudet worden – in einigen Fällen gab es für ein und dieselbe Verbindung nicht weniger als fünf verschiedene Gesellschaften. In anderen Gegenden jedoch, vor allem auf dem Lande, bestand nur eine einzige oder überhaupt keine Eisenbahnlinie. Diese anarchische Entwicklung brachte es mit sich, daß zwischen manchen Städten übermäßig viel Verbindungen bestanden, was zu einem erbitterten Konkurrenzkampf um die Aufträge der besten Kunden, wie zum Beispiel der Öl- und Kohlegesellschaften, führte. Die durch niedrige Tarife verursachten Einbußen wurden dann durch erhöhte Gebühren auf Strecken ohne Konkurrenz und im Verkehr mit solchen Kunden wettgemacht, die, wie zum Beispiel Farmer, ökonomisch nur geringen oder überhaupt keinen Druck auf die Eisenbahngesellschaften ausüben konnten. Diese Diskriminierung traf nicht nur die „kleinen“ Kunden, sondern ganze Landesteile – und weckte natürlich einen tiefen Groll gegenüber den Monopolen. Die Devise der Eisenbahngesellschaften, „nehmen, was der Verkehr hergibt“, diente der Profitsteigerung. Sie steigerte aber auch die Opposition der Öffentlichkeit gegen die Eigentümer der Eisenbahnen und ihren Machtmißbrauch.

Um die Machenschaften der Eisenbahnmonopole wirksamer bekämpfen zu können, gründeten die New Yorker Kaufleute 1873 die American Cheap Transport Association, wobei sie sich mit den empörten Farmern verbanden, um eine politische Massenbasis zu gewinnen, die es ihnen ermöglichte, die Eisenbahngesellschaften unter Druck zu setzen. Die Empörung über die übermäßig hohen Kosten, die schlechten Beförderungsbedingungen und die arrogante Haltung der Eisenbahnmonopolisten war ein wesentlicher Faktor der Entwicklung von Protestbewegungen der Farmer, an deren Anfang die Granger-Bewegungen der siebziger Jahre standen und die sich über die später gegründete National Farmers Alliance und die noch breitere Populisten-Bewegung der neunziger Jahre bis in unser Jahrhundert – zum Beispiel in Form der Non-Partizan League 1924 – fortsetzte.

Als im Jahre 1873 mit der *B & O* die fünfte große Eisenbahnlinie zwischen New York und Chicago den Betrieb aufnahm, begann ein neuer Tarifkrieg. Der Transport eines Bushel Weizens von Chicago zu den Atlantikhäfen hatte 1873 noch sechzig Cent gekostet, 1875 aber waren es nur noch zwanzig Cent – mit dem Ergebnis, daß die Farmer im Staat New York höhere Transportkosten zahlen mußten, um ihren Weizen auf den Markt zu bringen, als ihre Konkurrenten tausend Meilen weiter westlich. 1877 hatten die Tarifkriege einige der größten Gesellschaften an den Rand des Bankrotts gebracht, so daß sie übereinkamen, den Verkehr untereinander aufzuteilen. Die *Erie* und die *New York Central* übernahmen je 25 Prozent des Verkehrs nach dem Westen, während der *Pennsy* ebenfalls 25 Prozent, der *B & O* aber nur neun Prozent zugesprochen wurden. Als Entschädigung durfte die *B & O* jedoch bei Beförderungen vom Westen nach Baltimore pro Bushel Weizen drei Cent weniger verlangen.

Die letztgenannte Bestimmung gefiel natürlich den Exporteuren von Baltimore, brachte jedoch ihre Konkurrenten in New York und anderen Hafenstädten in Harnisch. Das Kartell oder „pool agreement“ der Eisenbahn-

gesellschaften vom Jahre 1877 war ein Ausdruck der Tatsache, daß diese Gesellschaften für die Industrie Herr über Leben und Tod waren und daß sie, wenn man ihnen nicht Einhalt gebot, willkürliche Monopolabsprachen trafen, die ihre Profite auf Kosten der Gesellschaft vergrößerten. Tatsächlich mußte der Kapazitätsüberschuß des Eisenbahnsystems zwangsläufig zu solchen Schritten führen, wenn die Regierung nicht eingriff, um einen Konkurrenzkampf auf Leben und Tod zu unterbinden. Das Monopol führt eben unter den Bedingungen des Privateigentums an getrennten Bestandteilen eines Systems, das technologisch ein einheitliches Ganzes sein sollte und es in gewissem Sinne auch ist, am dichtesten an einen wirklich rationalen Eisenbahnbetrieb heran.

3. *Gesellschaftliches Eigentum oder staatliche Regulierung*

In dieser Situation, in der der Eisenbahnbetrieb zwangsläufig zum Monopol als der kapitalistischen Form der Lösung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter des Transportwesens und seinem Privateigentum tendierte, hatte die Gesellschaft zwei Möglichkeiten: Die Eisenbahnen mußten entweder von der Gesellschaft übernommen, in staatliches Eigentum überführt und staatlich betrieben werden, oder man mußte versuchen, die Tarife und Dienstleistungen zu regulieren. Nach dem großen Erfolg des staatlich betriebenen Erie-Kanals und dem Machtmißbrauch der Privateigentümer der Eisenbahnen seit dem Entstehen dieses neuen Verkehrszweigs war es nur natürlich, daß man die Forderung nach Verstaatlichung erhob. Benson bezeugt dies schon für das Jahr 1843, und von den Farmern wird immer wieder berichtet, daß sie darin eine Alternative zur staatlichen Regulierung oder sogar die Idealösung sahen.¹⁴

Es ist ebenso natürlich, daß sich in einer kapitalistischen Gesellschaft andererseits eine starke Opposition gegen den Gedanken staatlichen Eigentums und eine starke Vorliebe für privates Unternehmertum zeigt, wobei Versuche unternommen werden, den Monopolkapitalismus durch erweiterte Regierungseingriffe erträglich zu machen. Schon die ersten Eisenbahnen waren einer gewissen Form der Regulierung unterworfen. Als Gegenleistung für ihre Hoheitsrechte mußten die Eisenbahngesellschaften dem Staat, der ihnen diese Rechte übertrug, Einblick in ihre Einnahmen gewähren und ein bestimmtes Maß an Kundendienst, Hygiene und Sicherheit garantieren; ebenso hatten sie sich der staatlichen Forderung nach Einsatz von Bremsern zu fügen. Erst später, 1893, wurde ein Bundesgesetz verabschiedet, das die Eisenbahngesellschaften verpflichtete, automatische Luftbremsen zu verwenden.¹⁵

Als sich jedoch das Eisenbahnnetz über die Grenzen der einzelnen Staaten hinaus entwickelte und der zwischenstaatliche Handel zunahm, erwies es sich

14 Benson, Lee, *Merchants, Farmers and Railroads*, New York Politics, 1850–87, Harvard 1955, S. 3.

15 Fair, Marvin Luke, *Economics of Transportation*, New York 1959, S. 77.

für die einzelnen Staaten als immer schwerer, mächtigen Gesellschaften, die ihre Zentrale in anderen Staaten hatten, wirksam Vorschriften zu machen. 1886 entschied das Oberste Gericht dann¹⁶, die einzelnen Staaten seien nicht befugt, regulierend in den zwischenstaatlichen Handel einzugreifen, und speziell habe Illinois nicht das Recht, die Eisenbahnen daran zu hindern, eine Tarifikriminierung zu betreiben, indem sie für kurze Beförderungsstrecken auf derselben Linie höhere Gebühren forderten als für längere. Durch diese Entscheidung erreichte die Empörung der Öffentlichkeit ihren Höhepunkt, und die Interstate Commerce Act wurde 1887 im Kongreß mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Interstate Commerce Act bedeutete eine radikale Abkehr vom „laissez faire“ – eine Anerkennung der Tatsache, daß die kapitalistischen Marktbeziehungen in einem großen Teil der Wirtschaft nicht zu annehmbaren Ergebnissen führten. Statt daß die Konkurrenz zu Dienstleistungen mit möglichst niedrigen Kosten führte, brach sie unter ihrer eigenen Intensität zusammen und führte zu Monopolabsprachen über die Erhöhung der Tarife und die Verringerung der Dienstleistungen. Die Monopolpreise wiederum schädigten nicht nur die Verbraucher überhaupt, sondern insbesondere auch diejenigen Kapitalisten, deren Produktionskosten – oft auf diskriminierende Weise – erhöht wurden. Dieser Interessenkonflikt innerhalb der Kapitalistenklasse ist ein Kriterium der Regierungseingriffe im gesamten Bereich des Transportwesens, nicht nur was die Eisenbahnen betrifft. Als Kunden der Eisenbahn befürworteten die Kapitalisten staatliche Eingriffe, um bessere oder billigere Dienstleistungen zu erhalten, selbst wenn das möglicherweise das Aktionsfeld der Regierung erweitert und die Profite einiger Transportgesellschaften beeinträchtigt.

Aber die Eisenbahngesellschaften gehörten nach wie vor zu den mächtigsten Wirtschaftsgruppen, und viele Jahre hindurch vermochten sie wirksame Eingriffe zu verhindern. Ihr Einfluß auf das Oberste Gericht zum Beispiel blieb so stark, daß diese Institution in der Zeit von 1887 bis 1905 insgesamt fünfzehn von sechzehn Fällen, die ihr zur Berufung zugeleitet wurden, zugunsten der Eisenbahnen und nur einen zugunsten der Interstate Commerce Commission (ICC) und der Öffentlichkeit entschied.¹⁷ Die Eingriffe blieben schwach und wirkungslos, und zwar einmal, weil die ICC nicht über gesetzliche Vollmachten zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse verfügte, und zum anderen, weil es von Anfang an sehr kompliziert war – und dann überhaupt immer unmöglicher wurde –, die Interessen der Gesellschaft durch eine Regulierung der Tätigkeit der Monopole zu schützen.

Wenn eine Einrichtung so kompliziert ist wie der Eisenbahnverkehr, dann muß ihre Regulierung oder Verwaltung auf gesellschaftlicher Basis selbst dann große Probleme aufwerfen, wenn eine von der Öffentlichkeit eingesetzte Kommission für die bestmögliche Verwaltung und die einfachsten Tarifsätze sorgt.

16 118 U. S. 557.

17 *Faulkner Harold Underwood*, a. a. O., S. 490.

Aber die Eisenbahntarife werden in den Vereinigten Staaten noch heute von den einzelnen Gesellschaften individuell festgesetzt – gewöhnlich auf dem Wege über „Konferenzen“, die Absprachen nach Art von Preiskartellen treffen, und das nach der schon erwähnten Devise der Monopolherren „nehmen, was der Verkehr hergibt.“ Die Beförderungstarife richten sich nicht etwa nach Menge und Entfernung bei gebührender Berücksichtigung etwaiger besonderer Erschwernisse – das heißt sie entsprechen nicht etwa auch nur annäherungsweise den Transportkosten –, sondern die Eisenbahngesellschaften versuchen in jedem Falle, aus jedem Produkt soviel herauszuholen, wie sie überhaupt für die jeweilige Beförderungsoperation verlangen können. Um ihre Profite auf diese Weise in die Höhe treiben zu können, müssen sie gesonderte Tarife für jedes Produkt und für jede Strecke festsetzen, wobei sie Faktoren wie die Konkurrenz anderer Verkehrsmittel, zum Beispiel weiterer Eisenbahnlagen, Autostraßen, Rohrleitungen, Wasserstraßen und Fluglinien am Verlade- und Bestimmungsort, den Wert des Produktes und alles, was sonst noch die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft des Auftraggebers, die Größe der Gesellschaft, die Verderblichkeit des Produktes usw. widerspiegelt, genau berücksichtigen.

Das Ergebnis ist eine verwirrende Vielfalt individueller Tarife, deren Zahl so groß ist, daß nur Experten sagen können, was die Beförderung eines bestimmten Produktes von einem bestimmten Absender zu einem bestimmten Empfänger kostet. Die ICC stellte zum Beispiel in ihrem 75. Jahresbericht für das am 30. Juni 1961 zu Ende gegangene Jahr fest, daß ihr in diesem Zeitraum 204275 Drucksachen mit neu festgesetzten oder geänderten Beförderungstarifen für Frachtgut und Passagiere auf Eisenbahnen, im Lastwagen- und Omnibusverkehr sowie für Rohrleitungen zur Prüfung und Ablage eingereicht wurden. Einige dieser Drucksachen umfaßten nur eine Seite, andere aber bis zu tausend Seiten, und oft handelte es sich dabei um viele verschiedene Warenarten. Für den Güterverkehr der Eisenbahnen gab es zum Beispiel schon im Jahre 1940 Milliarden (!) individuelle Tarife, die, zu einer Gebührenordnung zusammengefaßt, 2,5 Millionen Seiten füllen würden.¹⁸

Allcin die Menge dieser Tarife macht es einfach unmöglich, daß ein regulierendes Organ wie die ICC hier für Ordnung sorgt. Aber daneben gibt es noch äußerst schwierige Probleme theoretischer und praktischer Art und solche politischer und gesellschaftlicher Natur, die zwangsläufig von der Gesellschaftsphilosophie der darüber befindenden Einzelpersonen mitbestimmt werden. So ergibt sich zum Beispiel die Frage, ob Kohle aus Gebieten mit gewerkschaftlicher Organisation und besseren Arbeitsbedingungen bei der Festsetzung der Beförderungstarife im Vergleich mit Kohle aus nichtorganisierten Gebieten bevorzugt oder benachteiligt werden soll. Gerade darum ging es bei den berühmten „Lake Cargo Coal Cases“, die die ICC und die Gerichte zwei Jahr-

18 *Healy, Kent*, *The Economics of Transportation in America*, New York 1940, S. 199.

zehnte lang beschäftigten. Derartige gesellschaftliche Probleme sind aus einem so entscheidend wichtigen Bereich wie dem Transportwesen gar nicht hinwegzudenken.

Staatliche Regulierung kann einige dieser Konflikte zwischen Privateigentum und gesellschaftlichem Interesse etwas entschärfen, und zum Teil ist das auch geschehen; die Monopole wurden stark genug beschnitten, um das Fortbestehen des Privateigentums erträglich zu machen. Die ICC war als Alternative zum direkten gesellschaftlichen Eigentum an den Eisenbahnen und zu ihrer staatlichen Verwaltung gedacht, und das ist, vom Standpunkt der Kapitalisten aus gesehen, ihr Hauptverdienst. I. L. Sharfman schreibt, die Bildung der ICC und die Ausarbeitung ihrer Befugnisse und ihrer Struktur hätten sich aus dem technischen Fortschritt, der zunehmenden Arbeitsteilung und Verflechtung der Wirtschaft sowie aus dem wachsenden gesellschaftlichen Interesse am Verkehrswesen ergeben: „Die zwangsläufige wechselseitige Abhängigkeit der zahlreichen Elemente, die den Strom des Wirtschaftslebens ausmachen, kommt der Öffentlichkeit immer stärker zum Bewußtsein; man wird sich in zunehmendem Maße des Überwiegens der gemeinsamen Interessen über die partikularistischen bewußt . . ., was den Anstoß zu der merklichen Erweiterung der öffentlichen Kontrolle über die Wirtschafts- und Industrietätigkeit, welche den gesellschaftlichen Schauplatz charakterisiert, gegeben hat . . . Die Kommission hat versucht, die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen mit der Verwirklichung sich wandelnder Ziele in Einklang zu bringen; sie hat sich bemüht, das Wesen der bestehenden Ordnung zu schützen . . .“¹⁹

4. Keine Lösung des Hauptwiderspruchs durch staatliche Eingriffe

Während des langen Zeitraums von 1850 bis etwa 1920 besaßen die Eisenbahnen praktisch das allgemeine Monopol für die Waren- und Personenbeförderung. Einige spezielle Transportmittel wie Rohrleitungen für Öl, Binnenseefrachter oder Kohlenkähne auf dem Monongahela-Fluß gewannen zwar eine eigene Bedeutung, aber im allgemeinen kam für die Waren- und Personenbeförderung nur die Eisenbahn in Frage. Und das Verhalten der Eisenbahnbesitzer spiegelte begreiflicherweise dieses Fehlen jeglicher Konkurrenz wider. Durch staatliche Regulierung konnten zwar im letzten Teil des genannten Zeitraums, von den neunziger Jahren an, die schlimmsten Machtmißbräuche des Monopols etwas gemildert werden, aber in der Hauptsache wirkte sie sich dahingehend aus, daß die Zahl der Tarifkriege abnahm und die Monopolherren selber geschützt wurden.

Den Hauptwiderspruch – den Widerspruch zwischen dem Privateigentum an den Transportmitteln und ihrem immer ausgeprägter werdenden gesellschaft-

¹⁹ Sharfman, *Isaiah Leo*, The Interstate Commerce Commission, Bd 4, New York 1937, S. 343 u. 387. (Hervorhebung v. mir – G. S. W.)

lichen Charakter – konnte die staatliche Regulierung nicht überwinden. Das Eisenbahnnetz war vom Aufbau wie auch vom Betrieb her ohne System. Infolge der Anarchie der individuell festgelegten Investitionen mußte jede Eisenbahngesellschaft bestrebt sein, nach den wichtigsten Ausgangspunkten und Bestimmungsorten des Waren- und Personenverkehrs zu greifen, selbst wenn die bestehenden Eisenbahnverbindungen schon völlig ausreichten. In manchen Gegenden wurden mehr als doppelt so lange Strecken gebaut, wie zur Bewältigung des gesamten Verkehrs erforderlich war – und in anderen Gebieten reichten die Verbindungen nicht aus. Derart unkoordinierte Investitionen kommen die Öffentlichkeit sehr teuer zu stehen, denn die Kapitalisten erwarteten und forderten einen Reingewinn von ihren Gesamtinvestitionen. Sie behaupteten, nur solche Tarife lägen im Interesse der Öffentlichkeit, die einen „befriedigenden“ Gewinn abwürfen, da es ja erforderlich sei, die Eisenbahnen zu unterhalten, was aber wiederum ständig neue Investitionen bedinge. Sobald dieses Argument akzeptiert war, und das geschah während des ersten Weltkrieges und danach durch spezielle Gesetze, wurden die Eisenbahntarife gesetzlich so weit erhöht, daß sie diese Investitionen ausglich – Investitionen, die vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen überhaupt nicht hätten vorgenommen werden dürfen.

Neben dem Problem anarchischer Investitionen, die zu einer Vervielfachung der tatsächlich benötigten Strecken, Gleise, Endstationen und Waggons führen, gibt es noch das Problem der Kapitalaufblähung. Die Geschichte der Eisenbahnen und ihrer Spekulation ist so kompliziert, daß niemand die tatsächlichen Kapitalinvestitionen angeben kann, und so nimmt der Streit über die Gesamtsumme der zirkulierenden Aktien und Schuldverschreibungen kein Ende. W. Jett Lauk, einer der qualifiziertesten Experten, schätzte zum Beispiel im Jahre 1937 die Überkapitalisierung bei den vierzig Eisenbahnen, die sein Stab eingehend untersucht hatte, auf etwa vier Milliarden Dollar.²⁰ Im selben Jahr berechnete die ICC den Wert (nicht die Investitionen) des Eisenbahnvermögens auf zwanzig Milliarden Dollar, während ihre Kapitalisierung 18,3 Milliarden Dollar betrug.²¹ Auch hierin ist eine der Schwierigkeiten für die Festsetzung angemessener Tarife begründet. Ebenso schwierig ist das Problem, den Investitionsanteil zu bemessen, der einer bestimmten Betriebsart zugemessen werden soll, wenn die vorhandenen Anlagen gemeinsam benutzt werden – zum Beispiel ein und dieselbe Gleisstrecke für den Fracht- und Personenverkehr. Die Eisenbahngesellschaften haben stets die Tendenz gehabt, dem jeweiligen Verkehrsmittel hohe Kosten beizumessen, um entsprechend hohe Gebühren beanspruchen zu können, sofern sie sich im Besitz des Monopols glaubten, andererseits aber ihre Kosten und Tarife zu senken, wenn sie durch Konkurrenten hätten verdrängt werden können. Seit etwa 1920 neigen sie jedoch dazu,

20 Labor Research Association, *Railroads in Crisis*, New York 1939, S. 9.

21 *Cunningham, William J.*, *The Present Railroad Crisis*, University of Pennsylvania 1939, S. 38.

ihre Monopolstellung zu überschätzen, zu hohe Tarife zu fordern und damit unklugerweise die Entwicklung anderer Verkehrsmittel zu fördern.

5. Vergeudung von Privateigentum

Das Privateigentum an den Eisenbahnanlagen, das in den Händen von annähernd hundert großen durchgehenden Linien der Klasse I und vieler kleinerer Zubringer- und Nebenstrecken konzentriert ist, hat eine starke Aufblähung des Verwaltungsapparats mit sich gebracht, dem eine Vielfalt von Funktionen obliegt – von der Verkehrsreklame bis zur Buchführung über die Benutzung von privaten Eisenbahnwaggons durch andere Gesellschaften. All diese Funktionen, die mit dem Privateigentum verbunden sind, erfordern eine ganze Armee von Angestellten. Die Eisenbahnen befördern ihre Kunden nicht auf dem kürzesten Weg, sondern stellen die Verbindung so her, daß sie sich möglichst lange im Bereich ein und derselben Gesellschaft bewegt, die auf diese Weise einen möglichst hohen Kostenanteil erhält. Man schätzt diese durch das Privateigentum aufgezwungene Streckenverlängerung auf durchschnittlich etwa dreizehn Prozent der Gesamtstrecke – das sind 75 Milliarden Waggonmeilen jährlich über die kürzestmögliche Entfernung hinaus. (Bei den gewöhnlichen Güterwagen sind es etwa sechs Prozent zusätzlich.)²² Hinzu kommen auch noch zusätzliche Verladezeiten an den Endstationen der einzelnen Gesellschaften, denn die Güterwagen werden beim Übergang von einer Linie zur anderen ausgetauscht – eine Verzögerung, die die Kunden unnötiges Geld kostet und den Vorteil anderer Verkehrsmittel unterstreicht. Alles in allem werden die Kosten, die allein durch die unkoordinierten und unrationellen Operationen als Folge des Privateigentums entstehen, auf fünfzehn bis dreißig Prozent der gesamten Betriebskosten der Eisenbahnen geschätzt, und ein einheitliches, rationell arbeitendes Eisenbahnsystem könnte auf etwa zwanzig Prozent der jetzt benötigten Angestellten verzichten.²³ 1962 wurden die Eisenbahnkosten mit 7,4 Milliarden Dollar angegeben, und wenn durch Verstaatlichung und staatlichen Betrieb der Bahnen nur zwanzig Prozent eingespart worden wären, hätte dies eine Summe von 1,5 Milliarden Dollar jährlich ergeben.

Weit eindrucksvoller als diese statistischen Berechnungen war jedoch die praktische Demonstration der Überlegenheit einer staatlichen Leitung der Eisenbahnen im ersten und zweiten Weltkrieg. Im Herbst 1915, nur anderthalb Jahre vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, war der Überschuß der Eisenbahnen an Kapazität und Ausrüstung so groß, daß der damalige Chef-

²² Interstate Commerce Commission *Statement No. 2-58*, S. 7, u. *No. 2-63*, S. 4 (U. S. G. P. O.).

²³ *Report of Gen. John P. Doyle and staff for the Senate Committee on Interstate and Foreign Commerce*. National Transportation Policy (im folgenden: Doyle Report), 3. 1. 1961, S. 243/244 (Senate Report, 87th Congress, First Session, U. S. G. P. O.).

redakteur des „Railway Age“, Samuel Dunn, schrieb: „Die Bemühungen der Eisenbahnleitungen waren darauf gerichtet, die Ausgaben zu senken und die regulierenden Behörden zu überzeugen, daß sie von den bestehenden Fracht- und Passagiertarifen nicht existieren könnten.“²⁴ Diese traditionelle Handlungsweise der Eisenbahnbesitzer, die in Zeiten der Depression Entlassungen vornahmen und gleichzeitig höhere Tarife forderten, gaben dem Haß der Arbeiter und der übrigen Bevölkerung auf die Eisenbahngesellschaften immer neue Nahrung.

Als dann die kriegsbedingte Nachfrage die Wirtschaft inflationistisch ankurbelte und der Verkehr von den Atlantikhäfen nach Europa zunahm, steigerten die Eisenbahnen zunächst ihre Aktivität, um dann auf Grund der Stauungen in den Hafengebieten einen Zusammenbruch zu erleiden. Im April 1917, nur fünf Tage nach dem Kriegseintritt der USA, kamen die privaten Eisenbahnvorstände zusammen und gründeten den *Railroad's War Board*, der befugt war, alle Operationen zu leiten. Es gelang diesem Organ, die Rentabilität durch Maßnahmen wie drastische Erhöhungen der Stillstandsgebühren so zu erhöhen, daß die private, aber zum Teil zentralisierte Verwaltung fünfzehn Prozent mehr Frachten beförderte als je zuvor und fünfzig Prozent mehr als während der Depression des Jahres 1915.

Im November 1917 hatte der Verkehr abermals so zugenommen, daß die Eisenbahnen nicht mehr damit fertig wurden, und der *Railroad's War Board* ersuchte die Regierung um die Erlaubnis, den Transport einer ganzen Reihe von Warenarten abzulehnen – ein drastischer Vorschlag, da LKWs und andere Transportmittel noch in den Kinderschuhen steckten. Außerdem beantragten die Eisenbahnverwaltungen das Aussetzen aller Antimonopolgesetze, soweit sie sich auf die Eisenbahnen bezogen.²⁵ Anstatt diese Vorschläge zu akzeptieren, beschlossen Präsident Wilson und sein *Council of National Defense*, die Eisenbahnen unter ihre Kontrolle zu nehmen und ihnen ein Fixum für die Benutzung ihres Eigentums für die Dauer des Krieges zu zahlen. William Gibbs McAdoo, ein Bankier, wurde zum Generaldirektor der Eisenbahnen ernannt. Unter seiner Leitung wurden die Transporte auf dem kürzesten Wege vorgenommen; sie wurden mit Schiffstransporten koordiniert, und die Beförderung von Massengütern wie Weizen, Öl oder Erz wurde jeweils miteinander abgestimmt. Auf diese Weise konnten Millionen Streckenmeilen eingespart und die Waggons schwerer beladen werden. Die Fahrpläne des Personenverkehrs wurden koordiniert, und es wurde ein Pool von Lokomotiven, Güterwagen und Personenwagen gebildet. Man rationalisierte den Betrieb an den Endstationen und nahm dabei Veränderungen vor, die es zum Beispiel *B & O* gestatteten, ihre Züge bis nach New York City zu leiten und dort Passagiere aus- und einsteigen zu lassen. Durch diese rationelle Verwendung der Eisenbahnanlagen ohne Rücksicht auf das Privateigentum nahm die Überfüllung der Häfen ab, und der

²⁴ *Dunn, Samuel*, Regulation of Railways, 1919, S. 1–3.

²⁵ Ebenda, S. 4 u. 11.

Güterwagenmangel wurde behoben, obgleich der Umfang des Verkehrs mit der Dauer des Krieges weiter zunahm.

In seinem Bericht an den Kongreß im Jahre 1919 schlug McAdoo vor, die Regierungskontrolle noch auf weitere fünf Jahre über das Kriegsende hinaus auszudehnen, um unter normalen Bedingungen die Überlegenheit eines staatlichen Betriebs der Eisenbahnen zu demonstrieren. Vor dem Senat argumentierte er so: „Von der Leistungsfähigkeit des Transportwesens in Amerika hängt in hohem Maße die künftige Prosperität unserer Nation ab . . . Unser Transportsystem muß daher, sowohl zu Lande als auch auf dem Wasser, mit höchster Wirksamkeit und niedrigsten Kosten funktionieren, wenn wir unseren billigen und gerechten Anteil am Welthandel bekommen sollen . . . Ich glaube nicht, daß bedeutende Reformen überhaupt verwirklicht werden können, wenn wir in Zukunft mehrere hundert verschiedene Gesellschaften haben sollen, wie wir sie in der Vergangenheit hatten.“²⁶

Die Forderung nach Fortsetzung der von McAdoo geforderten Regierungskontrolle über die Eisenbahnen fand bei der Öffentlichkeit starke Unterstützung. Die Eisenbahner gingen noch weiter, indem sie sich für den „Plumb Plan“ einsetzten, der die Überführung der Eisenbahnen in staatliches Eigentum und ihre einheitliche Leitung unter Beteiligung der Gewerkschaften vorsah. Die Gewerkschaften waren angetan von den Lohnerrhöhungen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter der Regierungskontrolle und befürchteten, einige dieser Errungenschaften wieder einzubüßen, wenn die Eisenbahnen erneut in Privathand gegeben würden. In dieser für sie gefährlichen Situation starteten die Eigentümer der Eisenbahnen eine außerordentliche Kampagne gegen den Verstaatlichungsgedanken, wobei sie behaupteten, die Regierung habe die Eisenbahnen in der Zeit ihrer Herrschaft praktisch ruiniert, die Verstaatlichung bedeute den Import des Bolschewismus in die Vereinigten Staaten, eine staatliche Verwaltung wäre korrupt und dergleichen mehr.

Im Zuge der allgemeinen konservativen Reaktion, die die Republikaner unter Präsident Warren Harding wieder ins Amt brachte, und im Zeichen der Kampagne für eine „Rückkehr zum Normalzustand“ wurden sowohl der Gedanke einer Verstaatlichung als auch der einer staatlichen Verwaltung im Kongreß zu Fall gebracht. Allerdings konnte der Kongreß nicht verhindern, daß einige der Vorteile eines einheitlichen Eisenbahnbetriebs, die während des Krieges demonstriert worden waren, anerkannt wurden. Er bestimmte daher in der Transportation Act vom Jahre 1920, daß in Zukunft alle neuen Eisenbahnbauten von der ICC gebilligt werden müßten. Außerdem forderte er Zusammenschlüsse entsprechend einem von der ICC auszuarbeitenden Rahmenplan. Dann wurden die Eisenbahnen, nachdem ihren Eigentümern eine vierzigprozentige Erhöhung der Frachttarife und eine zwanzigprozentige Erhöhung der Personentarife sowie eine Bundessubvention für die Dauer von

²⁶ *McAdoo, William Gibbs*, Extending the Period of Government Control of the Railroads, Senate Committee on Interstate Commerce, Hearings on H. R. 13707, Washington, D. C., 1919; S. 4, 24 u. 30 (U. S. G. P. O.).

sechs Monaten zugestanden worden waren, wieder in Privathand gegeben. Es war ein Sieg des Kapitalismus und seiner Überredungskunst über das gesellschaftliche Interesse an einem leistungsfähigen, staatlichen Eisenbahnsystem. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1920 kamen keinerlei Verschmelzungen zustande, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Eigentümer nur profitable Linien in ihre Verschmelzungsprojekte einzubeziehen wünschten. Die ICC ihrerseits konnte keine Zusammenschlüsse im Maßstab ganzer Landesteile sanktionieren, wenn damit nicht auf irgendeine Weise sowohl den Interessen der schwächeren Eisenbahngesellschaften als auch denen der Allgemeinheit als Auftraggeber und Kunden gedient war. Für die Gesellschaft war es immerhin noch günstiger, ein unrentables, anarchisches System mit vielen Überschneidungen und Kapazitätsüberschuß und wenigstens einem gewissen Maß von Konkurrenz fortbestehen zu lassen, als den Zusammenschluß der ohnehin schon mächtigsten Gesellschaften zu Riesengebilden und die allgemeine Durchsetzung von Monopolpraktiken zu dulden, die überhaupt jede Konkurrenz im Eisenbahnwesen ausgeschaltet hätten. Der Interessenkonflikt führte zu einem Patt, das keinerlei Fortschritt in Richtung auf eine Anpassung der Eigentumsstruktur an die Bedürfnisse eines leistungsfähigen Transportsystems zuließ.

6. Die *Emergency Transportation Act* von 1933

Das Gesetz vom Jahre 1920 hatte die Wirtschaft an ein leistungsfähiges Eisenbahnsystem mit außerordentlich hohen Tarifen gebunden. Es trug zur Inflation bei, die zum Krach des Jahres 1929 führte. Dieser Krach und die Depression wiederum trafen die Eisenbahnen mit ihrer aufgeblähten Kapitalstruktur mit außerordentlicher Wucht. 1932 war bereits ein Drittel der Eisenbahnen bankrott, ein weiteres Drittel befand sich in ernststen finanziellen Schwierigkeiten, drei Viertel des gesamten Streckennetzes brachten nicht einmal die fixen Kosten wieder ein, und die Dividenden nahmen um 71,7 Prozent ab.²⁷ Am schwersten betroffen waren die Arbeiter, deren Einkünfte auf dem Höhepunkt der Depression weniger als die Hälfte des Standes vom Jahre 1929 betragen. Die Eisenbahnverwaltungen machten sich das riesige Ausmaß der Arbeitslosigkeit zunutze, um die Arbeit zu intensivieren, so daß der Beschäftigungsrückgang zu einer ständigen Erscheinung wurde. 1929 gab es 1 660 850 Beschäftigte; ein Jahrzehnt später waren es 939 505 bzw. 43 Prozent weniger.²⁸

Das Ausmaß der Krise im Eisenbahnwesen zwang wiederum zur Suche nach drastischen Heilmitteln. Man gründete das National Transportation Committee, das unter der Leitung des ehemaligen republikanischen Präsidenten Calvin

²⁷ Latham, Earl, *The Politics of Railroad Coordination*, Harvard 1959, S. 8.

²⁸ Cunningham, William J., a. a. O., S. 17–22.

Coolidge stand und dem Konservative wie der Bankier Bernhard Baruch, der Gouverneur Al Smith und Prof. Felix Frankfurter angehörten; dieser Ausschuß schlug im Februar 1933 als Lösung wiederum Zwangszusammenschlüsse vor.²⁹ Aber die Emergency Transportation Act vom Jahre 1933 sah keinerlei Zwang vor, ja sie machte Zusammenschlüsse in Wirklichkeit noch unwahrscheinlicher, da sie eine Bestimmung enthielt, wonach die Eisenbahngesellschaften in den ersten fünf Jahren nach einer Verschmelzung keinen Arbeitsplatz beseitigen durften – gerade darum aber ging es ja den Unternehmern bei Verschmelzungen unter anderem.

Das Gesetz vom Jahre 1933 sah die Einsetzung eines „Transport-Koordinators“ vor, und Joseph B. Eastman, langjähriges Mitglied und Vorsitzender der ICC, wurde mit dieser Funktion betraut. Frankfurter schlug damals in einem Privatbrief an Eastman vor, die ICC solle den privaten Eisenbahnverwaltungen den Befehl geben, mit konkurrenzbedingter Vergeudung und unwirtschaftlichen Operationen aufzuhören – ein typisch liberaler Versuch zu lavieren, anstatt den Widerspruch zu lösen. Eastman antwortete Frankfurter, er schlage in Wirklichkeit eine doppelte Leitung vor: „Wenn eine Regierungskommission damit beauftragt werden kann, all das zu tun, was sie nach Ihrer Meinung tun soll, dann kann ein Gremium von Regierungstreuhändern damit beauftragt werden, die Vermögenswerte unmittelbar in einer Weise zu verwalten, die mit gesunden Verwaltungsprinzipien übereinstimmt.“ Nachdem Eastman den berühmten Harvard-Professor für Verwaltungsrecht (und späteren Richter am Obersten Gericht) auf diese Weise zurechtgewiesen hatte, fuhr er fort: „Ich habe lange Zeit in meinen Ansichten über die Konkurrenz geschwankt. Es gibt eindrucksvolle Beweise dafür, daß die Konkurrenz ein Stimulans für eine elastische, angriffslustige Verwaltung ist. Ich bin jetzt jedoch überzeugt, daß die Nachteile der Konkurrenz und die durch sie verursachten Vergeudungen ihre Vorteile aufwiegen, und ich glaube, daß die monopolistische Verwaltung vor der Fäulnis bewahrt werden kann. Dies führt zu dem Schluß, daß die Konkurrenz zwischen den Eisenbahnen beseitigt und daß man sie als ein einheitliches Ganzes betreiben sollte.“³⁰

Die Fäulnis einer bürokratischen Verwaltung der Eisenbahnen ist eine reale Gefahr, die stets bekämpft werden muß. Aber es ist nicht richtig, die Frage der Aufrechterhaltung der Konkurrenz als Alternative zum staatlichen Eigentum zu stellen, wie Eastman das tat. Die Technologie des modernen Eisenbahnverkehrs hat die Konkurrenz als einen stabilen Regulierungsfaktor unwirksam gemacht. Die wirkliche Alternative heißt Monopolbetrieb oder staatliche Leitung. Und hierin hat Eastman in unentschuldbarer Weise geschwankt. Privat hat er sich wiederholt für das staatliche Eigentum ausgesprochen, aber in der Öffentlichkeit hat er seine Empfehlungen stets eingeschränkt. Eastman genoß ein großes Ansehen, und wenn er sich energisch

29 *Report*, a. a. O., S. 11.

30 *Latham, Earl*, a. a. O., S. 22/23.

dafür eingesetzt hätte, hätte er der Führer einer Bewegung für die Nationalisierung der Eisenbahnen sein können. Statt dessen stellte er in seinem so schwerwiegenden Bericht vom Jahre 1934 lediglich fest, „theoretisch und logisch“ sei das staatliche Eigentum das beste – um dann hinzuzufügen, die öffentliche Meinung sei seines Erachtens jedoch noch nicht aufgeklärt genug dafür.³¹

7. Gewerkschaften und gesellschaftliches Eigentum

Eastman hatte allen Grund, hinsichtlich der öffentlichen Meinung nicht gerade optimistisch zu sein. Die Eisenbahnunternehmer waren aus der akutesten wirtschaftlichen Zwangslage durch ein Darlehen der Reconstruction Finance Corporation in Höhe von 377 Millionen Dollar befreit worden, und derartig ermutigt, reagierten sie mit einer Wiederbelebung der Association of American Railroads zur Verwirklichung eines ganzen Programms für die Sabotierung sämtlicher Koordinierungsbemühungen, wobei sie gleichzeitig schon jeden Gedanken einer staatlichen Leitung des Eisenbahnsystems weit von sich wiesen. Das war ein Klassenstandpunkt, der zu erwarten war. Aber auch von seiten der Arbeiterklasse fand der Verstaatlichungsgedanke keinerlei ernsthafte Unterstützung mehr; statt dessen begnügten sich die Führer der Eisenbahnergewerkschaften damit, diese Idee lediglich als Drohung und Druckmittel zu benutzen, um die Eisenbahngesellschaften zu Konzessionen im Interesse der Eisenbahner als Arbeiterkategorie zu benutzen.

Zu dieser Zeit hatte die Arbeitslosigkeit unter den Eisenbahnern so akute Formen angenommen, daß ihre Hauptsorge der Lösung dieses Problems galt. Die Befürworter der Verstaatlichung und der gesellschaftlichen Verwaltung wiederum argumentierten so, daß eine solche Lösung den Eisenbahnbetrieb rentabler gestalten und somit unter anderem eine weitere Einschränkung der Arbeitskräftezahl mit sich bringen würde. Es gab Voraussagen, daß die Verwirklichung des Prince-Planes zur Koordinierung und Zusammenlegung die Freisetzung von 300000 Arbeitern nach sich ziehen werde. Eastman hielt eine Zahl von rund 80000 für wahrscheinlicher. Inmitten der damals herrschenden äußerst akuten Depression waren diese Rentabilitätsaussichten für die Arbeiter kein erstrebenswertes Ziel, sondern eine Gefahr. Die Folge war, daß sie ihre Bemühungen der Sicherung des Arbeitsplatzes zuwandten und die Forderung nach dem Sechsstudentag sowie nach Renten und Pensionen für die älteren Beschäftigten erhoben. Für die Verstaatlichung sprachen sie sich nicht etwa aus, weil es der Wirtschaft nützen konnte, sondern lediglich, um ein Druckmittel zur Erlangung größerer Beschäftigungssicherheit zu haben. Das Ergebnis war das Washington Agreement vom Jahre 1936, in dem sich die

³¹ Federal Coordinator of Transportation, *Third Report, 1934*, House Document 89, S. 1, 50 u. 55. (U. S. G. P. O. 1935)

Eisenbahnergewerkschaften bereiterklärten, die Forderung nach Verstaatlichung fallenzulassen – und zwar als Gegenleistung für die Zusicherung, daß Arbeiter mit mindestens 15jährigem Dienstalter (und das hatten fast alle Beschäftigten, weil Entlassungen immer bei den Arbeitern mit der kürzesten Beschäftigungsdauer begannen) im Falle von Zusammenschlüssen nicht entlassen oder zumindest als Abfindung einen Fünfjahreslohn erhalten würden. Außerdem wurden die Renten erhöht.

Der Geist, der diesem Washington Agreement zugrunde lag – die Zurücksetzung der gesellschaftlichen Interessen zugunsten einer begrenzten Kategorie von Werktätigen –, ist bis heute vorherrschend. Wirkliche Beschäftigungssicherheit brachte das Abkommen nur den ohnehin schon Arbeitenden, und das war keine Sicherheit im Sinne der Aufrechterhaltung eines stabilen Beschäftigungsstandes in diesem Verkehrszweig. Im Gegenteil, die rasche Umstellung auf Diesellokomotiven und die weitere Mechanisierung der Gleisbau- und anderen Arbeiten führten zu einer ständigen Abnahme der Beschäftigung. So waren 1963 auf den Eisenbahnen der Klasse I nur noch 680 000 Eisenbahner – fast eine Million weniger als 1929 – beschäftigt.³² Wenn die Gewerkschaften versuchten, die Beschäftigtenzahl durch Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen aufrechtzuhalten, stießen sie auf die von den Gerichten unterstützte Weigerung der Unternehmer, bei der Einführung neuer Technik die traditionellen Beschäftigungsarten beizubehalten. Außerdem wurde den Gewerkschaften das Recht auf Streik abgesprochen, wobei man argumentierte, die Eisenbahnen seien für das Gemeinwohl viel zu wichtig, als daß es den Arbeitern gestattet werden könnte, sie durch einen Streik lahmzulegen.

Nachdem die Eisenbahnergewerkschaften mit ökonomischen Druckmitteln nicht weitergekommen waren, versuchten sie, durch ihre Railway Labor Executives Association das Interesse der Öffentlichkeit für ihre Sorgen zu wecken, indem sie im Januar 1965 die Verstaatlichung der Eisenbahnen forderten. Aber diese Forderung nach einer Regierungskontrolle über die Eisenbahnen und nach staatlicher Verwaltung dieses Verkehrszweiges wird, wie das „Wall Street Journal“ am 18. Januar 1965 schrieb, von den Kapitalisten überhaupt nicht ernstgenommen. Solange die hauptamtlichen Gewerkschaftsführer allgemein den kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder weiter unterstützen, brauchen die Kapitalisten nicht zu befürchten, daß ein Teil ihres Eigentums in den Vereinigten Staaten nationalisiert werden könnte. Zu einer Nationalisierung der Eisenbahnen oder irgendeines anderen Wirtschaftszweiges wird es nur dann kommen, wenn sich eine breite politische Nationalisierungsbewegung entwickelt, der es um den Schutz der gesellschaftlichen Interessen, um den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse als Ganze und nicht nur um die Beschäftigungsrechte einer speziellen Arbeiterkategorie geht.

³² *Statistical Abstract 1964*, S. 223.

KONKURRENZ IM VERKEHRSWESEN

Die regulierenden Maßnahmen im Eisenbahnwesen haben niemals zu völlig befriedigenden Tarifen oder Beförderungsbedingungen geführt – und das war zu erwarten, denn in einem Verkehrszweig wie dem Eisenbahnwesen ist die Nachfrage relativ unelastisch, und der Monopolpreis bildet sich stets auf der Basis eingeschränkter Leistungen und hoher Tarife. Aus diesem Grunde wurde immer die Forderung nach anderweitigen Transportmöglichkeiten erhoben, und das war ein Stimulans für die Entwicklung anderer technischer Einrichtungen und für erhöhte – private und auch staatliche – Investitionen in anderen Verkehrszweigen. Hat diese neue Konkurrenz nun allgemein zu befriedigenderen Dienstleistungen geführt und ein gewisses Maß an Ordnung in das bisherige Chaos des Transportwesens gebracht? In mancher Hinsicht ja, zum Beispiel was den Umfang, die Elastizität und das Tempo der Beförderung von Personen und Waren betrifft. In anderer Hinsicht aber ist das Bild düster: Die Kosten waren außerordentlich hoch, die Dienstleistungen verbesserten sich zwar in mancher Hinsicht, verschlechterten sich dafür aber auf anderen sehr wichtigen Gebieten, und die wiederholten, ja fast ununterbrochenen Transportkrisen haben eine größere gesellschaftliche Bedeutung erlangt, als man es noch vor einem Menschenalter für möglich gehalten hätte. Es sind neue Probleme aufgetaucht – zum Beispiel die Zerstörung der Stadtzentren und die Verunreinigung der Luft –, die man überhaupt nicht vorausgesehen hat. Wir wollen im folgenden einige dieser Probleme untersuchen.

Es gibt keinen abrupten Einschnitt, der die Entwicklung neuer Verkehrsmittel als Konkurrenz für die Eisenbahn charakterisiert. Schon 1832 kamen die Rohrleitungen auf, die zur Beförderung von Öl verwandt wurden und deren Erweiterung so kontinuierlich vor sich ging wie das zyklische Wachstum der Wirtschaft. Diese Rohrleitungen beförderten im übrigen nicht nur Öl, das auch von den Eisenbahnen hätte transportiert werden können, sondern auch eine zunehmende Vielfalt von Produkten, die, wie zum Beispiel Gas, nur schwer von den Eisenbahnen hätten befördert werden können. Außerdem erfüllen die Rohrleitungen sehr viele Transportaufgaben, die so wichtig sind, daß sie fast ausschließlich gesellschaftlichen Charakter haben – und gleichzeitig so alltäglich, daß wir kaum daran denken: vor allem die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in den Städten. In naher Zukunft werden die Rohrleitungen mit dem Bevölkerungswachstum und der sprunghaft steigenden Nachfrage der Industrie und Landwirtschaft nach Wasser in immer stärkerem Maße für Beförderungszwecke verwendet werden, und damit werden auch die staatlichen Investitionen auf diesem Gebiet steigen. Hier liegt die Notwendigkeit eines einheitlichen Systems zur Versorgung eines ganzen Gebietes – und gleichzeitig die Gefahr des Monopols – so klar auf der Hand, daß ein kapitalistisches Unternehmertum gar nicht in Frage kommt. Hier entspricht die Eigentumsform sowohl den gesellschaftlichen als auch den technischen Bedürfnissen.

Der Wasser-, Straßen- und Luftverkehr wurde immer weiterentwickelt, und zwar ebenfalls auf Grund des zunehmenden Bedarfs an Transportmöglichkeiten; diese Entwicklung war indessen gleichzeitig mit speziellen Erfindungen verknüpft. Historisch gesehen verlief diese Entwicklung sowohl abrupt als auch fast gleichzeitig. Ein gemeinsamer Faktor war vielleicht der wesentlich gesteigerte Transportmittelbedarf während des ersten Weltkrieges. Der Panama-Kanal, ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes Projekt, wurde jedoch schon 1914, am Vorabend des Krieges, für den Verkehr geöffnet. Bezeichnenderweise war es den Eisenbahngesellschaften verboten, eigene Dampfer zu unterhalten, die den Verkehr zwischen den Küsten durch den Kanal bestritten. Diese aus Konkurrenzgründen getroffene Bestimmung sollte sie daran hindern, diesen Verkehr zu monopolisieren und möglicherweise sogar abzuwürgen.

Joseph Eastman, der Federal Coordinator of Transportation, wies darauf hin, daß die Gesamtinvestitionen im Verkehrswesen in dem kurzen Zeitraum von 1920 bis 1932 höher waren als in den vorangegangenen hundert Jahren. Die Eisenbahngesellschaften investierten weiterhin hohe Summen – mehr als 6,3 Milliarden Dollar in dem genannten Zeitraum –, fast 424 Millionen Dollar wurden für den Bau von Rohrleitungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten ausgegeben, und für die Verbesserung der Flüsse und Häfen investierte man mehr als 600 Millionen Dollar. Die absolute Investitionsspitze aber wies das Straßennetz auf, für dessen Aufbau in den zwölf Jahren insgesamt 12,5 Milliarden Dollar ausgegeben wurden.³³ In diesen Zahlen sind die privaten Investitionen für die Entwicklung von Motorfahrzeugen und auch die Investitionen im Luftverkehr noch nicht enthalten.

Der sicherste Gradmesser für das zunehmende gesellschaftliche Interesse an der Entwicklung des Verkehrswesens ist die Tatsache, daß der größte Teil dieser Investitionen – sämtliche Investitionen für den Ausbau der Häfen, Flüsse, Auto- und Landstraßen und fast alle Ausgaben für Flughafenanlagen – von der Regierung finanziert wurden. Im Falle der Binnenwasserwege übernahm die Bundesregierung nicht nur die Sorge für die Verbesserung der Kanäle und Flüsse, sondern sie führte auch unmittelbar die technische Umwälzung herbei, die der Einsatz von Schleppzügen darstellte. Im ersten Weltkrieg war eine Bundesbehörde geschaffen worden, die die Aufgabe hatte, alle verfügbaren Anlagen an den Flüssen und Kanälen zu verwalten und in Betrieb zu nehmen. In der Transportation Act vom Jahre 1920 gab der Kongreß seiner Absicht Ausdruck, diesen Verkehrszweig weiterzuentwickeln, und 1924 billigte er die Bildung der Inland Waterways Corporation, um die Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt zu demonstrieren.

1959 gab das Army Corps of Engineers bekannt, daß es 2,8 Milliarden Dollar zur Verbesserung der Binnenwasserwege ausgegeben hatte und daß etwa die Hälfte dieser 28000 Meilen langen Wasserwege eine Fahrrinntiefe von 9 Fuß

³³ Federal Coordinator of Transportation, *Second Report*, 10. 3. 1934, Senate document 152. (U. S. G. P. O.)

oder mehr hatte. Auf dem Mississippi-Ohio-Hauptkanal wurden Schleusen von 1200 Fuß Länge und 110 Fuß Breite mit einem Höhenausgleich von bis zu 100 Fuß eine Selbstverständlichkeit. Diese Schleusen können 18 Schleppkähne mit einer Ladung bis zu 40000 Tonnen aufnehmen. Anstelle der Schleppdampfer benutzt man heute Dieselmotorboote, die eine Leistung von bis zu 9000 PS, automatische Steuerung, Radar- und Telefonanlagen, Tiefenlote, Kreiselkompass und mächtige Scheinwerfer haben. Diese Schlepper sind so wertvoll, daß man schon erwogen hat, sie ununterbrochen in Betrieb zu halten und Operationen wie das Tanken, die Verpflegungsaufnahme und die Besatzungsablösung während der Fahrt vorzunehmen.³⁴ Diese Neuerungen wurden ganz bewußt vom Staat veranlaßt und von einer staatlichen Behörde demonstriert. 1962 beförderten die Binnenwasserwege, einschließlich der Großen Seen, rund 220 Milliarden Tonnenmeilen von Waren – gegenüber 5,8 Milliarden im Jahre 1920. Bei diesen Frachten handelte es sich zu einem großen Teil um Schüttgut wie Sand und Kies. Die größten Posten bildeten jedoch Erdölprodukte und Kohle, die auch von der Eisenbahn oder von Rohrleitungen hätten befördert werden können. Die St. Lawrence-Wasserstraße, die den Hochseefrachtern die Großen Seen öffnet, da sie eine Tiefe von 27 Fuß hat, ist eine noch unmittelbarere Konkurrenz für die Eisenbahn, denn außer den genannten Frachten befördert sie auch allgemeine Warensendungen und Getreide, an deren Transport die Eisenbahngesellschaften äußerst stark interessiert sind. Das ist auch der Grund, weshalb sich die Eisenbahngesellschaften dem Bau dieser Wasserstraße im Verein mit anderen Interessengruppen in New York und anderen östlichen Häfen so energisch widersetzen und ihn auch solange hintertrieben.

Als die Vereinigten Staaten schließlich den auf ihrem Gebiet liegenden Streckenabschnitt mit einem Kostenaufwand von etwa 130 Millionen Dollar bauten, taten sie es nur, weil Kanada fest entschlossen war, den Kanal in jedem Falle zu bauen – und weil es ohnehin drei Viertel der Gesamtkosten trug. Das ist ein Fall, in dem private Geldgeber nicht nur abgeneigt sind zu investieren, sondern mit allen nur möglichen Mitteln selbst eine staatliche Investition zu verhindern versuchen. Obgleich der Kanal jährlich etwa vier Monate durch Eis blockiert ist, wird er für Kanadas wichtigstes Industriegebiet von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein. Er wird die aktive Wasserstraßenkonkurrenz 2400 Meilen tief in das Herz des Kontinents tragen und den amerikanischen Kunden niedrigere Frachttarife für zahlreiche Warengattungen bieten. 1964 wurden auf dieser neuen Wasserstraße bereits 40 Millionen Tonnen Fracht befördert.³⁵

Die im Besitz der USA-Kapitalisten befindliche Handelsmarine ist die größte der Welt. 1962 hatte sie 23,8 Millionen Bruttoregistertonnen gegenüber 19,3 Millionen im Fall Großbritanniens. Aber etwa die Hälfte dieser amerikanischen

³⁴ National Academy of Sciences, *U. S. Transportation*, 841–S, Washington, D. C., 1961, S. 275/276.

³⁵ *Wall Street Journal* v. 7. 12. 1964.

Schiffe, darunter viele der allermodernsten, fahren unter fremder Flagge und mit ausländischer Besatzung. Die Reeder wollen auf diese Weise den Gesetzen der USA und den mit den Gewerkschaften vereinbarten Tarifen ausweichen, um so ihre Lohnkosten zu senken. 1960 wurden nur etwa 10 Prozent des Außenhandels der Vereinigten Staaten von Schiffen unter amerikanischer Flagge abgewickelt. Diese Schiffe erhielten hohe Subventionen – 1950 betrug die Betriebssubventionen 50 Millionen Dollar, und damals bestritten die betreffenden Schiffe etwa die Hälfte des Außenhandels der USA. 1963 erreichten die Investitionen etwa 225 Millionen Dollar. Hinzu kamen noch Subventionen für den Bau neuer Handelsschiffe in Höhe von rund 112 Millionen Dollar.³⁶

Man sollte annehmen, daß die Handelsmarine als Gegenleistung für die Subventionen zumindest die Tarife auf dem Wege der freien Konkurrenz festsetzen würde. Aber im Gegenteil: Alle subventionierten Schiffe gehören Reeder-, „Konferenzen“ oder Kartellen an, die im Weltmaßstab Monopol-Frachttarife festsetzen.³⁷ Der verstorbene Senator Estes Kefauver bemerkte in diesem Zusammenhang: „Ich bin gegen Monopole, wann immer und wo immer sie existieren, und speziell gegen Schifffahrtskartelle . . . Sie machen Betrügereien untereinander aus. Sie diskriminieren amerikanische Reeder, einschließlich der Regierung. Sie bedienen sich aller möglichen räuberischen Tricks, um unabhängige Konkurrenten aus dem Geschäft zu verdrängen. Es ist tatsächlich schwer, sich noch irgend etwas auszudenken, wozu sie sich nicht hergegeben hätten.“³⁸ Diese Politik der Monopole war vorauszusehen. Und es ist auch vorauszusehen, daß diese Praktiken, durch die für einige Kapitalisten die Kosten erhöht und andere Kapitalisten einer diskriminierenden ausländischen Konkurrenz ausgeliefert werden – und alles auf Kosten des Verbrauchers –, nicht zu einer stabilen und profitablen Schifffahrt führen werden. Eine typische Schlagzeile in der „New York Times“ vom 13. 1. 1963 lautete: „Die Handelsflotte treibt die Suche nach dem richtigen Kurs voran. Die Industrie bestürmt Washington mit der Forderung nach Hilfe bei der Lösung anscheinend unlösbarer Probleme.“

Der Schiffsverkehr im Landesinnern und zwischen den Küsten der Vereinigten Staaten gilt als so entscheidend wichtig für die nationalen Interessen des Landes, daß er Schiffen vorbehalten ist, die sich in amerikanischem Besitz befinden und unter amerikanischer Flagge fahren. Da es somit keine ausländische Konkurrenz gibt, erhalten diese Linien aber auch keine Subventionen. Trotz fehlender Konkurrenz ist die Küstenschifffahrt in keinem guten Zustand. Der Handelsminister Hodges erklärte 1962 dazu: „Die Küstenschifffahrt ist in der schlechtesten Verfassung, die jemals in der Geschichte der Nation zu verzeichnen war.“³⁹ Die Privatinitiative war in einem solchen Maße abgeebbt, daß

36 *Special Transportation Supplement*, Dun's Review, Juni 1962, S. 109.

37 Gorter, Wytze, *United States Merchant Marine Policies: Some International Economic Implications*, Princeton 1955, S. 5.

38 *Traffic World* v. 30. 9. 1961, S. 48.

39 Ebenda, S. 44.

die Bundesregierung, um die Schiffsverbindung mit Alaska, einem Gebiet von der sechsfachen Ausdehnung Großbritanniens, aufrechtzuerhalten, selber den Passagierfährdienst einrichten und übernehmen mußte.

Ein letztes Beispiel für den Verfall des „freien Unternehmertums“ ist die Stagnation auf technischem Gebiet. Die einzige Entwicklung, die bis 1964 bei Tragflügelbooten zu verzeichnen war, erfolgte in militärischem Auftrag. Aber das ist noch ein geringes Versagen, verglichen mit der völligen Unfähigkeit des privaten Unternehmertums, die Atomenergie für Schiffe zu entwickeln und zu verwenden. Bereits 1958 ließ die Atomenergiekommission durch Rechenmaschinen die Betriebsdaten von rund 30000 Schiffen einschließlich ihrer Routen, ihrer Umlaufzeit und anderer Kennziffern auswerten, um die Zweckmäßigkeit von Atomschiffen zu errechnen. Sie gelangte zu der Feststellung, daß die Atomenergie bei einigen Verkehrsmitteln, die über weite Entfernungen und mit großer Geschwindigkeit fahren, wie zum Beispiel Erz- oder Ölfrachter, konkurrenzfähig sein würde. Aber von kapitalistischen Unternehmern wurden keine derartigen Schiffe in Auftrag gegeben.

Statt dessen wartete man darauf, daß die USA-Regierung ein kombiniertes Fracht- und Passagierschiff, die „Savannah“, in Auftrag gab und erprobte. Die „Savannah“, die im Mai 1962 vom Stapel lief, kostete die Regierung rund 80 Millionen Dollar – weit mehr, als irgendein Kapitalist jemals dafür auszugeben riskiert hätte. Es scheint jedoch festzustehen, daß Schiffe mit Atomtrieb, nachdem die ersten Pionierversuche gemacht worden sind, gegenüber Schiffen mit herkömmlichen Brennstoffen viele Vorteile haben. Gleichzeitig werfen Atomschiffe und ihre Reaktoren aber zwangsläufig auch gesellschaftliche Probleme auf, von denen viele – man denke nur an die Beseitigung des radioaktiven Abfalls – von internationaler Bedeutung sind. Auch hier sind also wieder Maßnahmen und Vereinbarungen auf Regierungsebene erforderlich. Individuelle Kapitalisten haben gar nicht die Macht, solche Probleme zu lösen, und man könnte sie ihnen auch gar nicht anvertrauen.

KRAFTVERKEHR

Mit der Entwicklung der Eisenbahnen war der Fuhrwerksverkehr zum Untergang verurteilt. Noch 1903 schrieb Prof. A. T. Hadley (und nur wenige hielten das für abwegig): „Das Straßensystem als eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung gehört der Vergangenheit an.“⁴⁰ Sechzig Jahre später aber gaben die örtlichen, einzelstaatlichen und bundesstaatlichen Behörden rund 12 Milliarden Dollar jährlich für den Bau, die Instandhaltung und den Betrieb von Autobahnen, Chausseen und anderen Straßen aus.⁴¹

⁴⁰ Hadley, Arthur Twining, *Railroad Transportation*, 1903, S. 28.

⁴¹ Rex M. Whitton, U. S. Administrator of Public Roads, in: U. S. News & World Report, 8. 10. 1963. Special Interview, Washington, D. C.

Die Entwicklung der Motorfahrzeuge bewirkte nicht nur eine qualitative Veränderung im Straßenverkehr, sondern wirkte sich auch nachhaltig auf die Entwicklung der verarbeitenden Industrie und auf die Wirtschaft als ganzes sowie auf das gesellschaftliche Leben der Nation aus. Das Straßenverkehrswesen und die damit verbundenen Industriezweige sind zum größten Wirtschaftskomplex in den Vereinigten Staaten geworden. 1963 waren in den USA 82,7 Millionen Motorfahrzeuge registriert. 69 Millionen davon waren Personenkraftwagen und Taxis, 13,7 Millionen waren Lastkraftwagen und Omnibusse. Die Produktion überstieg 1963 9 Millionen Fahrzeuge.⁴² 1962 waren rund 10,8 Millionen Menschen, das heißt rund jeder siebte Beschäftigte, in „straßenverwandten“ Bereichen tätig.⁴³

Es liegt wohl auf der Hand, daß ein solcher Wirtschaftskomplex einen großen, ja geradezu übermäßigen Einfluß auf die gesamte Tätigkeit der übrigen Wirtschaft ausübt, und ebenso liegt es auf der Hand, daß wir nur einige der damit verbundenen Fragen für unsere Untersuchung herausgreifen können. Die Konkurrenz der Lastkraftwagen hat sich auf den Güterverkehr der Eisenbahnen stärker ausgewirkt als die Konkurrenz irgendeines anderen Verkehrsmittels. Das liegt daran, daß der Güterkraftverkehr den Eisenbahntransport sowohl ergänzt als auch mit ihm konkurriert. Und diese Konkurrenz erstreckt sich über eine breite Skala von Produkten und über weite Entfernungen. Im allgemeinen aber kann man doch sagen, daß der Lastkraftwagen, gleiche Menge und gleiches Gewicht der Fracht vorausgesetzt, bei kurzen Entfernungen und hochwertigen Erzeugnissen am vorteilhaftesten ist. Das heißt, die Lastkraftwagen konkurrieren mit den Eisenbahnen gerade bei denjenigen Produkten, für die die Eisenbahngesellschaften in der Vergangenheit die höchsten Tarife fordern und aus denen sie die höchsten Profite ziehen konnten.

Dies wird, in summarischer Form, am deutlichsten, wenn man bedenkt, daß 1962 insgesamt 332 Milliarden Tonnenmeilen Fracht, das sind 23,8 Prozent des Gesamttransports, von Lastwagen befördert wurden. Auf die Eisenbahnen entfielen im gleichen Jahr rund 600 Milliarden Tonnenmeilen bzw. 43 Prozent des Gesamttransports. Untersuchen wir jedoch die Gewinne, so stellen wir fest, daß der Kraftverkehr 1961 27,7 Milliarden Dollar bzw. 68,2 Prozent der Gesamtgewinne erzielte, während auf die Eisenbahnen etwa 8,5 Milliarden Dollar bzw. 21 Prozent entfielen.⁴⁴ Im Bereich der Personenbeförderung sind die Einbußen der Eisenbahnen noch größer. 1962 entfielen auf die Automobile schätzungsweise 720 Milliarden Passagiermeilen bzw. fast 90 Prozent der Gesamtbeförderung. Demgegenüber waren es bei den Eisenbahnen 2,5 Prozent der Passagiermeilen, bei den Omnibussen etwa 2,7 Prozent und bei den Flugzeugen rund 4,7 Prozent der Gesamtbeförderung.⁴⁵

42 U. S. Department of Commerce, *Statistical Abstract 1964*, U. S. G. P. O., S. 564.

43 Automobile Manufacturers Association, *Automobile Facts & Figures*, Washington, D. C., 1962.

44 *Special Report, The \$ 50 Billion Battle*, in: *Dun's Review*, Juni 1961, S. 44.

45 *Statistical Abstract 1964*, S. 571.

Es gab eine Zeit, da brachte die Personenbeförderung den Eisenbahngesellschaften größere Reingewinne als der Güterverkehr. Heute hat sich das Bild völlig gewandelt. Die Einbußen, die die Eisenbahngesellschaften erlitten, ergaben sich zum Teil unvermeidlich aus der technischen Entwicklung, die in mancher Hinsicht den Reisenden und den Spediteuren Vorteile brachten. Aber das ist nur einer der Gründe für die Hinwendung zum Straßenverkehr. Ein weiterer liegt darin, daß die Eisenbahnunternehmer die neue Lage, in die sie geraten waren, und die zunehmende Konkurrenz nicht richtig erkannten und nicht die notwendigen Schlußfolgerungen zogen, um ihre Positionen dort, wo sie ihren Kunden vorteilhafte Bedingungen bieten konnten, zu halten. Bei weiten Entfernungen operierten die Eisenbahnen mit wesentlich niedrigeren Kosten pro Tonne und Meile als die Kraftverkehrsunternehmer, und das gilt für Tausende von Warenarten. Dennoch weigerten sie sich, ihre Monopoltarife den neuen Bedingungen anzupassen oder die Dienstleistungen zu verbessern, bis sie in vielen Fällen die meisten oder alle Kunden verloren. Sie nahmen nur zögernd Verbesserungen vor, die eine schonendere Behandlung des Frachtguts beim Rangieren und Kuppeln ermöglichten, so daß der Schaden jährlich in die Millionen Dollar ging, und sie weigerten sich, schnelle, durchgehende Verbindungen herzustellen, obgleich der „Haus-zu-Haus“-Verkehr einer der größten Vorzüge war, den die Lastwagen boten. Sie stießen die Kunden vor den Kopf, und sie hatten für ihren Umsatzrückgang immer nur ein und dieselbe Lösung: die Erhöhung der Tarife, wodurch sie wiederum nur noch weitere Kunden verloren.

Dieser Prozeß kann nicht einfach als lächerlich abgetan werden, denn immerhin waren nach wie vor viele Millionen Menschen auf die Eisenbahnen angewiesen. Die großen Unternehmen konnten sich einen eigenen Fuhrpark halten oder Schlepper bzw. Rohrleitungen benutzen – wenn sie nicht auf Grund ihrer ökonomischen Macht niedrigere Tarife erzielten. Die kleineren Unternehmen mieteten in vielen Fällen gewöhnliche LKWs, aber oft mußten sie doch auf den kostspieligen Gütertransport der Eisenbahn zurückgreifen. Am meisten aber litten die Menschen, die sich keine Autos leisten konnten, unter der Qualitätsverschlechterung des Eisenbahnverkehrs.

SCHIENENVERKEHR – NIEDERGANG UND WIEDERBELEBUNG

Der Niedergang des Eisenbahnverkehrs nimmt, was den Stadt- und Vorortverkehr betrifft, eine besondere Form an und hat hier einen speziellen Klassen-, ja sogar Rassenaspekt. Eine der unmittelbarsten Auswirkungen der Zunahme der Privatautos ist der Niedergang der öffentlichen Verkehrsmittel. In der Zeit von 1926 bis 1960 verkümmerten alle Formen des Stadtverkehrs, wobei die Gesamtzahl der Passagiere von 17,2 Milliarden auf 9,4 Milliarden sank. Am stärksten war der Rückgang des Schnellbahnverkehrs, der 1926 noch 12,9 Milliarden Personen beförderte, während es 1960 nur noch 463 Millionen

waren. Ein Teil dieser Passagiere stellte sich auf Omnibusse um; die Zahl der U-Bahn-Fahrgäste blieb dagegen annähernd konstant.⁴⁶ Der Kern des Verkehrsproblems ist nach wie vor die Personenbeförderung im Berufsverkehr. Zwar entfielen 1962 etwa 64 Prozent aller Fahrten zum Arbeitsplatz auf Autos, aber in vielen Großstädten und überhaupt in dichtbevölkerten Industriegebieten reichen einfach die Parkplätze und die Straßenkapazität nicht für den starken Andrang in den Hauptverkehrszeiten aus.

Heute leben etwa drei Viertel der Bevölkerung in 209 Großstadtgebieten der Vereinigten Staaten mit nur etwa drei Prozent der Bodenfläche des Landes. In diesen Gebieten sind etwa drei Viertel der Produktionskapazität und ungefähr ebensoviel Prozent des wirtschaftlichen Reichtums des Landes konzentriert.⁴⁷ Ohne Zweifel sind gute Verkehrsverbindungen gerade unter diesen Umständen von entscheidender gesellschaftlicher Bedeutung. Senator H. A. Williams aus New Jersey, der einen Komplex solcher Zentren vertritt, sagte indessen: „Die meisten unserer Großstadtgebiete, die das wirtschaftliche Rückgrat der Nation bilden, befinden sich bereits in den Fängen einer Stadtverkehrskrise, die durch Überfüllung der Verkehrsmittel und annähernde Lahmlegung in den Spitzenbelastungszeiten gekennzeichnet ist.“⁴⁸ Dieser Überfüllung kann man nicht durch eine Erweiterung der Straßen und Parkplätze begegnen, wie sich in einer Stadt nach der andern gezeigt hat. Los Angeles ist nach wie vor das typische Beispiel solcher Experimente auf dem Gebiet des Stadtverkehrs; gleichzeitig liegen für diese Stadt auch die präzisesten Informationen vor. Seymour S. Taylor, der Leiter der Verkehrsverwaltung von Los Angeles, stellte fest, daß der „Reifenverkehr“ 1959 bereits 66 Prozent des Grund und Bodens im zentralen Geschäftsbezirk absorbiert hatte. 28 Prozent davon entfielen auf Straßen und 38 Prozent auf Parkplätze. Nur 28 Prozent des Grund und Bodens standen für Privatgebäude und 5 Prozent für öffentliche Zwecke zur Verfügung.⁴⁹

Los Angeles, einst eine wirklich schöne Stadt, ist heute eine Betonwüste, in der die Luft so durch die Abgase der Autos verseucht ist, daß viele Menschen dort einfach nicht mehr wohnen können. Und trotzdem herrscht nach wie vor ein entsetzliches Verkehrsgedränge auf den mehrbahnigen und oft auch mehrstöckigen Straßen der Stadt, die mit einem Kostenaufwand von Milliarden Dollar gebaut wurden, und so macht während der Hauptverkehrszeiten etwa die Hälfte der Berufstätigen von den verfallenen und vernachlässigten öffentlichen Verkehrsmitteln Gebrauch. Heute ist man sich klar darüber, daß Investitionen für das öffentliche Verkehrswesen, und zwar den Schienenverkehr, erforderlich sind. Aber da sich die Menschen nun einmal so stark auf das

46 American Transit Association, *Transit Fact Book*, Washington, D. C., 1961.

47 *Report*, a. a. O., S. 619.

48 *U. S. Transportation*, a. a. O., S. 126.

49 *Taylor, Seymour S.*, Free Ways Alone Are Not Enough, in: *Traffic Quarterly*, Juli 1959. (Hervorhebung v. mir – G. S. W.)

Automobil eingestellt haben, geht die Umstellung nur langsam vonstatten. Nach einer Schätzung des Southern California Research Council dürften in der Zeit von 1957 bis 1970 in diesem Gebiet etwa 7,5 Milliarden Dollar für Straßen, aber nur 1,4 Milliarden Dollar für Schulen ausgegeben werden. Der Distrikt Los Angeles wird voraussichtlich pro Familie 10200 Dollar für Straßen, aber nur 3090 Dollar für Schulen, Parks, Krankenhäuser, Wasserversorgung und alle anderen öffentlichen Einrichtungen ausgeben.⁵⁰

Andere Städte haben diese Erfahrungen und auch ihre eigenen studiert und nehmen Kurs auf ein ausgeglicheneres, gesellschaftlich orientiertes Stadtverkehrssystem. Einige von ihnen, wie zum Beispiel Philadelphia, bieten bereits privaten Eisenbahngesellschaften einen Anreiz und Subventionen, damit sie ihre Dienstleistungen verbessern. Der konservative Doyle-Ausschuß traf nach einer der umfangreichsten Untersuchungen, die jemals im Verkehrswesen der Vereinigten Staaten vorgenommen wurden, die Feststellung: „Dieser Ausschuß ist der Meinung, die Frage nach dem ‚Wie‘ (der Lösung des Personenverkehrsproblems – d. Verf.) könnte in vielen Orten am besten dadurch beantwortet werden, daß den Fahrgästen kostenlos Massenverkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden, die weniger kosten, als die Bereitstellung der für ihre Autos erforderlichen zusätzlichen Straßen und Parkplätze.“⁵¹

Dieser Standpunkt ist schon sehr weit vom „freien Unternehmertum“ entfernt, aber auch er stellt noch nicht das letzte Wort dar. In Washington, D. C., kam man zu der Feststellung, daß der Straßenverkehr, gleichgültig, wieviel man noch dafür ausgabe, selbst bei verstärktem Einsatz von Omnibussen einfach nicht mehr mit dem für 1980 zu erwartenden Andrang fertig werden könnte. So empfahl die National Capital Transportation Agency (NCTA) 1962 eine abrupte Schwenkung in der Verkehrspolitik: eine Einschränkung des Straßenbaus und eine Hinwendung zu einem einheitlichen U-Bahn-, Hochbahn- und Schnellbahnsystem mit modernen Wagen und einer standardisierten Spurweite. Die Verfasser des Berichtes meinten, ein solches Verkehrssystem werde schneller und billiger sein und den Grund und Boden in den Städten nicht mehr seinen Hauptfunktionen entziehen. Sie rechneten mit einer Einschränkung des Autoverkehrs in den Stadtzentren um etwa 25 Prozent nach Einführung dieses Verkehrssystems.⁵²

Eine der ersten Stellungnahmen der hauptsächlich aus Geschäftsleuten zusammengesetzten NCTA war: „Das Privatkapital hat keine Neigung gezeigt, jene Art von Massenverkehrsmitteln zu schaffen, die erforderlich sind, um die zu erwartenden großen Massen von Fahrgästen in dem so wesentlichen Tempo in diesem großen und ausgedehnten, dicht bevölkerten Gebiet zu befördern.“⁵³ San Francisco hat ähnliche Erhebungen angestellt und baut zur Zeit ein öffent-

50 *Report*, a. a. O., S. 594.

51 Ebenda, S. 553. (Hervorhebung v. mir – G. S. W.)

52 NCTA, *Recommandations for Transportation in the National Capital Region*, Washington, D. C., 1962, S. 17.

53 Ebenda, S. 1.

liches U-Bahn-Schnellbahn-Verkehrssystem, das für Höchstgeschwindigkeiten vorgesehen ist und etwa 800 Millionen Dollar kostet – eine große Summe, die aber noch weit unter dem liegt, was Straßen mit ihrer überdies weit geringeren Kapazität kosten würden. Alles in allem eröffnet sich hier ein sehr großes Investitionsfeld, von dem sich die Kapitalisten zurückgezogen haben. Robert C. Weaver, der Leiter der J. S. Housing and Home Finance Agency, schrieb: „Nach vorsichtigen Schätzungen sind im laufenden Jahrzehnt für die Massenverkehrseinrichtungen der Städte Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Dollar erforderlich . . . Ich möchte hinzufügen, daß dies von grundlegender Bedeutung ist, denn wenn wir nicht imstande sind, unsere Menschen und unsere Waren zu befördern, werden unsere Städte ersticken.“⁵⁴ Eine letzte Schlußfolgerung geht dahin, daß das Auto, das eine so unbeschränkte Freiheit des individuellen Verkehrs versprach, noch auf lange Zeit eine wesentliche Rolle im Personenverkehr spielen wird und spielen muß. Aber es liefert keine Lösung für die Probleme des Stadtverkehrs. Eine so durchgesetzte individuelle Freiheit verwandelt sich in eine Zerstörung der Freiheit, und die Freiheit der Bewegung kann nur durch eine bewußte Hinwendung zu gesellschaftlichen Verkehrsmitteln wiederhergestellt werden. Die Planung des Verkehrswesens ist dabei, wie immer deutlicher erkannt wird, nur ein Teil der Aufgaben, die es zu lösen gilt. Eine volle Wiederherstellung der Städte erfordert eine viel umfassendere Planung, eine Planung der Bodennutzung und der gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Stadt. Schließlich muß das Verkehrswesen des jeweiligen Gebietes, wenn es größte Effektivität erlangen soll, in einen Gesamtplan zur Entwicklung der Produktionseinrichtungen eingebaut werden und ihm dienen. Eine solche Planung ist, wie die verzweifelten „Städteplaner“ in den Vereinigten Staaten allmählich zu erkennen beginnen, in einer andern als der sozialistischen Gesellschaft nur schwer oder überhaupt nicht zu verwirklichen.

LUFTVERKEHR

Der jüngste Verkehrszweig, der das höchste technische Niveau, die größte Geschwindigkeit und die größten Kosten pro Beförderungseinheit aufweist, ist, wie zu erwarten, gleichzeitig jener Zweig, der vielleicht in höchstem Maße gesellschaftlichen Charakter hat und die vollständigste gesellschaftliche Kontrolle zum Schutz der gesellschaftlichen Interessen erfordert. Am deutlichsten zeigt dies die höchste Form des Luftverkehrsmittels, die kosmische Rakete, bei der dem Privatunternehmertum nur die Erzielung unmäßiger Profite aus der Konstruktion bleibt, für die die von der Regierung finanzierte Forschung die genauen Angaben liefert. Der Bau von Raumschiffen geht in den

⁵⁴ Weaver, Robert C., *The Elite and the Electorate*, Santa Barbara, Calif., 1963, S. 16.

Vereinigten Staaten so vor sich, daß die Gesellschaften, die die Aufträge erhalten, große „Profite“ machen. Aber das ist kaum ein Profit im klassischen Sinne des Mehrwertes, den der Kapitalist auf der Basis seines Eigentums an den Produktionsmitteln erzielt. Die meisten großen Gesellschaften, die heute Raketen und Raumschiffe produzieren, haben selber nur wenig in diese Projekte investiert. Sie sind vielmehr mit Hilfe öffentlicher Mittel zu gewaltiger Größe angewachsen. Bei ihren Profiten handelt es sich in Wirklichkeit um Tantiemen – übermäßige Tantiemen, die man unter Berufung auf die nationale Verteidigung in den Mantel des Schweigens hüllt.

Die staatsmonopolistischen Beziehungen, das Ausmaß des Profits und das moralische Niveau der Vereinbarungen, die diesen Aufträgen zugrunde liegen, sind aus einigen Tatsachen abzulesen, die bekannt wurden, als das Pentagon der General Dynamics Corporation den Auftrag zum Bau des TFX-Überschallbombers erteilte. Boeing, der Konkurrenzbewerber, protestierte, und bei der sich anschließenden Senatsuntersuchung wurde zugegeben, daß der stellvertretende Verteidigungsminister Roswell Gilpatric bei der Entscheidung über die Auftragserteilung an die General Dynamics Corporation eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Gilpatric war von der Wall-Street-Anwaltsfirma Cravath, Swain & Moore an das Pentagon „ausgeliehen“ worden. Als Mitglied dieser Firma hatte Gilpatric für die General Dynamics Corporation als Anwalt bei ihren Verhandlungen mit der Regierung fungiert – und er war außerdem ein persönlicher Freund des Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Gesellschaft, Frank Paece. Cravath, Swain & Moore vertrat die General Dynamics Corporation auch in den Jahren 1961 bis 1963 und konsultierte Gilpatric regelmäßig im Pentagon, als die Verhandlungen über den Auftrag geführt wurden. Senator McClellan sagte während der Vernehmung zu Gilpatric: „Ich denke, es steht außer Frage, daß Sie sich disqualifiziert haben.“⁵⁵ Aber was für eine Rolle spielen Begriffe des öffentlichen Anstands, wenn es um einen Auftrag zwischen 6 und 8 Milliarden Dollar geht, der Profite von 1 Milliarde Dollar oder mehr verspricht? Der Auftrag ist aufrechterhalten worden, und Gilpatric ist wieder bei Cravath, Swain & Moore in der Wall Street.

Auf der Ebene darunter, dem Gebiet der zivilen Überschallflugzeuge, spielt sich ähnliches ab, nur daß man hier davon ausgeht, daß diese Maschinen von Privatgesellschaften geflogen werden. Die Risiken und die für die Entwicklung von Überschallflugzeugen erforderlichen Gesamtinvestitionen waren so groß, daß die Kapitalisten es rundweg ablehnten, hier etwas zu investieren. Selbst diejenigen Gesellschaften, die von der Regierung finanziert worden waren, um Überschallflugzeuge für militärische Zwecke herzustellen, lehnten es ab, sich um Regierungsaufträge für die Entwicklung von Zivilmaschinen zu bewerben, solange die Regierung sich nicht bereit erklärt hatte, drei Viertel der Kosten zu tragen – und selbst dann mußten die Gesellschaften vom Präsidenten der Vereinigten Staaten noch ausdrücklich aufgefordert werden, sich um Aufträge zu

bewerben. Ein Luftfahrtbeamter rechnete nach dem Studium der vorgesehenen Betriebsdaten der Überschallflugzeuge aus, daß die Anfangskosten bei jeder Maschine so hoch sein würden, daß die betreffenden Fluggesellschaften nur dann Profite machen könnten, wenn die Bundesregierung nicht nur die Forschungs- und Entwicklungskosten des Modells, sondern auch die eigentlichen Entwicklungskosten der Serie subventionierte.⁵⁶ Mit andern Worten, das „freie Unternehmertum“ konnte die Flugzeuge nur dann einsetzen und davon profitieren, wenn die Regierung die grundlegenden Investitionen bestritt.

Das gesellschaftliche Interesse an den Überschallflugzeugen endet jedoch nicht bei den Investitionen für ihre Herstellung; auch der Einsatz der Maschinen, gleichgültig, ob es sich um zivile oder militärische handelt, wirft gesellschaftliche Fragen auf. Ist der Schaden, der beim Durchbrechen der Schallmauer angerichtet werden kann, so groß, daß die Flughöhe und der Flugbereich der Maschinen streng begrenzt werden müssen? Die Regierung führt zur Zeit umfangreiche Tests durch, um festzustellen, was für Vorschriften notwendig sind. Die Flugzeuge werden in solchen Höhen fliegen, daß die Passagiere einer etwa zweihundertmal so großen Strahlengefahr ausgesetzt sind, wie es in Höhe des Meeresspiegels der Fall ist. Ist eine solche Gefahr die Einsparung von vielleicht drei Stunden beim Flug nach Europa wert? Das ganze Projekt basiert auf der ziemlich törichten Auffassung, das „nationale Prestige“ erfordere solche Flugzeuge, selbst wenn kein wirklicher Bedarf oder keine wirkliche Nachfrage danach besteht. Vielleicht wäre es in diesem Fall besser, aus mangelndem Profitanreiz gar nichts zu tun, als den Staat intervenieren zu lassen, um ein falsches gesellschaftliches Ziel zu erreichen.

Man denke nun nicht etwa, daß nur im Hinblick auf die modernsten Überschallflugzeuge spezielle gesellschaftliche Interessen berührt werden. Die Anfänge des heutigen Luftverkehrsnetzes der Vereinigten Staaten können mit der Verabschiedung des Kelly Air Mail Act im Jahre 1925 datiert werden. Damals gab es noch keinen regelmäßigen Flugverkehr für die Personenbeförderung, und der Güterverkehr mit Flugzeugen lag noch in weiter Ferne. Die Luftpostkontrakte waren die erste größere und regelmäßige Einkommensquelle, und auf dieser Basis entstanden dann die regelmäßigen Flugverbindungen, die bald auch die Passagiere anzogen.⁵⁷ 1937 wurde das Prinzip des freien Unternehmertums auf diesem Gebiet formell aufgegeben, als der Thye-Repräsentantenhausauschuß feststellte: „Die Regierung kann keine uneingeschränkte Konkurrenz von nicht der Regulierung unterworfenen Fluggesellschaften zur Kapitalisierung und Beeinträchtigung der in den letzten zehn Jahren vorgenommenen Investitionen zulassen.“⁵⁸ Die Kontrolle über die Konkurrenz war einer der Hauptzwecke der Civil Aeronautics Act vom Jahre 1938. Nach diesem Gesetz sollte die Zivile

56 Ebenda v. 14. 5. 1963.

57 *Richmond, C. B.*, Regulation and Competition in Air Transport, Columbia University Press 1961, S. 4.

58 *Irregular Airlines Hearings*, Washington, D. C., 1937, S. 186.

Luftfahrtbehörde das Einsteigen von Kapitalisten in den Luftverkehr kontrollieren, die Tarife bestätigen und die Routen zuweisen. Die Regierung übernahm ferner die Verantwortung für die Entwicklung und für den Betrieb der Fluglinien und für die Sicherheitsvorkehrungen. Sie richtete einen speziellen Wetterdienst für die Fluglinien ein, entwickelte neue Methoden zur Einweisung der Flugzeuge und für ihre Landung und kontrollierte die Flugplätze, die sie in vielen Fällen auch selber baute. Fast alle übrigen zivilen Flugplätze wurden (ab 1946 gewöhnlich mit Darlehen aus dem Bundeshaushalt) von den örtlichen Behörden gebaut und betrieben, wobei selbst hier die Kontrolle über den Betrieb des zivilen Luftverkehrs in den Händen der Bundesregierung lag.

Die Bundesregierung gewährte auch zahlreiche Subventionen für die Einrichtung von Fluglinien, wobei sie die Forderung erhob, daß als Gegenleistung für alle größeren Ausgaben erst ihre Zustimmung eingeholt würde. Aber diese straffe Kontrolle hatte keinen einheitlichen Investitionsplan und keinen koordinierten Flugverkehr zur Folge. Im Gegenteil, da die Regierung wußte, wie schwierig es ist, die Monopole zu regulieren und sie zu befriedigenden Dienstleistungen zu veranlassen, betrieb sie bewußt eine Politik, die darauf gerichtet war, alle größeren Städte von mindestens zwei verschiedenen Fluggesellschaften anfliegen zu lassen. Die Folge ist, daß – um ein extremes Beispiel zu nennen – zwischen New York City und Washington, D. C., neun Fluglinien operieren und auf zwölf anderen Routen fünf oder mehr Gesellschaften tätig sind. Das ist ein unsinniger Kapazitätsüberschuß; es bedeutet Doppelarbeit beim Flugkartenverkauf und bei der Reklame und führt dazu, daß die Platzkapazität auf vielen Linien nicht einmal zur Hälfte ausgelastet ist. Die Folge sind hohe Beförderungstarife und ein Konkurrenzkampf um den Passagier, bei dem einer den andern mit allem möglichen Aufwand zu überbieten versucht.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Geschichte der Entwicklung des Verkehrswesens in den Vereinigten Staaten ist durch einen ständigen Konflikt zwischen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach einem immer ausgedehnteren, leistungsfähigen Verkehr und der begrenzten Fähigkeit der kapitalistischen Unternehmer zur Schaffung dieser Verkehrsmöglichkeiten gekennzeichnet. Von den ersten Tagen der Republik an waren staatliche Interventionen erforderlich, um die gesellschaftlichen Interessen zu schützen. Dies geschah oft durch den Bau und den Betrieb der betreffenden Verkehrswege, häufiger aber noch durch Subventionierung der Investitionen, wobei der Bau und der Betrieb dann in Privathand lagen. Selbst im Falle des individualistischsten aller Verkehrsmittel, des Privatwagens, sorgt der Staat nicht nur für die notwendigen Autobahnen und Straßen, sondern er erläßt auch viele Vorschriften, zum Beispiel in bezug auf die Geschwindigkeit, damit dieser Verkehrszweig überhaupt geordnet funktionieren kann.

Bei allen Verkehrsmitteln besteht eine Tendenz zur Monopolisierung als der kapitalistischen Methode zur Maximierung des Gewinns, während gleichzeitig teilweise den Bedürfnissen der Verkehrstechnologie entsprochen wird, die im Interesse größter Rentabilität und Leistungsfähigkeit ein einheitliches System erfordert. Aber die Kapitalisten, denen es in erster Linie um den Profit geht, mißbrauchen ständig ihre Monopolmacht, und zwar in solchem Maße, daß die Regierung regulierend auf die Preise und die Qualität der Dienstleistungen einwirken muß. Diese Regulierung hat manchen Mißbrauch eingedämmt, aber sie tendiert zur Degeneration, denn die der Regulierung unterworfenen Gesellschaften streben danach, die betreffende Behörde zu beherrschen und in den Dienst ihrer Monopolinteressen zu stellen.

Überdies ist es niemals gelungen, durch die regulierenden Eingriffe eine rationelle Organisation des Verkehrswesens zu schaffen. Ein solch rationelles einheitliches Verkehrswesen ist einfach nicht vereinbar mit dem Privateigentum an ganzen Verkehrszweigen. Wenn durch Bereitstellung verschiedenster Verkehrsmittel, die alle im allgemeinen dieselbe Funktion erfüllen können, und durch Heranziehung von Gesellschaften mit identischen Einrichtungen die Konkurrenz angefeuert werden soll, so löst das nicht den Widerspruch, und es führt auch nicht zu einem rationellen System. Die Folge ist vielmehr eine gewaltige Überkapazität bei bestimmten Einrichtungen und eine gleichzeitige Vernachlässigung anderer wichtiger Verkehrsmittel. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gibt heute rund 20 Prozent ihres Bruttonationalprodukts, das heißt die fast unglaubliche Summe von mehr als 120 Milliarden Dollar jährlich, für das Transportwesen aus. Und doch ist das Verkehrswesen für viele Menschen und für ganze Gebiete in einem viel schlechteren Zustand als noch vor einer Generation.

Jetzt versucht man in vielen Städten, zu gesellschaftlichen Formen des Verkehrs zurückzukehren, öffentliche Mittel in die Eisenbahnen zu investieren und zu einer rationelleren Planung des Verkehrswesens zu kommen, um so den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Großstädte zu entsprechen. Alle diese Versuche einer Planung geraten, und zwar gewöhnlich eher früher als später, in den Widerspruch zwischen dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Das ist der Hauptgrund, weshalb sich das Verkehrswesen in den Vereinigten Staaten heute im Zustand einer weitverbreiteten Krise befindet – und es ist auch der Grund, weshalb wir annehmen können, daß diese Krise solange andauert, bis die Eigentumsbeziehungen mit den Bedürfnissen der modernen Technik und der Gesellschaft in Übereinstimmung gebracht sind.

Übersetzt von *Roswitha Czollek*

CONCLUSIONS

The study of the history of the development of transport in the United States shows a continuous conflict between the social need to have an expanding and efficient transportation system and the ability of capitalist enterprise to provide that transport. From the first days of the Republic, state interventions were necessary to protect the public interest. This sometimes took the form of construction and operation of the transport facility. More often it took the form of assistance in financing the investment, with private construction and operation. Even in the case of the most individualistic of all forms of transport, the private passenger automobile, the state not only provides the essential highways and streets for operation, but must impose many regulations, such as of speed, to make possible the use of the facilities in an orderly manner.

In all types of transport there is a tendency toward monopolization as the capitalist method of maximizing their return while partially conforming to the needs of the transport technology to operate as a system in order to attain efficiency. But the capitalists, with their primary interest in profit, consistently abuse their monopoly powers to the point that governmental regulation of their prices and quality of service must be imposed. Such regulation has curbed some of the abuses, but tends to degenerate, with the regulated corporations tending to dominate the regulating agency and to use it to protect their monopoly interests.

Furthermore, such regulation never has achieved an efficient organization of the transport system so that it can operate in a rational manner. Such rational system-wide operation is simply not compatible with private ownership of segments of the transportation facilities. The encouragement of competition by the duplication of various types of transport that can offer the same general service, and of corporations offering identical service, does not resolve the contradiction and result in an efficient system. Instead it results in an enormous amount of duplication of some facilities and a great neglect of other essential forms of transport. The people of the United States now spend about twenty percent of their gross national product, or the almost incredible sum of more than \$ 120 billion annually on transport. Yet for many people, and for whole areas, transport is much worse than it was a generation ago.

Now there is an attempt in many urban areas to revive social forms of transport, to invest public funds in rail facilities and to try to move toward a more rational planning of transport to conform to the economic and cultural needs of the metropolitan areas. All such attempts at planning, and usually sooner than later, run into the contradiction between private ownership of the means of production and social needs. This is the fundamental reason why transportation in the United States today is in a state of widespread crisis, and it is the reason why we may expect that crisis to continue until property relations are brought into conformity with the needs of modern technology and with the needs of society.

Die Gründerkrise

Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik

VON HANS MOTTEK

Vorbemerkung

Die Produktionsbewegung in den einzelnen Jahren

1. Die Aufschwungsjahre und die Krise
2. Die Jahre der Depression

Die auf das Verhalten der Klassen unmittelbar wirkenden Krisenfaktoren; das Erscheinungsbild der Krise

1. Arbeiterklasse
2. Bourgeoisie

Zu einigen theoretischen Problemen der Gründerdepression

VORBEMERKUNG

Die Problematik der sogenannten „großen Depression“ (Great Depression) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hat seit langem in der ökonomisch-historischen Literatur eine beträchtliche Rolle gespielt. Allerdings trifft das mehr auf die anglo-amerikanische als auf die deutsche zu. Im Rahmen der deutschen marxistischen Krisenforschung hat sich Oelßner¹ zum ersten Mal ausführlich mit ihr auseinandergesetzt. Jedoch hat er dabei die Produktionsbewegung im Vergleich zu den anderen, mehr in die Augen springenden Krisensymptomen etwas vernachlässigt.

Demgegenüber stellt die Untersuchung von Kuczynski in seinen „Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914“² einen bedeutenden Fortschritt dar, wobei das Schwergewicht mehr auf die Entwicklung der Produktion gelegt wird. Dennoch erschien es dem Verfasser, insbesondere im Hinblick auf die Ausarbeitung des dritten Bandes der „Wirtschafts-

1 Oelßner, Fred, Die Wirtschaftskrisen, Bd 1, Berlin 1949, S. 244–284.

2 Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961, S. 3–102 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 12.

geschichte Deutschlands“, notwendig, weitere Untersuchungen durchzuführen, da eine Reihe von Problemen, die für den Gesamtzusammenhang der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands jener Zeit von großer Bedeutung sind, noch nicht hinreichend geklärt sind. Für die vorliegende Arbeit erwies es sich – im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen – als zweckmäßig, nicht das gesamte Gebiet der „großen Depression“ zu untersuchen, sondern sich vielmehr zunächst gründlich mit der Krise der siebziger Jahre und der ihr folgenden Depression zu beschäftigen. Der Grund dafür ist folgender: Die Depression der siebziger Jahre ist in ihren ökonomischen, politischen, ideologischen und kulturellen Wirkungen für sich allein genommen schon von solch grundlegender Bedeutung, daß sie nur mit der Krise von 1929 verglichen werden kann. Auch die den siebziger Jahren folgenden Phasen der sogenannten „großen Depression“ sind nur auf Grund einer tiefgehenden Analyse der zyklischen Vorgänge in den siebziger Jahren verständlich.

Für die Analyse der Gründerkrise erwies es sich als zweckmäßig, auf den vorausgehenden zyklischen Aufschwung wenigstens insoweit einzugehen, als es vor allem zum Verständnis der Ursachen der Krise, der Ursachen für die ausgedehnte Depression notwendig war. Bei der Gründerdepression selbst konnte wiederum auf die eingehende Behandlung mancher wichtiger Probleme, zum Beispiel Entwertung des fiktiven Kapitals, Lohnbewegung usw., verzichtet werden, weil man sich dabei bereits auf die Darstellung von Kuczynski und Oelbner stützen kann. Es erwies sich darüber hinaus auch nicht als möglich – wollte man den Umfang der Arbeit nicht noch weiter ausdehnen –, so wichtige Fragen wie die Entwicklung der Landwirtschaft und des Außenhandels in die Untersuchung mit einzubeziehen, sondern es erschien geboten, sich auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren:

Der erste Schwerpunkt, der gleichzeitig den Hauptgegenstand des ersten Abschnitts bildet, ist die Produktionsbewegung in den einzelnen Jahren. Hier war eine umfangreiche Darstellung auf der Grundlage zeitgenössischer Quellen erforderlich, weil die vorhandenen Statistiken nicht ausreichten und bei ihrer ausschließlichen Benutzung demgemäß ein verzerrtes Bild hätte entstehen müssen.³ Auf der dadurch geschaffenen Grundlage folgt dann der zweite Abschnitt mit der Darlegung, wie die unmittelbaren Erscheinungen der Krise und der Depression und ihre Folgen auf die Hauptklassen der Gesellschaft einwirkten. Den Abschluß bildet schließlich ein Abschnitt, in dem einige theoretische Fragen erörtert werden, für welche die ökonomischen Tatsachen der siebziger Jahre wegen ihrer außerordentlich hohen Aussagefähigkeit ein guter Ausgangspunkt sind.

3 Vgl. dazu die Auseinandersetzung mit Wagenführ und Spiethoff auf S. 70 f., 76 ff., 78 ff. u. 84. der vorliegenden Arbeit.

DIE PRODUKTIONSBEWEGUNG IN DEN EINZELNEN JAHREN

1. Die Aufschwungsjahre und die Krise

Es gibt wohl keinen zyklischen Aufschwung in der Geschichte des deutschen Kapitalismus, der einen solchen Eindruck nicht nur bei Spezialisten, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit hinterlassen und dementsprechend auch einen eigenen bekannten Namen erhalten hat, wie „der zyklische Aufschwung am Anfang der siebziger Jahre“. Und es scheint auch, wenn man die verhältnismäßig umfangreiche Literatur betrachtet, als ob es in bezug auf diesen Aufschwung nicht allzuvielen Probleme gäbe. Und dennoch ist nicht einmal sein Beginn völlig klar; denn wenn vorhin von dem Aufschwung der siebziger Jahre gesprochen wurde, so zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß diese Formulierung, die auch dem Eindruck der meisten Zeitgenossen entsprach, nicht völlig korrekt ist. In Wirklichkeit muß man den Beginn schon mit dem Jahr 1869 ansetzen. In diesem Jahr zeigte sich offensichtlich eine Massenanlage von konstantem fixen Kapital vor allen Dingen in den Eisenbahnen. Die Länge der neugebauten Bahnen nahm in diesem Jahr um 955 km gegenüber 668 im Jahre 1868, also um 43 Prozent zu.⁴ Der Roheisenverbrauch als wichtigster Index für die zyklische Entwicklung, jedenfalls in bezug auf die Abteilung I, wuchs von 1,299 auf 1,501 Millionen t, also um etwa 25 Prozent, während sich in den vorangegangenen Jahren (1867/68) nur eine geringe Zunahme gezeigt hatte.⁵ Die Roheisenproduktion stieg von 1,267 auf 1,413 Millionen t.⁶ Das Jahr 1870 zeigte dann eine zunehmende Verwirklichung der geplanten Ausdehnung des Eisenbahnnetzes. Der Zuwachs der Bahnbetriebslänge erhöhte sich in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr noch um nahezu 57 Prozent. Die Kilometerlänge wuchs von 18079 auf 19575⁷, also um 1496. Das war ein bisher in der deutschen Eisenbahngeschichte nicht erreichter Zuwachs. Auf dieser Grundlage hätte das Jahr 1870 eine erhebliche Steigerung der Produktion bringen müssen. Und tatsächlich deuten die zeitgenössischen Berichte aus den wichtigsten Wirt-

4 *Kühn, E.*, Die historische Entwicklung des deutschen und deutsch-österreichischen Eisenbahnnetzes vom Jahre 1838 bis 1881, in: Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 12/1883, S. 173. — In diesen Angaben sind die elsässisch-lothringischen Eisenbahnlinien auch bereits vor der Übernahme durch das Deutsche Reich enthalten, um für die folgenden Jahre den echten Zuwachs ausweisen zu können.

5 *Kuznets, Simon S.*, Secular Movements in Production and Prices, Boston-New York 1930, S. 469.

6 *Marchand, Hans*, Säkularstatistik der Deutschen Eisenindustrie = Schriften der Volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, N. F., Hauptreihe 3, Essen 1939, S. 114f.

7 *Kühn, E.*, a. a. O., S. 173.

schaftsgebieten Deutschlands für die erste Hälfte des Jahres 1870 auch eine solche Aufwärtsbewegung und einen allgemein günstigen Gang der Geschäfte an.⁸

1870: Mit Kriegsausbruch begannen schwere Störungen, die zu einem allgemeinen Rückgang führten. Erstens kam es zu einem bedeutenden Rückgang der Aufträge.⁹ Das galt auch infolge der Blockade für das Ausland, das überdies ebenfalls unmittelbar von den Auswirkungen des Krieges betroffen wurde. Der Rückgang von Aufträgen für friedliche Zwecke wurde keineswegs durch die Zunahme von Aufträgen für das Heer, für den Krieg kompensiert oder überkompensiert. Das konnte in einem so kurzen Krieg unter den damaligen Bedingungen auch gar nicht anders sein. Zweitens brachte die Mobilisierung eine solche Knappheit an Arbeitern, insbesondere an gelernten, daß dadurch die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Produktion gefährdet war.¹⁰ Das galt insbesondere für den Kohlenbergbau, der trotz steigender Preise einen Rückgang aufwies. Kohlenmangel¹¹ und Kohlenteuerung hatten ihre Auswirkungen wiederum auf die verschiedensten Industriezweige. Der Kohlenmangel wurde noch durch die Verkehrsstörungen¹², den Waggon- und Lokomotivmangel erhöht, der zunahm, je weiter der Krieg nach Frankreich vordrang. Schließlich brachte der unmittelbare Kriegsausbruch eine Zerrüttung des allgemeinen Kredits.¹³ Der Diskont wurde sogar in England auf 6 Prozent erhöht, in Deutschland waren Kredite selbst für 8 bis 9 Prozent nach einem Bericht aus Württemberg von „soliden Industriellen“ schwer zu erhalten.¹⁴ Der „französische Krieg“ führte zu einer „Anspannung des Geldmarktes“.

8 So für Berlin: *Bericht über den Handel und die Industrie von Berlin* im Jahre 1861–72, erstattet v. d. Aeltesten d. Kaufmannschaft v. Berlin (im folgenden: BHI Berlin), S. 4; für Dresden: *Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer* (im folgenden: Jbr. d. H. u. Gwk.) für 1870, in: Preußisches Handelsarchiv (im folgenden: Pr. HA.), Jg. 1872, T. 1, S. 82; für Württemberg: ebenda, S. 208f. u. 295f.; sowie die Berichte im Pr. HA., Jg. 1872, T. 1, S. 245 (für Aachen), S. 181 (für Krefeld), S. 521ff. (für Gera), S. 125 (für Görlitz), S. 573 (für Hannover), S. 214 (für Siegen); ebenda, T. 2, S. 243 (für Mainz).

9 Vgl. z. B. ebenda, Jg. 1871, T. 1, S. 75.

10 In einem Bericht aus Gleiwitz heißt es: „Die durch die Mobilmachung eingetretene Entziehung von geübten Arbeitskräften ist auf 12 bis 18 Prozent zu veranschlagen . . .“ (ebenda); vgl. auch ebenda, S. 215 u. 251.

11 Ebenda, S. 74f., 213 und 521.

12 „Lange Zeit waren besonders in der Richtung von Ost nach West fast alle Eisenbahnzüge für den Transport von Truppen und Kriegsmaterial in Anspruch genommen, so daß Kaufmannsgut gar nicht“ oder „nur als Eilgut befördert werden konnte“ (ebenda, S. 521); vgl. auch ebenda, S. 75 u. 84; ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 82f.

13 Über Breslau heißt es: „Es trat vollständige Panique ein, die Preise sanken, das Vertrauen hörte auf . . .“ (ebenda, Jg. 1871, T. 1, S. 102); vgl. auch ebenda, S. 213; ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 82.

14 Ebenda, S. 236.

Das war wie eine große „Katastrophe“, die „ohne jede Ahnung mit . . . Schnelligkeit hereinbrach . . .“ Man fürchtete einen „Weltkrieg . . . Die Produzenten drängten die Fabrikanten, diese die Grossisten und letztere die Detailleure . . . Die Jetztzeit“, hieß es, habe „eine solche Schreckenszeit wie die des Monats Juli noch nie erlebt“.¹⁵ Obwohl sich die Kreditkrise mit den Niederlagen der französischen Armee und durch Gegenmaßnahmen abschwächte, führte doch der Kreditmangel in Verbindung mit dem Kohlenmangel den Verkehrsstörungen und dem Auftragsrückgang zu erheblichen Produktionseinschränkungen. Das galt für die Baumwollspinnerei, über die aus Bayern berichtet wurde, daß nur in $\frac{3}{4}$ der Arbeitszeit gesponnen wurde, obwohl Absatz für $\frac{4}{4}$ gewesen sei.¹⁶ Ein ähnliches Bild zeigte sich auch für die Wollindustrie¹⁷, obwohl für grobe Tuche hier Heeresaufträge einen gewissen Ausgleich schufen. Selbst die metallverarbeitenden Industrien, insbesondere der Maschinenbau¹⁸, waren trotz umfangreichen Eisenbahnbaues von dem Rückgang, wenn auch in geringerem Maße, betroffen. Die zeitgenössischen Nachrichten zeigen auch, daß weniger gebaut wurde als im Vorjahr. Durch den Krieg seien viele Baupläne auf spätere Zeit verschoben worden.¹⁹

In diesen Berichten wird jedoch auch vermerkt, daß die Rückgänge geringer waren als im Jahre 1866²⁰, was sich aus der Tatsache erklärt, daß sich dieses Mal Krieg und zyklischer Niedergang nicht gegenseitig verstärkten, sondern der Krieg die Aufschwungserscheinungen nur nicht zur Geltung kommen ließ. Insgesamt wird der Rückgang in der zweiten Hälfte des Jahres 1870 naturgemäß durch die statistischen Angaben für das ganze Jahr 1870 ungenügend widerspiegelt. Außerdem sind die vorhandenen Ziffern auch nur für Eisen, Kohle und zum Teil für den Eisenverbrauch voll aussagefähig, wobei sich beim Eisenverbrauch eine Stagnation gegenüber 1869 mit 1,398 gegenüber 1,374 Millionen t zeigte.²¹

Ähnlich lauten die Ziffern für die Roheisenproduktion, die von 1,413 auf 1,391 Millionen t zurückging, sowie für die Steinkohlenproduktion, bei der sich ein ähnlicher Rückgang, und zwar von 26,774 auf 26,398 Millionen t vollzog.²²

1871: Die Entfaltung des Aufschwungs, welche 1870 durch den Krieg mehr als aufgehalten wurde, kam 1871 nach dem Friedensschluß zustande. Das ist der entscheidende Schlüssel zur Produktionsentwicklung in jenem ersten der

15 Ebenda, S. 295.

16 Ebenda, Jg. 1871, T. 2, S. 429.

17 Vgl. z. B. für Aachen ebenda, T. 1, S. 245f.

18 Vgl. z. B. ebenda, S. 522; ebenda, T. 2, S. 243.

19 Ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 856.

20 Ebenda, S. 666.

21 *Spithoff, Arthur*, Die wirtschaftlichen Wechsellagen, Bd 2, Tübingen-Zürich 1955, Tafel 13.

22 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, Die Entwicklung der deutschen Montanindustrie von 1860 bis 1912, in: Montanstatistik des Deutschen Reiches, Berlin 1915, S. 86.

berühmten Gründerjahre. Hinzu kamen die bekannten und viel erörterten Folgen des siegreichen Krieges. Hierbei ist einmal daran gedacht, daß die durch den siegreichen Krieg und die Bismarcksche Reichseinheit gesteigerten Profitmöglichkeiten der Bourgeoisie durch die Spekulation vorweggenommen wurden, was zu Kurssteigerungen und überhaupt zu gewaltigen Preiserhöhungen infolge einer die zukünftige Absatzausdehnung vorwegnehmenden spekulativen Nachfrage führte. Weiterhin ist an die bekannten 5 Milliarden gedacht, mit deren ersten Zahlungen schon früh begonnen wurde und die schon bald zu einer hohen, von den verschiedenen zeitgenössischen Beobachtern²³ bekundeten Geldflüssigkeit führten, was wiederum Gründungen und Ausdehnung des Kredits erleichterte.

In der Tat gibt es kaum ein Jahr in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, in dem die Vertreter der verschiedensten Zweige der Handels- und Industriebourgeoisie in so harmonischer Übereinstimmung über einen glänzenden Geschäftsgang und eine Ausdehnung der Produktion berichteten. Die württembergischen Handelskammern sprechen nahezu für alle, wenn sie sagen: „Die neueste Geschichte hat kein Jahr aufzuweisen, in welchem im Handel, der Industrie und besonders an der Börse so viel verdient wurde wie 1871. Das ganze Jahr ist eine große Hausseperiode gewesen, die mit wenig Unterbrechung von Januar bis Dezember dauerte.“²⁴ Dabei beschränken sich die Berichte über die „Hausse“ keineswegs auf die Schwerindustrie, die bei dem gesamten industriellen Aufschwung bekanntlich die Führung hatte, und auf das Baugewerbe, sondern sie betreffen auch andere Zweige. Hier seien die Glasindustrie²⁵, die Papierindustrie²⁶ und die lederverarbeitende Industrie²⁷ erwähnt. Besondere Beachtung verdient die Textilindustrie; sie hatte es nach einer gewissen Erholung in den Jahren 1867 und 1868 von den Folgen sowohl des Baumwollhungers infolge des amerikanischen Bürgerkrieges als auch der Krise von 1866 nicht zu entscheidenden quantitativen Fortschritten gebracht. Für das Jahr 1871 aber kann ein Bericht aus Leipzig feststellen: „... die Geschichte der Textilindustrie verzeichnet in diesem Jahrhundert nicht ein so durch und durch gesundes erfolgreiches Jahr für unser Land, wie es 1871 gewesen“ ist. „Die Fabrikherren in Sachsen und die Leipziger Garnhändler haben nicht verfehlt, von solcher günstigen Geschäftslage den gebührenden Nutzen sich anzueignen.“²⁸ Dementsprechend wird auch von Kapazitätserweiterungen der Textilindustrie, so zum Beispiel von Neubauten, von Erweiterungen der Wollindustrie in Grüneberg und Sagan²⁹ gesprochen. Aller-

23 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1872, T. 1, S. 109 u. 112; vgl. auch *BHI Berlin*, 1871, S. 72ff.

24 *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 297.

25 Vgl. z. B. ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 141 u. 415.

26 Vgl. z. B. ebenda, S. 113 u. 139; ebenda, Jg. 1873, T. 1, S. 286; ebenda, T. 2, S. 42.

27 Vgl. z. B. ebenda, T. 1, S. 282f.

28 Ebenda, Jg. 1874, T. 1, S. 209.

29 Ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 113.

dings sind die Aussagen hier nicht einheitlich. So melden die Handelskammern in Württemberg, daß es in der Baumwollfabrikation wenig Gründungen und Kapazitätserhöhungen gegeben hätte.³⁰ Das wird mit der drohenden Gefahr begründet, die sich aus der Annexion Elsaß-Lothringens ergab, einer Gefahr, die in einer Erhöhung der Baumwollspindelzahl um 56 Prozent und der mechanischen Webstühle um 88 Prozent bestand.³¹ Jedoch war die elsässische Konkurrenz 1871 und 1872 noch nicht wirksam, da Zollbegünstigungen für ihre Einfuhr nach ihrem alten Absatzmarkt Frankreich bestanden. Abgesehen davon wird aus Zweigen der Hausleinenindustrie in Hannover ein Rückgang der Handweberei festgestellt. Und schließlich gibt es auch andere dunkle Stimmen, die im Chor über die Unmöglichkeit klagen, ihre Kapazität infolge Arbeitermangels voll auszunutzen. Klagen über steigende Rohmaterialienpreise, hinter denen die eigenen Warenpreise zurückbleiben, über steigende Löhne und eingeschränkte Profitmöglichkeiten sind keineswegs selten.³² Vor allen Dingen finden sie sich im Kleingewerbe.³³

Daß es den die „Hausse“ bejahenden Kapitalisten wenig Freude machte, Lohnerhöhungen bewilligen zu müssen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Bemerkenswert ist aber, daß es den Arbeitern auch gelungen ist, neben den eigentlichen Lohnerhöhungen in einer Reihe von Fällen eine Senkung der Arbeitszeit zu erreichen. So wurde in der Maschinenfabrik von Eßlingen die Arbeitszeit von 12 Stunden mit 40 Minuten Vesper auf 10 Stunden ohne Vesperzeit herabgesetzt.³⁴ Auch von Gmünd in Württemberg wird berichtet, daß die Löhne für Gold- und Silberarbeiter nicht nur um 25 bis 30 Prozent gesteigert, sondern auch die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden gesenkt werden konnte.³⁵ In derselben Richtung liegt eine Mitteilung aus Sachsen, wo zunächst in den Werkstätten der staatlichen Eisenbahnen eine zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, wobei die meisten größeren Maschinenfabriken diesem Beispiel gefolgt sein sollen.³⁶ Gerade hierin spiegelt sich der gesteigerte Druck

30 Ebenda, Jg. 1873, T. 1, S. 231.

31 *Der Berggeist*. Zeitung für Berg-, Hüttenwesen und Industrie, 10. Jg. Köln 1875, S. 133.

32 *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 282 u. 285f. — Man beschränkte sich aber nicht auf Klagen, sondern kämpfte im Falle der Papierindustrie mittels eines neugegründeten Kartells um einen höheren Preis, um einen höheren Anteil an der „Konjunktur“. Vgl. weiter ebenda, T. 2, S. 13.

33 Ebenda, T. 1, S. 203.

34 Ebenda, S. 252.

35 Ebenda, S. 203. — Die Einführung des 10-Studentages wird auch für die Maschinenfabrikation in Eßlingen berichtet. (Nach ebenda, S. 252).

36 Ebenda, Jg. 1872, T. 1, S. 666. — Daß es sich bei der erzwungenen Senkung der Arbeitszeit um eine allgemeine Erscheinung der Gründerjahre handelt, zeigen die Berichte aus Berlin für 1872, wo von der „systematisch betriebenen und vielfach bereits durchgesetzten Abkürzung der Arbeitszeit“ die Rede ist. (*BHI Berlin* 1872, S. 5) — Bemerkenswert ist auch ein gleichzeitiger Bericht aus England, der ebenfalls von erhöhtem Arbeitslohn bei eingeschränkter Arbeitszeit berichtet. (*Pr. HA.*, Jg. 1872, T. 1, S. 312.)

der Arbeiterklasse, der in vielen Streiks³⁷ zum Ausdruck kam, und nicht nur ein bloßer Mangel an Arbeitskräften wider.

Insgesamt haben wir für 1871 eine Übereinstimmung der zeitgenössischen Quellen mit den Statistiken, in denen eine Steigerung des Eisenverbrauchs von 1,398 auf 1,809 Millionen t³⁸, der Steinkohlenproduktion von 26,398 auf 29,373 Millionen t³⁹, der Roheisenproduktion von 1,391 auf 1,564 Millionen t⁴⁰ und der Baumwolleneinfuhr von 2 189 483 auf 3 455 282 Ztr⁴¹ festgestellt wurde. Auch die Schienenlänge der deutschen Eisenbahnen stieg 1871 gegenüber dem Vorjahre um weitere 1 594 km an.⁴²

1872: Brachte das Jahr 1871 die Durchsetzung der 1870 vor allem durch den Krieg aufgehaltenen Aufschwungstendenzen, so war das Jahr 1872 ein typisches oder richtiger *das* typische Gründerjahr, das Jahr, in dem die wirtschaftliche Entwicklung durch die Forcierung des Aufschwungs infolge der 5 Milliarden Mark und den Siegestaumel charakterisiert ist. Die Gründung von Aktiengesellschaften erreichte nach Anzahl und Kapitalumfang einen Rekord, wie er im 19. Jahrhundert und – wenn wir von der Inflationszeit absehen – auch im 20. Jahrhundert nicht wieder erreicht wurde. Wurden doch 1872 479 Gesellschaften gegen 207 im Jahre 1871 mit einem Kapital von 1 477,73 gegen 758,76 Millionen Mark im Vorjahre gegründet.⁴³ Damit war aber das Ausmaß der Neugründungen keineswegs erschöpft. Die zeitgenössischen Berichte künden von der Errichtung vieler neuer, Privatunternehmen bzw. Personalgesellschaften gehörender, Fabriken und sonstiger Unternehmungen, ebenso auch von Betriebserweiterungen bestehender Unternehmungen.⁴⁴ Auf der anderen Seite geben natürlich Gründungen und Erweiterungen kein vollständiges Bild von den wirklichen Investitionen, da viele Gründungen auf dem Papier standen bzw. sich erst später in entsprechende Investitionen umsetzten. Der bedeutende Umfang, in welchem aber die Bahninvestitionsprojekte bereits 1872 verwirklicht wurden, fand seine Widerspiegelung in der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes um 1 353 km⁴⁵, in der Steigerung der Roheisenproduktion von 1,564 auf 1,988 Millionen t⁴⁶, also um etwa 21 Prozent, und vor allem in der noch stärkeren Zunahme des Roheisenverbrauchs um etwa ein Drittel, und zwar von 1,809 auf 2,412 Millionen t.⁴⁷

37 Vgl. über die Streiks 1871, aber auch in den folgenden Jahren, *Steglich, Walter*, Eine Streiktabelle für Deutschland 1864 bis 1880, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, Berlin 1961, bes. S. 242 u. 256 ff.

38 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 13.

39 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86.

40 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 115 f.

41 *Pr. HA.*, Jg. 1872, T. 1, S. 704.

42 *Kühn, E.*, a. a. O., S. 173.

43 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 2.

44 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 101.

45 *Kühn, E.*, a. a. O., S. 173.

46 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 20.

47 *Ebenda*, Tafel 13.

Noch weit mehr als die Produktion der Schwerindustrie schnellten – wie schon 1871 – die Preise für schwerindustrielle Produkte empor. Diese Steigerung beruhte zweifellos nicht nur darauf, daß die Investitionsprojekte verwirklicht wurden und die Nachfrage sich dementsprechend erhöhte, sondern es war vor allem die spekulative, durch Preiserhöhungen selbst hervorgerufene, eben auf die Weiterführung der Steigerungswelle spekulierende Nachfrage nach der Losung: „mehr kaufen, weil die Preise steigen“, eine Losung, die den Preisauftrieb in der Schwerindustrie, aber nicht nur dort, verstärkte. Hinzu kam sicherlich auch die Ausnutzung der günstigen Konjunkturlage durch die großen Unternehmungen der Montanindustrie. Sie war den weniger mächtigen Maschinenfabriken nicht im selben Maße möglich. Letztere klagten darüber, daß sie ihre Fertigwarenpreise nicht in einem der Rohstoff-Preisentwicklung entsprechenden Maße erhöhen konnten.⁴⁸

Diese Klagen beschränkten sich aber nicht nur auf den Maschinenbau. Sie kamen vielmehr aus den verschiedensten Bereichen der Fertigwarenindustrie.⁴⁹ Überhaupt verschärfte sich der Gegensatz zwischen den Industriekapitalisten der verschiedenen Fertigungsstufen im Kampf um die Preise. Dabei wurden sogar schon gelegentlich Kartelle zu Instrumenten dieses Kampfes.⁵⁰ Neben der Steigerung dieser Widersprüche, der sich entwickelnden Schere zwischen Fertigwaren- und Rohstoffpreisen, bedrohte die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften⁵¹ das Wachstum vor allem der Fertigwarenindustrie, während

48 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 128.

49 Vgl. z. B. *BHI*, Berlin 1872, S. 55. – Für die Wollindustrie in Görlitz heißt es: „Es ist eine alte Erfahrung, daß die Konsumenten nie für das fertige Fabrikat eine entsprechende Preiserhöhung zahlen wollen und daß eine Erhöhung der Preise immer nur ganz allmählich zu erzielen ist“ (*Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 130). – Für die Lederindustrie Geras: vgl. ebenda, S. 511 f.

50 Über die Glaskartelle in Rheinland-Westfalen heißt es: „Die Glashütten haben während des größten Theils des verflossenen Jahres nicht mit besonderem Nutzen gearbeitet. In Folge Vertheuerung aller für die Glasfabrikation erforderlichen Materialien, namentlich der Steinkohlen, sowie in Folge der gestiegenen Arbeitslöhne bei effektivem Mangel an guten Arbeitern, hatte das Geschäft sehr gelitten.

Es ist unzweifelhaft, daß die Tafelglasfabriken mit Verlust gearbeitet haben würden, wenn nicht die allgemeine Noth unter den Glashüttenbesitzern in Rheinland und Westphalen zu einer Vereinigung geführt, welche es zuwege gebracht hat, von sämmtlichen Konkurrenten gleichlautende Preiskourante zu erhalten und dem entsprechend die Verkaufspreise des fertigen Fabrikats successive zu erhöhen. Diesem Umstande ist es zu danken, daß die letzte Hälfte des verflossenen Jahres günstige Resultate lieferte“ (ebenda, S. 362).

51 Vgl. z. B. den Bericht aus Frankfurt a. M., wo es heißt: „Die Leistungsfähigkeit der Fabriken wurde jedoch wesentlich durch den Mangel an tauglichen *Arbeitskräften*, sowie in einzelnen Fällen durch die übermäßig gesteigerten Preise des Rohmaterials beschränkt“ (ebenda, S. 99).

die Schwerindustrie weit besser imstande war, durch höhere Löhne die vorhandenen Arbeitskräfte zu binden und weitere an sich zu ziehen. Trotz der Beschränkung der Profit- und Wachstumsmöglichkeiten lassen die zeitgenössischen Berichte keinen Zweifel, daß es auch in vielen Zweigen außerhalb der Schwerindustrie zu einer Ausdehnung kam, so zum Beispiel in der Papier- und Lebensmittelindustrie, der Produktion von Bijouteriewaren und Luxusartikeln.⁵² In der Textilindustrie, dem wichtigsten Zweig der Leichtindustrie, kam es jedoch nicht zu einer solchen Ausdehnung. Die statistischen Berechnungen über die Entwicklung der Textilproduktion, die Spiethoff sowie Wagenführ anstellten und auf die sich auch Kuczynski stützt, lassen sogar einen sehr erheblichen Rückgang der Textilproduktion in diesem Gründerjahr erkennen.⁵³ Bei näherer Prüfung allerdings zeigt sich, daß diese Ziffern ein unkorrektes, die wirkliche Entwicklung des Jahres 1872 nicht richtig widerspiegelndes Bild geben; weil keine exakten staatlichen Messungen über die Produktion vorliegen, legt Spiethoff seinen Berechnungen, zum Beispiel bei Baumwolle, den aus der Differenz von Einfuhr und Wiederausfuhr errechneten Baumwollverbrauch zugrunde. Bei Wolle und Leinwand geht er ähnlich vor.⁵⁴ Dadurch entsteht aber bei der Berechnung für die einzelnen Jahre – worauf bereits Blumberg⁵⁵ hinwies – die Möglichkeit für Trugschlüsse, weil die Einfuhr von Rohstoffen nicht nur von der wirklichen Jahresproduktion, sondern auch von dem Einfluß der Spekulation und der vorhandenen Vorräte auf die Einkäufe abhängt. Ein solcher Einfluß ist aber gerade für das Jahr 1872 anzunehmen. Die spekulativen Einkäufe an Baumwolle und anderen Textilrohstoffen des Jahres 1871 sind wahrscheinlich über den Bedarf hinausgegangen⁵⁶, während im Jahre 1872 diese Einkäufe reduziert wurden, ohne daß die Produktion entsprechend eingeschränkt wurde. Die zeitgenössischen Berichte schreiben wohl von Schwierigkeiten, aber es gibt nur wenige Anzeichen für einen Rückgang der Textilproduktion⁵⁷ bzw.

52 Vgl. z. B. *BHI Berlin 1872*, S. 60–69; vgl. auch *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 100.

53 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 24; *Wagenführ, Rolf*, Die Industriegewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860 bis 1932, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, hg. v. Ernst Wagemann, 31/1933, S. 60f. – Für alle Indizes bei Wagenführ gilt 1913 = 100. Siehe auch *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 14.

54 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., S. 23f.

55 *Blumberg, Horst*, Die Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965, S. 35.

56 In einem Bericht aus Glogau vom 7. Januar 1873 heißt es: „Die Wollhändler traten mit großen Lägern in das Jahr 1872 ein und haben sowohl hiermit, wie mit den an den Wollmärkten neu zugekauften Wollen in Folge der fort-dauernd steigenden Preise glänzende Geschäfte gemacht.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 101.)

57 Vgl. z. B. ebenda, S. 101f. (Bericht aus Glogau); *BHI Berlin 1872*, S. 68ff. (aus Berlin); *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 131 (aus Münster), 152f. (aus Krefeld und Gladbach), 185f. (aus Elberfeld), 362 (aus Dortmund, wo es heißt: „Das

dafür, daß die vorhandene Produktionskapazität nicht ausgelastet war. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Produktionskapazität der Wollindustrie 1872 infolge der Gründungserweiterung zweifellos höher war als 1871, während in der Baumwollindustrie der Umfang zumindest gleichgeblieben sein dürfte. Ein wirklicher Rückgang ließ sich nur beim Handleingewerbe in Hannover feststellen, was aber der Ausdruck eines Trends war, der vom Zyklus zwar beeinflußt, aber nicht bestimmt wurde.

Trotz allem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Textilindustrie in jenem größten Gründerjahr 1872 zumindest keinen wesentlichen Zuwachs der Produktion erzielen konnte. Auch hierin wird das Anwachsen der Widersprüche innerhalb des zyklischen Aufschwungs der Gründerjahre deutlich sichtbar.

Die Widersprüche zeigten sich auch auf dem Geldmarkt. Die anfängliche außerordentliche Flüssigkeit hatte zu einer solchen Spekulation geführt, daß – wie aus Frankfurt a. M. im Januar 1873 berichtet wurde – „der Zinsfuß für Spekulationszwecke eine bisher kaum erkannte Höhe erreichte und solche fast ununterbrochen bis zum Jahresschluß behauptete.“⁵⁸ Die Entwicklung von der Geldflüssigkeit zur Überspekulation und dann wiederum zur Geld- bzw. Kreditknappheit für spekulative Zwecke findet nach einem zeitgenössischen Bericht auch in der Entwicklung in den USA eine Parallele.⁵⁹ Danach soll dort das Wachstum der Umlaufmittel zu einem Wachstum der Spekulation und diese wiederum zu einer Geldknappheit geführt haben.

1873: Die sich so abzeichnende Verstärkung der Widersprüche erreichte ihren Höhepunkt 1873 und gleichzeitig damit jenen Umschlag in der zyklischen Entwicklung, den wir als die Krise von 1873 bezeichnen.

Die Verstärkung der negativen Faktoren konnte allerdings nicht verhindern, daß – jedenfalls in der ersten Hälfte des Jahres 1873 – die Produktion noch erheblich stieg. Auf der Grundlage der neu in Betrieb gesetzten Gruben, Hütten und metallurgischen Werke beruhte der erhebliche Zuwachs, den die Statistik für die Roheisenproduktion des gesamten Jahres feststellt. Sie stieg von 1,988 auf 2,241 Millionen t⁶⁰, also um etwa 12,5 Prozent. Ebenso stieg der Roheisenverbrauch von 2,412 auf 2,954 Millionen t⁶¹, eine Entwicklung, die übrigens mit der in den USA und in Großbritannien, wo die Eisenproduktion eine Stagnation bzw. einen Rückgang zeigte, nicht ganz im Einklang stand⁶². Im Ver-

Geschäft in Wollenwaaren, Tuchen und Buckskins, Sommer- und Winterstoffen, bewegte sich 1872 ziemlich genau in derselben Ausdehnung wie im Jahre vorher.“), 511 (aus Gera); ebenda, T. 2, S. 267 (aus Karlsruhe); vgl. auch *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1872, in: Pr. HA. 1873, T. 2, S. 542ff.; *Jbr. d. Handelskammer* (im folgenden: Hk) in *Gießen* f. 1872, in: ebenda, 1874, T. 1, S. 227f. – Aus Leipzig wird jedoch über Produktions-einschränkungen berichtet. (*Pr. HA.*, T. 2, S. 209.)

58 Ebenda, Jg. 1873, T. 1, S. 99.

59 Ebenda, S. 406.

60 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

61 *Spießhoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 13.

62 Ebenda, Tafel 20.

gleich zur Schwerindustrie näherte sich demgegenüber jedoch die Steigerung in den anderen Zweigen wohl schon in der ersten Hälfte des Jahres 1873 dem Stillstand; die Profitmöglichkeiten wurden ungünstiger. Daß dies auch für die Textilindustrie galt, wurde durch zeitgenössische Berichte bezeugt, die zum Beispiel für Mönchen-Gladbacher Baumwollspinnereien feststellten, daß aus Mangel an Arbeitskräften ein Teil der Maschinen bei einem führenden Spinnereiu nternehmen stillstanden und die Dividende von 14 auf 8 Prozent herabgesetzt werden mußte.⁶³

Auch für die Seidenindustrie Krefelds berichtet dieselbe Quelle für das 1. Quartal 1873 von Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen infolge eines Rückgangs des Preises für Seidenfabrikate.⁶⁴ Die Produktionseinschränkungen sollten ein entscheidendes Mittel sein, um einen weiteren Preisrückgang zu vermeiden und die Leerung überfüllter Läger zu erreichen. Das durch die zeitgenössischen Quellen erzeugte Bild über die Textilindustrie wird auch durch die Statistik der Baumwolleinfuhr und der Einfuhr anderer Faserstoffe nicht widerlegt, die Spiethoff⁶⁵ und ebenso auch Wagenführ⁶⁶ ihren Berechnungen zugrunde legen. Das beträchtliche Ansteigen der Produktion, das Spiethoff⁶⁷, Wagenführ⁶⁸ und auch Kuczynski⁶⁹ für 1873 feststellen, ist ebensowenig real wie der für 1872 behauptete Rückgang. In Wirklichkeit dürfte die Textilproduktion 1872 und 1873 etwa die gleiche gewesen sein, wobei die durchschnittliche Jahresproduktion 1872/73 etwas höher gewesen sein mag als 1871. Man muß 1873 mit starken Deckungskäufen der Baumwoll- und Wollspekulation rechnen, die die Verringerung der Käufe und Vorräte 1872 weitgehend zu kompensieren hatten.

Da die Widersprüche in der realen Produktionsentwicklung nicht auf Deutschland beschränkt waren, sondern auch die anderen, vor allem die im zyklischen Aufschwung führenden kapitalistischen Länder erfaßte – und das sogar schon früher als in Deutschland –, kann es nicht wundernehmen, daß die Zuspitzung dieser Widersprüche zuerst ihren Ausdruck an der Börse in der Preisbewegung für Rohstoffe und für die das fiktive Kapital verkörpernden Wertpapiere finden mußte. Das geschah zum erstenmal in explosiver Form in dem berühmten Börsenkrach in Wien⁷⁰ im Mai 1873. Bereits dieser Börsenkrach hatte Auswirkungen auf Süd- und Westdeutschland.⁷¹ Er trug zu einer Umorientierung

63 *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 443.

64 Ebenda.

65 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., S. 24f. sowie Tafel 24 u. 19.

66 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60f.

67 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 24.

68 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60f.

69 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 14.

70 Vgl. *Oelßner, Fred.*, a. a. O., S. 257f.

71 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 1, S. 676 (Monatsbericht für Mai 1873 aus Köln und Altona); ebenda, T. 2, S. 32 (Monatsbericht aus Altona für Juni 1873). – „Der Waarenhandel wurde im Allgemeinen durch die an der Wiener Börse noch immer anhaltende Verwirrung, welche auch auf die Deutschen

der Spekulation von Hausse auf Baisse bei. Die Wirkungen des Krachs vom Mai 1873 im internationalen Maßstab wurden verstärkt durch den nicht minder berühmten und viel beschriebenen Krach vom September in New York nach dem Zusammenbruch von Jay Cooke & Co.⁷², mit der dadurch ausgelösten Bankpanik und schließlich durch den Oktoberkrach nach dem Zusammenbruch des Hauses Quistorp in Berlin.⁷³ Die Entwertung des fiktiven Kapitals,

Börsenplätze empfindlich einwirkte, wesentlich beeinflußt. Das Publikum hat in Folge des bedeutenden Kursrückganges der meisten Werthpapiere so große Verluste erlitten, daß es gezwungen ist, seine Ausgaben den Verhältnissen entsprechend zu beschränken. Dies macht sich auf allen Gebieten des Handels bemerkbar; namentlich aber in den Geschäften, welche Luxusgegenstände führen, sowie in den Goldwaarenfabriken in Hanau, bei denen sich ein empfindlicher Mangel an Nachfrage eingestellt hat. . . . Das Börsengeschäft stand während des ganzen Monats unter dem Druck der in Wien ausgebrochenen Krisis. Das Kommissionsgeschäft ruhte fast vollständig, die Engagements wurden nach Möglichkeit verringert. In Folge dessen ist am hiesigen Platze schon seit Mitte Juni ein so bedeutender Geldüberfluß bemerkbar, daß der Börsenzinsfuß gegen denjenigen der Bank um $1\frac{1}{2}$ – 2 pCt. gedrückt wurde und auch die Frankfurter Bank schon am 23. pr. ihren Diskontsatz auf 5 pCt. herabsetzte“ (ebenda, S. 96). – In einem Monatsbericht aus Köln für Mai 1873 heißt es: „Für Eisen treten die großen Konsumenten in Erwartung von Preisreduktionen noch nicht in größerem Maaße als Käufer auf“ (ebenda, T. 2, S. 304). – Zu den ersten Wirkungen des Maikrachs auf die Produktion heißt es aus Berlin: „So günstig die Lage 1872 gewesen war, wo allseitige Regsamkeit der consumirenden Industrien die vermehrten Produktionskosten ausgeglichen hatte, ebenso ungünstig gestaltete sich die Lage nach den ersten 4 Monaten des Jahres 1873. Seit dem Mai empfanden fast alle chemischen Artikel den Eindruck einer ganz veränderten Situation; der schon während des zweiten Semesters thunlichst eingeschränkte Betrieb der meisten Fabriken mußte zu Ende des Jahres auf ein Minimum eingeschränkt werden.

Die Zahl der Arbeiter reducirte sich auf die Hälfte bis ein Dritteltheil und die Preise der einzelnen Fabrikate mußten herabgesetzt werden, um nur einigermaßen Absatz zu erzielen.“ (*BHI Berlin 1873*, S. 33.)

⁷² Vgl. jetzt die Darstellung bei *Fels, Rendigs, American Business Cycles 1865 bis 1897*, Chapel Hill 1959, S. 99–102. – Zur Wirkung des Septemberkrachs auf Deutschland schreibt das Preußische Handelsarchiv in bezug auf die Krefelder Seidenindustrie u. a.: „Die Krisis in New-York trat ein, nachdem die ersten Aussendungen für die Herbstsaison dort angekommen waren, und hatte die sofortige Annullirung der zahlreichen überseeischen Aufträge im Gefolge, und es wurden hierdurch die Erzeugnisse mehrerer Tausend für den Export beschäftigter Webstühle für den Augenblick ganz werthlos.

Die Ausfuhr nach Amerika, welche für unseren Bezirk noch im Jahre 1872 einen Werth von 3 500 000 Thlrn. repräsentirte, sank im vorigen Jahre auf 2 300 000 Thlr., ergab also einen Ausfall von 1 200 000 Thlr.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 142).

⁷³ *Oelßner, Fred.*, a. a. O., S. 257f.

die durch den Umschwung in der Spekulation, durch die Börsen- und Bankkrachs hervorgerufen wurde, ist von Oelßner⁷⁴, aber auch von Kuczynski⁷⁵ eingehender dargestellt worden. Hier soll nur auf die Folgen für die reale Produktion hingewiesen werden. Sie bestanden darin, daß die Anzahl der Gründungen und sonstigen Investitionsprojekte rapide zusammenschrumpfte und darüber hinaus sich die Investitionen überhaupt entscheidend zu verringern begannen. Davon mußte die reale Produktion allmählich immer stärker betroffen werden. Daneben führte der mit dem Sturz der Wertpapierkurse verbundene Rückgang der internationalen Rohstoffpreise zu einer solchen Umorientierung des spekulativen Verhaltens der einzelnen Kapitalisten, daß die Käufe – die aktuelle Nachfrage mit Rücksicht auf die steigende Möglichkeit, später noch billiger einkaufen zu können – sich sprunghaft verringerten. Und schließlich hatten die Kursverluste an der Börse eine sinkende Nachfrage an Konsumgütern von Kapitalisten und Kleinbürgern zur Folge, was sich besonders im Luxusgewerbe deutlich zeigte. Zurückhaltung der Käufer im Einzelhandel, im Großhandel, in der verarbeitenden Industrie, auf den Warenmärkten, an der Börse – das ist das allgemeine Bild, das die Geschäftslage in der zweiten Hälfte des Jahres 1873 charakterisiert und durch viele zeitgenössische Berichte belegt werden kann.⁷⁶

All diese Faktoren, vor allem der Nachfragerückgang, der Preisrückgang und auch die Konkurse, begannen, wenn auch zunächst noch langsam, ihre Wirkungen auf den Produktionsprozeß zu zeigen, vor allem in der Montanindustrie. So geben zeitgenössische Berichte Kunde von Produktionseinschränkungen im Dortmunder Gebiet seit dem Herbst 1873 und von der Stilllegung kleiner Walzwerke für Stabeisen, Eisendraht und Rohstahl.⁷⁷ Darüber hinaus melden sie, daß sogar mehrere größere Kokswerke durch das Ausblasen vieler Hochöfen ihre Produktion „auf das geringste Maß zurückführten.“⁷⁸ Von Gleiwitz wird mitgeteilt, daß Kohlenunternehmungen, die ihre Kohle nicht zu hohen Preisen auf der Grundlage langfristiger Verträge verkauft hatten, genötigt gewesen seien, „ihre Förderung zu vermindern.“⁷⁹ Insgesamt muß man sich aber vor der Schlußfolgerung hüten, die Krachs von Wien, New York und Berlin hätten eine Produktionskrise in dem Sinne gebracht, daß sich die Produktion zunächst

74 Ebenda.

75 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 16ff.

76 Vgl. z. B. die Monatsberichte in *Pr. HA.*, Jg. 1873, T. 2, S. 432, 477, 479, 559f., 616 u. 688; ebenda, Jg. 1874, T. 1, S. 15f. und 79f.

77 Bemerkenswert ist die folgende allgemeine Feststellung über den Unterschied zwischen der ersten und zweiten Hälfte 1873: „Die allgemeine Geschäftslage der Industrie und des Handels unserer Provinz, welche in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres eine günstige gewesen, ist in dem zweiten Theile desselben mehr oder weniger in das Gegentheil umgeschlagen.“ (Ebenda, S. 307.)

78 Ebenda.

79 Ebenda, S. 138.

radikal verminderte und sich danach allmählich wieder erholte, wie das zum Beispiel für das zweite Halbjahr 1866 zutrifft, aber eben nicht für die Krise von 1873. Das wird sich in der Betrachtung der Zeit nach 1873 deutlich zeigen.

2. Die Jahre der Depression

1874: Für das Jahr 1874 gibt es in den zeitgenössischen Berichten und historischen Darstellungen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es ein Krisen- bzw. Depressionsjahr war. Dabei lassen die zeitgenössischen Berichte auch keinen Zweifel darüber, daß nicht nur die Preise für industrielle Produktionsgüter und dementsprechend der Umsatz stark sanken, sondern daß es auch zu stärkeren Produktionseinschränkungen kam. Sie erfassen vor allem die Schwerindustrie und sind dort auch statistisch nachweisbar. Einen solchen Nachweis stellen die Zahlen für den Roheisenverbrauch dar, der von 2,954 auf 2,114 Millionen t sank⁸⁰, also um etwa 28,6 Prozent. Allerdings dürften diese Ziffern, die auf der Grundlage: Roheisenproduktion + Einfuhr – Ausfuhr berechnet worden sind, gerade für das Jahr 1874 einen zu starken Rückgang ausdrücken. Der Verminderung der Eiseneinfuhr von 1,135 auf 0,771 Millionen t im Jahre 1874⁸¹ dürfte wohl ein Rückgang der Eisenkäufe der eisenverarbeitenden Betriebe entsprechen, aber gerade in diesem Jahr durchaus nicht eine entsprechende Verminderung der Produktion, da doch in der Zeit rasch steigender Eisenpreise 1873 von der Industrie spekulativ größere Mengen Eisen gekauft wurden, um nicht später einen noch höheren Preis bezahlen zu müssen.

Die Grundlage für die Annahme, daß die Produktion der eisenverarbeitenden Industrie in allen Zweigen nicht entsprechend dem statistisch festgestellten Eisenverbrauch sank, sind die zeitgenössischen Berichte, die zwar auf eine Einschränkung der metallurgischen Produktion schon Anfang des Jahres 1874 hindeuten, aber ein ganz anderes Bild für den Maschinenbau zeichnen. Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß der Maschinenbau in der ersten Hälfte des Jahres noch gut beschäftigt war.⁸² Dabei handelte es sich aber zumeist um alte Aufträge, die noch auf dem Höhepunkt des Zyklus gegeben worden waren. Das ist ein Zeichen dafür, daß diese Krise zumeist keinen plötz-

80 Spiethoff, Arthur, a. a. O., Tafel 13.

81 Ebenda, Tafel 14.

82 Aus Köln: „Die Maschinenfabriken sind theilweise noch vollauf beschäftigt, ein Gleiches läßt sich aber von den Walzwerken nicht sagen.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 144); aus Bielefeld: „Die Eisengießereien und Maschinenfabriken sind mit Aufträgen gut versehen und befinden sich in vollem Betriebe“ (ebenda, S. 159). – Vgl. weiter ebenda, S. 139, 268, 354 u. 562; für die 2. Hälfte 1874 vgl. aber z. B. Bericht aus Köln (ebenda, T. 2, S. 295 u. 388) und für den Rückgang in Berlin vgl. *BHI Berlin* 1874, S. 36f.; für Aachen: *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1874, S. 23.

lichen Einbruch in die Produktionssphäre brachte, sondern vielmehr wie eine schleichende Krankheit auftrat. Mit anderen Worten, die Wirkung auf die Produktion wurde durch langfristige Aufträge, aber nicht nur durch diese allein, verzögert. Erst im weiteren Verlaufe des Jahres 1874, insbesondere in der zweiten Hälfte, machte sich der Auftragsmangel immer stärker geltend, weil Neugründungen und Betriebserweiterungen radikal reduziert wurden. Dabei erwies sich jedoch die Nachfrage nach Lokomotiven nicht nur als verhältnismäßig stabil, sondern wies sogar eine gewisse Erhöhung auf. Beschafften doch die preußischen Privat- und Staatsbahnen in Deutschland 1874 886 Lokomotiven gegenüber 810 im Jahre 1873 und 463 im Jahre 1872.⁸³ Auch die Schienenproduktion nahm 1874 noch zu.⁸⁴ Das stimmt mit der Tatsache überein, daß das Bahnnetz um 1642 km gegenüber 1331 km im Jahre 1873 wuchs.⁸⁵ Im Jahre 1874 – übrigens auch 1875 –, in dem der Zuwachs seinen Höhepunkt erreichte, ging es noch um die Verwirklichung von Eisenbahnprojekten, deren Ursprung in den Gründerjahren lag. Im ganzen erwies sich der Eisenbahnbau, wenigstens bis 1875, als ein stabilisierender Faktor. Um so auffälliger wird angesichts dieser Stabilität, ja der Zunahme des Eisenbahnbaues, der tatsächlich eingetretene starke Rückgang des Roheisenverbrauchs der eisenverarbeitenden Zweige, ebenso wie der Rückgang der Roheisenproduktion selbst, die von 2,240 auf 1,906 Millionen t sank, also um etwa 15 Prozent.⁸⁶

Die Erklärung dieses Rückgangs der Roheisenproduktion ebenso wie der eng damit zusammenhängende Rückgang der eisenmetallurgischen Erzeugung in den schwerindustriellen Zentren Deutschlands wirft bei oberflächlicher Betrachtung keine besonderen Probleme auf. Man ist geneigt, sich mit der Feststellung zu begnügen, er sei eine Folge des Nachfragerückganges im Zuge der Krise. Aber das wirft bei näherer Analyse nur die Frage auf, warum der Nachfragerückgang so rasch zu einer Produktionseinschränkung führte und warum nicht, wie in anderen Zweigen, der Preisrückgang noch für einen größeren Zeitraum die Hauptfolge blieb. Die rasche Reaktion löst um so mehr Verwunderung aus, als sich gerade die Eisenkapazität im Jahre 1874 durch die Fertigstellung der in den Gründerjahren begonnenen Projekte außerordentlich erweitert haben mußte⁸⁷ und von bedeutenden Konkursen bei der schon damals von Großbetrieben beherrschten Eisenindustrie nichts bekannt ist. Gerade im Hinblick auf die herrschende Rolle der Großbetriebe liegt die Vermutung nahe, daß die Produktionseinschränkung auf einer monopolistischen Vereinbarung beruhte. Diese Vermutung wird durch einen Bericht von Mevissen in seiner Eigenschaft als Präsident des Schaaffhausenschen Bank-

83 Borsig, Albert v., Die Kartellgeschichte der deutschen Lokomotiv-Industrie, Staatswiss. Diss. München 1927, S. 103.

84 Vgl. Tab. 6 auf S. 93 der vorliegenden Arbeit.

85 Kühn, E., a. a. O., S. 173.

86 Marchand, Hans, a. a. O., S. 120.

87 Nach der *Berliner Börsenzeitung* (BBZ) v. 1. 9. 1874, Abendausg., S. 2, konnte die oberschlesische Montanindustrie mit der vorhandenen Anzahl von Hochöfen die Produktion verdoppeln.

vereins in Köln bestätigt, in dem der Schwerindustrie, in diesem Falle allerdings dem Kohlenbergbau, Einschränkung der Produktion um der Aufrechterhaltung hoher Preise willen vorgeworfen wurde.⁸⁸

Die Bemerkung Mevissens in bezug auf den Kohlenbergbau mag allerdings deshalb wundernehmen, weil es dort nicht zu einer bedeutenden Produktionseinschränkung gekommen ist. Immerhin ist das Jahr 1874 eines der wenigen Jahre im 19. Jahrhundert, in dem die Steinkohlenproduktion nicht gestiegen, sondern – wenn auch nur ganz wenig – von 36,392 auf 35,919 Millionen t gesunken ist.⁸⁹ Hinzu kommt, wie bei der Eisenindustrie, die starke Vergrößerung der Kapazität durch Erschließung neuer Gruben. Auf eine andere Erklärung als die Mevissens für den angesichts der Vergrößerung der Produktionskapazität niedrigen Stand der Steinkohlenproduktion deutet nur ein Bericht aus Gleiwitz hin⁹⁰, der davon spricht, daß infolge der Krise kleinere Gruben in Oberschlesien ihre Förderung eingestellt bzw. beschränkt haben.

Auch in anderen Zweigen außerhalb der Schwerindustrie sind die Klagen über einen schlechten Geschäftsgang allgemein. Allerdings weisen die Berichte der Württembergischen Handelskammern⁹¹ ausdrücklich darauf hin, daß dies nicht bzw. noch nicht auf die Kleingewerbe zutraf. Außerdem gibt es noch durchaus prosperierende Zweige wie die Lederindustrie. Aber Klagen über ungünstigen Geschäftsgang sind bekanntlich noch kein Beweis für eine rückgängige Produktionsbewegung. Es gibt jedoch ausdrückliche Hinweise auf Produktionseinschränkungen, vor allem in der Tuchindustrie etwa in Görlitz, Glogau und in anderen Bezirken.⁹² In der Leinenindustrie hält der strukturelle Rückgang der Handweberei an, aber bei den Maschinenwebereien spricht man zum Teil noch von einer Ausdehnung der Produktion.⁹³ In der Baumwollindustrie,

88 Ebenda v. 23. 6. 1874, Abendausg., S. 3; vgl. auch ebenda v. 4. 7. 1874, Abendausg., S. 1, wo eine radikale Produktionseinschränkung der Eisenindustrie wie eine wirtschaftspolitische Entscheidung und nicht wie ein Nachgeben auf Marktnotwendigkeiten diskutiert wird. Gegen eine solche radikale Produktionseinschränkung werden zwei Argumente geltend gemacht, und zwar daß sie die sozialdemokratische Agitation begünstige und daß der Verlust der Arbeitskräfte, die nicht durch eine lange Tradition an die Eisenindustrie gefesselt sind, die Ausnutzung einer besseren Konjunktur erschweren könne. – Für den Kohlenbergbau vgl. *Goetzke, Wilhelm*, Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat und seine wirtschaftliche Bedeutung, Essen 1905, S. 6ff.

89 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86. 90 *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 1, S. 148.

91 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1874, hg. v. d. Kgl. Centralstelle für Gewerbe und Handel, S. 140.

92 Vgl. *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 174, 332, 467, 539 u. 562; ebenda, T. 2, S. 127, 200 u. 520; ebenda, Jg. 1875, T. 1, S. 145 u. 150; für Köln vgl. ebenda, Jg. 1874, T. 2, S. 295; für Aachen: *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1874, S. 30ff.

93 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 159, 287 u. 468, u. ebenda, T. 2, S. 103, wo auf eine allmähliche Verschlechterung hingewiesen wird; für Hannover siehe ebenda, Jg. 1875, T. 2, S. 64ff.; für Württemberg siehe *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1874, S. 196ff.

insbesondere in der Baumwollspinnerei, gibt es keinerlei Anzeichen für einen Produktionsrückgang.⁹⁴ Die Klagen über einen schlechten Absatz in diesen Zweigen sind sogar verhältnismäßig gering. Auf der anderen Seite wird hervorgehoben, daß der Rückgang der Rohstoffpreise die Lage in diesem Zweig erleichtert hat. Insgesamt kann man für die Textilindustrie annehmen, daß die Produktion sich nicht verringert, sondern sich eher ein wenig vergrößert hat, daß also die Stagnation, die diesen Zweig seit 1872 beherrschte, andauerte. Unter Berücksichtigung zeitgenössischer Berichte erscheinen für dieses Jahr die Angaben von Wagenführ⁹⁵ und Kuczynski⁹⁶ weitgehend gerechtfertigt, wobei allerdings eher ein etwas höherer Stand der Textilproduktion anzunehmen ist, als diese Angaben ausdrücken.

Bot das Textilgewerbe ein Bild der Stagnation, so gab es im Baugewerbe, das ja beim Aufschwung der Gründerjahre eine große Rolle spielte, deutliche Anzeichen eines Rückganges. In einer Reihe von Städten wurde die Bautätigkeit zwar mehr oder minder auf der Grundlage großenteils alter Projekte aufrecht erhalten bzw. zum Teil erweitert. Das trifft zum Beispiel auf Halle⁹⁷ und Augsburg⁹⁸ zu. In anderen Städten, zum Beispiel in Breslau⁹⁹, in Stuttgart, aber auch in anderen Orten Württembergs¹⁰⁰, haben wir jedoch einen außerordentlich hohen Rückgang der Wohnungsbauten, der in Stuttgart als Reaktion auf die Überproduktion der vergangenen Jahre (leerstehende Wohnungen) dargestellt wird. In Stuttgart ging dabei die Anzahl der Baugeschosse von 1162 im Jahre 1873 auf 702 im Jahre 1874 zurück.¹⁰¹

Im ganzen zeigt also das Jahr 1874 das Bild eines allmählichen Rückganges, wobei die Preisbewegung der Produktionsbewegung vorauseilte.

1875: Dieses Bild änderte sich auch im Jahre 1875 nicht. Die zeitgenössischen Berichte deuten sogar auf eine Ausweitung und eine teilweise Vertiefung der Krise hin. Die Ausnahmen von den allgemeinen Klagen über „schlechte Geschäfte“ werden immer seltener. Tatsächlich kann an dem umfassenden Charakter des fortschreitenden Preisrückganges kein Zweifel bestehen.¹⁰² Nur wenige Zeitgenossen dürften dem Bericht aus Bielefeld vom 11. November 1875 widersprochen haben, wonach „die Stockung im Handel und Verkehr leider noch zugenommen“ hätte und „es zur Zeit nur äußerst wenige Geschäfts-

94 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 175; ebenda, T. 2, S. 429; ebenda, Jg. 1875, T. 1, S. 196.

95 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60f. 96 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 14.

97 Vgl. *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 1, S. 175.

98 *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* f. 1874 u. 1875, S. 19.

99 *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 2, S. 175.

100 „In Ulm war die bauliche Thätigkeit nicht zur Hälfte so lebhaft als im Vorjahre.“ (*Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1874, S. 147.)

101 Ebenda, S. 146.

102 *Jacobs, Alfred/Richter, Hans*, Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 bis 1934, in: Vierteljahreshefte des Instituts für Konjunkturforschung, hg. v. Ernst Wagemann, Sonderh. 37/1935, S. 41 ff.

z weige“ gäbe, „die sich noch eines leidlichen Zustandes zu erfreuen“ hätten.¹⁰³ Inwieweit jedoch diese Feststellungen auf die Produktionsbewegung im Sinne eines Produktionsrückganges ausgedehnt werden können, läßt sich schon wesentlich schwerer feststellen. Selbst der Roheisenverbrauch, die wichtigste Kennziffer für die Produktionsgüterindustrie, zeigt nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang von 2,114 auf 2,057 Millionen t.¹⁰⁴ Gehen wir allerdings davon aus, daß der Rückgang des Roheisenverbrauchs – wie erwähnt – für 1874 zu hoch erschien, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß er aus eben demselben Grunde auf der Grundlage derselben Kennziffer 1875 zu niedrig erscheint. Ein starker Rückgang der Roheisenverarbeitung, insbesondere im Maschinenbau¹⁰⁵, aber auch bei der Eisenwarenerzeugung, zum Beispiel in Solingen, wird aus zeitgenössischen Berichten deutlich.¹⁰⁶ Die langfristigen, noch von den Gründerjahren her vorliegenden Aufträge sind allmählich erschöpft. Auch die Schienenproduktion sowie der Lokomotivenbau weisen einen gewissen Rückgang gegenüber 1874 auf, wenn auch der Zuwachs der neu in Betrieb genommenen Eisenbahnlinien sich noch um etwa 50 Prozent erhöhte.¹⁰⁷ Im Gegensatz zum Rückgang der Roheisenverarbeitung ergibt sich nach der Statistik der Roheisenproduktion für 1875 sogar eine geringe Zunahme, und zwar von 1,906 auf 2,029 Millionen t¹⁰⁸, wobei die Erzeugung allerdings immer noch um 0,211 Millionen t geringer war als 1873.

Hervorzuheben ist schließlich noch die nicht unerhebliche Steigerung der Steinkohlenproduktion von 35,919 auf 37,436 Millionen t¹⁰⁹, obwohl der Um-

103 *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 2, S. 579; vgl. auch *BHI Berlin* 1875, S. 1, wo es u. a. heißt: „Das Jahr 1875 hatte eine bedenkliche Erbschaft von der vorangegangenen Periode übernommen. Es vollzog sich weiter und in steigendem Maße die unausbleibliche Reaction gegen die von 1871–73 begangenen Übertreibungen im Unternehmen, in der Produktion, im Credit-Nehmen und Geben. Die allgemeine Verschuldung gegen die wirtschaftlichen Gesetze führte zu einem ebenso allgemeinen Rückschlag; kein einziger Handels- und Gewerbezweig hat sich seinem Einfluß ganz entziehen können.“ – Vgl. ferner *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1875, S. 5; weitere Berichte siehe *Deutsches Handelsblatt* (im folgenden: DHBl.). Wochenblatt für Handelspolitik und Volkswirtschaft, hg. v. General-Secretariat des Deutschen Handelstages, Jg. 1876, S. 235 (für Wiesbaden), 247 (für Grünberg), 248 (für Elbing u. Görlitz), 256 (für Barmen), 274 (für Hannover), 281 (für Hanau u. Frankfurt a. M.), 298f. (für Köln), 305 (für Kassel) u. 306 (für Frankfurt/O.).

104 *Spithoff, Arthur*, a. a. O., Tafel 13.

105 Vgl. für Berlin: *BHI Berlin* 1875, S. 38ff. Hier wird übrigens für Berlin auf einen gewissen Ausgleich durch „stärkere Waffenaufträge“ hingewiesen. (Hervorhebung von mir – d. Verf.)

106 Nur „die Aufträge auf blanke Waffen“ geben wieder einmal einen gewissen Ausgleich. (*Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 2, S. 312).

107 Vgl. die Tabellen 4, 5 u. 6 auf S. 93 der vorliegenden Arbeit.

108 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

109 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86.

satz der Steinkohle infolge der fallenden Preise weiterhin stark, und zwar von 387,183 auf 297,485 Millionen Mark zurückgeht.¹¹⁰ Diese Steigerung beruht auf dem Wachstum der Produktionskapazität durch Inbetriebnahme in der Gründerzeit projizierter Gruben¹¹¹ und beweist, daß es – jedenfalls im Jahre 1875 – den Grubenbesitzern nicht gelungen war, die Produktion zwecks Hochhaltung der Preise niedrig zu halten.

Diese Steigerung ist um so bemerkenswerter, als damit ein aufsteigender Trend der Produktion im Gegensatz zum Umsatz beginnt, der in den folgenden Jahren – wenn wir von 1877 absehen¹¹² – anhält. Die Steigerung der Steinkohlenproduktion ist natürlich von Bedeutung, obwohl man beachten muß, daß gerade in diesen Jahren Steinkohle in steigendem Maße für die Feuerung¹¹³ anstelle von Holz verwendet wurde und daher in geringerem Maße als vor der Krise ein Produktionsgut im eigentlichen Sinne darstellte. Auf die Steigerung der Steinkohlenproduktion, der ein Rückgang in Eisenerzen, aber keineswegs in Kupfer-, Blei- und Zinkerzen gegenübersteht¹¹⁴, muß man auch deshalb eingehen, weil daraus bisher viel zu weitgehende Schlüsse für die allgemeine Produktionsbewegung gezogen wurden. Das zeigt sich in dem einzigen existierenden Index der gesamten Produktion, der von Wagenführ aufgestellt wurde¹¹⁵ und Kuczynski¹¹⁶ als Grundlage für wesentliche Feststellungen über die zyklische Entwicklung der siebziger Jahre diente. Wagenführ verwendet nämlich für seinen Gesamtindex in den siebziger Jahren nur Angaben über sehr wenige Zweige. Zum Beispiel fehlen Angaben über das Baugewerbe und die Baustoffe. Bei der Chemie ist nur die Schwefelsäure erwähnt, ebenso fehlen Angaben über Papier und Leder. Die Angaben über die Nahrungs- und Genußmittelerzeugung sind sehr unvollständig.¹¹⁷ Da aber über diese Zweige keine exakten Angaben existieren, kann man Wagenführ keinen Vorwurf daraus machen. Eher ist die ungenügende Berücksichtigung der Eisenverarbeitung zu rügen, für die er zumindest den Roheisenverbrauch hätte verwenden können, den Spiethoff mit Recht als eine den Zyklus charakterisierende Kennziffer bezeichnet.¹¹⁸

110 Ebenda.

111 Vgl. *DHBl.*, Jg. 1877, S. 87.

112 Vgl. S. 78 der vorliegenden Arbeit.

113 Diese Entwicklung war international. Vgl. z. B. *Hertel, Lothar*, Die Preisentwicklung der unedlen Metalle und der Steinkohlen seit 1850, phil. Diss. Halle/Saale 1911, S. 42, nach: *Neumann-Spallart, F. X. v.*, Übersichten der Weltwirtschaft, 6. Jg. 1885–1889, S. 379. – Hinzu kam die Tatsache, daß die Anzahl der Dampfmaschinen einschl. Lokomotiven auf Kosten der älteren Technik weiter wuchs.

114 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 296, 273 u. 234.

115 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58 ff.

116 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 11 f.

117 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60 f.

118 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 1, S. 72.

Aus all diesen Gründen hat der Steinkohlenbergbau im Index von Wagenführ ein zu großes Gewicht, was das Bild der wirklichen Entwicklung zwar weniger im Jahre 1875 als in den folgenden Jahren verfälschen muß.

War in der Schwerindustrie ein weiterer Rückgang der Produktion unverkennbar, so läßt sich das für die Textilindustrie keineswegs behaupten. Gewiß, die Meldungen über den Geschäftsgang lauten auch dort nicht günstig, und auch von eingeschränkter Produktion, insbesondere bei der Wollindustrie¹¹⁹, ist die Rede. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß damit zumeist keine über das Jahr 1874 hinausgehenden Einschränkungen gemeint sind. Diese Feststellung gilt auf alle Fälle für die Wollindustrie. Bei der Baumwollindustrie sind überhaupt keine Einschränkungen erkennbar¹²⁰, während die Leinenindustrie¹²¹, worauf zum Beispiel die Berichte aus Bielefeld hindeuten, ein ungünstigeres Bild zeigt. Die Seidenproduktion dürfte demgegenüber in Krefeld sicherlich eher höher gelegen haben als 1874.¹²² Insgesamt wird trotz sinkenden Umsatzes und sinkender Preise die Textilproduktion 1875 kaum niedriger gewesen sein als 1874 und jedenfalls höher als 1873. Insofern erscheint mir der von Kuczynski auf der Grundlage der Spiethoffschen Angaben berechnete Index für die Menge der Textilproduktion im Jahre 1875 zu ungünstig.¹²³ Die Textilindustrie mit ihrer zumindest seit 1872 andauernden Stagnation kann jedoch nicht als Beispiel für die anderen Zweige der Produktion außerhalb der Schwerindustrie dienen. In einer ganzen Reihe solcher Zweige, vor allem in der Baustoffindustrie und im Baugewerbe, trat im Jahre 1875 sicherlich ein weiterer Rückgang ein. In manchen Zweigen sank die Produktion sogar zum erstenmal. So ging in Stuttgart der Wohnungsbau von 702 auf 342 neue Wohnstockwerke zurück.¹²⁴

1876: Die zeitgenössischen Berichte und vor allem die Handelskammerberichte zeichnen für das Jahr 1876 im Baugewerbe, aber nicht nur dort, ein ähnliches Bild wie für 1875. So kennzeichnet der Bericht aus Leipzig¹²⁵ zum Beispiel das Jahr 1876 „im Großen und Ganzen als eine Fortsetzung der im Jahre 1873 eingetretenen Geschäftskrisis“. So wies nach dem Handelskammerbericht von Elberfeld¹²⁶ das Jahr 1876 für diesen Bezirk, „soweit dies ohne authentische

119 Vgl. *DHBl.*, Jg. 1876, S. 248; *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 1, S. 224, 539 u. 636; T. 2, S. 216, 263, 531, 555 u. 650; *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1875, S. 318ff.

120 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 2, S. 436; *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1875, S. 314ff.; *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1875, S. 6ff.; *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1874 u. 1875, S. 6ff.; *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* 1875, S. 7ff.

121 *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 1, S. 324 u. 538; ebenda, T. 2, S. 107, 338, 579 u. 668.

122 *DHBl.*, Jg. 1877, S. 284.

123 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 14.

124 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1875, S. 262.

125 *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1876, S. 1.

126 *Jbr. d. Hk. f. Elberfeld* pro 1876, S. 3.

Zifferermittelung nach allgemeinen Wahrnehmungen festzustellen ist, eine Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter und des hergestellten Werthbetrages“ aus. So heißt es in der Gesamteinschätzung des Handelskammerberichts von Mönchen-Gladbach: „Wie in allen Industriebezirken Deutschlands, so war auch für unsern District das Jahr 1876 kein gutes; die geschäftlichen Verhältnisse gestalteten sich im Laufe des Jahres beständig ungünstiger; waren dieselben in der ersten Hälfte noch leidlich gewesen, *ähnlich wie in den beiden vorhergehenden Jahren*, so wurde die zweite Hälfte von Monat zu Monat schlechter“.¹²⁷ Bemerkenswert in diesem Bericht ist also, daß erst Mitte 1876 eine deutliche Verschlechterung eintrat und die Folgen der Krise sich richtig fühlbar machten.

Demgegenüber heißt es in der Einschätzung der Kgl. Centralstelle für Gewerbe und Handel¹²⁸, die die Jahresberichte der Handels- und Gewerbekammern in Württemberg zusammenfaßte, daß „die allgemeinen Gewerbeverhältnisse . . . sich im Jahre 1876 wesentlich nicht verändert“, sich daher aber auch gegenüber dem Jahr 1875 nicht verbessert hätten. Bei der Analyse der zeitgenössischen Berichte gewinnt man den Eindruck, daß das Bild um so ungünstiger wird, je näher man den Industriezentren Deutschlands kommt. So heißt es über Aachen und Burtscheid¹²⁹:

„Wiederum haben wir über ein trauriges Geschäftsjahr zu berichten; vielleicht niemals seit dem dreißigjährigen Kriege sah man eine Krise von dieser Dauer, und was das Traurigste ist, kein Ende ist noch zu ersehen und man weiß nicht, wie es anders werden soll.“ Ähnlich, wenn auch nicht so gefühlvoll, schätzte die Handelskammer Koblenz in ihrem Bericht das Jahr 1876 ein: „Auch in dem verflossenen Jahre gestaltete sich die allgemeine Lage des Handels und der Industrie nicht günstig, verwirklichte sich nicht die schon so lange gehegte Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse, vielmehr wurde in fast allen Gewerbebezügen die Geschäftsstille noch größer als im Vorjahre.“¹³⁰

Als letztes Beispiel, das für viele andere¹³¹ stehen könnte, sei noch die Gesamteinschätzung des Berichts für Berlin¹³² erwähnt, in dem als charakteristische Erscheinung des Jahres 1876 „Einschränkung in der Consumption, Zurückhaltung in der Güter-Erzeugung, Vorsicht im Geben und Nehmen von Credit, sinkende Warenpreise, Verminderung der in den Gewerben beschäftigten Arbeitskräfte“, insgesamt „eine nur noch verstärkte Wiederholung der Prüfungen . . ., welche schon 1875 über die meisten Erwerb- und Handelszweige ergingen“, bezeichnet werden.

¹²⁷ *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1876, S. 3 (Hervorhebung von mir – d. Verf.). – Es wird hier weiter vermerkt, daß „die Geschäftslage in den Nachbardistricten durchgängig eine noch weit schlimmere war . . .“

¹²⁸ *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 139.

¹²⁹ *Jbr. d. Hk. f. Aachen und Burtscheid* f. 1876, S. 5.

¹³⁰ *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1876, S. 4.

¹³¹ Vgl. z. B. den *Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1876, S. 4; sowie *DHBl.*, Jg. 1876, S. 311 f.

¹³² *BHI Berlin* 1876, S. 1.

Man kann über diese einmütigen Feststellungen zeitgenössischer Berichte, die von ökonomisch geschulten und mit der wirtschaftlichen Entwicklung eng verbundenen Leuten verfaßt wurden, auch nicht mit dem Hinweis hinweggehen, daß die genannten Einschätzungen die Geschäftslage im wesentlichen nach den wertmäßigen Umsätzen (Preis \times Menge) bewertet hätten, während sie die Bewegung der Produktion vernachlässigten. Gewiß ist es richtig, daß bei den Handelskammern Umsatz- und Preisentwicklung in den Vordergrund treten und so in ihren Berichten die Produktionsbewegung schon wegen der noch mangelhaft entwickelten Statistik weniger genau ihren Ausdruck findet. Aber schon die letzte angeführte Gesamteinschätzung und noch mehr die den Gesamteinschätzungen folgenden ausführlichen Analysen lassen eine Beschäftigung mit der mengenmäßigen Bewegung der Produktion erkennen. Es werden Produktionseinschränkungen und in einigen wenigen Fällen auch Produktionsausdehnungen erwähnt.¹³³

Vor allem gibt es eine Fülle von Nachrichten über die Produktionseinschränkungen im Maschinenbau; so zum Beispiel für Berlin¹³⁴ und für Württemberg¹³⁵, während für Magdeburg zumindest kein größerer Rückgang festgestellt wird.¹³⁶ In Berlin sank bei Borsig die Lokomotivenproduktion von 166 im Jahre 1875 auf 80 im Jahre 1876 und die Anzahl der Arbeitskräfte von 1922 im Jahre 1874 auf 1687 im Jahre 1875 und auf 1014 im Jahre 1876, die überdies noch zu „halber Arbeitszeit“ beschäftigt waren.¹³⁷ Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich bei der Berliner Actiengesellschaft für Eisengiesserei und Maschinen-

133 So z. B. *Jbr. d. Hk. f. Elberfeld* pro 1876, S. 10 (für Mode-Artikel und ganzwollene Stoffe).

134 *BHI Berlin* 1876, S. 37.

135 „Die *Maschinenfabrikation* gehörte zu den am meisten nothleidenden Industriezweigen. Die drei *Maschinen-* und *Kessel-* bzw. auch *Brücken-* und *Mühlenbau-Fabriken* in *Stuttgart-Berg* und in *Cannstatt* bezeichnen die Berichtsperiode als eine solche, welche in der ganzen Kette der flauen Jahre den niedersten Standpunkt einnimmt; die fortgesetzte Verringerung des Bedarfs im In- und Auslande und das dadurch vermehrte Angebot haben die Preise außerordentlich gedrückt. Die Arbeitskräfte wurden in etwas beschränkt; in einem Etablissement wurden sogar ca 40 % derselben entlassen, nachdem der Versuch, eine 11stündige Arbeitszeit, die früher bei geringeren Löhnen üblich, wieder einzuführen, in dieser Werkstatt mißlungen war. Diese Verhältnisse gaben denn Anlaß, weitere Werkzeugmaschinen einzustellen, welche die Handarbeit sparen helfen, und so die Produktionskosten mindern. Die Arbeitslöhne sind teilweise etwas zurückgegangen, mehr jedoch bei den Akkordverdiensten, als bei den Tagelöhnen . . . Gleiches wird von den übrigen Plätzen berichtet. Viele größere Maschinenfabriken mußten ihr Arbeitspersonal noch weiter reduciren, und arbeiteten außerdem noch bei bedeutend verkürzter Arbeitszeit.“ (*Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 180f.)

136 *DHBl.*, Jg. 1877, S. 249.

137 *BHI Berlin* 1876, S. 37.

fabrikation (in Charlottenburg), vormals J. C. Freund¹³⁸, bei der der Rückgang der Arbeitszeit gegenüber 1875 etwa 50 Prozent betrug. Produktionseinschränkungen finden sich auch beim Nähmaschinenbau. Die einzige Ausnahme beim allgemeinen Rückgang machte interessanterweise nur der sogenannte „Werkzeug-Maschinenbau nach amerikanischem System“, von dem gesagt wird, daß er bis jetzt voll beschäftigt gewesen sei.¹³⁹ Der starke Rückgang des Maschinenbaus und der eisenverarbeitenden Industrie überhaupt kommt deutlich in den Ziffern des Roheisenverbrauchs zum Ausdruck, der eine Abnahme von 2,057 auf 1,755 Millionen t nachweist.¹⁴⁰ Auch die Roheisenproduktion selbst zeigt eine annähernd gleiche Verminderung von 2,029 auf 1,846 Millionen t¹⁴¹. Eine Ausnahme macht lediglich der Steinkohlenbergbau, bei dem die Förderung 1876 von 37,436 auf 38,454 Millionen t ansteigt¹⁴², während der „Wert“ (Umsatz) wegen des Preisrückganges von 297,485 auf 263,678 Millionen Mark sinkt.¹⁴³

Über einen deutlichen Rückgang wird auch aus dem Baugewerbe und der Baustoffindustrie in den meisten Teilen Deutschlands berichtet: so etwa für Berlin¹⁴⁴, wo ein Rückgang zwar nicht bei öffentlichen, aber bei privaten Bauten festgestellt wird; in Württemberg¹⁴⁵, wo in Stuttgart die Anzahl der fertiggestellten Stockwerke weiterhin gegenüber 1875, und zwar von 342 auf 271, zurückgeht, sowie für Koblenz¹⁴⁶ und Dortmund¹⁴⁷, für Aachen¹⁴⁸ und auch für Frankfurt Oder¹⁴⁹.

138 Ebenda, S. 38f.

139 Ebenda, S. 39.

140 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 13.

141 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

142 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86.

143 Ebenda, S. 14.

144 *BHI Berlin* 1876, S. 4f.

145 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 151.

146 *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1876, S. 6.

147 „Im Jahre 1876 trat in Dortmund neben die Vorraterzeugung eine stärkere *Einschränkung der Erzeugung* für die Feldziegelei, während die wenigen Ringöfen bis 1877 nur Preiszugeständnisse machten . . .“; u. weiter: „Im Jahre 1876 wurde – besonders in der zweiten Jahreshälfte – die Lage in Dortmund von Monat zu Monat ungünstiger. In Feldziegelsteinen sei fast gar kein Geschäft gemacht worden . . .“ (*Clausing, Gustav*, Die Übererzeugung in der Ziegelei von 1867 bis 1913, in: Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung, 4/1931, S. 30.)

148 1876 wurden „371 Bauconcessionen erteilt, gegen 528 im Jahre 1875“. (*Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1876, S. 47).

149 „Da das Baugeschäft ziemlich darnieder lag, so ist an Steinmetz-Arbeiten nicht der zehnte Theil gegen das Vorjahr geliefert worden. Ebenso sind bei auswärtigen Arbeiten keine bedeutende Bauten vorgekommen. Es wurden hierselbst durchschnittlich circa 20 Steinmetze beschäftigt und an Material wurde circa der zehnte Theil gegen das Vorjahr verarbeitet.“ (*Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1876, S. 6.)

Auch in den meisten anderen Zweigen gibt es eher Anzeichen eines Rückganges als eines Zuwachses der Produktion. Das gilt zum Beispiel für die Lederverarbeitung, in der sich durch die Krise eine verminderte Konsumtion der Bevölkerung geltend macht, was zum Beispiel aus Leipzig¹⁵⁰ mitgeteilt wird, oder für die Papierfabrikation¹⁵¹. Bemerkenswert ist hierbei, daß infolge der verringerten Konsumtion gerade das Kleingewerbe von der Krise erfaßt wird und unter Auftragsmangel leidet.¹⁵²

Besonders wichtig ist wiederum eine Analyse des Textilgewerbes. Auch hier gibt es einige wenige Meldungen über Produktionsausdehnung, über eine günstige Geschäftslage, und zwar vor allem bei Mode- und Spezialartikeln. Insgesamt wird bei der Baumwollspinnerei und -weberei nicht von einer Besserung, sondern vielmehr von großen geschäftlichen Schwierigkeiten berichtet. Es gibt keine Anhaltspunkte für eine Erweiterung der Produktion. So wird aus Württemberg von der Handelskammer in Heidenheim festgestellt: „Das abgelaufene Jahr ist für die Baumwollindustrie in fast allen Zweigen derselben nicht günstiger gewesen, als seine vier letzten Vorgänger; Muthlosigkeit, Geschäftsstockung behielten auch bei ihr im allgemeinen die Oberhand.“¹⁵³

Über Ulm heißt es, daß die Spinnerei eine Abnahme des Absatzes zu verzeichnen habe.¹⁵⁴ Für Nörtingen in Württemberg heißt es: „Der Absatz von Baumwollgarnen war von den Frühjahrsmonaten an ein ungemein schwieriger, schleppender; man bekam den Eindruck, daß allorts Ueberproduktion stattfinde. Die Baumwollgarne verbrauchende Webindustrie schränkt an vielen Orten, insbesondere im Norden Deutschlands, ihre Produktion ein und Garne waren nur schwer, theils zu sehr niedrigen, theils nur zu Verlust gebenden Preisen an den Mann zu bringen. So war die Baumwollindustrie Deutschlands den grössten Theil des Jahres 1876 in einer sehr peinlichen Lage . . .“¹⁵⁵

Ähnliche Berichte liegen auch aus anderen Orten vor.¹⁵⁶ Auch für die Wollindustrie wird zum Beispiel in Berlin in bezug auf Streichgarne, allerdings nicht für Kammgarn, das Jahr 1876 als durchaus ungünstig dargestellt.¹⁵⁷ Fast genauso lauten die Berichte aus Aachen¹⁵⁸ und Württemberg¹⁵⁹. Sehr deutlich

150 *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1876, S. 55.

151 Vgl. z. B. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 218; *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1876, S. 99.

152 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 139, wo in bezug auf das Kleingewerbe mit „verschwindenden Ausnahmen“ von einem „fortschreitenden Rückgang“ gesprochen wird; ähnlich *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* 1876, S. 14.

153 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 192. 154 Ebenda, S. 193/194.

155 Ebenda; vgl. auch S. 194/195. (Hervorhebung von mir — d. Verf.)

156 Vgl. z. B. *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1876, S. 5f.; *BHI Berlin* 1876, S. 53f.; *Jbr. d. H. u. Gwk. zu Plauen* 1876, S. 156ff.

157 *BHI Berlin* 1876, S. 53.

158 *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1876, S. 43f.

159 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 318ff.

zeigt sich der Rückgang in der Seidenindustrie, der im Seidenzentrum Krefeld nach statistischen Angaben erstmalig nach der Krise von 1873 einsetzt.¹⁶⁰

Diese Berichte stehen allerdings in eindeutigem Widerspruch zu den statistischen Angaben von Spiethoff, der für 1876 eine beträchtliche Zunahme der Textilproduktion annahm¹⁶¹, sowie auch zu dem Index von Wagenführ¹⁶², auf den sich Kuczynski¹⁶³ stützt. Die schon oben gemachten Einwendungen¹⁶⁴ gegen die Spiethoffschen Angaben und ihre Verwendung durch Wagenführ und Kuczynski gelten in verstärktem Maße für das Jahr 1876. Eine so bedeutende Steigerung der Textilproduktion, wie sie sich aus den Ziffern für 1876 ergibt, müßte irgendeinen Niederschlag in den zeitgenössischen, insbesondere Handelskammerberichten, gefunden haben. Wenn man bedenkt, mit welcher schwachen Quellengrundlage häufig Ereignisse vergangener Zeiten beurteilt werden, so kann man doch diese Fülle von Quellen für das Jahr 1876 nicht einfach ignorieren, zumal diese Quellen mit vorhandenen direkten Statistiken völlig übereinstimmen. Darum ist die Ablehnung der indirekten Spiethoffschen Statistik um so mehr gerechtfertigt.

Worauf beruhte aber die Annahme einer Produktionssteigerung bei Spiethoff und damit auch bei Wagenführ? Sie ergab sich, vor allem bei Baumwolle und Wolle, aus der Erhöhung der Einfuhr. Diese Erhöhung wurde offenbar wieder durch spekulative Deckungskäufe, durch die Notwendigkeit der Auffüllung der Vorräte an Rohbaumwolle verursacht. Tatsächlich erfolgten solche spekulativen Käufe im Jahre 1876. Das beweist zum Beispiel der Jahresbericht aus Elberfeld, in dem es heißt: „In Folge der sehr billigen Preise wurde die Speculation hervorgehoben, wodurch sich die Preise in etwa erholten; doch trat eine entschiedene Preissteigerung erst ein, als gegen Ende October die Speculation durch niedrige Schätzung der Baumwollernte in Amerika unterstützt und grosse Posten sowohl deutscher als englischer Gespinnste gekauft wurden. Der höhere Preisstand wurde bis zum Schluss des Jahres behauptet, und dasselbe schliesst mit Notirungen, die von denen zu Anfang des Jahres wenig abweichen.“¹⁶⁵ Und aus Leipzig wurde berichtet, daß „der fortdauernd schleppende Geschäftsgang der Garn-, Stoff- und Tuchbranche . . . eine allseitige Einschränkung der Fabrikation hervorrief“, daß sich aber dann aus den niedrigen Preisen eine Spekulationsneigung zu Einkäufen von Rohprodukten ergeben hätte, wobei diese Steigerung „durch die geschäftlichen Verhältnisse

160 *DHBl.*, Jg. 1877, S. 284f.; vgl. auch *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1876, S. 91, woselbst dem Herbst 1876 von Produktionseinschränkungen „in großem Maßstabe“ berichtet wird. Ferner *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1876, S. 9.

161 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 24.

162 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60f.

163 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 14.

164 Siehe S. 70f. der vorliegenden Arbeit.

165 *Jbr. d. Hk. f. Elberfeld* pro 1876, S. 7.

nicht motiviert“ sei, „da diese sich eher noch ungünstiger als zu Anfang des Jahres gestaltet“ hätten.¹⁶⁶

Für die Flachsverarbeitung fehlen bei Spiethoff und dementsprechend auch bei Wagenführ Angaben. Das ist um so bedauerlicher, als die Leinenindustrie von der Krise stark betroffen war. Allerdings hätte sich Spiethoff wiederum nur auf die Ein- und Ausfuhr von Flachs sowie auf die Ernte gestützt.

Übrigens war im Jahre 1876 die Ernte, mit Ausnahme von Zuckerrüben, nicht sehr günstig. Die Tatsache, daß die Zuckerrübenverarbeitung, die in dem Wagenführschen Index jener Jahre eine wesentliche Grundlage für die Erhöhung der Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln darstellte¹⁶⁷, als sehr hoch anzusetzen ist, hat ebenfalls entscheidend zu einer Verfälschung dieses Index beigetragen.

Insgesamt zeigt sich gerade 1876 ganz besonders deutlich die Fehlerhaftigkeit und die mangelnde Gültigkeit des Wagenführschen Index für die siebziger Jahre. Die übermäßige Gewichtung der Steinkohlenproduktion, der Produktion von Zuckerrüben, der Einfuhr von Baumwolle und Wolle, die völlige Vernachlässigung der Leinenindustrie¹⁶⁸, des Roheisenverbrauchs, der Baustoffindustrie und des Baugewerbes rufen ein völlig falsches Bild hervor, das eine bedeutende Produktionssteigerung gegenüber 1875, ja sogar gegenüber 1873 vortäuscht, die in Wirklichkeit jedoch nicht vorhanden ist. Es ist dabei bedauerlich, daß Kuczynski¹⁶⁹ sowohl bei seinem Textilindex als auch bei seinen Feststellungen über die zyklische Entwicklung im allgemeinen sich gerade für 1876 völlig auf den irreführenden Wagenführschen Index stützt und auf dieser fehlerhaften Grundlage entgegen allen zeitgenössischen Berichten für das Jahr 1876 einen Aufschwung konstatiert. Das ist um so bedauerlicher, als dadurch bei Kuczynski die Dauer der Depression nach der Krise von 1873, die vielleicht ihr wichtigstes Merkmal ist, viel zu kurz angesetzt wird. Deshalb erschien es mir auch angebracht, besonders ausführlich auf das Jahr 1876 einzugehen und das zumindest unverminderte Anhalten der Depression nachzuweisen, selbst wenn man sich bei der Beurteilung des Zyklus nur auf die mengenmäßige Entwicklung der Produktion beschränkt, was – worauf wir noch ausführlicher einzugehen Gelegenheit haben werden – doch ein sehr einseitiges Vorgehen wäre.

1877: Für das Jahr 1877 kann es – im Gegensatz zu 1876 – auch bei ausschließlicher Benutzung des Wagenführschen Index und bei ausschließlicher

166 *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1876, S. 61. 167 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 61.

168 Dieser Vernachlässigung der Leinenindustrie steht bei Wagenführ die Berücksichtigung der weit weniger wichtigen, aber leichter meßbaren Juteverarbeitung gegenüber. Das trägt zur Verzeichnung des Bildes der Textilindustrie nicht nur im Jahre 1876 vor allem deshalb bei, weil der Trend der Juteverarbeitung, anders als der der Leinenindustrie, dem zyklischen Trend entgegengesetzt war.

169 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 11f. u. 28f.; vor allem S. 29, wo es für 1876 heißt: „Die Krise von 1873 ist zu Ende“.

Berücksichtigung der mengenmäßigen Produktionsbewegung keinerlei Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß es sich um ein Depressionsjahr handelt.¹⁷⁰ Dennoch bleibt auch für 1877 die Tatsache bestehen, daß infolge der mehrfach erwähnten Mängel des Wagenführschen Index der Produktionsstand zwar nicht im Vergleich zu 1876, wohl aber im Vergleich zu 1873/74 und 1875 als zu günstig erscheint. Das trifft allerdings nicht so sehr für die Produktionsgüter- wie für die Konsumgüterindustrie zu. Bei der ersteren nimmt Wagenführ einen Rückgang unter den Stand von 1874 und damit einen absoluten Tiefpunkt an.¹⁷¹ Diese größere Annäherung des Wagenführschen Index an die Wirklichkeit in bezug auf die Produktionsgüterproduktion ist auf die Entwicklung der Steinkohlenproduktion zurückzuführen, die diesen Index übermäßig beeinflußt. Hier trat zum erstenmal ein starker Rückgang auf, und zwar von 38,445 auf 37,529 Millionen t, während die Braunkohlenproduktion von 11,096 auf 10,700 Millionen t zurückging.¹⁷² Diese Produktionseinschränkungen dürften auf monopolistische Vereinbarungen zurückzuführen sein.¹⁷³ Allerdings ist die Feststellung Wagenführs von einem Tiefpunkt der Produktionsgüterproduktion weniger durch die Zweige, die er seinem Index zugrunde legt, gerechtfertigt, als durch jenen Zweig, den er nicht beachtet: die Roheisenverarbeitung. Haben wir doch beim Roheisenverbrauch für 1877 einen erneuten Rückgang von 1,755 auf 1,671 Millionen t, also eine beträchtliche Verminderung im Vergleich zum Stand von 1874, der 2,114 Millionen t betrug.¹⁷⁴ Die Roheisenproduktion hingegen wies mit 1,935 Millionen t eine kleine Zunahme sowohl gegenüber 1876 als auch gegenüber 1874 (1,906 Millionen t) auf, lag aber immer noch um zirka 10 Prozent unter der Erzeugung von 1873 mit 2,240 Millionen t.¹⁷⁵

Den statistischen Angaben über den Roheisenverbrauch entsprechen auch die zeitgenössischen Berichte über die Entwicklung der Schwerindustrie, insbesondere des Maschinenbaues. Sie weisen übereinstimmend auf starke Produktionseinschränkungen, auf eine Notlage des Maschinenbaues hin.¹⁷⁶ So heißt

170 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58; *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., S. 11, 15 u. 19.

171 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58.

172 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 13. — Der Wert der Produktion in Millionen Mark sank von 263,678 auf 216,972 bzw. von 38,442 auf 35,921 (ebenda).

173 *Hertel, Lothar*, a. a. O., S. 43, behauptet eine solche Vereinbarung, stützt sie aber auf eine zeitgenössische Angabe von *Pechar, Joh.*, Kohle und Eisen in allen Ländern der Erde, Berlin 1880, S. 102, die sich aber leider nur auf die bekannten Vereinbarungen über Produktionseinschränkungen im Jahre 1878/79 bezieht. Zum letzteren vgl. *Kuczynski, Jürgen*, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 74ff. = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 14. 174 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 13.

175 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

176 Vgl. *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg f. 1877*, S. 23. — Dort wird eine Gesamtübersicht über die Lage des Maschinenbaues gegeben, in der es

es über Berlin, eines der wichtigsten Zentren des Maschinenbaues¹⁷⁷, daß „die im vorjährigen Bericht geschilderten betrübenden Verhältnisse . . . nicht nur fortgedauert“ hätten, sondern „in den meisten Branchen der Maschinen-Industrie viel trauriger geworden“ seien. Bei Borsig erreichte die Lokomotivenproduktion nach dem gleichen Bericht nur 55 Prozent der Produktion des Vorjahres, das waren 44 Stück, von denen 17 in das Ausland, hauptsächlich nach Rußland, exportiert wurden. Bemerkenswert ist dabei allerdings, daß der Rückgang der Lokomotivenproduktion durch Rüstungsaufträge für Rußland infolge des russisch-türkischen Krieges sowie Aufträge für die Kanalisations- und Wasserwerke Berlins, die damals entstanden, bei Borsig weitgehend ausgeglichen wurde. Ein solcher Ausgleich wird von den anderen Maschinenbaubetrieben, insbesondere von Schwartzkopff sowie Hoppe nicht in demselben Maße berichtet. Schwartzkopff klagt im Gegenteil über eine Verringerung der früheren günstigen Lokomotivenausfuhr nach Rußland.¹⁷⁸ In einem Bericht der Maschinenbauanstalt C. Hoppe heißt es als Erklärung für den Tiefstand im Berliner Maschinenbau: „Von neuen maschinellen gewerblichen Anlagen, welche sich erst nach einer längeren Reihe von Jahren bezahlt machen, kann unter solchen Umständen kaum noch die Rede sein. Aber auch die wichtigsten Verbesserungen, Ergänzungen, ja selbst Hauptreparaturen vieler maschineller Anlagen unterbleiben oft mit Rücksicht darauf, daß die disponiblen Mittel für Deckung der jährlichen Unterbilanzen auf unbestimmte Zeit hinaus reserviert bleiben müssen, und nur bei besonderen Unglücksfällen, welche die Existenz des betreffenden Werkes direkt in Frage stellen, hat der Maschinenbau helfend einzutreten.“¹⁷⁹

Im Vergleich zur Produktionsgüterindustrie sind Wagenführs Ziffern auch für die Konsumgüterindustrie gegenüber 1873/74 und 1875 zu hoch.¹⁸⁰ Wenn man seinen Index prüft, so beruht dieser günstige Stand keineswegs auf der Textilproduktion, auch nicht auf der Papier- und Lederproduktion, für die er überhaupt keine Zahlen besitzt und verwendet, sondern auf der Nahrungs- und Genußmittelproduktion, wobei allerdings nicht der Rübenzucker ausschlaggebend ist. Es ist auch nicht die Biererzeugung, bei der ein kleiner Rückgang festgestellt wird, sondern die Tabakindustrie, von der wir glauben sollen, daß sie plötzlich in einem Jahr im Vergleich zu 1876 und auch zu den vorausgehenden Jahren um fast 50 Prozent gestiegen sei. Wagenführ gibt folgende Zahlen an¹⁸¹:

heißt: „Bei den trostlosen Geschäftsverhältnissen der Industrie im Allgemeinen müssen Maschinenfabriken in erster Linie Noth leiden, denn es wird kaum an die Anlage neuer oder Vergrößerung älterer Etablissements gedacht.“ Vgl. ferner *Jbr. d. Hk. zu Leipzig 1877*, S. 52f.

177 *BHI Berlin 1877*, S. 43.

178 Ebenda, S. 44.

179 Ebenda, S. 44f.

180 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58ff.

181 Ebenda, S. 61.

(1913=100)

Jahr	Index	Jahr	Index
1871	69,5	1876	64,7
1872	100,9	1877	92,0
1873	66,1	1878	114,8
1874	63,5	1879	31,7
1875	63,6		

Die gewaltige Steigerung der Tabakproduktion in den Jahren 1877/78 und ihr erneuter Rückgang um mehr als zwei Drittel im Jahre 1879 mutet mit Recht phantastisch an und hat gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Wagenführ – und übrigens auch Spiethoff¹⁸² – eine vertrauenerweckende Quelle benutzten¹⁸³, das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, wobei dessen Zahlen für 1877/78 und 1879 bei Wagenführ und Spiethoff für die Kalenderjahre 1877 und 1878 erscheinen. Des Rätsels Lösung bringt uns ein Bericht für das Jahr 1878 aus Koblenz, in dem einerseits auf eine Einschränkung der Zigarrenproduktion, andererseits aber auf eine gesteigerte Einfuhr von Rohtabak hingewiesen wird, „da fast jeder Händler und Fabrikant sich noch unter dem bisherigen Zollsätze möglichst versorgen wollte.“¹⁸⁴ Statistiken können eben manchmal sehr täuschen. Aber selbst wenn die für 1877 behauptete Steigerung der Tabakproduktion der Wirklichkeit entspräche, könnten die Zahlen doch nichts Entscheidendes über die Entwicklung der Lebensmittelindustrie aussagen und dürften den Konsumgüterindex nicht so wesentlich beeinflussen, wie das bei Wagenführ der Fall ist.¹⁸⁵

Die zeitgenössischen Berichte stellen demgegenüber die Lage in der Konsumgüterindustrie wesentlich genauer dar. Wir finden wertvolle Hinweise darüber, daß die Produktionseinschränkung in der Schwerindustrie und die damit verbundenen Arbeiterentlassungen sich allmählich immer mehr auch auf die Konsumtion ausgewirkt hätten.¹⁸⁶ Davon seien die Lederwarenerzeugung¹⁸⁷, die Spielwarenerzeugung¹⁸⁸ und breite Kreise des Kleingewerbes¹⁸⁹ betroffen worden. Insbesondere aber herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Textilindustrie 1877 einen Tiefstand erreicht hatte. Die württembergische Baumwollindustrie zum Beispiel bezeichnet das Jahr 1877 als das „schlechteste

182 Spiethoff, Arthur, a. a. O., Bd 2, Tafel 23.

183 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, 10. Jg. 1889, S. 135.

184 Jbr. d. Hk. zu Coblenz 1878, S. 14.

185 Wagenführ, Rolf, a. a. O., S. 61. – Zu Wagenführs Entschuldigung muß man anführen, daß diese Angaben übereinstimmen mit denen bei dem sonst sehr exakten Spiethoff, Arthur, a. a. O., Tafel 23.

186 Jbr. d. Hk. zu Leipzig 1877, S. 27.

187 Ebenda. 188 Ebenda.

189 Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg f. 1877, S. 121; Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg 1877, S. 24.

Jahr seit dem amerikanischen Kriege.“¹⁹⁰ Ähnlich lagen die Dinge in der Baumwollindustrie Mönchen-Gladbachs¹⁹¹ und Augsburgs¹⁹². Auch aus anderen Zweigen der Textilindustrie wurde über Produktionseinschränkungen berichtet.¹⁹³ Die Berichterstatter bedauerten allerdings, daß die Produktionseinschränkungen nicht weit genug gegangen seien, um die „Überproduktion“ überwinden zu können. Bei der Betrachtung der Textilindustrie insgesamt entsteht der Eindruck, als ob die Produktion in den Jahren 1874/75 und 1876 im Durchschnitt zwar gegenüber 1873 ein wenig zugenommen hätte, dagegen aber 1877 zum erstenmal stärker gesunken wäre. Diese Erscheinung findet in den erwähnten statistischen Angaben von Spiethoff und Wagenführ jedoch keine Widerspiegelung.

Die rückläufige Tendenz in der Produktionsbewegung des Baugewerbes, die schon früher begonnen hatte, setzte sich im Jahre 1877 weiter fort. Zahlenmäßige Beweise für die Verminderung haben wir aus Berlin¹⁹⁴ und Stuttgart¹⁹⁵, die durch Berichte zum Beispiel aus Mönchen-Gladbach¹⁹⁶, Dortmund¹⁹⁷ und Frankfurt/Oder¹⁹⁸ bestätigt werden. Der Gesamtrückgang der Bautätigkeit

190 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1877, S. 171.

191 *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1877, S. 3f. — Dort heißt es u. a.: „In den Betriebsverhältnissen unseres Bezirkes sind nach Ermittlungen, welche im April d. J. zum Theil unter amtlicher Mithilfe gesammelt worden, und wenn auch der Natur der Sache nach nicht genau, aber doch annähernd richtig sein dürften, seit 1875 folgende Veränderungen eingetreten: Von den in 1875 in voller Thätigkeit befindlichen 253 132 Spindeln waren im April 1878 — wenn für reduzierte Arbeitszeit entsprechend weniger Spindeln berechnet werden — 198 951 in vollem Betrieb; es entspricht dies einem Ausfall der Thätigkeit von etwa 25% bei der Baumwoll- und 33 $\frac{1}{3}$ % bei der Leinenspinnerei. Das Verhältniß bei der mechanischen Weißweberei stellte sich in demselben Zeitraum in gleicher Berechnung der kürzeren Arbeitszeit von 3217 auf 1990 Stühle, also weniger 38%; bei der mechanischen Buntweberei von 3067 auf 3131 Stühle, also mehr 2%, und bei der Handweberei (Baumwolle und Halbwolle) von 1901 auf 1022 Stühle, also weniger 46%.

In ähnlicher Weise dürften sich Produktion und Löhne verringert haben, nur daß die intensivere Thätigkeit bei kürzerer Arbeitszeit das Verhältniß etwas weniger ungünstig stellen wird.“ (Ebenda, S. 4.)

192 *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* 1877, S. 4–13.

193 Vgl. z. B. zu den Produktionseinschränkungen in den meisten Zweigen der Wollindustrie: *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1877, S. 177ff.; *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1877, S. 30 ff.; für die Leinenindustrie vgl. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1877, S. 179f.; *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* f. 1877, S. 8 u. 10.

194 *BHI Berlin* 1877, S. 8.

195 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1877, S. 132.

196 *Clausing, Gustav*, a. a. O., S. 31.

197 Ebenda.

198 *Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1877, S. 10.

wäre noch größer gewesen, hätten die öffentlichen Bauten nicht deutlich zugenommen, was zum Teil auf einer bewußten Arbeitsbeschaffung, also einer anti-zyklischen Politik im modernen Sinne beruhte, wie das zum Beispiel aus einem Bericht über Sachsen hervorgeht¹⁹⁹. Zum größten Teil beruhte die Zunahme der öffentlichen Bauten sicherlich auf der Ausnutzung der gesunkenen Löhne, Baustoffpreise und Zinsen durch die Gemeinden und andere öffentliche Institutionen. Nicht zufällig fällt auch der Aufbau der Berliner Kanalisation²⁰⁰ gerade in diese Zeit. Die Gesamteinschätzung des Jahres 1877 durch die Zeitgenossen dürfte mit der der Handelskammer zu Leipzig übereinstimmen, wenn sie feststellt, daß auch das Jahr 1877 noch eine Fortsetzung der im Jahre 1873 eingetretenen Krise sei.²⁰¹ Der Zugang der meßzollpflichtigen Waren auf der Leipziger Messe habe sich mengenmäßig gegenüber 1876 um etwa 5 Prozent vermindert.²⁰²

1878: Eine weitere Verminderung der meßzollpflichtigen Waren tritt dann 1878²⁰³ ein. Insgesamt lassen die Berichte für dieses Jahr erkennen, daß es sich nicht wesentlich von seinem Vorgänger unterschied. So lautet zum Beispiel die Einschätzung der Kgl. Centralstelle für Gewerbe und Handel für Württemberg²⁰⁴, daß „es auch diesmal wieder ein ‚Krankenbericht‘“ sei, „noch ungünstiger lautend als derjenige vom vorausgegangenen Jahr. Nicht nur bestand die Geschäftskrisis unvermindert fort, sie vertiefte und verbreiterte sich noch weiter.“ Und weiter wird gesagt: „So ist das Jahr 1878 abermals ein schweres Prüfungs- und Entbehrungsjahr gewesen. Vielfach zeigte es ein fortgesetztes Zurückgehen der Preise, Entwerthung der Fabrikate, Einschränkungen der Produktion, Arbeiterentlassungen, Arbeitsverkürzungen, Aufhören von Geschäften, Zunahme von Ganten (Versteigerungen – d. Verf.), und eine höchst bedauerliche Abnahme der Kauffähigkeit der Bevölkerung.“

Zu einem ähnlichen Urteil kommt auch der Bericht von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin im Jahre 1878, der besagt: „Auch das Jahr 1878 hat den längst ersehnten Abschluß der Krise nicht gebracht. Viele unsrer Gewerbe- und Handels-Zweige klagen bitter über die Fortdauer, ja über die weitere Verschlimmerung der in den letztvorangegangenen Jahren empfundenen ungünstigen Verhältnisse, nur wenige sind in der Lage, über einen erfreulichen Fortgang ihrer Geschäfte oder über eine beginnende günstigere Wendung zu berichten.“²⁰⁵ Auch die Analysen über die Entwicklung in anderen Orten sind nicht wesentlich anders.²⁰⁶ Immerhin treten in einzelnen Zweigen schon manche

199 *DHBl.*, Jg. 1877, S. 237; vgl. weiter *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1877, S. 122.

200 *Berlin und seine Bauten*, hg. v. Architekten-Verein zu Berlin und der Vereinigung Berliner Architekten, Bd 1, Berlin 1896, S. 332 u. 356.

201 *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1877, S. 1.

202 Ebenda, S. 93.

203 Ebenda, 1878 u. 1879, S. 140.

204 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1878, S. 51.

205 *BHI Berlin* 1878, S. 1.

206 Vgl. z. B. *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1878, S. 6; *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1878 u. 1879, S. 49; *Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1878, S. 5.

Belebungserscheinungen auf, wie zum Beispiel ein Bericht aus Koblenz über die allgemeine Lage des Handels und der Industrie erkennen läßt: „Das Jahr 1878 brachte uns keine Besserung auf den Gebieten von Handel und Industrie. Bemerkte man auch in einzelnen Zweigen Anzeigen größerer Thätigkeit, so setzte doch im Ganzen der Niedergang seine Bewegung fort. Hand in Hand mit dem schwachen Betriebe der Fabrikation und dem stockenden Absatze ihrer Erzeugnisse ging die fortschreitende Entwerthung der Rohstoffe.“²⁰⁷

Eine bessere Entwicklung deutet sich nur in wenigen Zweigen an. Darunter zum Beispiel die Berliner Konfektion²⁰⁸, die wahrscheinlich aus der Not der Zeit für sich eine Tugend machte und die Schneiderei zurückdrängte, sowie auch – jedenfalls zum Teil – die Lederverarbeitung.²⁰⁹ Insgesamt lauten jedoch die Berichte über das Textilgewerbe nahezu übereinstimmend ungünstig. Dabei wird in Württemberg sogar eine Verschlechterung gegenüber 1877 festgestellt: „Wenn das vorjährige Geschäftsjahr als das schlechteste seit dem amerikanischen Krieg geschildert wurde, so muß über das jetzige Berichtsjahr gesagt werden, daß es das vorjährige noch an Ungunst übertroffen habe.“²¹⁰

Die Streichgarnspinnereien seien nur zur Hälfte ausgelastet, während demgegenüber „die Wollfilzfabrikation . . . sich bei sehr gedrückten Preisen auf der Höhe des Jahres 1877“ gehalten habe.²¹¹ Noch ungünstiger wird die Lage der Leinenindustrie beurteilt²¹², wobei für einen der größten Betriebe des Ravensburger Bezirks über „eine Abnahme des Gesamtumsatzes um 25% und eine Verminderung der Arbeiterzahl von 300 auf 260 berichtet“ wird. Auch über die Leinenweberei in Ulm und in anderen Orten wird gesagt, daß die Produktion erheblich eingeschränkt worden sein soll.²¹³ In bezug auf die Seidenzwirnerei wurde das Jahr 1878 als eines der schwierigsten erklärt.²¹⁴

Dabei stellte die Entwicklung in Württemberg keine Ausnahme dar. Auch in Aachen²¹⁵ und Koblenz²¹⁶ zum Beispiel war es nicht anders. In Koblenz wird von

207 *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1878, S. 5.

208 *BHI Berlin* 1878, S. 103f.

209 Vgl. *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1878, S. 15.

210 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1878, S. 181.

211 Ebenda, S. 188.

212 Ebenda, S. 190.

213 „Die mechanische Leinenweberei in *Blaubeuren* arbeitete voll bis zum letzten Quartal des Jahres, mußte aber von da an ihre Produktion einschränken, weil sie die Verminderung der Produktion als das einzige Mittel erkannte, um der Ueberfüllung des Marktes zu steuern.“ (Ebenda, S. 190f.)

214 In „*Andelfingen*“ wurde „das Arbeiterpersonal um 50 Personen vermindert“. (Ebenda, S. 191f.)

215 *Jbr. d. Hk. f. Aachen u. Burtscheid* f. 1878, S. 27ff.

216 *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1878, S. 15; zu dieser Frage vgl. auch *Jbr. d. Hk. f. Schwaben u. Neuburg* 1877, S. 5; *Jbr. d. Hk. zu Leipzig* 1878 u. 1879, S. 118.

– Hier wird für die dortige Tuchproduktion ein Tiefstand angenommen.

einer Verschlimmerung der Lage in der Tuchproduktion, von einem „Nieder- gang, wie er in einer langen Reihe von Jahren nicht erlebt wurde“, gesprochen. Insoweit herrscht dieses Mal auch eine völlige Übereinstimmung in den zeitgenössischen Berichten über die Textilindustrie und den Zahlen von Spiethoff²¹⁷ und Wagenführ²¹⁸. Der Wagenführsche Index nimmt für die Textilindustrie 1878 einen Tiefpunkt sogar im Vergleich zu den Jahren 1873, 1874 und 1875 an. Dabei hat er die besonders notleidende Leinenindustrie nicht einmal berücksichtigt, im Gegensatz zur Juteverarbeitung mit ihrem anti- zyklischen aufsteigenden Trend.²¹⁹ Dennoch erscheint der Verbrauchsgüter- index Spiethoffs für 1878 – obwohl niedriger als 1877 – im Vergleich zu 1873/74 und 1875 immer noch viel zu hoch. Das hängt wiederum auch mit der erwähnten, nur in den statistischen Tabellen existierenden Erhöhung der Tabakerzeugung zusammen sowie mit der besonders hohen Rübenzuckererzeugung auf Grund der guten Ernte. Insgesamt dürfte deshalb die Konsumgüterproduktion nicht, wie bei Wagenführ angenommen, höher als 1874/75 liegen²²⁰, sondern eher etwas geringer gewesen sein, wovon auch die zeitgenössischen Berichte über die schlechte Lage des Kleingewerbes zeugen.²²¹

Die größte Fehlerquelle dürfte aber nicht im Wagenführschen Konsumgüter-, sondern vielmehr in seinem Produktionsgüterindex liegen, der für 1878 einen ganz erheblichen Anstieg vortäuscht, und zwar auf 19,8 im Vergleich zu 16,4 im Jahre 1877, oder gar im Vergleich zu 17,6 und 16,9 in den Jahren 1873 und 1874.²²² Daß für das Jahr 1878 keine wesentliche Steigerung der Produktions- güterproduktion angenommen werden kann, ergibt sich schon aus dem Rück- gang des Roheisenverbrauchs von 1,671 auf 1,607 Millionen²²³, der eine be- sonders wichtige Kennziffer ist. Die Behauptung, daß die Produktionsgüter- erzeugung 1878 höher gewesen sein soll als 1873, als der Roheisenverbrauch 2,95 Millionen t betrug, oder 1874, als er 2,11 Millionen t betrug, erscheint geradezu phantastisch. Bei all dem ist noch zu berücksichtigen, daß die Ziffern des Roheisenverbrauchs vom wirklichen Stand gerade im Jahre 1878 eher ein zu günstiges Bild geben; denn infolge der bevorstehenden Einführung der Schutzzölle dürften noch erheblich höhere Einkäufe im Ausland erfolgt sein, als das sonst der Fall gewesen wäre. Darauf deutet auch das weitere Sinken des Roheisenverbrauchs im Jahre 1879 hin, in dessen zweiter Hälfte – worauf noch einzugehen sein wird – ja die aufsteigende Phase des Zyklus wieder ein- setzt.²²⁴

217 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 24.

218 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 60f.

219 Vgl. Anm. 169 der vorliegenden Arbeit.

220 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58.

221 Vgl. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1878, S. 123f; ebenda *f. Schwaben u. Neuburg* f. 1878 u. 1879, S. 19f.

222 *Wagenführ, Rolf*, a. a. O., S. 58.

223 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 13.

224 Vgl. S. 88 ff. der vorliegenden Arbeit.

Zudem kann nach den zeitgenössischen Berichten kein Zweifel darüber bestehen, daß die Produktion des Maschinenbaues 1878 zumindest nicht größer war als 1877. Teilweise wird sogar von weiteren Produktionseinschränkungen berichtet.²²⁵ So sank zum Beispiel in Berlin 1878 die Anzahl der beschäftigten Arbeiter der führenden Freundschens Maschinenfabrik auf 187 im Vergleich zu 321 im Jahre 1877 und zu 559 im Jahre 1876; die Gußeisenwarenproduktion ging im Vergleich zu 1877, einem Jahr, in dem schon ein Rückgang der Produktion um 60 Prozent erfolgt war, um weitere 28 Prozent zurück.²²⁶ Auch andere Berliner Maschinenfabriken zeigen stärkere Rückgänge, mit Ausnahme von Engells, wo der Produktionsstand allerdings bezeichnenderweise nur durch erhöhte Rüstungsaufträge für die Kriegsmarine aufrecht erhalten werden konnte.²²⁷ Negativ wirkte sich auch die Verminderung der Eisenbahnaufträge aus, die zum großen Teil mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen zusammenhing, da, wie es heißt, „fortwährend die Aussicht auf Ankauf der Privatbahnen durch den Staat dieselben von umfangreicher Ergänzung der Betriebsmittel“ abhielt.²²⁸

Im Unterschied zur Roheisenverarbeitung zeigte allerdings die Roheisenproduktion ein Anwachsen um 213000 t, von 1,935 auf 2,148 Millionen t.²²⁹ Dennoch ist das immer noch weniger als die Erzeugung von 1873, die 2,240 Millionen t betrug, so daß von einem Aufschwung der Roheisenproduktion, von einer Überwindung der Depression in diesem Bereich nicht die Rede sein kann. Nur die Steinkohlenproduktion nimmt im Jahre 1878 ihren Anstieg wieder auf, der nur 1874 und 1877 unterbrochen wurde. Ihre Menge betrug jetzt 39,581 Millionen t im Vergleich zu 37,529 im Jahre 1877 und 36,392 im Jahre 1873.²³⁰ Damit hatte sich die Förderung 1877 gegenüber 1873 etwa um die gleiche Menge erhöht, wie die Förderung von 1873 gegenüber 1872, als sie 33,306 Millionen t betragen hatte.²³¹ Allerdings hatte sich das Wachstumstempo der Steinkohlenförderung in der Depression der siebziger Jahre beträchtlich vermindert. Während sich die Förderung erhöhte, war der Wert der Produktion auf 207,916 Millionen Mark gegenüber 216,972 im Jahre 1872 und gegenüber 403,645 Millionen Mark im Jahre 1873 gesunken.²³²

Die steigende Förderung im Kohlenbergbau und in anderen Zweigen des Bergbaus kann angesichts des rückgängigen Roheisenverbrauchs die von Wagenführ angenommene Steigerung der Produktionsgüterproduktion²³³ nicht rechtfertigen. Sie rechtfertigt damit auch nicht den von Kuczynski aus diesem Index

225 Vgl. z. B. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1878, S. 52.

226 *BHI Berlin* 1878, S. 68.

227 Ebenda. S. 70.

228 Ebenda. Nach einem Bericht der Schwartzkopff AG.

229 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

230 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86.

231 Vgl. S. 93 der vorliegenden Arbeit.

232 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86.

233 *Wagenführ, Hans*, a. a. O., S. 58.

gezogenen Schluß, daß im Jahre 1878 angeblich ein Aufschwung stattgefunden habe.²³⁴

Daß die Gütererzeugung im Jahre 1878 nicht wesentlich höher als im Jahre 1877 gewesen sein kann und auf alle Fälle viel geringer war als 1874/75 oder gar 1873, zeigen auch die Berichte über das Baugewerbe und die Baustoffindustrie. Danach erfolgten in Dortmund²³⁵, Köln²³⁶, Mönchen-Gladbach²³⁷ und Augsburg²³⁸ weitere Produktionseinschränkungen, so daß Clausing zu der Schlußfolgerung kommt: „Das Jahr 1878 bedeutete überall einen weiteren Tiefpunkt in der Entwicklung der Stockung“.²³⁹ Einschränkungen im Baugewerbe wurden auch aus Breslau²⁴⁰, Koblenz²⁴¹ und nicht zuletzt aus Württemberg²⁴² bekannt. Aus Stuttgart und Ulm liegen exakte Zahlen über den Stand der Bautätigkeit vor. Danach ging in Ulm die Anzahl der Stockwerke von 75 im Jahre 1877 und 120 im Jahre 1874 auf 54 im Jahre 1878 zurück²⁴³, während in Stuttgart die Anzahl stieg, wenn auch nur sehr wenig, und zwar von 155 auf 172.²⁴⁴ Auch Aachen²⁴⁵ und Elberfeld²⁴⁶ berichten von einem gewissen Ansteigen der Bautätigkeit. Außerdem dürfte sich der Umfang der öffentlichen Bauten wieder erhöht haben.

Das Baugewerbe hat demnach – zumindest gegenüber 1877 und erst recht gegenüber 1873/74 – keine Aufwärtsbewegung erlebt. Nach all dem kann kein Zweifel bestehen, daß das Jahr 1878 entsprechend dem Urteil der Zeitgenossen als ein weiteres Depressionsjahr anzusehen ist, auch wenn man nur vom mengenmäßigen Umfang der Produktion ausgeht. Das ist wiederum eine sehr wesentliche Tatsache für die Frage der Länge der Depression und der Folgen der Krise.

1879: Obwohl das Jahr 1878 ein Depressionsjahr war, hat es dennoch in diesem und den vorausgegangenen Jahren Tendenzen zur Überwindung der Depression gegeben. Sie beruhten auf der großen Geldflüssigkeit, dem Nachholbedarf für die Erneuerung der Industrie und dem Zwang, angesichts der verschärften Konkurrenz die Produktionskapazität zu modernisieren. Diese Tendenzen verstärkten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1879. Wie zeitgenössische Quellen berichten²⁴⁷, wirkte die durchgeführte Verstaatlichung der

234 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd 12, S. 11 u. 28.

235 Clausing, Gustav, a. a. O., S. 32.

236 Ebenda, S. 31.

237 Ebenda; *Jbr. d. Hk. zu München-Gladbach* pro 1878, S. 9. – Danach beschränkte die dortige Ziegelindustrie insgesamt ihre Produktion um fast die Hälfte. 238 *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* 1878 u. 1879, S. 19.

239 Clausing, Gustav, a. a. O., S. 31.

240 *Jbr. d. Hk. zu Breslau* f. 1878, S. 130 ff.

241 *Jbr. d. Hk. zu Coblenz* 1878, S. 12.

242 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1878, S. 133 ff.

243 Ebenda, S. 134.

244 Ebenda f. 1877, S. 132; ebenda f. 1878, S. 134.

245 *Jbr. d. Hk. f. Aachen und Burtscheid* f. 1878, S. 31 f.

246 *Jbr. d. Hk. f. Elberfeld* pro 1878, S. 13.

247 *DHBl.*, Jg. 1880, S. 4; vgl. zur Gesamtsituation auch S. 1–6.

preußischen Eisenbahnen in derselben Richtung. Durch sie wurden die Eisenbahnaktionäre in Staatsanleihe-Besitzer verwandelt, das Angebot an Aktien ging zurück, wodurch sich die Neigung zur Gründung neuer Aktiengesellschaften ein wenig vergrößerte. Für eine neue Gründerwelle oder für eine andere Art der Massenanlage von konstantem fixen Kapital als Grundlage eines neuen zyklischen Aufschwungs gab es in Deutschland, im Gegensatz zu den USA, keine Anzeichen. Fast alle Berichte²⁴⁸ stimmen dahingehend überein, daß der entscheidende Impuls zur Besserung nicht aus Deutschland selbst kam, sondern vielmehr von außen, aus den USA. War es doch in den USA 1879 zu einer raschen Ausdehnung des Eisenbahnnetzes gekommen.²⁴⁹ Der Netzzuwachs hatte sich in dieser Zeit fast verdoppelt. Daraus ergab sich eine plötzlich angestiegene Nachfrage insbesondere nach Eisen und Stahl sowie nach Walzprodukten, aber auch nach anderen Waren, die in den USA nicht befriedigt werden konnte.²⁵⁰ Größere Aufträge wurden nach England und Deutschland vergeben. Die deutsche Ausfuhr nach den USA stieg 1879/80 von etwa 31,8 auf 53,5 Millionen Dollar.²⁵¹ Die so plötzlich auftauchende Nachfrage nach Eisen führte in der zweiten Hälfte des Jahres 1879 zum Anblasen vieler Hochöfen, zur Steigerung der Eisen- und Kohlenproduktion. Demgegenüber hielt die ungünstige Wirtschafts-

248 Vgl. z. B. einen Bericht aus Essen, in dem es heißt, daß „der eigentliche Impuls – wir möchten sagen die Parole zur Besserung – den enormen Bestellungen Amerikas in dem Stahl und Eisenzweige zuzuschreiben ist. Die meisten Werke hatten dadurch vollauf zu thun . . .“ (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 144); vgl. auch den Bericht aus Köln, ebenda, S. 168, wo für die Preissteigerung der Solinger Eisenwaren nicht die nur unmerklich gehobene Nachfrage der eigenen Industrie, als vielmehr „die übergroße Nachfrage Amerikas nach Roheisen“ als Ursache hervorgehoben wird (ebenda, S. 168).

249 *Neumann-Spallart, F. X. v.*, a. a. O., 3. Jg. 1880, S. 336 ff.

250 Vgl. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg f. 1879*, T. 1, S. 149, wo es heißt: „Dazu kam, daß anfangs Juni Amerika als unerwarteter Massenkäufer, namentlich für gewisse grobe Eisenwaren und Eisenbahnschienen auftrat, und damit in der Lage der Eisenindustrie eine Besserung hervorbrachte.“ Vgl. ferner *DHBl.*, Jg. 1880, S. 13f.; aus Gleiwitz wird berichtet, daß „für die Besserung der Absatzverhältnisse im Zollverein neben der mit dem 1. Juli 1879 erfolgten Wiedereinführung der Eisenzölle der lebhafteste Export von Eisen nach Amerika ausschlaggebend war.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 191). Interessant ist auch der Teil des Berichtes, wo von steigenden Roheisenpreisen durch „starken Abzug von englischem Eisen nach Amerika“ die Rede ist (ebenda, S. 190). Aus Siegen wird nach Beschreibung der ungünstigen Lage der Eisenindustrie in den ersten 3 Quartalen berichtet: „Im Monat September wurde die Nachfrage eine größere, und in kurzer Zeit waren sämtliche Lager geräumt. Es war jedoch nicht der Bedarf des Inlandes, welcher diese Nachfrage hervorrief, sondern Veranlassung dazu war der enorme Bedarf Amerikas, wohin die hiesigen Spiegeleisen produzierenden Hochöfen erhebliche Quantitäten absetzen konnten, . . .“ (ebenda, S. 195).

251 *BHI Berlin* 1880, S. 5.

lage und der niedrige Produktionsstand im Maschinenbau fast noch das ganze Jahr an, und es kam sogar zu einzelnen Produktionseinschränkungen.²⁵² Die Entwicklung in der Schwerindustrie wird jedoch durch die statistischen Angaben für das Jahr 1879 in einem zu ungünstigen Licht gezeigt, da der Umschwung in der Schwerindustrie Mitte des Jahres erfolgte und sich erst im letzten Quartal voll auswirkte. So wuchs zum Beispiel die Eisenproduktion nur von 2,148 Millionen t 1878 auf 2,226 Millionen t 1879, während die Hauptsteigerung auf 2,729 Millionen t erst 1880 erfolgte.²⁵³ Im Jahre 1879 war der Produktionsstand immer noch niedriger als im Jahre 1873, so daß für den größten Teil des Jahres noch nicht von einem wirklichen Aufschwung und einer Überwindung der Depression gesprochen werden kann. Die Ziffern für den Roheisenverbrauch, der nach den statistischen Berechnungen²⁵⁴ für das Jahr 1879 noch zurückging, und zwar auf 1,520 im Vergleich zu 1,607 Millionen t im Jahre 1878, geben für 1879 ein zu ungünstiges Bild, spiegeln aber doch die Tatsache wider, daß die wichtigsten eisenverarbeitenden Industrien sich fast noch das ganze Jahr im Zustand der Depression befanden. Die größte Steigerung wies der Steinkohlenbergbau auf, der von 39,581 Millionen t im Jahre 1878 auf 42,026 Millionen t²⁵⁵ im Jahre 1879 stieg, wobei der Wert dieses Mal nur wenig, und zwar von 207,916 auf 205,703 Millionen Mark abnahm.²⁵⁶

Die Anregungen für den deutschen Aufschwung durch den Aufschwung in den USA²⁵⁷ beschränkten sich aber – wie bereits erwähnt – nicht nur auf die Eisen- und Stahlgewinnung. Auch die Ausfuhr anderer Waren stieg. Zum Beispiel wuchs, trotz hoher Zölle, der Export von Streichgarngeweben²⁵⁸ oder auch von Handschuhen²⁵⁹ in die USA sowie auch in andere Länder.²⁶⁰ Darüber hinaus beginnt in der Mitte des Jahres 1879 von den USA ausgehend eine Wendung in der Preisentwicklung, insbesondere für Rohstoffe, die die Spekulation auf höhere Preise im internationalen Maßstab orientierte.²⁶¹ Mit anderen Worten: Es wurden nicht nur mehr Baumwolle, Wolle und andere Rohstoffe

252 Vgl. z. B. *Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 144 (für Kassel), 170 (für Gera), 172 (für Hannover). – Danach hatte sich die höhere Nachfrage nach Roheisen und Walzprodukten noch nicht „auf die Eißengießereien und Maschinenfabriken ausgedehnt“ (ebenda). 253 *Marchand, Hans*, a. a. O., S. 116f.

254 *Spiethoff, Arthur*, a. a. O., Bd 2, Tafel 13.

255 *Flegel, Kurt/Tornow, M.*, a. a. O., S. 86. 256 Ebenda, S. 14.

257 Vgl. über diesen Aufschwung und seine Ursachen *Fels, Rendigs*, a. a. O., S. 115–124.

258 Vgl. Monatsbericht aus Aachen für Dez. 1879 u. Januar 1880: *Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 171.

259 Ebenda, S. 192f. 260 *BHI Berlin* 1880, S. 5.

261 Vgl. auch einen Bericht aus Frankfurt a. M. über 1879, wo auf die entscheidende Rolle der USA für den Umschwung auf den Warenmärkten hingewiesen und gesagt wird: „... die Spekulation“ habe „sich von Amerika aus nach Europa ausgedehnt und wichtigen Zweigen der Industrie, namentlich der ... Eisenindustrie, neues Leben verliehen“ (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 88).

gekauft, sondern auch mehr Garne und Fertigfabrikate nach der bekannten Berechnung: Weil die Preise gestiegen sind, werden sie noch höher steigen.²⁶² Diese Umorientierung der Spekulation war auch für Deutschland von großer Bedeutung. Sie führte in Verbindung mit den vorhandenen inneren Kräften auch zu einer teilweisen Belebung der Textilindustrie, wie sie aus einer Reihe deutscher Textilzentren berichtet wird. Allerdings ist das keineswegs überall so. In der württembergischen Spinnerei zum Beispiel wird erst für das Ende des Jahres 1879 von einer Besserung gesprochen.²⁶³ Dasselbe gilt für die Handweberei.²⁶⁴ Die elsässische Baumwollindustrie zeigt dagegen einen eindeutigen Aufschwung.²⁶⁵ Ebenso unterschiedlich sind die Berichte für die Wollindustrie²⁶⁶ und die Leinenindustrie²⁶⁷. In Bielefeld besserte sich die Lage erst Ende 1879.²⁶⁸ Ähnliche Feststellungen werden für Dresden²⁶⁹, Kassel²⁷⁰, Nordhausen²⁷¹, München²⁷² und Dortmund²⁷³ getroffen. Für Augsburg²⁷⁴ wird sogar eine Ver-

262 Vgl. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1879, S. 182, wo darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Garnspekulation wesentlich langsamer reagiert, als die Baumwollspekulation. Dort findet sich auch die Bemerkung: „... so ging von Amerika, dessen Textil-Industrie sich schon seit längerer Zeit eines viel besseren Gangs erfreute, der Impuls zu höheren Preisen aus.“

263 Ebenda, S. 183. 264 Ebenda, S. 184. 265 *Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 198.

266 Für Glogau wird z. B. keine Besserung festgestellt (ebenda, S. 90), für Grünberg und Sagan wird über „Ungunst der Verhältnisse, Überproduktion“, aber auch einige neue große Tuchfabriken berichtet (ebenda, S. 91), während sich in Görlitz eine Besserung zeigt (ebenda, S. 192); vgl. auch *Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1879, S. 10, der eine entschiedene Besserung im Umsatz der Textilindustrie feststellt.

267 „Die Flachsgarn- sowie die Baumwollgarn-Spinnereien haben fast nur mit halber Kraft und dem entsprechender geringer Arbeiterzahl gearbeitet.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 91). Für Bielefeld wird die Leinenindustrie insgesamt für das Jahr 1879 günstiger beurteilt (ebenda, S. 113f.), während für Görlitz wesentliche Besserung festgestellt wird (ebenda, S. 192). Für die schlechte Lage der Leinenindustrie vgl. auch ebenda, S. 193.

268 Ebenda, S. 112. 269 Ebenda, S. 115. 270 Ebenda, T. 2, S. 142.

271 Ebenda, T. 1, S. 193f. — Hier wird über Produktionseinschränkungen in der Textilindustrie berichtet. Besserung zeigt sich erst gegen Ende des Jahres.

272 Ebenda, S. 196f. — Erst am Ende des Jahres zeigt sich ein günstigeres Bild.

273 „Der Schluß des Jahres 1879 hat für die industrielle und gewerbliche Entwicklung unserer ganzen Gegend mehr gehalten, als dasselbe nach den mehrjährigen trüben Vorjahren versprechen durfte. Während bis zum zweiten Drittel des Jahres der fortgesetzte Rückgang der Preise sämtlicher Erzeugnisse der Eisenindustrie sowohl Produzenten wie Konsumenten in einem steten Mißtrauen und daraus folgender Unschlüssigkeit, namentlich im Einkauf, gehalten hatte, war in dieser Hinsicht doch in den letzten Monaten des Jahres ein erfreulicher Umschwung unverkennbar.“ (Ebenda, S. 166.) — Ähnlich lautet der Bericht aus Gleiwitz (ebenda, S. 190). Auch dort tritt erst im letzten Quartal 1879 eine Besserung ein.

274 *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg* 1878, S. 6–9 u. 13.

Berichts, der besagt: „Das Jahr 1879 hat eine durchgängige Verbesserung der Lage der diesseitigen Industrie sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht herbeigeführt, doch lassen die in den letzten Monaten zutage getretenen Erscheinungen größerer gesellschaftlicher Regsamkeit den Schluß zu, daß die ersten Anfänge zu dem längst ersehnten Aufschwung der heimischen Industrie gemacht sind.“²⁸⁵

Zusammenfassung:

Die Gründerkrise hat zu einem allmählichen Rückgang der gesamten industriellen Produktion geführt. Der Umfang dieses Rückgangs von etwa der Mitte des Jahres 1873 bis Mitte 1875 wurde aber dadurch gemildert, daß er sich zunächst nur auf die Schwerindustrie, insbesondere die eisenverarbeitende sowie die Eisenindustrie, das Bau- und das Luxusgewerbe beschränkte, während die Textilindustrie 1874 ihren Produktionsstand etwas erhöhte und 1875 sowie auch 1876 etwa aufrecht erhielt. Die Produktionsabnahme wurde weiter dadurch abgeschwächt, daß einige Zweige des Bergbaus, vor allem die Steinkohlenförderung, schon im Jahre 1875 mengenmäßig ihre aufsteigende Bewegung, wenn auch mit wesentlich verringerter Zuwachsrate, wieder aufnahmen. Der Rückgang der Eisenverarbeitung hielt seit Mitte 1875, besonders aber seit 1876, wenn auch in verringertem Tempo, an, während sich der Rückgang des Maschinenbaues noch verstärkte. Ein ähnlicher Trend zeigte sich auch im Baugewerbe. Die Textilproduktion stagnierte, wobei sich 1877/78 sogar eine absolute Abnahme zeigte. Aus diesen Tatsachen müßte die Folgerung gezogen werden, daß die Gesamtproduktion in den Jahren 1876 und 1878, ganz bestimmt aber 1877, kleiner war als im Jahre 1874 und erst recht als 1873. Da dem aber – abgesehen von 1877 – der aufsteigende Trend im Steinkohlenbergbau in anderen Zweigen des Bergbaus und der Buntmetallurgie entgegensteht, kann man sagen, daß 1876, 1878 und Anfang 1879 die Produktion etwa denselben Umfang hatte wie Ende 1874/Anfang 1875, aber 1877 eher noch darunter lag. Die wirklichen Verhältnisse werden also durch den Index von Wagenführ verfälscht dargestellt. Eine Berichtigung nur durch die Einbeziehung des Roh-eisenverbrauchs wäre unzureichend gewesen. Die Ausarbeitung eines neuen Index, der die Bewegung der Produktion von Jahr zu Jahr exakt widerspiegelt, ist im Augenblick undurchführbar, weil statistische Angaben für das Baugewerbe, die Baustoffindustrie sowie andere Zweige fehlen und eine exakte Einschätzung der Textilproduktion in den einzelnen Jahren unmöglich ist. Aus diesem Grunde erschien es besser, einen nicht den Anspruch auf Exaktheit erhebenden, sogar unreal erscheinenden Index aufzustellen (Tabelle 1). Dabei ist der Anschein des Unrealen, der darin liegt, daß der Index für eine ganze Anzahl von Jahren genau dieselben Zahlen angibt, in Wirklichkeit sogar ein Vorteil, da er keine höhere Exaktheit vortäuscht, als man mit den vorhande-

nen Mitteln erreichen kann, auf der anderen Seite aber die größtmögliche Annäherung an die Wirklichkeit gibt. Bei diesem Index wird als Basis die Produktion in der zweiten Hälfte des Jahres 1872 und in der ersten Hälfte des Jahres 1873 genommen und dann die Produktionsbewegung bis Mitte 1879 dargestellt, wobei also nicht von Kalenderjahren ausgegangen wird.

Tabelle 1

Jahr	Index	Jahr	Index
1872/73	100	1876/77	95,0
1873/74	97,5	1877/78	95,0
1874/75	95,0	1878/79	95,0
1875/76	95,0		

*Mengenindex
der deutschen Industrieproduktion*
(1872/73 = 100)

Zur Veranschaulichung der Tatsache, daß der Starrheit der Indexzahlen seit 1875/76 sich weitgehend kompensierende Bewegungen der Produktion zugrunde liegen, seien hier einige Tabellen, und zwar für den Roheisenverbrauch, die Steinkohlenproduktion, den Eisenbahnbau (jährlicher Zuwachs der Schienenlänge), die Lokomotivenbeschaffung der preußischen Staats- und Privatbahnen aus Deutschland, die Schienenproduktion, die jährliche Bautätigkeit in Stuttgart, die Produktion der Leinenweberei in der Provinz Hannover und die Produktion einer von der Handelskammer als charakteristisch bezeichneten Baumwollweberei in Plauen, angeführt:

Tabelle 2

*Entwicklung des Roheisenverbrauchs*²⁸⁶

Jahr	Menge in Millionen t	Index
1873	2,954	100
1874	2,114	71,6
1875	2,057	69,6
1876	1,755	59,4
1877	1,671	56,6
1878	1,607	54,4
1879	1,520	51,5

Tabelle 3

*Die Produktion von Roheisen*²⁸⁷

Jahr	Menge in t	Index
1873	2240575	100
1874	1906263	85,1
1875	2029389	90,6
1876	1846346	82,4
1877	1934726	86,3
1878	2147641	95,9
1879	2226588	99,4

²⁸⁶ Spiethoff, Arthur, a. a. O., Bd 2, Tafel 13.

²⁸⁷ Marchand, Hans, a. a. O., S. 120.

Tabelle 4

Jahr	Menge in Millionen t	Index
1873	36,392	100
1874	35,918	98,7
1875	37,436	102,9
1876	38,454	105,7
1877	37,529	103,1
1878	39,580	108,8
1879	42,025	115,5

*Die Steinkohlenförderung*²⁸⁸

Tabelle 5

*Entwicklung der Schienenlänge der deutschen Eisenbahnen und ihr jährlicher Zuwachs*²⁸⁹

Jahr	Schienenlänge in km	jährlicher Zuwachs an Schienenlänge in km	Jahr	Schienenlänge in km	jährlicher Zuwachs an Schienenlänge in km
1871	21 169	1594	1876	29 088	1157
1872	22 522	1353	1877	30 288	1200
1873	23 853	1331	1878	31 337	1049
1874	25 495	1642	1879	33 094	1757
1875	27 931	2436	1880	33 711	617

Tabelle 6

*Lokomotivenbeschaffung der preußischen Staats- und Privatbahnen aus Deutschland*²⁹⁰

Jahr	Stück
1871	337
1872	463
1873	816
1874	886
1875	509
1876	269
1877	94
1878	243
1879	197

Tabelle 7

Die Produktion von Eisenbahnschienen und Befestigungsmaterial in Meter-tonnen (1871 = 100²⁹¹)

Jahr	Index
1871	100
1872	111,4
1873	127,4
1874	134,3
1875	104,6
1876	84,6
1877	97,8
1878	101,8
1879	86,0
1880	107,1

288 Flegel, Kurt/Tornow, M., a. a. O., S. 86.

289 Kühn, E., a. a. O., S. 173.

290 Borsig, Albert v., a. a. O., S. 103.

291 Berechnet nach Beck, Ludwig, Die Geschichte des Eisens, 5. Abt., Braunschweig 1903, S. 1054.

Tabelle 8

*Die jährliche Bautätigkeit
in Stuttgart*²⁹²

Jahr	neue Wohn- stockwerke
1873	1162
1874	702
1875	342
1876	271
1877	155
1878	172
1879	142

Tabelle 9

*Die Produktion der Leinenweberei
in der Provinz Hannover*²⁹³

Jahr	Meter
1872	5700978
1873	5152466
1874	4940736
1875	4418757
1876	4187884
1877	3540190
1878	3119041
1879	2933455

Tabelle 10

*Die Produktion einer Baumwollweberei in Plauen*²⁹⁴

Jahr	Index
1872	100
1873	113
1874	108
1875	106
1876	92
1877	83

Der angegebene Produktionsrückgang mag als recht gering und die Krise demgemäß im Vergleich zu anderen als wenig schwerwiegend erscheinen. Das würde jedoch nur auf dem durch die Jahre 1929 bis 1932 bestimmten Krisenbild beruhen, das man, weil es noch so nahe der Gegenwart, für das charakteristische Bild der Krisen im allgemeinen halten könnte.²⁹⁵ In Wirklichkeit waren die Produktionseinschränkungen der Krise von 1929 bis 1932 in Deutschland etwas in der gesamten Geschichte der Zyklen bis heute einzig Dastehendes. Im Vergleich zu den sonstigen Krisen sind die Wirkungen des Gründerkrachs von 1873 auf die Produktion jedoch wesentlich größer und nicht kleiner gewesen. In den vorhergehenden und nachfolgenden Krisen war entweder der Produktionsrückgang geringer bzw. hielt der niedrige Stand der Produktion für eine wesentlich kürzere Zeit an. Nehmen wir als Beispiel dafür die Krise von

²⁹² *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1879, S. 126.

²⁹³ *Pr. HA.*, Jg. 1874, T. 2, S. 110ff.; ebenda, Jg. 1876, T. 2, S. 52; ebenda, Jg. 1878, T. 2, S. 560; ebenda, Jg. 1879, T. 2, S. 597; ebenda, Jg. 1880, T. 2, S. 118.

²⁹⁴ *Jbr. d. H. u. Gwk. zu Plauen 1872–74*, S. 258; ebenda 1875, S. 119; ebenda 1876, S. 162; ebenda 1877, S. 189.

²⁹⁵ Diese Bemerkung beruht auf einer Anregung von Horst Blumberg.

1866, so gab es hier in der zweiten Hälfte des Jahres einen starken Produktionsrückgang, der aber in hohem Maße auch auf den Krieg zurückzuführen war, wonach dann in wichtigen Zweigen eine langsame Besserung eintrat.²⁹⁶ Aber auch unter Berücksichtigung etwa des Roheisenverbrauchs dauerte der depressive Zustand des Produktionsumfanges nicht länger als weitere zwei Jahre an.

Oder nehmen wir die Krise von 1857, so haben wir zunächst nur Wirkungen auf die Textilproduktion, während der Produktionsumfang der Schwerindustrie erst zu einem Zeitpunkt von der Krise betroffen wurde, als die Textilindustrie sich schon auf dem Wege der Besserung befand.²⁹⁷ Es ist eben notwendig, die übertriebenen Vorstellungen von den Auswirkungen der deutschen Krisen im 19. und 20. Jahrhundert auf den Produktionsumfang entschieden zu korrigieren. Tut man das und beschränkt sich zunächst ausschließlich auf den Produktionsumfang, so kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Gründerkrise, vor allem nach der Dauer der ihr folgenden Depression, die schwerste Krise in der deutschen Geschichte war, wenn wir von der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 absehen.

Jedoch darf man bei der Beurteilung der Krisenwirkungen, bei der Beurteilung der Schwere und Bedeutung einer Krise eben nicht nur den Produktionsumfang in Betracht ziehen. Die historische Bedeutung der Krise wird vielmehr nur klar, wenn wir solche objektiven, realen Krisenfaktoren betrachten, die das Verhalten, das Bewußtsein der entscheidenden Klassen unmittelbar beeinflussen und damit das Erscheinungsbild der Krisen bei diesen Klassen gestalten.

DIE AUF DAS VERHALTEN DER KLASSEN UNMITTELBAR WIRKENDEN KRISENFAKTOREN; DAS ERSCHEINUNGSBILD DER KRISE

Ein charakteristisches Merkmal jeder zyklischen Krise ist, daß sie von den wichtigsten Klassen der Gesellschaft, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, als negativ empfunden wird, daß sie bei diesen Klassen Unzufriedenheit hervorruft und dementsprechend auch ihr Bewußtsein, ihr ökonomisches und politisches Verhalten, ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik verändert. Es kommt von diesem Gesichtspunkt aus bei der Analyse der Krisenerscheinungen und Krisenfolgen nicht so sehr auf die Tatsachen an, die der spätere ökonomisch geschulte Betrachter für wesentlich hält, sondern gerade auf die, welche die Zeitgenossen, die Klassen der entsprechenden Epoche als wesentlich empfanden, welche bei ihnen Unzufriedenheit hervorriefen. Das politische,

²⁹⁶ Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 2, Berlin 1964, S. 204f.

²⁹⁷ Ebenda, S. 203.

wirtschaftspolitische und ökonomische Verhalten der Klassen als Ganzes, aber auch ihrer einzelnen Mitglieder in bezug auf die Krise wird eben durch das bestimmt, was ihr Erscheinungsbild genannt werden soll. Dabei wird unter einem Erscheinungsbild nicht etwas Subjektives, Willkürliches verstanden, sondern die Widerspiegelung der ökonomischen Vorgänge, die sich unter den gegebenen Bedingungen mit objektiver Notwendigkeit einstellen mußte. Auch wenn diese Widerspiegelung objektiv richtig ist, liegt doch ein subjektives Moment insofern vor, als nur bestimmte Erscheinungen wahrgenommen bzw. nur bestimmte Erscheinungen vom Standpunkt dieser Klasse aus unterstrichen wurden, so zum Beispiel die Preise und der Umsatz bei den Kapitalisten. Auf der anderen Seite werden falsche Widerspiegelungen – etwa die Überschätzung des Geldeinkommens im Vergleich zum Realeinkommen – als Teil eines solchen Erscheinungsbildes durch die objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft und die Verhältnisse der betreffenden Epoche objektiv bedingt. Daß auch der falsche Schein durch die gesellschaftliche Realität bestimmt wird, darauf hat Karl Marx im ersten Kapitel des „Kapital“ hingewiesen²⁹⁸, wenn er beim Wertverhältnis der Warenform davon spricht, daß „das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst . . . für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“ Bei Marx entspringt also hier der falsche Schein „aus einem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert“.

1. Arbeiterklasse

Nur wenn wir unter diesen Voraussetzungen das Erscheinungsbild der Gründerdepression betrachten, verstehen wir die ökonomische und politische Reaktion der Menschen und Klassen auf die Krise, finden wir auf der anderen Seite unter den objektiv realen Krisenerscheinungen jene heraus, die für dieses Verhalten wichtig sind. Zu diesen Faktoren gehörte für die Arbeiterklasse vor allem der Umfang der Beschäftigung, während der Umfang der Produktion für sie nur insoweit von Bedeutung war, als er sich auf die Beschäftigung in den Depressionsjahren auswirkte.

Diese Auswirkungen sind ein Ausdruck der offenkundigen Tatsache, daß die Beschäftigung eine zunehmende Funktion der Produktion darstellt und sich proportional zur Produktion bewegt. Wir müssen aber auch beachten, daß sich die Beschäftigung umgekehrt proportional zur Arbeitsproduktivität bewegt und damit natürlich sogar bei gleichbleibender Produktion abnimmt, wenn die Arbeitsproduktivität steigt. Multiplizieren wir die Beschäftigung (B) als Maßzahl der in einem bestimmten Zeitabschnitt (zum Beispiel in einem Jahr) geleisteten Arbeitsstunden mit der Maßzahl der durchschnittlichen Produk-

²⁹⁸ Marx, Karl, Das Kapital, Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 86 u. 87.

tionsmenge je Arbeitsstunde in demselben Zeitabschnitt, also der Arbeitsproduktivität (Pr), so erhalten wir die Maßzahl der Produktion (P) in dem betreffenden Zeitabschnitt. Es gilt also für diesen Zeitabschnitt

$$B \cdot Pr = P$$

$$\text{oder} \quad B = \frac{P}{Pr} \quad (1)$$

Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß in der Zeit der Gründerdepression die Arbeitsleistung pro Stunde ganz erheblich stieg, das heißt, der Trend zur Verringerung des Aufwandes an lebendiger Arbeit setzte sich nach der Krise in verstärktem Maße fort. Diese Verstärkung beruhte im wesentlichen auf folgenden Faktoren: Einmal wurden vor der Krise viele moderne Betriebe gebaut, die erst nach der Krise die volle Produktion aufnahmen. Die Krise brachte aber selbst dort, wo sie keine wesentliche Einschränkung der Produktion zur Folge hatte, wie etwa in der Textilindustrie, eine verringerte Ausnutzung der Produktionskapazität. Das vollzog sich dann auf die Weise, daß die neuerrichteten, aber auch die schon länger bestehenden modernen Betriebe mehr oder minder voll arbeiteten, während die mit alter Technik ausgerüsteten ihre Produktion stark einschränkten oder überhaupt von der ökonomischen Bildfläche verschwanden. Der extremste Fall einer solchen Verlagerung war die rapide Verminderung der Handweberei. Ein Beispiel dafür, wie weit dieser Prozeß schon 1876 fortgeschritten war, zeigt eine Statistik über Chemnitz. Danach gab es in der dortigen Hausindustrie

Jahr	Handwebstühle
1872	2882
1873	2964
1874	2604
1875	2030
1876	1840

und eine ebensolche Verringerung der beschäftigten Personen, einschließlich der Meister, Gesellen, „Frauenspersonen“ und Lehrlinge.²⁹⁹ Auch aus anderen Teilen wird von einem besonders starken Rückgang der Handweberei berichtet, zum Beispiel aus Hannover³⁰⁰ und Cottbus³⁰¹.

Der Rückgang der Handweberei war mit einer beträchtlichen Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität in diesem Bereich verbunden und mußte sogar unter den Bedingungen einer gleichbleibenden Produktion zu einer beträchtlichen Verminderung der Beschäftigung führen. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß in manchen Bezirken sogar Maschinenwebereien ihre Produktion einschränken mußten, wodurch das Gesamtquantum der Gewebe-

299 *Jbr. d. H. u. Gwk. zu Chemnitz* f. 1876, S. 294.

300 Vgl. die Tabelle auf S. 94 der vorliegenden Arbeit.

301 Vgl. Anm. 322 der vorliegenden Arbeit.

produktion dort zurückging und der Druck auf die Beschäftigung noch mehr verstärkt wurde.

In anderen Zweigen, so zum Beispiel in der Spinnerei, der Appretur, aber auch in der Schwerindustrie, also überall, wo schon ein fabrikmäßiger Betrieb herrschte, waren an einer gleichen bzw. eingeschränkten Produktion nur die moderneren Betriebe in einem stärkeren Maße als vorher beteiligt, was wiederum mit einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität identisch ist. Dieser Prozeß kam bei der Roheisenverhüttung ganz deutlich in der steigenden Anzahl stillgelegter Hochöfen zum Ausdruck. In Deutschland waren von 456 Hochöfen 1873 noch 360 in Betrieb. Bis 1879 sank ihre Zahl allmählich auf 210, und erst 1880/81 und 1882 wurde eine Anzahl der stillgelegten Hochöfen wieder in Betrieb gesetzt.³⁰² Das bedeutet, daß Unternehmungen, die mehrere Hochöfen mit verschiedenem Alter und unterschiedlicher Leistungsfähigkeit besaßen, die weniger leistungsfähigen stilllegten. Das bedeutete aber auch den Untergang von Unternehmungen. Auf alle Fälle rief es eine Konzentration der Produktion und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität hervor, die bei dem Rückgang der Eisenerzeugung zu einer radikalen Verminderung der Beschäftigung führen mußte.

Einen weiteren Weg der Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie bildete die Modernisierung bestehender Betriebe während und in einem bedeutenden Maße gerade infolge der Depression. In den zeitgenössischen Berichten finden sich vielfältige Hinweise auf die Modernisierung von Betrieben sowie auf Rationalisierungsmaßnahmen während der Depression. Ganz abgesehen davon erklärten die Unternehmer befriedigt, daß die Arbeiter jetzt „fleißiger“ wären als früher, das heißt, daß ihre Arbeitsleistung infolge der Furcht vor der drohenden Arbeitslosigkeit stieg. Die Unternehmer konnten jetzt die besten, das heißt also die für sie produktivsten Arbeiter auswählen, kurz, sie berichteten von einer Intensivierung der Ausbeutung, einer Erhöhung der Arbeitsleistung in der Depression und durch die Depression.

Außerdem blieb der technische Fortschritt während der Depression nicht stehen, und die Tatsache, daß in der Krise die Investitionen aufs äußerste beschränkt wurden und die Maschinenbauproduktion sicherlich um mehr als die Hälfte sank, mußte zwar auch die Modernisierungsinvestitionen betreffen, aber nicht in einem entscheidenden Maße. Wenn Kuczynski die Kostensenkungen als einen Beweis dafür anführt, daß die erweiterte Reproduktion auch in der Depression nicht aufgehört habe³⁰³, so ist das im allgemeinen nur insoweit

302 *Neumann-Spallart, F. X. v.*, a. a. O., 5. Jg. 1883–84, S. 337.

303 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd 12, S. 14. — Die von ihm angeführten Beispiele sind aber insoweit nicht typisch, als es sich, wie bei der Peine-Ilseder Eisenindustrie, um „Erzeugnisverbilligung bei Erzeugnisausdehnung“ handelte. (Vgl. *Röhl, Hans*, Die wirtschaftlichen Wechsellagen in der Peine-Ilseder Eisenindustrie von 1860–1913, in: Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen, a. a. O., 19/1940, S. 324. — Diese Stelle führt auch

richtig, als es bei einzelnen Großunternehmungen tatsächlich modernisierende Investitionen mit gleichzeitiger Kapazitätserweiterung und nicht nur Modernisierung vorhandener Kapazitäten mit einem negativen Beschäftigungseffekt gab.³⁰⁴ Soweit der Maschinenbau überhaupt ausgelastet war, arbeitete er jedoch überwiegend gerade für solche modernisierenden, aber nicht kapazitätserweiternden Ersatzinvestitionen. Die Politik der Unternehmer war eben, worauf noch einzugehen sein wird, darauf gerichtet, die Kosten angesichts der sinkenden Preise, des sinkenden Umsatzes radikal zu senken, was weitgehend, aber nicht vollständig mit einer Steigerung der Arbeitsleistung verbunden war. Überdies gab es solche Modernisierung sogar im Kleingewerbe. So wird zum Beispiel über einen Ersatz der handgearbeiteten Türen und Fenster durch maschinengearbeitete sowie über die wachsende Anwendung von Gas-Motoren berichtet.³⁰⁵ Wir verfügen über Mitteilungen von der Einführung leistungsfähiger Nähmaschinen³⁰⁶, die die Arbeitsproduktivität erhöhten und dasselbe Quantum mit einem geringeren Aufwand an Arbeitsstunden bewältigten. Das Ausmaß der Steigerung der Arbeitsproduktivität einzuschätzen, ist schwer. Wenn Wagemann in einer vorsichtigen Analyse der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu dem Schluß kommt, daß in der Zeit vom Anfang der neunziger Jahre bis 1904 die Arbeitsproduktivität durchschnittlich um etwa 1,2 Prozent gestiegen ist³⁰⁷, dann sollte man annehmen, daß die Steigerung in der Depressionszeit der siebziger Jahre noch größer war als im zyklischen Durchschnitt der von Wagemann untersuchten Zeit. Dafür sprechen die vorhandenen statistischen Angaben für die Montanindustrie³⁰⁸, wobei diese auf den einzelnen Arbeiter und nicht auf die Arbeitsstunden bezogen werden, was bei der verbreiteten Kurzarbeit die Leistungssteigerung als zu gering erscheinen läßt. Bei Kohle gab es während des Aufschwungs nur eine sehr geringe Produktivitätssteigerung, während in der Depression eine Steigerung von nicht ganz 18 Prozent erfolgte. Bei Roheisen hingegen gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen Aufschwungszeit und Depression. Die Produktivitäts-

Kuczynski an; vgl. auch *Röhl, Hans*, a. a. O., S. 331.) Dasselbe gilt auch für den Aachener-Hütten-Aktien-Verein, bei dem sich zwischen 1874/75 und 1878/79 sowohl die Produktion als auch die Produktivität erheblich steigerte. Letztere um mehr als 25 Prozent. (Vgl. *Rabins, Wilhelm*, Der Aachener Hütten-Aktien-Verein, in: Rote Erde 1846–1906, Jena 1906, S. 47.)

304 Vgl. *Mottek, Hans*, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen (im folgenden: Produktivkräfte), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, Berlin 1964, S. 202 ff.

305 *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, T. 2, S. 146.

306 Mit einer neuen „Patentnähmaschine“, die sich durchsetzte, konnte die Arbeitsproduktivität der Näherinnen auf das $2\frac{1}{2}$ fache des bisherigen Standes erhöht werden (ebenda f. 1877, T. 2, S. 190).

307 *Wagemann, Ernst*, Das Geheimnis der Gegenseitigkeit im Wirtschaftsleben, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 2/1936, T. A, NF., S. 138.

308 Vgl. *Kuznets, Simon S.*, a. a. O., S. 238, Tab. 13.

steigerung in der Depression betrug hier mehr als 56 Prozent; bei Zink und Kupfer betragen die Steigerungen in der Depression 30,9 Prozent bzw. 3,4 Prozent. Die Produktivitätsbewegung der Montanindustrie zeigt folgende Tabelle³⁰⁹:

Tabelle 11

Jahresproduktion pro Arbeiter in t

Jahr	Kohle	Roheisen	Zink	Kupfer
1868	202	59,6	10,3	31,9
1869	203	64,0	10,2	31,9
1870	203	68,1	10,4	33,6
1871	203	71,3	10,6	32,8
1872	204	75,6	10,8	39,4
1873	206	80,3	11,0	41,6
1874	209	85,2	11,5	38,4
1875	213	94,5	12,1	41,4
1876	220	101,9	12,8	43,5
1877	227	109,0	13,4	46,6
1878	234	117,3	13,8	44,9
1879	242	125,6	14,1	43,0

In der Textilindustrie dürfte die Produktivitätssteigerung nicht wesentlich geringer gewesen sein als bei Kohle und Eisen. Das gilt infolge der fortschreitenden Mechanisierung vor allem für die Weberei, aber auch für die mechanische Spinnerei. In der mechanischen Baumwollspinnerei stieg die Produktion pro Arbeiter in der größten süddeutschen Spinnerei in Augsburg zwischen 1870 und 1875 kaum. Sie nahm jedoch zwischen 1875 und 1880 um 22,6 Prozent, und zwar von 1847 auf 2265 kg pro Kopf zu.³¹⁰ Wenn wir aber bei der durchschnittlichen Steigerung noch die vorher erwähnte Tatsache berücksichtigen, daß die kleineren Spinnereien während der Depression durch die großen leistungsfähigeren zurückgedrängt werden, so kommen wir zu erheblich größeren Prozentsätzen. Allerdings war die Produktivitätssteigerung in solchen Zweigen, in denen die Produktionseinschränkung nicht nur sehr groß war, sondern sich sogar in den einzelnen, schon vorhandenen Großbetrieben selbst vollzog, so vor allem in der Gießerei und im Maschinenbau, wesentlich geringer als in der Montan- und Textilindustrie.

Abgesehen davon hatten die zuletzt genannten Industriezweige, zu denen man noch die Papier- und Zementindustrie hinzurechnen kann, also Zweige, in denen die Großproduktion schon herrschte oder im Vordringen war, in den sieb-

³⁰⁹ Ebenda.

³¹⁰ *Apelt, K./Ilgen, E.*, Die Preisentwicklung der Baumwolle und Baumwollfabrikate, in: *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd 142, Abt. B, T. 3, München-Leipzig 1914, S. 106.

ziger Jahren einen geringeren Anteil an der Gesamtproduktion, als das später der Fall war; der Anteil der handwerklichen Zweige, bei denen die Steigerungsmöglichkeiten begrenzt waren, war weit größer als später. Dennoch wird man die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der außeragrarischen Produktion eher zu niedrig als zu hoch einschätzen, wenn man eine 7prozentige Steigerung in den Jahren 1873 bis 1879 annimmt. Das bedeutet, wenn man von der Formel (1) ausgeht und berücksichtigt, daß P am Ende der Depression = 95 und $P_r = 107$ ist, die Beschäftigung sich um mindestens 11 Prozent verringert haben müßte.

Für die breite Masse der Arbeiter und Werk tätigen war aber das absolute Ausmaß der Gesamtbeschäftigung wiederum nur insoweit von Bedeutung, als es zur Unterbeschäftigung führte, die aber nicht nur von der Entwicklung der Produktion und Arbeitsproduktivität abhing, sondern auch von der Entwicklung der Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte.

Wenn wir die Anzahl verfügbarer Arbeitskräfte, oder genauer der verfügbaren Arbeitsstunden, mit A und den Ausnutzungsgrad dieses Arbeitskräftepotentials mit V bezeichnen, dann gilt also nach der Definition

$$V = \frac{B}{A}$$

bzw. unter Berücksichtigung der Gleichung (1)

$$V = \frac{P}{A \cdot P_r}$$

wobei $0 < V \leq 1$, (2)

1 also die Vollbeschäftigung darstellt.

Nun hat aber zweifellos von 1873 bis 1879 eine erhebliche Steigerung des Arbeitskräftepotentials stattgefunden. In dieser Zeit ist die Bevölkerung des damaligen Deutschen Reiches von 41,532 auf 44,639 Millionen gestiegen.³¹¹ Das beruhte zum größten Teil auf biologischen Ursachen, zum Teil aber auch auf dem starken Rückgang der Auswanderung nach Amerika infolge der dortigen Krise. Dabei dürfte die Zunahme von A , also der verfügbaren Arbeitskräfte, etwa so groß gewesen sein wie die Bevölkerungsvermehrung, also etwas mehr als 7 Prozent betragen haben. Wir wollen zunächst nur annehmen, daß das Angebot an Arbeitskräften für die Industrie durch die biologischen Faktoren unter Berücksichtigung der Verringerung der Auswanderung ebenfalls nur um 7 Prozent stieg und damit die Verstärkung des Angebots durch den Zustrom ländlicher Bevölkerung nicht beachten. Es ergibt sich dann aus der Formel (2) ein Ausnutzungsgrad der Beschäftigung von 82,3 Prozent, also eine Unterbeschäftigung von 17,7 Prozent. Beachten wir aber auch die Frage

311 Sundbärg, G., *Aperçus Statistiques Internationaux Dixième Année*, Stockholm 1906, S. 38; vgl. auch Lösch, *August*, *Bevölkerungswellen und Wechsellagen*, in: *Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen*, 13/1936, S. 103, Tab. 31.

des Zustroms ländlicher bzw. landwirtschaftlicher Bevölkerung, dann erweisen sich die Folgen der Beschäftigungsverringerung bei starker Bevölkerungsvermehrung als noch schwerwiegender. Man muß hierbei berücksichtigen, daß im Endstadium der industriellen Revolution der Gesamtzuwachs der ländlichen Bevölkerung in die Städte ging und dabei zum immer größeren Teil in der Industrie Beschäftigung fand. Da aber 1873 der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung etwa 60 Prozent betragen hat³¹² und der der landwirtschaftlichen Bevölkerung etwa 50 Prozent betragen haben dürfte, so würde das einen weiteren Zuwachs potentieller Industriearbeiter im Verlaufe der späteren Depression um mindestens 7 Prozent bedeutet haben. Insgesamt müßte der Zuwachs des Industriearbeiterpotentials der möglichen Beschäftigung in der Industrie etwa 14 Prozent und die Unterbeschäftigung in der Industrie unter diesen Voraussetzungen etwa 22,1 Prozent betragen haben.

Die Anzahl der Auswanderer vom Dorf in die großen Städte sank jedoch während der Depression in ebensolchem Maße wie die Auswanderung nach Übersee, so daß sich die Anzahl der wirklichen Arbeitsuchenden in den großen Städten durch Zuwanderung vom Lande nicht in entsprechendem Maße vermehrte. Es gab aber für die ländliche Bevölkerung kaum größere produktive Beschäftigungsmöglichkeiten, da die Produktion nur wenig, die Arbeitsproduktivität auf dem Lande jedoch – wenn auch langsam – wuchs. Ein solcher Ausweg wie die Erschließung des mittleren Westens in den USA, die dort zwischen 1873 und 1879 zu einer Erhöhung der Getreideproduktion um mehr als 50 Prozent³¹³ führte, war ja in Deutschland nicht vorhanden. So mußte infolge der fehlenden Absorptionsmöglichkeiten der städtischen Industrie und Wirtschaft während der Depression die Unterbeschäftigung auf dem Lande zunehmen. Mit anderen Worten: Es bildete sich auf dem Lande die agrarische Überschußbevölkerung wieder heraus, die während der Gründerjahre fast vollkommen verschwunden war. Diese Überschußbevölkerung mag sich in Deutschland während der Depression auch dadurch vergrößert haben, daß viele der in den Gründerjahren vom Lande in die Stadt Abgewanderten wieder ins Dorf zurückkehrten. Damit zeigte die deutsche Wirtschaft am Ende der Depression Züge, die denen der Entwicklungsländer heute in gewissem Sinne ähneln, bei denen ja die agrarische Überschußbevölkerung eine sehr bedeutende Rolle spielt.

Insgesamt lastete die zunehmende Unterbeschäftigung schwer auf allen

312 Der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug 1871 63,9% und 1880 58,6%. (*Conrad, J./Hesse, A.*, Grundriß zum Studium der politischen Oekonomie, T. 4, 5. Aufl., Jena 1923, S. 82.) Da die Abnahme der ländlichen Bevölkerung in den Gründerjahren stärker als in den Jahren der Depression gewesen sein dürfte, wird für 1873 der Anteil der Landbevölkerung mit 60% angenommen.

313 *Fels, Rendigs*, a. a. O., S. 90 u. 111.

Schichten der Werktätigen in Stadt und Land. Kuczynski ist deshalb völlig im Recht, wenn er die Frage der Beschäftigung bei seiner Betrachtung der Lage der Arbeiter in jener Zeit herausstellt.³¹⁴ Zu Recht steht diese Frage darum auch im Vordergrund der Untersuchung von Rößler über die Lage der Arbeiter in Berlin.³¹⁵ Er weist für die eisenverarbeitende Industrie einen Rückgang in der Beschäftigung durch Entlassungen um mehr als 45 Prozent in der Zeit vom Januar 1874 bis Dezember 1875 nach.³¹⁶ Nach Angaben des Polizeipräsidiums Berlin sei bei 22 von 28 untersuchten Industriezweigen ein Rückgang der Beschäftigung festgestellt worden. Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit durch Entlassungen erfolgte in Berlin 1876, wo der Rückgang der Beschäftigung in dem von den Fabrikinspektoren erfaßten Bereich 14 Prozent betrug.³¹⁷ Im Jahre 1877 wurde ein weiterer Rückgang um etwa 6,3 Prozent³¹⁸ gemeldet, während die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1878 und 1879 eher ab- als zunahm.³¹⁹ Insgesamt kommt Rößler zu der Feststellung, „daß bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes rund 25 bis 28 Prozent der Berliner Arbeiter im Bereich der Industrie und des produzierenden Handwerks arbeitslos geworden waren“.³²⁰ Daß sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit aber nicht nur auf die Großstädte beschränkte, sondern auch die Mittel- und Kleinstädte und die Zentren der ländlichen Hausindustrie erfaßt hatte, zeigen folgende Beispiele für 1875 aus Schlesien.³²¹ Die Landräte der Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg meldeten, daß in Grünberg in der Tuchfabrikation von 1200 Arbeitern etwa 800 entlassen wurden und daß in Görlitz die „Arbeiterreduktion“ 10 bis 20 Prozent betragen habe. In großen Hut- und Wollwarenfabriken in Liegnitz hatte der Rückgang etwa 20 Prozent betragen, in den Maschinenfabriken 10 bis 75 Prozent, in den Zigarrenfabriken 30 bis 50 Prozent, und in einer Wagenfabrik in Jauer 30 Prozent. Bemerkenswert ist dabei die Ver-

314 *Kuczynski, Jürgen*, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962, Kapitel I = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 3.

315 *Rößler, Johannes*, Zur Lage der Berliner Arbeiter und ihrer sozialistischen Bewegung vom Gründerkrach bis zu den Reichstagswahlen im Jahre 1881. Ein Beitrag zur Entwicklung der Berliner Arbeiterbewegung und zu den Beschäftigungs- und Wohnverhältnissen der Berliner Arbeiter, Wirtschaftswiss. Diss. Berlin o. J. (Ms.) (Hochschule für Ökonomie, Bln-Karlshorst), S. 102–160.

316 Ebenda, S. 115.

317 Ebenda, S. 124.

318 Ebenda, S. 136.

319 Ebenda, S. 139–155.

320 Ebenda, S. 156.

321 *Źródła do dziejów klasy robotniczej na ziemiach polskich*, T. 2: Śląsk, Wielkopolska, Pomorze, Warmia, Mazury, Zachodnia Galicja (Quellen zur Geschichte der Arbeiterklasse in den polnischen Gebieten, T. 2: Schlesien, Großpolen, Pommern, Ermland, Masuren, West-Galizien) 1850–1900, Warschau 1962, S. 168/69.

ringerung der Beschäftigten an Handwebstühlen in der Landleinenindustrie seit 1872 auf die Hälfte, der ähnliche Prozesse in anderen Teilen Deutschlands entsprechen.³²²

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland wird von Kuczynski nicht nur für die nach seiner Auffassung als Depressionszeit anzusehenden Jahre, sondern auch für die seiner Ansicht nach in die Aufschwungszeit fallenden Jahre 1876, 1878 und 1879 herausgearbeitet.³²³

Der Rückgang der Beschäftigung in den Städten und Zentren der ländlichen Hausindustrie führte aber nicht nur zu Massenentlassungen und einer Massenarbeitslosigkeit, sondern auch zur Kurzarbeit. Das wird in Berichten über Berlin und andere Teile Deutschlands in umfassender Weise bestätigt. Durch Kurzarbeit statt Arbeiterentlassungen wollten sich die Unternehmer bestimmte Reserven geübter und gelernter Arbeiter für eine spätere Belegung sichern. Mit Recht sieht Kuczynski in der Kurzarbeit ein wesentliches Moment der Verringerung der Reallöhne, die er für die Zeit der Gründerdepression feststellt.³²⁴ Allerdings dürfte der Rückgang des Reallohnes zu gering bewertet sein. Kuczynski nimmt eine sehr starke Verminderung der Lebenshaltungskosten an, wodurch sich die Kaufkraft der Wochenlöhne der vollbeschäftigten Arbeiter in der Depression trotz Verminderung der Nominallöhne eher erhöht haben soll. Das hängt mit dem von Kuczynski berechneten Index der Lebenshaltungskosten zusammen³²⁵, der (1900 = 100 gesetzt) einen Rückgang der Lebenshaltungskosten von 104 im Jahre 1873 auf 93 im Jahre 1879 feststellt. So sicher es auch ist, daß ein gewisser Rückgang der Großhandelspreise für Lebens-

322 Über die Leinenfabrikation in Cottbus und Umgebung heißt es: „Cottbus hat seine früher schwunghaft betriebene Handweberei selbständiger kleiner Meister fast gänzlich verloren, die mechanische Weberei ist auf die Hälfte reduziert, und von den früheren größeren Geschäften für den Handel mit Leinenfabrikaten sind mit Einschluß zweier Fabriken, die gleichzeitig Handel treiben, nur noch drei vorhanden. Es ist dieser Rückgang um so mehr zu bedauern, also auch die Landbevölkerung im mehrmeiligen Umkreis von Cottbus sich noch mit Handweberei beschäftigt, die ihr für den Winter die einzige Einnahme bietet.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 193.) — Über die Notlage der Weberei in Glauchau-Meerane vgl. ebenda, S. 163. Aus Bayern wird über die Notlage der armen Weberbevölkerung im Gebiet zwischen Hof und Münchberg berichtet, die keine Arbeit für mehrere Wochen, keine Vorräte an Kartoffeln mehr hätten und wo in einzelnen Fällen Familien die ganze Woche ohne Brot geblieben seien. Interessant ist hierbei, daß man als Abhilfe an die „Ueberweisung grösserer Arbeitsaufträge à conto des Armeebedarfs“ denkt. (*DHBl.*, Jg. 1877, S. 64.)

323 *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd 3, S. 255–261; vgl. insbesondere S. 260, wo es heißt: „Drei Jahre hohen Beschäftigungsgrades folgen sieben ‚magere Jahre‘, in denen der Fluch der Arbeitslosigkeit, die Not der Kurzarbeit auf den Werktätigen lasten.“

324 Ebenda, Bd 12, S. 26; vgl. auch ebenda, Bd 3, S. 255.

325 Ebenda, Bd 3, S. 302.

mittel, die die Hauptgrundlage für den Kuczynskischen Index bilden, erfolgt ist, so erscheint es doch recht zweifelhaft, ob es zu einem beachtlichen Rückgang bei den Einzelhandelspreisen gekommen ist, die ja bekanntlich weniger auf die Schwankungen des Zyklus reagieren als die Großhandelspreise. Rößler bestreitet auch in seiner Untersuchung über Berlin entschieden eine Verminderung der Lebenshaltungskosten in der Zeit von 1873 bis 1879.³²⁶ Und auch die Handelskammerberichte, die völlig auf dem Standpunkt der Bourgeoisie stehen und dementsprechend alles ausnutzen, was für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter sprechen könnte, erwähnen nichts von einem Rückgang der Lebenshaltungskosten, sondern geben vielmehr nicht selten die hohen Lebenshaltungskosten als eine Begründung dafür an, daß ein Lohnrückgang in dem von ihrem Standpunkt aus „notwendigen Maße“ nicht möglich gewesen sei.³²⁷

Entscheidend bleibt jedoch, daß die Gründerdepression 1873 bis 1879 mit einer Massenarbeitslosigkeit verbunden war, daß sie zu einer starken Verminderung des Realeinkommens, der Arbeiterklasse führt. Dabei beschränkten sich die Krisenerscheinungen für das Proletariat aber nicht allein auf die dadurch hervorgerufene Not. Hinzu kam auch die wachsende Unsicherheit, die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Proletarier und Halbproletarier waren auf diese Weise der Unternehmerwillkür stärker ausgeliefert als zuvor. Diese Unternehmerwillkür ging so weit, daß in Frankfurt/Oder die Bauunternehmer während der Massenarbeitslosigkeit von ihren Arbeitern verlangten, bei unverändertem Tagelohn eine Stunde länger zu arbeiten, und das nach wochenlangem Widerstand der Arbeiter auch durchsetzen konnten.³²⁸ Vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten überhaupt war die Krise von 1873 die schwerste des 19. Jahrhunderts, und die Krisenerscheinungen lasteten in der gesamten Zeit (1873 bis 1879) in immer stärkerem Maße auf den proletarischen Schichten. Diese Tatsache liefert uns einen wesentlichen Schlüssel für die Geschichte der Arbeiterbewegung jener Zeit. Es besteht ein enger, unlösbarer Zusammenhang zwischen der Gründerdepression und dem raschen Vordringen sozialistischer Ideen in der Arbeiterschaft. Die Antwort der herrschenden Klassen darauf war bekanntlich das Sozialistengesetz. Sie haben aber auch versucht, den Terror mit der Demagogie zu verbinden. In jener Zeit begann man, Bismarck als einen Staatssozialisten hinzustellen. Die staats„sozialistische“ Demagogie diente aber, wie die national-„sozialistische“ Demagogie in der Weltwirtschaftskrise, nicht nur der Täuschung der werktätigen Schichten. Sie war auch ein Ausdruck der Veränderung in der Wirtschaftspolitik, der Einstellung zur Rolle des Staates, nicht nur in der

³²⁶ Rößler, *Johannes*, a. a. O., S. 167–172.

³²⁷ Für Gleiwitz wird z. B. eine weitere Herabsetzung der Löhne mit der Begründung für unmöglich erklärt, sie seien schon so niedrig, „daß sie dem Arbeiter nur noch einen dürftigen Lebensunterhalt gewährten“. (*Pr. HA.*, Jg. 1880, T. 1, S. 191.)

³²⁸ *Jbr. d. Hk. zu Frankfurt/O.* f. 1876, S. 9.

politischen, sondern auch in der ökonomischen Arena. Um diese veränderte Haltung innerhalb der herrschenden Klassen verstehen zu können, ist es notwendig, auf die unmittelbar auf die Bourgeoisie wirkenden Krisenerscheinungen einzugehen.

2. Bourgeoisie

Wenn in bezug auf die Arbeiterklasse gesagt wurde, der Rückgang der Produktion sei für sie nur insofern unmittelbar von Bedeutung gewesen, als er sich auf die Beschäftigung auswirkte, so gilt Entsprechendes auch für die Unternehmer, nur, daß wir bei letzteren an die Stelle der Beschäftigung den Umsatzrückgang infolge des Preissturzes während der Depression setzen müssen. Die Tatsache des Preissturzes und Umsatzrückgangs ist allgemein bekannt und wird auch von Kuczynski unterstrichen.³²⁹ Es sei hier nur daran erinnert, daß der Index der Großhandelspreise für Rohstoffe der Produktionsgüter (Kohle, Eisen, Nichteisenmetalle, Baustoffe) von 1873 bis 1879 nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung³³⁰ von 145 auf 69 gesunken ist (1913 = 100). Sehr deutlich kommt der Umsatzrückgang in folgenden Tabellen zum Ausdruck:

Tabelle 12

*Steinkohlenförderung
in Millionen Mark*³³¹

Jahr	
1873	403
1874	387
1875	297
1876	263
1877	216
1878	207
1879	205

Tabelle 13

*Roheisenproduktion
in Millionen Mark*³³²

Jahr	
1873	248
1874	161
1875	150
1876	121
1877	111
1878	114
1879	112

Umsatz- und Preisrückgang bildeten den Hauptgegenstand der Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bourgeoisie, insbesondere aber der Großkapitalisten der Schwerindustrie, die davon am meisten betroffen waren. Daß diesem Umsatz- und Preisrückgang auch ein Rückgang und teilweises Ausbleiben der Profite, ja auch zeitweilige Verluste entsprachen, ist ebenso unzweifelhaft, wenn auch zahlenmäßig leider nicht so exakt nachweisbar. Für das Jahr 1877

³²⁹ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd 12, S. 27.

³³⁰ Jacobs, Alfred/Richter, Hans, a. a. O., S. 45.

³³¹ Flegel, Kurt/Tornow, M., a. a. O., S. 12–14.

³³² Marchand, Hans, a. a. O., S. 120.

ist jedenfalls bekannt, daß 102 deutsche Aktiengesellschaften der Eisen- sowie Stahlindustrie, der Gießerei und des Maschinenbaues mit einem Aktienkapital von insgesamt 170 656 894 Mark einen Gesamtverlust von 18 904 175 Mark erlitten.³³³

Dabei muß man aber nicht nur den wirklichen, sondern auch den potentiellen Profitrückgang während der Depression in Betracht ziehen. Für die Unternehmer waren die Depressionsjahre nicht nur wegen des tatsächlichen Profitrückgangs Jahre der Depression, sondern auch wegen der über ihnen schwebenden Drohung des Ruins, der Verluste oder zumindest des Ausbleibens der Profite. Gerade wenn wir die Wirkungen der Krise auf das tatsächliche Verhalten, das Bewußtsein der betreffenden Klasse und ihrer Mitglieder studieren wollen, dürfen wir das Potentielle nicht durch eine ausschließliche Betrachtung des Aktuellen vernachlässigen. Wenn die Unternehmer unter dem Eindruck der Depression, des Preissturzes, einen noch stärkeren Rückgang ihrer Profite verhindern konnten, dann eben deshalb, weil sie in aktiver Weise auf die Krise reagierten. Diese Reaktion beschränkte sich keineswegs auf die Herabsetzung der Löhne; sie umfaßte, wie wir gesehen haben, auch Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung. Der Preissturz war also gewissermaßen ein ökonomischer Hebel, der auf die Reduzierung der Kosten hinwirkte.³³⁴

Die historisch wichtigste Reaktion der Unternehmer, insbesondere aber der Großunternehmer in der von dem Preisrückgang am meisten betroffenen Schwerindustrie, war aber das Streben zur Bildung von Monopolverbänden. Schon eine oberflächliche Untersuchung der Depression zeigt, daß hier zum ersten Mal massenhaft Versuche zur Bildung von Kartellen gemacht wurden. Gewiß, viele dieser Versuche scheiterten, andere führten nur zu Gründungen, die bald wieder zusammenbrachen, während in der Kaliindustrie³³⁵ und beim Lokomotivenbau³³⁶ sogar schon stabile Kartelle gegründet wurden. Aber das Wesentliche waren nicht die Kartelle, die gegründet wurden und stabil blieben, sondern die Bewegung zum Kartell innerhalb der deutschen Unternehmerschaft. Das Wesentliche ist die Tatsache, daß in dieser Zeit erstmalig das Projekt eines Kohlensyndikats bei den Leitern der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und der damit eng verbundenen Disconto-Gesellschaft auftauchte.³³⁷ Das

333 *Jbr. d. H. u. Gwk. f. Schwaben u. Neuburg 1877*, S. 23. Nach Erhebungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

334 „Not macht erfinderisch“, sagt man, jene Zeit lieferte dafür einen Beweis. Die niedrigen Preise zwangen die Produzenten, die Produktionskosten möglichst zu verringern. Dies gelang durch die Fortschritte auf dem Gebiete der Technik. Die neuen Hochöfen besaßen eine viel größere Leistungsfähigkeit. Ferner wurden viele menschliche Arbeitskräfte durch die billigere Maschinenkraft ersetzt.“ (*Hertel, Lothar*, a. a. O., S. 41.)

335 *Schönemann, Josef*, Die deutsche Kali-Industrie und das Kaligesetz, Hannover 1911, S. 6.

336 *Borsig, Albert v.*, a. a. O., S. 19.

337 *Münch, Hermann*, Adolph von Hansemann, München-Berlin 1932, S. 175 ff.

Wesentliche ist, worauf Lenin hingewiesen hat³³⁸, daß jetzt in der Gründerdepression der allmähliche Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus einsetzte. Diese Bedeutung der Gründerdepression wird auch nicht durch die Tatsache herabgesetzt, daß es schon vorher Monopolverbände gab. Sie wird auch nicht durch die bekannte Tatsache gemindert, daß es schon vorher ein monopolartiges Zusammengehen von Unternehmern, auch ohne formelle Kartellvereinbarungen, gab. Man gewinnt beim Kohlenbergbau den Eindruck, was aber noch einer gründlichen Untersuchung bedarf, daß die informellen Kartelle, die dort bestanden und während der Gründerjahre zu Klagen der Abnehmerindustrien geführt hatten³³⁹, unter den Schlägen der Krise zerbrachen und die Kohlenunternehmer sich deshalb die Aufgabe stellen mußten, formelle Vereinbarungen, offizielle Kartelle und Monopolverbände zu schaffen. Das heißt aber nichts anderes, als daß man die Macht des Staates für Monopolbildungen mobilisierte; denn auf formellen Vereinbarungen beruhende Kartelle unterscheiden sich ja gerade dadurch von einer informellen Zusammenarbeit zur Hochhaltung der Preise, daß bei ihrer Verletzung das staatliche Gericht und damit auch der Staatsapparat eingesetzt werden können.

Der Drang zur Verstärkung der Rolle des Staates kennzeichnet überhaupt die nach der Bewegung zum Kartell bedeutsamste Reaktion der Großbourgeoisie, insbesondere der Schwerindustrie, auf die Gründerdepression. Marx hatte noch vor Ausbruch der Krise im Nachwort zur zweiten Auflage des Kapitals vorausgesagt, daß diese Krise „selbst den Glückspilzen des neuen heiligen, preußisch-deutschen Reichs Dialektik einpauken“³⁴⁰, ihnen also die Widersprüche ihrer eigenen Produktionsweise und die fortlaufende Zuspitzung dieser Widersprüche zum Bewußtsein bringen würde. Es war das Bewußtwerden dieser Widersprüche während der Gründerdepression, das unter Berücksichtigung des damaligen Entwicklungsgrades der Produktivkräfte die Großunternehmer darauf hinlenkte, sich nicht nur privater, sondern auch öffentlicher Organisationen, vor allem der größten öffentlichen Organisation – des Staates –, im Kampf um Markt und Profit zu bedienen. Dieser Tendenz stand allerdings die Tatsache entgegen, daß die öffentlichen Organisationen nicht so leicht und so vollständig von ihnen zu kontrollieren waren wie die privaten.³⁴¹

War diese Tendenz auch bei den Kapitalisten der Schwerindustrie und bei den Junkern besonders stark, so führte immerhin die Entwicklung der siebziger Jahre auch bei anderen Teilen der Bourgeoisie zu einer gewissen, wenn auch zunächst noch sehr beschränkten, Erschütterung des Weltbildes des ökonomischen

338 *Lenin, W. I.*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd 22, Berlin 1960, S. 205.

339 Vgl. *Goetzke, Wilhelm*, a. a. O., S. 6.

340 *Marx, Karl*, Das Kapital, a. a. O., S. 28 (Nachwort zur zweiten Auflage vom 24. 1. 1873).

341 Vgl. dazu S. 126 ff. der vorliegenden Arbeit.

Liberalismus, die den Widerstand der übrigen Teile der Bourgeoisie gegen die Schutzzollkampagne der Schwerindustrie und der Junker schwächte, ebenso wie gegen die damit in engem Zusammenhang stehende Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen. Wenn also einige Ideologen dieser Gruppen der herrschenden Klassen vom Staatssozialismus sprachen, so meinten sie dabei insofern etwas Reales, als sie darunter eine Verstärkung der Rolle des Staates in ihrem eigenen Interesse verstanden. Daß die Verstärkung der Rolle des Staates zur Irreführung der Arbeiter als Sozialismus bezeichnet wurde, ändert nichts an den realen Vorgängen, es ändert nichts daran, daß sich eben im Zusammenhang mit dem langsamen Übergang zum monopolistischen Kapitalismus auch die ersten Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigten. Insofern besteht also eine Parallele zwischen dem sogenannten Staats-„sozialismus“ Bismarcks und dem National-„sozialismus“ Hitlers. Sie bezeichnen beide Marksteine im Entwicklungsprozeß des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den besonderen Bedingungen Deutschlands. Allerdings hatte die Verstärkung der staatsmonopolistischen Züge bei der Vorbereitung des faschistischen Krieges ein unvergleichlich größeres Gewicht als die ersten schwachen Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus am Ende der Gründerdepression. Diese Feststellung trifft auch auf den Vergleich zwischen dem Terror der Sozialistengesetze und dem faschistischen Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung seit 1933 zu. Es ist ferner kein Zufall, daß die Gründerdepression in Verbindung mit der staatssozialistischen Propaganda zu einer ersten Welle der antisemitischen Agitation führte. In den siebziger Jahren sind auch in dieser Hinsicht Keime gelegt worden, auf denen Hitler und die Nazipartei später „aufbauen“ konnten.³⁴² Solche Vergleiche ließen sich noch manche ziehen. Wir können auf den gesamten Komplex der ideologischen, kulturellen und politischen Auswirkungen der Gründerdepression hier nicht näher eingehen, ebensowenig können wir die Wirkungen der Krise auf die Junker und das Kleinbürgertum behandeln. Eine solche Betrachtung würde auch nur die Feststellung erhärten, daß die Gründerkrise neben der Krise von 1929 bis 1932 die schwerste zyklische Krise der deutschen Wirtschaftsgeschichte war, die in ihren ideologischen, kulturellen und politischen Auswirkungen nur von der Krise von 1929 bis 1932 übertroffen wurde.

ZU EINIGEN THEORETISCHEN PROBLEMEN DER GRÜNDERDEPRESSION

Eine Krise, ein Zyklus, die einen solchen Wendepunkt der Entwicklung des deutschen Kapitalismus bilden, werfen naturgemäß in höherem Maße theore-

³⁴² Vgl. zum Antisemitismus in der Gründerzeit *Kahn, Siegbert*, Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948, Abschn. 6.

tische Probleme auf als eine „gewöhnliche“ Krise, ein „gewöhnlicher“ Zyklus. Von diesen Problemen können wir hier nur wenige erörtern, und wir wollen dabei zunächst mit denen beginnen, die die Ursachen dieser Krise betreffen. Hierbei geht es nicht nur um die tatsächliche Feststellung der Ursachen und ihre Einordnung in den historischen Gesamtzusammenhang, wie in unserer bisherigen Betrachtung, sondern vielmehr um ihre Einordnung in die Theorie des Zyklus und der ökonomischen Entwicklung überhaupt, wobei wir von den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus ausgehen.

Nach diesen Erkenntnissen liegt die Ursache der zyklischen Krisen im Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln. Unter den Bedingungen der immer gesellschaftlicher werdenden Produktion müssen schwere negative Störungen entstehen. Sie können ohne bewußte, mit dem Privateigentum jedoch nicht im Einklang stehende Steuerung durch die Gesellschaft nicht bzw. erst nach einem größeren Zeitraum durch die dem System immanenten Regelungsmechanismen beseitigt werden. Solche Störungen erwachsen immer aus vorausgegangenen Veränderungen in wichtigen Teilbereichen der Wirtschaft bzw. Gesellschaft. Diese Veränderungen können, wenn wir uns nicht nur auf zyklische Krisen beschränken, unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln an sich negativ sein, wie es etwa die Entwicklung der Wasserstoffbombe in den USA war. Störungen können aber auch durch an sich positive Veränderungen entstehen, wenn quantitativ und qualitativ entsprechende *komplementäre* Veränderungen fehlen. Hier kann die Störung also nicht durch Herstellung des alten Zustandes, des alten Gleichgewichts, sondern nur durch die Schaffung eines neuen Gleichgewichts überwunden werden. Das kann man auch so ausdrücken, daß diese Störungen in einer sich entwickelnden Wirtschaft auf negativen Abweichungen von einem dynamischen und nicht von einem statischen Gleichgewicht beruhen. Es handelt sich also um Abweichungen, die durch die Verletzung des Gesetzes der *Komplementarität der Veränderungen wichtiger Teilbereiche der Wirtschaft und Gesellschaft* entstanden sind. Dafür ist gerade die zyklische Krise mit ihren Folgen ein wichtiges Beispiel, wenn auch nicht das einzige.

Die hier benutzte Formulierung „Komplementarität der Veränderungen“ besagt weitgehend dasselbe wie die wohlbekannte Formulierung von der „Proportionalität der Entwicklung“ bzw. Einhaltung „volkswirtschaftlicher Proportionen“. Sie hat jedoch den Vorteil, daß sie nicht nur den quantitativen, sondern auch den qualitativen Aspekt einschließt. Bei Investitionen zum Beispiel als einer wichtigen Form ökonomischer Veränderungen kann man von komplementären Investitionen dann sprechen, wenn arbeitskräftefreisetzende durch arbeitsplätze-schaffende Investitionen kompensiert werden bzw. umgekehrt; eine Forderung, die ja auch für die sozialistische Planwirtschaft gilt.³⁴³

343 *Mottek, Hans*, Produktivkräfte, a. a. O., S. 201–205.

Von komplementären Veränderungen könnte man auf dem Gebiet der Technik, der Erfindungen, sprechen, wenn zum Beispiel technische Veränderungen, die eine erhöhte Unfallhäufigkeit neben einer erhöhten Arbeitsproduktivität mit sich bringen, durch solche Veränderungen kompensiert werden, die der Unfallvermehrung entgegenwirken. Die Komplementarität der Veränderungen in der ökonomischen und technischen Entwicklung und nicht zuletzt beim Bildungswesen zu sichern, dürfte ohne Zweifel eine entscheidende Aufgabe der sozialistischen Perspektivplanung und Planung überhaupt sein.

Die mangelnde Fähigkeit, die ökonomischen Veränderungen miteinander komplementär zu halten, bildet demgegenüber – wie bereits erwähnt – wohl die entscheidende Ursache von Krisen aller Art, insbesondere aber von zyklischen Krisen.

Das wichtigste und bekannteste Beispiel für eine fehlende Komplementarität der Veränderungen oder auch für die nichtproportionale Entwicklung, die sich aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln ergeben und zu zyklischen Krisen führen, ist das Zurückbleiben, die Beschränkung der Konsumtionskraft der breiten Massen gegenüber einer unbeschränkten Ausdehnung der Produktion.

Der darin zum Ausdruck kommende Widerspruch verschärfte sich zweifellos außerordentlich während des zyklischen Aufschwungs der Gründerjahre. Dem kann man auch nicht die Tatsache entgegenhalten, daß in diesem Aufschwung bekanntlich vor allem die Produktionsgüter- und nicht so sehr die Konsumgüterproduktion rasch stieg. Wir haben hier eben nur ein besonders markantes Beispiel für die von Lenin herausgearbeitete schnellere Entwicklung der Produktionsgüterproduktion gegenüber der Konsumtion, gegenüber der Entwicklung der Kaufkraft der Massen.³⁴⁴ Dabei ist aber eine Emanzipation von der Kaufkraft nur für eine bestimmte Zeit möglich, die in den Gründerjahren relativ kurz war. Während des Aufschwungs waren infolge der Beschränkung der Konsumtionskraft der Massen die Käufer der Produktionsgüter immer mehr die Unternehmer der Produktionsgüterindustrie selbst und immer weniger die der Konsumgüterindustrie. Wir konnten während des Aufschwungs sehr deutlich beobachten, wie die Kaufkraft der Konsumgüterindustrie, die die Beschränkung der Kaufkraft der Konsumenten selbst reflektiert, zurückgedrängt wurde. Die steigenden Produktionsgüterpreise führten dazu, daß die Produktionsgüter-Kapitalisten immer mehr voneinander kauften, daß also die Produktionsgüterproduktion in gewissem Maße zum Selbstzweck wurde. Das ist in ökonomischem Sinne nichts anderes als die Anhäufung von Vorräten fertiger Produktionsgüter. Diese Vorräte konnten nicht als potentielle Konsumgüter bzw. als Grundlage für die Erweiterung der Konsumgüterproduktion fungieren.

³⁴⁴ Lenin, W. I., Notiz zur Frage der Theorie der Märkte, in: Werke, Bd 4, Berlin 1955, S. 49.

Das Zurückbleiben der Konsumtion bedeutete aber in den Gründerjahren wie auch beim Aufschwung in anderen Zyklen noch keine Verminderung der Gesamtnachfrage. Es bedeutet jedoch, daß die Konsumtionsnachfrage zwar noch stieg, daß aber ihr Anteil an der Gesamtnachfrage sank. Damit vergrößerte sich also der Anteil der Nachfrage nach Investitionsgütern, die den labilsten Teil der Nachfrage darstellte, bei der die stärksten Schwankungen möglich waren und die im Vergleich zur Nachfrage nach Konsumtionsgütern in unverhältnismäßig höherem Maße und größerem Tempo sich sowohl ausdehnen als auch schrumpfen konnte. Diese Nachfrage wurde während des Aufschwungs absolut und relativ größer, als es der vorangegangenen und gleichzeitigen Akkumulation entsprach. Das hing damit zusammen, daß die in der Gründerwelle aufgestellten Investitionsprojekte über diese Grenze hinausgingen. Darauf ist zum großen Teil die außerordentliche Preissteigerung, vor allem für Produktionsgüter, zurückzuführen. So erklärt sich, daß sich die Preissumme der Waren (U), insbesondere aber die der Produktionsgüter (U_I), nicht nur durch eine große Steigerung der Produktionsmenge (P), sondern auch durch eine noch viel größere der Preise erhöhte.

Wir wollen dies noch einmal anhand folgender Tabellen verdeutlichen, die für Kohle und Eisen den unterschiedlichen Anteil der Preis- und Mengenerhöhung bei der Umsatzsteigerung zeigen:

Tabelle 14

*Die Steinkohlenförderung*³⁴⁵

Jahr	Menge (P) in Millionen t	Menge \times Preis (U) in Millionen Mark
1870	26,3	163,5
1871	29,3	218,3
1872	33,3	196,6
1873	36,3	403,6

Tabelle 15

Die Roheisenproduktion

Jahr	Menge (P) in Millionen t ³⁴⁶	Menge \times Preis (U) in Millionen Mark ³⁴⁷
1870	1,391	106,3
1871	1,563	126,9
1872	1,988	222,3
1873	2,240	248,6

Die enormen Preiserhöhungen für Produktionsgüter sind zwar zum größten Teil, aber keineswegs ausschließlich auf die durch das übergroße Ausmaß von Investitionsprojekten der Gründerjahre über die Grenzen der bisherigen Akkumulation hinaus gesteigerte Nachfrage zurückzuführen. Wie bereits erwähnt³⁴⁸, beruhten diese Preiserhöhungen zum Teil darauf, daß die Spekulation die vorhandene Tendenz verstärkte. Auf der anderen Seite wiederum wurde die spekulative Nachfragebewegung von den Produzenten der Schwerindustrie durch Preiserhöhung vorweggenommen. Die Großunternehmer der Schwerindustrie handelten damit wie eine einheitliche Monopolgruppe in einer

345 Flegel, Kurt/Tornow, M., a. a. O., S. 11/12 u. 86.

346 Marchand, Hans, a. a. O., S. 114 u. 120.

347 Flegel, Kurt/Tornow, M., a. a. O., S. 11.

348 Vgl. S. 59 der vorliegenden Arbeit.

Situation, in der es möglich ist, die Preise heraufzusetzen, weil die Preiserhöhung die vorhandene Nachfrage der meisten anderen Kapitalisten, im Gegensatz zu der der Konsumenten und eines großen Teils der Kapitalisten in der Konsumgüterindustrie, nicht senken, sondern unter den Bedingungen eines hochgetriebenen Aufschwungs sogar zunächst steigern müßte. Und in der Tat hat es ja zeitgenössische Behauptungen gegeben³⁴⁹, wonach die Kapitalisten der Schwerindustrie schon in den Gründerjahren die Preise in monopolähnlichem Zusammenwirken heraufgetrieben hätten. Die hochgetriebenen Preise konnten aber von den Abnehmern nur dann bezahlt werden, wenn sie ihrerseits im Zuge der spekulativen Welle die Preise heraufsetzten. Das wurde allerdings immer schwerer, je näher man den Konsumenten kam, und hierin manifestiert sich wiederum der Widerspruch zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft.

Bei der Auftragserteilung waren die Mittel zur Bezahlung der Produkte der Schwerindustrie, aber auch der anderer Zweige, offensichtlich nicht vorhanden. Daß der Kredit hierbei zuhülfe kam, ist nichts Neues und Verwunderliches. Man muß aber betonen, daß es sich um Kreditschöpfung, also um eine Erweiterung des Kreditvolumens handelt, die nicht ausschließlich aus der vorangegangenen Akkumulation von Profiten und sonstigen Einnahmen stammte. Die Nachfrage nach Produktionsgütern war also größer als die Summe der Profite plus sonstiger für Investitionsfinanzierung in Betracht kommender Einnahmen minus Revenue. Insoweit verkörpert also die vorhandene Nachfrage nach der gesteigerten Gütermenge, multipliziert mit dem gesteigerten Preis, nicht das gegenwärtige Einkommen der Kapitalisten zur Zeit der Auftragserteilung. Infolge der Kreditausweitung, die zum großen Teil der Bezahlung höherer spekulativer Preise diente, waren also die Nachfrage nach Produktionsmitteln und, da die Konsumtionsnachfrage, wenn auch in beschränktem Maße, stieg, die Gesamtnachfrage größer als die Kaufkraft, als das Einkommen der Kapitalisten, Arbeiter und anderer Klassen der Gesellschaft. Es bestand also während der Gründerjahre ein Zurückbleiben der Kaufkraft (K) hinter der Nachfrage (N). Wenn wir die Nachfrage gleich der Produktion in laufenden Preisen setzen, was – da auch hier ein gewisses Zurückbleiben erkennbar ist – nicht ganz korrekt ist, entstand auch ein Zurückbleiben der Kaufkraft gegenüber der Produktion, gemessen in laufenden Preisen (U). Dann galt also für die Zeit etwa seit 1871

$$\text{also } \begin{array}{l} K(t) \ll (N(t) = U(t)) \\ U(t) \gg K(t) \end{array} \quad \left| \begin{array}{l} \text{von } t = \text{Anfang 1871} \\ \text{bis } t = \text{Mitte 1873} \end{array} \right.$$

oder, wenn wir die Ungleichung in eine Gleichung verwandeln:

$$\begin{array}{l} U(t) - K(t) = E_1(t) \\ \text{mit } E(t) \gg 0 \end{array} \quad (3)$$

Dadurch wird der Widerspruch zwischen Kaufkraft und Produktion zu den geforderten und durchgesetzten Preisen, also die Tatsache der *Überproduktion*,

³⁴⁹ Vgl. S. 108 der vorliegenden Arbeit.

dargestellt³⁵⁰, wobei $E(t)$ hier die im jeweiligen Zeitpunkt vorhandene positive Abweichung vom dynamischen Gleichgewicht ist. Jedoch bestand von 1871 bis 1873 nicht nur eine solche Abweichung vom dynamischen Gleichgewicht, sondern diese Abweichung nahm auch rasch zu. Der Widerspruch zwischen Kaufkraft und Produktion war im Wachsen. Es galt also für die Gründerjahre

$$\begin{aligned} & U'(t) \geq K'(t) \\ \text{oder} \quad & U'(t) - K'(t) = E'_1(t) \\ & \text{mit } E'(t) > 0 \end{aligned} \quad (3a)$$

Die Fortdauer dieser Bewegung, vor allem aber des Wachstums von U und N , war in bezug auf die darin enthaltene Preissteigerung gefährdet. Die Bewegung mußte zum Stillstand gebracht werden durch all das, was man in Beobachtungen der Zyklen und auch in manchen theoretischen Betrachtungen als „Überspannung des Kredits“ bezeichnet. Jedenfalls bedeutete die anhaltende Preissteigerung eine zunehmende Überschreitung des Wertes der Waren durch ihre Preise³⁵¹, ein Prozeß, der unter den Bedingungen der Goldwährung, die damals bestand, nicht unbeschränkt weitergehen konnte. Gegen solche Tendenzen mußten sich auch Kräfte innerhalb der herrschenden Klassen und der Staatsbürokratie wenden, unter denen, wie die Lasker-Enquête³⁵² beweist, die Opposition gegen die Gründerspekulation und ihren Zwillingbruder, den Gründerschwindel, im Zunehmen begriffen war.

Aber nicht nur gegen eine Fortsetzung der Preissteigerungsbewegung als der einen Komponente des Wachstums von U , sondern auch gegen die Steigerung der anderen Komponente, also der Produktionsmenge (P), nahmen die Hindernisse zu, die das Wachstum auch dort zum Stillstand bringen mußten. Letzteres hing mit der Struktur der Investitionen (I) bzw. Investitionsprojekte

350 Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, a. a. O., Bd 12, S. 26, wo von „Überproduktion durch Mengen- und Preissteigerung“ gesprochen wird (Hervorhebung von mir – der Verf.); vgl. in diesem Zusammenhang auch *Marx, Karl*, *Das Kapital*, Bd 3, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd 25, Berlin 1964, S. 507, wo es heißt, daß die „das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung“ der wirklichen Käufe und Verkäufe „der ganzen Krisis zugrunde liegt“. Vgl. auch ebenda, S. 316, wo von fiktiver Nachfrage die Rede ist, auf welcher sinngemäß vor der Krise der Absatz der gewaltig gesteigerten Produktion zum Teil beruhte.

351 Marx spricht von einer Preisaufblähung vor der Krise, die durch einen „Zusammenbruch der Preise“ nach der Krise ausgeglichen wird (ebenda, S. 508).

352 Vgl. dazu *BHI Berlin 1873*, S. 5. – Der Bericht beklagte diese am 14. Februar 1873 beschlossene Untersuchung und begründete die Klage so, daß damals „die Vorliebe für Eisenbahnunternehmungen gänzlich erkaltete und daß sich seitdem das Privatkapital immer mehr von solchen zurückzog“. Der Bericht drückt auch die Befürchtung aus, „daß der im Anfang des vorigen Jahres begonnene Krieg gegen die Mißbräuche der Spekulation auch den soliden Unternehmungsgeist auf lange Zeit brach gelegt“ habe. Diese Vorgänge haben ihre Parallele in der Eisenbahnspekulationszeit der vierziger Jahre.

(\mathfrak{S}) zusammen, die nach ihrer Struktur und zeitlichen Aufeinanderfolge auf eine größere Steigerung der Produktion als der Produktivität sowie des Beschäftigtenpotentials ausgerichtet waren, und in denen die kapazitätserweiternden Investitionen die Arbeitskräfte freisetzenden Modernisierungsinvestitionen in zu starkem Maße überwogen.³⁵³ Der durch die Investitionen und das Wirksamwerden anderer Veränderungsfaktoren herbeigeführte bzw. herbeizuführende Beschäftigungszuwachs, ihr positiver Beschäftigungseffekt (ΔB_1), war also sehr viel größer als ihr negativer (ΔB_2), der dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (Pr) entsprach. Die Differenz von beiden (ΔB) war aber auch viel größer als die Zunahme des Arbeitskräftepotentials (A). Die Ungleichmäßigkeit beider Bewegungen kann demnach durch folgende Ungleichung ausgedrückt werden:

$$B' (t) > A' (t) \quad (4a)$$

Oder wenn wir anstelle von $B (t)$ als der wirklichen Beschäftigung in der betreffenden Zeit die unter Berücksichtigung der für dieselbe Zeit projektierten Investitionen ($\mathfrak{S} [t]$) und der sonstigen Änderungsfaktoren erforderliche Beschäftigung ($\mathfrak{B} [t]$) setzen:

$$\mathfrak{B}' (t) > A' (t) \quad (4b)$$

Dem entsprach eine weit größere relative Steigerung der Produktion (P) im Vergleich sowohl zur Steigerung des Beschäftigungspotentials (A), als auch zu der der Arbeitsproduktivität (Pr), wie auch schließlich zu der des Produktes von A und Pr . Es galt also weiterhin

$$P' (t) > A' (t) Pr (t) + Pr' (t) A (t) \quad (4c)$$

Das führte in der ersten Hälfte des Jahres 1873 zu einer Arbeitskräfteknappheit. Die Beschäftigung (B) wurde damit gleich dem Beschäftigungspotential (A), so daß also von diesem Zeitpunkt an

$$A (t) = B (t) \quad (5)$$

galt, womit auch die Ungleichungen 4a und 4c in Gleichungen verwandelt wurden. Dasselbe trifft jedoch nicht für die Gleichung 4b zu, so daß also jetzt galt:

353 Vgl. über „Arbeiterknappheit am Ende des Aufschwungs“ im allgemeinen *Lösch, August*, a. a. O., S. 43, wo die „... im Verhältnis zum Arbeiterzuwachs übermäßige Erzeugung von neuen Produktionsstätten“ erwähnt wird, sowie davon die Rede ist, daß die „spekulative Ausweitung des Produktionsapparates... auf mehr Arbeiter (und übrigens auch mehr Kapital) berechnet“ sei, „als tatsächlich zur Verfügung“ stehen. Weiter heißt es dort, „daß die Kapitalgüterindustrien mit dem so erhaltenen Arbeiterheer die falschen Kapitalgüter erzeugen. Statt kostspielige Maschinen zu produzieren, für die der vorhandene Arbeiterstamm zur Bedienung ausreicht, statt also sich rechtzeitig mit dem Nachlassen des Arbeiterzuwachses von extensiver auf intensive Ausdehnung der Wirtschaft umzustellen, vermehren sie die alten, weniger kapitalintensiven Anlagen stärker...“

$$\mathfrak{B}(t) > B(t) \quad (6)$$

Es erwies sich damit im gleichen Zeitabschnitt, daß die früher für diesen Zeitabschnitt aufgestellten Investitionsprojekte (\mathfrak{S} , Gründungen) sich insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Struktur (hoher Beschäftigungseffekt) als nicht vollständig realisierbar und profitabel erwiesen, so daß also für diese Zeit galt

$$\text{also } \left. \begin{array}{l} \mathfrak{S}(t) > (i(t) = I(t)) \\ \mathfrak{S}(t) - i(t) = E_2(t) \\ \text{mit } E_2(t) \geq 0 \end{array} \right| \quad t = 1. \text{ Halbjahr } 1873 \quad (7)$$

wobei unter $i(t)$ die in dem betreffenden Zeitraum realisierbaren und unter $I(t)$ – einschließlich der Inbetriebnahme der Investitionsobjekte – die wirklich durchgeführten Investitionen zu verstehen sind. Dem entsprach schließlich auch das Zurückbleiben der möglichen (p) und der wirklichen Produktionsmenge (P) hinter der ursprünglich projektierten (\mathfrak{P}), also

$$\mathfrak{P}(t) > (p(t) = P(t)) \quad (8)$$

Diese Tatsachen, vor allem also die Arbeitskräfteknappheit und die „Kreditanspannung“, machten die Fortsetzung der bisherigen Bewegungen der Preise, der Investitionen und des Umsatzes unmöglich und erzwangen einen Halte- und Wendepunkt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1873 stellte die Krise einen solchen Halte- und Wendepunkt dar, wobei das genaue zeitliche Datum dieses Punktes durch internationale Wechselwirkungen und psychologische Faktoren determiniert war. Die Krise löste dann eine Bewegung aus, die zwar zunächst zum Äquilibrium ($E[t] = 0$) führte, aber als unkontrollierte Bewegung in der Richtung darüber hinausgehen mußte und damit in der Depression ein neues, jetzt negatives Disäquilibrium, also eine negative Abweichung vom Gleichgewicht schuf. Mit anderen Worten: Durch die Beseitigung der im zyklischen Aufschwung entstandenen Disproportionen wurden neue Disproportionen geschaffen, die von relativ langer Dauer waren. E_1 und E_2 wurden negativ und hatten damit während des Gründerzyklus eine Schwingungsbewegung um Null durchgeführt.

Dabei dürfte die negative Abweichung am kürzesten bei E_1 gewesen sein. Der negative Wert von E_1 , das Zurückbleiben der Produktion nach laufenden Preisen (U) und der Nachfrage (N) hinter der Kaufkraft, also die *Unterproduktion*, ist – soweit es die Kapitalisten betraf – in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß diese einen Teil ihres Einkommens zur Zurückzahlung von Schulden und nicht zu Käufen von Produktionsmitteln bzw. Konsumgütern verwendeten. Dieses Zurückbleiben dürfte aber vor allen Dingen durch den starken Preisrückgang beseitigt worden sein, woraus sich ein neues depressives Äquilibrium ergeben haben dürfte. Der genaue Zeitpunkt seines Eintretens bedarf noch einer genaueren Untersuchung. Keinesfalls ist aber eine Beseitigung der negativen Abweichungen vom Gleichgewicht vor Ende der Depression bei E_2 erfolgt. Das heißt also: Investitionsprojekte und Investi-

tionen, Produktion und auch Beschäftigung blieben bis zum Ende der Depression und zum Teil noch danach weit hinter den objektiven Möglichkeiten zurück. Die Tatsache, daß die verminderten Investitionen jetzt überwiegend den Charakter der intensiven Reproduktion, daß sie bei Fertigstellung einen negativen Beschäftigungseffekt hatten, mußte die negative Abweichung vom Äquilibrium noch mehr verstärken.

Diese noch keineswegs vollständige Analyse der Ursachen der Gründerkrise vom theoretischen Standpunkt aus läßt aber vor allem noch die Frage offen, wodurch die Länge der Depression zu erklären ist, warum also der Beginn der aufsteigenden Phase des Zyklus sich bis Mitte des Jahres 1879 verzögerte. Diese Frage wirft schwierige Probleme auf. Die Schwierigkeit besteht darin, daß hinsichtlich der allgemeinen Ursachen für den Durchbruch zur aufsteigenden Phase des Zyklus, für einen Aufschwung, die Theorie viel weniger ausgearbeitet ist als für die Entstehung der Krisen und der Depression. Nahelegend wäre dabei der Versuch einer solchen Erklärung, die für die absteigende Phase des Zyklus, nur mit umgekehrten Vorzeichen, das wiederholt, was für die aufsteigende Phase gesagt wurde, wobei man den Wendepunkt von der absteigenden zur aufsteigenden Phase als *positive* Krise bezeichnen könnte. Man ginge hierbei davon aus, daß die absteigende Bewegung offensichtlich auf ebensolche Schranken stoßen muß wie die aufsteigende, und so auf analoge Weise ein Halte- und Wendepunkt, eben die positive Krise, erzwungen wird. Im Sinne einer solchen Auffassung liegen auch die häufig gemachten Feststellungen, daß der Rückgang der Produktion, der Investition und der Preise in der absteigenden Phase des Zyklus nicht unbegrenzt weitergehen kann. Und sicherlich treffen diese Feststellungen nicht nur im allgemeinen, sondern auch für die Gründerkrise zu. Der Rückgang der Investitionen und der Produktion, wenn auch nicht der der Preise, kam, wenn wir die Industrie als ganzes betrachten und nicht nur die einzelnen Zweige, wie zum Beispiel die Roheisenverarbeitung, sogar schon 1875/76 zum Stillstand. Aber dennoch kam es zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu einer positiven Krise, zu einer Wendung, zu einem neuen Aufschwung. In der Produktion entstand vielmehr eine Art depressives „Gleichgewicht“, wobei sich der Beschäftigungsrückgang auf der einen Seite noch verschärfte und der Umsatzrückgang auf der anderen Seite noch anhielt. Obwohl hierbei Besonderheiten der Gründerkrise mitspielen mögen, dürften sich auch bei anderen Krisen die aufschwungsbegründenden Faktoren nicht in einer einfachen Wiederholung der krisenverursachenden Faktoren – nur mit umgekehrten Vorzeichen – erschöpfen.

Immerhin läßt sich auch in der Gründerdepression in der Richtung auf eine positive Krise das immer stärkere Wirksamwerden solcher Faktoren erkennen, die in der politökonomischen Literatur³⁵⁴ für die Zyklen allgemein

354 *Politische Ökonomie*, Lehrbuch, Berlin 1959, S. 234; *Trachtenberg, I. A.*, Kapitalistische Reproduktion und Wirtschaftskrisen. Theoretischer Abriß, Berlin 1957, S. 64.

herausgearbeitet wurden. Es waren Faktoren, die den Rückgang der Produktion durch den Zwang zur Erneuerung bzw. Modernisierung vorhandener Produktionskapazitäten infolge des Sinkens der Preise und schließlich von Käufen zwecks Auffüllung der Vorräte nicht nur aufhielten, sondern die Grundlage für die aufsteigende Phase des Zyklus bildeten. Die Betrachtung der Gründerdepression zeigt, daß diese keinesfalls zu unterschätzenden Faktoren wirksam wurden.³⁵⁵ Sie zeigt aber auch, daß sie allein nicht ausreichten, um den Weg aus der Depression heraus zu bahnen. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß der wichtigste Teil dieser Faktoren, der Zwang zu Anlageinvestitionen zwecks Erneuerung und Modernisierung, wegen ihres negativen Beschäftigungseffekts bei Inbetriebnahme, zu einer Verminderung der Nachfrage der arbeitenden Massen führen mußte, in der Gründerdepression auch dazu führte und damit dazu beitrug, die Produktion niedrig zu halten. Der positive Beschäftigungs- und Nachfrageeffekt dieser Investitionen beschränkte sich nur auf die Zeit der Fertigstellung der betreffenden Investitionsobjekte, war also vorübergehend. Er konnte nur dann mehr als vorübergehend sein, wenn zu ihm ein lang andauernder Beschäftigungs- und Nachfrageeffekt hinzutrat. Dieser mußte auf einem anderen Faktor als dem Modernisierungs- und Erneuerungszwang, jedoch auch darauf beruhen, daß die absteigende Phase des Zyklus selbst die Kräfte wieder verstärkte, welche die Ökonomie auf ein neues Gleichgewicht hin- und darüber hinausführten. Die im Zuge der Depression sich erhöhende Geldflüssigkeit, die sinkenden Produktionsmittelpreise und das zunehmende Angebot der Ware Arbeitskraft führten dazu, daß sich die Profitaussichten gerade der extensiven Reproduktion, der kapazitätserweiternden Investitionen mit positivem Beschäftigungseffekt erhöhten. Jedoch determiniert dieser zweite Faktor die extensive Reproduktion – und das gilt ganz besonders für die Gründung neuer Unternehmungen – nicht so streng wie der erste die intensive Reproduktion. Das bedeutet aber auch, daß er zur Erklärung der wirklich zum Aufschwung führenden Massenanlage von konstantem fixen Kapital zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist, daß andere Bedingungen hinzukommen müssen. Und dies wird bestätigt, wenn man analysiert, wie der Aufschwung in den Zyklen vor der Gründerdepression zustande gekommen ist.

In den frühen Zyklen heben sich die aufschwungbestimmenden Investitionen deutlich heraus. Sie gaben wieder Anlaß für andere, die eine Anpassung an den begonnenen Aufschwung, eine Ausnutzung der dadurch erhöhten Profitmöglichkeiten darstellten und gleichzeitig auch eine Verstärkung dieses Aufschwungs herbeiführten. Bei den aufschwungbestimmenden Investitionen wirkten *erstens* die aus der Gründung von Aktiengesellschaften entstehenden Gewinne vor allem in den Zyklen der vierziger, fünfziger und Anfang der siebziger Jahre als zusätzlicher Anreiz. Die entscheidende Vorbedingung für den Hauptteil dieser Kapitalanlagen bildete jedoch gerade unter den Be-

355 Vgl. S. 86f. der vorliegenden Arbeit.

dingungen der Depression *zweitens* die Sicherheit für die zu erwartenden Profite. Die Rolle des Sicherheitsfaktors wurde noch dadurch erhöht, daß die aufschwungbestimmenden Investitionen im Prozeß der industriellen Revolution überwiegend nicht durch Gewinne vorhandener Industrieunternehmen finanziert wurden, sondern eine Umwandlung von Handelskapital und sonstiger angehäufter Geldfonds in industrielles Kapital darstellten.³⁵⁶ Waren die beiden Bedingungen, vor allem aber die zweite, gegeben, wurden wiederum die Kapitalanlagen dadurch erleichtert, daß dann die zu erwartenden Profite niedriger als die Durchschnittsprofitrate sein durften.³⁵⁷ Gerade deshalb spielte bei den zyklusbestimmenden Investitionen neben den durch Staatsanleihen finanzierten Staatsbetrieben und Staatsbauten die Neubildung von Aktiengroßunternehmen eine besondere Rolle. Die Objekte für die aufschwungbestimmenden Investitionen mußten also unter den damaligen Bedingungen für den Staatsbetrieb oder für Gründung von Aktiengroßunternehmen geeignet sein. Dabei war es gerade für die Sicherheit, auf die Dauer Profite zu erlangen, von großer Bedeutung, wenn die entsprechenden Investitionen keine einfache Anpassung an den vorhandenen Markt darstellten, sondern diesen Markt unmittelbar beeinflußten, ja zum Teil sogar erst bildeten. Neben der Gründung von schwerindustriellen Unternehmen stellten deshalb gerade die Eisenbahnen die entscheidenden Objekte für solche Investitionen dar, und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil man, jedenfalls in Deutschland, auf die Stützung durch den Staat rechnete, der die Aufsicht über die Eisenbahnen hatte. Hinzu kamen dann vor allem beim zyklischen Aufschwung der vierziger Jahre in Preußen die Zinsgarantien des Staates, die die erforderliche Profitsicherheit für entscheidende Eisenbahninvestitionen brachten.³⁵⁸ So kam es, daß die zyklusentscheidenden Anlagen von konstantem fixem Kapital mit Gründungen von großen Aktienunternehmen in der Schwerindustrie, vor allem aber in der Transportindustrie, mit Eisenbahninvestitionen verbunden waren³⁵⁹, bei denen die Rolle des Staates als Sicherheitsfaktor für die Realisierung eines Minimalprofits keineswegs unbedeutend war. Darüber hinaus ermöglichte der Staat eine weitgehende Aufrechterhaltung des Eisenbahnbaues, was wiederum den Übergang zur positiven Phase des Zyklus erleichterte. Abgesehen davon wären die Eisenbahninvesti-

356 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 2, a. a. O., S. 124–130.

357 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd 3, a. a. O., S. 453. – Marx sagt, daß z. B. die Eisenbahnprofite unter der Durchschnittsprofitrate liegen können und liegen. (Ebenda, S. 250 u. 273.) Dazu auch Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I, Bd 2, Berlin 1962, S. 156 ff.

358 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 2, a. a. O., S. 164 f.

359 Vgl. ebenda, S. 130–144.

tionen, ebenso wie die spätere Elektrifizierung, auch nicht ohne entsprechende Bildungsinvestitionen des Staates möglich gewesen.

Die entscheidenden zyklusbestimmenden Anlagen von fixem Kapital bedurften also während der industriellen Revolution nicht nur irgendwelcher Investitionsgelegenheiten, irgendwelcher Schumpeterschen Neuerer oder ihrer Nachahmer³⁶⁰, sondern vielmehr ganz besonderer Investitionsgelegenheiten, wofür eben die Eisenbahnen das markante Beispiel darstellen, ein Beispiel, das von den üblichen Lehrbuchfällen entscheidend abweicht. Die entsprechenden Investitionen erwuchsen auch nicht aus dem kontinuierlichen Ablauf der vorhandenen kapitalistischen Industrien. Es handelt sich hierbei also keinesfalls ausschließlich um endogene, rein innere Faktoren, wobei wir als solche Faktoren den Erneuerungszwang, aber auch die steigenden Profitaussichten für die kapazitätserweiternde Reproduktion bezeichnen. Diese inneren Kräfte, die im weiteren Sinne endogenen Faktoren, waren zwar immer vor dem zyklischen Aufschwung vorhanden, aber sie reichten – jedenfalls während der industriellen Revolution – nicht aus, um einen zyklischen Aufschwung in Gang zu bringen. Für seine Auslösung waren, im Gegensatz zur Auslösung der Krise, vielmehr zusätzliche Faktoren erforderlich, wie wir sie eben als exogene im weiteren Sinne kennzeichneten.

Nach 1873, mit dem Ende der industriellen Revolution, begann aber ein Stadium des deutschen Kapitalismus, in dem die Gelegenheiten für solche Kapitalanlagen, wie sie zur Initialzündung für den Aufschwung früherer Zyklen geeignet waren, wesentlich geringer wurden. Die Eisenbahninvestitionen büßten von jetzt an, jedenfalls in Deutschland, an Bedeutung ein. Von ihnen konnte in Deutschland die Wendung zum zyklischen Aufschwung nicht mehr ausgehen. Darüber hinaus schwanden auch in der Schwerindustrie die Möglichkeiten zur *Gründung* von Aktiengroßunternehmen immer mehr. Der Ausweg zu Bauaktiengesellschaften hatte sich in der Gründerzeit kaum bewährt. Der deutsche Kapitalismus hätte jetzt zeigen müssen, daß er ohne eine Steigerung der im weitesten Sinne exogenen Investitionen, aus den inneren Kräften der kapitalistischen Industrie und der mit ihr eng verbundenen Banken heraus einen zyklischen Aufschwung zustandebringen konnte. Das konnte nur ein Aufschwung sein, bei dem Gründungen, ja selbst Zeichnungen neuer Aktien eine geringere Rolle als bisher spielten und Kredite sowie Selbstfinanzierungen eine um so größere. Diese strukturelle Umstellung, diese entscheidende Vergrößerung des Anteils der Selbst- und Kreditfinanzierung, war unter den Bedingungen der Gründerdepression undurchführbar. Auch in den achtziger Jahren gab es dabei noch bedeutende Schwierigkeiten, und erst der zyklische Aufschwung der neunziger Jahre sollte in dieser Hinsicht einen Durchbruch bringen.

³⁶⁰ Schumpeter, Joseph A., Business Cycles. A Theoretical, Historical, and Statistical Analysis of the Capitalist Process, Bd 1, New York-London 1939, insbes. S. 86 ff. u. 138 ff.

Dennoch waren gerade bei diesem Aufschwung auch im weiteren Sinne exogene Faktoren von erheblicher Bedeutung. Es gab neben Neugründungen von Großunternehmungen, insbesondere in der Elektroindustrie, vor allem Gründungen von Elektrizitätswerken, bei denen staatliche Körperschaften – die Gemeinden – eine wesentliche Rolle spielten, so daß selbst bei diesem zyklischen Aufschwung die Depression keineswegs durch rein innere Kräfte überwunden wurde. Wenn man dazu noch die Rolle der künstlichen Schaffung eines Marktes, des Rüstungsmarktes, durch Anheizung der Spannungen berücksichtigt, einen Faktor, den Hallgarten betont³⁶¹, dann entstehen Zweifel, ob es überhaupt im 19. und 20. Jahrhundert in Deutschland einen zyklischen Aufschwung gegeben hat, bei dem die Wendung ausschließlich durch rein innere Kräfte hervorgerufen wurde.

Es bleibt der künftigen Zyklenforschung vorbehalten, auch im internationalen Maßstab festzustellen, inwieweit und wann innere Kräfte im engeren Sinne wirklich zur Überwindung der Depression ausreichten, wobei es sicherlich nationale Unterschiede in bezug auf die Stärke dieser Faktoren gibt. Diese Frage ist nicht nur für die Theorie der zyklischen Entwicklung von großer Bedeutung, sondern auch für die der ökonomischen Entwicklung überhaupt und damit auch für die Lösung der Wachstumsprobleme in den Entwicklungsländern.

In bezug auf die Depression der siebziger Jahre kann jedenfalls kein Zweifel darüber bestehen, daß diese inneren Momente in Deutschland zwar vorhanden waren, aber für sich allein nicht ausreichten, um – jedenfalls zu diesem Zeitpunkt – den zyklischen Aufschwung auszulösen. Es besteht auch dann, wenn wir von der Zunahme der Rüstungsaufträge und der außerordentlich großen Zunahme der öffentlichen Bautätigkeit absehen, kein Zweifel, daß von außen kommende Impulse hinzukommen mußten, die auch tatsächlich kamen, und zwar aus dem Ausland, aus den USA.³⁶² Bei dem amerikanischen zyklischen Aufschwung spielten Eisenbahninvestitionen eine entscheidende Rolle. Das trifft in doppelter Hinsicht zu. Einmal vollzog sich in den siebziger Jahren eine außerordentliche Expansion der landwirtschaftlichen Produktion, die durch die vorausgegangenen Eisenbahninvestitionen möglich geworden war. Die landwirtschaftliche Expansion wiederum wirkte ihrerseits als Anreiz zu neuen Eisenbahninvestitionen.³⁶³ Dabei ist beachtenswert, daß der amerikanische Ökonom Fels³⁶⁴, der sich mit den Fragen des Zyklus jener Zeit in den USA auseinandersetzt, die Eisenbahninvestitionen, zwar in einem ganz anderen Zusammenhang, als teilweise exogene Faktoren darstellt, ohne aber auf die theoretischen Konsequenzen dieser Bemerkung näher einzugehen.

361 *Hallgarten, George W. F.*, Imperialismus vor 1914, Bd 1, München 1951. – Vgl. hierzu z. B. S. 288 über das Verhältnis von Krise und Caprivi's Wehrvorlage 1893; vgl. auch S. 446.

362 Vgl. S. 87f. der vorliegenden Arbeit.

363 *Fels, Rendigs*, a. a. O., S. 111.

364 Ebenda.

Es bestehen deshalb Zweifel, ob selbst in Amerika, wo die inneren Kräfte im engeren Sinne stärker waren als in den meisten anderen Ländern, diese in den meisten Fällen ausreichten, um einen Aufschwung in Gang zu bringen. Das ist für die internationale Wirtschaftsgeschichte deshalb von besonderer Bedeutung, weil Amerika, lange bevor es das führende Land des Weltkapitalismus geworden war, die Führung hatte bei den internationalen zyklischen Aufschwüngen, jedenfalls in den Zyklen der fünfziger und der siebziger, aber auch Anfang der achtziger Jahre.

Zu den im weiteren Sinne exogenen Aufschwungsfaktoren gehört sicherlich auch die Goldproduktion.³⁶⁵ Die Goldfunde in Kalifornien und Australien förderten den zyklischen Aufschwung der fünfziger Jahre im Weltmaßstab ebenso, wie die Kontribution von 5 Milliarden Gold-Francis in den Gründerjahren. Ebenso dürften das Ansteigen der Goldproduktion und neue Verfahren zur Goldgewinnung³⁶⁶ auch zum großen internationalen Aufschwung seit Mitte der neunziger Jahre beigetragen haben, der in der Krise zur Jahrhundertwende endete. Über diese Tatsache gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, wenn sich auch heutzutage kaum ein bürgerlicher Nationalökonom bzw. Historiker finden wird, der den Goldfunden eine so entscheidende Bedeutung beimißt, wie es Sombart einst getan hat.³⁶⁷

Aber schon die Anerkennung eines bestimmten Einflusses der Goldfunde und der Steigerung der Goldproduktion auf den Zyklus ermöglicht eine erste, wenn auch noch keineswegs befriedigende Antwort auf die Frage, inwieweit sich das

365 Die Goldproduktion und die entsprechenden Investitionen können sicherlich nicht durch die in der Depression sich verstärkenden Faktoren erhöht werden. Die Wahrscheinlichkeit neuer Goldfunde oder neuer Verfahren der Goldgewinnung wird durch die wenigen Jahre der Depression nicht gesteigert; insoweit liegt hier ein exogener Faktor vor. (Vgl. zu letzterem *Jöhr*, *Walter Adolf*, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen-Zürich 1952, S. 186.) Es gibt aber eine Selbstregulierung der Goldproduktion über einen längeren Zeitraum, indem sinkende Preise zu einer Ausdehnung der Goldproduktion führen können. (Vgl. dazu ebenda.)

Ein solcher längerer Zeitraum des Preisrückganges könnte aber nur die sogenannte große Depression, nicht aber die Depression der siebziger Jahre sein.

366 *Friedman, Milton*, A Monetary History of the United States 1867–1960, Princeton 1963, S. 91 u. 137.

367 *Sombart, Werner*, Die Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Leipzig 1902, S. 8f. = Der moderne Kapitalismus, Bd 2. — Solche Bemerkungen finden sich auch in anderen Schriften Sombarts. Vgl. dazu auch *Jöhr*, *Walter Adolf*, a. a. O., S. 163. — Für eine Überbetonung des Goldfaktors bei einem zeitgenössischen Ökonomen vgl. aber *Michell, H.*, The Gold Standard in the Nineteenth Century, in: The Canadian Journal of Economics and Political Science, Bd 17, 1951, S. 369–376, vor allem aber S. 373, wo es heißt: „The only feasible conclusion is that the great fall after 1873 was caused predominantly, if not wholly, by the monetary factor.“

Gold- und darüber hinaus das Geldproblem auf die Depression der siebziger Jahre im Sinne einer Verlängerung auswirkten; denn wenn hier gesagt wurde, die Goldfunde in Kalifornien seien einer der weitgehend exogenen Faktoren gewesen, der den Durchbruch zum zyklischen Aufschwung im internationalen Maßstab auch in Deutschland gefördert habe, so ist das doch mit der Feststellung gleichbedeutend, daß die Goldfunde und das plötzliche Ansteigen der Goldproduktion zur Verkürzung der Depression nach der Krise von 1847 beigetragen hätten. Wegen des Ausbleibens neuer Goldfunde, wegen des Rückgangs der Goldproduktion hat ein solcher Verkürzungsfaktor in den siebziger, ebenso wie in den achtziger Jahren gefehlt, was sich in Verbindung mit dem Trend zur Verminderung von Eisenbahninvestitionsgelegenheiten und Gründungen überhaupt negativ auswirken mußte.

Bisher wurde aber nur die Wirkung der Goldproduktion berührt, die sich unmittelbar auf die Nachfrage, den Preis, bezog, aber nicht diejenige, die mit der Kredithöhe und damit auch mit der Menge von Kreditgeld zusammenhängt. Es geht aber auch um die Frage, inwieweit die geminderte Goldproduktion unter Bedingungen des allgemeinen Übergangs zur Goldwährung und des damit zusammenhängenden Goldbedarfs zu einer Beschränkung des Kreditvolumens, also zu einem niedrigeren Kreditvolumen und einer höheren Zinsrate, geführt hat, als es bei einer größeren Vermehrung der Goldmenge der Fall gewesen wäre. Aus der Analyse des Kreditgeldes und des zinstragenden Kapitals bei Marx ergibt sich, daß Marx vom rein ökonomisch-theoretischen Standpunkt aus eine solche Abhängigkeit nur in begrenztem Maße als notwendig angesehen hat. Er hielt sie nur insoweit für erforderlich, als die Konvertibilität des Kreditgeldes auf dem Spiele stand.³⁶⁸ Auf der anderen Seite hat er sich an verschiedenen Stellen seiner Werke ausdrücklich dagegen gewandt, daß die Verringerung der Goldmenge im Lande automatisch zu einer Erhöhung des Notenbankdiskonts und zu einer Verminderung des Notenumlaufs führen müsse; wird doch durch Marx die Größe des umlaufenden Geldes im allgemeinen durch den Wert der Waren und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmt.³⁶⁹ Dabei treten im Verlaufe des Zyklus anstelle der Werte die in der absteigenden Phase sinkenden und in der aufsteigenden Phase steigenden Preise der Waren, so daß die Menge des zirkulierenden Geldes in jenem Augenblick des Zyklus durch den Preis der Waren und die sich im Zyklus verändernde Umlaufgeschwindigkeit bestimmt wird.³⁷⁰ Nach Marx determiniert also im Verlaufe des Zyklus der Preis den Umfang des Geldumlaufs und dementsprechend auch den Umlauf von Banknoten und des sonstigen Kreditgeldes.

Marx verwandte aber einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Darstellung im „Kapital“³⁷¹ auf die Tatsache, daß in der Geschichte, zum Beispiel in England,

368 Marx, Karl, Das Kapital, Bd 3, a. a. O., S. 531 f.

369 Ebenda, Bd 1, a. a. O., S. 132 u. 136 f.

370 Ebenda; derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1947, S. 109.

371 Derselbe, Das Kapital, Bd 3, a. a. O., 5. Abschn., 34. Kapitel.

verringertes Goldvorrat tatsächlich zu einer Verringerung des Kredits und des umlaufenden Kreditgeldes geführt hat. Marx weist nach, daß die falschen theoretischen Auffassungen Ricardos über das Geld zu einer falschen, die Krisen verstärkenden Notenbankpolitik geführt habe. Dabei untersucht Marx besonders die englische Bankgesetzgebung von 1844, die ihm jedoch nicht nur als eine Folge falscher Theorien erscheint. Eine Reihe von Bemerkungen deuten darauf hin, daß sich diese Theorien nur durchsetzen konnten, weil hinter ihnen konkrete Interessen des Bankkapitals standen. In seiner Polemik mit Overstone, den er als Vertreter des Bankkapitals ansieht, bemerkt Marx: „Der ganze Versuch des Herrn Overstone besteht darin, die Interessen des Leihkapitals und des industriellen Kapitals als identisch darzustellen, während sein Bankakt gerade darauf berechnet ist, die Differenz dieser Interessen zum Vorteil des Geldkapitals auszubeuten.“³⁷² Das Bankkapital hat eben ein unmittelbares Interesse daran, den Zins hochzuhalten und keine Unterbietung des Zinses durch den Diskont der Notenbank und eine Senkung des Zinsfußes durch die Diskontpolitik zuzulassen.

Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß auch noch nach 1844 in den Notenbankgesetzen aller führenden kapitalistischen Länder – zum Beispiel im Reichsbankgesetz von 1875 – der Notenumlauf jedenfalls insofern zur Funktion des Goldbestandes gemacht wird, als ersterer nicht das dreifache des jeweiligen Goldbestandes überschreiten durfte. Der Einwand, daß das praktisch kaum einen Einfluß auf den Notenbankdiskont gehabt hätte, verfängt nicht. Gerade in der Zeit der Einführung der Goldwährung – während der Gründerdepression – waren die Reichsbank und auch andere Notenbanken besonders darum bemüht, sich hohe Goldbestände zu sichern. Sie führten diesen Kampf auch mit der Waffe des Diskonts.³⁷³ Dafür gibt es Beweise aus zeitgenössischen Berichten, die darüber klagen, daß die Notenbanken den Diskont höher festlegten, als durch die Geldflüssigkeit gerechtfertigt gewesen wäre, wobei als Grund die Sorge um die Goldbestände angegeben wird.³⁷⁴

Die Schlußfolgerung, daß die Diskontpolitik einer Senkung des Zinsfußes entgegengewirkt hat, wird auch durch die statistischen Angaben über die Bankwechselzinssätze bestätigt, wie folgende Tabelle zeigt:

372 Ebenda, S. 530.

373 Vgl. *Die Reichsbank 1876–1900*, Berlin 1901, S. 131, 135 ff. u. 142.

374 „Wir werden noch einer längeren Zeit bedürfen, ehe der ganze Geschäftsverkehr sich wieder mehr belebt, worauf der hohe Zinsfuß, welcher allerdings den Geldabfluß verhütet, leider nicht ermuthigend einwirkt.“ (*Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 1, S. 114.) „Der preuß. Bankdisconto war im Januar $4\frac{1}{2}\%$, ging auf 4% zurück und blieb so bis Oktober, wo er auf 5% und dann in Folge der Goldexporte auf 6% erhöht wurde. – Die Frankfurter Bank ging im Januar von 4 auf $3\frac{1}{2}\%$ zurück und erhöhte letzteren Satz im Oktober auf 5% .“ (*Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1874, S. 239); vgl. auch *Pr. HA.*, Jg. 1875, T. 2, S. 115; für 1876 vgl. z. B. *Jbr. d. H. u. Gwk. in Württemberg* f. 1876, S. 228; für 1878 vgl. *BHI Berlin* 1878, S. 113.

Tabelle 16

Jahr	Banksatz		Mittel
	Hoch	Tief	
1872	5	4	4,29
1873	6	4	4,95
1874	6	4	4,38
1875	6	4	4,71
1876	6	3 $\frac{1}{2}$	4,16
1877	5 $\frac{1}{2}$	4	4,42
1878	5	4	4,34
1879	4 $\frac{1}{2}$	3	3,70

*Jährlicher Hoch- und Tiefstand
der Bank- und Börsen-Wechselzinssätze
in Deutschland*³⁷⁵

Danach ist der durchschnittliche Zinssatz nach einer Steigerung im Jahre 1874 in den folgenden Jahren bis 1878 nicht tiefer gewesen als auf dem Höhepunkt des Aufschwungs 1872, während erst 1879 eine deutliche Verminderung des Zinsfußes einsetzte. Dieses Verhalten des Zinsfußes ist um so bemerkenswerter, als im allgemeinen die zeitgenössischen Berichte auf eine große Geldflüssigkeit schon seit 1874 hinweisen. Natürlich beruhte dieser Widerspruch zwischen Geldflüssigkeit und Zinsfuß nicht einmal vorwiegend auf der Diskontpolitik der Notenbanken, sondern auf der Erschütterung des Kredits im Sinne von Vertrauen. Dennoch kann es kaum einen Zweifel darüber geben, daß der Widerspruch durch die Diskontpolitik der Notenbanken verschärft wurde. Das ist aber gleichbedeutend mit der Feststellung, daß die verringerte Goldproduktion sich indirekt doch in Richtung der Hochhaltung des Zinsfußes ausgewirkt hat. Sie erschwert dadurch, die Depression zu überwinden, und ist also auch in dieser Hinsicht ein depressionsverlängernder Faktor gewesen. Somit gilt auch für die Politik der Reichsbank und der Deutschen Notenbank überhaupt jene Kritik, die Marx in den sechziger Jahren an den Engländern übte, die „ihre Augen resolut gegen die Tatsache verschließen, daß, wenn ihre Bank in Zeiten der Krise den Zinsfuß erhöht, alle andern europäischen Banken dasselbe tun, und daß, wenn heute bei ihnen der Notschrei wegen des Goldabflusses ertönt, er morgen in Amerika, übermorgen in Deutschland und Frankreich erschallt.“³⁷⁶

Das Reichsbankgesetz von 1875 ist aber auch ein Beispiel dafür, daß selbst die Interessen des Bankkapitals an einem hohen Zins nicht zur Erklärung solcher Bankgesetze ausreichen. Die ganze Diskussion³⁷⁷ über das Bankgesetz zeigt nämlich, daß die Bourgeoisie daran interessiert war, keine übermäßige Verfügungsgewalt über Notenbankkredit und Notenumlauf zuzulassen, weil sie der halbstaatlichen Notenbank nicht die damit verbundene Machtstellung zu-

³⁷⁵ Nach Spiethoff, Arthur, a. a. O., Bd 2, Tafel 12.

³⁷⁶ Marx, Karl, Das Kapital, Bd 3, a. a. O., S. 510.

³⁷⁷ Vgl. zum Zustandekommen des Gesetzes: Eynern, Gert v., Die Reichsbank, Jena 1928, S. 11–18, insbes. S. 16.

billigen wollte. Die Bourgeoisie wollte eben nicht einigen wenigen Kapitalisten und auf keinen Fall dem Staat die Macht über das Geld anvertrauen. Das hing damit zusammen, daß sie nicht über den damaligen kaiserlichen Staat herrschte, deshalb forderte sie auch eine gewisse Unabhängigkeit der Reichsbank vom Reich und setzte sich auch durch. Aber hinter dieser Haltung der Bourgeoisie ist noch mehr verborgen. Wir können das daraus ersehen, daß auch bei bürgerlichen Staaten die Haltung der Bourgeoisie nicht prinzipiell von derjenigen in Deutschland unterschieden war. Auch dort wünschte die Bourgeoisie keine Verfügungsgewalt der Regierung über das Geld, weil sie die Regierung durch ihr Geld beherrschen wollte. Daraus ergibt sich jene merkwürdige Erscheinung, die Marx folgendermaßen charakterisiert: „Gibt es etwas Verrückteres, als z. B. die Bank von England 1797–1817, deren Noten nur durch den Staat Kredit haben, und die sich dann vom Staat, also vom Publikum, in der Form von Zinsen für Staatsanleihen, bezahlen läßt für die Macht, die der Staat ihr gibt, diese selben Noten aus Papier in Geld zu verwandeln und sie dann dem Staat zu leihen?“³⁷⁸

Die Bourgeoisie weiß eben, daß ihre Herrschaft über bzw. ihr Einfluß auf den Staat von ihrer privaten Herrschaft über das Geld abhängt, wie auch in noch größerem Maße von ihrer Herrschaft über die Produktionsmittel. Hier stoßen wir auf ein theoretisches Problem, das weit über die Frage der Notenbankpolitik hinausgeht und die Rolle des Staates in der Ökonomie überhaupt betrifft.

In einer Betrachtung der Depressionsauswirkungen auf die Bourgeoisie hatten wir gesehen, daß sich eine Tendenz zum erhöhten Einsatz des Staates zeigte und sich erste Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausbildeten.³⁷⁹ Aber die Analyse der Tendenzen, so wichtig sie auch sein mögen, reichen nicht zur Erklärung der konkreten historischen Prozesse aus, wenn man nicht auch die Hemmungen und Gegentendenzen berücksichtigt. Das aber unterließen viele sozialdemokratische Führer. Nachdem sie mit Hilfe von Friedrich Engels die ursprüngliche Ansicht überwunden hatten, die Eisenbahnverstaatlichung hätte etwas mit Sozialismus zu tun, und erkannt hatten, daß es sich hierbei um ein gutes Geschäft für Banken und Börse handelte, kamen sie zu dem Ergebnis, daß gerade deshalb die Eisenbahnverstaatlichung viele Nachfolger haben und den Ausgangspunkt für eine allgemeine Verstaatlichung darstellen würde.³⁸⁰ Diese Auffassung erwies sich aber als falsch. Bismarcks

378 *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 3, a. a. O., S. 537f.

379 Vgl. S. 109 der vorliegenden Arbeit.

380 Vgl. z. B. *Der Sozialdemokrat*, Zürich, v. 14. 12. 1882, wo es im Hinblick auf eine kommende Wirtschaftskrise heißt: „Vielleicht verstaatlicht Bismarck dann die Berg- und Hüttenwerke, natürlich unter denselben Bedingungen wie er die Eisenbahnen verstaatlicht“; vgl. auch ebenda, v. 26. 4. 1883, wo das Prinzip der Bismarckschen Wirtschaftspolitik folgendermaßen dargestellt wird: „Alles muß verstaatlicht werden, fordert Prof. Wagner, der wissenschaftliche Famulus des un- und antiwissenschaftlichen Faust –

Pläne für ein staatliches Tabakmonopol scheiterten ebenso wie die am Anfang des 20. Jahrhunderts, im Jahre 1904, gemachten Versuche zur Verstaatlichung des großen Bergwerkkonzerns Hibernia³⁸¹. Wenn auch der Widerstand gegen ökonomische Eingriffe des Staates, die nicht in einer fortgesetzten Verstaatlichung bestanden, in Deutschland geringer war, so kann am Vorhandensein eines solchen Widerstandes jedoch kein Zweifel bestehen. Man kann von einer allgemeinen historisch-ökonomischen Gesetzmäßigkeit sprechen, wonach sich die Bourgeoisie selbst in bürgerlichen Staaten dagegen gewehrt hat, Regierung und Staatsbürokratie oder auch dem Parlament zusätzliche ökonomische Einflußmöglichkeiten zu geben. Die Verstärkung der Rolle des Staates, der im Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus später immer mehr an Bedeutung gewinnt, geschah unter dem Druck der politischen und ökonomischen Entwicklung. Das beweist die Analyse der Depression der Gründerjahre; das beweist auch die Analyse der imperialistischen Kriegswirtschaft, die im ersten Weltkrieg ein hohes Maß staatsmonopolistischer Regulierung erzwang.³⁸² Das beweist weiterhin die Weltwirtschaftskrise, in der die Devisenzwangswirtschaft eingeführt wurde und auf deren Höhepunkt die staatsmonopolistische Regulierung in den USA und in Deutschland stark erweitert wurde. Das beweist schließlich auch die Entwicklung im zweiten Weltkrieg und vor allem in der Zeit danach bis zur Gegenwart, in der das außerordentliche Maß staatsmonopolistischer Regulierung nach Ansicht der Politökonomen der Deutschen Demokratischen Republik sogar zur bewußten Anwendung ökonomischer Gesetze durch den Staat geführt hat³⁸³, was nur durch den Zwang des Klassenkampfes, des Bestehens des sozialistischen Lagers und des Wettbewerbs mit ihm zu erklären ist. Auch die Anwendung der Lehre von Keynes in der Wirtschaftspolitik und ihr Vordringen innerhalb der bürgerlichen ökonomischen Theorie, also die Durchsetzung und Anwendung dieser Lehre, wobei Keynes

Bismarck.“ Vgl. weiter: ebenda, v. 1. 1. 1886; „Vom Kartellvertrag bis zum staatlichen Gesetz ist nur ein Schritt, desgleichen von der Aktiengesellschaft zur Verstaatlichung.“ (Ebenda, v. 27. 8. 1885.) Und schließlich vgl. auch das Referat zu Punkt 6 auf dem Berliner Parteitag 1892 (*Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages*, Verlag Vorwärts, Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, Leipzig, S. 173f.) Zu den früheren Illusionen und dem Kampf von Engels dagegen vgl. *Marx/Engels*, Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere, T. 1, 1870–1886, Moskau-Leningrad 1933, S. 259, sowie *Engels, Friedrich*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: *Marx/Engels*, Werke, Bd 20, Berlin 1962, S. 259.

381 Vgl. zum Hibernia-Fall z. B. *Glückauf*, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, Beilage Nr 50 v. 10. 12. 1904, S. 2; *Fürstenberg, H.*, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870–1914, Berlin 1931, S. 400–416.

382 *Schröter, Alfred*, Krieg–Staat–Monopol 1914–1918, Berlin 1965, bes. S. 118–122.

383 *Imperialismus heute*, hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1965, 4. Kap., VI.

sich übrigens in seiner Kritik an Ricardo bewußt oder unbewußt an Marx anlehnt³⁸⁴, ist nur durch den Zwang der ökonomisch-politischen Entwicklung zu erklären.

Dieser Zwang hat dazu geführt, daß heute die offizielle Diskontrate nicht mehr in dem Maße wie früher eine Funktion des Goldbestandes ist. Aber diese Abhängigkeit ist, wie der japanische bürgerliche Ökonom Shibata nachwies³⁸⁵, auch noch nicht völlig aufgehoben. Die Einwirkungen von Gold und Geld auf den Zyklus – und darüber hinaus die des Staates – waren deshalb weder in den siebziger Jahren noch vorher und nachher ausschließlich aus der spontanen ökonomischen Bewegung zu erklären. Die Erklärung muß vielmehr die politischen und sozialen Faktoren, den Kampf der Klassen und den Kampf innerhalb der Klassen mit einbeziehen. Schon die Analyse der Gründerdepression führt uns vor Augen, daß zwischen Zyklus und Klassenkampf nicht nur enge, sondern auch wechselseitige Zusammenhänge bestehen.

384 *Keynes, John Maynard*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1955, z. B. S. 28.

385 *Shibata, Kei*, A contribution to the Theoretical Study of Monetary Inequilibrium and Economic Growth, Tokio, Januar 1962, Kapitel IV, bes. S. 85, Gleichung 52.

Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert

VON GERTRUD HELLING

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts stieg die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland auf das Drei- bis Dreieinhalbfache.¹ Sie übertraf damit recht bedeutend das Wachstum der in diesem Zeitraum auf das 2,3fache angestiegenen Bevölkerung². Gemessen an der Entwicklung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion, die am Ende des Jahrhunderts etwa das 26fache des Jahrhundertbeginns erreichte³, war sie jedoch geradezu verschwindend gering, ganz zu schweigen von einem Vergleich mit der Industrieproduktion, die bei Produktionsmitteln im gleichen Zeitraum etwa auf das 45fache und bei Konsumgütern auf das 64fache anwuchs.⁴

Eine Gegenüberstellung der Produktivitätsentwicklung in der Landwirtschaft und der Industrie ergibt jedoch ein anderes Bild.

Während die Anzahl der Arbeitskräfte in der Industrie sprunghaft stieg, nahm sie in der Landwirtschaft relativ und zeitweilig auch absolut ab. Die Angaben über die Produktionsleistung je Boden- und Vieheinheit lassen auf eine beträchtliche Steigerung der Produktion je Arbeitskraft schließen. Obwohl die statistischen Angaben nur sehr unsichere Schlüsse erlauben, kann man annehmen, daß sich die Hektarerträge in dem von uns behandelten Zeitraum mindestens verdoppelt haben. Nach den amtlichen und halbamtlichen Unterlagen haben sich die Getreideerträge von 1800/05 bis 1896/1900 zwar nur auf das 1,7fache erhöht, wählt man aber das Jahr 1816 als Ausgangspunkt, haben sie sich mehr als verdoppelt. Bei Kartoffeln waren die Hektarerträge allerdings am Ende des Jahrhunderts möglicherweise niedriger als zu seinem Beginn (siehe Übersichtstabelle A im Anhang).

1 Vgl. *Helling, Gertrud*, Berechnung eines Index der Agrarproduktion in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1965, T. 4, Berlin 1965, S. 140.

2 *Sundbärg, Gustav*, *Aperçus Statistiques Internationaux*, Stockholm 1906, S. 28/29.

3 *Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung*, Sonderh. 31/1933, S. 6 u. 18.

4 Vgl. *Kuczynski, Jürgen*, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart*, Bd 1: 1800–1932, Berlin 1949, S. 154.

Diese beiden Erzeugnisse allein können jedoch trotz ihrer großen Bedeutung kein ausreichender Maßstab für die Einschätzung der Flächenproduktivität sein: Erstens führte die Erweiterung der Ackerflächen zur Einbeziehung geringerer Bodenklassen in den Getreideanbau. Zweitens begann man, Kartoffeln, die zu Beginn des Jahrhunderts noch als Gartenkultur galten, später auf dem Feld anzubauen, und drittens verminderte die um die Mitte des Jahrhunderts auftretende Kartoffelkrankheit die Flächenproduktivität. Insgesamt gesehen stieg sie aber, und zwar vor allem durch die starke Einschränkung der Brache. Während die alte Dreifelderwirtschaft zwei Ernten in drei Jahren erzielte, brachten die Einführung der verbesserten Dreifelderwirtschaft und der Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft im gleichen Zeitraum drei Ernten. Dazu kam die rasche Ausdehnung des Anbaus von Kulturpflanzen mit hoher Flächenleistung wie zum Beispiel Zucker- und Futterrüben, Ackerfutter (Klee, Luzerne usw.) und Feldgemüse.

Dieser Prozeß zeigt sich zahlenmäßig in einer sehr interessanten Berechnung von Conrad.⁵ Er berechnete den Bruttoertrag je Hektar in Kornwerten⁶ „unter Einbeziehung von Getreide und allen übrigen, je nach Konjunktur lohnenden Früchten“ und kam zu folgendem Ergebnis:

1800—1810	9,329	1850—1860	20,541	<i>Bruttoerträge in Zentnern je Hektar (Kornwert)</i>
1810—1820	8,389	1860—1865	26,813	
1820—1830	11,956	1865—1870	27,205	
1830—1840	14,465	1870—1875	24,408	
1840—1850	18,738			

Durch die Widersprüche der amtlichen Statistiken, insbesondere bei den Flächenangaben, denen eine unterschiedliche Einbeziehung der Brache zugrunde lag, bei der Bewertung der Ernte- und Druschergebnisse usw. kann diesen Zahlen zwar keine absolute Gültigkeit beigemessen werden, aber sie sind überaus interessant und bieten wertvolle Anhaltspunkte für die Größenordnung der Bewegung, die sicher weit realer sind, als es die amtlichen Angaben über die Getreide- und Kartoffelerträge sein können. Der große Sprung zwischen 1810/20 und 1820/30 und damit im Zusammenhang die schwere „Überproduktionskrise“ der zwanziger Jahre in der Landwirtschaft, die Verdopplung der Flächenleistung bis zur Jahrhundertmitte, die Verringerung des Wachstumstempos 1850/60, dem Jahrzehnt der ersten großen internationalen Wirtschaftskrise von 1857, vor allem aber die Entwicklung ab 1865, die die Einleitung der ersten großen Agrarkrise und ihren Ausbruch widerzuspiegeln scheint, sind in der Tabelle besonders bemerkenswert.

⁵ Conrad, Johannes, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd 34, Jena 1879. (Zit. nach Mucke, Richard, Deutschlands Getreideertrag, Greifswald 1883, S. 156/157.)

⁶ Conrads Kornwerte sind nicht mit dem in der vorliegenden Arbeit verwendeten Begriff „Getreidewert“ identisch.

Die wachsende Produktivität je Vieheinheit wird an der Fleisch-, Milch- und Wollproduktion sichtbar. Die folgende Tabelle zeigt die Fleischleistung je Tier auf Lebendgewichtsbasis. Die Produktivität stieg jedoch weit mehr, als die Zahlen erkennen lassen, weil darin die vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts bedeutende Beschleunigung des Umschlags nicht zum Ausdruck kommt.

Lebendgewicht in Kilogramm je Vieheinheit in Preußen⁷*

	1802**	1836	1842	1883	1887	1892
Ochsen	250	260	274	484	484	510
Kühe	167	159	164	174	392	392
Jungvieh	81					
Kälber						
(bis 6 Wochen)	19	21,5	22,5	50	50	51
Rindvieh***	164	169	185	368	368	394
Schweine	42†	56,6	71	119	119	120

* Die Angaben für 1802 bis 1842 waren in Pfund zu 468 Gramm angegeben und wurden v. d. Verf. in Kilogramm umgerechnet.

** Die für 1802 auf Schlachtgewichtsbasis angegebenen Zahlen wurden v. d. Verf. auf Lebendgewicht umgerechnet, wobei für Rinder das Schlachtgewicht gleich 56 Prozent, für Kälber gleich 60 Prozent und für Schweine gleich 78 Prozent des Lebendgewichts gesetzt wurde.

*** Nach dem Anteil am Fleischaufkommen gewichtet.

† Das durchschnittliche Gewicht der Schweine wurde 1802 weit mehr von der Anzahl der Spanferkel beeinflußt als in späteren Jahren.

Die jährliche Milchleistung je Kuh stieg in diesen hundert Jahren von etwa 900 Litern auf rund 2200 Liter⁸ (nach Finckenstein sogar von 640 auf 2190⁹), die Schurleistung je Schaf und Jahr von 0,99 auf 2 bis 2,2 Kilogramm¹⁰.

7 Berechnet nach *Rybak, Joseph*, Die Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1905, S. 35ff.; *Dieterici, C. F. W.*, Der Volkswohlstand im Preussischen Staat in Vergleichen . . ., Berlin-Bromberg-Posen 1846, S. 129ff.; *Zeitschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Bureaus*, 28. Jg. 1888, S. 287 u. 289; *Statistisches Handbuch für den Preussischen Staat*, Bd 3, Berlin 1898, S. 253.

8 Vgl. *Helling, Gertrud*, a. a. O., S. 137f.

9 *Finckenstein, Hans Wolfram Graf Finck v.*, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960, S. 257.

10 Einige Autoren, darunter Finckenstein und Bittermann, rechnen für 1800 mit nur 0,75 kg. (Vgl. *Finckenstein, Hans Wolfram Graf Finck v.*, a. a. O.; *Bittermann, Eberhard*, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800–1950, in: *Kühn-Archiv*, Bd 70, H. 1, Halle 1956, S. 61.) – Diese Einschätzung ist vor allem deshalb nicht akzeptabel, weil anerkanntermaßen die Landrassen höhere Erträge liefern als die veredelten und Merinoschafe. Diese Tatsache wird von Lengerke bestätigt und mit Zahlen belegt (*Lengerke, Alexander v.*, Landwirtschaftliche Statistik der deutschen Bundesstaaten, Bd 2, T. 2, Braunschweig 1841, S. 563).

Die Entwicklung der Produktionsergebnisse pro Flächen- und Vieheinheit ist ein wichtiger Gradmesser der Produktivität. Sie muß stets mit in Betracht gezogen werden, weil eine zahlenmäßige Einschätzung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht möglich ist. Als Maßstab ihrer Veränderung kann lediglich die Produktion je Arbeitskraft ermittelt werden, die durch die mangelhaften statistischen Angaben über die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte große Unsicherheitsfaktoren enthält.

Die erste offizielle Arbeitskräftestatistik für die Landwirtschaft erschien in Deutschland erst 1882. Auch danach wurden nur in großen Abständen Erhebungen durchgeführt (die nächsten fanden 1895 und 1907 statt). Dazu kommt, daß die vorhandenen statistischen Angaben nicht wirklich vergleichbar sind: Die nebenberuflich in der Landwirtschaft Tätigen wurden 1882 nicht erfaßt; die mitarbeitenden Familienangehörigen der hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen wurden 1882 zusammen mit den Lohnarbeitern ausgewiesen und 1895 offenbar nicht exakt erfaßt; denn es ist unwahrscheinlich, daß sich ihre Anzahl in den zwölf Jahren zwischen 1895 und 1907 mehr als verdoppelt hat, während die Anzahl der nicht mitarbeitenden Familienangehörigen über 14 Jahre etwa auf die Hälfte sank. Die hauptberuflichen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nahmen nach der offiziellen Statistik von 1895 bis 1907 um 1,59 Millionen oder 19 Prozent zu, die Zahl der Selbständigen und vor allem der Lohnarbeiter ging im gleichen Zeitraum um 335000 oder 9 Prozent zurück. Bei voller Einbeziehung der Angehörigen über 14 Jahre hätte sich dagegen das Arbeitskräftepotential von 1882 bis 1895 um 5 Prozent und von 1882 bis 1907 um annähernd 15 Prozent vermindert. Zweifellos mußten die Bauern ihre Angehörigen auf Grund des wachsenden Konkurrenzkampfes immer stärker zur Mitarbeit heranziehen. In Württemberg nahm die Anzahl der sogenannten Familienarbeitskräfte zwischen 1882 und 1895 um 35 Prozent zu, vor allem weil „die wachsenden Ausgaben für fremde Tagelöhner, für Knechte und Mägde . . . nicht mehr erschungen werden“ konnten.¹¹ Vom Jahrhundertbeginn bis in die sechziger Jahre waren Löhne und Getreidepreise annähernd im gleichen Verhältnis gestiegen. 1873 erreichten jedoch die Landarbeiterlöhne 264 Prozent und bis 1889 etwa 370 Prozent gegenüber 1791/1800, während die Getreidepreise 1873 erst auf 158 Prozent gestiegen waren und bis 1889 sogar auf 108 Prozent zurückgingen.¹² Es erscheint durchaus real, daß die Anzahl der Familienarbeitskräfte etwas stärker anwuchs als die Anzahl der Lohnarbeiter zurückging. Die weit darüber hinausgehende Zunahme dürfte jedoch daraus resultieren, daß insbesondere die Ehefrauen in den ersten beiden Erhebungen im Reichsmaßstab nicht als landwirtschaftliche Arbeitskräfte erfaßt worden waren. Die Bewertung der nebenberuflich in der Landwirtschaft Tätigen übt ebenfalls großen Einfluß auf die Berechnung der Produktivität aus. 1895 erreichten

11 *Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde*, 1/1897, S. 177.

12 Ebenda, Anlage, S. 179.

sie bereits 30 Prozent des Arbeitskräftebestandes in der Landwirtschaft. Bis 1907 wuchs ihre Anzahl um rund 1,95 Millionen, daß heißt um 53 Prozent, so daß sie jetzt sogar mehr als 36 Prozent der Gesamtzahl darstellten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wird ihr Anteil (nach den preußischen Verhältnissen geschätzt) knapp 24 Prozent betragen haben. Westdeutsche Repräsentativerhebungen über die geleistete Arbeitszeit nehmen an, daß heute die Arbeitsleistung der nebenberuflich in der Landwirtschaft Tätigen nur 16 Prozent einer sogenannten Vollarbeitskraft darstellt.¹³ Dieser Satz muß schon für die Gegenwart angezweifelt werden. Für das 19. Jahrhundert ist er keinesfalls real. Fest steht, daß Arbeiter, die im Nebenberuf Landwirtschaft betrieben, noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein morgens vor Beginn der Fabrikarbeit 1 bis 2 Stunden im Stall, in der Saison bis zu 3 Stunden auf dem Feld arbeiteten und nach „Feierabend“ bis zum Einbruch der Dunkelheit auf dem Acker und danach noch im Stall schufteten. Die nur in der Saison mithelfenden Familienangehörigen arbeiteten meist ebenso wie die Saisonarbeiter von Sonnenaufgang bis -untergang. Heimarbeiter übten in dieser Zeit ihre „Hauptberufstätigkeit“ in der Nacht aus.

Die Arbeitszeit und -leistung der hauptberuflich in der Landwirtschaft Arbeitenden kann für das vorige Jahrhundert nicht differenziert festgestellt und, wie das in den westdeutschen statistischen Arbeiten geschieht, auf „Vollarbeitskräfte“ umgerechnet werden. Es scheint aber angemessen, die Leistung einer nebenberuflichen landwirtschaftlichen Arbeitskraft mit 50 Prozent einer hauptberuflichen einzusetzen.

Für die Zeit bis 1882 kann die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in der deutschen Landwirtschaft auf Grund der Angaben für die sechs Hauptländer berechnet werden. Durch die Lückenhaftigkeit des vorhandenen statistischen Materials waren jedoch zum Teil Schätzungen¹⁴ notwendig. Ab 1882 schließen sich dann die offiziellen gesamtdeutschen statistischen Daten an.

Die Zahlen für die Entwicklung der Produktion je Arbeitskraft können auf dieser Berechnungsgrundlage natürlich nur als grobe Schätzungen betrachtet werden. (Siehe Tabelle 1.)

In Getreidewerten gemessen, hat sich also die Produktionsleistung je Arbeitskraft in der deutschen Landwirtschaft in den behandelten hundert Jahren mindestens verdreifacht, bei Ausschaltung des unwahrscheinlichen Anstiegs der Familienarbeitskräfte ab 1895 würde sie sogar auf das 3,6fache gestiegen sein.

Eine Verdreifachung ist also wahrscheinlich als Minimum anzusehen; würde die Leistung der nebenberuflich Tätigen statt mit 50 Prozent mit 40 oder

¹³ Vgl. *Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1960*, Hamburg-Berlin 1961, S. 41, 44 u. 46.

¹⁴ Auf Grund der Bewegung des prozentualen Anteils der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den Jahren, für die Angaben vorhanden sind, wurde die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung geschätzt. Um daraus die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu ermitteln, wurde die Anzahl der Kinder unter 14 Jahren (nach dem Verhältnis der Bevölkerungsstatistik) abgezogen.

Tabelle 1

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion je Arbeitskraft in Deutschland im 19. Jahrhundert auf der Basis von Getreidewerten (GW)¹⁵

Zeitraum	Produktion in 1000 Tonnen				Index	
	pflanzliche Produktion*	viehwirtschaftl. Produktion	insgesamt	Arbeitskräfte (in 1000)		Tonnen je Arbeitskraft
1800/10	14 500	7 555	22 055	9 525	2,32	100
1811/20	15 660	7 332	22 992	9 530	2,41	104
1821/25	19 140	8 100	27 240	10 100	2,70	116
1826/30	20 010	8 787	28 797	10 300	2,80	120
1831/35	22 910	11 205	34 115	10 600	3,22	139
1836/40	24 795	12 262	37 057	11 057	3,35	144
1841/45	26 825	13 719	40 544	11 662	3,48	150
1846/50	29 000	14 874	43 874	11 425	3,84	165
1851/55	28 420	15 591	44 011	11 321	3,89	168
1856/60	30 740	17 348	48 088	10 846	4,43	191
1861/65	35 960	18 606	54 566	10 530	5,18	223
1866/70	36 250	20 377	56 627	9 688	5,85	252
1871/75	39 150	21 255	60 405	10 110	5,97	257
1876/80	42 340	22 524	64 864	10 320	6,29	270
1881/85	40 455	23 840	64 295	10 530	6,10	262
1886/90	41 325	26 603	67 928	10 324	6,58	284
1891/95	43 168	28 905	72 073	10 117	7,12	306
1896/1900	48 230	31 617	79 847	11 400	7,00	302

mit revidierten Arbeitskräftezahlen:

1881/85	40 455	23 840	64 295	10 530	6,10	262
1886/90	41 325	26 603	67 928	10 290	6,60	284
1891/95	43 168	28 905	72 073	10 056	7,15	308
1896/1900	48 230	31 617	79 847	9 560	8,35	360

* Bruttoproduktion der pflanzlichen Haupterzeugnisse ohne Handelsgewächse.

33 Prozent eingesetzt, so ergäbe sich auf der Grundlage der offiziellen Arbeitskräftestatistik am Ende des Jahrhunderts eine Leistungssteigerung auf 312 Prozent bzw. 320 Prozent, unter Verwendung revidierter Zahlen für die Familienarbeitskräfte sogar auf 374 bzw. 386 Prozent, gegenüber dem Jahrhundertbeginn.

Bittermann¹⁶, der – soweit bekannt – bisher als einziger dieses Problem aufgegriffen hat, kommt auf der Grundlage seiner in GW berechneten Netto-Produktion für 1900 auf 360 Prozent Produktionsleistung je landwirtschaft-

¹⁵ Zur Methodik der Produktionsberechnung siehe *Helling, Gertrud*, a. a. O., S. 127ff. u. 139. Quellen zur Tabelle siehe Übersichtstabelle B der vorliegenden Arbeit und *Helling, Gertrud*, a. a. O.

¹⁶ *Bittermann, Eberhard*, a. a. O., S. 105.

licher Arbeitskraft gegenüber dem Jahrhundertbeginn. Die Zahl der Berufszugehörigen der Landwirtschaft nimmt er am Ende des Jahrhunderts mit 101 Prozent gegenüber 1800 an. Das entspricht dem Verhältnis der in der vorliegenden Arbeit ermittelten revidierten Arbeitskräftezahlen bei einer Bewertung der nebenberuflichen Arbeitskräfte mit 50 Prozent. Trotz großer Unterschiede in der Methodik stimmen die Ergebnisse in der Größenordnung weitgehend überein.

In diesem Zusammenhang ist die unterschiedliche Entwicklung der Produktion je Arbeitskraft von Jahrfünft zu Jahrfünft nach den amtlichen und den revidierten Zahlen besonders interessant. So zeigt sich schon Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre ein Absinken der Produktionsleistung je Arbeitskraft als Vorbote der Krise 1882. Wenn in der vormonopolistischen Zeit auch kein direkter Zusammenhang mit dem industriellen Zyklus sichtbar wird, so ist das verlangsamte Wachstumstempo jeweils im Ergebnis der vorangegangenen Krise (nach 1825, nach 1836, nach 1847/48 und nach 1866) ebenso auffallend wie der steile Anstieg, der dem Rückschlag vorausgeht. Ein Absinken der Produktion je Arbeitskraft vor dem Einsetzen der Krise 1900–1903 wäre also durchaus möglich, denn darin widerspiegelte sich die verlangsamte Aufnahmefähigkeit der übrigen Wirtschaft an Arbeitskräften, die die relative Überbevölkerung in der Landwirtschaft noch vermehrt. Die korrigierten Arbeitskräftezahlen ergeben aber zwischen 1891/95 und 1896/1900 eine bis dahin nur in den dreißiger und den sechziger Jahren verzeichnete Steigerung der Produktionsleistung je Arbeitskraft. Deshalb ist es zweifelhaft, ob die revidierten Zahlen tatsächlich der Wirklichkeit näherkommen.

In festen Preisen gemessen, bleibt die Produktion je Arbeitskraft gegenüber der auf GW-Basis ermittelten im ganzen zurück; das entspricht jedoch kaum der Wirklichkeit und rührt im wesentlichen aus der Methodik her, die bei der Berechnung der pflanzlichen Hauptproduktion angewandt wurde.¹⁷ Dagegen zeigt sich in Tabelle 2 real, wie die Einbeziehung der Handelsgewächse die Leistung je Arbeitskraft drückt. Der Vergleich der verschiedenen Berechnungsmethoden läßt den Schluß zu, daß die Produktion je Arbeitskraft in der Landwirtschaft in den behandelten hundert Jahren auf mindestens das 2,6fache wuchs, wahrscheinlich aber sogar weit mehr als das Dreifache erreichte. Letztere Annahme ist auch insofern begründet, als die Ausfälle bei der Produktion von Handelsgewächsen durch die Erweiterung anderer Produktionszweige (Feld- und Obstanbau, Geflügelzucht, besonders auch Eierproduktion) aufgewogen wurde. Für diese Zweige gibt es aber kaum statistische Angaben, und ihre Einbeziehung würde nur neue Unsicherheitsfaktoren schaffen.

Die Bewegung der Produktion je Arbeitskraft in der Landwirtschaft verläuft in festen Preisen gemessen – auch unter Einbeziehung der Handelsgewächse –, ähnlich wie auf GW-Basis. Auf Perioden rascher Steigerung folgen stets Zeiträume, in denen die Zunahme viel langsamer vor sich geht, oder

17 Siehe Helling, Gertrud, a. a. O., S. 127ff.

Tabelle 2

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion je Arbeitskraft in Deutschland in festen Preisen im 19. Jahrhundert¹⁸

Zeitraum	Produktion in Millionen Mark					Produktion je Arbeitskraft in Mark		Index	
	Haupt- erzeug- nisse der pflanz- lichen Produk- tion I	vieh- wirt- schaft- liche Pro- duktion II	I und II	Han- delsge- wächse	insge- samt	I und II	insge- samt	I und II	ins- ge- samt
1800/10	2626	1117	3743	282	4025	393	423	100	100
1811/20	2755	1003	3758	298	4056	394	426	100	101
1821/25	3005	1200	4205	358	4563	416	452	106	107
1826/30	3510	1323	4833	358	5191	469	504	119	119
1831/35	3900	1688	5588	377	5965	527	563	134	133
1836/40	4343	1845	6188	377	6565	560	594	142	140
1841/45	4700	2094	6794	405	7199	582	617	148	146
1846/50	5050	2297	7347	405	7752	643	679	163	160
1851/55	4936	2420	7356	436	7792	650	688	165	163
1856/60	5395	2683	8078	436	8514	745	785	189	185
1861/65	6312	2869	9208	471	9679	824	919	222	217
1866/70	6204	3190	9394	471	9865	970	1018	247	241
1871/75	6879	3358	10237	346	10583	1013	1047	258	248
1876/80	6056	3615	9671	346	10017	937	971	238	230
1881/85	5838	3795	9633	298	9931	915	943	233	223
1886/90	6008	4324	10332	298	10630	1001	1030	255	244
1891/95	6284	4767	11051	294	11345	1092	1121	278	265
1896/1900	6929	5316	12245	294	12539	1074	1100	274	260

solche, in denen die Leistung sogar absolut sinkt, wie zum Beispiel in den siebziger Jahren; hier erscheint selbst die nachfolgende Anstiegsphase abgeschwächt im Vergleich mit den fünfziger und sechziger Jahren.

Die ermittelten Indizes der Produktion je Arbeitskraft können allerdings nicht einfach einem Index der Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität gleichgesetzt werden, weil die für die eigentliche landwirtschaftliche Produktion aufgewendete Arbeitszeit nicht festgestellt werden kann. Zu Beginn des Jahrhunderts fiel zum Beispiel ein Teil des bäuerlichen Arbeits-

18 Die Berechnung erfolgte nach Preisen von 1900 und nach den in Tabelle 1 angegebenen Arbeitskräftezahlen. Quellen siehe Übersichtstabelle B der vorliegenden Arbeit und *Helling, Gertrud*, a. a. O.

tages auf Tätigkeiten (Spinnen, Weben usw.), die nicht der Agrarproduktion zugerechnet werden dürfen und die später zugunsten der erweiterten und intensivierten Viehwirtschaft, die natürlich der landwirtschaftlichen Produktion zuzurechnen ist, meist wegfielen. Für die Entwicklung der Kinderarbeit und die Arbeitszeit der Bauersfrauen sind sogar Schätzungen unmöglich. Es ist nicht einmal sicher, ob und wann der Arbeitstag im Jahresdurchschnitt in der Landwirtschaft oder in der Industrie länger war. Dazu kommt, daß es keine Möglichkeit gibt, die sogenannten Vorleistungen in der Landwirtschaft zu berechnen. Zur Berechnung einer mit der Industrie vergleichbaren Arbeitsproduktivität wäre die Erfassung der Vorleistungen unbedingt notwendig, weil die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in dieser Zeit nicht nur ihre Werkzeuge und Geräte zu einem bedeutenden Teil selbst herstellten, sondern auch die Bauten selbst ausführten.

Deshalb ist auch gar nicht abzuschätzen, in welchem Umfang die zunehmende Produktion je Arbeitskraft einer wirklichen Produktivitätssteigerung entsprach oder eine erhöhte Arbeitsintensität daran beteiligt war. Wenn auch als sicher gelten kann, daß die Arbeitsintensität in der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie nur wenig wuchs, so ist doch ein gewisser Auftrieb in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, besonders im Ergebnis der „Bauernbefreiung“, und später im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Konkurrenz wahrscheinlich.

Die hier ermittelte Produktion je Arbeitskraft ist also nicht mehr als ein grober Maßstab der Größenordnung, in der sich die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft etwa bewegt haben kann. Mit diesem Vorbehalt ist ein Vergleich mit der Industrie aber durchaus angängig, und er fällt – zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – günstiger aus, als im allgemeinen angenommen wird. Gerade für diesen Zeitraum haben wir allerdings keine Berechnungen für die Industrie insgesamt, aber auch Vergleiche mit einzelnen Zweigen sind schon sehr aufschlußreich.

Nach den Untersuchungen Kuczynskis¹⁹ stieg die Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau Preußens zwischen 1801/10 und 1846/50 um 32 Prozent, während sie im Kupferbergbau stagnierte. Die Steigerung in der Landwirtschaft beträgt in diesem Zeitraum 65 (GW-Basis) bzw. 60 Prozent (Preisbasis). Bis 1866/70 betrug der Produktivitätszuwachs je Arbeiter im Steinkohlenbergbau 110 Prozent, im Kupferbergbau 128 Prozent und in der Landwirtschaft 152 bzw. 141 Prozent. Für die verarbeitende Industrie stehen keine so weit zurückreichenden Angaben zur Verfügung. Nur in der Eisenindustrie ist die Produktivität ab 1837 erfaßt. Sie stieg bei Roheisen bis 1852/59 um 26 Prozent, die Vergleichszahl der Landwirtschaft beträgt 30 bzw. 32 Prozent. Bei einem Vergleich mit der Konsumgüterindustrie würde die Landwirtschaft allerdings sehr viel schlechter abschneiden. Besonders in der Textilindustrie stieg die Produktivität in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz enorm. Die Frage,

¹⁹ Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 112–114, 119 u. 262.

wie ein Vergleich der Entwicklung der Produktion je Arbeitskraft in der Landwirtschaft mit der in der gesamten Industrie im behandelten Zeitraum ausfallen würde, muß offenbleiben. Es scheint aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft in der ersten Hälfte des Jahrhunderts Schritt hielt; denn die Industrieproduktion einschließlich Bergbau wird um die Mitte des Jahrhunderts mit 500 oder 600 Prozent von 1800 angenommen²⁰, während die Anzahl der Arbeiter hier auf mehr als 900 Prozent gestiegen angenommen wird²¹.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wandelt sich das Verhältnis allerdings entscheidend. Zwischen 1852/59 und 1894/1902 stieg die Produktion je Arbeiter in Industrie und Bergbau um 123 Prozent, die Produktion je landwirtschaftliche Arbeitskraft stieg jedoch zwischen 1851/55 und 1896/1900 nur um 79 bzw. 60 Prozent.

Die Steigerung der Produktion je landwirtschaftliche Arbeitskraft auf das Zweieinhalb- bis Dreifache im 19. Jahrhundert zeugt von den großen Veränderungen, die sich vollzogen. Es bedarf weiterer Untersuchungen, um einen Einblick zu erhalten, in welchem Maße einerseits der wachsende Kapitaleaufwand, die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals den Fortschritt brachten und andererseits die verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen dabei mitwirkten.

20 Ebenda, S. 21 u. 23.

21 Ebenda, S. 34.

Übersichtstabelle A

Die Getreide- und Kartoffelerträge in Deutschland im 19. Jahrhundert* in dz/ha

Zeitraum	Getreide ^o							Kartoffeln							
	Preußen ^{oo} I	II	Sachsen	Bayern	Württem- berg	Vier Länder	Index	Deutsches Reich	Preußen	Sachsen	Bayern	Württem- berg	Vier Länder	Index	Deutsches Reich
1800		8,6 (7,5)	(7,0)	10,9 ^{ooo}	8,3	106			106,8†				115,5	100	
1805	6,2	(7,4)	(7,0)	(7,0)	(7,0)	7,3	100		80,0††						
1800/05						7,8	94								
1810/20		(7,4)	(6,3)	8,1	(8,5)	7,5	96		85,5				92,4	80	
1816		(6,0)	(5,0)	(8,0)	(6,5)	6,3	81		85,5				92,4	80	
1820		(8,8)	(7,5)	(8,5)	10,5	8,7	111								
1821/25		(9,4)	(7,6)	(9,0)	(10,6)	9,3	119								
1826/30		(10,0)	(7,7)	(9,6)	(10,7)	9,9	127								
1831/35		(10,6)	(7,8)	10,3	(10,8)	10,4	133								
1836/40	8,4	(11,2)	7,5	9,6	(10,9)	10,7	137		(70,0)	(146,0)	88,0	(56,0)	76,5	66	
1841/45	9,9	(11,8)	13,0	(10,2)	(11,0)	11,5	148		(72,0)	(147,0)	(90,0)	(57,0)	78,5	68	
1846/50	11,0	12,4	16,4	(10,8)	(11,2)	12,3	158		53,0	145,7	92,0	56,0	64,6	56	
1851/55	10,6	11,8	14,5	11,5	11,5	11,9	153		43,4	109,2	91,0	56,2	55,1	48	
1856/60	11,3	11,7	17,3	(11,3)	12,0	11,9	153		59,6	135,2	85,0	90,8	69,5	60	
1861/65	13,0	13,0	19,7	11,0	13,0	13,0	167		73,6	146,4	79,0	89,4	79,6	69	
1866/70	12,9	12,6	17,5	(11,1)	11,5	12,5	160		73,8	132,8	(83,0)	101,7	79,7	69	
1871/75	13,4	11,2	16,5	11,2	11,6	11,5	148		70,3	119,3	87,0	72,3	76,6	66	
1876/80	13,2	11,0	14,2	12,1	10,8	11,4	146		72,1	104,3	86,0	84,2	76,7	66	
1881/85	12,6	9,8	14,0	12,8	12,4	10,6	136		74,5	98,5	106,0	100,2	82,0	71	
1886/90	13,1	10,4	14,9	12,7	11,0	11,1	142	11,3	77,9	101,1	94,0	80,4	81,8	71	83,3
1891/95	14,4	11,2	16,2	14,1	12,1	12,2	157	12,2	96,4	114,4	106,0	105,4	99,4	86	93,1
1896/1900	15,9	12,4	16,0	14,3	12,3	12,9	166	13,4	107,8	108,2	103,0	91,3	106,3	92	105,7
1896/1900	n.M.	15,0	—	—	—	—	—	15,8	118,5	—	—	—	—	—	116,8

^o Gewichtet nach Anbauflächen oder Produktion.^{oo} Die Reihe I wurde berechnet nach *Finckenstein, Hans Wolfram Graf Finck v.*, a. a. O., die Reihe II nach den amtlichen Quellen.^{ooo} 1790/94.† Grobe Schätzung d. Verf. nach den Angaben über den Anteil der Anbaufläche für Kartoffeln an der gesamten Acker- und Gartenfläche (ohne Brache) bei *Rybak, Joseph*, a. a. O., S. 20f., und nach der zeitgenössischen Schätzung der Gesamtproduktion in den genannten amtlichen und halbamtlichen Quellen.†† Nach *Kellermann*, dessen Schätzungen von der Annahme ausgehen, daß die Erträge 1890/1900 um 40 Prozent höher als zu Beginn des Jahrhunderts gewesen wären. (*Kellermann, Wilhelm*, Die Steigerung der Roherträge des Ackerlandes in Deutschland seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Halle-Merseburg 1906, zit. nach *Bittermann, Eberhard*, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800–1950, in: *Kühn-Archiv*, Bd 70, H. 1, Halle 1956, S. 34.)

Übersichtstabelle B

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Deutschland im 19. Jahrhundert (in 1000)*

Zeitraum	Preußen**	Sachsen	Bayern	Württemberg	Vier Länder	Deutschland***
1800	(5800)	(315)	(2385)	(600)	9100	9500
1804	(5850)	(320)	(2390)	(600)	9160	9550
1816	5847	(350)	(2313)	615	9125	9530
1825	(6000)	(395)	(2508)	(750)	9653	10100
1830	(6300)	(420)	(2465)	(707)	9892	10300
1834	(6634)	445	(2430)	(707)	10216	10600
1840	(7071)	460	2382	(750)	10663	11060
1843	(7206)	465	(2334)	(752)	10757	11300
1846	(7368)	480	(2287)	(753)	10888	11372
1849	7480	517	(2239)	(760)	10996	11477
1852	7436	512	2211	(753)	10912	11375
1855	7421	(510)	2208	(729)	10868	11267
1858	6967	(508)	2241	(737)	10453	10946
1861	7451	(507)	2174	(745)	10877	11268
1864	5957	(492)	2129	(738)	9316	9753
1867	5929	(477)	2107	(737)	9250	9688
1871	5934	454	1982	(903)	9273	9690
1882	6835	455	2041	752	10082	10530
1895	6972	428	2000	768	10168	10117
1900	(7627)	(416)	(2010)	715	10768	(11400)
1907	8544	389	2025	791	11749	12684

Anm. zu Übersichtstabelle A:

* *Finckenstein, Hans Wolfram Graf Finck v.*, Die Getreidewirtschaft Preußens 1800–1930, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, hg. v. Institut für Konjunkturforschung, Sonderh. 35/1934, Anhang S. 53–60; *Krug, Leopold*, Betrachtungen über den Nationalreichtum des Preussischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner, Bd 1, Berlin 1805, S. 54f.; *derselbe*, Abriß der neuesten Statistik des Preussischen Staates, Halle 1804, S. 50f.; *Zeitschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Bureaus*, 1. Jg. 1861, S. 272f.; ebenda, 7. Jg. 1867, S. 96 u. 103; ebenda, 18. Jg. 1878, S. 399f.; *Statistisches Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preussischen Staates*, 4. Jg. 1876, 2. Hälfte, S. 168; *Statistisches Handbuch für den Preussischen Staat*, Bd 2, Berlin 1893, S. 209; ebenda, Bd 3, Berlin 1898, S. 240; ebenda, Bd 4, Berlin 1903, S. 200; *Statistische Korrespondenz*, 22/1879, 23/1884, von da an laufende Jge bis 1900; *Rybak, Joseph*, Die Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1905, S. 20f.; *Mitteilungen des statistischen Vereins für das Königreich Sachsen*, Jg. 1838, Lieferung 9, S. 64f.; ebenda, Jg. 1839, Lieferung 14, S. 36/37; *Engel, Ernst*, Das Königreich Sachsen in statistischer und staatswirtschaftlicher Beziehung = Jahrbuch für Statistik und Staatswissenschaft, 1. Jg., Dresden 1853, S. 255; *Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen* auf das Jahr 1879, Dresden o. J., S. 91; ebenda 1885, Dresden 1884, S. 127; ebenda 1897, Dresden 1896, S. 234; ebenda 1898, Dresden 1897, S. 172; ebenda 1899, Dresden 1898, S. 162; ebenda 1900, Dresden 1899, S. 232; ebenda 1901, Dresden 1900, S. 204; ebenda 1902, Dresden 1901, S. 276; ebenda 1907, Dresden 1906, S. 134; *Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern*, 15/1866, S. XVf. u. 50f.; *Bayern im Lichte seiner hundertjährigen Statistik*, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt, in: Beiträge zur Statistik Bayerns, 122/1933, S. 68/69; *Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie*, 2/1852, S. 51f.; ebenda, 1/1863, S. 12; *Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde*, 1/1897, S. 49; *Statistische Handbücher für das Königreich Württemberg*, 3/1897, S. 54; ebenda, 3/1900, S. 50/51; *Viebahn, Georg v.*, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland, Bd 2, Berlin 1862, S. 873; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 20. Jg. 1899, S. 24–26; ebenda, 24. Jg. 1903, S. 36.

Anm. zu Übersichtstabelle B:

- * *Viebahn, Georg v.*, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland, Bd 2, Berlin 1862, S. 33f., 603f., 611 u. 613; *Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik*, hg. v. Otto Hübner, 1. Jg., Leipzig 1852, S. 79f.; ebenda, 5. Jg., T. 2, Leipzig 1857, S. 43/44, 59f. u. 91; *Mitteilungen des Kgl. Preussischen Statistischen Bureau's*, 7. Jg. 1854, S. 154f.; *Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preussischen Staates*, 1. Jg., Berlin 1863, S. 279f.; ebenda, 4. Jg., 1. Hälfte, Berlin 1876, S. 58/59, 134 u. 159-161; *Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat*, 10. Jg. 1912, S. 9 u. 71 ff.; *Preussische Statistik*, hg. v. Kgl. Preussischen Statistischen Bureau in Berlin, Bd 76, T. 1, Berlin 1884, S. 2; ebenda, T. 3, Berlin 1885, S. 236; ebenda, Bd 142, T. 2, Berlin 1902, S. 25; *Zeitschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Bureau's*, 3. Jg. 1863, S. 52; ebenda, 6. Jg. 1866, S. 87 u. 265; ebenda, 9. Jg. 1869, S. 214 u. 348; ebenda, 10. Jg. 1870, S. 111 u. 305-398; ebenda, 17. Jg. 1877, S. 248; *Statistisches Handbuch für den Preussischen Staat*, Bd 1, Berlin 1888, S. 92/93 u. 121; *Engel, Ernst*, Das Königreich Sachsen in statistischer und staatswirtschaftlicher Beziehung, Dresden 1853, S. 97, 242 u. 245 = *Jahrbuch für Statistik und Staatswissenschaft*, 1. Jg.; *Zeitschrift des Statistischen Bureau's*, hg. v. Kgl. Sächsischen Ministerium des Innern, 1. Jg. 1855, S. 119; ebenda, 3. Jg. 1857, S. 119; ebenda, 25. Jg. 1879, S. 176-189; ebenda, 35. Jg. 1889, S. 25-43 u. 238; ebenda, 36. Jg. 1890, S. 11; ebenda, 42. Jg. 1896, S. 38; *Statistische Beiträge zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie des Königreichs Sachsen*, Bd 1, Dresden 1910, S. 489 u. 573; *Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern*, 4/1855, S. 235/236; *Statistischer Abriß für das Königreich Bayern*, Lieferung 1, München 1876, S. 19; *Bayern im Lichte seiner hundertjährigen Statistik*, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1933, in: *Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern*, 122/1933, S. 10 ff.; *Württembergische Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie*, 2. Jg. 1819, S. 280 ff.; ebenda, 1/1822, S. 90; *Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg*, Jg. 1901, S. 4 u. 12; ebenda, Jg. 1908/09, S. 15 u. 22; *Statistisches Handbuch für Württemberg*, Jg. 1914/21, S. 19; *Mitteilungen des Kgl. Statistischen Landesamts*, Jg. 1901, S. 116; *Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich*, T. 1, Berlin 1907, S. 36 u. 48 ff.; *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 34. Jg. 1913, S. 16/17; *Statistik des Deutschen Reichs*, NF, Bd 111, Berlin 1899, S. 27 ff. u. 47; ebenda, Bd 112, Berlin 1898, S. 45 ff.; ebenda, Bd 112, T. 1, Berlin 1909, S. 455 ff.; ebenda, T. 2b, S. 61 ff. — Ausgangspunkt der Berechnungen waren die Erhebungen, die in den einzelnen Ländern zu den in der Landwirtschaft haupt- und nebenberuflich Erwerbstätigen durchgeführt wurden, wobei die letzteren mit einer Arbeitsleistung von 50 Prozent einbezogen wurden. Wenn in den Erhebungen die Familienarbeitskräfte nicht erfaßt waren (in Preußen z. B. noch 1882 und 1895), wurde ihre Zahl geschätzt, indem im prozentualen Verhältnis der allgemeinen Bevölkerungsstatistik die Kinder unter 14 Jahren von der Gesamtzahl der Angehörigen abgezogen und die ermittelten Zahlen den entsprechenden vorhandenen Angaben angeglichen wurden. Zur Methodik der Ermittlung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in solchen Ländern, wo die Angaben überhaupt fehlen, siehe S. 133 Anm. 14 der vorliegenden Arbeit. Diese Angaben stehen in der Übersichtstabelle in Klammern, ebenso grobe Schätzungen d. Verf., die lediglich aus der Entwicklung zwischen den Erhebungsjahren angenommen wurden.
- ** Territorium von vor 1866.
- *** 1882, 1895 und 1907 gesamtdeutsche offizielle Angaben; 1900 v. d. Verf. geschätzt, für 1800 bis 1882 wurde die Bewegung der Arbeitskräfte in den vier Ländern auf Gesamtdeutschland übertragen.

Die Entwicklung der feudalen Arbeitsrente in Brandenburg vom 15. bis 18. Jahrhundert

Eine Analyse für das kurmärkische Domänenamt Badingen

VON GÜNTER VOGLER

In seinen 1761 veröffentlichten „Abhandlungen von der Vollkommenheit der Landwirtschaft und der höchsten Kultur der Länder“ schrieb der bekannte Kameralist Johann Heinrich Gottlob von Justi: „Das sechste Hindernis gegen die vollkommene Kultur des Bodens und den Flor der Landwirtschaft sind die Frohndienste. Es bedarf keines weitläufigen Beweises, wie sehr die Bauern dadurch von der rechten Kultur und Bearbeitung ihres Feldes abgehalten werden . . . Dennoch kommen diese Frohndienste denen landesherrlichen Domänen und denen Rittergütern sehr wenig zum Nutzen. Der Bauer, der diese Arbeit allemal mit Unwillen und Verdruß verrichtet, arbeitet dabei so wenig als möglich, und nur leicht und obenhin; und wenn der Bauer nicht unter dem Prügel des Pächters oder Verwalters stehet, welches aber in einem wohl-eingerichteten Staate, ja selbst nach der Natur der bürgerlichen Verfassungen nicht gestattet werden kann, so gereicht diese Frohnarbeit, wenn man die Sache im Ganzen und im Zusammenhange betrachtet, mehr zum Schaden als zum Vorteil der Kammer- und Rittergüter.“¹ Solche Gedanken, in diesem und den nächsten Jahrzehnten häufig ausgesprochen, entsprechen der neuen Situation, die aus den Fortschritten der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und der daraus resultierenden Veränderung der Arbeitsverfassung entstanden ist.²

1 Zit. nach *Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes in der Neuzeit*, ges. u. hg. v. Günther Franz, München-Wien 1963, S. 235f.

2 Vgl. dazu: Müller, Hans-Heinrich, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1962 (Ms.); derselbe, Der agrarische Fortschritt und die Bauern in Brandenburg vor den Reformen von 1807, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: ZfG), 4/1964, S. 629f.; Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaus in spätf feudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil. Berlin 1963 (Ms.); derselbe, Einige Bemerkungen über den Entwicklungsstand des bäuerlichen Ackerbaus vor den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts, in: *Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. u. 19. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 81f.

Bislang waren die Dienstleistungen feudalabhängiger ländlicher Produzenten die wichtigste Säule der gutswirtschaftlichen Arbeitsverfassung gewesen. Der Ausbau der gutsherrlichen Eigenwirtschaften hatte einst das Arbeitskräfteproblem akut werden lassen und es mit der Überführung der Bauern in die Zweite Leibeigenschaft gelöst. Diese hatte „im Osten die ökonomische Funktion, die Bestellung größerer ritterlicher Eigenwirtschaften, feudaler landwirtschaftlicher Großbetriebe, durch die Zwangsarbeit der dörflichen Bevölkerung zu sichern.“³ Durch die marxistische Agrargeschichtsforschung wurden bereits zahlreiche mit der Durchsetzung der Zweiten Leibeigenschaft und der Ausbildung der Gutswirtschaft im Zusammenhang stehende Fragen beantwortet.⁴ Es wurde jedoch mehrfach hervorgehoben, daß uns immer noch konkrete Untersuchungen über die Arbeitsverfassung fehlen⁵ und insgesamt vor allem Brandenburg bisher vernachlässigt wurde.⁶ Die vorliegende Untersuchung greift nur eine der dabei interessierenden Fragen auf. Sie wendet sich

3 *Mottek, Hans*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd 1, Berlin 1957, S. 324. — Zur allgemeinen Orientierung über die Ausbildung dieser Verhältnisse in Brandenburg vgl. *Korn, L.*, Geschichte der Bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg von der Zeit der deutschen Colonisation bis zur Regierung des Königs Friedrich I., in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Bd 11, 1873; *Grossmann, Friedrich*, Über die gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg vom 16.–18. Jahrhundert, Leipzig 1890; *Knapp, Georg Friedrich*, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens (im folgenden: Die Bauernbefreiung), 2 Bde, 2. unv. Aufl. (Ausgewählte Werke, Bd 2 u. 3), München-Leipzig 1927; *Silbermann, Josef*, Der Gesindezwangsdienst in der Mark Brandenburg, Greifswald 1897; *Lennhof, Ernst*, Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16.–19. Jahrhundert, Breslau 1906.

4 Vgl. dazu *Heitz, Gerhard*, Die Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR (1945–1960), in: Sonderheft der ZfG 1960 (Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte), S. 116f.

5 Vgl. dazu *derselbe*, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. u. 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift (im folgenden: WZ) der Universität Rostock, 3/1958/59, S. 299f.; *derselbe*, Die sozialökonomische Struktur im ritterschaftlichen Bereich Mecklenburgs zu Beginn des 18. Jahrhunderts, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. u. 19. Jahrhunderts, Berlin 1962. — Dort heißt es: „Unter den genannten strittigen Fragen nimmt die betriebswirtschaftliche Problematik einen wichtigen Platz ein.“ (S. 3)

6 Vgl. dazu *derselbe*, Die Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR, a. a. O., S. 132; *Harnisch, Hartmut*, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchungen über die Herausbildung von Gutswirtschaft und Guts-herrschaft vom 14.–18. Jahrhundert und die betriebswirtschaftliche Struktur ländlicher Gebiete der Mark Brandenburg im Spätfeudalismus, phil. Diss. Rostock 1964 (Ms.), S. 1f.

der Erforschung der feudalen Arbeitsrente⁷ zu und will ihre Entwicklung auf Grund von Akten an einem Beispiel analysieren. Die bisherige Literatur bietet wohl zahlreiche Angaben über den Umfang der Fronleistungen zu verschiedenen Zeiten, kann aber nur in wenigen Fällen die Entwicklung während eines größeren Zeitraums sichtbar machen. Wir wollen deshalb anhand des Aktenmaterials für das kurmärkische Domänenamt Badingen einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsrente in ihrem quantitativen Umfang vom 15. bis 18. Jahrhundert geben und durch einen Vergleich mit den Verhältnissen anderer brandenburgischer Gebiete und der benachbarten Territorien Mecklenburg und Ober- und Niederlausitz versuchen, unser Untersuchungsergebnis in einen größeren Zusammenhang einzuordnen.

Das an der südlichen Grenze Mecklenburgs gelegene kurmärkische Domänenamt Badingen umfaßt ein Gebiet, das etwa von den Städten Fürstenberg/Havel, Lychen, Templin, Zehdenick und Gransee begrenzt wird. Wir orientieren uns an den Grenzen des Amts im 18. Jahrhundert, wir werden also nur die Dörfer in die Untersuchung einbeziehen, die nach 1728 zum Amt gehörten. Dörfer, die früher zu den Besitzungen des Klosters Himmelpfort oder des Hauses Badingen zählten, im 18. Jahrhundert aber nicht mehr vom Amt erfaßt wurden, bleiben unberücksichtigt, ebenso die Kolonistendörfer, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts aufgebaut wurden und für unsere Fragestellung eine untergeordnete Rolle spielen. Somit haben wir es mit elf Dörfern (Badingen, Bredereiche, Krumbeck, Mildenberg, Ribbeck, Röddelin, Rutenberg, Sommerfeld, Storkow, Althymen und Zabelsdorf) und sieben Vorwerken (Badingen, Himmelpfort, Mildenberg, Osterne, Ravensbrück, Ribbeck und Neuthymen), von denen vier außerhalb einer Dorfflur lagen, zu tun.

Das Gebiet hatte eine wechselvolle Geschichte. Vor der Reformation gehörte ein bedeutender Teil des späteren Amts zu dem um 1299 gestifteten Zisterzienserkloster Himmelpfort, ein anderer Teil adligen Familien. Dieser Teil gelangte 1536 in den Besitz des Hofmarschalls Adam von Trotte. Das Kloster Himmelpfort wurde 1541 säkularisiert, die Besitzungen wurden dem Landvogt Hans von Arnim verpfändet und 1551 gleichfalls dem nunmehrigen kurfürstlichen Oberhofmarschall Adam von Trotte übertragen. Die umfangreichen Besitzungen blieben im Besitz der Familie von Trotte bis zum Aussterben der männlichen Linie. 1728 wurde aus dem zurückgefallenen Lehen das königliche Domänenamt Badingen gebildet. Die Untertanen hatten im Laufe der Jahrhunderte unter geistlicher, adliger und landesherrlicher Herrschaft gelebt. Zum Amt gehörten im 18. Jahrhundert 145 Bauern und 45 Kossäten. Mehr als 75 Prozent des Bodens wurden von den Bauern und Kossäten selbständig bewirtschaftet.⁸

7 Zur Kategorie Arbeitsrente vgl. grundlegend *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd 25, Berlin 1964, S. 798f.

8 Einzelnachweise siehe bei *Vogler, Günter*, Probleme der feudalen Arbeitsrente und des bäuerlichen Widerstandes im 18. Jahrhundert. Dargestellt am Bei-

Die Fronarbeit trat in vielerlei Gestalt in Erscheinung. Von den verschiedenen Dienstverpflichtungen der Untertanen⁹ spielten die Acker-, Pflug- oder Hofdienste¹⁰ die bedeutendste Rolle, weil sie der Unterhaltung der Eigenwirtschaft des Gutsherrn oder Pächters dienten.¹¹ Sie hatten von allen Formen der Arbeitsrente den größten Umfang und stellten für die Bauern und Kossäten meist die schwerste von allen ihnen auferlegten feudalen Verpflichtungen dar. Das war allerdings nicht immer so gewesen. Die Fronen entstanden „in älterer Zeit als kaum fühlbare Mehrbelastung der Bauernstellen, indem das noch kleine Rittergut die wenigen Hofdienste, die es braucht, auf die große Zahl der vorhandenen Bauern verteilt.“¹²

In unserem Gebiet lassen sich bäuerliche Hofdienstleistungen quellenmäßig bis in das 15. Jahrhundert zurückverfolgen.¹³ In einem „Verzeichnis der Grenzen

spiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen, phil. Diss. Berlin 1962 (Ms.), die zu einem späteren Zeitpunkt in der Schriftenreihe des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam erscheint.

- 9 Zur Orientierung über die Organisation des Dienstwesens sowie über die verschiedenen Arten der Dienstleistungen verweisen wir auf *Krünitz, Johann Georg*, *Oeconomische Encyclopädie*, T. 9, Berlin 1776, S. 254f.; *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, *Oeconomia forensis*, Bd 5, Berlin 1779, S. 146f.; *Knapp, Georg Friedrich*, *Die Bauernbefreiung*, Bd 1, in: *Ausgewählte Werke*, Bd 2, S. 20f. Einen Einblick vermitteln auch – wenn auch nicht für das Gebiet der Gutsherrschaft – *Lütge, Friedrich*, *Die Belastung der Bauern in Mitteldeutschland mit Frondiensten und Abgaben im 16.–18. Jahrhundert*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd 140, 1934, S. 169f.; *derselbe*, *Die mitteldeutsche Grundherrschaft und ihre Auflösung*, 2. stark erw. Aufl., Stuttgart 1957, S. 115f.; *Grüll, Georg*, *Die Robot in Oberösterreich*, Linz 1952, S. 28f.
- 10 Unter Hofdiensten verstand man im 18. Jahrhundert „alle diejenigen Dienste, welche die Unterthanen entweder in Ansehung ihrer Person, oder wegen ihrer Güter, mit dem Leibe, oder mit dem Zugvieh und Anspann, ihrer Obrigkeit auf derselben Erfordern umsonst und auf ihre eigene Kosten, oder aber gegen eine gewisse Lieferung an Geld, Speisung, Frucht oder Futter, verrichten müssen.“ (*Krünitz, Johann Georg*, *Oeconomische Encyclopädie*, a. a. O., S. 254.) Da die anderen Arten der Dienstleistung in unserem Gebiet nicht ins Gewicht fallen, beschränken wir die Untersuchung auf die Hofdienste.
- 11 Vgl. dazu z. B. *Knapp, Georg Friedrich*, *Die Erbuntertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft*, in: *Ausgewählte Werke*, Bd 1, München-Leipzig 1925, S. 96f.
- 12 *Knapp, Georg Friedrich*, *Die Bauernbefreiung*, Bd 1, a. a. O., S. 40.
- 13 Vom Kloster Himmelpfort wird für das Jahr 1403 überliefert, daß es für 4 wüste Hufen im Dorf Krumbeck ein Anrecht auf „vier dage dinst Imme Jare“ besitzt (*Riedel's Codex diplomaticus Brandenburgensis*, 1. Hauptteil, Bd 13, Berlin 1857, S. 45), wobei jedoch nicht zu erkennen ist, ob es sich um Pflugdienste handelt.

und sonstigen Pertinentien des Hauses Himmelpfort“¹⁴ von 1480 werden unter der Überschrift „An Ackerbaw. Welchess die Rutenbergischen Alt- vndt Newen-Thiemen bestellen vndt in acht nehmen müssen“ sechs Ackerstücke namentlich aufgeführt, die von den Bauern der genannten Dörfer bestellt werden mußten. Drei weitere Felder mußten die Bredereicher Bauern „an Ackerbaw vmbringen vndt bestellen“. Ein großer Teil des Bodens wurde jedoch nicht mit Hilfe bäuerlicher Arbeitskräfte bearbeitet, denn wir erfahren weiter, daß neunzehn Felder „die Höcker, so die von Trotten zu Himmelpforth hat, vmbringen vndt bestellen müssen“. Die Angaben berechtigen zu der Schlußfolgerung, daß spätestens in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts die Leistung von Hofediensten eine ständige Erscheinung geworden war. Harnisch weist für die Dörfer der benachbarten Herrschaft Boitzenburg aus dem Schloßregister von 1528 nach, daß Hofedienstleistungen üblich waren.¹⁵ Interessant ist sein Hinweis auf das Prinzip der Bearbeitung von „Dienstcaveln“, von denen er annimmt, daß sie in der Uckermark vor dem Dreißigjährigen Krieg häufiger anzutreffen sind. (Bei dem Prinzip der „Dienstcaveln“ wurden die Hofedienste nicht nach Tagen gemessen, sondern den zu Diensten verpflichteten Untertanen wurde eine bestimmte Ackerfläche zur Bearbeitung zugeteilt, auf der sie von der Vorbereitung des Bodens und der Aussaat bis zur Ernte alle Arbeiten verrichten mußten. Vgl. dazu auch Anm. 135.) Für die Untertanen von Haßleben in der Herrschaft Boitzenburg werden diese wie folgt beschrieben: „undt haben ihre breiten auff dem wüsten Felde Krewitz, darin seen sie 26 Sch[effel] Rogken, die müßen sie zu dreyen fahren umbbringen, die zu sehen undt eggen, dergleichen müßen sie bey einem W[ispel] Haber sehen, undt wan Korn reiff ist, mehn sie daß abe undt binden daß, undt fahren Korn daß ein bey ihrer Kostung.“¹⁶ Es liegt nahe, unsere Nachricht von 1480 so zu deuten, daß auch hier „Dienstcaveln“ auftreten.

Ob bereits vor dieser Zeit Hofedienste üblich waren, läßt sich nicht nachweisen, wie überhaupt die Klärung des Ursprungs der Hofedienste für ganz Branden-

14 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (im folgenden: LHA) Potsdam, Rep. 7, Amt Badingen, Nr 35, Bl. 5. — Alle weiteren Signaturen betreffen das Amt Badingen.

15 „Fast in allen Dörfern mußten die Bauern sowohl der Vogtei als auch dem Kloster Arbeitsrenten leisten, so in Haßleben, Kuhz, Klaushagen, Warthe, Cüstrin, Mallendorf, Rosenow, Hardenbeck und Weggun. Die Vogtei hatte sich jedoch den weitaus größten Teil der Arbeitsrenten gesichert. Über die Entstehung oder das Alter dieser Arbeitsrenten liegen keine Quellen vor.“ (Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 76.) Über die Art und Weise der Dienstleistung führt er aus: „Die Arbeitsleistungen zur Eigenwirtschaft der Vogtei wurden in zwei unterschiedlichen Formen verlangt. Einmal müssen die meisten Dörfer je 1/2 Tag zur Brache (d. h. zur Bestellung der Wintersaat) und im Herbst den Acker bemisten . . . Zum anderen haben die einzelnen Dörfer eine Ackerfläche, die in einer bestimmten Aussaatmenge ausgedrückt wird, zu beackern, zu besäen, abzuernten und einzufahren.“ (Ebenda, a. a. O., S. 77)

16 Zitiert nach ebenda, S. 77.

burg ein schwieriges Problem ist. Müller-Mertens ist der Ansicht, „daß es falsch wäre, anzunehmen, daß die Bauern keine Frondienste zu leisten hatten, weil sie im Landbuch nicht aufgeführt werden.“¹⁷ Das Landbuch von 1375 gibt nur an, daß die Untertanen von Rixdorf Ackerdienste zu leisten hatten.¹⁸ Das geht auch aus der Gründungsurkunde des Dorfes von 1360 hervor: „Vortmehr so scholen die Hufener dynen mit oren plugen dry dage, vnd Kotzseten arbeiden dry dage jn deme Jare tho vnsen Hufen tho Tempelhaue.“¹⁹ Nach Grossmann hat sich der Rechtssatz, daß der Bauer den Ritteracker zu bestellen hat, im 14. Jahrhundert herausgebildet. Als Belege führt er eine Urkunde von 1320 an, in der vom „Herendenyst vel hovendenyst“ die Rede ist, sowie das Stiftsregister von Lebus vom Jare 1400, nach dem die Bauern durchschnittlich vier Tage im Jahr zu dienen hatten.²⁰ Engel wendet jedoch ein, daß aus Quellenzeugnissen dieser Art nicht hervorgeht, ob es sich um Ackerdienste handelt, und fragt, ob nicht bei den wenigen Eigenwirtschaften die Notwendigkeit für eine Arbeitsrente großen Stils entfällt.²¹

Wenn uns auch nicht bekannt ist, wie viele Tage zur Bearbeitung der im Verzeichnis von 1480 aufgeführten Feldstücke benötigt wurden, so liegt doch nahe, daß auf den einzelnen Bauern nur einige wenige Dienste im Jahr entfielen. Die Nachricht des Erbreregisters vom Kloster Zinna von 1471, wonach

17 Müller-Mertens, Eckhard, Hufenbauern und Herrschaftsverhältnisse in Brandenburgischen Dörfern nach dem Landbuch Karls IV. von 1375, in: WZ der Universität Berlin, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1/1951/52, S. 47.

18 „Pro servicio colunt agrum commendatorio tribus diebus in anno.“ (*Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375*, hg. v. Johannes Schultze, Berlin 1940, S. 95).

19 Riedel's *Codex diplomaticus Brandenburgensis*, Supplementband, Berlin 1865, S. 239.

20 Grossmann, Friedrich, a. a. O., S. 9. Maybaum schreibt, daß im 14. Jh. in Mecklenburg die Bezeichnungen „dagedenst“, „hovedenst“ und „burdenst“ auftauchen. Es handele sich jedoch in allen Fällen um öffentlich-rechtliche Dienste. (Maybaum, Heinz, *Die Entstehung der Gutsherrschaft im nord-westlichen Mecklenburg*, Berlin-Stuttgart-Leipzig 1926, S. 99 ff.)

21 Engel, Evamaria, Feudalherren, Lehnbürger und Bauern in der Altmark. Eine Analyse der ländlichen Sozialstruktur anhand des brandenburgischen Landbuchs von 1375, phil. Diss. Berlin 1963 (Ms.), S. 122f. „Da Frondienste nur dort Sinn und Zweck haben, wo herrschaftliche Eigenwirtschaften bestehen, diese aber im 14. Jahrhundert noch wenig zahlreich und kaum umfangreicher als große Bauernwirtschaften sind, entfällt die Notwendigkeit für eine Arbeitsrente großen Stils“ (ebenda, S. 128). Zientara führt in seiner Analyse für die Uckermark ebenfalls das Beispiel von Rixdorf an und fährt dann fort: „Nichts also weist darauf hin, daß es unterlassen wurde, bestehende Fronpflichten der Bauern im Landbuch einzutragen, obwohl das selbstverständlich davon abhing, ob die einzelnen Schreiber dieses Problem berücksichtigten.“ (Zientara, Benedykt, *Kryzys agrarny w Marchii Wkrzańskiej w XIV wieku* [Die Agrarkrise in der Uckermark im 14. Jh.], Warschau 1961, S. 130.)

drei halbe Tage Pflugdienste zu leisten waren²², oder auch der Hinweis, daß die Kossäten von Ringenwalde 1485 einen Tag jährlich zu dienen hatten²³, geben uns eine Vorstellung von dem Rahmen, in dem sich die bäuerlichen Dienstleistungen in Brandenburg gegen Ende des 15. Jahrhunderts bewegten. Maybaum²⁴ weist für Mecklenburg nach, daß 1503 in Johannstorf und Seedorf dreieinhalb Tage, in Benckendorf sogar jede Woche ein Tag Dienst vorgesehen waren, und zieht daraus den Schluß, daß es noch kein allgemein übliches Maß von Bauerndiensten gab. Die stellenweise verlangten außerordentlich hohen Dienste stellten nach Maybaum vielmehr das durchaus nicht immer geforderte „Maximum des gutsherrlichen Bedarfs an Arbeitskräften“ dar.

Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob in dem Verzeichnis von 1480 alle Dörfer genannt wurden, die dem Kloster Himmelpfort zu Hofdiensten verpflichtet waren. Auch läßt sich nicht feststellen, ob sich die Verpflichtungen in der Bearbeitung der namentlich genannten Ackerstücke erschöpften oder weitere hier nicht fixierte Dienste geleistet wurden. Diese Unklarheiten beseitigt auch das „Standt Register“ des Hauses Badingen von 1543²⁵ nicht. Dieses verzeichnet die Zahl der Hufen und die Verpflichtungen der Untertanen, worunter auch die Dienste erscheinen. Wir erfahren, daß die Hufner und Kossäten zu Badingen, Mildenberg und Zabelsdorf, und in dem erstgenannten Dorf auch der Schulze, Dienste leisten mußten. Über deren Umfang und Verwendungszweck erhalten wir keinen Aufschluß. Beachtenswert ist allerdings, daß in Mildenberg einige Hufner offensichtlich die Dienste nicht mehr in natura leisteten, sondern dafür ein Schock Dienstgeld gaben.²⁶ Diese Angaben bestätigen uns, daß neben den Dörfern Alt- und Neuthymen, Bredereiche und Rutenberg auch Badingen, Mildenberg und Zabelsdorf dazu angehalten waren, herrschaftliche Äcker zu bestellen.

Ein Blick auf die Verhältnisse in anderen Gebieten zeigt uns, daß die Forderungen an die Bauern inzwischen höhergeschraubt worden waren. Die dem Kloster Zinna verpflichteten Bauern hatten 1559 bereits 16 bis 24 Tage im Jahr zu dienen.²⁷ In den mecklenburgischen Dörfern Uphal und Kastahn wurde 1517 jede dritte Woche ein Tag verlangt.²⁸ Auch in der Oberlausitz wurden von den Bauern in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts erhöhte Fronen gefordert, so daß in einer Reihe von Dörfern die Bauern die Fronleistungen verweigerten und die Forderung stellten, es sollte nur ein Tag Spanndienste jährlich verlangt werden.²⁹ Im Gebiet des ehemaligen Klosters Himmelpfort scheint

22 Vgl. *Grossmann, Friedrich*, a. a. O., S. 12; *Hoppe, Willy*, Kloster Zinna. Ein Beitrag zur Geschichte des ostdeutschen Koloniallandes und des Cistercienserordens, München-Leipzig 1914, S. 141 f.

23 *Schmidt, Rudolf*, Die Herrschaft Friedland, Bad Freienwalde 1928, S. 172 f.

24 *Maybaum, Heinz*, a. a. O., S. 133 f.

25 LHA Potsdam, Rep. 7, Nr 154, Bl. 3f.

26 Ebenda, Bl. 14.

27 *Hoppe, Willy*, a. a. O., S. 142.

28 *Maybaum, Heinz*, a. a. O., S. 134.

29 *Klemm, Volker*, Bauernbewegungen des 16. Jahrhunderts im Markgraftum Oberlausitz, in: *Lëtöpis*, Reihe B, 3. Jg. 1958, S. 27 f. u. 37 f.

die Bedrückung der Bauern ebenfalls zugenommen zu haben, denn 1551 beschwerten sich Bauern aus Thymen und Bredereiche beim Kurfürsten, weil Hans von Arnim sie mit ungewöhnlichen Diensten belaste.³⁰ Daß Diensterhöhungen in der Kurmark keine Einzelercheinung waren, kann aus dem Landtagsabschied von 1550³¹ geschlossen werden, in dem es hieß, „die Leute jedes Orts“ sollten „dienen wie vor alters“. Dieser Passus wandte sich dagegen, daß das Kammergericht „Abscheide gegeben, darinnen den Bauern gesetzte Dienste gemachet“. Damit wäre den Bestrebungen, die Arbeitsrente zu erhöhen, ein Riegel vorgeschoben worden.

Eine weitere wichtige Quelle, das Erbregister des Klosters Himmelpfort und des Hauses Badingen aus dem Jahre 1574, ergänzt und stützt die bisherigen Feststellungen. Fest steht dieser Quelle zufolge, daß fast alle Schulzen Dienste zu leisten hatten. Der Schulze zu Bredereiche zum Beispiel „muß dienen mit wagen und pferden, so oft Ihme zugesagt wirdt“³². Für welche Arbeiten diese Dienste verwandt wurden, ist nicht zu ersehen. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, daß sie nicht für die Feldbestellung und für Erntearbeiten genutzt wurden. Ähnliches müssen wir auch von den Diensten der Müller annehmen, soweit sie zu solchen verpflichtet waren. So mußte zum Beispiel der Müller zu Altthymen „so oft Ihme zugesagt wirdt, mit wagen vnd pferden“ dienen.³³ Auffällig ist dagegen, daß bei der Aufführung der Verpflichtungen der Bauern und Kossäten die Dienste ungenannt bleiben. Lediglich die Hinweise beim Dorf Rutenberg ermöglichen es uns, eine Erklärung dafür zu finden. Dort heißt es: „Die Kossäten müssen *über die geburende* handdienste das feld Castabel helfen mit den oxsen vmbbringen.“³⁴ Für gewöhnlich hatten die Kossäten in Rutenberg offenbar nur Handdienste zu leisten; außerdem wurden aber von ihnen – und das scheint ein besonderer Fall zu sein – einige Spanndienste verlangt. Wir müssen demzufolge annehmen, daß die Hand- und Spanndienste der Bauern und Kossäten als selbstverständliche Verpflichtung angesehen und deshalb im Erbregister nicht besonders aufgeführt wurden. Dagegen wurden alle Fälle erwähnt, die von den üblichen Gepflogenheiten abwichen. So hieß es beispielsweise bei Altthymen: „Müssen zum hause furstenberge VI schfl. Roggen vnd

30 Siebarth, Werner, Der Uckermärkische Adel zur Zeit Joachims II. Ein Beitrag zur Geschichte der Uckermark im 16. Jahrhundert, Berlin o. J., S. 8.

31 *Corpus Constitutionum Marchicarum*, hg. v. Christian Otto Mylius, Berlin-Halle 1751, T. 6, 1. Abt., Nr 29, Sp. 90.

32 Riedel's *Codex diplomaticus Brandenburgensis*, 1. Hauptteil, Bd 13, a. a. O., S. 118. – Ähnliche Angaben werden auch bei den Schulzen von Alt- und Neuthymen, Mildeberg, Storkow und Sommerfeld gemacht.

33 Ebenda, S. 119. – Die gleiche Verpflichtung oblag dem Müller zu Bredereiche. Bei dem Müller zu Lychen dagegen wurde ausdrücklich gesagt, er müsse das Korn verfahren helfen (ebenda, S. 116).

34 Ebenda, S. 119 (Hervorhebung von mir – G. V.). – Auch hier bietet sich wieder die Erklärung an, daß die Bearbeitung von Dienstcaveln der Arbeitsrente zugrunde lag.

VI schfl. haffer vnterbringen widerumb abmeihen vnd in die Scheune furen. Müssen einen Tagk heugras meihen vnd zusammen bringen. Vnd müssen II Tage handdienste Iherlich thun was ihnen auferlegt wirdt zum hause furstenberg.“³⁵ Der Zusatz, „Auss was vrsachen sie . . . die dinste leisten müssen Ist Ihnen den Zeugen vnbewust gewesen“³⁶, deutet darauf hin, daß es sich um zusätzliche Verpflichtungen gehandelt hat. Bei Neuthymen, wo die Untertanen die gleichen Arbeiten verrichten mußten, wurde noch besonders hervorgehoben, daß dies „außerhalb der Amtsgebuhr“ geschehe.³⁷

Sehen wir uns noch einige weitere Fälle an. Die Untertanen zu Röddelin mußten ihre Dienste nach Brünnenwalde leisten.³⁸ Das Haus Badingen hatte auf „zwe pflugdinst“ in Ribbeck Anspruch.³⁹ Bei Storkow wird darauf hingewiesen, daß die Dienste der Kurfürst nutzte und „die Storkauischen Außerhalb des Amts dinen“ mußten.⁴⁰ Das Dorf Sommerfeld gehörte zwar „mit allen gnaden, gerechtigkeiten vnd herligkeiten“ zum Kloster Himmelpfort, aber ungeachtet dessen mußten die Untertanen „denen von Redern des Jhars ettliche Tage dinen“.⁴¹ Lediglich das Dorf Krumbeck scheint von den allgemeinen Dienstleistungen befreit gewesen zu sein, denn es heißt, daß „dar Inne die hertzogen zu Mecklenburg etc. nuhr ettliche dinste zur Jagdtfure haben vnd gebrauchen, dieweill dasselbige dorff . . . Im lande zu Mecklenburgk belegen.“⁴² In allen Fällen wurden also nur besondere Regelungen registriert. Die Umstände, unter denen dies geschah, lassen erkennen, daß die Leistung von Hofdiensten zu den ständigen Gepflogenheiten zählte, zumal es auch keine Hinweise dafür gibt, daß die bereits hundert Jahre zuvor quellenmäßig belegten Dienste wieder weggefallen wären. Daß Hofdienste von allen Bauern und Kossäten geleistet wurden, dürfte demnach als gewiß anzusehen sein. Wie umfangreich diese waren, bleibt indessen weiterhin ungewiß. Die Angaben bei Alt- und Neuthymen – obwohl sie nicht alle Verpflichtungen erfassen – lassen jedoch erkennen, daß als Minimum mit mehreren Tagen gerechnet werden muß.

Auch das Register von 1604⁴³, das die Zahl der Hufen und die Höhe der Abgaben verzeichnet, gibt nicht mehr Aufschluß als die bereits bekannten Quellen. Bei jedem der aufgeführten Bauer wurde notiert, daß er die „Dienste“ tue; bei den Kossäten ist von „allerlei Hand- und Fußdiensten“ die Rede.⁴⁴ In diesen Feststellungen erschöpfen sich die Auskünfte des Registers im wesentlichen, denn was darüber hinaus zu entnehmen ist, betrifft wieder Sonderfälle. Hierzu ge-

35 Ebenda.

36 Ebenda.

37 Ebenda, S. 120.

38 Ebenda, S. 121.

39 Ebenda, S. 125.

40 Ebenda, S. 121.

41 Ebenda, S. 122.

42 Ebenda, S. 123.

43 LHA Potsdam, Rep. 7, Nr 156.

44 Ebenda, Bl. 2f., 4f. u. 14f.

hörten zum Beispiel die Reisen, die einige Schulzen zu tun hatten.⁴⁵ Eine Ausnahme stellte auch die den Kossäten zu Badingen gegebene Auflage dar, daß sie „eine Jahr Zeit einen Tagk mit d(em) pflugk dienen, sonsten arbeit⁴⁶ thun.“⁴⁷ Dazu hatten sie noch eine Kornfuhr zu tätigen. Bei einem Einhüfner zu Storkow wurde ausgeführt, daß er jährlich vier Reisen nach Havelberg leisten mußte.⁴⁸ Von dem Schneider in Zabelsdorf hieß es: „Dienet sonsten nichts als vfm Tasse vnd Flachss Ristenn.“⁴⁹

Trotz der lückenhaften Quellenaussagen ist die Leistung von Hofdiensten seit dem Ende des 15. Jahrhunderts ohne Zweifel nachzuweisen. Im 16. Jahrhundert wurden diese mehr und mehr zu einer steigenden Belastung, wobei mehrere Tage – eine genauere Bestimmung ist nicht zu treffen – das übliche Maß darstellten. Möglicherweise ist deren Zahl gar nicht immer genau festgelegt gewesen. In manchen kurmärkischen Dörfern war in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und in den Jahrzehnten vor dem Dreißigjährigen Krieg die Höhe der Dienste fixiert.⁵⁰ Allgemein bestand die Tendenz, die Zahl der Dienstage zu erhöhen.⁵¹ Häufig begegnet uns aber auch, daß sie ungemessen und die Bauern der Willkür des Gutsherrn ausgeliefert waren.⁵² Aufschlußreich ist, was Brinkmann über das Dienstverhältnis der beiden 1631 zum Gute Wustrau

45 Ebenda, Bl. 25, 43, 75, 87.

46 Offenbar Handarbeit, also Handdienste.

47 Ebenda, Bl. 13.

48 Ebenda, Bl. 51.

49 Ebenda, Bl. 84.

50 *Schmidt, Rudolf*, Die Herrschaft Friedland, a. a. O., S. 179, zitiert das Friedländische Erbregister von 1587, wonach die Bauern von Ringenwalde drei Tage jährlich „mit unterstämmigen Pferden und mit dem Pflug“ und die Kossäten „mit der Sense oder wie man sie begehret jährlich in der Ernte einen Tag“ dienten, wobei zeitweise mehrere Personen gestellt werden mußten.

51 1567 beklagte sich die Gemeinde Manschnow in einem Prozeß, daß die Bauern zuerst 6 Tage in der Ernte dienen mußten. Dann habe sie aber der Gutsherr gezwungen, „daß wir ihn den ganzen Agst hindurch So lange haben dienen müssen, bis er sein Korn und Heu alles aufgebracht.“ (Zit. nach *Grossmann, Friedrich*, a. a. O., S. 39 Anm. 5.)

52 In Heckelberg waren die Bauern nach dem Erbregister von 1590 „schuldig zum Ackerbau zu dienen und sonsten allerlei Fahrreisen zu tun, wobei man sie benötigt“. Für die Kossäten traf das gleiche bezüglich der Handdienste zu. (*Schmidt, Rudolf*, Sechs Höhendörfer im Kreise Oberbarnim, Bad Freienwalde 1926, S. 119.) Die Steinfurter Bauern mußten nach dem Biesenthaler Erbregister von 1595 „mit Pferden und Wagen zum Ackerbau und sonst dienen, wozu man sie benötigt“. (*Derselbe*, Das Finowtal in Sage und Geschichte, Sitte und Brauch, Eberswalde 1924, S. 125.) Das Erbregister von Groß-Ziethen von 1649 besagte gleichfalls, daß die Hufner „so ofte Ihnen zue hoffe geboten wirdt, undt wohin man daß begehret, mit Pferden und Wagen dienen“. (*Wille, Ulrich*, Die ländliche Bevölkerung des Osthavellandes vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Bauernbefreiung, Berlin 1937, S. 85.) Siehe auch *Schultze, Johannes*, Die Prignitz, Köln-Graz 1956, S. 179f.

gehörenden Bauern in Brunne schreibt: „Von den Diensten wird die Unge- messenheit klar ausgesprochen: Sie ‚haben keinen Nahmen, besonders sie müssen dienen wenn und wie oft es ihnen angesagt wird‘. Der Folgesatz, ‚der Woche über oftmals 2 oder 3 Mal‘, ist also juristisch der durchaus nicht bindende Ausdruck eines von der Herrschaft einseitig beobachteten Her- kommens.“⁵³

Werfen wir einen Blick auf die angrenzenden Territorien, so rundet sich das Bild ab. In Mecklenburg war nach Maybaum um die Mitte des 16. Jahrhunderts ein Tag Dienst in der Woche das übliche; seit Ausgang des 16. Jahrhunderts bildeten zweitägige Hofdienste das Mindestmaß, und in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts überwogen schon bei weitem die dreitägigen Dienste.⁵⁴ Die Situation im Domanium war etwas günstiger, doch auch hier stiegen die Dienste von nur einigen Tagen im Jahr um die Mitte des 16. Jahrhunderts auf wöchentlich ein bis zwei Tage am Ende des Jahrhunderts.⁵⁵ In der Ober- lausitz verstand man im 16. Jahrhundert unter „vollen landesüblichen Diensten“ zwei bis drei Tage in der Woche, aber schon zu Beginn des 17. Jahr- hunderts wurden sie als tägliche Dienste definiert.⁵⁶ Für die Neumark liegt ein kurfürstliches Reskript von 1572 „wegen der Bauerndienste“ vor, das der Willkür der Gutsherren entgegentrat, „die armen Leuthe über die 2 Tage mit noch mehrern Diensten gar ausmatten zu lassen.“⁵⁷ Das Streben der Guts- herren war also bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts darauf ge- richtet, mehr als zwei Tage wöchentlich zu fordern. Hinsichtlich der wich- tigen Erntedienste wurde ihnen zugestanden: „Im Augste aber müssen sie einaugsten helfen, so lange man ihrer bedarff, und soll ein jeder von Adel doch in demselben die christliche und billige Maaß halten, daß die armen Leuthe um seines Kornes willen, das ihre im Felde nicht dörrffen stehen lassen.“⁵⁸ Die Verhältnisse in der Kurmark dürften sich davon nicht wesentlich unter- schieden haben.⁵⁹ Grossmann kommt zum Beispiel zu dem Ergebnis: „Wie in

53 *Brinkmann, Carl*, Wustrau. Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Rittergutes, Leipzig 1911, S. 32.

54 *Maybaum, Heinz*, a. a. O., S. 176f.; *Mager, Friedrich*, Geschichte des Bauern- tums und der Bodenkultur im Lande Mecklenburg, Berlin 1955, S. 86.

55 Ebenda, S. 87; vgl. auch *Steinmann, Paul*, Bauer und Ritter in Mecklenburg. Wandlungen der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse im Westen und Osten Mecklenburgs vom 12./13. Jahrhundert bis zur Bodenreform 1945, Schwerin 1960, S. 149f.

56 *Šolta, Jan*, Die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft des Klosters Marienstern, Bautzen 1958, S. 23; vgl. auch *Klemm, Volker*, a. a. O., S. 54.

57 *Corpus Constitutionum Marchicarum*, a. a. O., Nr 33, Sp. 101f.

58 Ebenda.

59 Wenn auch bei der Schilderung der Dienstverpflichtungen der Untertanen von Lichterfelde von 1614 nicht gesagt wird, wieviel Tage für diese Arbeiten veranschlagt wurden, vermittelt doch die Übersicht über die zu verrichtenden Arbeiten einen Eindruck von dem etwaigen Umfang der Arbeitsleistung: „Die

ganz Deutschland, so dürfte auch in der Mark die Zeit vor dem 30jährigen Kriege diejenige gewesen sein, in der sich die Fronden immer mehr verallgemeinerten, um schließlich vielfach zu ungemessenen zu werden.“⁶⁰

Mit dem Dreißigjährigen Krieg beginnt eine neue Periode in der Gestaltung der bäuerlichen Dienstverhältnisse. Infolge der großen Menschenverluste, der Flucht vieler Bauern und der Vernichtung zahlreicher Produktionsmittel war die Beschaffung von Arbeitskräften für die Bearbeitung des Gutslandes ein besonderes Problem geworden. Nach Franz haben wir für die Mark Brandenburg mit einem Verlust von etwa 50 Prozent der Bevölkerung zu rechnen.⁶¹ Auch die Besitzungen der von Trotte waren schwer getroffen worden. „Die Dörfer in der Gegend von Lychen standen völlig leer, und bis zum Jahre 1642 findet sich gar keine Spur, daß ein Mensch in denselben anzutreffen gewesen wäre“, schreibt F. M. de la Pierre in seiner Geschichte der Uckermark.⁶² Wenn diese Ausführungen auch nicht quellenmäßig belegt werden, so lassen sie doch das Ausmaß der Zerstörungen und Verwüstungen ahnen. Neuthymen wurde völlig zerstört und als Dorf in der Folgezeit nie wieder aufgebaut. Auch Rutenberg wurde von Tillys Truppen verwüstet und die Mehrzahl der danach noch übriggebliebenen Bewohner von der Pest hinweggerafft. Einige Jahrzehnte nach dem Krieg waren große Teile der Feldmark noch nicht wieder unter den Pflug genommen, sondern mit Bäumen und Strauchwerk bewachsen.⁶³ Zahlreiche Bauern- und Kossätenstellen waren von ihren Besitzern verlassen worden. Ein Teil dieser Untertanen war in die umliegenden Städte geflüchtet und hatte dort Schutz gesucht. So lassen sich zum Beispiel 1645 in Templin sechs ursprünglich von den von Trotte abhängige Untertanen nachweisen, die

Hüfner müssen den Acker mit aller Ernte beackern, bessern, misten, denselben aus der Schäferei und dem Hofe abführen, nur daß der Junker den Acker eggen läßt. Item das Winter- und Sommergetreide mit den Kossäten wechselweise, wie auch das Gras abmähen, aufsammeln, einführen, wie sie vor alters schuldig und bisher getan haben . . . Sie müssen auch Reisen mit Wagen, Pferden und zu Fusse, wofür man sie begehret, nach der Reihe leisten . . .“ (*Schmidt, Rudolf*, Das Finowtal in Sage und Geschichte, Sitte und Brauch, a. a. O., S. 163f.) In ähnlicher Weise wurden in dem Hauptbuch des Zinnaer Amtsschreibers von 1642 eine Vielzahl von Arbeiten aufgeführt, die von den dem Amt verpflichteten Bauern und Kossäten geleistet werden mußten. Dazu gehörten außer der Feldbestellung und den Erntearbeiten vor allem Getreidefahren, aber auch der Holz-, Bier- und Fischtransport sowie Dienste bei der Weinlese. (*Sturtevant, Erich*, Chronik der märkischen Dörfer Felgentreu und Mehlsdorf, Jüterbog 1940, S. 65–72).

⁶⁰ *Grossmann, Friedrich*, a. a. O., S. 39.

⁶¹ *Franz, Günther*, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk, Jena 1940, S. 20ff., bes. S. 25.

⁶² *Pierre, F. M. de la*, Ausführliche Geschichte der Uckermark, nach Urkunden bearbeitet, Prenzlau 1847, S. 207.

⁶³ *Schmidt, Rudolf*, Auf den Ruinen des 30jährigen Krieges, in: Templiner Kreis- kalender, 6. Jg. 1938, S. 83f. Vgl. auch *Harnisch, Hartmut*, a. a. O., S. 128f.

in der Stadt Beschäftigung gefunden hatten. In Zehdenick treffen wir auf vier und in Lychen auf drei ehemalige Untertanen der von Trotte.⁶⁴ Da von der Arbeitskräftebeschaffung der Betrieb der gutsherrlichen Eigenwirtschaften abhing, setzten die Gutsherren alle Mittel in Bewegung, um die Untertanen zurück-zuholen.⁶⁵ Daneben konzentrierten sie sich vor allem auf die Erhöhung der bäuerlichen Dienstleistungen.

Leider fehlen uns aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts jegliche Quellen für unser Gebiet, die es ermöglichen, die Entwicklung konkret zu verfolgen. Wir können uns nur an der „Beschreibung derer vormahlen v. Trottschen zu Himmelpforth gehörigen Dörffer“ von 1727 und an späteren Aussagen orientieren, die einige Aufschlüsse über die vorhergehenden Jahrzehnte geben. 1731 erbat der Beamte des Amts Badingen eine Verordnung, derzufolge die Untertanen zu Altthymen, Bredereiche, Ribbeck, Rutenberg und Zabelsdorf „nach wie vor und wie zu des von Trott Zeit, so oft sie verlangt werden“, den Dienst verrichten sollten.⁶⁶ Wie aus zahlreichen Angaben hervorgeht, bedeutet „so oft sie verlangt werden“ eine Dienstleistung von wöchentlich sechs Tagen. Das ist zum Beispiel für Altthymen⁶⁷, Badingen⁶⁸, Bredereiche⁶⁹ und Rutenberg⁷⁰ belegt. In Ribbeck und Zabelsdorf dienten die Bauern „wöchentlich vier Tage, in der Gerste Saath und von Johannis bis Martini aber die gantze woche, dessgleichen auch im Aust und bey dem heuen selbender.“⁷¹ Die Bauern in Röddelin dagegen waren nur verpflichtet, 14 Tage bei der Wintersaat zu eggen, eine

64 *Durow, Johann Georg*, Die Landflucht im Dreißigjährigen Kriege in der Uckermark, in: Der deutsche Roland, 28. Jg. 1940, H. 5/6, S. 108f. – Hier einige Beispiele: „Clara Bremers dienet bey Falckenhagen, gehöret nacher Storkow unterm Herrn Ob. Trotten . . . ist eine Magdt“ (ebenda, S. 108), „Peter Föge dienet bey Jurgen Fedelern gehöret nach Röddelin unter den von Trotten“ (ebenda, S. 108), „Brose Bohres gehöret unter den von Trotten ein Arbeitsmann alhier“ (ebenda, S. 109), „Lise Kroness des Schultzen Tochter aus Bredereiche unter dem von Trotten dienet bey Jurgen Krienen“ (ebenda, S. 109). Die umliegenden Städte selbst waren weitgehend entvölkert. In Templin waren von den 309 Feuerstellen des Jahres 1625 im Jahre 1643 noch 40 vorhanden, in Lychen von 224 noch 29. (*Behre, Otto*, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 58.)

65 *Durow, Johann Georg*, a. a. O., S. 107; *Schultze, Johannes*, Die Menschennot in der Uckermark nach dem 30jährigen Kriege und die rechtliche Lage der Bauern, in: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau, 5. Jg. 1930, S. 42f.

66 LHA Potsdam, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 289f.

67 Ebenda, Rep. 7, Nr 157, Bl. 17.

68 Ebenda, Bl. 45.

69 Ebenda, Bl. 1f.; ebenda, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 277, 286 u. 312.

70 Ebenda, Bl. 282; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 10, Nr 79, Bl. 4.

71 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 298; vgl. auch ebenda, Rep. 7, Nr 157, Bl. 70 u. 77.

Wiese zu mähen und in der Roggenernte drei Tage einzufahren.⁷² Im allgemeinen hatten die Untertanen in den Dörfern der von Trotte also sechs Tage wöchentlich zu dienen. Daß dieses Maximum aber nicht immer verlangt wurde, zeigt das Beispiel von Badingen. Die dortigen Untertanen gaben an, daß sie „dem Sel. H. v. Trott die woche nur 4 Tage gedienet“ hätten.⁷³ Auch hätten sie „statt der Spann Dienste, so itzo die gantze Woche durch von ihnen gefordert würden, vormahls dann und wann nur Hand Dienste“ geleistet.⁷⁴ 1727 war bereits in manchen Dörfern an die Stelle der Dienste ein Dienstgeld getreten.⁷⁵ Die Kossäten zu Bredereiche, die Halbbauern zu Altthymen, die Vollbauern zu Mildenberg, die Halbbauern und Kossäten zu Rutenberg, die Untertanen zu Sommerfeld und Storkow gaben nur noch ein Dienstgeld.⁷⁶ Den Röddelinern oblag noch die Leistung einiger besonderer Dienste, den Rest beglichen sie mit dem Dienstgeld.⁷⁷ Da bei Bedarf wieder der Dienst verlangt werden konnte und dann das Dienstgeld wegfiel, war faktisch eine Reserve an Arbeitskräften geschaffen worden, mit deren Hilfe die Gutsherren sich über alle unvorhergesehenen Schwierigkeiten hinweghelfen konnten.

Die Erhöhung der Dienste hatte sich bis zur Jahrhundertwende in der Kurmark weitgehend durchgesetzt. Auf jeden Fall wurde in der wichtigsten Zeit, den Erntewochen, die bäuerliche Arbeitskraft voll – das heißt sechs Tage in der Woche – in Anspruch genommen. In Tornow hatte zum Beispiel ein Hufner – wie dem Hofbrief von 1694 zu entnehmen ist – wöchentlich drei Tage mit Gespann zu dienen, in der Heuernte dagegen viereinhalb und in der Kornernte sechs Tage zu Fuß oder mit Gespann. Von den Kossäten wurden wöchentlich fünf Tage Handarbeit und in der Ernte gleichfalls sechs Tage verlangt.⁷⁸ Einem Protokoll von 1703 zufolge „bekennen die zu Cunersdorf gehörigen Untertanen von Alt-Wriezen, sie müßten $\frac{3}{4}$ Jahr wöchentlich 3 Tage, das Erntevierteljahr aber 6 Tage dienen, und zwar mit der Hand, wie sie geboten würden, in Grasmähen, Heuen und Harcken.“⁷⁹ Diese Verhältnisse unterscheiden sich noch erheblich von der Situation der Mecklenburger oder Lausitzer Bauern. Mager führt eine Reihe von Fällen an, die außerordentlich eindrucksvoll zeigen, daß die mecklenburgischen Bauern in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg in größtem Maße zu Arbeiten auf den Eigenwirtschaften herangezogen

72 Ebenda, Bl. 12.

73 Ebenda, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 199, vgl. auch Bl. 243.

74 Ebenda, Paket 5, Nr 2, Bl. 96.

75 Wann die Umwandlung der Dienste in ein Dienstgeld erfolgte, ist nicht bekannt.

76 Ebenda, Rep. 7, Nr 157, Bl. 4f., 15f., 19f., 30f., 47f. u. 58f.

77 Ebenda, Bl. 6af.

78 *Passow, Siegfried*, Ein märkischer Rittersitz, Bd 1, Eberswalde 1907, S. 119f. – Ähnlich lautet auch die Verpflichtung in einem Hohenfinower Hofbrief (vgl. ebenda, Bd 2, Berlin 1907, S. 272).

79 *Schmidt, Rudolf*, Die Herrschaft Eckardstein, Bd 1, Bad Freienwalde 1926, S. 16.

wurden.⁸⁰ Auch in der Niederlausitz hatten sich ganz ähnliche Verhältnisse herausgebildet. Ein Rezeß von 1677 über die Untertanendienste in Straupitz besagt, daß die Kossäten verpflichtet sind, alle Tage die Hofdienste zu verrichten.⁸¹ In Zieckau wurden das ganze Jahr hindurch wöchentlich vier Tage Spann- und zwei Tage Handdienste gefordert, wie der Besitzer des Dorfes 1693 auf eine Anfrage mitteilte.⁸² In der Oberlausitz wurde schon unmittelbar nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges entschieden, daß die Bauern die ganze Woche zur Arbeit herangezogen werden können.⁸³

Mit der Ausdehnung der Dienste bis zu sechs Tagen in der Woche in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts hatte die Arbeitsrente das für jeden Gutsherrn erstrebenswerte Ausmaß erreicht. Den Eigenwirtschaften standen jetzt so viele Arbeitskräfte zur Verfügung, wie für die Bearbeitung des Bodens, die Durchführung der Erntearbeiten, den Transport des Getreides und alle anderen anfallenden Arbeiten benötigt wurden. Wir möchten annehmen, daß in unserem Gebiet die Ausdehnung der Dienste auf sechs Tage in der Woche nicht unmittelbar nach dem Kriege erfolgte oder zumindest nicht sofort in allen Dörfern zu einer allgemeinen Erscheinung wurde, sondern sich erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts voll durchsetzte, da die Untertanen durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen worden waren, ihre eigenen Wirtschaften aufgebaut und die verlassenen Hofstellen wieder besetzt werden mußten. Wenn auch die Eigenwirtschaften durch eingezogene Bauernstellen nur unbedeutend vergrößert worden waren, hatten doch die Hofdienste erheblich an Umfang zugenommen, denn die zu bearbeitende Ackerfläche wurde ausgedehnt, indem in den Jahrzehnten bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts verstärkt unbebautes Land wieder unter den Pflug genommen wurde. Darüber hinaus gewann bei dem Mangel an freien Arbeitskräften, dem Interesse an der Rationalisierung der Wirtschaft und dem Anreiz zur Steigerung der Produktion angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl die Fronarbeit für die Gutswirtschaften noch an Bedeutung. Sie legten nicht nur Wert darauf, den Boden mittels Hofdiensten bearbeiten zu lassen, sondern darüber hinaus auch eine Reserve an Arbeitskräften zur Verfügung zu haben. Die Arbeitskraft der Dorfbevölkerung wurde „in immer größerem Umfange unmittelbar auf den Gütern der Feudalherren eingesetzt.“⁸⁴

Das Jahr 1728 stellt für unser Untersuchungsgebiet einen entscheidenden Einschnitt dar, weil von diesem Zeitpunkt ab der ehemals adlige und nun an den

80 Mager, Friedrich, a. a. O., S. 187f. u. S. 192f. — Mager schreibt: „Der Hauptzweck des Daseins der Leibeigenschaftsbauern war die Leistung der ungemessenen Frondienste für die Grundherrschaft“ (ebenda, S. 187).

81 Lehmann, Rudolf, Quellen zur Lage der Privatbauern in der Niederlausitz im Zeitalter des Absolutismus, Berlin 1957, S. 31.

82 Ebenda, S. 53.

83 Boelcke, Willi, Bauer und Gutsherr in der Oberlausitz, Bautzen 1957, S. 84.

84 Mottek, Hans, a. a. O., S. 349.

Landesherrn gefallene Besitz als Domänenamt bewirtschaftet und verpachtet wurde. Hinsichtlich der Belastung der Bauern und Kossäten mit Hofdiensten ergibt sich für die folgenden Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts ein weitaus differenzierteres Bild als für die vorhergehende Zeit. Von den elf Dörfern des Amtes waren 1728 noch acht zur Leistung regulärer Hofdienste verpflichtet, während zwei nur Hilfsdienste leisteten und in einem Dorf ausschließlich Dienstgeld gezahlt wurde. Aber auch dort, wo volle Dienste geleistet wurden, lassen sich zahlreiche Unterschiede in der Belastungshöhe feststellen. Diese Entwicklung können wir wesentlich besser verfolgen als die Gestaltung der Dienstverhältnisse in den vorhergehenden Jahrhunderten, weil die Dienste jetzt in besonderen Dienstregistern festgehalten wurden, die einen umfassenden Einblick in die im 18. Jahrhundert herrschenden Verhältnisse gestatten. Um einen Überblick zu gewinnen, wollen wir zuerst die Belastung der einzelnen Dörfer aufführen.

Am längsten mußten die Untertanen zu *Badingen*, *Mildenberg* und *Zabelsdorf* ihre Hofdienste in natura verrichten, wie die folgenden Beispiele beweisen:

Jahr	Bauern	Halbbauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Badingen⁸⁵</i>
1728	6 (298)	5 (255)	6 (298)	
1736	6 (298)	3 (149)	6 (298)	
1763	5 (255)	2,5 (130)	5 (255)	
1803	5 (255)	2,5 (130)	5 (255)	

Die wichtigste Änderung, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts eintrat, war die Herabsetzung der Dienste der Bauern und Kossäten um einen und der Dienste der Halbbauern um einen halben Tag. Es fällt auf, daß die Halbbauern 1728 noch fünf Tage dienen mußten, obwohl es üblich war, daß nur die Hälfte der von einem Vollbauern geleisteten Dienste von ihnen gefordert wurde. 1736 ist dieses Mißverhältnis korrigiert.

Jahr	Bauern	Halbbauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Mildenberg⁸⁶</i>
1728	6 (298)	3 (149)	6 (298)	
1736	6 (298)	3 (149)	6 (298)	
1763	3 (156)	2,5 (130)	5 (255)	
1803	3 (156)	2,5 (130)	5 (255)	

85 LHA Potsdam, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 52; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 118f., Nr 4, Bl. 144 u. Nr 8, Bl. 277f. — Die Zahl vor der Klammer gibt die Hofdienstage pro Woche an, die Zahl in der Klammer pro Jahr. Werden zwei Zahlen vor der Klammer aufgeführt, so bedeutet die erste die Zahl der Tage pro Woche im Erntequartal (24. Juni — 29. September), die zweite die Zahl der Tage pro Woche in den übrigen Quartalen. Die Zahlen für die Bauern bedeuten Spanndienste, die für die Kossäten Handdienste.

86 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 53; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 121f., Nr 4, Bl. 145 u. Nr 8, Bl. 284. — Zu den Zahlen vgl. Anm. 85.

Wie die Tabelle zeigt, wurden in Mildenberg die Dienste um die Mitte des 18. Jahrhunderts gleichfalls reduziert, bei den Bauern sogar um drei Tage. Bei den Kossäten dagegen verringerte sich die Zahl nur um einen Tag und bei den Halbbauern nur um einen halben Tag. Eine so weitgehende Verringerung der Zahl der Hofdienste wie bei den Mildenberger Bauern finden wir in keinem anderen Dorf unseres Untersuchungsgebietes.

Jahr	Bauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Zabelsdorf⁸⁷</i>	
1728	6/4 (234)	6/4 (234)		
1736	6/4 (234)	6/4 (234)		
1763	5/4 (221)	5/4 (221)		
1803	5/4 (221)	5/4 (221)		

Hier begegnen wir zum erstenmal dem Fall, daß zwischen dem Erntequartal und den übrigen Quartalen differenziert wurde. Dabei kam es dem Pächter selbstverständlich darauf an, in der Erntezeit die größere Zahl von Diensten zur Verfügung zu haben.

Die drei Dörfer hatten eines gemeinsam: die – wenn auch unterschiedliche – Einschränkung der Hofdienste um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Der Umfang des Rückgangs der Hofdienste ist am besten zu ersehen, wenn wir die Summe der Hofdienste in den einzelnen Dörfern betrachten:

*Gesamtanzahl der Dienstage in Badingen, Mildenberg und Zabelsdorf
(Handdienste = H, Spanndienste = S)*

Jahr	Badingen		Mildenberg		Zabelsdorf	
1728	1047 H } 4572 S }	5619	894 H } 6705 S }	7599	468 H } 2106 S }	2574
1736	894 H } 4619 S }	5513	894 H } 6705 S }	7599	468 H } 2106 S }	2574
1763	765 H } 3960 S }	4725	765 H } 3536 S }	4301	442 H } 1989 S }	2431
1803	765 H } 3960 S }	4725	765 H } 3536 S }	4301	442 H } 1989 S }	2431

Wie die Aufstellung zeigt, ist in allen drei Dörfern eine – zum Teil recht beträchtliche – Verringerung der Hofdienste im 18. Jahrhundert festzustellen. In Zabelsdorf ging die Zahl der Dienste von 1728 bis 1803 um 143 Tage, in Badingen um 894 Tage und in Mildenberg sogar um 3298 Tage zurück.

⁸⁷ Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 54; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 84 u. 128f., Nr 4, Bl. 149 u. Nr 8, Bl. 287. – Zu den Zahlen vgl. Anm. 85.

Ganz ähnlich verlief die Entwicklung auch in einigen anderen Dörfern. Dort kam es aber bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Umwandlung der Arbeitsrente in eine Geldleistung. Das war zum Beispiel in *Ribbeck*, *Rutenberg* und *Althymen* der Fall.

Jahr	Bauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Ribbeck</i> ⁸⁸	
1728	6/4 (234)	6/4 (234)		
1736	6/4 (234)	6/4 (234)		
1763	5/4 (221)	5/4 (221)		

Nachdem auch hier zunächst eine Verkürzung der Dienste vorgenommen worden war, wurden die Bauern und Kossäten 1778 ganz von ihnen befreit, da das Vorwerk Ribbeck, dem sie ihre Dienste leisteten, in diesem Jahr in Erbpacht gegeben wurde und damit keinen Anspruch mehr auf die Arbeitsrente hatte. An die Stelle des Dienstes trat nunmehr ein entsprechendes Dienstgeld.⁸⁹

Jahr	Bauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Rutenberg</i> ⁹⁰	
1728	6 (298)	6 (298)		
1736	5/4 (221)	5/4 (221)		
1763	(54)	5/4 (221)		
1795	(27)	2,5/2 (110,5)		

Die Reduzierung der Dienste wurde hier bereits früher als in den bisher genannten Dörfern vorgenommen und – ein solcher Fall begegnet uns zum erstenmal – die Fronleistung der Bauern und Kossäten auch in späterer Zeit noch zweimal bedeutend herabgesetzt und statt dessen ein höheres Dienstgeld verlangt. Am Ende des 18. Jahrhunderts wurden auch die letzten Hofdienste in Dienstgeld umgewandelt.⁹¹

Jahr	Bauern	Halbbauern	Kossäten	<i>Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Althymen</i> ⁹²	
1728	6 (298)	6 (298)	—		
1736	5/4 (221)	—	5/4 (221)		
1763	5/4 (221)	—	5/4 (221)		

88 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 54; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 124f. u. Nr 4, Bl. 147.

89 Ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 7, Bl. 97.

90 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 45; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 123f. Nr 4, Bl. 146 u. Nr 7, Bl. 95.

91 Ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 8, Bl. 281; ebenda, Fach 10, Nr 36, Bl. 6.

92 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 45; ebenda 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 127f. u. Nr 4, Bl. 148.

Nach 1763 wurden die Dienste um die Hälfte herabgesetzt, und 1787 kam ein Vergleich zustande, demzufolge die Untertanen auch die restlichen Dienste ablösten, so daß nur noch zwei Tage Hilfsdienste in der Roggenernte übrigblieben.⁹³

Der Umfang des Dienstrückganges in diesen Dörfern gestaltete sich wie folgt:

Gesamtanzahl der Dienstage in Ribbeck, Rutenberg und Altthymen

Jahr	Ribbeck		Rutenberg		Altthymen	
1728	1170 H } 702 S }	1872	596 H } 1788 S }	2384	—	1192 S }
1736	1170 H } 702 S }		221 H } 2431 S }		2652	
1763	1105 H } 663 S }	1768	221 H } 594 S }	815		221 H } 1768 S }
1795	— —				110,5 H } 297 S }	407,5

Der Ausfall an Diensten nach 1736 betrug in Ribbeck 104 und in Rutenberg 2244,5 Tage. Der Anstieg der Zahl der Dienste um 797 Tage in Altthymen zwischen 1728 und 1736 resultiert nicht aus einer Erhöhung der Arbeitsrente, sondern ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß einige Bauern neu angesetzt wurden und ein Kossät hinzukam, während die Halbbauern ausfielen. Die Erhöhung der Spanndienste um 643 Tage in Rutenberg zwischen 1728 und 1736 beruht auf der Umwandlung des Dienstgeldes einiger Bauern in Naturaldienste.

In einem einzigen Dorf, in *Bredereiche*, blieb die Höhe der Hofdienste während des ganzen 18. Jahrhunderts unverändert.

Anzahl der Dienstage eines Untertanen in Bredereiche⁹⁴

Jahr	Bauern	Halbbauern	Kossäten
1728	5/4 (221)	2,5/2 (110,5)	5/4 (221)
1795	5/4 (221)	2,5/2 (111)	5/4 (221)

Bei der Einrichtung des Amtes war hier bereits eine Verringerung der Dienste um einen Tag im Erntequartal und um zwei Tage in der übrigen Zeit vorgenommen worden.⁹⁵ Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert wurden die Bredereicher Untertanen von den Dienstleistungen befreit und zahlten nur noch das Dienst-

⁹³ Ebenda, Fach 1, Nr 7, Bl. 95.

⁹⁴ Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 321. Vgl. auch: ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 34 u. 119f. Nr 4, Bl. 144 u. Nr 7, Bl. 144.

⁹⁵ Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 323.

geld, lediglich aushilfsweise dienten sie noch einige Tage.⁹⁶ Bis dahin hatten die Bauern zusammen 1887,5 Spanndiensttage zu leisten gehabt, während die Kossäten 884 Handdiensttage verrichteten.

Von den bisher noch nicht berücksichtigten Dörfern des Amts hatten nur noch die Bauern zu *Krumbeck* reguläre Hofdienste zu leisten. Sowohl 1728⁹⁷ wie auch 1736⁹⁸ waren sie im Dienstregister mit sechs Spanndiensttagen pro Woche eingetragen. Später wurde auch ihnen davon ein Tag erlassen.⁹⁹ Da aber der Weg bis nach Himmelfort, wo sie ihre Dienste ableisten sollten, vier Meilen betrug, hatte man sich darauf geeinigt, daß sie nur jede dritte Woche zum Dienst kamen und in der übrigen Zeit Dienstgeld gaben. So dienten sie also nicht, wie eigentlich zu erwarten, 298 bzw. 255 Tage jährlich, sondern nur 102 Tage und nach der Herabsetzung 85 Tage im Jahr. Ab 1765 zahlten sie nur noch Dienstgeld.¹⁰⁰

In einigen Dörfern waren die Bauern und Kossäten nur noch zu Hilfsdiensten verpflichtet. Zu diesen gehörte *Röddelin*. 1763 wurde vermerkt, daß die Bauern „wegen ihrer geringen Umstände keine wirkliche Hofe Dienste“ tun.¹⁰¹ In den ersten Jahrzehnten nach der Einrichtung des Amts wurden sie dazu angehalten, jährlich 14 Tage zu eggen und in der Ernte drei Tage einzufahren.¹⁰² 1763 erfahren wir, daß sie weiterhin 14 Tage eggen, dazu aber noch vier Tage in der Roggenernte zum Einfahren des Kornes kommen sowie eine Wiese mähen, heuen und das Heu einfahren mußten, wofür nochmals vier Tage gerechnet wurden.¹⁰³ So ergab sich insgesamt die Summe von 22 Tagen Hilfsdiensten im Jahr. Deren Zahl hatte sich also um fünf Tage erhöht. 1779 fielen diese Dienste jedoch weg.¹⁰⁴

Gleichfalls nur Hilfsdienste hatten die Untertanen von *Storkow* zu leisten, wenn diese auch nicht im Dienstregister aufgeführt sind, da sie nicht jedes Jahr gefordert wurden. So wurde ihnen zum Beispiel 1766 auferlegt, neun Tage zu dienen.¹⁰⁵ 1769 verlangte der Pächter von ihnen sechs Handdienste in der Gersten- und Heuernte und in der Saatzeit sieben Spanndienste, insgesamt

96 Ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 8, Bl. 280. – Danach waren sie noch verpflichtet, eine Wiese von 200 Morgen zu mähen und davon das Heu wegzufahren. Außerdem hieß es von der Gemeinde: „sie mähet mit 13 Sensen 2 Tage Roggen, bindet das Getreide in Garben und fahret 270 Stiegen Roggen ein.“

97 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 6, Nr 11, Bl. 46.

98 Ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 40 u. 120f.

99 Ebenda, Fach 1, Nr 4, Bl. 145.

100 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 3, Nr 14, Bl. 1.

101 Ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 4, Bl. 146.

102 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 40 u. Paket 6, Nr 11, Bl. 44; ebenda, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 1, Bl. 51.

103 Ebenda, Fach 1, Nr 4, Bl. 146.

104 Ebenda, Fach 2, Nr 10, Bl. 5.

105 Ebenda, Fach 10, Nr 1, Bl. 5.

also 13 Tage.¹⁰⁶ 1805 erfahren wir, daß sie auch eine Wiese mähen, heuen und das Heu wegfahren mußten, wobei auf jeden Bauern ein Tag Spann- und zwei Tage Handdienste und auf jeden Kossäten zwei Tage Handdienste entfielen.¹⁰⁷

Eine nähere Betrachtung der Verhältnisse in *Sommerfeld* erübrigt sich, da die dortigen Untertanen keine Dienste für die Vorwerke des Amts zu leisten hatten, sondern nur auf dem Vorwerk Beetz im Amt Oranienburg einige Dienste verrichteten. Das Amt Badingen erhielt von ihnen lediglich das Dienstgeld.¹⁰⁸

Überblickt man nach diesen Darlegungen noch einmal die Verhältnisse im ganzen Amt und faßt die regulären Hofdienste zusammen, die in den einzelnen Dörfern zu leisten waren, so ergibt sich folgende Übersicht:

Jahr	Spanndienste	Handdienste	Gesamtsumme	<i>Gesamtanzahl der Dienstage im Amt Badingen</i>
1728	19555,5	5059	24614,5	
1736	20821,5	4752	25573,5	
1763	14899	4403	19302	
1795	11661	2966,5	14627,5	
1803	9485	1972	11457	

Nach den Auskünften der Dienstregister standen den Vorwerken 1736 die meisten Dienste zur Bewirtschaftung ihrer Ländereien zur Verfügung. Vergleicht man diese Angaben mit denen für das Jahr 1803, so zeigt sich, daß die Zahl der Hofdienste in der Zwischenzeit um 11475 Tage zurückgegangen ist. Das bedeutet eine Verringerung der Dienste um etwa 45 Prozent. Diese läßt sich einmal aus der Herabsetzung der Dienste – meist um einen oder zwei und in einem Fall ausnahmsweise um drei Tage wöchentlich – und zum anderen aus der Umwandlung der Arbeitsrente in die Geldrente erklären.

Die Herabsetzung der Dienste erfolgte zunächst nur in Altthymen und Rutenberg, da die Bauern und Kossäten nicht in der Lage waren, ihren Dienstverpflichtungen so nachzukommen, wie man es von ihnen verlangte. Der Beamte Beichau berichtete 1732 an die Kammer über die Situation in beiden Dörfern: „Diese . . . sind die armseligste Ohrter unter der Sonne, die mit ihren ganz miserablen Umständen kaum ihr eigen bisgen Land bestreiten können.“¹⁰⁹ In Altthymen wurden die Dienste um einen Tag pro Woche im Erntequartal und zwei Tage in der übrigen Zeit und in Rutenberg um einen Tag im Erntequartal reduziert. Diese Veränderung hatte wohl der Bericht von 1736 im Auge,

106 Ebenda, Bl. 28.

107 Ebenda, Fach 10, Nr 42, Bl. 20.

108 Ebenda, Fach 1, Nr 1, Bl. 67 u. 125f. u. Nr 4, Bl. 147.

109 Ebenda, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 1, Bl. 278. – Noch 1742 vermerkt ein Bereisungsprotokoll von Altthymen: „Die Armuth dieser Unterthanen ist bekandt . . .“ (ebenda, Paket 5, Nr 4, Bl. 22). Vgl. auch ebenda, Paket 5, Nr 1, Bl. 282 u. Nr 3, Bl. 6.

in dem es hieß: „Die Dienste der Unterthanen haben Wir von neuen nach der Billigkeit und herkommen reguliret . . .“¹¹⁰

Von wesentlich größerer Bedeutung waren die Maßnahmen, die 1748 auf Anordnung Friedrichs II. eingeleitet wurden. In der bekannten Instruktion von 1748 war davon die Rede, daß das Generaldirektorium „auf die Conservation derer Unterthanen mit dem größten Eifer und Application sein Absehen richten und alle nur ersinnliche Mittel anwenden soll, wodurch dieselbe in gutem Fluor erhalten und deren Wohlstand von Tage zu Tage immer mehr befördert werden können.“¹¹¹ Dabei war insbesondere an die „schweren und ganz unerträglichen Dienste“ gedacht, die so eingerichtet werden sollten, „daß, anstatt daß der Bauer jetzo die ganze Woche hindurch dienen muß, derselbe die Woche über nicht mehr als drei oder vier Tage zu Hofe dienen dürfe.“¹¹²

Wie wurde nun in der Praxis verfahren? Nach der Untersuchung der Verhältnisse im Amt Badingen stellte die Kurmärkische Kammer fest: Da das Amt „bishero nicht einmahl zulängliche Dienste gehabt, sondern bereits eigen Gespann halten müssen, so haben wir die 6 Tägige Wochen Dienste nur bis auf 5 Tage reduciren können, weil sonst das Amt nicht vermögend gewesen, ohne gar zu großen Schaden durch Haltung zu viel eigen Gespanns die Wirthschaft zu bestreiten.“¹¹³ Friedrich II. billigte diese seiner Instruktion nicht voll entsprechende Entscheidung widerspruchslos: „Was nun die Unterthanen Dienste betrifft, So approbiren Wir, daß die 6 Tägige Wochen-Dienste nur auf 5 Tage reduciret worden, weilen sonst das Amt die Wirthschaft zu bestreiten, nicht vermögend ist.“¹¹⁴ Der Beamte und Pächter Albinus aber nannte selbst diese Reduzierung um einen Tag „eine harte Condition.“¹¹⁵

Es nimmt sich daher seltsam aus, wenn Hintze konstatiert, daß „in den Maßregeln, die zur Milderung des auf den Bauern lastenden Druckes ergriffen wurden, . . . jene Einschränkung der Frondienste . . . eine ganz hervorragende Rolle“ spielte.¹¹⁶ Der König nahm es offenbar, wie unser Beispiel zeigt, selbst nicht so ernst damit, wenn er auch in seinem Politischen Testament von 1752 selbstbewußt und ohne alle Einschränkungen schrieb: „Ich habe den Bauern die Frondienste erleichtert, die sie ehemals zu leisten hatten. Statt sechs Tage in der Woche, wie früher, haben sie jetzt nur drei Tage zur Frone zu

110 Ebenda, Bl. 3.

111 *Acta Borussica*, Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, Bd 7, Berlin 1904, S. 600.

112 Ebenda, S. 601.

113 LHA Potsdam, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 4, Bl. 233.

114 Ebenda, Bl. 248.

115 Ebenda, Bl. 215.

116 *Hintze, Otto*, Zur Agrarpolitik Friedrichs des Großen, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte*, 10. Jg. 1898, S. 293. — Er fährt dann fort: „Diese Idee ist gewissermaßen das Centrum der agrarpolitischen Reformbestrebungen des Königs: unaufhörlich kommt er darauf zurück“.

arbeiten.“¹¹⁷ Hintze ist dagegen vorsichtiger, wenn er feststellt, der König habe seine Absicht nur auf den Domänen erreicht, nicht aber auf den Rittergütern.¹¹⁸ Zweifellos muß man betonen, daß wir für die Kurmark nicht ausreichend unterrichtet sind¹¹⁹, aber diese Tatsache erfordert es ja gerade, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Unser Beispiel zeigt, daß auch für die Domänen die Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen nicht überschätzt werden darf.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Reduzierung der Dienste um einen Tag für die Bauern und um einen halben Tag für die Halbbauern sowie um einen Tag für die Kossäten, wie es in Badingen und Mildeberg der Fall war, schon eine beträchtliche Erleichterung darstellte. Ebenso verhielt es sich natürlich mit dem einen Tag, der in Ribbeck und Zabelsdorf den Bauern und Kossäten pro Woche im Erntequartal gestrichen wurde. Aber es soll auch noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die verfolgte Absicht tatsächlich nur die Mildeberger Vollbauern in vollem Umfange zu spüren bekamen, da deren Dienste von sechs auf drei Tage wöchentlich herabgesetzt wurden. Und schließlich wollen wir noch hinzufügen, daß die Bauern und Kossäten zu Bredereiche, da sie bereits „nur“ fünf Tage im Erntequartal arbeiteten, von vornherein ausgeklammert wurden. Ebenso verfuhr man in Altthymen und Rutenberg, wo bereits zuvor einmal eine Veränderung vorgenommen worden war. 1758 wurde dann auch, als die Verhältnisse im Amt zwecks Verpachtung wieder einmal untersucht wurden, ausdrücklich betont, der Dienst sei „schon bey vorigen Revisionen reduciret worden“ und deshalb „weiter nicht zu mindern.“¹²⁰

Über die Motive für die Herabsetzung der Dienste hat sich Friedrich II. schon in der Instruktion für das Generaldirektorium eindeutig ausgesprochen: „Es wird dieses zwar anfangs etwas Geschrei geben, allein da es von dem gemeinen Mann nicht auszustehen ist, wenn er wöchentlich fünf oder gar sechs Tage dienen soll, die Arbeit an sich auch bei den elenden Umständen, worin er dadurch gesetzt wird, von ihm sehr schlecht verrichtet werden muß, so muß darunter einmal durchgegriffen werden, und werden alle vernünftige Gutsherren sich hoffentlich wohl accomodiren, in diese Veränderung derer Dienstage ohne Schwierigkeit zu willigen, um so mehr, da sie in der That erfahren werden, daß wenn der Bauer sich nur erst ein wenig wieder erholet hat, *er in den wenigeren*

117 *Friedrich der Große*, Die Politischen Testamente. Mit einer Einf. v. Gustav Berthold Volz, 3. neu durchges. Aufl., München 1941, S. 34.

118 *Hintze, Otto*, a. a. O., S. 287.

119 „Weniger ausreichend sind wir für die Kurmark unterrichtet. Wir wissen nicht, was infolge des königlichen Befehls auf den Domänen wirklich geschehen ist. Aber es läßt sich vermuten, daß auch hier nicht allzuviel mehr zu thun war: denn es ist anderweitig bekannt, daß die bäuerlichen Dienste auf den kurmärkischen Aemtern nicht allzu drückend und meist schon leidlich normiert waren“ (ebenda, S. 278).

120 LHA Potsdam, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 5, Nr 5, Bl. 17.

Tagen ebenso viel und vielleicht noch mehr und besser arbeiten wird, als er vorhin in den vielen Tagen gethan hat.“¹²¹ Einerseits hören wir also, daß es für den Bauern „nicht auszustehen“ sei, wenn er wöchentlich fünf oder sechs Tage dienen solle, andererseits aber sahen wir, daß sich der Vater dieser Gedanken ohne weiteres damit einverstanden erklärte, es bei fünf Tagen Dienst in der Woche zu belassen. Man sieht einmal mehr, daß die vornehmsten Pläne auf schwer zu überwindende Schranken stießen, wenn die Ausbeuterinteressen betroffen wurden.¹²²

Später verfuhr man anders und löste das Problem besser im Interesse der feudalen Ausbeuter. Damit kommen wir zu einer weiteren Erklärung für den Rückgang der Summe der Hofdienste, vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts: der Umwandlung der Arbeits- in die Geldrente. Bis zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert hatten sich die Untertanen in Althymen, Bredereiche, Krumbeck, Ribbeck, Röddelin, Rutenberg, Sommerfeld und Storkow durch diese Umwandlung von ihren Diensten befreien können. Der Zeitpunkt, zu dem dies geschah, war in den einzelnen Dörfern sehr unterschiedlich. Die Verwandlung der Hofdienste in eine Geldrente erstreckte sich über den Zeitraum von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Wann dieser Übergang im konkreten Fall jeweils erfolgte, hing von verschiedenen Faktoren ab, zum Beispiel von der Situation der Vorwerke, von dem ökonomischen Nutzeffekt der geleisteten Fronarbeit¹²³ und schließlich auch und nicht zuletzt von dem bäuerlichen Widerstand gegen die feudale Arbeitsrente.¹²⁴ Für die Bauern und Kossäten verband sich mit der Ablösung der Arbeits- durch die Geldrente immerhin die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sparen und ihre eigenen Äcker besser bearbeiten zu können. In ge-

121 *Acta Borussica*, a. a. O., S. 601.

122 Der Mißerfolg auf den adligen Gütern zeigt das eindeutig. Vgl. dazu *Hintze, Otto*, a. a. O., S. 279, 281 u. 286f.

123 Der Wert der Fronarbeit wurde häufig sehr niedrig bemessen. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß die Arbeit von den Bauern oft absichtlich schlecht verrichtet wurde, sondern wurde auch durch die enorme Inanspruchnahme der bäuerlichen Arbeitskraft verursacht, wodurch die Leistungsfähigkeit der Untertanen und ihrer Gespanne herabgemindert wurde. Unter diesen Bedingungen sahen die Pächter die Zahlung des Dienstgeldes als rentabler an. Wir wollen nur wenige Beispiele anführen, wie die herrschende Klasse die Lage verschiedener Dörfer beurteilte: 1767 heißt es, es sei „bekandt genug, daß unter dem gantzen Amte Bredereiche und Alten Thymen die ärmsten Dörffer sind“ (LHA Potsdam, Rep. 2, 2. Dom. Reg., Paket 1, Nr 16). Die Dörfer Rutenberg und Röddelin, so erfahren wir 1803, „erhalten ihren Erwerb, den sie von ihren meistentheils schlechten Acker allein zu nehmen nicht im Stande sind, größtentheils durch Holz, Kohlen und Glass-Fuhren“ (ebenda, 1. Dom. Reg, Fach 6, Nr 3, Bl. 140).

124 Vgl. dazu *Vogler, Günter*, a. a. O., Kap. 2: Erscheinungsformen und Bedeutung des bäuerlichen Kampfes gegen die feudale Arbeitsrente im Domänenamt Badingen im 18. Jahrhundert, S. 127ff.

wissen Grenzen konnten sie die Ergebnisse ihrer Arbeit für sich selbst nutzen. Die Pächter dagegen erhielten ein Äquivalent in Geld, das ihnen die Einrichtung der Wirtschaft ohne Fronarbeit erleichterte.

Überblicken wir unsere Darlegungen noch einmal, so fällt auf, daß das Prinzip der gleichmäßigen Belastung der Bauern und Kossäten, wie wir es für die Zeit vor 1728 annehmen müssen, durchbrochen war und sich jetzt in ein und demselben Amt die Verhältnisse recht unterschiedlich entwickelten. So reichte die Belastung mit Diensten von wenigen Tagen Hilfsdiensten bis zu 298 Tagen Hofedienst im Jahr, wobei jedoch vier und fünf Tage wöchentlich – also etwa 200 bis 250 Tage im Jahr – überwogen, solange nicht die Umwandlung der Arbeitsrente in die Geldrente erfolgte. Es muß noch einmal ausdrücklich unterstrichen werden, daß der Rückgang der Zahl der Dienste nicht mit einer Verminderung des Ausbeutungsgrades gleichgesetzt werden darf, da der Übergang zur Geldrente nur eine Formwandlung darstellte.

Um einen Eindruck von der Belastung der Bauern und Kossäten mit Hofediensten in anderen kurmärkischen Ämtern zu vermitteln, soll wiederum durch einige Beispiele die Situation beleuchtet werden:

*Anzahl der Dienstage eines Bauern in verschiedenen kurmärkischen Ämtern von 1803 bis 1806*¹²⁵

Ort	Hufen	Spanndienste	Handdienste
Biesen (Amt Wittstock)	2	104	—
Briest (Amt Gramzow)	3	182	65
Dabergotz (Amt Ruppin)	2	156	—
Golzow (Amt Golzow)	3	255	—
Mahlsdorf (Amt Köpenick)	3	156	39
Rüdenitz (Amt Biesenthal)	3	113	—
Schulzendorf (Amt Trebbin)	2	54	56
Zechlin (Amt Zechlin)	2	156	2

Ein Vergleich ergibt, daß die Belastung der Bauern des Amtes Badingen mit Hofediensten im Durchschnitt höher war als in den aufgeführten Amtsdörfern¹²⁶. Dabei erhebt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Dienstleistung der Bauern und Kossäten unseres Amtes zu der Höhe der Arbeitsrente ritterschaftlicher Bauern in der Kurmark steht. Wir müssen uns auch hierbei mit einigen Beispielen begnügen. In den Dörfern der Herrschaft Friedland belief sich die Höhe der Hofedienste für die Bauern im Erntequartal von Johannis bis Michaelis im Durchschnitt auf vier Tage wöchentlich und in den restlichen

¹²⁵ *Bassewitz, Magn. Friedrich v.*, Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im Oktober 1806, Leipzig 1847, Tabelle im Anhang.

¹²⁶ Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob außerdem bereits Dienstleistungen in Dienstgeld umgewandelt worden waren.

Quartalen auf drei Tage, während auf die Kossäten das ganze Jahr über sechs Handdiensttage in der Woche entfielen.¹²⁷ Das ergab eine Summe von 169 Tagen für die Bauern, von 298 Tagen für die Kossäten. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse auch in der Herrschaft Eckardstein.¹²⁸ In Hohenfinow diente ein Hufner wöchentlich „drey Tage mit dem Spann . . . im Heu Augst aber 4 $\frac{1}{2}$ Tag mit der Hand und im Korn-Augst die gantze Woche, entweder mit dem Spann oder mit der Hand, nach dem es ihnen gebothen wird“.¹²⁹ Auf die Kossäten in Tornow entfielen wöchentlich fünf und in der Ernte sechs Tage.¹³⁰ Dem Urbarium von Abbendorf und Haverland entnehmen wir, daß ein Vollhufner wöchentlich zwei Spanndienste leistete, daß aber während des „Sechswochen“- oder Erntedienstes die ganze Woche hindurch vier Spann- und drei Handdienste von ihm gefordert wurden. Hinzu kamen jährlich sieben „Beitage mit der Hand“ sowie eine Schiffsfuhr.¹³¹ In der Herrschaft Stavenow mußte ein Hufner drei Tage in der Woche mit Gespann oder – falls dieses nicht benötigt wurde – mit einer weiteren Person zum Hofdienst erscheinen.¹³² Die Kossäten leisteten die gleiche Zahl von Tagen Handdienste. In der Erntezeit hatte jeder Kossät als Mäher täglich zu erscheinen und außerdem seinen Binder mitzubringen. Dazu kamen jährlich fünf „Beitage“.¹³³ Ein letztes Beispiel soll uns wieder in die Nähe unseres Amtes führen. In Thomsdorf in der Herrschaft Boitzenburg dienten die Bauern 1712 zwischen Johannis und Michaelis zwei Tage in der Woche mit dem Gespann.¹³⁴ Seit 1724 mußte jeder Bauer wöchentlich drei Tage mit dem Gespann dienen und von Maria Verkündigung bis Michaelis noch eine Magd zusätzlich stellen. Im Pachtvertrag von 1736–1739 wird die „Dienstcavel“ erwähnt, die die Bauern zu bestellen hatten.¹³⁵ In Claushagen mußte 1708 ein Bauer jährlich zwölf Tage hacken, zwei Tage in der

127 *Schmidt, Rudolf*, Die Herrschaft Friedland, a. a. O., S. 36 (Altfriedland) u. S. 182 (Ringental). – In Biesdorf waren Bauern und Kossäten im Erntequartal zu 6 Tagen Handdiensten verpflichtet (ebenda, S. 133), in Gersdorf die Bauern zu 5 Tagen Spanndienst (ebenda, S. 142).

128 *Derselbe*, Die Herrschaft Eckardstein, Bd 1, a. a. O., S. 124 (Sternebeck) u. S. 141 (Harnekop); ebenda, Bd 2, S. 99 u. 110 (Leuenberg), S. 150 (Biesow) u. S. 169 (Haselberg).

129 *Passow, Siegfried*, a. a. O., Bd 2, S. 84; vgl. auch S. 160.

130 Ebenda, S. 86 u. 167.

131 *Das Urbarium von Abbendorf und Haverland 1786*. Ein Beitrag zur bäuerlichen Rechtslage im 18. Jahrhundert, bearb. v. Ulrich Wille, Goslar 1938, S. 17 u. 27 ff.

132 *Sack, Joachim*, Die Herrschaft Stavenow, Köln-Graz 1959, S. 85f.

133 2 Tage Gartenarbeit, 2 Tage Wolleschneiden und 1 Tag Flachsschwingen.

134 *Harnisch, Hartmut*, a. a. O., S. 247.

135 „Jeder Bauer hatte eine Fläche von je drei uckermärkischen Morgen sowohl im Winter als auch im Sommerfeld dreimal zu hacken, zweimal zu eggen, abzumähen und einzufahren . . . Da ein uckermärkischer Morgen etwa doppelt so groß war wie ein magdeburgischer, betrug also die Fläche einer Dienstcavel 12 Morgen.“ (Ebenda, S. 197).

Roggenernte mähen und binden, einen Tag Roggen einfahren, zwei Tage Sommerkorn mähen, zwei Tage Heugras mähen, zwei Klafter Holz schlagen und zwei Tage schiffen helfen.¹³⁶ Wenn man die zwei in der gleichen Herrschaft gelegenen Dörfer vergleicht, fällt auf den ersten Blick die Ungleichmäßigkeit der Belastung ins Auge. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß nicht alle Vorwerke dieser Herrschaft auf der Grundlage von Fronarbeit bewirtschaftet wurden, sondern der Eigenbetrieb mit Tagelöhnerarbeit eine bedeutende Rolle spielte.¹³⁷

Für uns ergibt sich aus den bisherigen Ausführungen der Schluß, daß es keinen wesentlichen Unterschied hinsichtlich der Höhe der zu leistenden Arbeitsrente zwischen den ritterschaftlichen Bauern und Kossäten, die zur Leistung gemessener Dienste verpflichtet waren, und den Dienstpflichtigen des Amtes Badingen gab. In den benachbarten Territorien Mecklenburg¹³⁸ und Ober- und Niederlausitz¹³⁹ waren überwiegend tägliche Frondienste üblich. Von diesen Verhältnissen hob sich die Lage der Badinger Amtsbauern noch merklich ab.

Drei Momente trugen besonders dazu bei, die schwere Last der Hofdienste für die Bauern und Kossäten noch zu vergrößern: die Konzentrierung der Dienste im Sommerquartal, die Anmarschwege bis zum Ort der Dienstleistung und schließlich die Verrichtung von Fuhren über große Entfernungen.

Eine bedeutende Rolle spielten die Hofdienste insbesondere in der Erntezeit, die von Johannis bis Michaelis (24. Juni bis 29. September) gerechnet wurde, also etwa 14 Wochen umfaßte. Die Gutsherren und Pächter versuchten immer wieder, die Mehrzahl der Dienste in diesem Quartal zu konzentrieren, weil während dieser Zeit naturgemäß die wichtigsten Arbeiten anfielen und auch die meisten Arbeitskräfte gebraucht wurden. Wenn auch in einigen Dörfern des Amtes die Dienste gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt blieben¹⁴⁰, so wurde doch in den meisten Fällen den besonderen Interessen der Pächter Rechnung getragen, indem zwischen dem Erntequartal und den übrigen Quartalen des Jahres differenziert wurde, so daß dem Pächter in der Erntezeit eine größere Zahl von Diensten zur Verfügung stand. Hier einige Beispiele dafür (siehe Tabelle auf S. 169):

In der Erntezeit wurden 29 bzw. sogar 33 Prozent der gesamten Hofdienste geleistet, während bei einer gleichmäßigen Verteilung auf das ganze Jahr auch

136 Ebenda, S. 248.

137 Ebenda, S. 232.

138 Mager, Friedrich, a. a. O., S. 191 f. u. 296 f.; Nichtweiß, Johannes, Das Bauernlegen in Mecklenburg, Berlin 1954, S. 69; derselbe, Einige Bemerkungen zum Artikel von G. Heitz „Zur Diskussion über Gutsherrschaft und Bauernlegen in Mecklenburg“, in: ZfG, 4/1957, S. 815 f.

139 Boelcke, Willy, a. a. O., S. 88 f.; Lehmann, Rudolf, Die Verhältnisse der niederlausitzischen Herrschafts- und Gutsbauern in der Zeit vom Dreißigjährigen Kriege bis zu den preußischen Reformen, Köln-Graz 1956, S. 38 f.; derselbe, Quellen zur Lage der Privatbauern, a. a. O., S. 71, 136 u. 228.

140 Z. B. in Badingen und Mildenberg.

Anteil der Dienstage im Erntequartal und in den übrigen Quartalen in den Dörfern Bredereiche, Ribbeck und Zabelsdorf¹⁴¹

Jahr		Bredereiche	Ribbeck	Zabelsdorf
1728	Joh.-Mich.	5 (65) = 29 %	6 (78) = 33 %	6 (78) = 33 %
	Mich.-Joh.	4 (156) = 71 %	4 (156) = 67 %	4 (156) = 67 %
		(221) = 100 %	(234) = 100 %	(234) = 100 %
1763	Joh.-Mich.	5 (65) = 29 %	5 (65) = 29 %	5 (65) = 29 %
	Mich.-Joh.	4 (156) = 71 %	4 (156) = 71 %	4 (156) = 71 %
		(221) = 100 %	(221) = 100 %	(221) = 100 %

auf die Erntezeit nur 25 Prozent entfallen wären. Die Differenz mag auf den ersten Blick geringfügig erscheinen. Betrachtet man aber die realen Zahlen, so bedeutete das immerhin, daß in diesen Wochen jeweils ein oder auch zwei Tage pro Woche mehr geleistet werden mußten als in der übrigen Zeit. Diese für die Pächter vorteilhafte Differenzierung zeigen auch einige weitere Beispiele:

Anteil der Dienstage im Erntequartal und in den übrigen Quartalen in den Dörfern Altthymen und Rutenberg

Jahr		Altthymen	Rutenberg
1728		6 (298) = 100 %	6 (298) = 100 %
1736	Joh.-Mich.	5 (65) = 29 %	5 (65) = 29 %
	Mich.-Joh.	4 (156) = 71 %	4 (156) = 71 %
		(221) = 100 %	(221) = 100 %

Im wesentlichen bietet sich uns wieder das gleiche Bild. Beachtenswert ist aber, daß bei der Herabsetzung der Dienste auf die gutswirtschaftlichen Belange in der Erntezeit Rücksicht genommen wurde, indem für diesen Zeitraum nur eine Verringerung um einen Tag pro Woche erfolgte, während in der übrigen Zeit um zwei Tage pro Woche reduziert wurde.

Die größere Anzahl von Hofediensten von Juni bis September war um so beschwerlicher, als die Untertanen sie in der auch für die Bewirtschaftung ihrer eigenen Höfe wichtigen Zeit leisten mußten. Die Arbeitsverfassung war – wie Brinkmann es für Wustrau formulierte – „durch Konzentration nach einem Schwerpunkt ins Ungleichmäßige verschoben“.¹⁴² Es nimmt nicht wunder, wenn die Bauern und Kossäten danach strebten, das ganze Jahr hindurch die gleiche Zahl von Diensten pro Woche zu verrichten. So hieß es zum Beispiel in einem Bereisungsprotokoll über die Untertanen zu Bredereiche, von denen man ver-

¹⁴¹ Die Angaben dieser und der nächsten Tabelle wurden errechnet aus den Tabellen S. 158–160 der vorliegenden Arbeit.

¹⁴² *Brinkmann, Carl*, a. a. O., S. 113.

langte, daß sie nur im Sommerhalbjahr dienten: „Sie wollen aber gerne im Winter und Sommer zugleich die Hälfte ihrer Dienste leisten, um dadurch sich in ihrer eigenen Wirthschaft zu soulagiren.“¹⁴³ Fügt man noch hinzu, daß die Bauern und Kossäten dazu angehalten waren, in der Ernte selbst zur Arbeit zum Vorwerk zu kommen, also in dieser Zeit keinen Knecht als Ersatzmann schicken durften¹⁴⁴, dann kann man ermessen, wie drückend eine solche Einteilung der Dienste für den größten Teil der davon betroffenen Untertanen sein mußte. Wenn die Pächter versuchten, von den nicht mehr dienstpflichtigen Dörfern einige zeitlich begrenzte Hilfsdienste zu erlangen, so geschah dies in der Absicht, den besonderen Arbeitsanfall in der Erntezeit besser bewältigen zu können. Erinnert sei in diesem Zusammenhang noch einmal an das Beispiel der Gemeinden Röddelin und Storkow, die verschiedentlich zu solchen Hilfsdiensten herangezogen wurden.¹⁴⁵

Erschwerend kam ferner hinzu, daß die Bauern bis zu dem Ort, wo sie die Arbeit verrichten mußten, häufig einen weiten Weg zurückzulegen hatten.

*Die Untertanen der Dörfer im Amt Badingen leisteten ihre Dienste auf folgenden Vorwerken*¹⁴⁶

Dorf	Vorwerk
Badingen	Badingen, Osterne
Bredereiche	Himmelfort
Krumbeck	Himmelfort
Mildenberg	Mildenberg, Badingen, Osterne, Ribbeck
Ribbeck	Ribbeck, Mildenberg
Röddelin	Himmelfort
Rutenberg	Neuthymen
Storkow	Badingen, Osterne, Himmelfort
Althymen	Neuthymen, Ravensbrück
Zabelsdorf	Mildenberg, Ribbeck

Im Ort selbst verrichteten nur die Untertanen zu Badingen, Mildenberg und Ribbeck ihre Dienste, da dort auch Vorwerke gelegen waren. Alle anderen mußten erst einen mehr oder weniger weiten Weg bis zu dem Vorwerk zurücklegen, dem sie die Dienste schuldeten. Die Entfernung betrug von Bredereiche

143 LHA Potsdam, Rep. 2, 1. Dom. Reg., Fach 1, Nr 5, Bl. 17.

144 Dafür ließen sich zahlreiche Beispiele anführen. Hier sei nur auf einige Quellen verwiesen: ebenda, Fach 1, Nr 1, Bl. 119f., Nr 4, Bl. 11, Nr 7, Bl. 94 u. Nr 8, Bl. 280.

145 So wurde ihnen z. B. 1769 aufgetragen, „dem Amte Badingen Sechs Hand Tage in der Gerste und Heu Erndte und in der Saat Zeit mit Sieben Gespann Tagen vor dieses Jahr zu dienen“ (ebenda, Fach 10, Nr 1, Bl. 28).

146 Vgl. dazu z. B. ebenda, Fach 1, Nr 1, Bl. 51, 78 u. 118–129; Nr 4, Bl. 24, 36, 55, 65, 80, 104 u. 158; ebenda, Fach 10, Nr 1, Bl. 16 u. Nr 42, Bl. 44.

nach Himmelpfort eine halbe Meile¹⁴⁷, von Röddelin zum gleichen Vorwerk zwei Meilen. Die Untertanen der anderen Dörfer hatten meist eine viertel bis eine halbe Meile Weg. Welche Ungelegenheiten den Untertanen daraus erwuchsen, wird aus einer Beschwerde der Gemeinde Rutenberg ersichtlich, in der es heißt, der Bauer müsse „von Rutenberg zum Hofe-Dienst bis Neuthiem eine Meile durch 2 Feld-Marcken im Mecklenburgischen durchreisen, in dieser Reise ist sein Vieh schon abgemattet, und nun muß es erst recht arbeiten, daß es allemahl, wann die Hofe-Dienste gethan, und mit dem Vieh die Meile wieder nach Hause fahren, solches zum umfallen ist, wir können wegen des weiten Weges nicht zu rechter Zeit da sein, und erregt solches bei dem Königl. Erbpächter Verdruß.“¹⁴⁸ Mit solchen Schwierigkeiten hatte der größte Teil der spanndienstpflichtigen Bauern zu kämpfen, da die wenigsten ihre Dienste im eigenen Dorf ableisteten.

Drückend waren schließlich auch die Getreide- und Holzfuhren, die von den mit Spanndiensten Belasteten verlangt wurden. Die Pächter hatten das Recht, einen Teil der Hofdienste zum Transport des Getreides zu den Märkten oder in die Magazine und zur Anfahrt des für den Amtsbedarf erforderlichen Holzes zu verwenden. Es war üblich, die spanndienstpflichtigen Bauern vor allem in den Wintermonaten dazu heranzuziehen. Die Bauern zu Badingen, Mildenberg und Zabelsdorf mußten beispielsweise elfmal im Jahr nach Berlin fahren¹⁴⁹; in Rutenberg waren diese Fuhren bis auf drei herabgesetzt worden.¹⁵⁰ Je nach Entfernung, wurde für jede Fuhre eine bestimmte Anzahl von Tagen von den Diensten abgezogen. Den Bauern wurden für eine Fahrt nach Berlin in Brederiche, Ribbeck und Zabelsdorf vier, in Altthymen viereinhalb und in Mildenberg und Rutenberg sechs Tage berechnet.¹⁵¹ Auch nach Zehdenick, Oranienburg oder Kolberg mußten solche Fuhren geleistet werden.¹⁵² Die Folgen waren ähnlich wie im Falle der Bauern zu Rutenberg. Hören wir hierzu die Gemeinden Badingen und Mildenberg: „Die Lasten mit Gespann haben sich vermehret, und wir müssen statt 2 Pferde jetzt darauf 3 Pferde nehmen, denn bey weiten Reisen . . . kann man ohne 3 Pferde nicht fort kommen, und unsere Wirthschaft muß ganz zurücke gesezt werden, wozu wir auch noch die außerordentliche Kosten mit proviant auf 5 Tage unterwegs übernehmen müssen.“¹⁵³

147 1 Meile = 7532 m.

148 Ebenda, Fach 9, Nr 22, Bl. 1.

149 Ebenda, Fach 8, Nr 12, Bl. 73; ebenda, Fach 10, Nr 21, Bl. 6 u. 33 u. Nr 32, Bl. 8.

150 Ebenda, Fach 1, Nr 2, Bl. 60 u. Nr 4, Bl. 80.

151 Ebenda, Nr 1, Bl. 35, 46, 78, 85, 124 u. 125.

152 Ebenda, Bl. 35; ebenda, Nr 4, Bl. 24 u. 56. — Nichtweiß führt das Beispiel mecklenburgischer Bauern an, die bei Kornfuhren einen Weg von über 100 km zurücklegen mußten. (*Nichtweiß, Johannes, Das Bauernlegen in Mecklenburg*, a. a. O., S. 68).

153 LHA Potsdam, Rep. 2, 1. Dom. Reg., Fach 10, Nr 21, Bl. 6.

Ähnlich verhielt es sich mit den Holzfuhren, wenn auch dafür weniger Zeit beansprucht wurde als für eine Fahrt nach Berlin oder nach einem anderen weiter entfernten Ort. Trotzdem gaben auch die „beschwerlichen Holzfuhren“ genug Anlaß zu Klagen. In manchen Dörfern – wie zum Beispiel in Badingen und Mildenburg – mußten zeitweise fast jede Woche solche Fuhren verrichtet werden.¹⁵⁴ Als sich in der Nähe noch genügend Holz befand, konnten diese Fuhren von Badingen und Mildenburg aus gut an einem Tage geschafft werden. Da aber inzwischen das Holz aus der Gegend von Himmelpfort geholt werden mußte, wodurch der Weg für die Hin- und Rückfahrt auf sechs Meilen wuchs, waren nun zwei Tage für eine Fahrt erforderlich.¹⁵⁵ Diese Tatsachen veranlaßten den Beamten des Amts bezüglich der Badinger Bauern zu der Feststellung: „Der Bauer ist ohne Ruin seines Viehes besonders in Wintertagen nicht im Stande von Zozen oder Bredereiche Holtz zu holen, . . . vielweniger kann er solches tagtäglich continuiren.“¹⁵⁶

Mit diesen Getreide- und Holzfuhren, die als Hofedienst gerechnet wurden, waren jedoch die Fuhrleistungen noch nicht erschöpft. Es kamen noch Verpflichtungen hinzu, die nicht vom Hofedienst abgerechnet wurden, wie zum Beispiel der Vorspann oder die Fuhren, die in Kriegszeiten übernommen werden mußten. Zieht man all das in Betracht, so kann man Benekendorf voll und ganz zustimmen, wenn er schreibt: „Die schweresten Dienste der Bauern hingegen sind die Reisen, besonders wenn sie solche auf eine gewisse Weite verrichten, und ein oder mehrere Nächte ausbleiben müssen. Die Entkräftung der Pferde, der Zusatz an Futter für dieselben, Stall- und Trinkgeld für die Knechte, und daß selbigen ihre Kober mit allerley Eßwaaren gespicket werden müssen, sind Umstände, welche einem Bauer ungemein lästig fallen, und ihm diese Art von Diensten sehr beschwerlich machen.“¹⁵⁷

Der besonders gehäufte Dienstanfall in der Erntezeit, die Wege bis zu den Vorwerken und die Verpflichtung zu verschiedenen Fuhrleistungen – alle diese Momente bewirkten, daß der Bauer noch mehr Kräfte aufbringen mußte, um seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen. Dies konnte aber nur auf Kosten seiner eigenen Wirtschaft geschehen.

Wir haben am Beispiel des kurmärkischen Domänenamtes Badingen die Entwicklung der Arbeitsrente in quantitativer Hinsicht verfolgt. Um die Belastung der Bauern exakt zu bestimmen, müßten außerdem die Höhe anderer Rentenformen, die Verteilung des Grund und Bodens zwischen Herren und Untertanen, der Umfang der Hofwehr der Bauern und Kossäten, das Inventar der Gutswirtschaften, der Viehbesatz auf den Vorwerken und bei den bäuerlichen

154 Ebenda, Bl. 2, 6, 28 u. 33.

155 Ebenda, Bl. 6; vgl. auch: ebenda, Fach 10, Nr 32, Bl. 8. – Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Zabelsdorf (vgl. ebenda, Bl. 5).

156 Ebenda, Fach 10, Nr 13, Bl. 4.

157 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, a. a. O., Bd 1, 2. Aufl., Berlin 1780, S. 62.

Wirtschaften, die Zahl des Gesindes und manches andere Moment berücksichtigt werden, weil alle diese Faktoren von Einfluß auf die Gestaltung der auf Fronarbeit beruhenden Arbeitsverfassung waren. Ohne darauf hier im einzelnen noch eingehen zu können¹⁵⁸, wollen wir das Fazit aus unserem Überblick ziehen.

Führt man sich noch einmal vor Augen, wie hoch Bauern und Kossäten mit Hofdiensten belastet wurden, so wird deutlich, daß das Streben der Guts Herren bzw. der Pächter darauf gerichtet war, die für die Vorwerke vorteilhaftesten Verhältnisse herzustellen, das heißt zur erforderlichen Zeit für die jeweils anfallenden Arbeiten die notwendigen Arbeitskräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung zu haben. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß dafür selbstverständlich nicht nur fronende Bauern und Kossäten in Betracht kamen, sondern auch freies Gesinde oder Landarbeiter. Lütge bemerkte dazu mit Recht: „Unter ökonomischem Aspekt sind diese rechtlichen Unterschiede vergleichsweise unwichtig. Entscheidend ist die Tatsache, daß die erforderliche Menge an Arbeitskraft zur Verfügung steht, und zwar zu einem Preis, der die Produktion gewinnbringend macht. Auf die Erreichung dieses Zieles ist die gesamte Arbeitsverfassung ausgerichtet, wobei die Ausgestaltung im einzelnen nach den gegebenen Möglichkeiten variiert.“¹⁵⁹ Diesem Bedürfnis wurde mit der Steigerung der Arbeitsrente von wenigen Tagen im Jahr im 15. Jahrhundert bis zu täglicher Fronarbeit am Anfang des 18. Jahrhunderts Rechnung getragen. Dabei ging es nicht um den Bauern oder Kossäten, sondern ausschließlich um seine Arbeitskraft.¹⁶⁰

Heitz hat die These vertreten, „daß die Verteilung der Produktionsmittel und der Produktionsinstrumente zwischen herrschender Klasse und Ausgebeuteten den ökonomischen Interessen des Adels weitgehend entsprach, ihm die Maximalrente sicherte, ohne die Existenz der Bauern als Produzenten und damit den Bestand der Gesellschaftsordnung zu gefährden, wenn man dabei die unmenschliche, sklavenähnliche Lage der Bauern als allgemeines Kennzeichen der spätfudalen Periode in Rechnung stellt. Gutsareal also von solcher Größe, daß maximale Ausnutzung gesteigerter Frondienste möglich war, aber auch Bauernareal von solcher Größe, daß die gesteigerten Frondienste ökonomisch wenigstens annähernd gesichert waren.“¹⁶¹ In unserem Domänenamt waren die Frondienste durch die Existenz einer großen Zahl von Bauern und Kossäten, die den

158 Vgl. dazu Vogler, *Günter*, a. a. O., S. 25f. u. 51f.

159 Lütge, *Friedrich*, Vergleichende Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Großbetriebe seit dem Ausgang des Mittelalters, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 2/1961, S. 196.

160 Von dem mecklenburgischen Dorf Wilhelmshagen heißt es z. B. im 17. Jahrhundert: „Darin wohnen 19 pflugdienste . . .“ (*Baumgarten, Karl/Bentzien, Ulrich*, Hof und Wirtschaft der Ribnitzer Bauern, Berlin 1963, S. 220).

161 Heitz, *Gerhard*, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. u. 18. Jahrhundert, a. a. O., S. 304.

überwiegenden Teil des Bodens selbständig bewirtschafteten, ökonomisch gesichert. Der Rückgang des Umfanges der Hofdienste im 18. Jahrhundert war möglich, da der Boden der Gutswirtschaften nicht anwuchs, wie das zum Beispiel in Mecklenburg infolge des Bauernlegens in erheblichem Maße der Fall war. Trotzdem scheint die Sicherung der Dienste nur sehr labil gewesen zu sein. Wenn die Arbeitsrente weiterhin verfügbar bleiben und die Existenz der Bauern und Kossäten nicht ernsthaft gefährdet werden sollte, dann lag die Verminderung der Hofdienstleistung ganz im Sinne der Sicherung der feudalen Ausbeutung. Die Pächter erstrebten einen Zustand, der durch das günstigste Verhältnis zwischen dem zu bearbeitenden Vorwerksareal und der Leistungsfähigkeit der hofdienstpflchtigen Bauern und Kossäten gekennzeichnet war. Es ging um ein Verhältnis, das den ökonomischen Interessen der Pächter weitestgehend entgegenkam und die Bewirtschaftung der Vorwerke mit der Arbeitskraft der dienstpflichtigen Untertanen garantierte, ohne deren Existenz dabei aufs Spiel zu setzen.

Bei der Herstellung dieses günstigen Verhältnisses konnte also nicht Willkür herrschen. Wenn Abel die Auffassung vertritt, daß „die Macht auch in der Feudalperiode vom Recht in Schranken gehalten“ wurde¹⁶², so müssen wir im Widerspruch dazu feststellen, daß nicht das Recht, sondern die Sicherung der Ausbeutungsverhältnisse eine Schranke setzte, die zu übersteigen gefährliche Folgen für den Produktionsablauf haben konnte. Wenn sich die staatlichen Behörden oder auch der König hin und wieder einmal auf die Seite der Bauern stellten, dann wurde diese Haltung weniger vom Motiv eines sozialen Empfindens getragen, sondern bezweckte vielmehr, empfindliche Störungen des notwendigen „Gleichgewichts“ durch die Willkür der Pächter zu verhindern. Zu wessen Gunsten das Pendel ausschlug, war dabei unter anderem ein wesentliches Ergebnis des Klassenkampfes.

¹⁶² Abel, *Wilhelm*, Drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1962, S. 88.

Volkskunde und Geschichte der Produktivkräfte

VON WOLFGANG JACOBEIT

Die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Produktivkräfte wird in der historischen Forschung immer häufiger ausgesprochen.¹ An dieser Stelle ist es nicht notwendig, die Bedeutung der Produktivkräfte für die Entwicklung der Gesellschaft darzulegen. Darüber liegen programmatische Untersuchungen vor.² Jan Pazdur hat kürzlich sehr instruktiv dargelegt, welche Förderung diese Forschungen in Polen erfahren, wo die Polnische Akademie der Wissenschaften eigens ein „Institut für Geschichte der materiellen Kultur“ (IHKM) errichtet hat. Dort haben sich Forscher der verschiedensten Fachrichtungen aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften zusammengeschlossen, um in gemeinsamer Arbeit systematisch die besondere Rolle der Produktivkräfte in der Geschichte zu untersuchen.³ Die Bedeutung dieses Instituts liegt also auch unter anderem darin, daß es die methodischen und wissenschaftsorganisatorischen Grundlagen geschaffen hat, die es erlauben, die Geschichte der Produktivkräfte und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft wirklich allseitig und im größtmöglichen Rahmen zu untersuchen: Nur die Kooperation aller in Frage kommenden Disziplinen ermöglicht überhaupt die Inangriffnahme eines solchen komplexen Themas und garantiert auch seine

1 Siehe z. B. *Becker, Gerhard*, Tagung der Sektion Geschichte zu methodologischen Problemen der Geschichtswissenschaft, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: *ZfG*), 13/1965, S. 496 ff.

2 *Lärmer, Karl*, Triebkräfte der Produktivkräfte, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1960, T. 1, Berlin 1960, S. 170 ff.; *Jonas, Wolfgang*, Über Probleme der Geschichte der Produktivkräfte = Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Nr 2, Berlin 1964; *derselbe*, Zum Problem Ideologie und Produktivkräfte zur Zeit der industriellen Revolution (im folgenden: *Problem*), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1964, T. 2/3, Berlin 1964, S. 91 ff.; *Mottek, Hans*, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: ebenda, S. 182 ff.

3 *Pazdur, Jan*, Die Hauptprobleme und die Organisation der Forschungen zur Geschichte der materiellen Kultur in Volkspolen, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1965, T. 3, Berlin 1965, S. 201 ff.

systematische Erforschung – von der Erarbeitung der Grundlagen bis zur monographischen Darstellung der einzelnen Elemente der Produktivkräfte.

Annähernd eine Entsprechung des IHKM ist in der Grundkonzeption der „Arbeitskreis Geschichte der Produktivkräfte“ der Deutschen Akademie der Wissenschaften.⁴ Er unterscheidet sich jedoch dadurch, daß sich in der DDR nur Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technikhistoriker sowie Philosophen zu einer losen Arbeitsgemeinschaft verbunden haben. Es fehlten bisher Vertreter weiterer Disziplinen, ohne die eine *allseitige* Erforschung der Produktivkräfte nicht möglich ist. Wenn wir die Forderung nach verstärkter Berücksichtigung der Produktivkräfte ernst nehmen wollen, kommt es darauf an zu prüfen, welche Disziplinen geeignet sind, an der Bewältigung dieses komplexen Themas mitzuwirken.

Im folgenden wird darzulegen versucht, welchen Beitrag die deutsche *Volkskunde* im Rahmen ihrer Kompetenzen zur Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte leisten kann, wie sie von ihrem Forschungsgegenstand her die entsprechenden Zusammenhänge einschätzt und welche Möglichkeiten sie zu einer konkreten Zusammenarbeit mit den anderen historischen Disziplinen sieht.

Wir gehen von den Gegebenheiten des von Wolfgang Steinitz geleiteten Akademie-Instituts für deutsche Volkskunde aus. Hier besteht seit zehn Jahren eine Arbeitsgruppe, die sich speziell mit der volkskundlichen Erforschung des Gesamtbereichs der „Bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft“ beschäftigt und in der Grundkonzeption den Bestrebungen des IHKM in Warschau nahekommmt. Andere Arbeitsgruppen des gleichen Instituts beschäftigen sich in ähnlicher Weise mit der volkskundlichen Erforschung der bäuerlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude⁵, des Weinbaus⁶, des Hirtenwesens⁷, der Fischerei⁸ sowie des Montanwesens⁹.

4 Jonas, Wolfgang, Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises „Geschichte der Produktivkräfte“ (im folgenden: Bericht), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, Berlin 1961, S. 223 ff.

5 Baumgarten, Karl, Zimmermannswerk in Mecklenburg. Die Scheune, Berlin 1961 = Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (im folgenden: Veröffentlichungen), Bd 26; Baumgarten, Karl/Bentzien, Ulrich, Hof und Wirtschaft der Ribnitzer Bauern, Berlin 1963 = Veröffentlichungen, Bd 31.

6 Weinhold, Rudolf, Stand und Aufgaben einer volkskundlichen Erforschung des Weinbaues im Saale- und Unstrutgebiet, in: Forschungen und Fortschritte, 37. Jg. 1963, S. 16 ff.

7 Jacobeit, Wolfgang, Schafhaltung und Schäfer in Zentraleuropa bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1961 = Veröffentlichungen, Bd 25.

8 Peesch, Reinhard, Die Fischerkommünen auf Rügen und Hiddensee, Berlin 1961 = Veröffentlichungen, Bd 28.

9 Sieber, Friedrich, Die bergmännische Lebenswelt als Forschungsgegenstand der deutschen Volkskunde, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, 5. Jg. 1959, S. 237 ff.; Wilsdorf, Helmut, Aspekte der Montanethnographie, in: ebenda, 10. Jg. 1964, S. 54 ff.

Im vorliegenden Beitrag soll lediglich von der zuerst genannten Gruppe, „Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft“, von ihrer theoretisch-methodischen Grundlage sowie von ihrer Organisation und Perspektive die Rede sein. Der Verfasser knüpft daran die Hoffnung, daß so das Interesse und die Bereitschaft zur engeren Zusammenarbeit zwischen dieser Arbeitsgruppe des Instituts für deutsche Volkskunde und den Vertretern der Agrargeschichte im Rahmen einer gemeinsamen Erforschung der Geschichte der ländlichen Produktivkräfte geweckt und gefördert wird.

I.

Wir gehen bei der nun anschließenden Betrachtung von der Grundkonzeption aus, wie sie für die volkskundliche Arbeit in der DDR gilt und wie sie Friedrich Sieber einmal mit folgenden Sätzen treffend umrissen hat: „Unser Hauptanliegen bleibt die Volkskultur in ihrer Gesamterscheinung. Noch heute sind ganze Gelehrteneschlechter dabei, Geschichte der Hochkultur zu betreiben. Wenn wir diese Werke über die Hochkultur zusammentragen, können wir sie in vielen Häusern nicht unterbringen. Wenn wir einmal damit die bescheidene Rolle, die die Bemühungen um die Volkskultur gespielt haben, vergleichen, so ist das von der gesamten Nationalkultur her gesehen eine Schande. Und so möchte ich, daß wir alle unsere Bemühungen aus dem Gebiet des Abstrusen, des Kuriosen, des Absonderlichen, das die volkskundlichen Veröffentlichungen so oft erhalten haben, herausführen und die Volkskultur als Ganzes ins Augenmerk nehmen, denn das muß das große und wirkliche Ziel der Volkskunde sein.“¹⁰ Diese Forderung nach einer Erforschung der „Volkskultur in ihrer Gesamterscheinung“, der „Volkskultur als Ganzes“ bedeutet die Erarbeitung einer alle Lebensbereiche des schaffenden Volkes umfassenden Geschichte, also eine Kulturgeschichte.

Träger dieser Volkskultur ist der arbeitende Mensch, sind die Klassen und Schichten des werktätigen Volkes, und es ist notwendig, zuerst diese einzelnen Schichten und die von ihnen geprägte Kultur zu erforschen und darzustellen, bevor man darangehen kann, eine umfassende Kulturgeschichte des werktätigen Volkes in seiner Gesamtheit zu schreiben. Sie bleibt vorerst Fernziel, aber steter Richtpunkt unserer volkskundlichen Arbeit.

Demnach muß die erste Aufgabe ein Suchen nach Möglichkeiten sein, das Spezifische dieser Schichten des werktätigen Volkes zu bestimmen, um diese zunächst voneinander abgrenzen zu können. Dieses Spezifikum, das den Menschen und die Schicht, der er angehört, vor allem prägt, ist die Arbeit, der er

10 Zitiert nach: *Strobach, Hermann*, Arbeitstagung des Instituts für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin, zu Ehren Richard Wossidlos in Rostock 1959, in: *Deutsches Jahrbuch für Volkskunde*, 6. Jg. 1960, S. 431.

täglich nachgeht, ist also sein Beruf, ist die sozialökonomische Lage, in der er wirkt und schafft.

Nun ist Arbeit, ob als Befreiung aus dem Naturzustand, ob als Produktion und Wirtschaft in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung etwas sehr Konkretes und ist gebunden an den tätigen Menschen, der sich durch Arbeit seine ihm gemäße Lebenswelt schafft. Dieser Mensch wirkt und arbeitet jedoch nicht mit unbewehrten Händen; er gibt ihnen vielmehr Werkzeuge und Geräte zur Benutzung, die ihn in die Lage versetzen, seine Arbeitskraft nicht nur beträchtlich zu erhöhen, sondern sie auch zu vervollkommen und zu verfeinern. Es besteht zwischen den die Arbeit unmittelbar ausführenden menschlichen Organen und dem Gerät ein Wechselverhältnis, welches sich in der Feststellung konkretisieren läßt, daß die Werkzeuge „die verlängerte, verstärkte Hand“ darstellen. „Sie stehen damit nicht . . . isoliert *neben* dem Menschen, . . . sondern sind *ein Teil*“¹¹ von ihm im Augenblick des Arbeitens und Produzierens.

Aber außerhalb dieses Zusammenhangs kommt den Geräten, den Produktionsinstrumenten, eine noch größere Bedeutung im Wechselverhältnis zwischen Arbeit und Gesellschaft zu. Im Arbeitsgerät nämlich, in seiner Geschichte spiegelt sich am deutlichsten die jeweilige Wirtschaftsform, in der es angewendet wird, und die Entwicklung des entsprechenden Produktionsprozesses wider. Veränderung und Weiterentwicklung eines Arbeitsgeräts können neue Produktionsmethoden – und umgekehrt – hervorrufen, die wiederum neue Wirtschaftsweisen bedingen. Deren Einfluß aber auf die Produktionsverhältnisse und damit auf die gesamte Volkskultur überhaupt ist evident. Niemals ist das eindeutiger ausgesprochen worden, als in den bekannten Sätzen von Karl Marx über die Bedeutung der Geschichte der Arbeitsmittel für die Erkenntnis und „die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen“.¹²

Marx hebt hier den historischen Wechselprozeß zwischen Mensch, Arbeit (und Arbeitsgerät), Wirtschaft und Gesellschaft hervor, und dieser historische Wechselprozeß ist nichts weniger als die Geschichte der Produktivkräfte. Deren Einzelelemente für sich genommen – also der Mensch allein, die Arbeitsgeräte oder die gesellschaftlichen Faktoren – sind, wie Wolfgang Jonas betonte, von vornherein noch keine Produktivkräfte; „sie werden es erst im gemeinsamen Zusammenwirken im gesellschaftlichen Produktionsprozeß“.¹³

Diese Erkenntnis der marxistischen Geschichtswissenschaft ist von großer Bedeutung gerade für die volkscundliche Erforschung von Arbeit und Wirt-

11 *Bail, Albrecht*, Ein Beitrag zur Methodik der Untersuchungen landwirtschaftlicher Handgeräte, angewandt auf Arbeitsversuche mit dem Handrübenroder, in: Kühnarchiv, Bd 63, Halle 1950, S. 132.

12 *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd 23, Berlin 1962, S. 194.

13 *Jonas, Wolfgang*, Über Probleme der Geschichte der Produktivkräfte, a. a. O., S. 9.

schaft, der man vielfach den Vorwurf gemacht hat, daß sie zu einseitig, zu materialgebunden sei, daß sie Gefahr laufe, in einen bloßen Ökonomismus zu geraten und den Menschen als den Handelnden und gleichzeitigen Träger des vielfältigen volkskulturellen Gemeinschaftsgutes außer acht lasse. Wenn wir nun aber diesen Bereich unter dem Gesichtspunkt der Erkenntnis vom „gemeinsamen Zusammenwirken (der Produktivkräfte) im gesellschaftlichen Produktionsprozeß“ untersuchen, dann ergibt sich daraus die Konsequenz, daß die Objekte der „Arbeit und Wirtschaft“ gar nicht mehr isoliert betrachtet werden können, weil sie eben in einen lebensvollen historischen Wechselprozeß gestellt sind.

Die Produktivkräfte wirken aber nicht nur auf die Produktivität und die Produktion ein, sie sind die wesentliche Grundlage der gesamt-kulturellen Entwicklung, demnach auch der geistigen Äußerungen. Wenn wir also den Bereich der Arbeit und Wirtschaft einschließlich der Produktionsinstrumente als Teil der Produktivkräfte erforschen, betrachten wir ihn gleichzeitig auch als ein Bildungselement der Volkskultur, und diese Wirkung auf die volkskulturellen Erscheinungen samt den Entwicklungen und Veränderungen tragen in die bisherige volkskundliche Betrachtungsweise ganz neue Aspekte.¹⁴ Aber nur eine Volkskunde, welche die Volkskultur in ihrer Gesamtheit und damit die Lebenswelt ihrer Träger umfassend erforschen will, kann der „Arbeit und Wirtschaft“ den ihr gebührenden Platz einräumen.

Nach diesen grundsätzlichen Vorbemerkungen, welche auf die allgemeinen Beziehungen zwischen einer als Kulturgeschichte des werktätigen Volkes verstandenen Volkskunde und einer Geschichte der Produktivkräfte nachdrücklich hinweisen sollten, wollen wir konkret den Bereich der „Bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft“ als einen Forschungsgegenstand der Volkskunde betrachten und dabei vor allem die Verbindungslinien berücksichtigen, die sich zur Agrargeschichte als zu dem so wichtigen Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ziehen lassen.

Grundlage aller volkskundlichen Forschungen über bäuerliche Arbeit und Wirtschaft sind Untersuchungen über die Arbeitsgeräte. Hier ist es zunächst wichtig, die äußere Form, die Vielzahl der häufig landschaftlich, aber zum Teil auch ethnisch bestimmten Varianten eines Grundtyps festzustellen, also eine Typologie zu erarbeiten, die bemüht sein muß, das jeweilige Gerät von seiner Entstehung, von den ersten Spuren seiner Existenz in dem entsprechenden geographischen Untersuchungsraum bis in seine jüngsten Entwicklungsformen hin zu verfolgen. Doch die Typologie kann und darf nicht zum Selbstzweck werden, wie das oft geschehen ist. Es muß vielmehr die Aufgabe volkskundlicher Geräteforschung im Sinne der bisherigen Ausführungen sein, nach Möglichkeit zu ergründen, warum die entsprechende Form oder der Typ so und nicht anders ist, warum in der einen Landschaft der Pflug mit zwei Sterzen, in der anderen

14 Vgl. hierzu auch *derselbe*, Bericht, a. a. O., S. 227; *derselbe*, Problem, a. a. O., S. 102.

nur der mit einem Sterz üblich ist, warum man hier Pferde, dort Rinder vor den Wagen oder den Pflug spannt usw.

Vor allem aber muß das Gerät im Zusammenhang mit dem Menschen, der es handhabt, der es herstellt und verändert, gesehen werden; denn eine ausschließlich vom Gerät her betriebene Untersuchung seiner Entwicklung kann nur zu sehr bedingten Gesetzmäßigkeiten führen, die „nicht für das wichtigste Element der Produktivkräfte, für den Menschen (gelten). Schon darin zeigt sich ihre Beschränktheit“¹⁵. Diesen Umstand gilt es besonders zu beachten, wenn wir das Arbeitsgerät in seiner vollen Bedeutung für die Geschichte der Produktivkräfte erkennen wollen. – Sehr differenzierte Untersuchungsmethoden, mit denen man das „Leben der Geräte“ und ganzer Gerätefamilien rekonstruieren kann, sind hierfür freilich Voraussetzung. Die beiden ungarischen Volkskundler Edith Fél und Tamás Hofer dürften neben André Leroi-Gourhan¹⁶ und Marcel Maget¹⁷ diejenigen sein, die bei ihren langjährigen Forschungen in dem ungarischen Dorf Átány solche Methoden am weitesten entwickelt und erprobt haben.¹⁸ Sie untersuchten die Arbeitsgeräte nicht allein nur nach Typologie, Funktion, Herstellungsart usw., sondern auch und vor allem danach, wie sie an die für sie bestimmte Tätigkeit von den mit ihnen Arbeitenden angepaßt werden, welche Wertschätzung sie beim einzelnen oder bei der Gemeinschaft des Dorfes haben, wie man sie veränderten wirtschaftlichen und arbeitsmäßigen Grundlagen entsprechend umgestaltet und sie so eine ganz andere Funktion erhalten, wie das Arbeitsgerät „gehalten“ wird, das heißt, ob man es sorgsam behandelt oder darauf wenig Wert legt, ob und welche Arbeitsgeräte man innerhalb einer Gemeinschaft – sei es eine Arbeitskooperation oder die Nachbarschaft – verleiht, welche Bedingungen daran geknüpft werden, welche Besitzverhältnisse vorliegen, welche Beziehungen unter Berücksichtigung der hier genannten Punkte zwischen funktionell ähnlichen Geräten und anderen, die im gleichen Arbeitsprozeß verwendet werden, bestehen („Gerätefamilien“) und anderes mehr. Interessant und wichtig ist die Schlußfolgerung, die beide Forscher aus ihren Untersuchungen in Átány gezogen haben: „Je mehr Gegenstandsgruppen wir aneinanderreichten, desto dichter und lückenloser erscheint das Netz der menschlichen Relationen. Beziehen wir den gesamten Komplex der Gegenstände ein, so wird das Netz so weit, daß die Struktur der Gesellschaft und die Kultur fast vollständig einbegriffen wird. Man kann, von den Gegenständen ausgehend, wagen, das Leben einer kleinen Gemeinschaft darzustellen. Dieser Aufgabe haben sich bisher anscheinend zumeist Archäologen unterzogen, denen oft keine andere Quelle zu Verfügung steht als die lückenhaften gegenständlichen Relikte, aus denen sie das Leben, die gesellschaftliche Struktur und sogar das Weltbild einer Menschengruppe von einstmals rekonstru-

15 Lärmer, Karl, a. a. O., S. 185.

16 Leroi-Gourhan, André, *L'homme et la matière*, Paris 1943.

17 Maget, Marcel, *Guide d'étude directe des comportements culturels*, Paris 1953.

18 Fél, Edith/Hofer, Tamás, Über monographisches Sammeln volkskundlicher Objekte, in: Festschrift für Alfred Bühler, Basel 1965, S. 77 ff.

ieren. Der Ethnograph ist in der Lage, auf Grund der Gegenstände, ohne allein auf komplizierte Folgerungen angewiesen zu sein, unter Verfolgung der lebendigen menschlichen Beziehungen diese Arbeit in bezug auf eine lebende kleine Gemeinschaft zu vollziehen.“¹⁹ Hiermit wird wohl eindeutig genug klargestellt, daß schon die Frage nach den Beziehungen des Menschen zum Arbeitsgerät den *gesamten* volkskulturellen Bereich umfaßt und daß damit von der Volkskunde her ein wesentlicher Beitrag zur Erkenntnis des Zusammenspiels und der Wechselwirkung der Produktivkräfte geleistet werden kann. (Es zeigt sich aber ebenfalls, daß der bisher gebräuchliche Terminus „Gerätekforschung“ bei weitem nicht das ausdrückt, was der Bedeutung des Produktionsinstruments entspricht, und daß es vielmehr berechtigt ist, von Forschungen über „Arbeit und Wirtschaft“ zu sprechen, weil es ja letztlich die ganze Skala gerade dieser Beziehungen ist, die auf die Volkskultur mit entscheidend einwirkt. Im Arbeitsgerät bzw. im „Leben des Arbeitsgeräts“ finden sie ihre Objektivierung.)

II.

Solche umfassenden Zusammenhänge und Fragestellungen, wie wir sie nur andeuten konnten, lassen sich allein vom volkskundlichen Befund her kaum untersuchen. Hier muß auf die Forschungsergebnisse der Nachbardisziplinen zurückgegriffen werden, und zwar mit Hilfe der „komplexen Methode“, die zunächst all das Material heranzieht, was Geographie und Agrarwissenschaft, Vor-, Früh- und Landesgeschichte, Wirtschafts-, Technik-, Agrar- und Rechtsgeschichte, was Kunst- und allgemeine Kulturgeschichte erarbeitet haben. Nur wenn auf diese Weise das Arbeitsgerät bzw. der Gesamtbereich der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft nach allen Seiten, vor allem in der historischen Tiefe untersucht worden ist, lassen sich wichtige Erkenntnisse über Entwicklung, Verbreitung und Stellung unter den Produktivkräften und im gesamten volkskulturellen Raum gewinnen. Die effektive Anwendung der hier skizzierten komplexen Methode hat aber eine bestimmte Voraussetzung: Da die Überschaubarkeit des heranzuziehenden Materials für den Einzelforscher immer schwieriger wird, ist es notwendig, den Weg der Gemeinschaftsarbeit aller in Frage kommenden Fachvertreter zu beschreiten, wie es das Warschauer IHKM bereits vor rund zehn Jahren getan hat. Erst dadurch gewinnt die komplexe Methode ihren vollen Wert, und es sollte in Zukunft ein Hauptanliegen der Fachkongresse sein, die Möglichkeiten zu erörtern, wie solche Gemeinschaftsarbeiten – auch international!²⁰ – am wirksamsten organisiert

19 Ebenda, S. 91f.; vgl. auch *Wiegelmann, Günter*, Der „Atlas der deutschen Volkskunde“ als Quelle für die Agrargeschichte, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 12. Jg. 1964, S. 166f.

20 Vgl. *Jacobeit, Wolfgang*, Intensification of International Cooperation in the Field of European Agrarian Ethnography, in: *Current Anthropology*, 5. Jg. 1964, S. 179ff.

werden können. Auch die Frage einer speziellen Dokumentation und Bibliographie muß mit einbezogen werden.

Die Forderung nach einer Gemeinschaftsarbeit trifft in unserem Fall vor allem die Verbindung zwischen Volkskunde und Agrargeschichte, die, wissenschaftsgeschichtlich gesehen, zwar eigentlich schon bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückreicht²¹, aber nun endlich – nach manchen gescheiterten Versuchen – zu konkreter Zusammenarbeit geknüpft werden sollte. Es muß aber auf einige neue Zusammenhänge hingewiesen werden: Soweit sich die Agrargeschichte bisher mit den Produktivkräften in der Landwirtschaft beschäftigt hat, betrachtete sie fast ausschließlich nur die von den großen Gütern ausgehenden Impulse, sah sie die Weiterentwicklung – vor allem im 18. Jahrhundert – durch das Wirken einzelner Feudalherren veranlaßt. Ein Anteil der Bauern am agrarischen Fortschritt wurde kaum in Erwägung gezogen, da man diese – bedingt durch die feudale Bedrückung – dafür nicht fähig hielt. Sie galten in ihren Anschauungen als veraltet und rückwärtsgewandt, jeder Neuerung gegenüber skeptisch oder ablehnend. „Wenn von Bauernwirtschaften die Rede war“, schrieb ein Zeitgenosse Albrecht Thaers, „so hat man fast immer Klage geführt, daß diese wenig oder gar keine Fortschritte in der Ackerkultur machten, da die Bauern fast eine unüberwindliche Liebe zum Alten und Hergebrachten hätten. Es ist . . . etwas Charakteristisches der Bauern, daß sie gern bei der Methode, bei dem Glauben ihrer Väter bleiben . . .“²² In solche Auffassungen, die bis in die jüngste Zeit bei den Vertretern der Wirtschafts- und Agrargeschichte weitgehend verbreitet waren, hat neuerdings vor allem Hans-Heinrich Müller mit mehreren Aufsätzen eine Bresche geschlagen.²³ Am Beispiel bisher meist unbekannter Archivalien hat er schon für die spätf feudale Zeit (zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts) nachweisen können, daß im ehemaligen Brandenburg die abhängigen Bauern durchaus zur Entwicklung des agrarischen Fortschritts, der Produktivkräfte in der Landwirtschaft, beigetragen haben. Es war bei ihnen ebenfalls der Wille vorhanden, an der wachsenden Prosperität durch „Vergrößerung ihres eigenen Anteils am Mehrprodukt“, das heißt an der

21 *Derselbe*, Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde, Kap. II/5, Berlin 1965 (= Veröffentlichungen, Bd 39).

22 Zitiert nach Müller, *Hans-Heinrich*, Der agrarische Fortschritt und die Bauern in Brandenburg vor den Reformen von 1807 (im folgenden: Der agrarische Fortschritt), in *ZfG*, 4/1964, S. 644.

23 *Derselbe*, Der agrarische Fortschritt, a. a. O.; *derselbe*, Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, wirtsch.-wiss. Diss. Berlin 1962; *derselbe*, Bäuerliche Rittergutspachtungen im Cottbuser Kreis in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: *Lötowis*, Reihe B, 11/1, 1964, S. 29ff. – Alle Titel enthalten weiterführende Literaturangaben. – Vgl. auch Heitz, *Gerhard*, Bauernwirtschaft und Junkerwirtschaft, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1964, T. 2/3, Berlin 1964, S. 80ff.

Marktproduktion mit teilzuhaben, ihre gesellschaftlichen Bedürfnisse wuchsen ebenso wie die der anderen Klassen und Schichten. Wachsende gesellschaftliche Bedürfnisse aber sind ein wesentlicher Impuls für die Entwicklung der Produktivkräfte.²⁴ So schufen die märkischen Bauern, die ohnehin sechzig bis siebzig Prozent des Bodens bewirtschafteten, „nicht nur allein durch ihrer Hände Arbeit alle Voraussetzungen für den Fortschritt auf den Feudalgütern, sondern sie waren in zunehmendem Maße an der Entwicklung der Produktivkräfte auf ihren eigenen Wirtschaften beteiligt. Wenn hier der Fortschritt auch langsamer und der Anbau neuer Früchte usw. nicht so umfangreich war, so ist doch entscheidend, daß sie am Fortschritt beteiligt waren . . . Die Bauern machten damit Geschichte der Volksmassen, auch wenn ihre revolutionäre Kraft weitgehend von den herrschenden reaktionären Kräften gewaltsam unterdrückt wurde. Sie nahmen somit einen beträchtlichen Einfluß auf die Reformen von 1807 und halfen, die kapitalistische Produktionsweise vorzubereiten.“²⁵ Müller hat die Bedeutung des Bauern für die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft in der Hauptsache für den märkischen Raum nachgewiesen, und man wird abwarten müssen, welches Ergebnis entsprechende Untersuchungen in weiteren, anders strukturierten Gebieten haben werden.²⁶ Das eine aber steht fest, daß die Rolle des Bauern in der Frage der agrarischen Entwicklung künftig weit stärker berücksichtigt werden muß.

Wenn wir nunmehr die neuen Erkenntnisse Müllers in unsere Überlegungen über die Notwendigkeit einer engeren Kooperation zwischen Volkskunde und Agrargeschichte einbeziehen, dann gibt es keinen Zweifel an der Gemeinsamkeit volkskundlicher Erforschung der „Bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft“ und agrarhistorischer Untersuchung der „Produktivkräfte in der Landwirtschaft“. Wie fruchtbar die Zusammenarbeit zwischen beiden Disziplinen sein kann, hat unlängst erst wieder Günter Wiegelmann gezeigt.²⁷ Auch er betont die Gemeinsamkeiten, spricht sogar von der Erforschung der bäuerlichen Arbeit als einem „sachlichen Grenzgebiet zwischen den beiden Wissenschaften“²⁸, allerdings wohl wissend, daß Volkskunde und Agrargeschichte in einem gemeinsamen Programm durchaus die eigenen Kompetenzen zu beachten haben.²⁹

24 Lärmer, Karl, a. a. O., S. 183.

25 Müller, Hans-Heinrich, Der agrarische Fortschritt, a. a. O., S. 648.

26 Vgl. z. B. Lösche, Dietrich, Vermögensverhältnisse thüringischer Bauern im Jahre 1542, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, Berlin 1964, S. 122 ff.

27 Wiegelmann, Günter, a. a. O., S. 164 ff.; derselbe, Reliktzonen und moderne Gebiete in der bäuerlichen Sachkultur der Neuzeit, in: Kulturraumprobleme aus Ostmitteleuropa und Asien. Festschrift für Herbert Schlenger, Kiel 1964, S. 23 ff. = Schriften des geographischen Instituts der Universität Kiel, Bd 23.

28 Derselbe, Der „Atlas der deutschen Volkskunde“ als Quelle für die Agrargeschichte, a. a. O., S. 166 f.

29 Ebenda.

III.

Wir sagten eingangs, daß wir von den Gegebenheiten der Forschungsgruppe „Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft“ ausgehen wollen, die am Berliner Akademie-Institut für deutsche Volkskunde seit 1956 besteht. Auf die Arbeiten dieser Forschungsgruppe, welche bisher die einzige Institution dieser Art in Deutschland ist, sei hier noch näher eingegangen. Ihre Gründung ist ein Ausdruck der Konsequenz, die Wolfgang Steinitz beim Neuaufbau der Volkskunde in der DDR aus der Wissenschaftsgeschichte dieses Fachs bis 1945 zog. Bis dahin nämlich konzentrierten sich die volkskundlichen Untersuchungen vorwiegend auf den „geistig-seelischen“ Bereich der Volkskultur unter Anwendung psychologischer Methoden, wie sie zum Beispiel der idealistischen „Geisteswissenschaft“ Diltheys eigen war. Die Beschäftigung mit allem „Materiellen“ war dieser Richtung suspekt. Die Erforschung von Arbeitsgeräten oder gar solcher Zusammenhänge, wie wir sie soeben erörtert haben, wurde bewußt vernachlässigt. Wenn Steinitz neben der Erforschung der gleichfalls vernachlässigten demokratischen Traditionen in der deutschen Volksdichtung Untersuchungen über bäuerliche Arbeit und Wirtschaft zur Schwerpunktaufgabe des neuen Akademie-Instituts für deutsche Volkskunde erklärte, dann war das ein konsequenter Bruch mit der Vergangenheit der Volkskunde als Wissenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts; es bedeutete aber ein Anknüpfen an die längst vergessenen progressiven demokratischen Traditionen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hatten doch Männer wie Jacob und Wilhelm Grimm oder der Kreis um die *Monumenta Germaniae Historica* und andere stets eine allseitige Erforschung der Volkskultur unter bewußter Einbeziehung dessen, was wir als Arbeit und Wirtschaft bezeichnen, nicht nur gefordert, sondern auch in eigenen Arbeiten vertreten.³⁰

Die erste und gleichzeitig vordringlichste Aufgabe, die sich die Forschungsgruppe „Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft“ unter der Leitung des Verfassers stellte, war, so schnell wie möglich eine systematische Übersicht über die bäuerlichen Arbeitsgeräte, wie sie im Raum der DDR einmal verwendet worden sind, zu schaffen. Dies geschah dadurch, daß wir die in sämtlichen Museen der DDR vorhandenen ländlichen Produktionsinstrumente aus Feld, Stall, Haus und Hof inventarisierten, fotografierten, beschrieben und vermaßen und so im Laufe der Jahre ein wissenschaftliches Archiv mit bisher über 15000 Aufnahmen anlegten. 1962 wurde die Inventarisierung in den zirka vierhundert Museen plangerecht abgeschlossen.³¹ Der Aufbau dieses Archivs, der im In- und Ausland mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde, konnte natürlich nur ein allererster Schritt sein. Unser Ziel richtet sich ja auf die Erforschung der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft überhaupt, auf die Entwicklung der bäuer-

³⁰ Vgl. *Jacobeit, Wolfgang*, Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft, Kap. I/1.

³¹ *Derselbe*, Das bäuerliche Arbeitsgerät in den Museen der DDR, in: *Neue Museumskunde*, 6. Jg. 1963, S. 157 ff.

lichen Produktivkräfte im Sinne unserer bisherigen Erörterungen. Solchen Anforderungen vermag ein reines Gerätearchiv nicht zu genügen. Es muß erst mit Leben erfüllt, das heißt, es muß der Spezifik der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft entsprechend ergänzt und komplettiert werden. Hierfür stehen uns ein umfangreiches Quellenmaterial in den publizierten Urkundensammlungen und in den Archiven, in der bildenden Kunst, in der Reiseliteratur des 18./19. Jahrhunderts, in der statistisch-kameralistischen und der agrarökonomischen Literatur seit dem 17. Jahrhundert einschließlich der populärwissenschaftlich-landwirtschaftlichen Literatur und der „Bauernzeitungen“ seit dem frühen 19. Jahrhundert und vieles andere zur Verfügung, ein Material, das bei weitem noch nicht in seiner Gesamtheit bekannt, geschweige denn unter volkskundlichen Gesichtspunkten ausgewertet worden ist. In der Dokumentation dieses Quellenstoffs, soweit er in erster Linie die Verhältnisse innerhalb der Grenzen der DDR betrifft, sehen wir die Hauptaufgabe einer allgemeinen historischen Komplettierung unseres Gerätearchivs.

Für die Erfassung der entsprechenden Bildbelege vom Mittelalter bis ins 18. und 19. Jahrhundert ist ein Kunsthistoriker tätig. Er hat seit einigen Jahren – auch für andere volkskundliche Bereiche – ein selbständiges wissenschaftliches Bildarchiv mit etwa 2500 Belegen aufgebaut. Für die gleichfalls begonnene Auswertung der reichen agrarökonomischen und der Reiseliteratur der vergangenen drei Jahrhunderte war zunächst die Erarbeitung eines neuen Archivierungssystems notwendig, da die Ordnungsprinzipien des Gerätearchivs selbst nicht mehr ausreichten. Diese neue Systematik, die vor kurzem in der Festgabe für Wolfgang Steinitz publiziert wurde³², spiegelt den Ablauf des bäuerlichen Arbeitsjahres in allen Details, in seinen gesamten volkskundlichen sowie kultur-, wirtschafts- und sozialhistorischen Zusammenhängen wider und läßt jederzeit die Möglichkeit zu, auch die *gegenwärtige* Entwicklung in den Bereich der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft mit einzubeziehen. Die Systematik dokumentiert gleichzeitig, wieweit wir den Bereich der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft fassen wollen: Wir beziehen nicht nur sämtliche Geräte, Arbeitsmethoden, Wirtschaftsweisen von der Saat bis zur Ernte ein, sondern auch Sonderkulturen, Viehwirtschaft, aneignende Wirtschaft, Nahrungswesen, Faserverarbeitung, Haus und Hof, Transportwesen, Handel und Versand, weiter aber auch die Beziehungen der bäuerlichen Bevölkerung zu den anderen werktätigen Gruppen des Dorfes sowie Fragen der Arbeitsproduktivität, der Arbeitsteilung und der Arbeitszeit, des Arbeitsrhythmus und des Arbeitsliedes, des Verhältnisses zur Arbeit, des Arbeitsbrauchtums, der Arbeitskleidung, der Tradition in der Arbeit und am Arbeitsgerät und schließlich die Entwicklungsprozesse und Umwandlungen bei Arbeit und Arbeitsgerät.³³

32 *Jacobet, Wolfgang/Quietzsch, Rudolf*, Forschungen zur bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft im Institut für deutsche Volkskunde. Stand und Aufgaben, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, 11. Jg. 1965, S. 59 ff.

33 Unsere Systematik korrespondiert weitgehend mit den Auffassungen von Wiegmann, der über die Aufgabe der Volkskunde bei der Erforschung des

Diese Konzeption zeigt unser Bemühen, jede Einseitigkeit der Beurteilung unserer Untersuchungsobjekte zu vermeiden, indem wir sie in den Wechselprozeß zwischen Mensch, Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft hineinstellen. Parallel zu dieser allgemeinen historischen Komplettierung erfolgen systematische Feldforschungen und Fragebogenaktionen über ein Netz von zirka 700 Gewährsleuten in allen Gebieten der DDR. Da es nicht möglich ist, diese Untersuchungen für alle Bereiche der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft gleichzeitig durchzuführen, haben wir zunächst drei Komplexe ausgewählt, die vordringlich behandelt und in Form von Monographien publiziert werden sollen, und zwar Zugtiere und Anschirrweisen unter besonderer Berücksichtigung der Zugrinder, Dreschen und Drescher sowie Pflug und Pflügen in Deutschland. Daneben laufen eine Anzahl von Diplomarbeiten für Studenten mit kleineren und begrenzteren Themen, so über das Garbenbinden, das Flachsbrechen usw. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, daß wir für die nächsten Jahre eine große Komplexuntersuchung über den Rübenbau und seinen Einfluß auf die Wandlung der gesamten dörflichen Lebenswelt und Volkskultur im Gebiet der Magdeburger Börde durchführen wollen. Es wird dies eine mehrjährige Forschungsarbeit sein, welche im wesentlichen den Zeitraum der letzten hundert Jahre umfassen und die Veränderungen sowie die Entwicklung, die durch den forcierten Rübenanbau ausgelöst worden sind, erfassen und feststellen will. Wir erhoffen uns gerade von dieser Untersuchung neue Erkenntnisse über die Bedeutung von Arbeit und Wirtschaft in ihrer kulturbildenden Wirkung und Funktion. — Wir versuchen also, das, was in der deutschen Volkskunde vernachlässigt wurde, unter freilich heute weit schwierigeren Bedingungen einigermaßen aufzuholen, und wir begrüßen es, daß unsere bisherige Arbeit nicht nur die Anerkennung unserer volkskundlichen Fachkollegen in beiden deutschen Staaten und im Ausland, sondern auch der Nachbarwissenschaftler, vor allem der Agrarhistoriker, gefunden hat.³⁴

Das alles mag nun recht positiv und optimistisch klingen. In Wahrheit aber kommen wir aus mancherlei Gründen mit unseren Vorhaben nur langsam voran, obwohl wir uns bemühen, so rationell wie möglich zu arbeiten, indem wir zum Beispiel das Lochkartensystem mit Handselektion anwenden. Es ist aber keine Frage, daß wir viel schneller zum Ziel gelangten, wenn wir die Dokumentation, aber auch die eigentlichen Untersuchungen in engerer Kollektivarbeit als bisher mit den Vertretern der Nachbarwissenschaften, vor allem mit

„täglichen Lebens der Bauern“ sagte: „... die Art und Schwere der Verrichtungen, der Arbeitsrhythmus, die Stellung der Arbeit im Tageslauf, Arbeitsgruppen, Arbeitsteilung und menschliche Bindungen durch die Arbeit, schließlich das Interesse an und die geistige Beschäftigung mit der Arbeit, das sind die zentralen Aspekte der Volkskunde.“ (*Wiegelmann, Günter, Der „Atlas der deutschen Volkskunde“ als Quelle für die Agrargeschichte, a. a. O., S. 166f.*)

34 Vgl. *Heitz, Gerhard, Die Erforschung der Agrargeschichte des Feudalismus in der DDR (1945–1960)*, in: *ZfG*, 8. Jg. 1960, Sonderheft, S. 116ff.

den Agrarhistorikern, durchführen könnten. Diese Notwendigkeit liegt um so näher, als die Unterlagen, welche wir bisher erarbeitet haben, für die Vertreter der Geschichte der Landwirtschaft von gleichem Interesse sind und von ihnen mit der gleichen Effektivität benutzt werden könnten. Viele Probleme, manche Methoden haben wir gemeinsam, und wir bedürfen der gegenseitigen Unterstützung und Ergänzung. Die Volkskundler betrachten es seit langem als eine Selbstverständlichkeit, die Ergebnisse der Nachbarwissenschaften in ihre Überlegungen einzubeziehen und zu verwerten. Erlaubt sei aber die kritische Bemerkung, daß der Kontakt zum Beispiel von seiten der Agrarhistoriker zur Volkskunde noch nicht in dem Maße gesucht wird, wie es wünschenswert wäre. In den letzten Jahren sind zum Beispiel eine ganze Reihe von agrarhistorischen Dissertationen geschrieben worden, die auch von der volkskundlichen Agrarforschung hätten vergeben werden können. Wir haben sie erst nach ihrem Erscheinen kennengelernt und mußten wiederholt feststellen, daß diese Arbeiten gewonnen hätten, daß sie auch gesicherter gewesen wären, wenn sie zum Beispiel unsere schon bestehende Dokumentation benutzt und unsere Publikationen mit einbezogen hätten.³⁵

Jan Pazdur sagt in seinem Aufsatz über das IHKM: „An jede Forschungstätigkeit muß die Forderung gerichtet werden, auch für andere Wissensgebiete nutzbringend zu sein . . . Die Gefahr der Verwischung der strengen Grenzen zwischen zwei verwandten wissenschaftlichen Disziplinen existiert in den Naturwissenschaften nicht. Im Gegenteil. Immer mehr Grenzwissenschaften entstehen. Eine ähnliche Situation bahnt sich auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften an.“³⁶ Die Konsequenz aus dieser Feststellung war für die Polen die Gründung des IHKM im Jahre 1954, wo sich Wissenschaftler der verschiedensten, aber verwandter Disziplinen zur Erforschung der „Geschichte der materiellen Kultur“ auch institutionell zusammengeschlossen haben, ohne daß, wie Pazdur ausdrücklich betont, je daran gedacht worden wäre, die Eigenständigkeit der Disziplinen selbst in irgendeiner Weise anzutasten.³⁷ In Ungarn scheint man – wenigstens für den Bereich der bäuerlichen Arbeit und Wirtschaft – einen gleichen Weg einschlagen zu wollen³⁸, ebenfalls auch in der Sowjetunion.³⁹ In der DDR könnte der „Arbeitskreis Geschichte der Produktivkräfte“ die Keimzelle ähnlicher Institutionen werden. Aber noch ist es verfrüht, sich darüber irgendwelchen Hoffnungen hinzugeben. Verwiesen sei

35 Das gilt z. B. auch für die Arbeit von *Abel, Wilhelm*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1962.

36 *Pazdur, Jan*, a. a. O., S. 205.

37 Ebenda, S. 206.

38 Initiator solcher Bestrebungen ist dort das Ungarische Landwirtschaftsmuseum.

39 *Maslova, L. V.*, Étnografičeskie aspekty v dokladach istorikov na VII (Kišinevskoj) sessii mežrespublikanskogo simpoziuma po agranoj istorii vostočnoj Evropy, in: Sovetskaja Étnografija 1965, H. 2, S. 177 ff.

dennoch auf die Anregung von Wolfgang Jonas, im „Arbeitskreis“ Sektionen mit engerer Problematik zu bilden, die so effektiver arbeiten könnten.⁴⁰ Eine Sektion „Bäuerliche Arbeit und Wirtschaft“ bzw. „Geschichte der Produktivkräfte in der Landwirtschaft“ wäre nach dem Stand der Dinge nur konsequent. Für die Erarbeitung eines neuen Geschichtsbildes ist nicht zuletzt die bislang vernachlässigte Geschichte der Volkskultur, die Kulturgeschichte des werktätigen Volkes, eine wesentliche Grundlage. Die Geschichte des Bauerntums und der werktätigen Dorfbevölkerung ist hierzu ein wichtiger Baustein. An dessen Formung und Gestaltung zu arbeiten, sollte für alle zuständigen Disziplinen eine verpflichtende Aufgabe sein. Volkskunde und Agrargeschichte aber sind dazu in erster Linie berufen. Es wäre an der Zeit, daß sich ihre Vertreter wenigstens zu gemeinsamen Beratungen und Konsultationen zusammensetzten und versuchten, sich über den Aufbau einer gemeinsamen Dokumentation zu einigen und auch gemeinsame Untersuchungen durchzuführen, zum Besten einer wichtigen und guten Sache!⁴¹

40 Jonas, Wolfgang, Bericht, a. a. O., S. 227. – Im übrigen sei die Lektüre gerade dieses Berichtes von Jonas besonders empfohlen, weil hier eine ganze Anzahl sehr wichtiger Themen zur gemeinsamen Bearbeitung empfohlen werden, die für eine Geschichte der Produktivkräfte allgemein von elementarer Bedeutung sind.

41 Nach Abschluß dieses Manuskripts erschien ein bemerkenswerter Aufsatz des niederländischen Agrarhistorikers *Slicher van Bath, B. H.*, Les problèmes fondamentaux de la société préindustrielle en Europe occidentale. Une orientation et un programme, in: A. A. G. Bijdragen, 12. Jg. 1965, S. 3ff. – Er endet mit einer Aufforderung zur Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen, besonders aber der Agrargeschichte und der Volkskunde. Wörtlich heißt es am Schluß: „A notre époque on se plaint que dans la science la spécialisation s'accroît de plus en plus. Les exemples en ce qui concerne l'histoire sont, sans contredit, l'histoire agraire et la démographie historique. Par ce qui précède on constate qu'une telle spécialisation ouvre justement la porte à une coopération et à une synthèse de bien des sciences où l'histoire donne aussi sa part.“

Sachsen im frühen Mittelalter

Diskussionsbeitrag zur Sozialstruktur Sachsens im 9. Jahrhundert und seiner politischen Stellung im frühen Mittelalter

VON SIEGFRIED EPPERLEIN

In letzter Zeit waren sowohl verschiedene Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung im Feudalismus als auch die Analyse seiner entscheidenden sozialen, ökonomischen und politischen Kriterien Gegenstand einer recht lebhaften und fruchtbaren Diskussion. Probleme, die sich aus einer vergleichenden Betrachtungsweise im Rahmen der allgemeinen Geschichte ergaben, wurden im Laufe der Debatte ebenso erörtert¹ wie spezielle Erscheinungen, denen wir in begrenzteren Räumen im ostfränkischen Reiche etwa auf dem Gebiet des sich seit dem 10. Jahrhundert herausbildenden frühfeudalen Staates begegnen. Hier unterscheiden sich die von Hans-Joachim Bartmuß² und Eckhard Müller-Mertens³ vorgetragenen Auffassungen zum Teil beträchtlich. Gegenüber Bartmuß, der dazu neigt, den Entwicklungsstand der sozialökonomischen Verhältnisse in Sachsen im 9. Jahrhundert als relativ fortgeschritten anzusehen und hier zumindest teilweise feudale Organisationsformen schon seit der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts erkennen zu können glaubt, die durch äußere Einwirkungen (fränkische Eroberungen, christliche Mission) weiter gefördert wurden⁴, bezieht Müller-Mertens einen anderen Standpunkt. Ausgehend von der Feststellung, daß der westeuropäische Feudalismus im Vergleich zu Byzanz etwa von Anfang an einen primitiven Grundzug aufweist, wirft Müller-Mertens die zweifellos interessante Frage auf, ob solche germanischen Stämme wie die Franken, Alemannen, Bayern, Thüringer, Sachsen und Friesen von sich aus, ohne äußere

1 *Töpfer, Bernhard*, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus. Ein Diskussionsbeitrag, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (im folgenden: *ZfG*), 13. Jg. 1965, S. 785 f.

2 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland, in: *ZfG*, 13. Jg. 1965, S. 1001f.

3 *Müller-Mertens, Eckhardt*, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte der schriftlichen Quellen (im folgenden: *Die Genesis*), in: *ZfG*, 12. Jg. 1964, S. 1384; *derselbe*, Vom Regnum teutonicum zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation (im folgenden: *Vom Regnum teutonicum*), in: *ZfG*, 11. Jg. 1963, S. 319f., *derselbe*, Zur Feudalentwicklung im Okzident und zur Definition des Feudalverhältnisses, in: *ZfG*, 14. Jg. 1966, S. 53 f.

4 *Bartmuß, Hans-Joachim*, a. a. O., S. 1002 f.

Einflüsse, den Weg zum Feudalismus gefunden hätten.⁵ Müller-Mertens spricht in diesem Zusammenhang von einer barbarisch-vorfeudalen Stufe der Klassengesellschaft, auf die möglicherweise die gesellschaftliche Entwicklung in diesen Gebieten gezielt hätte, und weist dabei vor allem auf Sachsen hin, wo er bis ins 10. und 11. Jahrhundert hinein einen gewissen Archaismus innerhalb der Sozialstruktur erkennen möchte.⁶

Wir wollen uns im folgenden mit diesen Fragen etwas näher beschäftigen und dabei besonders auf die Argumentation eingehen, die Bartmuß vor allem bei der Untersuchung über den Aufstand der Stellinga 842 vorbrachte, den er im wesentlichen als Erhebung schon feudalabhängiger Bauern ansieht und von dem aus er auf eine allgemeine Entstehung feudaler Verhältnisse in Sachsen im 8. und 9. Jahrhundert schließt.⁷ Darüber hinaus möchten wir auch auf andere Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens eingehen, die es ermöglichen, die soziale und ökonomische Struktur Sachsens und seine politische Stellung im frühen Mittelalter etwas besser zu begreifen.

Als Ausgangspunkt einer Analyse bieten sich die Quellen an, die über den Stellingaaufstand berichten. Vier Chronisten überliefern uns Einzelheiten über diese Erhebung: Nithard⁸, Prudentius von Troyes⁹, Rudolf von Fulda¹⁰ und die Xantener Annalen¹¹, die die Empörer unterschiedlich bezeichnen: Nithard spricht von „frilingis lazzibusque, quorum infinita multitudo est“, die den Aufstand durchführten¹². Prudentius von Troyes erwähnte allgemein „Saxonibus qui Stellunga appellantur . . .“¹³, Rudolf von Fulda nennt „liberti“¹⁴, während der Xantener Annalist von „servi“ berichtet¹⁵. Wir stimmen mit Bartmuß insofern überein, daß sich diese Bezeichnungen auf eine in sich differenzierte ländliche Bevölkerung beziehen, die allgemein von „domini“ abhängig ist,

5 Müller-Mertens, Eckhard, Die Genesis, a. a. O., S. 1393; derselbe, Vom Regnum teutonicum, a. a. O., S. 326f. u. 331f.

6 Derselbe, Die Genesis, a. a. O., S. 1392f.

7 Bartmuß, Hans-Joachim, a. a. O., S. 1006 f.; derselbe, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes. Wiss. Zeitschr. d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1/1957, S. 113f.

8 Nithardi historiarum, hg. v. E. Müller, Hannover-Leipzig, liber IV, C. 2, S. 41f. = Monumenta Germaniae historica (im folgenden: MGH), Scriptores rerum germanicarum.

9 Annales Bertiniani, hg. v. G. Waitz, Hannover 1883, a. 841, S. 25 = MGH, Scriptores rerum germanicarum.

10 Annales Fuldenses, hg. v. F. Kurze, Hannover 1891, S. 33 = MGH, Scriptores rerum germanicarum.

11 Annales Xantenses, hg. v. B. Simson, Hannover-Leipzig 1909, S. 12 = MGH, Scriptores rerum germanicarum.

12 Nithardi historiarum, a. a. O., S. 41f.

13 Annales Bertiniani, a. a. O., S. 25.

14 Annales Fuldenses, a. a. O., S. 33.

15 Annales Xantenses, a. a. O., S. 12.

gegen die sich der Aufstand richtete¹⁶. Wir möchten aber dieser offenbar stark ausgeprägten, vielfältigen sozialen Gliederung mehr Bedeutung beimessen als Bartmuß, der die Abhängigkeit von einem „dominus“ als das Wesentliche betrachtet. So gesehen, würden sich freilich weitgehende Analogien zu den sozialen und ökonomischen Verhältnissen auch im westlichen Frankenreich ergeben, wo die feudale Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung im 9. Jahrhundert klar zutage tritt. Eine bloße Konstatierung von Abhängigkeitsverhältnissen bleibt indes formal, wenn man nicht gleichzeitig die Frage stellt, in welchem Ausmaß, mit welcher Intensität die ländliche Bevölkerung davon erfaßt wurde. Das Bild gleichzeitiger Parallelen und Analogien weicht dann erheblichen Unterschieden, die im 9. Jahrhundert zwischen Sachsen und dem westfränkischen Reich deutlich hervortreten. Während in der schriftlichen Überlieferung des westfränkischen Gebietes sich im 9. Jahrhundert zur Bezeichnung der hörigen und unfreien Bevölkerung einheitliche Begriffe ausbildeten, wie „colonus, mancipium“, auch „servus“¹⁷, herrschte in Sachsen in dieser Hinsicht ziemliche Unklarheit. Mit den verschiedensten Bezeichnungen (lazzi, liti, Saxoniae, servi, serviles, liberti) versuchte man, der noch ganz im Flusse befindlichen Entwicklung gerecht zu werden. Im Gegensatz zum westlichen Frankenreich gab es hier noch keine relativ einheitliche Schicht von Hörigen, für die klare Begriffe vorhanden waren.

Die recht differenzierte Struktur der ländlichen Bevölkerung, wie sie uns anlässlich des Stellingaaufstandes in Sachsen begegnet, weist auf noch wenig verbreitete feudale Bindungen in diesem Raum im Vergleich zum westlichen Frankenreich hin.

Wenden wir uns nun den Begriffen selbst zu, mit denen die Chronisten die Teilnehmer an der Erhebung der Stellinga kennzeichnen. So erwähnt unter anderem Nithard „filingi“¹⁸. Wie ist die soziale Stellung dieser Bevölkerungsschicht zu beurteilen? Dazu darf bemerkt werden, daß es bis heute noch nicht klar erwiesen ist, ob die Frilinge abhängig waren oder nicht. Ziehen wir zum Vergleich die Lex Saxonum heran, die in Kapitel 64 von der „tutela“ spricht, in der sich ein „liber homo“ befand, so ist zunächst zu berücksichtigen, daß es sich bei dieser Bestimmung wahrscheinlich um einen Nachtrag handelt.¹⁹ Ihr

16 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 113f.; *derselbe*, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, phil. Diss. Halle 1961, S. 152f.

17 Das zeigen die Güterverzeichnisse für St. Germain des Prés und St. Remi de Reims aus dem 9. Jh. (vgl.: *Polyptyque de St. Germain des Prés*, hg. v. H. Longnon, 2 Bde, Paris 1895, *Polyptyque de St. Remi de Reims*, hg. v. B. Guerard, Paris 1853); vgl. auch *Thibault, F.*, Les coloni dans le polyptyque d'srôminon, in: *Revue historique de droit français et étranger*, Bd 7, 1928, S. 97f.

18 *Nithardi historiarum*, a. a. O., S. 41f.

19 Vgl. *Lintzel, Martin*, Die Entstehung der Lex Saxonum, in: *Ausgewählte Schriften*, Bd 1, Berlin 1961, S. 415; *Buchner, Rudolf*, Die Rechtsquellen in

Inhalt kann daher nicht ohne weiteres auf die Zeit vor der Unterwerfung der Sachsen durch die fränkischen Eroberer im 8. Jahrhundert bezogen werden. Aber selbst wenn wir davon einmal absehen, ist es noch keineswegs sicher, ob die „tutela“, in der sich nach c. 64 die Frilinge befinden konnten, mit feudaler Abhängigkeit gleichgesetzt werden kann.²⁰ Außerdem wissen wir nicht, ob der Passus der *Lex Saxonum*, der von der „tutela“ eines „nobilis“ über einen „liber homo“ spricht, sich auf einen Ausnahmefall bezieht.²¹ Durchaus mit Recht betont Martin Lintzel, daß aus diesem Quellenbeleg nicht allgemein auf eine Schutzherrschaft der Edelinges über Frilinge vor der fränkischen Eroberung geschlossen werden könne.²²

Ein anderer Geschichtsschreiber, der über die Erhebung der Stellinga berichtet, der Xantener Annalist, bezeichnet die Aufständischen als „servi“. Wenn nun Bartmuß die an und für sich nicht gerade unwahrscheinliche Vermutung ausspricht, daß hier auch an „servi casati“ gedacht werden könne, so ist doch die Begründung, die er für seine Ansichten gibt, unzureichend.²³ Wie die Kontroverse zwischen Friedrich Lütge und Walter Schlesinger schon in den vierziger Jahren deutlich werden ließ, ist es sehr umstritten, was wir unter „servus“ zu verstehen haben, wenn wir diesen Begriff auf Schichten innerhalb der ländlichen Bevölkerung beziehen.²⁴ Tatsächlich lassen die Quellen, namentlich die Traditionen, deren Aussagefähigkeit gerade auch für die Geschichte der ländlichen Bevölkerung Bartmuß weitgehend verkennt, im 8. und 9. Jahrhundert eine beträchtliche Spannweite des Wortes „servus“ erkennen. Werfen

Wattenbach-Levison, in: Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, Beiheft, Weimar 1953, S. 40 Anm. 183; *Lex Saxonum*, hg. v. Frh. F. v. Schwerin, Leipzig-Hannover, c. 64. — Dort ist von einem „liber homo, qui sub tutela nobilis cuiuslibet erat, qui iam in exilium missus est . . .“ die Rede.

20 Vgl. auch *Dopsch, Alfons*, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, T. 2, 3. Aufl., Weimar 1962, S. 59f.

21 Vgl. *Molitor, Ernst*, Zur Entwicklung der Munt, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt., Bd 64, 1944, S. 112f.

22 *Lintzel, Martin*, Zur altsächsischen Rechtsgeschichte, in: Ausgewählte Schriften, Bd 1, a. a. O., S. 430f.

23 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland, a. a. O., S. 1008.

24 Vgl. *Lütge, Friedrich*, Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum, vornehmlich in der Karolingerzeit (im folgenden: Die Agrarverfassung), Jena 1937, S. 115f.; *derselbe*, Die Hufe in der thüringisch-hessischen Agrarverfassung der Karolingerzeit (im folgenden: Die Hufe), in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im deutschen Reiche, 61. Jg. 1937, S. 43f.; *Schlesinger, Walter*, Die Entstehung der Landesherrschaft. Untersuchungen vorwiegend nach mitteldeutschen Quellen, 1. T., Dresden 1941, S. 100f. — Lütge vertrat die Ansicht, daß „mancipia“ vorwiegend bäuerliche, landbesitzende Personen waren, die „servi“ seien dagegen landlose Knechte gewesen, die Schlesinger jedoch als Hufenbesitzer ansprach.

wir einen Blick auf die Fuldaer Traditionen, so gewinnt man den Eindruck, daß es verschiedene „servi“ gab, die auf einem „mansus“²⁵ saßen, diesen bewirtschafteten und teilweise auch in gewissem Rahmen über den Arbeitsertrag²⁶ (elaboratus) verfügen konnten.

Doch ist hier große Vorsicht geboten, und man wird sich vor verfrühten Verallgemeinerungen in dieser Hinsicht zu hüten haben. Es gab eben auch noch viele landlose „servi“, worauf besonders Friedrich Lütge hinwies.²⁷ Nach meiner Auffassung fassen wir hier für eine Schicht innerhalb der ländlichen Bevölkerung in Sachsen ein Übergangsstadium, das vom landlosen zum landbesitzenden hufensässigen „servus“ führte.

Schließlich möchten wir noch auf Rudolf von Fulda eingehen, der sich ebenfalls mit der Erhebung der Stellinga befaßt. Bartmuß weist darauf hin, daß dieser Chronist nicht von „liti“, sondern von „liberti“ spricht²⁸. In diesem Zusammenhang vermutet Bartmuß wohl mit Recht, daß Rudolf von Fulda diesen Terminus von Tacitus übernimmt und unter den „liberti“ eine von „domini“ abhängige Bevölkerungsschicht versteht. Dazu sei folgendes bemerkt: Wenn Rudolf von Fulda Tacitus benutzt, dann erscheint ihm offenbar der von diesem Geschichtsschreiber wiedergegebene Zustand älterer germanischer Verhältnisse, die gerade durch Herreneigentum an Menschen gekennzeichnet sind, auf die sächsische Sozialordnung im 9. Jahrhundert anwendbar zu sein. Damit aber würde Rudolf einen Zustand kennzeichnen, der nicht ohne weiteres als feudal angesprochen werden kann. So gesehen erhalte dann die von Müller-Mertens vertretene Ansicht²⁹ eine gewisse Stütze.

Das Bild, das die Chronisten von den Teilnehmern an der Erhebung der Stellinga zeichnen, erscheint recht bunt und nuanciert. Sicher lehnt Bartmuß die Ansicht Njeussychins³⁰, die Teilnehmer an der Erhebung der Stellinga

25 Vgl. *Urkundenbuch des Klosters Fulda*, bearb. v. Edmund Erich Stengel, Bd 1, Marburg 1958, Nr 237 (796), Nr 358 (750/802) u. Nr 377 (750/802); *Codex diplomaticus Fuldensis*, hg. v. Ernst F. J. Dronke, Cassel 1850, Nr 197 (803) u. Nr 247 (810); *Traditiones et antiquitates Fuldenses*, hg. v. Ernst F. J. Dronke, Cassel 1844, Kap. 6, Nr 71 (9. Jh.) u. Kap. 7, Nr 21 (9. Jh.).

26 *Urkundenbuch des Klosters Fulda*, Bd 1, a. a. O., Nr 69 (775), Nr 250 (786); *Codex diplomaticus Fuldensis*, a. a. O., Nr 364 (um 817).

27 Lütge, Friedrich, die Agrarverfassung, a. a. O., S. 115; derselbe, Die Hufe, a. a. O., S. 48ff.

28 Bartmuß, Hans-Joachim, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland, a. a. O., S. 1007f.

29 Müller-Mertens, Eckhard, Die Genesis, in: ZfG, 12. Jg. 1964, S. 1392f.

30 Njeussychin, A. J., Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa, hg. v. Bernhard Töpfer, Berlin 1961, S. 257f.; vgl. dazu *Nithardi historiarum*, a. a. O., liber IV, c. 2, S. 41. — Nithard schreibt von „Frilingis lazzibusque, quorum infinita multitudo est . . . dominis e regno pene pulsus . . .“ Njeussychin ist der Ansicht, daß „infinita multitudo“ sich keineswegs nur auf die Laten beziehe, „denn diese bildeten im 9. Jh. kaum die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung.“ Nithard meinte

seien nur freie Bauern gewesen, mit Recht ab. Neben freien gab es auch schon abhängig gewordene Bevölkerungsschichten, neben hufensässigen Bauern auch landlose Personen. Meiner Auffassung nach ist es jedoch nicht angängig, generell von feudalabhängigen Bauern zu sprechen, die sich 842 empörten. Vielmehr dürfte sich hier eine Erscheinung widerspiegeln, die wir im frühmittelalterlichen Sachsen über längere Zeiträume beobachten können: ein Nebeneinanderbestehen verschiedener Gruppen innerhalb der ländlichen Bevölkerung, die verschiedenen Ausbeutungsformen unterlagen. Gerade dieser keineswegs einheitliche gesellschaftliche Zustand erschwerte es so sehr, die Frage zu beantworten, wann in Sachsen im frühen Mittelalter feudale Verhältnisse wirklich überwogen.³¹ Sicher sollte der Anteil freier Bauern in diesem Zusammenhang nicht überschätzt, aber auch nicht zu gering veranschlagt werden. Noch 1073 hatten teilweise freie Bauern in Sachsen (Harzgebiet) die Kraft zu einer gefährlichen Empörung, und im Investiturstreit konnte Heinrich IV. sein Heer noch vielfach aus persönlich freien Bauern rekrutieren.³²

Als Beweis dafür, daß die eigenständige soziale Entwicklung Sachsens schon zur Zeit der fränkischen Eroberung im 8. Jahrhundert einen beachtlichen Stand erreicht hatte, führt Bartmuß schließlich die Einsetzung sächsischer „nobilissimi“ an, die 782 Karl der Große vornahm. Diese Maßnahme wäre nur dann sinnvoll gewesen, wenn sich der fränkische König fest auf die sächsischen Edelingelassen verlassen konnte und diese eine Machtbasis hatten, die im wesentlichen aus der grundherrlichen Verfügungsgewalt über feudal abhängige Bauern bestand.³³ Diese Argumentation ist nicht überzeugend, und die Beweggründe, von denen sich Karl der Große hier leiten ließ, können durchaus anderer Natur gewesen sein. Ist es nicht ebenso möglich, daß diese „nobilissimi“ gerade auch deshalb auf den fränkischen König angewiesen waren, weil ihre Position infolge der noch keineswegs unterbundenen Resistenz der ländlichen Bevölkerung noch relativ wenig konsolidiert war? Wie Lintzel überzeugend nachgewiesen hat, ging ja ein großer Teil des sächsischen Adels, namentlich die „nobilissimi“, im Verlauf der Sachsenkriege Karls des Großen, besonders seit 785, gerade deshalb auf die Seite der fränkischen Eroberer über, um dort Unterstützung gegenüber der Resistenz der unteren Volksschichten zu finden, die

hier vielmehr die Frilinge, die er auch an erster Stelle nennt. *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, a. a. O., S. 168, weist dagegen mit Recht darauf hin, daß Nithard hier Frilinge und Laten als Gesamtheit auffaßt. Hätte Nithard nur die Frilinge gemeint, so hätte er von „frilingis, quorum infinita multitudo est, et lazzibus“ gesprochen.

31 Vgl. dazu auch *Töpfer, Bernhard*, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: *ZfG*, 13. Jg. 1965, S. 796 u. 802.

32 Vgl. *Müller-Mertens, Eckhard*, Vom Regnum teutonicum, a. a. O., S. 327 u. 331.

33 Vgl. *Bartmuß, Hans-Joachim*, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland, a. a. O., S. 1008.

offenbar beträchtlich gewesen sein muß.³⁴ Die anscheinend keineswegs gefestigte und noch weitgehend unsichere Position der Edelingesuchte Karl der Große zu stärken. Zahlreiche Schutzbestimmungen für die Person und die Familie der Edelinges weisen in diese Richtung. Danach wurde derjenige mit dem Tode bestraft, der seinen Herren tötete.³⁵ Auch die sehr strengen Strafen bei Eigentumsdelikten dürften in erster Linie den Edelingen zugute gekommen sein.³⁶ Auf Einbruch sowie Diebstahl von Bienenkörben oder Vieh stand die Todesstrafe.³⁷

Der Widerstand gegen Mission und weltliche Herren dürfte recht beträchtlich gewesen sein. Bereits vor der gewaltsam vollzogenen Christianisierung durch die Franken wandten sich die unteren Volksschichten in Sachsen gegen die christliche Mission in teilweise sehr scharfer Form. Denken wir nur an den Bericht Bedas von den beiden Missionaren, dem schwarzen und dem weißen Ewald, die unter dem Schutz des „princeps“ standen, aber von „vicani“ ermordet wurden, bevor sie zu ihm gelangten.³⁸ Bezeichnenderweise wird als Motiv für diese Tat die Befürchtung angegeben, der „princeps“ könne zum Christentum übertreten und dann die „vicani“ zwingen, das gleiche zu tun. Dieser Widerstand mußte sich versteifen, wenn die Bekehrung zum christlichen Glauben erzwungen werden sollte, wie es unter Karl dem Großen geschah. Die Reaktion der ländlichen Bevölkerung war eindeutig: Bischöfe und Priester wurden vielfach getötet, und der alte heidnische Glaube wurde verschiedentlich wieder angenommen.³⁹ Durch Androhung der Todesstrafe suchte Karl der Große das Leben der Geistlichen und damit das für die Unterwerfung der Sachsen so wesentliche Missionswerk zu sichern⁴⁰: Besonders die mit der Übernahme der christlichen Religion verbundene Zehntforderung stieß auf kräftigen Widerstand und trug zumindest dazu bei, die Missionierung zu verzögern. Bekannt sind die Äußerungen Alkuins, die Priester sollten bei den Sachsen mehr Wert auf die Vertretung des Glaubens als auf die Eintreibung des Zehnten legen, da die Zehnten den Glauben der Sachsen brächen.⁴¹

34 *Lintzel, Martin*, Die Unterwerfung Sachsens durch Karl den Großen und der sächsische Adel, in: *Ausgewählte Schriften*, Bd 1, a. a. O., S. 115f.

35 *Lex Saxonum*, a. a. O., c. 25; MGH, *Capitularia*, Bd 1, Nr 26 (785), S. 13.

36 Vgl. dazu *Lintzel, Martin*, Die Stände der deutschen Volksrechte, hauptsächlich der *Lex Saxonum*, in: *Ausgewählte Schriften*, Bd 1, a. a. O., S. 353f.

37 *Lex Saxonum*, a. a. O., c. 29–36.

38 *Beda*, *Historia ecclesiastica gentis Anglorum*, hg. v. A. Holder, Tübingen 1882, 5. Buch, c. 10; zur Sachsenmission allgemein vgl. *Haendler, G.*, *Geschichte des Frühmittelalters und der Germanenmission*, in: *Die Kirche in ihrer Geschichte*. Ein Handbuch, hg. v. K. D. Schmidt, Bd 2, Lieferung E, Göttingen 1961, E. 35 u. E. 65f.

39 *Annales Laureshamenses*, Bd 1, a. 792 = MGH, *Scriptores* (im folgenden: SS).

40 MGH, *Capitularia*, Bd 1, Nr 26 (785), c. 5.

41 MGH, *Epistolae*, Bd 4, Nr 107 (796), 154, Z. 15f.; vgl. auch *ebenda*, Nr 11 (796), S. 161, Z. 5f.

Angesichts einer solchen Situation ist es nur allzu verständlich, wenn, wie es in der *Vita Liudgeri* heißt, kein Geistlicher im Frankenreich gern zur Missionspredigt bei den Sachsen auszog.⁴² Die dort zu erwartenden Gefahren und Schwierigkeiten waren eben doch erheblich. Noch in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts wird berichtet, daß in Sachsen „plebeium vulgus“ sehr am Heidentum hänge und den christlichen Glauben ablehne.⁴³ Im Gegensatz dazu förderten die „nobiles“ von Anfang an die Mission, diente sie doch dazu, ihre Stellung zu festigen und die Unterwerfung der niederen Volksschichten zu sichern.⁴⁴

Trotz aller gegenteiligen Versuche Karls des Großen, der von ihm eingesetzten Grafen, des sächsischen Adels und der kirchlichen Missionsbestrebungen blieb der Widerstandswille in breiten Bevölkerungskreisen jedoch lebendig. Es ist sicher richtig, daß schon im 8. Jahrhundert den Quellen entsprechend in Sachsen ein Gegensatz zu Frilingen und Liten stehender Adel deutlich hervortrat⁴⁵ und die Gefahr eines Zusammengehens zwischen Liten und Frilingen gegen die „nobiles“ gegeben war, was für eine gewisse Stabilisierung der sozialen Unterschiede zwischen beiden Schichten spricht. Aber wir dürfen auch nicht unbeachtet lassen, daß in den von Karl dem Großen geführten Sachsenkriegen die sächsischen Herren vor der drohenden Gefahr eines Zusammengehens zwischen Liten und Frilingen bei den fränkischen Eroberern Zuflucht suchten, um ihre Herrschaft im Innern zu festigen.⁴⁶ Die damit deutlich zutage getretene Schwäche des sächsischen Adels⁴⁷ war auch im folgenden Jahr-

42 Vgl. zu dieser Frage Löwe, H., *Liudger als Zeitkritiker*, in: *Historisches Jahrbuch*, Bd 74, 1955, S. 85. Vgl. jetzt auch Hauck, Karl, *Ein Utrechter Missionar auf der altsächsischen Stammesversammlung*, in: *Das erste Jahrtausend. Kultur und Kunst im werdenden Abendland an Rhein und Ruhr*, Textbd 2, Düsseldorf 1964, S. 737 f. H. setzt sich für ein Bestehen der altsächsischen Stammesversammlung in Marklo ein, die ein wichtiges Zeugnis für die frühmittelalterliche Verfassung Sachsens ist.

43 *Translatio S. Liborii*, S. 151, c. 7 = MGH, SS, Bd 4; *Translatio S. Alexandri*, S. 670 (ad 851); Z. 6 = MGH, SS, Bd 2; vgl. auch Dümmler, E., *Geschichte des ostfränkischen Reiches*, Bd 1, 2. Aufl., Leipzig 1887, S. 266.

44 So erwirkte Lebuin durch Fürsprache der Edelinges in Marklo die Erlaubnis zur Predigt. (Vgl. *Vita S. Lebuini*, excerpta, S. 362f. = MGH, SS, Bd 2; *Vita Lebuini antiqua*, S. 793f., c. 6 = MGH, SS, Bd 30.)

45 Lintzel, Martin, *Die Unterwerfung der Sachsen durch Karl den Großen und der sächsische Adel*, a. a. O., Bd 1, S. 95f.

46 Derselbe, *Der sächsische Stammesstaat und seine Eroberung durch die Franken*, in: *Historische Studien*, Bd 227, 1933 passim.

47 So gesehen erscheint die Annahme von Bartmuß, daß dieser Adel auch ökonomisch stark war, nicht überzeugend. (Vgl. Bartmuß, Hans-Joachim, *Die Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates*, a. a. O., S. 152; derselbe, *Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland*, a. a. O., S. 1008.) Bartmuß bringt weder in seiner Dissertation noch in seinem Diskussionsbeitrag für seine These Beweise.

hundert noch nicht soweit überwunden, daß er sich einem bäuerlichen Aufstand gegenüber allein behaupten konnte: Als sich 842 die Stellinga erhoben, vertrieben sie fast ihre Herren und wollten „zur alten Ordnung“ zurückkehren. Diese Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Sie zeugen von der noch ungebrochenen Kraft einer vom Feudalisierungsprozeß nur wenig erfaßten Bevölkerung, die mit einer Energie um ihre Freiheit rang, wie es im westlichen Frankenreich in der Mitte des 9. Jahrhunderts in keiner Quelle nachweisbar ist; dort mußten sich um diese Zeit bereits feudal abhängige Bauern damit begnügen, vorwiegend durch Leistungsverweigerung oder Flucht der steigenden feudalen Bedrückung zu widerstehen bzw. sich ihr zu entziehen. Gerade von hier aus gesehen wird der Unterschied der Verhältnisse im westfränkischen Reich und in Sachsen im 9. Jahrhundert deutlich. In Sachsen ereignete sich mit dem Aufstand der Stellinga etwas, was im 9. Jahrhundert im westlichen Frankenreich kaum mehr möglich war: Die ländliche Bevölkerung eines größeren Bereiches erhob sich gegen die Ausbreitung der Feudalordnung, ja gegen ihre Konstituierung, wie die Forderung nach Rückkehr zu den alten heidnischen Zuständen beweist. Daß eine solche Zielsetzung nicht rein utopisch war, daß sie zumindest vorübergehend noch Erfolg haben konnte, zeigt die Tatsache, daß die Herren durch die Rebellen fast vertrieben worden wären. Damit aber erwies sich der Aufstand als Versuch der ländlichen Bevölkerung, gegen die in Sachsen eben entstehende Feudalordnung im Prinzip anzugehen.⁴⁸

Dagegen läuft die Interpretation, die Bartmuß dieser Erhebung zuteil werden läßt⁴⁹, letztlich darauf hinaus, ihre Bedeutung zum Teil erheblich einzuschränken. So wendet Bartmuß vor allem gegen Hans-Joachim Schulze⁵⁰ ein, daß von einer „Organisation der Stellinga“ nicht gesprochen werden könne.⁵¹ Die Aufständischen hatten nach Bartmuß offenbar keinen „namhaften adligen Führer“, da keine Quelle irgendeinen Namen nennt. Dagegen möchten wir darauf hinweisen, daß Rudolf von Fulda „auctores factionis“⁵² und Prudentius von Troyes „auctores tantae impietatis“⁵³ erwähnten. Chronisten aus dem

48 Vgl. auch Müller-Mertens, Eckhard, Vom Regnum teutonicum, a. a. O., S. 327.

49 Bartmuß, Hans-Joachim, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 113; derselbe, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, a. a. O., S. 152f.; derselbe, Ursachen und Triebkräfte im Entstehungsprozeß des frühfeudalen deutschen Staates, in: ZfG, 10. Jg. 1962, S. 1591f.

50 Vgl. Schulze, Hans-Joachim, Der Aufstand der Stellinga in Sachsen und sein Einfluß auf den Vertrag von Verdun (im folgenden: Der Aufstand der Stellinga), phil. Diss. Berlin 1955, S. 63.

51 Bartmuß, Hans-Joachim, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 118, wendet ein, daß unter den Verhältnissen, wie sie im 9. Jh. herrschten, nur „spontane Erhebungen“ möglich waren, tritt aber für diese Behauptung keinen Beweis an.

52 Annales Fuldenses, a. a. O., a. 842, S. 33.

53 Annales Bertiniani, a. a. O., a. 842, S. 28.

west- und ostfränkischen Bereich berichten damit eindeutig von Führern der Erhebung. Ob sie „namhaft“ waren, wissen wir nicht. Daß es sie aber gegeben hat, daran kann nach dem eben angeführten Zeugnis der Quellen kein Zweifel sein. Wenn aber „auctores“ als Urheber der Empörung tatsächlich am Werke waren, so wird eine Absprache zwischen den Führern und den Rebellen, die sich ohne vorhergehende gegenseitige Verständigung schwerlich in einem gefährlichen Aufstand erhoben, in hohem Grade wahrscheinlich.

Auch verdient die Tatsache Beachtung, daß Nithard Frilinge und Liten erwähnt, die sich gemeinsam empörten.⁵⁴ Eine gewisse Annäherung zwischen beiden Schichten der ländlichen Bevölkerung in Sachsen infolge ähnlicher Interessen ist damit nicht von der Hand zu weisen. Schließlich sollte Lothars Versprechen nicht vergessen werden, mit dem den Stellinga die „leges“ ihrer Vorfahren zugestanden wurden und das so wesentlich zum Ausbruch der Erhebung beitrug.⁵⁵

Fassen wir diese Einzelheiten zusammen, so ergibt sich, daß wir von einer unvermittelt, spontan ausbrechenden Erhebung kaum sprechen können.⁵⁶ Wir haben vielmehr einen Aufstand vor uns, in dem sich, geführt von „auctores“ und begünstigt durch eine politische Konstellation, die zum fördernden Eingriff Lothars führt, Liten und Frilinge gemeinsam⁵⁷ gegen ihre Herren erhoben. Berücksichtigen wir alle diese Momente, so können von außen herangetragene, den Aufstand begünstigende Elemente und organisatorische Züge innerhalb der Stellinga (Verhältnis „auctores“-frilingi“, „lazzi“) nicht geleugnet werden.

Welches Ausmaß der Stellingaaufstand hatte, können wir mit einiger Sicherheit bei eingehender Interpretation der Quellen bestimmen. Die *Annales Xantenses* sprechen von ganz Sachsen⁵⁸, und Prudentius von Troyes stellt für die Stellinga fest, daß „multiplicior numerus in eorum gente habetur“⁵⁹. Nithard beschränkt sich nicht nur bei der Erwähnung der Rebellen auf „frilingi“ und „lazzi“, sondern spricht auch ganz summarisch von „seditiosi“. Das kann eine Ausdehnung der Empörung auf weitere Bevölkerungsschichten andeuten, weshalb jetzt Nithard auch einen allgemeiner gehaltenen Ausdruck verwendet.⁶⁰ Sehen wir aber einmal von Nithard ab, dessen Interpretation hier

54 *Nithardi historiarum*, a. a. O., liber IV, c. 2, S. 41.

55 Ebenda, liber IV, c. 2, S. 41; *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 114, bestreitet die Glaubwürdigkeit dieses Chronisten. Die Argumente, die Bartmuß in diesem Zusammenhang anführt, werden wir noch zu untersuchen haben.

56 Vgl. auch *Bartmuß, Hans-Joachim/Stern, Leo*, Deutschland in der Feudal-epoche von der Wende des 5./6. Jh. bis zur Mitte des 11. Jh., Berlin 1963, S. 131 = Lehrbuch der deutschen Geschichte.

57 „... in unum conglobati ...“ (*Nithardi historiarum* liber, IV, c. 2, a. a. O., S. 42.)

58 *Annales Xantenses*, a. a. O., a. 841, S. 12.

59 *Annales Bertiniani*, a. a. O., a. 841, S. 26.

60 *Nithardi historiarum*, a. a. O., a. 842, S. 45.

keine völlig eindeutigen Resultate zeitigt, so bezeugen die anderen Chronisten, daß die Mehrheit der Bevölkerung in weiten Gebieten Sachsens (per totam Saxoniam) an der Erhebung teilnahm. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Gegensatz zum Norden Sachsens, wo grundherrschaftliche Verhältnisse erst verhältnismäßig wenig ausgebaut waren und der Abstand zwischen Edelingen, Frilingen und Liten noch gering war, im sächsischen Süden die Entwicklung schon etwas weiter war. Liten, aber auch Frilinge befanden sich hier in einer gedrückteren Lage und sahen auch deshalb in den sächsischen Herren ihren gemeinsamen Widersacher.⁶¹

Wenn schließlich Prudentius von Troyes von Ludwig erzählt, daß er ganz Sachsen durchzog und durch „Gewalt und Schrecken“ alle unterwarf, die ihm bisher widerstanden hatten, so kann daraus doch kaum auf die geringe Ausbreitung des Aufstandes⁶², wohl aber auf seine Kraft geschlossen werden, die nur durch Anwendung von Gewalt überwunden werden konnte.

Doch auch diese Widerstandskraft schätzt Bartmuß als wenig beträchtlich ein, weil der Aufstand schnell niedergeschlagen werden konnte. Ausdrücke wie „validissima conspiratio“ seien Übertreibungen und dem „rein subjektiven Urteil vorbehalten“⁶³. Daß die Empörung relativ rasch unterdrückt wurde, kann ein Hinweis auf die Stärke des Gegners sein, berechtigt jedoch nicht zu Rückschlüssen auf die Energie, die in der Erhebung der Stellinga steckte. Es ist eine bekannte Tatsache, daß nahezu alle mittelalterlichen Bauernaufstände von den überlegenen Streitkräften der Gegenseite schließlich überwunden wurden. Kein objektiver Betrachter wird jedoch daraus die Schlußfolgerung ziehen wollen, daß deshalb etwa die Erhebung der sächsischen Bauern im Harzgebiet 1073 oder der Aufstand der Stedinger 1233/34 keine kraftvollen Empörungen waren. Die relativ rasche Niederwerfung ergibt sich doch in erster Linie aus dem ungleichen Kräfteverhältnis der Widersacher.

Gegenüber der Überlegenheit eines Aufgebotes, dem Panzerreiter eine besondere Schlagkraft gaben, konnte sich selbst ein machtvoller Bauernaufstand kaum behaupten. Diesem Schicksal entgingen auch die Stellinga nicht, deren Erhebung Rudolf von Fulda, der die sächsischen Verhältnisse unter allen den Aufstand erwähnenden Chronisten wohl am besten kannte, wie Bartmuß selbst zugibt⁶⁴, als „gewaltige Empörung“ kennzeichnete⁶⁵.

Gewiß trifft es zu, daß wir Wertungen, wie sie mittelalterliche Chronisten vornehmen, sehr vorsichtig und kritisch zu betrachten haben. Übertreibungen oder Unterschätzungen eines bestimmten historischen Vorganges gehen viel-

61 Vgl. auch *Schulze, Hans-Joachim*, Der Aufstand der Stellinga, a. a. O., S. 39f., 56f.

62 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 118.

63 Ebenda.

64 Ebenda, S. 114; *derselbe*, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, a. a. O., S. 154f.

65 *Annales Fuldenses*, a. a. O., a. 842, S. 33.

fach auf die subjektive Haltung des Betrachters und seinen geschichtlichen Standort zurück. Stände Rudolf von Fulda, dessen Aussage besondere Bedeutung zukommt – war doch Fulda dem sächsischen Grenzgebiet unmittelbar benachbart –, mit seiner Aussage von der „*validissima conspiratio*“ allein, so hätten wir freilich Grund zur Zurückhaltung. Das trifft indes nicht zu. Die *Annales Xantenses* nennen eine „*potestas servorum*“, die in Sachsen „weit über ihre Herren hinausgewachsen“ sei⁶⁶; Prudentius von Troyes überliefert, daß die Stellinga die „Mehrheit in diesem Volke (das heißt der Sachsen-S. E.) bilden“⁶⁷, und Nithard schreibt von einer „*infinita multitududo*“ der Frilinge und Liten⁶⁸. Wie wir erkennen, widersprechen diese Chronisten Rudolf von Fulda nicht, sondern sie ergänzen ihn und unterstreichen, was er über die Stellinga sagt. Die Stärke des Aufstandes hat auf diese Geschichtsschreiber einen erheblichen Eindruck gemacht. Tatsächlich muß die Energie dieser Empörung sehr beträchtlich gewesen sein, berichten doch die Xantener Annalen, daß die Edlen des Landes von den Knechten (*servi*) sehr geschädigt und erniedrigt wurden.⁶⁹ Nithard schreibt, die Stellinga hätten ihre Herren fast vertrieben⁷⁰, und Rudolf überliefert, daß die Empörer ihre Herren unterdrücken wollten⁷¹. Insgesamt gesehen vermitteln diese Chronisten⁷² übereinstimmend ein überzeugendes Bild von einer bäuerlichen Erhebung, die den Oberschichten erheblichen Schrecken einjagte und sie zwang, mit drakonischen Maßnahmen gegen die Rebellen vorzugehen. Eine Schlacht wurde geschlagen⁷³, die Führer der Erhebung erlitten die Todesstrafe⁷⁴. 140 Aufständische wurden geköpft, 14 am Galgen aufgehängt und eine große Anzahl weiterer verstümmelt.⁷⁵ Das alles

66 *Annales Xantenses*, a. a. O., a. 841, S. 12.

67 *Annales Bertiniani*, a. a. O., a. 841, S. 26.

68 *Nithardi historiarum*, a. a. O., a. 841, S. 12.

69 *Annales Xantenses*, a. a. O., a. 841, S. 12.

70 *Nithardi historiarum*, liber IV, c. 2, a. a. O., S. 42.

71 *Annales Fuldenses*, a. a. O., a. 842, S. 33.

72 Die uns überlieferten Nachrichten über den Aufstand der Stellinga sind zahlreicher und ausführlicher als die Quellenzeugnisse über alle anderen frühmittelalterlichen Erhebungen der ländlichen Bevölkerung zusammen.

73 *Annales Bertiniani*, a. a. O., a. 841, S. 26; *Nithardi historiarum*, liber IV, c. 4, a. a. O., S. 45.

74 *Annales Fuldenses*, a. a. O., a. 842, S. 33.

75 *Annales Bertiniani*, a. a. O., a. 842, S. 28; Bartmuß widerspricht sich in gewisser Weise selbst, wenn er einerseits die Schwäche der Erhebung zu beweisen sucht (*Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 118), zum anderen aber bemerkt, der Aufstand habe den Zusammenschluß der sächsischen Feudalherren gefördert und zur Entstehung eines ostfälischen Herzogtums beigetragen (ebenda, S. 119 Anm. 94). War der Aufstand der Stellinga tatsächlich so schwach, wie Bartmuß annimmt, dann hätte er zu solchen Konsequenzen überhaupt nicht führen können. Bartmuß stellt auch ein „nationales Element“ im Stellingaaufstand fest; er versteht darunter „das Bestreben größerer Teile des sächsischen Stammes-

will nicht recht zu Bartmuß' einschränkender Wertung der Empörung der Stellinga passen, sondern läßt im Gegenteil auf eine ziemlich heftige Entladung des bäuerlichen Widerstandes schließen, der, von vier Chronisten ausdrücklich bezeugt, von den Herren des Landes als schwere Gefahr angesehen und bekämpft wurde.

Der sächsische Adel ging aus der Unterwerfung der Stellinga gestärkt hervor und versuchte nun, verschiedentlich Besitz aus dem Krongut zu annektieren, um dadurch seine Macht weiter zu vergrößern. Als 852 Ludwig der Deutsche in Sachsen weilte, durch Engern und die ostfälischen Gaue Hardego, Suabingo, Hosigo zieht und dort Gerichtstage abhält, sind ihm die zahlreichen Rechtsverletzungen des siegreichen Adels gegenüber der unterdrückten Bevölkerung ein willkommener Vorwand, um die Herren als Missetäter hinstellen und von ihnen auf diese Weise das entfremdete Krongut zu revindizieren⁷⁶. Es wird deutlich, wie sich die politische Konstellation seit 842 gewandelt hatte. War Ludwig der Deutsche damals noch zusammen mit dem sächsischen Adel gegen die sächsischen Bauern vorgegangen, so erschien er zehn Jahre später als ihr Fürsprecher gegen den einstigen Bundesgenossen, der durch seinen Triumph über die Stellinga und seine Eingriffe in das Krongut zu einem mächtigen Widersacher zu werden drohte.

Besonders gefährlich mußte der Stellingaaufstand auch deshalb werden, weil Lothar ihn auslöste, durch Versprechungen begünstigte und ihm damit den Anschein einer gewissen Legalität verlieh. Die Erhebung gewann nun eine folgenschwere politische Bedeutung. Bartmuß wendete ein, daß nur Nithard und Prudentius von Troyes von der Auslösung der Empörung berichten, während Rudolf von Fulda und die Xantener Annalen schweigen. An diesen Tatbestand knüpft er nun die Vermutung, daß Nithard und Prudentius dieses Bündnis erfunden hätten, um Lothar in den Augen der fränkischen Feudalität zu diskreditieren, ihm Unfähigkeit zu unterstellen, das Reich zu regieren, und

verbandes, die fränkische Herrschaft und die mit ihr verbundenen Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge des Stammesverbandes zu beseitigen . . ." (ebenda, S. 117).

Nicht nur in den herrschenden Kreisen Sachsens, sondern „vielleicht sogar in noch stärkerem Maße“ wären solche Empfindungen und Ansichten bei den feudalabhängigen Bauern Sachsens lebendig gewesen (ebenda). Bartmuß beruft sich dabei auf *Lintzel, Martin*, Die Unterwerfung Sachsens durch Karl den Großen und der sächsische Adel, a. a. O., S. 117. — *Lintzel* weist jedoch lediglich auf *Translatio S. Liborii* und *Translatio S. Alexandri* hin, aus denen hervorgeht, daß in Sachsen die Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber dem Christentum einnahm. Von „spezifisch sächsischen Ansichten und Überzeugungen“, vom Mitschwingen ethnischer Elemente bei den unteren Bevölkerungsschichten sagen diese Quellen nichts. Wohl aber kann aus ihnen auf den Widerstand der unteren Schichten gegen die Missionierung geschlossen werden. (Vgl. dazu *Müller-Mertens, Eckhard*, in: *ZfG*, 10. Jg. 1962, S. 976.)

⁷⁶ *Annales Fuldenses*, a. a. O., a. 852, S. 42; vgl. auch *Dümmler, E.*, a. a. O., S. 105f.

damit seine Absetzung zu begründen.⁷⁷ Sicher trifft es zu, daß Prudentius und Nithard Lothar recht ablehnend gegenüberstanden. So berichtet Nithard⁷⁸ für 840, daß es unter den Brüdern Lothar und Ludwig Mißstimmung gab, als Ludwig der Fromme seinem Sohn Karl Alemannien verlieh. Nithard sagt in diesem Zusammenhang: „Da endlich reizte Lothar, wie wenn er gerechten Grund zur Beschwerde gefunden hätte, die Brüder und das ganze Volk auf.“ In Wirklichkeit ging diese Empörung nicht von Lothar aus, der in Italien weilte, sondern von Feudalherren im Reiche; nach seiner Rückkehr billigte Lothar das Geschehene.

Man könnte diese Stelle aus Nithards Geschichtswerk als Stütze für Bartmuß' These anföhren, Nithard beschuldige Lothar mit allen Mitteln und schrecke dabei auch vor Verleumdungen nicht zurück. Ich stimme mit Bartmuß insofern überein, daß Nithard alles willkommen war, was Lothar belastete. Kann man aber soweit gehen und behaupten, daß alles, was Nithard gegen Lothar vorbrachte und ihm vorwarf, unbedingt unwahr und phantastisch war? Wenn Nithard wirklich das Bündnis zwischen Lothar und den Stellinga nur deshalb erfunden hätte, um ihn zu verunglimpfen und zu verdächtigen, warum wird dann der entsprechende Passus, der darüber berichtet, nicht im ersten Kapitel des vierten Buches eingeflochten, wo die Brüder Lothars alle seine Taten und Untaten durchgehen, um seine Indignität zu beweisen? Tatsächlich wird das Bündnis Lothars mit den Stellinga erst im zweiten Kapitel des vierten Buches erwähnt und damit deutlich von dem Sündenregister abgesetzt, das ihm die Brüder vorrechnen.⁷⁹ Im Zentrum des zweiten Kapitels steht eindeutig der Aufstand der Stellinga, dem Nithard große Bedeutung beimißt.⁸⁰

Man sollte in diesem Falle doch mehr danach gehen, was wirklich in der Quelle steht, als Überlegungen Raum zu geben, die letztlich hypothetisch bleiben. Lothar, nach Nithard vielfach von Not bedrängt, suchte, wo und wie er konnte, nach Unterstützung.⁸¹ Er wird das Bündnis mit den Stellinga nicht verschmäht haben – selbst dann nicht, wenn seine feudale Umwelt darüber empört gewesen sein soll.

Schließlich meint Bartmuß, „daß Lothar als Kaiser, der für seine Herrschaft im Gesamtreich kämpfte, . . . als Feudalherr eigentlich kein Interesse an einem Aufstand feudalahhängiger Bauern haben konnte, weil ein Aufstand, erfolg-

77 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 114; *derselbe*, Zur Entstehung des frühfeudalen deutschen Staates, a. a. O., S. 152f.; auch in *Bartmuß, Hans-Joachim/Stern, Leo*, Deutschland in der Feudalepoche von der Wende des 5./6. Jh. bis zur Mitte des 11. Jh., a. a. O., S. 130f., wird das Bündnis nicht erwähnt.

78 *Nithardi historiarum*, a. a. O., liber I, c. 3, S. 3.

79 Ebenda, a. a. O., S. 41f.

80 Ebenda, a. a. O., liber IV, c. 2.

81 Nach der schweren Niederlage bei Fontanetum am 25. 6. 841 war Lothar jedes Mittel recht, um seine Position zu stärken. (Vgl. dazu *Löwe, Heinz*, in: *Gebhardt, Bruno*, Handbuch der deutschen Geschichte, 8. Aufl., Stuttgart 1954, S. 147.)

reich durchgeführt, schließlich auch ihm schaden mußte.“⁸² Dazu möchte ich bemerken, daß Lothar sicher nicht die Absicht hatte, dem Aufstand zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Lothar versuchte aber, die Energie dieser Erhebung für seine Zwecke auszunutzen. Er hatte stets die Möglichkeit, die Empörung niederzuschlagen, wenn er sie nicht mehr brauchte oder wenn sie ihm gefährlich zu werden schien.⁸³

Mit einem gewissen Recht hat Schulze es als auffällig bezeichnet⁸⁴, daß Lothar nach den schweren Niederlagen bei Fontanetum 841 und Koblenz 842 Gesandte zu Ludwig dem Deutschen und Karl dem Kahlen schickte, die bei der in Aussicht genommenen Reichsteilung mehr als ein Drittel des Reiches forderten. Die Brüder lehnen nun diese Forderung ihres soeben geschlagenen Gegners nicht etwa ab, sondern nehmen das Angebot „dankbaren Herzens“ an.⁸⁵ Auf welche Weise diese Entscheidung zustande kam, war wohl selbst den Zeitgenossen nicht bis in die letzten Einzelheiten klar. So meint Nithard zunächst, er wisse nicht, durch welche Kunstgriffe Lothar die Abgesandten seiner Brüder getäuscht habe.⁸⁶ Schulze weist nun in diesem Zusammenhang auf die Erhebung der Stellinga hin, mit denen im Bunde Lothar immer noch eine große Gefahr für seine Brüder dargestellt habe. Daraus erklärt sich nach Schulze auch in hohem Maße ihre Bereitschaft zu so erheblichen Zugeständnissen, die dann schließlich weitgehend dem späteren Vertrag zu Verdun 843 das Gepräge gaben. So gesehen hatte tatsächlich die Erhebung der Stellinga einen großen Einfluß auf diesen Teilungsvertrag ausgeübt.

Ich möchte nun keineswegs bestreiten, daß Schulze, ähnlich wie es schon H. Derichsweiler⁸⁷ andeutete, mit einem gewissen Recht auf die in der bisherigen Forschung nicht immer klar erkannte Bedeutung des Stellingaaufstandes auch für die Auseinandersetzungen zwischen Lothar, Karl und Ludwig und besonders für die Ereignisse nach dem Treffen bei Koblenz aufmerksam machte. Das Bündnis mit den Stellinga stärkte zweifellos die Verhandlungsposition Lothars und erschien den Brüdern sicher bedrohlich. Dennoch glaube ich nicht, darin die einzige Ursache für die Konzessionsbereitschaft von Karl und Ludwig erblicken zu können. Es war ein Bündel von Motiven, das hier wirksam war. Einen wichtigen Grund gibt Nithard selbst an:

⁸² *Bartmuß, Hans-Joachim*, Zur Frage der Bedeutung des Stellingaaufstandes, a. a. O., S. 114.

⁸³ Ähnlich verfahren ja bekanntlich die Feudalherren im Verlaufe des sächsischen Aufstandes von 1073. Die Beweisführung von Bartmuß ist auch hier nicht recht schlüssig. Er weist auf die relative Schwäche der Erhebung hin, die ohne Schlacht bezwungen worden sein soll. (Ebenda, S. 114ff.) Wenn die Stellinga aber wirklich schwach waren — was ich bezweifle —, so konnten sie schon deshalb für Lothar keine Gefahr werden, wenn er sich ihrer bediente.

⁸⁴ *Schulze, Hans-Joachim*, Der Aufstand der Stellinga, a. a. O., S. 118f.

⁸⁵ *Nithardi historiarum*, a. a. O., liber IV, c. 3, a. 842, S. 43.

⁸⁶ Ebenda, a. a. O., liber IV, c. 8, a. 842, S. 44.

⁸⁷ *Derichsweiler, H.*, Der Stellingabund, in: Kölner Programm 1868, S. 17.

Die Großen im fränkischen Reich wünschten Frieden.⁸⁸ Nithard wird das richtig gesehen haben. Nicht nur der sächsische Adel war an einer Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den Brüdern interessiert, um zusammen mit Ludwig dem Deutschen gegen die Stellinga vorgehen zu können, sondern auch dem westfränkischen Adel war am Frieden zunächst gelegen, um das in den vergangenen Auseinandersetzungen Errungene nutzen und ausbauen zu können.⁸⁹ Schließlich dürften die Verhältnisse in Aquitanien vermutlich dazu beigetragen haben, daß Karl der Kahle einen baldigen Frieden wünschte, um gegen Pippin von Aquitanien vorgehen zu können.⁹⁰ Außerdem sollten die verheerenden Auswirkungen der Normanneneinfälle und die schweren Verluste nicht vergessen werden, die die vorangegangenen Kämpfe den Heeren der Brüder zugefügt hatten.⁹¹ Beides drängte auf einen Abschluß der Feindseligkeiten.

So bietet sich also ein ganzer Ursachenkomplex zur Erklärung des Ablaufes der Ereignisse seit 842 an. Man wird hier die Akzente nur nach sehr sorgsamem Abwägen setzen können und dabei auch die Erhebung der Stellinga berücksichtigen müssen, ohne sie jedoch dabei allzu einseitig als alleiniges und ausschlaggebendes Moment in den Vordergrund zu stellen.

Dessenungeachtet kann man feststellen, daß wir dem Zeugnis der Quellen entsprechend den Aufstand der Stellinga, an dem sich abhängige und freie Bauern beteiligten, als eine energische, weite Gebiete Sachsens umfassende Erhebung betrachten sollten, die, von Lothar ausgelöst und für seine politischen Ziele benutzt, den sächsischen Adel ernstlich bedrohte. Diese Empörung ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, in welchen gewaltsamen Auseinandersetzungen sich die Überführung der ländlichen Bevölkerung in die Abhängigkeit in Sachsen vollzog und wie nachhaltig die Aktivität der Bauern auch den Verlauf der politischen Geschichte beeinflussen konnte.

Noch Jahre nach dieser umfassenden Erhebung beschäftigte die Gefahr von Schwurbünden weltliche und geistliche Herren. 847 berief auf Geheiß Ludwigs des Deutschen der Erzbischof von Mainz, Rhabanus Maurus, eine Synode nach Mainz. Dort kamen namentlich die geistlichen Würdenträger aus dem ostfränkischen Reich zusammen. Unter ihnen befanden sich die Bischöfe von Worms, Würzburg, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Halberstadt, Werden, Hamburg, Eichstätt, Augsburg, Konstanz, Speyer und Köln⁹². Auf der Synode

88 *Nithardi historiarum*, a. a. O., liber IV, c. 6, a. 843, S. 43.

89 Vgl. *Dümmler, E.*, a. a. O., S. 180. — Die politische Bedeutung des Adels in dieser Zeit und seinen Einfluß auf die Entschlüsse besonders der westfränkischen Herrscher betonte zuletzt *Claasen, P.*, Die Verträge von Verdun und Coulaines 843 als politische Grundlagen des westfränkischen Reiches, in: *Historische Zeitschrift*, Bd 196, 1963, S. 7f.

90 Vgl. *Lot, F./Halphen, L.*, *Le règne de Charles le Chauve (840–877)*, Paris, 1909, S. 57 u. 149f.

91 Vgl. *Dümmler, E.*, a. a. O., S. 157f.

92 MGH, *Capitularia*, Bd 2, Nr 248 (847), S. 173, Z. 23f.

wurde besonders das besprochen, was in dem Herrschaftsbereich der Bischöfe Anlaß zur Klage gab. Wenn von „coniurationes“ die Rede ist, so darf angenommen werden, daß gerade in ostfränkischem Gebiet, aus dem die erwähnten Bischöfe in Mainz zusammengekommen waren, diese Erscheinung verbreitet war, für die zudem der Erzbischof Rhaban einen geschärften Blick hatte. Er kannte die Lage der ländlichen Bevölkerung und war mit den Äußerungen ihres Widerstandes gegen feudale Bedrückung vertraut. Denken wir nur an die Ratschläge, die er um 842 zur Bekämpfung der Flucht von „servi“ gegeben hatte.⁹³

Wie hier zögerte Rhaban auch gegenüber den „coniurationes“ nicht, rasch und entschlossen vorzugehen. Die Bischöfe und er drohten dem Rebellen mit einer der schwersten Strafen, die das Mittelalter kannte: dem Ausschluß aus der Kirche. Die Haltung der Synode und der fränkischen Zentralgewalt gegenüber jeder Rebellion wird verhältnismäßig kurz, fast kategorisch und klar umrissen. Wer gegen die öffentliche Gewalt (*rei publicae potestatis* gegen König und Kirche „coniurationes et conspirationes et repugnantias“) anzettelte, sollte aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen werden, wenn er nicht Buße tat und um Wiedergutmachung bemüht war. Damit ist das Gehorsamkeitsprinzip für alle Untergebenen, einschließlich der ländlichen Bevölkerung, die eben erst mit dem Aufstand der Stellinga ein eindrucksvolles Beispiel des Widerstandes gegeben hatte, unmißverständlich formuliert. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Ereignisse werden gerade Erzbischof Rhaban und die Bischöfe von Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Halberstadt und Werden, in deren Gebieten oder in deren unmittelbarer Nachbarschaft der Aufstand stattfand, auf strenge, wirkungsvolle Maßnahmen gegen „coniurationes“ gedrängt haben.⁹⁴

Die teilweise recht heftige Opposition, die sich noch im 9. Jahrhundert keineswegs nur auf die ländliche Bevölkerung beschränkte, sondern auch von gehobeneren sozialen Schichten gegen die Bestrebungen der fränkischen Eroberer und besonders auch gegen die einziehende feudale Sakramentskirche vorgetragen wurde, sollte davor warnen, die sächsischen Verhältnisse im

93 MGH, *Epistolae*, Bd 5, Nr 30, S. 448f. (842).

94 Wenn hier auch ganz allgemein von „coniurationes“ gesprochen wird, so darf doch damit gerechnet werden, daß sich an diesen Verschwörungen auch die ländliche Bevölkerung beteiligte, für deren Resistenz es gerade in Sachsen nicht an Beweisen fehlt. Um den bäuerlichen Widerstand zu dämpfen, wurden anscheinend auch andere Wege beschritten. So wird 847 gelegentlich der Zusammenkunft von Lothar I., Ludwig und Karl bei Meerßen beschlossen, in die verschiedenen „regna“, also auch in ostfränkisches Gebiet, geeignete Königsboten zu schicken, die die Klagen der „pauperes“ prüfen und gerechte Entscheidung treffen sollten (vgl. MGH, *Capitularia*, Bd 2, Nr 204 [847], S. 69, c. 7). Es ist möglich, daß auf diese Weise nach der Niederschlagung des Stellingaaufstandes noch vorhandene soziale Spannungen neutralisiert werden sollten.

9. Jahrhundert als durchweg oder vorwiegend feudal zu kennzeichnen. Gerade bei einer möglichst umfassenden Heranziehung verschiedener Quellengattungen, wie sie offenbar Bartmuß bei seinen kritischen Ausführungen durchaus mit Recht vorschwebt⁹⁵, dürften sich Schlußfolgerungen ergeben, die mehr für Müller-Mertens als für ihn selbst sprechen. Überwinden wir die bei Müller-Mertens wie bei Bartmuß noch vorhandene Beschränkung auf Quellen, die sich unmittelbar auf die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beziehen, und berücksichtigen wir auch den geistig-ideologischen Bereich bei unseren Untersuchungen, so dürften sich Erkenntnisse ergeben, die für die gesellschaftliche Entwicklung im frühmittelalterlichen Sachsen ganz allgemein von Bedeutung sind.

Es sei erlaubt, in diesem Zusammenhang auf den sogenannten Prädestinationsstreit hinzuweisen, der in der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts im fränkischen Reich ausbrach.⁹⁶ Die hervorstechendste Figur des dramatischen Geschehens war Gottschalk der Sachse, der als Sohn des sächsischen Grafen Berno als Kind dem Kloster Fulda übergeben wurde, wo er aufwuchs, jedoch bald mit Abt Rhaban, dem späteren Mainzer Erzbischof in Streitigkeiten verwickelt wurde.⁹⁷ Der sächsische Mönch, seines väterlichen Erbes beraubt, wandte sich gegen die zwangsweise erfolgte Oblation, erkannte die von Rhaban vorgeführten fränkischen Zeugen aus einem offenbar stark entwickelten sächsischen Stammesbewußtsein heraus nicht an und lehnte das Mönchsgelübde ab.⁹⁸ In der folgen-

95 *Bartmuß, Hans-Joachim*, Die Genesis der Feudalgesellschaft in Deutschland, a. a. O., S. 1006.

96 Vgl. dazu *Vielhaber, K.*, Gottschalk der Sachse, in: Bonner historische Forschungen, Bd 5, 1956, passim; *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd 4, 2. Aufl., Freiburg 1960, Sp. 1144; *Haendler, G.*, a. a. O., E 66f.; *Grundmann, H.*, Ketzer Geschichte des Mittelalters, in: Die Kirche in ihrer Geschichte, a. a. O., Lieferung G., T. 1, Göttingen 1963, S. 3f. (Häresien im fränkischen Reich), S. 3f. — Zu dem genannten Fragenkomplex wird der Verf. demnächst eine größere Arbeit vorlegen und beschränkt sich daher hier auf ein Mindestmaß an Anmerkungen.

97 *Vielhaber, K.*, a. a. O., S. 13.

98 Ebenda, S. 14f.; *Kagerah, W.*, Gottschalk der Sachse, theol. Diss. Greifswald 1936, S. 10f. — Gegenüber der bemerkenswerten Berufung Gottschalks auf das sächsische Recht weist Rhaban darauf hin, daß nur das göttliche Recht gelte, und dieses „ius“ sei das Recht der katholischen Kirche, die den gesamten Erdkreis umfasse (MGH, *Epistolae*, Bd 5, S. 520, Z. 15–17). Rhaban erscheint hier als einer jener Repräsentanten der sogenannten kirchlichen Einheitspartei, die nach dem Tod Karls des Großen entgegen allen allmählich deutlicher werdenden Anzeichen des Zerfalls des karolingischen Imperiums entgegen den Reichseinheitsgedanken energisch betonen. (Vgl. auch *Faulhaber, R.*, Der Reichseinheitsgedanke in der Literatur der Karolingerzeit bis zum Vertrag von Verdun, phil. Diss. Berlin 1931, S. 25f.) Die Streitigkeiten zwischen Gottschalk und Rhaban um das Zeugenrecht dürften auch im Zusammenhang mit jenen umfassenderen Auseinandersetzungen gesehen werden, die im fränkischen Reich mit noch vorhandenen partikularen,

den Zeit vertrat Gottschalk, der im zunehmenden Maße zur fränkischen Kirche in Opposition geriet, eine absolut aufgefaßte Prädestinationslehre, wonach die Verworfenen rettungslos der Verdammnis preisgegeben sind, vor der sie auch keine guten Werke zu bewahren vermögen. Nur ein kleiner Kreis von Ausgewählten (*electi*) ist ohne eigenes Verdienst, allein durch göttliche Prädestination, zum ewigen Leben vorausbestimmt. Menschliche Aktivität, gute Werke, unternommen in dem Bemühen, die eigene Sündenlast zu verringern, fanden in Gottschalks Denken keinen Platz.⁹⁹ Neben dem Einschlag augustini- schen Gedankengutes (Erbsünde) in dieser so entschieden verfochtenen Lehre des sächsischen Mönches sind germanisch-heidnische Traditionen (germanischer Schicksalsglaube) nicht zu verkennen. Gerade Sachsen mit seiner vielfach noch archaisch anmutenden Sozialverfassung und einem relativ noch schwach entwickelten christlichen Glauben dürfte für Synthesen zwischen heidnischen und christlichen Vorstellungen ein durchaus günstiges Milieu ab- gegeben haben.¹⁰⁰

Mit seiner Lehre geriet Gottschalk schließlich in Widerspruch zu einer Ent- wicklung, die wir etwa seit dem 5. Jahrhundert in Westeuropa beobachten können und die für die fränkische Kirche schließlich sehr bedeutsam wurde. Sie rezipierte wichtige Elemente der sich immer stärker ausbreitenden sogenannten semipelagianischen Lehre und maß, wie schon Gregor der Große, der mensch- lichen Entscheidungsfreiheit (*liberum arbitrium*), der menschlichen Fähigkeit, gute Werke zu vollbringen, eine gewisse Bedeutung bei.¹⁰¹ Die fränkische Kirche mochte hoffen, auf diese Weise bei der noch zu bekehrenden Bevölkerung, die für eine absolute Prädestination wenig Sympathie aufgebracht haben dürfte, mehr Anklang zu finden. Es verwundert nicht, wenn für repräsen- tative Vertreter des fränkischen Klerus wie Erzbischof Hinkmar von Reims und Erzbischof Rhaban von Mainz, aber auch für andere Geistliche wie Alkuin die Verrichtung guter Werke im Sinne des christlichen Glaubens zugunsten der Kirche ein wichtiges Kriterium für einen guten Christen war, ein Kriterium, das sie im Ringen um die Durchsetzung des christlichen Glaubens und einer

stammesrechtlichen Traditionen geführt wurden. Diese dürften in Sachsen, das so lange und erbittert der Eingliederung in den fränkischen Reichs- verband widerstrebt hatte, naturgemäß einen besonders günstigen Nähr- boden gefunden haben.

99 Vgl. dazu *Mitterauer, M. Chr.*, Gottschalk der Sachse und seine Gegner im Praedestinationsstreit, phil. Diss. Wien 1956, S. 68f.

100 Vgl. *Elliger, W.*, Gottes- und Schicksalsglauben im frühdeutschen Christen- tum, Hamburg 1935, S. 10f.; *Baetke, W.*, Die Aufnahme des Christentums durch die Germanen, Darmstadt 1959, S. 28, läßt dagegen die germanisch- heidnische Komponente im Denken Gottschalks gegenüber der augustini- schen Tradition zu sehr in den Hintergrund treten und neigt dazu, sie ganz abzulehnen.

101 Vgl. dazu *Loofs, F.*, Leitfaden zum Studium der Dogmengeschichte, hg. v. K. Aland, 5. Aufl., Halle 1953, S. 347ff.

feudal geprägten Gesellschaftsordnung besonders betonten. Denken wir nur an Alkuin und den von ihm maßgeblich beeinflussten Missionskatechismus für die Sachsen¹⁰² und an Rhaban¹⁰³, der ja zu einer Zeit in Sachsen bzw. im ostfränkischen Reich wirkte, als eben erst der Aufstand der Stellinga niedergeworfen worden war. Nur zu oft stieß die von der fränkischen Kirche forcierte Christianisierung auf die Resistenz der davon betroffenen Bevölkerungskreise, deren gottlosen Ungehorsam und sündhaften Widerstand Erzbischof Rhaban ebenso verurteilte wie sein Lehrer Alkuin. Sie waren sich in der Förderung jeder der christlichen Kirche dienlichen Aktivität des Volkes ebenso einig wie in der scharfen Bekämpfung jeder gegen die religiösen und feudalen Interessen der Kirche gerichteten Tätigkeit. Damit aber ergibt sich – was in der bisherigen Forschung kaum berücksichtigt wurde –, daß der Streit um das „*liberum arbitrium*“ des Menschen keineswegs nur eine dogmatische, innertheologische Angelegenheit war, mit der sich „Augustiner“ und „Semipelagianer“ auseinandersetzten. Gerade unter den Bedingungen der sich ausbildenden Feudalordnung im 8. und 9. Jahrhundert war es für das kirchliche Wirken in geistiger und materieller Hinsicht recht wesentlich, daß vor allem die ländliche Bevölkerung, die für den christlichen Glauben vielfach erst gewonnen werden mußte, nicht von der hoffnungslosen Sündhaftigkeit aller Menschen überzeugt, sondern von dem Gedanken durchdrungen war, mit guten Werken, sei es durch Traditionen oder andere gottwohlgefällige Taten, die naturgemäß auch die Position der fränkischen Kirche stärkten, das eigene Seelheil retten zu können. Dagegen hemmte Gottschalk, der gute Werke grundsätzlich ablehnte, da für ihn alles unabänderlich vorausbestimmt war, mit seiner Predigt die christliche Mission, die kirchliche Feudalisierungspolitik und damit den Aufbau der Feudalordnung; besonders deshalb wurde er energisch bekämpft. Das prädestinatorische Prinzip, auf dem Gottschalks Lehre beruhte, führte ihn schließlich zu einer Kritik an der fränkischen Kirche, ihrer Institutionen und ihrer Wirksamkeit überhaupt, wie etwa seine Haltung zu den kirchlichen Sakramenten zeigt. So kann die Taufe, meint Gottschalk, den Verworfenen nichts nützen, da Christus sein Blut nicht für sie vergoß und sie nicht von den Sünden befreite, die sie nach der Taufe begingen. Nur den Auserwählten, für die Christus allein gestorben ist, werden durch die Taufe alle Sünden vergeben, die sie begingen oder künftig noch begehen werden.¹⁰⁴ Damit beschränkt Gottschalk die Wirkung dieses wichtigen Sakramentes erheblich, und er stellt das gesamte Missionierungswerk der fränkischen Kirche und der fränkischen

102 Vgl. Heer, J. M., Ein karolingischer Missionskatechismus, in: *Biblische und patristische Forschungen*, Bd 1, 1911, S. 17f.

103 Zur Haltung Rhabans gegenüber Gottschalk in der Frage der Prädestination und der guten Werke vgl. MGH, *Epistolae*, Bd 5, S. 481, Z. 27f. (846).

104 Vgl. Lambot, D. C., *Œuvres théologiques et grammaticales de Godescalc d'Orbais*. *Spicilegium sacrum Lovaniense*, fasc. 20, Louvain 1945, S. 343, Z. 11f., Z. 22f.

Herrscher namentlich in den neuerobernten Gebieten, etwa in Sachsen, in Frage.

Auch in der Interpretation des Abendmahls unterscheidet sich Gottschalk von den Auffassungen der fränkischen Kirche. Er weist darauf hin, daß Christus nach seiner Passion und seiner Auferstehung nicht mehr leiden könne, und wendet sich dagegen, daß der auferstandene Christus derselbe Leib sei, der beim Abendmahl geopfert werde.¹⁰⁵ Bei Gottschalk tritt hier eine spiritualistische Tendenz auf, die sich deutlich von den auf Breitenwirkung bedachten, grobsinnlichen Abendmahlsauffassungen der fränkischen Kirche abhebt, die hier der Vorliebe der unteren Volksschichten für sinnfällig-greifbare Vorgänge entgegenkam, um damit auf die Masse der Gläubigen Einfluß zu gewinnen und sie an sich zu binden.

Die „ecclesia“ selbst faßt Gottschalk nicht als feudale Sakramentskirche mit all der Sinnfälligkeit ihres feierlichen Zeremoniells auf, das, in seiner Bedeutung immer wieder vom fränkischen Klerus hervorgehoben, an das Verständnis des Volkes appelliert, was gerade in der Zeit des Aufbaus der Feudalordnung so wesentlich war. Gottschalk betont immer wieder, daß nicht die Gemeinschaft aller Getauften, aller durch den christlichen Glauben Verbundenen die Kirche verkörpern.¹⁰⁶ Im Gegensatz zum fränkischen Klerus, der die „ecclesia“ vor allem als hierarchisch gegliederte und aufgebaute Sakramentskirche auffaßte, hat die Kirche bei Gottschalk einen recht exklusiven Charakter; sie umfaßt nur Auserwählte, die sich klar von den Verworfenen abheben.¹⁰⁷

Die heftigen Angriffe Gottschalks gegen bedeutende fränkische Erzbischöfe und die Verbreitung seiner gegen die fränkische Kirche überhaupt gerichteten Lehre unter der Bevölkerung¹⁰⁸ führten schließlich zu seiner strengen Bestrafung. Auf einer allgemeinen Reichsversammlung, die Ludwig der Deutsche 848 in Mainz abhielt, wurde Gottschalk, der hier ein Bekenntnis seiner Lehre ablegte, verurteilt.¹⁰⁹ Auf Befehl Ludwigs des Deutschen wurde ihm verboten, weiter zu lehren, und man schickte ihn zu Erzbischof Hinkmar von Reims, seinem erbittertsten Gegner. Außerdem mußte er schwören, das Reich Ludwigs des Deutschen nie mehr zu betreten.¹¹⁰

Wollen wir das Wirken Gottschalks zusammenfassend würdigen, so können wir feststellen, daß sein erbittertes Ringen mit den mächtigsten Vertretern der fränkischen Kirche, den Erzbischöfen, seine gegen diese entwickelte Auffassung einer „ecclesia“ der „electi“, zu denen sich Gottschalk zählte, sein unmittelbares Verhältnis zu Gott, das die Vermittlung der fränkischen Kirche

105 Ebenda, S. 315.

106 Den Standpunkt der fränkischen Kirche gibt Erzbischof Hinkmar von Reims wieder (*Migne, J. P., Patrologiae*, Bd 125, Sp. 351 C, D u. Sp. 227 B).

107 *Lambot, D. C.*, a. a. O., S. 189, Z. 2ff. u. S. 380, Z. 6.

108 MGH, *Epistolae*, Bd 5, S. 481, Z. 27f.

109 *Annales Bertiniani*, a. a. O., a. 849; *Histoire des conciles*, hg. v. K. J. Hefele u. H. Leclercq, Bd 4, T. 1, Paris 1911, S. 138f.

110 *Annales Fuldenses*, a. a. O., a. 848.

weitgehend einschränkte, die von ihm vertretene absolute Prädestination alles irdischen und göttlichen Geschehens die erfolgreiche Wirksamkeit der fränkischen Kirche behinderten, ja vielfach in Frage stellten und sich gegen die von ihr geförderte Entwicklung feudaler Verhältnisse richteten. Man wird sogar sagen können, daß Gottschalk mit seiner Lehre nicht nur die Wirksamkeit, sondern auch den Aufbau der fränkischen Kirche überhaupt als Institution störte, indem er ihr entgegengesetzte, von ihrer Struktur unterschiedliche Ansichten von der „ecclesia“ entwickelte.

Insgesamt gesehen drängt sich der Eindruck auf, daß die Auffassung von den „electi“, die Bedeutung, die Gottschalk ihnen für die Struktur und den Aufbau der Kirche beimißt, und das von ihm so schroff vertretene prädestinatorische Prinzip seiner Lehre eine gewisse exklusive und aristokratische Grundtendenz verleihen. Es ist zu erwägen, ob die von Gottschalk besonders gegenüber der fränkischen Kirche entwickelte Lehre, in der sich in gewisser Weise ein gegen die Ausbreitung der Feudalordnung gerichteter, teilweise antifeudaler Zug mit einem „antifränkischen“ Akzent verband, nicht auch Anschauungen widerspiegelte, wie sie in Kreisen einer von der Feudalisierung nicht oder nur wenig erfaßten sächsischen Adelschicht lebendig gewesen sein dürften, welche im Gegensatz zu den Großen des Landes der mit der Eroberung einziehenden Feudalordnung fränkischer Prägung mehr ablehnend als positiv gegenüberstand. Möglicherweise sind unter diesem Aspekt auch einzelne „auctores“ zu betrachten, die an der Spitze von „coniurationes“ im ostfränkischen Reich standen und auch die Erhebung der Stellinga für ihre politischen Ziele zu nutzen suchten.

Die von Gottschalk verfochtenen Gedanken sind, auf dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung im gesamten fränkischen Reich gesehen, eine Einzelerscheinung im 9. Jahrhundert. Sie fehlen in der gesamten übrigen Germania, und es ist bezeichnend, daß sie gerade von Sachsen ihren Ausgangspunkt nahmen. Beachtung verdient schließlich die Tatsache, daß wir in diesem Raum das Fortleben heidnisch-germanischer Vorstellungen, sporadisch bei Gottschalk faßbar, auch im 10. Jahrhundert nachweisen können. Es darf in diesem Zusammenhang überhaupt gefragt werden, wieweit sich in Sachsen im 10. Jahrhundert trotz vielfach bezeugter Bekenntnisse zum christlichen Glauben, trotz Reliquienkultes und Klostergründungen die christliche Religion feudaler Prägung wirklich durchgesetzt hatte.¹¹¹ Man gewinnt den Eindruck, daß es neben kirchlichen Elementen noch eine zum Teil recht zähllebig heidnische Tradition gab. Bestimmte Züge der frühmittelalterlichen sächsischen Geschichtsschreibung scheinen in diese Richtung zu deuten. Sicher dürfte es verfehlt sein, etwa von hier aus auf nicht feudale Zustände, auf archaisch-heidnische Relikte in Sachsen im 10. Jahrhundert ganz allgemein zu schließen. Es ist durchaus möglich, daß sich bei schon vorherrschenden feu-

¹¹¹ Vgl. auch *Lintzel, Martin*, Heinrich I. und die fränkische Königssalbung, in: *Ausgewählte Schriften*, Bd 2, Berlin 1961, S. 610.

dalen Produktionsverhältnissen noch Reste heidnischer Vorstellungen in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hielten. Andererseits scheinen diese Relikte bemerkenswert zu sein, wenn sie bei dem bedeutendsten Geschichtsschreiber des 10. Jahrhunderts, Widukind von Corvey, auftreten und bei ihm auch bezüglich der politischen Geschichte zu eigentümlichen Wertungen und Schlußfolgerungen führen.¹¹² Bei ihm, der als sächsischer Edeling und Mönch in seinen drei Büchern sächsischer Geschichte das Schwergewicht auf die Taten der weltlichen Herren legt, tritt dagegen das Wirken der Kirche, des Episkopates und des Papstes in auffallender Weise in den Hintergrund.¹¹³ In Widukinds Werk sind germanische Vorstellungen des Königsheils lebendig; es ist das Schlachtenglück, das nach germanischer Ansicht den erfolgreichen Herrscher auszeichnet. Gerade in der Wertung von „*virtus, fortuna atque mores*“, die spätestens seit dem Dynastiewechsel von 919 von den Franken auf die sächsischen Herrscher übergegangen sind und sie legitimieren, dürfte im Anschluß an antike Überlieferung ein germanisch-vorchristlicher Heilsgedanke nachwirken.¹¹⁴

Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß wir, faßt man die gesamte Germania im 10. Jahrhundert einmal ins Auge, vor allem in Sachsen, in der sächsischen Geschichtsschreibung die Ansicht von einem sogenannten romfreien hegemonialen Kaisertum vertreten sehen, dem, hätte es sich durchgesetzt, für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte zweifellos beachtliche Bedeutung zugekommen wäre.¹¹⁵ Bekanntlich bezeichnet Widukind Heinrich I. nach seinem Sieg über die Ungarn in der Schlacht an der Unstrut 933 als „*imperator*“ und läßt dann Otto I. nach der Schlacht auf dem Lechfeld 955 unter Rückgriff auf das römische Militärkaisertum vom deutschen Heer als Kaiser ausrufen. Die nach einem Italienzug in Rom 962 vollzogene Kaiserkrönung Otto I. erwähnt Widukind dagegen nicht. Der damit zum Ausdruck kommende romfreie Kaisergedanke hatte bei Widukind ausschließlich weltliches Gepräge und war vor allem auf die politische Macht gegründet, die Otto I. schon als König aus dem sächsischen Herrscherhaus hatte.¹¹⁶ Erst durch

112 Vgl. auch *Beumann, H.*, Widukind von Corvey, Weimar 1950, S. 250f.; *derselbe*, Zur Entwicklung transpersonaler Staatsvorstellungen, in: Das Königtum. Vorträge und Forschungen (Mainauvorträge 1954), Bd 3, Konstanz 1956, S. 201f.

113 Vgl. *Lintzel, Martin*, Die politische Haltung Widukinds von Corvey, in: *Ausgewählte Schriften*, Bd 2, a. a. O., S. 38f.

114 *Beumann, H.*, Widukind von Corvey, a. a. O., S. 251f.; *Platzmann, J. O.*, Widukinds Sachsengeschichte im Spiegel altsächsischer Sprache und Dichtung, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, Bd 24, 1952, S. 1ff.

115 Zum Problem der nichtrömischen Kaiseridee vgl. *Erdmann, C.*, Forschungen zur politischen Ideenwelt des Frühmittelalters, Berlin 1951, S. 1f.

116 Vgl. *Beumann, H.*, Das Kaisertum Ottos des Großen. Ein Rückblick nach 1000 Jahren, in: *Historische Zeitschrift*, Bd 195, 1962, S. 545f., 550f. u.

Berücksichtigung im sogenannten ottonischen Pontifikale des Mainzer Redaktors wurde dieser Kaisergedanke kirchlich legitimiert.¹¹⁷ In diesem Zusammenhang ist auch Brun von Querfurt zu nennen, der nicht nur als einer der ersten Geschichtsschreiber einen von der Vielzahl der Stämme des späteren Deutschland abstrahierenden supragentilen Begriff benutzte (*Theutonum tellus* = deutsches Land), Magdeburg, nicht Rom, als „*Theutonum nova metropolis*“ bezeichnete und die Rompolitik Otto III. entschieden verurteilte, sondern auch einer der extremsten Verfechter des romfreien Kaisertums war und dabei den Vorrang des deutschen Königtums betonte.¹¹⁸

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß Eigentümlichkeiten der frühmittelalterlichen Sozialstruktur (*Stellinga*), Erscheinungen im kirchlich-theologischen Bereich (*Gottschalk der Sachse*) im 9. Jahrhundert und Besonderheiten innerhalb der sächsischen Geschichtsschreibung (*Widukind von Corvey*, Brun von Querfurt und das sogenannte romfreie Kaisertum) im 10. Jahrhundert Sachsen im frühen Mittelalter sowohl gegenüber dem westfränkischen Reich als auch im Vergleich mit anderen Stämmen der östlichen *Francia* (Schwaben, Bayern) als ein in seiner gesellschaftlichen Entwicklung etwas rückständiges Gebiet erkennen lassen, dessen sozialökonomische Struktur archaische Züge aufweist und das innerhalb des entstehenden frühfeudalen deutschen Staates eine politische Sonderstellung einnimmt.

560; *derselbe*, Einhard und die karolingische Tradition, in: Beumann, H., Ideengeschichtliche Studien zu Einhard und anderen frühmittelalterlichen Geschichtsschreibern, Darmstadt 1962, S. 22f., 27f. u. 32f.; *derselbe*, Die sakrale Legitimierung des Herrschers im Denken der ottonischen Zeit, Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt., Bd 66, 1948, S. 40; *derselbe*, *Widukind von Corvey*, a. a. O., S. 230 ff.

117 Erdmann, C., Forschungen zur politischen Ideenwelt des Frühmittelalters, a. a. O., S. 72f.

118 Vgl. auch: *Wenskus, R.*, Studien zur historisch-politischen Gedankenwelt Bruns von Querfurt, in: Mitteldeutsche Forschungen, Bd 5, 1956, S. 115 ff.

Firmengeschichten – Quellen für die Betriebsgeschichtsschreibung

Methodologische Bemerkungen im Zusammenhang mit der
Spezialbibliographie von Karl Wiegel*

VON HANS RADANDT

Das von Karl Wiegel zusammengestellte Standortverzeichnis soll ein Muster, ein anregendes Beispiel sein, das hoffentlich bald in anderen Bezirken seine Nachfolger finden wird. Es ist keine vollständige Bibliographie, denn es verzichtet auf die Angabe vieler Druckschriften, die zwar vor 1945 erschienen, aber in keiner der angeführten Bibliotheken vorhanden sind. Als Standortverzeichnis aber ist es vollständiger, als es bisher regionale Bibliographien zur Firmengeschichte waren, zumal der Autor sich nicht nur zum Ziel stellte, die vorhandenen Firmenfestschriften zu erfassen. Darüber hinaus hat er in diesem Verzeichnis selbständige Firmengeschichten und firmengeschichtliche Artikel, Werkszeitungen und -zeitschriften, Betriebszeitungen der KPD, Satzungen, Geschäftsberichte, Produktionsprogramme, Kataloge, Berichte über Jubiläumsfeiern, Haus-, Betriebs- und Arbeitsordnungen zusammengestellt.

Der historische Quellenwert dieser Veröffentlichungen ist sehr unterschiedlich und außer dem der juristisch fixierten, von den Firmeninhabern autorisierten Satzungen und Ordnungen nicht allgemein bestimmbar. Selbstverständlich können wir ganz allgemein sagen, daß die Betriebszeitungen der KPD den Klassenstandpunkt der Arbeiter, die Firmenschriften hingegen den Klassenstandpunkt der Kapitalisten vertraten. Welch ein bedeutender Unterschied aber besteht außerdem schon zum Zeitpunkt ihres Erscheinens zwischen einer dem Tageskampf gewidmeten Betriebszeitung der KPD und einer Firmengeschichte des Unternehmers zur Werbung von Kunden oder zur Korruption der Arbeiter auf längere Zeit hinaus. Grundsätzlich sollte jede dieser Quellen aus dem Zweck heraus, zu dem sie entstand, und aus der damit verbundenen Zielsetzung ihrer Herausgeber interpretiert werden.

Die Firmenschriften in Buch- oder Broschürenform sind zu einem großen Teil Festschriften mit einer mehr oder weniger eingehenden Darstellung der Firmengeschichte, die in der Regel das Leben und Schaffen von Unternehmern und Managern in den Vordergrund stellen. Daneben finden wir auch Kataloge, in denen oftmals wichtige Daten und Bilder zur Entwicklung bzw. zum Stand

* Siehe S. 284.

der Produkte zu einer bestimmten Zeit enthalten sind.¹ Auch Festschriften können unter Umständen nichts weiter als umfangreiche Kataloge sein, wie die von Heine & Co, die in einem Vorwort von zwei Seiten nur geringe Angaben zur Geschichte des Betriebes und daneben vier Bilder von Fabriken und dazugehörigen Gärtnereianlagen enthält.² Erst die letzten Seiten dieser Beschreibungen der Produkte und Preistabellen, die natürlich selbst wieder für die Geschichte des Betriebes im Jahre 1934 äußerst wichtig sind, enthalten zwei Zusammenstellungen, die für den Betrieb wichtige geschichtliche Rückblicke darstellen, eine Bibliographie wissenschaftlicher Arbeiten aus den Laboratorien von Heine & Co AG und eine Aufstellung über die deutschen Patentanmeldungen der Firma. Manchmal finden wir Berichte, wie neue Geschäftshäuser oder Fabriken der Firma entstanden.³ Hier und da stoßen wir bei den Firmenschriften auch auf direkt als Biographien gekennzeichnete Veröffentlichungen, aus denen vieles für die Betriebsgeschichte zu verwerten ist.⁴

In manchen Firmenfestschriften sind Quellen verwertet worden, die in unserer heutigen Betriebsgeschichtsschreibung oft noch zu wenig beachtet werden. So enthält zum Beispiel die über Fa. Rudolf Sack⁵ anschließend an 134 Seiten Firmengeschichte auf fünfzig Seiten Erlebnisberichte der Arbeiter unter der Überschrift „Und nun berichten die Kameraden der Arbeit . . .“ Kein Wort darin über die Arbeiterbewegung, viele Worte – vermutlich durch den Verfasser Otto Sack, einem Vertreter der Unternehmerfamilie, in unterhaltsame Sprache gesetzt – für die Unternehmer und Manager. Ein Beispiel:

„Dienstagabend kegelten die Meister. Eines Tages hörten wir, daß Vater Sack krank sei, aber das Kegeln durfte auf seinen Wunsch nicht ausfallen. Wir versuchten nun, den Abend etwas ruhig zu sein, Singen, Bravorufen und was sonst noch zum Kegeln gehört, fiel aus. Gegen neun Uhr kam die Köchin mit einem Leierkasten: „Hier schickt Ihnen Herr Sack das Instrument, damit etwas mehr Leben in die Bude kommt. Wenn gekegelt wird, darf es nicht so ruhig zugehn!“⁶

Wir müssen feststellen, daß in unseren Betriebsgeschichten oft eine Auseinandersetzung mit solchen Anekdoten – gleichgültig ob sie schriftlich oder

1 Zum Beispiel gab die Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft m. b. H. Maschinenfabrik Leipzig – Großschocher (ATG) im Jahre 1922 einen Katalog von 127 Seiten heraus, der neben einem kurzen, auf die Entwicklung eingehenden Vorwort die Wiedergabe vieler Fotografien und technischer Zeichnungen der von der ATG erbauten Transportanlagen enthält.

2 *75 Jahre Heine & Co. Aktiengesellschaft Leipzig und Riesa-Gröba*, Leipzig 1934.

3 Vgl. z. B. *Das Neue Geschäftshaus der Firma K. F. Koehler in Leipzig*, Leipzig 1894.

4 Vgl. z. B. *Goebel, Theodor*, Karl Krause und sein Werk, Leipzig 1905.

5 *Sack, Otto*, Die Chronik des Hauses Rud. Sack, Leipzig, 1863–1938, Leipzig 1938.

6 Ebenda, S. 153.

mündlich kursierten, ob sie als Erlebnisberichte ausgegeben wurden oder nicht – und vor allem eine Analyse ihrer Zielsetzung fehlt. Andererseits aber fehlen auch in solcher Form geschriebene Anekdoten aus der Zeit unseres sozialistischen Aufbaus.

In der Festschrift der Kammgarnspinnerei zu Leipzig⁷ werden sehr lange Auszüge aus den Protokollen der Generalversammlungen zitiert, die sehr weitgehend Auskunft über die Entwicklung der Firma in einzelnen Jahren des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts geben. Dazu wird gesagt:

„Den heutigen Leser mutet eine solche Ausführlichkeit in den Protokollen der Generalversammlungen einer Aktiengesellschaft merkwürdig an. So enthält jeder der Geschäftsberichte⁸ bis zum Jahre 1868 als Protokollanlagen außer den mit weitschweifigen Floskeln umschriebenen Feststellungen der Formalien über Einberufung der Versammlung, Wahlen zum Ausschuß u.a.m. die Reden des Vorsitzenden des Direktoriums, gegebenenfalls des Ausschußvorsitzenden und des ‚Vollziehenden Direktors‘, wie der Vorstand seinerzeit genannt wurde, im Wortlaut . . . Gewöhnlich wurden die Summen angegeben, mit denen Maschinen und Gebäude versichert waren. Die Verkaufserlöse der einzelnen Warengattungen, ja sogar von Abgangsmaterialien, wurden aufgeführt, um die Betriebsverhältnisse und die Solidität der Betriebsführung recht augenscheinlich darlegen zu können.

Für uns sind diese ausführlichen alten Berichte um so interessanter, als wir dadurch einen genauen Einblick in die Mentalität der damaligen Geschäftsführung zu gewinnen vermögen, die in allererster Linie darauf abgestellt war, den Betrieb nach den solidesten Grundsätzen zu leiten.“⁹

Im Einzelfall müßte man näher untersuchen, warum eine solche solide Berichterstattung zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in einer bestimmten Periode – wie hier zum Beispiel zu Beginn der Übergangsperiode zum Imperialismus – aufhört. In allen Fällen aber gilt es für Betriebe, deren Vorgeschichte als Aktiengesellschaft bis in das vorige Jahrhundert zurückreicht – für das zwanzigste Jahrhundert finden wir keine so ausführlichen Protokolle –, festzustellen, ob nicht ähnliche umfassende Protokolle der Generalversammlungen vorhanden sind. Auch jene Betriebe, die keine Generalversammlungsprotokolle in ihrem Betriebsarchiv vorfinden, haben die Möglichkeit, auf deren Zweit- oder Abschriften in anderen Archiven zu stoßen. Solche Duplikate erhielten gewöhnlich die Großaktionäre, die selbst im Aufsichtsrat der betreffenden Firma saßen oder darin vertreten waren. War zum Beispiel eine

7 *Wolf, Hans R.*, 100 Jahre Kammgarnspinnerei zu Leipzig als Aktiengesellschaft 1836–1936, Leipzig 1936.

8 Mit „Geschäftsbericht“ ist hier nicht der uns heute geläufige gedruckte Geschäftsbericht einer Aktiengesellschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr gemeint, sondern der auf der Generalversammlung mündlich erstattete Bericht des Vorstands.

9 *Wolf, Hans R.*, 100 Jahre Kammgarnspinnerei zu Leipzig als Aktiengesellschaft 1836–1936, Leipzig 1936, S. 76f.

Stadt Großaktionär, so ist es sehr wahrscheinlich, daß sich in ihrem Aktenbestand über die betreffende Firma mindestens einzelne Protokoll-Duplikate finden. Waren der Besitzer einer Fabrik oder eine Gesellschaft Großaktionär, so können sich im Betriebsarchiv des Nachfolgebetriebs eventuell Abschriften der Generalversammlungsprotokolle finden. In Fällen, in denen Vertreter der Banken im Aufsichtsrat saßen, finden sich diese Protokolle eventuell in den Archiven der Bezirksfilialen der Deutschen Notenbank, im Deutschen Zentralarchiv Potsdam (Bestand „Berliner Handelsgesellschaft“) bzw. im Deutschen Wirtschaftsinstitut (DWI) Berlin. Letzteres besitzt Fotokopien des Originals von Akten der Zulassungsstelle der Börse Berlin, der alle Firmen, deren Wertpapiere an der Börse gehandelt wurden, das jeweilige Generalversammlungsprotokoll, in welchem der Beschluß auf Börseneinführung enthalten ist, einreichen mußten.¹⁰

Die Festschrift der Leipziger Baumwollspinnerei¹¹ enthält neben dem eine Seite umfassenden Vorwort, einem Grundriß und einer Gesamtansicht der Fabrikanlagen die Geschäftsberichte der Jahre 1885 bis 1908 sowie eine Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen für diesen Zeitraum.

Vielfach wird – völlig zu unrecht – geglaubt, daß der eventuelle Verlust von Geschäftsberichten als Quelle für die Betriebsgeschichtsschreibung am leichtesten zu verschmerzen wäre. Gewiß sind eine ganze Reihe von ihnen gewöhnlich nur verwaltungsmäßig knapp gehalten, so daß fast der gesamte wesentliche Fakteninhalt der Geschäftsberichte vieler Firmen in den Börsen-Jahrbüchern oder Handbüchern der Deutschen Aktiengesellschaften für das auf den jeweiligen Bericht folgende Jahr zu finden ist. In jedem Falle finden wir dort die Ziffern der Bilanz sowie die der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält ohnehin meist nur allgemeine Anerkennungsfloskeln zur Entlastung des Vorstands.

Der Bericht des Vorstandes aber geht in vielen Fällen über die Mitteilung allgemeinsten Daten des abgelaufenen Geschäftsjahres, wie wir sie in den genannten Handbüchern vorfinden, hinaus. So finden wir zum Beispiel im Bericht des Vorstands bei der Leipziger Baumwollspinnerei zum Teil sehr detaillierte Angaben über die Entwicklung der Rohstoffpreise, der Produktion, des Umsatzes, auch Hinweise auf die Verknüpfung des betrieblichen Geschehens mit der allgemeinen Wirtschaftslage im Berichtsjahr, und schließlich werden auch Angaben über Streiks und Arbeiterforderungen erwähnt.

Falls solche Quellen wie die Protokolle von Generalversammlungen oder die Geschäftsberichte nicht im Original verfügbar sind, kann natürlich ausnahmsweise das aus ihnen in Firmengeschichten Zitierte von dort unter Angabe dieser Quelle auch in die Betriebsgeschichte übernommen werden. Dabei ist jedoch große Vorsicht angebracht, denn in Firmenfestschriften sind die benutzten

¹⁰ Bestände, die nur Akten des 20. Jahrhunderts umfassen, bleiben hier unerwähnt.

¹¹ *Leipziger Baumwollspinnerei 1884–1909*, Leipzig 1909.

Quellen oft nicht mit genügender Sorgfalt behandelt worden. So erweist sich zum Beispiel die von einem promovierten Mitglied der Unternehmerfamilie geschriebene Festschrift der Kammgarnspinnerei Leipzig, die sich in der Art ihrer Darstellung mit vielen wörtlichen Zitaten, mit Quellenverweisen und einem Quellenverzeichnis einen wissenschaftlichen Anstrich gibt, in einem, zufällig nachgeprüften, Falle als fehlerhaft in der Wiedergabe einer Tabelle und oberflächlich in deren Datierung.¹²

Andererseits dürften Firmenfestschriften – außer wenn Druckfehler vorliegen – zuverlässig sein in allen Datenangaben über die Firma. Nicht immer müssen solche Daten für die Betriebsgeschichtsschreibung von Bedeutung sein, wenn gleich sie diese auch berücksichtigen muß. Denken wir nur daran, daß die Periodisierung einer Betriebsgeschichte eine andere sein wird als die einer kapitalistischen Firmenfestschrift. Das betrifft nicht nur Fragen des Zusammenhanges der Betriebsgeschichte mit der allgemeinen Geschichte, sondern auch das rein betriebliche Geschehen, so können zum Beispiel Daten und Perioden, welche für die Arbeiterschaft des Betriebes in der Zeit des Kapitalismus von Bedeutung waren (Streiks, Aussperrungen, Bildung von Betriebsgruppen der KPD, Zeiten erhöhter Ausbeutung, durchgesetzte wichtige Arbeiterforderungen) unter Umständen auch eine andere Periodisierung verlangen. Auch die Zeitdauer des Bestehens eines Betriebes kann in der Betriebsgeschichte nicht vom Zeitpunkt der Gründung einer bestimmten kapitalistischen Gesellschaft abhängig gemacht werden. In vielen Fällen bestand zunächst ein kleiner Handwerksbetrieb oder eine kleine industrielle Einzelfirma, die später in eine kapitalistische Gesellschaft aufgingen. Die Kammgarnspinnerei Leipzig feierte 1936 ihr hundertjähriges Bestehen als Aktiengesellschaft, widmete allerdings 27 Seiten ihrer Festschrift der früheren Einzelfirma, die seit 1830 bestand.¹³

Meier & Weichelt feierten 1924 die fünfzigste Wiederkehr ihres Gründungstages.¹⁴ Einer der Gründer, Ernst Meier, nahm das erste Gießerei-Gebäude dieser Firma bereits 1872 in Betrieb, allerdings noch mit einem anderen Kompagnon. In solchen Fällen ist es relativ einfach, mit dem jeweils frühesten Datum die Entstehung des Betriebes zu datieren. Die Kirchner & Co AG teilt in ihrer Festschrift nur mit, daß der Gründer 1878 die Deutsch-Amerikanische Maschinenfabrik Ernst Kirchner & Co in der Werkzeugmaschinenfabrik „Schöne“

12 Wolf, Hans R., 100 Jahre Kammgarnspinnerei zu Leipzig als Aktiengesellschaft 1836–1936, Leipzig 1936, S. 79f. Wolf zitiert hier eine Tabelle aus Friedrich Georg Wieck, Industrielle Zustände Sachsens, Chemnitz 1840, S. 230f. Dabei gibt er vier Namen entstellt wieder und datiert die Tabelle mit 1840, also dem Jahre der Veröffentlichung, während aus einer anderen Tabelle bei Wieck auf S. 411 ff. durch die dort noch einmal gegebenen Gesamtzahlen eindeutig hervorgeht, daß die bei Wolf zitierte Tabelle der Kammgarnspinnereien in Sachsen von 1837 stammt.

13 Ebenda, S. 26 ff.

14 Die Eisen- und Stahlwerke Meier & Weichelt Leipzig-Lindenau, Leipzig 1924.

betrieb, die er zur Hälfte pachtete und im Jahr darauf kaufte.⁴⁵ Falls das Gründungsdatum der Werkzeugmaschinenfabrik „Schöne“ nicht aus den Akten des Betriebsarchivs oder des Stadtarchiv hervorgeht, müßten die des Katasteramtes oder, falls früherer Forstbesitz zum Bau des Betriebes verkauft wurde, die Akten des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes eingesehen werden.

Sehr wertvoll für die Betriebsgeschichte sind die des öfteren in alten Firmenfestschriften in Wort und Bild festgehaltenen Veränderungen der Fabrikanlagen und -einrichtungen, der Maschinen, des technologischen Prozesses und der Produkte. Da von manchen Firmen bestimmte Maschinen überhaupt erst in Deutschland eingeführt bzw. erfunden und entwickelt worden sind, enthalten deren Festschriften viele Fakten und Bilder zur deutschen Geschichte bestimmter materieller Produktivkräfte:

Bei Rudolf Sack: Geschichte des Pfluges in Deutschland ab 1850⁴⁶;

bei Adolf Bleichert & Co: Entwicklung der Seil- und Hängebahnen in Deutschland⁴⁷;

bei Kirchner & Co: Holzbearbeitungsmaschinen in Deutschland⁴⁸;

bei Pittler Werkzeugmaschinenfabrik AG: Entwicklung der Drehbank in Deutschland⁴⁹.

Andere Festschriften vermitteln eine genaue Darstellung des Produktionsprozesses in der Firma zur Zeit des Erscheinens dieser Veröffentlichung, wie zum Beispiel die der Schriftgießerei bei der Firma J. G. Schelter & Giesecke²⁰. Bedeutender noch, weil auch für die regionale und nationale Geschichtsschreibung wichtig, ist die Geschichte der Erfinder und ihrer Erfindungen, die in einigen Festschriften wiedergegeben werden, und deren Werk in der heutigen Betriebsgeschichtsschreibung gebührend gewürdigt werden sollte. Erfinder wie Friedrich Giesecke, Christian Rudolf Sack, Wilhelm von Pittler, Adolf Bleichert, deren Erfindungen Weltruhm erlangten, sind in bereits genannten Festschriften gewürdigt worden. Es sind Angehörige der Erfinder- und Gründergenerationen des vorigen Jahrhunderts, die noch selbst zu Kaufleuten wurden und Kaufleute beschäftigten. Ihre Geschäftsnachfolger in diesem Jahrhundert

15 *50 Jahre Holzbearbeitungsmaschinenbau*, Festschrift zur 50jährigen Wiederkehr des Gründungstages der Maschinenbauanstalt Kirchner & Co AG, Leipzig 1878–1928, Leipzig-Sellerhausen am 1. Juli 1928, S. 11f.

16 *Sack, Otto*, Die Chronik des Hauses Rud. Sack, Leipzig, 1863–1938, Leipzig 1938.

17 *Koehler, G. W.*, Technische Hochschule Darmstadt, Adolf Bleichert & Co, Leipzig. Rückblick und Umschau aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens am 1. Juli 1924. Werden und Wirken der Firma, Wesen und Wirkung ihrer Erzeugnisse. München-Cöthen 1924.

18 *50 Jahre Holzbearbeitungsmaschinenbau*, Festschrift zur 50jährigen Wiederkehr des Gründungstages der Maschinenbauanstalt Kirchner & Co AG, Leipzig 1878–1928, Leipzig-Sellerhausen am 1. Juli 1928.

19 *Häneke, Hans*, 50 Jahre Austauschbau. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Pittler Werkzeugmaschinenfabrik AG, Leipzig-Wahren, Leipzig 1939.

20 *Fünfundsiebzig Jahre des Hauses J. G. Schelter & Giesecke in Leipzig*, Leipzig 1894.

waren oftmals Kaufleute oder Juristen, die Ingenieure beschäftigten. Auf Grund dieser Tatsache, die in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Entfaltung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses im Imperialismus zu sehen ist, treten für dieses Jahrhundert in den Festschriften kaufmännische und technische Organisationsfragen mehr und mehr in den Vordergrund. Während jedoch für das vorige Jahrhundert neue Erfindungen zum Teil bis ins einzelne erläutert und mit Bildern belegt werden, begnügt man sich zum Beispiel bei den großen Rationalisierungsmaßnahmen dieses Jahrhunderts mit ganz allgemeinen Angaben:

„Seit 1932 wurden in konsequenter Verfolgung der grundsätzlich festgelegten Reorganisationspläne für die Kammgarnspinnerei zu Leipzig die Kämmerei und Färberei hinsichtlich der Baulichkeiten und des Maschinenparks vollständig modernisiert und auf den höchsten Stand der gegenwärtigen Technik gebracht. Die Zwirnerei wurde größtenteils mit neuen Maschinen ausgerüstet und ebenso umfassende Verbesserungen in der Spinnerei getroffen . . .“²¹

Nicht in allen Festschriften wird so allgemein gesprochen, aber im großen und ganzen werden wenig Einzelheiten mitgeteilt.

In den Festschriften der zwanziger und dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts, in denen die Festschriften schon mehr und mehr auch den Arbeitern in die Hand gegeben werden, bemerken wir aber eine neue Methode zur Verschleierung und damit gleichzeitig zur Vergrößerung der Ausbeutung. Die Korrumpierung des Arbeiters durch patriarchalische Verhältnisse des vorigen Jahrhunderts war durch die Entwicklung der Großindustrie überholt, die durch Geld reichte offensichtlich nicht aus, man versuchte es mit den „menschlichen Beziehungen“, eine Methode, die zwei Jahrzehnte später aus den USA mit einigen Verfeinerungen, vor allem aber mit dem perfekt ausländischen Namen „human relations“ reimportiert wurde.

Schon 1924 lesen wir aber in einer deutschen Festschrift:

„Als Hauptaufgabe der Betriebsorganisation gilt der Firma Meier & Weichelt, die Arbeitsfreude des einzelnen zu voller Entfaltung zu bringen, ohne das Verantwortungsgefühl zu schwächen oder das zweckmäßige Zusammenarbeiten des Ganzen zu behindern . . . Die Tausende von Menschen, die hier neben- und miteinander werktätig schaffen, zu zweckmäßiger Zusammenarbeit zu bringen, jedem von ihnen Zeit- und Kraftverluste zu ersparen und sie doch nicht etwa als bloße Nummern zu betrachten – das ist die schwierige Aufgabe, der sich die Werkleitung mit nie erlahmendem Eifer gewidmet hat.

. . . Sozial endlich möchte sie sich mit Arbeitern und Angestellten eins wissen in dem Gefühl, gemeinsam an einem Werke zu schaffen, dessen Glieder in gegenseitiger Treue verbunden sind.“²²

21 *Wolf, Hans R.*, 100 Jahre Kammgarnspinnerei zu Leipzig als Aktiengesellschaft 1836–1936, Leipzig 1936, S. 154f.

22 *Die Eisen- und Stahlwerke Meier & Weichelt, Leipzig-Lindenau*, Leipzig 1924, S. 41f. u. 54.

Der Verfasser der Pittler-Festschrift fand es „berechtigt, in dieser Schrift den menschlichen Beziehungen in der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik ein besonderes Kapitel zu widmen“²³, in dem er die Arbeiter mit abgedroschenen Tricks zu ködern versucht. So schreibt er zum Beispiel: „Die Leipziger Arbeiter zeichneten sich aus durch Anstelligkeit, Wißbegier und Zähigkeit, sie ließen nicht nach, bis sie die ihnen gestellten Aufgaben in bester Weise gelöst hatten.“²⁴

In der Kammgarnspinnerei zu Leipzig wurde schließlich „der Grundsatz verfolgt, schöne Arbeitsräume für die Gefolgschaft zu schaffen, um auf diese Weise die Lust und Liebe jedes einzelnen zur Arbeit zu steigern.“²⁵

Das sind nur einige wenige Beispiele kapitalistischer Korruptionpolitik gegenüber den Arbeitern im Betrieb. In jeder der Festschriften findet sich weiteres darüber auch für andere Zeitabschnitte. Dies alles gehört zu dem großen Gebiet dessen, wofür die Festschriften Originalquelle sind: Meinungsäußerungen der Unternehmer bzw. ihrer Beauftragten, mit denen sich die Betriebsgeschichte auseinandersetzen sollte.

²³ *Häneke, Hans*, 50 Jahre Austauschbau-Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Pittler Werkzeugmaschinenfabrik AG, Leipzig-Wahren, Leipzig 1939, S. 98f.

²⁴ *Derselbe*, a. a. O., S. 99.

²⁵ *Wolf, Hans R.*, 100 Jahre Kammgarnspinnerei zu Leipzig als Aktiengesellschaft 1836–1936, Leipzig 1936, S. 155.

Zur Darstellung einiger betriebsgeschichtlicher Probleme der Entwicklung nach 1945

untersucht am Beispiel der Betriebsgeschichte
des VEB Hydrierwerk Zeitz¹

VON HANS CZIHAK

Die 2. Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“, die im Juni 1964 von der Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte gemeinsam mit dem Bundesvorstand des FDGB in Berlin veranstaltet wurde, zeigte sehr deutlich, daß die Zeit nach 1945 und ihre richtige, überzeugende Darstellung heute zum Schwerpunkt in der Betriebsgeschichtsschreibung geworden ist.² Durch verschiedene Veröffentlichungen und Diskussionen zur Methodologie der Perioden vor 1945 wurde die Grundlage für klarere Vorstellungen über die Gliederung und die Hauptproblematik dieser Zeit geschaffen. Einer entsprechenden Darstellung der Entwicklung ab 1945 standen bis vor kurzer Zeit verschiedene Faktoren entgegen. Der wesentlichste ist wohl, daß dieser Teil der Geschichte faktisch noch Gegenwart ist, daß die Diskussionen um die Periodisierung und die richtige Bewertung dieser oder jener Vorgänge noch zu keinem so einheitlichen Ergebnis gekommen sind, wie das für die Zeit bis 1945 der Fall ist.

Der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“³ und Stefan Doernbergs „Kurze Geschichte der DDR“⁴ helfen den Kollektiven der Betriebe, Klarheit über die Einschätzung und Periodisierung der neuesten Zeit zu gewinnen und das erfolgreich in der Betriebsgeschichtsschreibung anzuwenden. Die Materialien der 2. Betriebsgeschichtskonferenz und der Sammelband „Betriebsgeschichte und allgemeine Geschichte“⁵ tragen ebenfalls dazu bei, einheitlich an die Darstellung dieser Problematik heranzugehen und ihre Bedeutung richtig einzuschätzen.

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das Buch: *Unser Werk. Betriebsgeschichte T. 1 (1937–1962)*, hg. v. d. Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Hydrierwerk Zeitz, Zeitz 1963.

2 Die wichtigsten Materialien dieser Arbeitstagung sind veröffentlicht in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1964, T. 1 u. 4 u. 1965, T. 1. Unter dem Titel „Betriebsgeschichte 1964“ erscheint auch ein Sonderdruck.

3 *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Einheit, Sonderh. August 1962.

4 *Doernberg, Stefan, Kurze Geschichte der DDR*, Berlin 1964.

5 *Betriebsgeschichte und allgemeine Geschichte*, Sonderdruck aus: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1964, T. 2/3, Berlin 1965.

Die Darstellung der Entwicklung nach 1945 muß in der Betriebsgeschichtsschreibung einen bevorzugten Platz einnehmen. Dieser geschichtliche Abschnitt ist eine Zeit größter Veränderungen, eine Zeit, in der sich sozialistische Produktionsverhältnisse herausbilden, in der sich der sozialistische Mensch entwickelt, die Vergangenheit abzustreifen beginnt und zum wahren Herrscher der Produktion wird. Diese Prozesse vollziehen sich in einer Vielzahl von Formen; im Mittelpunkt sollte aber stets die Entwicklung des sozialistischen Menschen stehen, die sich gewissermaßen wie ein roter Faden durch die Darstellung zieht.

Welches sind unter diesem Gesichtspunkt die wichtigsten Probleme, die es in der Betriebsgeschichte nach 1945 zu erfassen gilt? Es soll versucht werden, diese Frage anhand einer Untersuchung der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz zu beantworten. Diese Betriebsgeschichte ist dazu besonders geeignet, denn das Werk wurde erst 1937 gegründet, so daß für die Periode unter der Herrschaft des Kapitalismus folgerichtig nur der kleinste Teil der Darstellung in Frage kam. Der Hauptteil der Betriebsgeschichte beschäftigt sich mit der Entwicklung nach 1945, und das in einem Umfang, der die eingehende Darstellung dieser Zeit mit vielen interessanten Einzelheiten möglich macht. Auf dieser Grundlage können einige der wichtigsten Probleme herausgegriffen und untersucht werden; es kann überprüft werden, ob die Darstellung gelungen ist oder wie man bessere und überzeugendere Mittel anwenden kann.

ZUR TECHNISCHEN UND ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG

Ein wesentliches Problem, das genügend breiten Raum in jeder Betriebsgeschichte einnehmen sollte, ist die Darstellung der technischen und ökonomischen Entwicklung. Sie ist faktisch die Basis, auf der sich der Gesamtkomplex der betrieblichen Beziehungen erhebt, aus der sich ergibt, wie gearbeitet wird, welche Aufgaben zu lösen sind, mit einem Wort, wie sich Betrieb und Menschen ununterbrochen veränderten. Dabei ist darauf zu achten, daß die Entwicklung des Betriebes nicht isoliert, sondern im System der Volkswirtschaft dargestellt wird. Erst dadurch wird es dem Leser möglich, die verschiedenartigen Maßnahmen und Entwicklungslinien richtig zu verstehen.

Das ist kein Widerspruch zu der betonten Bedeutung des Menschen und seiner Darstellung. Die Entwicklung der Technik ist kein Selbstzweck; sie soll und muß in ihrer Verbindung mit dem Menschen gesehen werden; nur so kann ihre Bedeutung voll erkannt werden.

Die konkrete Darstellung der betrieblichen Prozesse und ihrer Verzahnung innerhalb des Werkes und nach außen mit anderen Werken ist nicht nur für einen Außenstehenden (für den die Betriebsgeschichte ja auch geschrieben wird) zur Verständigung wichtig, sondern nicht weniger für die Betriebsangehörigen, die erst dadurch einen Gesamtüberblick über das Werk und seine Vielfalt an technischen, ökonomischen und sozialen Prozessen erhalten. Wenn auch der

Blick des einzelnen Arbeiters durch betriebliche Schulungen über seinen direkten Arbeitsplatz hinaus auf das ganze Werk gelenkt werden kann, so ist es doch meistens noch so, daß der genauen Kenntnis der eigenen Abteilung ein mangelhafter Gesamtüberblick gegenübersteht. Das Verständnis der betrieblichen Zusammenhänge und der Stellung des Werkes in der Volkswirtschaft hat praktisch-politische Bedeutung. Es kann sich auf die weitere Arbeit günstig auswirken, wenn der Kollege die Bedeutung und Rolle seiner Arbeit im Rahmen des Werkes und darüber hinaus sieht und danach handelt.

In „Unser Werk“ ist diesem Problem nicht genügend Beachtung geschenkt worden. Das heißt nicht, daß technische und ökonomische Fragen überhaupt nicht geschildert werden, aber sie sind zu wenig Ausgangspunkt und Grundlage. Es fehlt eine klare, zusammenhängende Darstellung der Produktionsziele und ihrer Entwicklung bzw. Veränderung. Das sollte auf jeden Fall im 2. Teil nachgeholt werden, auf den der letzte Abschnitt „Perspektiven“ hinweist und der die sich jetzt abzeichnende Neuprofilierung unserer chemischen Industrie (Erdölverarbeitung als Basis statt Kohleverarbeitung) und deren Auswirkungen eingehender behandeln soll.

Das Fehlen einer übersichtlichen und verständlichen Darstellung der wichtigsten Produktionsmethoden und der Prozesse, die dabei gemeistert werden, macht das Verstehen einzelner Maßnahmen nicht leicht. So ist zum Beispiel das Problem des Einsatzes der Steuertechnik und der Veränderungen auf diesem Gebiet nicht in seiner vollen Bedeutung zu verstehen, wenn nicht klar wird, welche Bedeutung dem kontinuierlichen Ablauf chemischer Reaktionen zukommt und wie umgekehrt erst durch ständiges, genaues Messen und Steuern die Kontinuität erhalten bleiben kann. Ist die nötige Exaktheit nicht gegeben oder weisen die Messungen falsche Werte aus, so kann erst am Ende eines oft langen Weges die Fehlerhaftigkeit des Produktes und damit der Schaden nachgewiesen werden.

Der verstärkte Ausbau von Leitständen zur exakteren Lenkung der chemischen Prozesse hat neben der Wirkung auf die Produktion auch Auswirkungen auf die Menschen. Einerseits wird eine Reihe von Arbeitskräften durch diese mehr oder weniger automatisch laufenden Stationen ersetzt, andererseits sind zur Bedienung qualifiziertere Kräfte als bei der früheren Lenkung notwendig. Die Wartung und Pflege der hochkomplizierten Apparaturen macht auch neue Kräfte mit höherer Qualifikation notwendig. Es genügt keinesfalls, wenn zu dieser weitverzweigten, wichtigen Problematik gesagt wird:

„... Bereits im August 1958 hatte es dafür im VEB Hydrierwerk Zeitz ein hervorragendes Beispiel gegeben. Die Idee eines Arbeiters, des Kollegen Helmut Mainusch, wurde durch gute Unterstützung des Kollegen Obering. Enzmann verwirklicht. Durch Mechanisierung und Automatisierung wurde ein Meß- und Leitstand für die Bauten 6, 7 und 67 fertiggestellt und am 25. August in Betrieb genommen. Der nach den neuesten Erkenntnissen und Erfahrungen ausgestattete Leitstand ermöglichte eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Während bisher 35 Arbeitskräfte in den Bauten beschäftigt

waren, brauchten mit Einführung des Leitstandes nur noch 21 dort tätig zu sein. Das bedeutete an diesem Abschnitt eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 40 Prozent . . .

Ausgehend von dieser Initiative des Jahres 1958, wurde im Perspektiv- und Rekonstruktionsplan das Ziel gestellt, allein durch Zentralisierungs- und Automatisierungsvorhaben bis 1965 300 Arbeitskräfte einzusparen . . .“ (S. 156f.).

Gerade bei einem solchen zentralen Problem muß eine eingehendere Würdigung und Darstellung der Bedeutung erfolgen, denn die Auswirkungen findet man an den verschiedensten Stellen wieder; man kann sie aber nur richtig einordnen, wenn der Ausgangspunkt richtig erklärt ist.

Wenn an vielen Stellen Einzelfragen oder Einzelfakten der Produktionsentwicklung behandelt werden, so kann man die Fakten und Probleme der Produktion nur schwer oder gar nicht überblicken. Eine Zusammenfassung der Problematik wäre unbedingt nötig. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß eine kurze Erklärung von Fachausdrücken (zumindest in Fußnoten) notwendig ist, denn man kann sie nicht überall als bekannt voraussetzen.

Um die Stellung des Betriebes in der Volkswirtschaft darzustellen (wobei im Laufe der Entwicklung Veränderungen eintreten können), müssen zuerst die Beziehungen zu den Zulieferbetrieben und die sich daraus ergebenden Probleme untersucht werden. Das sind Fragen der Qualität, der Einhaltung von Lieferterminen und anderen Verpflichtungen. Viele der betrieblichen Schwierigkeiten können und müssen auf die diskontinuierliche Belieferung mit Material oder Maschinen zurückgeführt werden. Gleichzeitig sollten die vielfältigen Methoden gezeigt werden, die ein Betrieb anwenden kann und muß, um eine termin-, qualitäts- und sortimentsgerechte Belieferung mit Material zu erreichen. Interessant wird es, wenn dargestellt werden kann, wie es ein Betrieb versteht, im Rahmen von Komplexwettbewerben und dergleichen die Zulieferer zu veranlassen, ihm in kürzerer Zeit die Grundlage für eine Produktionssteigerung zu geben. Das führt zu einer Kettenreaktion und hat somit neben der direkten Produktionssteigerung des betreffenden Betriebes einen Produktionsaufschwung in einer Reihe weiterer Betriebe zur Folge. In diesem Zusammenhang spielen auch die Importe aus Westdeutschland eine Rolle, wobei die Störmaßnahmen und die Mittel zu ihrer Überwindung besonders erwähnt werden sollten.⁶ Auch die Beziehungen, die das Werk mit den Abnehmern der erzeugten Produkte verbinden, einmal als Hersteller von Zwischenprodukten, zum anderen als Endproduzent, gilt es zu untersuchen. Dabei müssen Inlands- und Auslandsmarkt gesondert betrachtet werden. Erst aus der Summe aller dieser Beziehungen ergibt sich die Bedeutung, die der Betrieb im Rahmen der Volkswirtschaft besitzt.

⁶ Vgl. *Czihak, Hans*, Auswirkungen der Spaltung Deutschlands, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 2/3, a. a. O., S. 433f.

Dieser Problemkreis ist in der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz recht gut dargestellt. Das hat besonders für die Entwicklung auf dem Inlandsmarkt in den letzten Jahren Gültigkeit. Die Bedeutung der Betriebsprodukte für den PKW Trabant (Hyzet-Zweitakt-Motorenöl), für die Leistungsfähigkeit der Dieselmotoren (HD-Additiv), für die Dederonproduktion (Benzol) und anderes läßt die Stellung auf dem Inlandsmarkt deutlich werden. Bei anderen Produkten (Paraffin, Dampfturbinenöl) kann man diese Bedeutung nicht so klar erkennen. Auch ist die Exportsituation mit den Perspektiven zu knapp dargestellt. Wenn in der Betriebsgeschichte darüber geschrieben wird:

„... Unser Weißparaffin wird in etwa 21 Länder exportiert. Für eine Tonne Hartparaffin bekommen wir zum Beispiel 1 Tonne Apfelsinen oder Bananen und für 6 t Weißparaffin eine Tonne Bohnenkaffee oder Kakao“ (S. 155), so ist das einfach zu wenig, um die große Bedeutung dieser Exporte zu verdeutlichen. Eines der dabei eingefügten Bilder weist auf den Export nach England hin (Paraffin Wax 56/58 for Distribution in the United Kingdom London), weckt aber nur das Interesse nach weiteren Auskünften. Das soll nicht heißen, daß eine detaillierte Exportstatistik mit genauen Zahlen in der Betriebsgeschichte erscheinen soll. Das ist nicht immer möglich und auch nicht notwendig. Aber eine etwas umfassendere Darstellung der Auslandsbeziehungen und ihres Einflusses auf die Produktion kann das Bild des Werkes nur vertiefen oder abrunden.

Was zur Darstellung der Technik angedeutet wurde, gilt im gleichen Maße für die Forschung. Es wäre gut, wenn einige Worte zum Forschungsprogramm den Rahmen der betrieblichen Forschung und die Stellung im Gesamtforschungsprogramm zeigen würden, damit auch in dieser Hinsicht die weitere Perspektive angedeutet wäre. So richtig und so gut eine Würdigung der Bedeutung betrieblicher Forschung ist, so wichtig ist es, sie im größeren Rahmen gesamtstaatlicher oder industriezweiggebundener Vorhaben kenntlich zu machen.

Die Aufzählung der betrieblichen Ergebnisse (Jahresproduktion, Durchschnittslohn, Selbstkosten usw.) wirft die Frage auf, wie diese Ergebnisse dem Leser am besten, klarsten und plastischsten dargeboten werden können. Zweifellos bietet die Tabelle dem ungeübten Leser die meisten Schwierigkeiten. Es hat sich bisher immer erwiesen, daß eine gut ausgeführte graphische Darstellung am anschaulichsten ist und am besten überzeugt. Zahlenkolonnen sollten deshalb vermieden werden. Das wird auch in diesem Falle nur bestätigt. So eindrucksvoll die Ergebnisse sind, die in einer Tabelle für die Jahre 1951 bis 1955 zusammengefaßt sind (Einspritzung, Produktionssteigerung, Selbstkostensenkung, Planerfüllung, Lohnerhöhung, Arbeitsproduktivität) (S. 134), so wirken sie doch weit weniger als die graphischen Darstellungen der Bruttoproduktion (bei der nur deutlicher angegeben werden müßte, worum es sich handelt, denn das geht lediglich aus dem Text hervor) (S. 167) oder des Durchschnittslohnes (S. 179).

DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALISTISCHEN MENSCHEN UND DIE GESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN

Der zweite Problemkreis ist die Darstellung der Entwicklung des sozialistischen Menschen und der Rolle, welche die gesellschaftlichen Organisationen dabei spielen. Außerordentlich wichtig ist es, den engen Zusammenhang mit dem ersten Problemkreis zu sehen und ihn eingehend darzustellen. Dabei müssen die Wechselbeziehungen über eine längere Zeit untersucht werden, um die realen Auswirkungen und Veränderungen deutlich werden zu lassen.

Die Entwicklung des sozialistischen Menschen darzustellen, heißt versuchen, die ganze Vielfalt dieses Prozesses anhand einer Fülle von Beispielen (positiven und negativen) zu erfassen, um zu Echtheit, Lebendigkeit und Wahrheitstreue zu kommen. Das ist, wie viele Beispiele von Betriebsgeschichten zeigen, nicht immer leicht, aber die Voraussetzung dafür, daß die Betriebsgeschichte auch in diesem Teil den Leser unmittelbar anspricht und fesselt. Professor Kuczynski schrieb dazu im Zusammenhang mit der 2. Betriebsgeschichtskonferenz treffend:

„Natürlich, wenn man unsere Helden als Gartenriesen, Güteklasse Q, ohne Risse und Schrammen, schön lackiert, Aufbaujargon schwätzend, darstellen will, dann ist es unendlich schwer, Interesse für sie zu erregen. Aber wenn man sie als echte Menschen darstellt, die sich durch scheußlichen gesellschaftlichen und persönlichen Schutt hindurcharbeiten mußten, gefördert durch die Besten in Partei und Gewerkschaften, gestützt durch so viele erfreuliche, sich immer wieder erneuernde Erlebnisse mit dem einfachen Durchschnitt ihrer Umgebung, als Menschen, deren Erfolg auf jener stets notwendigen Mischung und Einheit von Einzelanstrengung und kollektiver Hilfe beruht, wenn wir dem in allen Einzelheiten nachgehen – wie lebendig und lebenswahr und mobilisierend zu guten Leistungen werden dann unsere Betriebsgeschichten sein! Betriebsgeschichten können spannend und packend wie Detektivgeschichten sein. Wie viele fortschrittliche ‚Mörder‘ des Alten und Schlechten, des Gestern und der abgelebten Normen haben wir unter uns! Aber wer schildert ihre Taten und wie sie zu Werke gingen?“⁷

Zu diesem Problemkreis gehören die Darstellung des Verhältnisses zur Arbeit, die Entwicklung neuer Formen der Beziehungen in der Produktion und schließlich die Wettbewerbe und ihre qualitative Entwicklung. Es ist sehr wichtig, alle diese Einzelprobleme in ihrer Entwicklung zu verfolgen, also nicht nur einmal über bestimmte Maßnahmen zu sprechen und dann nicht mehr ihre Folgen zu zeigen. So sollte zum Beispiel gezeigt werden, wie sich die Wettbewerbe entwickelt haben, wie sie allmählich eine neue Qualität erlangten.

⁷ Kuczynski, Jürgen, Einleitende Worte zur Konferenz, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 1, Berlin 1964, S. 22.

Wenn die Darstellung solcher durchgehender Probleme nicht von einer realen Einschätzung ausgeht, sondern nur formal erfolgt, dann kann eine Widersprüchlichkeit der Entwicklung nie deutlich werden, dann erscheint immer alles vollkommen und ohne Fehler. Mitunter kommt es dann vor, daß die Verfasser doch plötzlich auf Widerspruch stoßen. So wird an einer Stelle gesagt, daß die bisherige Arbeit nicht immer so war, wie sie hätte sein sollen. Zu den Wettbewerben und zu ihrer Entwicklung wird in der Betriebsgeschichte zum Beispiel geschrieben: „... Immer mehr rückte der Wettbewerb in den Vordergrund. Die ersten Wettbewerbe, anfangs nur vereinzelt durchgeführt, wurden durch zielstrebige Lenkung und Leitung von seiten der Gewerkschaft zu einer einheitlichen Massenbewegung entwickelt. Wie allem Neuen, so wurde auch dem Wettbewerb durch gründliche Diskussionen und durch das Beispiel zum Durchbruch verholfen“ (S. 112).

Das war 1949. Waren das wirklich schon reale Wettbewerbe? Oder war an vielen Stellen nur das Streben nach hundertprozentiger Teilnahmemeldung? Statt diesen Fragen nachzuspüren, heißt es zum Wettbewerb im Jahre 1952:

„... Mit großer Freude wurde der Beschluß zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus von den Hydrierwerkern begrüßt. Der sozialistische Wettbewerb erhielt einen neuen Aufschwung. Die Neuerer- und Rationalisatorenbewegung wuchs“ (S. 122).

Und schließlich wird für 1959/60 festgestellt:

„... In erster Linie wurde es notwendig, Klarheit darüber zu erzielen, daß es falsch ist, den Wettbewerb um den Titel ‚Brigade der sozialistischen Arbeit‘ nur durch unsere Jugendbrigaden führen zu lassen. Es war nicht leicht, jung und alt, Männer wie Frauen, zur Teilnahme an diesem Erziehungsprozeß zu gewinnen. Jahrelang hatten die Kollegen im Hydrierwerk im Wettbewerb gestanden. Doch jetzt, als man ernsthaft dazu übergang, den noch vorhandenen Formalismus bei der Durchführung des Wettbewerbes zu beseitigen, stellte man fest, daß noch viel zu tun war, um die Mehrheit der Werktätigen von noch anhaftender bürgerlicher Ideologie zu befreien“ (S. 160).

Eine kritischere Einschätzung der anfänglichen Entwicklung würde ihre Bedeutung nicht abschwächen, sondern im Gegenteil die später erreichte neue Qualität nur noch besser sichtbar machen. Die Aktivistenbewegung und ihre Bedeutung für die ökonomische Entwicklung gehört ebenfalls zu diesem Problemkreis. Es genügt keinesfalls, einen Abschnitt mit der Überschrift „Die Aktivistenbewegung überwindet alle Schwierigkeiten“ (S. 94) zu versehen. Das ist nicht nur ungenau – denn die Aktivistenbewegung ist kein Allheilmittel oder Wunderrezept –, sondern es ist auch hier notwendig, die einzelnen Etappen und ihre Besonderheiten zu sehen und die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.⁸ Die Schilderung einzelner Aktivistenleistungen und die Aufzählung der ausgezeichneten Aktivisten kann eine solche Analyse nicht ersetzen.

⁸ Vgl. *Seidl, Helmut*, Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964*, T. 2/3, a. a. O., S. 338 ff.

Bei der Darstellung des Gesamtprozesses müssen auch die „Risse und Schrammen“, wie es bei Professor Kuczynski hieß, die Auseinandersetzungen und Rückschläge gezeigt werden, ohne daß dadurch die Betriebsgeschichte zu einer „Fehlersammlung“ werden soll. Hier muß man überlegen, was für die Entwicklung typisch ist, was überwunden werden mußte und überwunden wurde; dann erst kann das Aufschreiben beginnen. Diese Problematik ist teilweise sehr gut und überzeugend dargestellt worden, so bei der Schilderung einer Katastrophennacht im Jahre 1961 (S. 179), wo man sieht, wie sich die Menschen in den vergangenen Jahren entwickelt haben, so bei detaillierten Darstellungen von Auseinandersetzungen in den Brigaden, die zeigen, wie sich die Stellung zu den Normen ändert, wie sich die Brigaden entwickeln usw. Das wirkt lebendig und packend, macht aber eben leider nur einen Teil der Darstellung aus. In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu den Brigaden: Es wäre gut, wenn man von einzelnen dieser Brigaden, die mit bestimmten Neuerungen den Anfang machten, später mehr lesen könnte. Es wäre aufschlußreich, ihre Entwicklung zu verfolgen. Auch das könnte in dem späteren zweiten Teil der Betriebsgeschichte nachgeholt werden.

Teilweise werden auch recht summarische Feststellungen getroffen, durch die nichts bewiesen wird. Dergleichen formale Darstellungen können keinesfalls das gewünschte Echo beim Leser hervorrufen. Abstraktionen, Schlußfolgerungen und Zusammenfassungen sind notwendig und richtig, aber sie ersetzen nicht die vorausgehenden Schritte. Ohne die Untersuchung der konkreten Umstände fehlt der Abstraktion die gewünschte Anschaulichkeit, fehlt der Schlußfolgerung die gewünschte Beweiskraft. Was kann folgende Darstellung über die Aufgaben der Gewerkschaft und deren Lösung aussagen, wie kann sie überzeugen?

„Mit Hilfe der Betriebsparteiorganisation wurde die Arbeit der Gewerkschaft in unserem Werk zielstrebig und straffer organisiert. Während sich in den vorangegangenen Jahren die Gewerkschaft zum größten Teil mit sozialen Fragen beschäftigte, *wurde nunmehr begonnen, Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte zu nehmen*. Der Kampf um die Lösung der ökonomischen Aufgaben, um eine neue Arbeitsdisziplin wurde geführt. Neue Formen der Beziehungen zwischen den Menschen rückten in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Geleitet von der Partei, deren Kampfkraft sich ständig erhöhte, die sich ideologisch-politisch weiter gefestigt hatte, wurde die Gewerkschaft in die Lage versetzt, die gestellten Aufgaben mit Erfolg zu erfüllen“ (S. 111f. – Hervorhebung vom Verfasser).

Es ist unmöglich, die wirklich großen Leistungen der Gewerkschaft, das heißt der vielen einfachen Mitglieder sowie der Vertrauensleute und übergeordneten Leitungen, mit einigen dünnen und nichtssagenden Sätzen abzutun!

Ebenso nützt es gar nichts, wenn man feststellt, daß die Bedeutung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften darin zum Ausdruck kommt, daß „... in ihnen die Einheit von Politik, Ökonomie und Technik verwirklicht wird; ...“ (S. 163), ohne diese richtige Feststellung auch genügend zu beweisen. Auf jeden Fall zu

kurz behandelt wird das Problem der sozialistischen Intelligenz. Zwar sind Zahlen über die Entwicklung der Wissenschaftler angegeben, zwar sind Beispiele für hervorragende Arbeits- und Forschungsergebnisse genannt, aber die Entwicklung der alten Intelligenz zum festen Verbündeten der Arbeiterklasse und das Heranwachsen einer neuen Intelligenz sind nicht eingehend genug behandelt. Und wenn schon im vierten Teil über einen Beschluß der Parteileitung zum Bündnis mit der Intelligenz (2. Juli 1960) geschrieben wird, dann muß auch mehr über die vorhergehende Zeit bekannt sein, denn sonst steht diese sehr bedeutungsvolle Tatsache mehr oder weniger beziehungslos im Raum. Gerade bei einem Betrieb mit einer größeren Anzahl von Naturwissenschaftlern mit Hoch- und Fachschulausbildung, wie es der VEB Hydrierwerk Zeitz ist, muß die Entwicklung dieser Beziehungen stärker in der Geschichte des Betriebes erscheinen.

Zu diesem Problemkreis, dem Prozeß der Herausbildung des sozialistischen Menschen, gehört auch das Wirken der gesellschaftlichen Organisationen. Wesentlich ist es dabei, die Einzelaufgaben der verschiedenen Organisationen als Teil eines Gesamtzieles, der Entwicklung des sozialistischen Menschen, zu zeigen.

Die Rolle der Partei als Motor dieser Entwicklung ist in der Darstellung im allgemeinen umfassend und richtig gewürdigt. Die Orientierung der Parteiorganisation auf die neuen Aufgaben, sei es auf den Delegiertenkonferenzen oder den Ökonomischen Konferenzen, die Abwandlung der allgemeinen Richtlinien auf die Aufgaben des Betriebes – das alles macht die Bedeutung der Partei und ihre Führungsrolle in der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung des Betriebes sichtbar. Richtig wird auch in der Regel die Rolle der Partei im ideologischen Kampf geschildert. Wenn dabei an verschiedenen Stellen summarische und formale Feststellungen getroffen werden („In der Parteigruppe der Komplexbrigade ‚Wilhelm Pieck‘ Kraftwerk, macht die Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit Fortschritte.“ – „In der Parteigruppe Meisterbereich Beer im Meßwesen deckte man Schwächen auf und beseitigte sie“ u. ä. [S. 200]), so kann das die insgesamt beeindruckende Darstellung der Kraft der Partei und der sich daraus ergebenden Erfolge nicht beeinträchtigen.

Zu kurz und zu unklar dargestellt ist in dieser Betriebsgeschichte die Rolle der Gewerkschaft. Die neue Rolle der Gewerkschaft unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, ihre Transmissionsaufgabe, müßte deutlich sichtbar sein. Ganz besonders gilt das für die Frage, wie sie es verstand, die Masseninitiative der Werktätigen zu wecken und in bestimmte Bahnen zu lenken.

Viel zu wenig werden die anderen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen mit ihren Aufgabenbereichen und ihrem Anteil an der Gesamtentwicklung im Werk beachtet. Über die Rolle der FDJ ist noch am meisten gesagt, aber es reicht nicht aus, die Stellung des sozialistischen Jugendverbandes und seiner Mitglieder zur Entwicklung des Sozialismus deutlich werden zu lassen.

Völlig außer acht gelassen sind die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (hat sie keinen Anteil an der Popularisierung sowjetischer Neuerermethoden?), die Demokratische Sportbewegung (welche Beziehungen bestehen zur BSG Chemie Zeitz, die ein bedeutender Faktor im sportlichen Leben der Stadt Zeitz ist?), die Kammer der Technik, der Deutsche Kulturbund usw.

Überhaupt ist die kulturelle Entwicklung in dieser Betriebsgeschichte sehr stiefmütterlich behandelt worden. Zwar werden in den Brigadeverpflichtungen das „kollektive Lesen“ und der gemeinsame Filmbesuch erwähnt, aber das allein macht doch nicht eine kulturelle Betätigung oder Bildung aus, und schon gar nicht die des sozialistischen Menschen! Gerade unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des sozialistischen Menschen wäre es naheliegend, mehr über die kulturelle Eigenbetätigung und verschiedene andere kulturelle Gebiete zu sagen.

DIE ART UND WEISE

DER DARSTELLUNG DER ENTWICKLUNG NACH 1945

Der letzte Problemkreis soll sich mit einigen methodologischen Fragen beschäftigen.

Die immer wieder gestellte Forderung nach einer kontinuierlichen Darstellung der technischen, ökonomischen und sozialen Prozesse im Betrieb führt zu der wichtigen Frage, wie der Stoff am zweckmäßigsten gestaltet werden kann, wie die Darstellung der Geschichte nach 1945 überzeugend die Vielfalt der Wechselbeziehungen sichtbar machen kann. Der eine Weg ist die streng chronologische Darstellung der Ereignisse, wobei ein Problem in den verschiedenen Etappen der Geschichte mehrfach auftaucht und dann auch mehrfach behandelt wird (Neuerer, Aktivisten usw.). Die Darstellung wird dadurch uneinheitlich, die Anschaulichkeit und die Verständlichkeit leiden darunter. Ein zweiter Weg ist die durchgängige Schilderung der einzelnen Probleme. So werden zum Beispiel in einzelnen Abschnitten die technische Entwicklung, die Wettbewerbsbewegung usw. dargestellt. Dabei zerfällt die Betriebsgeschichte in verschiedene systematische Abschnitte; es wird unmöglich, die Gesamtproblematik und ihre Entwicklung zu zeigen.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es einen Mittelweg, der die Vorteile beider Darstellungsarten in sich vereinigt und der realen Widerspiegelung der Gesamtentwicklung in ihrer ganzen Vielfalt am nächsten kommt. Das ist der Weg, der auf weit chronologischer Grundlage die Verflechtung der einzelnen Prozesse und deren Entwicklung zeigt. Um die im ersten Fall angedeuteten störenden Wiederholungen zu vermeiden (bzw. möglichst einzuschränken), sollte jeweils immer ein Problem dort umfassend behandelt werden, wo es am typischsten ist. Dabei kann und muß auf die Zeit vorher und nachher eingegangen werden, ohne daß dadurch die Verständlichkeit und der

chronologische Ablauf der Darstellung gestört werden. An den Stellen, an denen ein solches Problem ebenfalls eine Rolle spielt, genügt ein Hinweis auf den jeweiligen Zusammenhang. So ist die durchgehende chronologische Linie am besten gewahrt, und die einzelnen Probleme sind umfassend, klar und in ihrer Verflechtung dargestellt.

Bei der Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz wird mehr oder weniger der erste Weg beschritten. Das führt notwendig zu einem teilweisen Zerreißen der Zusammenhänge der Entwicklung. Die Wettbewerbe, die technische Rekonstruktion, ja auch das Produktionsprogramm werden an verschiedenen Stellen abgehandelt, worunter Verständlichkeit und Übersichtlichkeit leiden. Oft muß man an einer Stelle noch einmal nachschlagen, um den Faden wieder aufzunehmen und die Bedeutung dieser oder jener Maßnahme richtig einschätzen zu können. Es wird zu erwägen sein, ob man bei der Ausarbeitung des zweiten Teils der Betriebsgeschichte nicht von dem bisherigen Weg abgehen und sich mehr als bisher auf die Untersuchung bzw. Darstellung von Problemen orientieren sollte.

Die Proportionen sind, quantitativ gesehen, im allgemeinen vertretbar:

- 54 Seiten für die Zeit 1937 bis 1945
- 38 Seiten für die Zeit 1945 bis 1949
- 37 Seiten für die Zeit 1949 bis 1956/57
- 42 Seiten für die Zeit 1958 bis 1961 und
- 20 Seiten für die Zeit 1961 bis 1963.

Die Substanz der einzelnen Abschnitte ist allerdings unterschiedlich. Verschiedene Probleme könnten ihrer Bedeutung nach ausführlicher und konkreter geschildert werden. Das gilt zum Beispiel für die ersten Schritte nach dem 8. Mai 1945. An anderen Stellen werden oft Veteranen zitiert, warum nicht hier auch? Die Aktivisten der ersten Stunde – wer waren diese Menschen und welche Motive bewegten sie? Untersuchungen in anderen Betrieben zeigen, daß Befragungen darüber oft zu hervorragenden Ergebnissen führen. Oder nehmen wir die Rolle der amerikanischen Besatzungsbehörden: Welche ersten Maßnahmen ergriffen sie? In welcher Weise schadeten sie der weiteren Entwicklung der Betriebe?

Und dann ein ganz wichtiges Problem: die Rolle der SAG. Hier sollten und müßten stärker die sowjetischen Leitungsmethoden und die Verbindung zu unseren neuen Leitungsmethoden im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft herausgearbeitet werden. Es zeigt sich auch in anderen SAG-Betrieben, daß viele der damals von den sowjetischen Genossen angewandten Methoden unseren heutigen Leitungsmethoden ähnlich sind. Das muß aber am Beispiel bewiesen und nicht nur behauptet werden. Bei Platzmangel könnten dafür andere Passagen gekürzt werden.

Schließlich: die Aufgaben der ersten größeren Wirtschaftspläne (Zweijahresplan, erster Fünfjahresplan) und deren Erfüllung. Dieser Teil der Betriebs-

geschichte ist besonders allgemein gehalten. Schade, denn gerade die Zeit bis zum Beginn des zweiten Fünfjahrplans bietet viele schwierige Wachstums- und Entwicklungsprobleme. In diesen Jahren entstanden auch die Grundlagen für die großen Erfolge in den Jahren nach der Chemie-Konferenz 1958.

Die Forderung nach einer konkreten Schilderung der verschiedenen Ereignisse leitet zu einem weiteren wesentlichen Problem über: der Periodisierung und der Methodik beim Schreiben der Betriebsgeschichte nach 1945.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, die allgemeine, durch den „Grundriß“ gegebene Periodisierung zur Grundlage der Betriebsgeschichte zu nehmen. Die betriebliche Entwicklung kann gewisse Unterschiede zu der für die allgemeine Entwicklung gültigen Periodisierung aufweisen. Man sollte deshalb immer die Hauptprobleme der betrieblichen Entwicklung als Grundlage für die Gliederung der Betriebsgeschichte nehmen. Selbstverständlich muß die Betriebsgeschichte dabei als Bestandteil der allgemeinen Geschichte dargestellt werden. Es muß der Einfluß der allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung auf das Geschehen im Betrieb gezeigt werden, um die Wechselwirkung zwischen betrieblicher und allgemeiner Geschichte sichtbar zu machen. Bei der vorliegenden Betriebsgeschichte ist der „Grundriß“ noch zu starr als Grundlage genommen worden. Man muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß auch das beste allgemeine Zitat nicht die Darstellung der betrieblichen Entwicklung ersetzen kann.

Bei der Darstellung der Zeit vor 1945 ist die Forderung nach Wissenschaftlichkeit der Untersuchung und Exaktheit der Fakteninterpretation allgemein verwirklicht. Die Archivarbeit ist zu einem festen Bestandteil der Betriebsgeschichtsforschung geworden. Die wissenschaftliche Gründlichkeit der Untersuchung anhand von Quellen muß aber auch für die Zeit nach 1945 unbedingt gewährleistet sein! Ja, die Archivarbeit muß umfangreicher und die Auswahl des Materials kritischer sein, da viel mehr Quellen zur Verfügung stehen. Wie sieht es damit im vorliegenden Falle aus?

An vielen Stellen findet man Äußerungen über die allgemeine Entwicklung, ohne daß konkret die Entwicklung des Werkes gezeigt wurde. Das drückt sich dann auch in der Zahl der Fußnoten bzw. Anmerkungen aus. Im ersten Abschnitt gibt es 113 Quellenangaben, in den nächsten Abschnitten geht die Zahl der Quellenangaben auf 21, 4, 5 und schließlich 1 zurück. Es scheint, als ob sich darin eine ständig abnehmende Beschäftigung mit den im Archiv liegenden exakten Quellen äußert.

Überall dort, wo exakte Quellen verwendet werden, ist dann auch die Darstellung lebendig und überzeugend – so wie bei der Schilderung der „Winterschlacht“ 1961. Wo aber Routine beim Schreiben vorherrscht, wird die Darstellung flach, blaß und uninteressant. Eine allgemeine Schlußfolgerung für alle Kollektive, die Probleme der Entwicklung nach 1945 behandeln, sollte also lauten: mehr die Archive benutzen, gründlicher die Quellen auswerten!

Zusammenfassend kann man zur Betriebsgeschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz feststellen, daß sie einen durchaus günstigen Gesamteindruck hinterläßt.

Als besonders anerkennenswert ist hervorzuheben, daß die Entwicklung nach 1945 in größerem Umfang behandelt wird, daß dabei viele Probleme gründlich untersucht und gut und überzeugend dargestellt werden, daß die Darstellung nicht an der Oberfläche stehenbleibt, sondern – im Gegensatz zu einer Reihe anderer Betriebsgeschichten – die tatsächliche betriebliche Entwicklung zur Grundlage hat. Die Aufmachung ist sehr ansprechend; sowohl vom Format (Oktav) als auch vom Umfang (223 Seiten) her ist die Voraussetzung für eine gute Einteilung und Lesbarkeit des Stoffes gegeben. Alles in allem kann die Arbeit anderen Betrieben als Beispiel dienen, wie die Betriebsgeschichte gestaltet und wie dieses oder jenes Problem am besten dargestellt werden sollte. Aber auch das, was noch nicht so gelungen ist, kann unserer Betriebsgeschichtsschreibung nützen, wenn die hier dargelegten Mängel beherzigt werden. Für das Kollektiv im VEB Hydrierwerk Zeitz wird die gründliche Analyse des ersten Bandes die Grundlage für eine noch bessere Gestaltung des zweiten Bandes sein.

Nach Abgabe des Manuskriptes erschienen im VEB Hydrierwerk Zeitz zwei Broschüren als Anhang zur Betriebsgeschichte „Unser Werk“. In ihnen werden einige Forderungen des vorstehenden Artikels erfüllt, indem sie sich mit zwei Teilproblemen viel eingehender befassen als das in der Betriebsgeschichte der Fall ist.

Der „Grundriß der Technologie“, von einem Autorenkollektiv 1964 herausgegeben, vermittelt auf 39 Seiten einen wirklichen Grundriß der Aufgaben des Werkes und der Arbeit in den einzelnen Abteilungen. Ein Ausblick auf die Perspektiven und Erläuterungen von Fachausdrücken runden diese kleine, gut gelungene Schrift ab.

Der „1. Anhang zur Betriebsgeschichte ‚Unser Werk‘: 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“ untersucht besonders die Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1954, also die direkte Nachkriegszeit unter amerikanischer Herrschaft und die Periode als SAG-Betrieb. Hier wird sehr deutlich die große Hilfe der sowjetischen Genossen dargestellt.

Mit diesen beiden Ergänzungen, denen noch weitere folgen sollen, wird ein interessanter und nachahmenswerter Weg beschritten, die Betriebsgeschichte weiter auszubauen und aktuell zu halten.

Forschungsberichte

Quellen und Materialien

Literaturkritik

Bibliographie

Aus der Forschungsarbeit der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste

Veröffentlichungen zur neueren Wirtschaftsgeschichte Kroatiens

VON MIROSLAVA DESPOT

Schon bald nach dem zweiten Weltkrieg zeigte sich in Jugoslawien immer deutlicher die Notwendigkeit einer systematischen Erforschung der Wirtschaftsgeschichte. Die Untersuchungen stießen jedoch – sowohl was die Wirtschaftsgeschichte Jugoslawiens allgemein als auch die Kroatiens im besonderen betrifft – auf große Schwierigkeiten, weil auf diesem Gebiet fast keine Vorarbeiten vorhanden waren.

Im Forschungsgebiet Wirtschaftsgeschichte wie auch im breiteren Bereich der Veröffentlichungen der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Zagreb überhaupt wurde der Wirtschaftsgeschichte Kroatiens eine Einrichtung geschaffen, die nicht nur den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Institute der Akademie, sondern auch anderen Wirtschaftshistorikern die Möglichkeit gibt, ihre Arbeiten zu veröffentlichen.

Das größte Verdienst um die systematische Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Kroatiens gebührt dem leider viel zu früh verstorbenen Akademiemitglied und Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Zagreb *Mijo Mirković*¹, von dem außer einer Gesamtdarstellung der Wirtschaftsgeschichte Jugoslawiens² auch viele Arbeiten zu Einzelproblemen erschienen. Er bemühte sich um die Herausgabe wirtschaftshistorischer Arbeiten bei der Akademie und rief die Reihe „Materialien zur Wirtschaftsgeschichte Kroatiens“³ ins Leben, in der bisher⁴ 13 Monographien veröffentlicht wurden.

Der vorliegende Beitrag bringt eine Auswahl von Veröffentlichungen zur Wirtschaftsgeschichte Kroatiens und umfaßt Bibliographien, größere und kleinere allgemeine Darstellungen sowie Arbeiten, die die Zeit vom 17. bis zum 19. Jahrhundert behandeln. Innerhalb dieser Gruppen sind die Autoren alphabetisch geordnet.

Eine wertvolle bibliographische Arbeit veröffentlichte *Nikola Čolak* unter dem Titel „Beiträge zur Literatur für die Geschichte der Landwirtschaft Dalmatiens (Bücher und Broschüren)“, in der er die zu dieser Problematik von 1629 bis 1958 erschienenen Arbeiten in chronologischer Reihenfolge erfaßte.⁵

1 *Šidak, Jaroslav*, Dr. Mijo Mirković (28. 9. 1898–16. 2. 1963), in: *Historijski Zbornik*, Zagreb, 16/1963, S. 377–380. Der Artikel wurde übernommen aus: *Jugoslovenski istorijski časopis*, Belgrad 3/1963.

2 *Ekonomska historija Jugoslavije* (Die Wirtschaftsgeschichte Jugoslawiens), Zagreb 1958, 2. Aufl. 1962.

3 *Grada za gospodarsku povijest Hrvatske*, hg. v. d. Jugoslaw. Akademie der Wissenschaften und Künste Zagreb.

4 Bis zum Zeitpunkt des Abschlusses der vorliegenden Arbeit.

5 *Čolak, Nikola*, Prilozi literaturi za povijest poljoprivrede Dalmacije (Knjige i brošure), in: *Radovi Instituta Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti u Zadru*, Bd 10, Zadar 1963, S. 457–494. Außerdem weisen

Allgemeine wirtschaftshistorische Fragen und Probleme behandelt *Rudolf Bičanić*, ordentlicher Universitätsprofessor der juristischen Fakultät in Zagreb. Er veröffentlichte 1951 die erste umfassende Darstellung der neueren Wirtschaftsgeschichte Kroatiens unter dem Titel „Die Manufakturperiode in Kroatien und Slawonien (1750 bis 1860)“.⁶ Die Arbeit ist ein Erstlingswerk und hat gewisse Schwächen, ist aber in jedem Falle ein sehr nützliches Handbuch und Nachschlagewerk, und dies um so mehr, als der Autor ihr eine informative Bibliographie wichtiger wirtschaftshistorischer Literatur zu der behandelten Problematik beigegen hat.⁷

Der verstorbene Esseger Gymnasialprofessor *Josip Bösendorfer* publizierte einen interessanten größeren Beitrag unter dem Titel „Die Agrarverhältnisse in Slawonien“, der die Zeit vom 17. Jahrhundert bis zum Jahre 1848 umfaßt.⁸

Wichtige wirtschaftshistorische Daten zur Geschichte der Eisenbahn bietet die Arbeit von *Josip Gorničić-Brdovački*, „Die Entwicklung der Eisenbahnen in Kroatien bis 1918. Ausbau, Organisation und finanzielle Verhältnisse.“⁹ Der Verfasser war viele Jahre selbst Eisenbahnbeamter und ist daher Fachmann auf diesem Gebiet. Ebenfalls Probleme der Eisenbahn, diesmal jedoch solche ihrer Entwicklung im Küstengebiet seit dem 19. Jahrhundert, untersuchte *Zvonimir Jelinović*, Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Zagreb, unter dem Titel „Der Kampf für die Küsteneisenbahnen und seine ökonomischen Ziele“¹⁰.

Der Dozent der Philosophischen Fakultät in Zagreb *Igor Karaman* leistete einen wertvollen Beitrag mit seiner Arbeit „Die Domäne Valpovo. Eine ökonomisch-historische Analyse“¹¹, in der er die wirtschaftlichen Verhältnisse der Domäne vom Anfang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des zweiten Weltkrieges analysiert.

Der Präsident der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Zagreb, der emeritierte Universitätsprofessor *Grga Novak*¹², bekannt durch seine

wir noch auf einige weitere bibliographische Beiträge hin, die außerhalb der Jugoslawischen Akademie veröffentlicht wurden: *Bujukalić, Hajrudin*, Jedan prilog šumarskoj bibliografiji (Ein Beitrag zur Forst-Bibliographie), 1945–1953, sakupio i sredio (gesammelt und geordnet), Sarajovo 1953. — In dieser Bibliographie veröffentlichte der Autor ein Verzeichnis der Literatur und der Fachzeitschriften zur Forstwirtschaft, die nach dem Kriege in Jugoslawien erschienen; *Despot, Miroslava*, Nekoliko podataka o poslijeratnim publikacijama s područja ekonomske historije Hrvatske od godine 1850 do 1918 (Einige Angaben über die Nachkriegspublikationen auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte Kroatiens aus den Jahren 1850 bis 1918), in: Putovi revolucije, Bd 2, Nr 3–4, Zagreb 1964, S. 266–274. — Die Bibliographie enthält auch ein Verzeichnis der wichtigsten wirtschaftshistorischen Arbeiten, die Jugoslawien als Ganzes untersuchen; *Kauders, Alfons*, Šumarska bibliografija. Bibliographia forestalis (Bibliographie der Forstwirtschaft) 1846–1946, geordnet und hg. v. d. Sektion Forstwirtschaft der Gesellschaft der Ingenieure und Techniker der Volksrepublik Kroatiens in Zagreb, Zagreb 1947. — Die Bibliographie ist chronologisch geordnet.

6 *Bičanić, Rudolf*, Doba manufakture u Hrvatskoj i Slavoniji (1750–1860), Zagreb 1951, hg. v. d. Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

7 Ebenda, S. 421–427.

8 *Bösendorfer, Josip*, Agra. ni odnosi u Slavoniji, Zagreb 1950, in: Prilozi istraživanju gospodarske provijesti, hg. v. d. Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Zagreb 1950.

9 *Gorničić-Brdovački, Josip*, Razvitak željeznica u Hrvatskoj do 1918. Građenje, organizacija i financijski odnosi, Zagreb 1952 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 3.

10 *Jelinović, Zvonimir*, Borba za jadranske pruge i njeni ekonomski ciljevi, Zagreb 1957 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 6.

11 *Karaman, Igor*, Valpovačko vlastelinstvo. Ekonomsko-historijska analiza, Zagreb 1962 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 13.

12 *Maštrović, Vjekoslav*, Bibliografija radova Grga Novaka (Bibliographie der Arbeiten von Grga Novak), in: Radovi Instituta Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti u Zadru, Bd 6/7 Zagreb 1960, S. 605 bis 633.

rege Tätigkeit als Historiker und Archäologe, beschäftigt sich unter anderem auch mit der Wirtschaftsgeschichte Dalmatiens und veröffentlichte in diesem Zusammenhang „Dokumente zur Geschichte der Fischerei an der Ostküste des Adriatischen Meeres, Bd 1: Die Inseln Vis und Hvar.“¹³ In dieser Quellensammlung sind wertvolle Dokumente aus dem 16. bis 19. Jahrhundert enthalten. *Vladimir Stipetić*, Universitätsprofessor der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Zagreb, behandelte in einem sehr interessanten Beitrag „Bewegungen und Tendenzen in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Territorium der Volksrepublik Kroatien“¹⁴ von 1885 bis 1955.

Der Beitrag von *Tomislav Timet* „Der Wohnungsbau von Zagreb bis zum Jahre 1954. Eine wirtschaftshistorische Analyse“¹⁵ ist besonders deshalb von Interesse, weil er eine Reihe statistischer und anderer Angaben enthält, die für die soziologische und ökonomische Entwicklung Zagrebs bedeutungsvoll sind.

Čiro Čičin-Šain behandelt unter dem Titel „Die Briefe des Kaufmanns Marko Kavanjin in Split aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts“¹⁶ unter Verwendung einer großen Zahl von Dokumenten das Wirken des Venezianers Kavanjin als Kaufmann in Split sowie die Handelsbeziehungen zu Bosnien und dessen Kaufleuten, die auch ihrerseits in jener Zeit enge Beziehungen mit Venedig verbanden.

Eine wertvolle Sammlung landwirtschaftlicher Dokumente sind die „Materialien zur Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im 16. und 17. Jahrhundert. Auswahl von Dokumenten der großen Domänen der Adelsgeschlechter Zrinski und Frankopan“¹⁷, die der inzwischen verstorbene Historiker und ehemalige Direktor des Staatsarchivs in Zagreb, *Emil Laszowski*, veröffentlichte.

Wichtige Dokumente zum Thema „Die Marine der Republik Dubrovnik im 17. Jahrhundert“¹⁸ enthält der Beitrag des Direktors des Marinemuseums in Dubrovnik, *Josip Luetić*, der sich schon jahrelang mit der Wirtschaftsgeschichte Dubrovniks beschäftigt. Die gleiche Epoche untersuchte *Vuk Vinaver* in einer interessanten Studie unter dem Titel „Die neue ökonomische Politik Dubrovniks am Anfang des 17. Jahrhunderts.“¹⁹ Seine Aufmerksamkeit richtete sich besonders auf die neue Situation, die im Mittelmeer nach den großen geographischen Entdeckungen entstanden war und sich auch auf die ökonomische Entwicklung Dubrovniks auswirkte.

Miroslava Despot, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb, beschäftigte sich mit den Manufakturen im „zivilen“ Kroatien im 18. Jahrhundert. „Die Glashütte ‚Perlasdorf‘ und ihr

13 *Novak, Grga*, Dokumenti za povijest ribarstva na istočnoj obali Jadranskoga mora, Bd 1: Otoci Vis i Hvar, Zagreb 1952 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 4.

14 *Stipetić, Vladimir*, Kretanje i tendencije u razvitku poljoprivredne proizvodnje na području NR Hrvatske, Zagreb 1959 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 7.

15 *Timet, Tomislav*, Stambena izgradnja Zagreba do 1954. godine. Ekonomsko-historijska analiza, Zagreb 1961 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 10.

16 *Čičin-Šain, Čiro*, Pisma Marko Kavanjina splitskog trgovca iz prve polovine 17. stoljeća, in: Starine, Bd 49, Zagreb 1959, S. 105–226.

17 *Laszowski, Emil*, Građa za gospodarsku povijest Hrvatske u 16. i 17. stoljeću. Izbor isprava velikih feuda Zrinskih i Frankopana, Zagreb 1951 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske Bd 1.

18 *Luetić, Josip*, Brodovlje dubrovačke republike 17. stoljeća, Dubrovnik 1964 = Građa za pomorsku povijest Dubrovnik, Bd 3.

19 *Vinaver, Vuk*, Dubrovačka nova ekonomska politika početkom 17. veka, in: Anali historijskog Instituta Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti u Dubrovniku, Bd 4/5, Dubrovnik 1955/56, S. 417–453.

Eigentümer Marquis Perlas de Rialp²⁰ behandelt die Entstehung und Entwicklung der ältesten Glashütte in Kroatien, die der Marquis Perlas am Anfang des 18. Jahrhunderts mit spanischem Kapital gründete und in der berühmte böhmische Glasmeister arbeiteten. „Die Zagreber ‚pannificina‘ von Franjo Kušević“²¹ ist der Tätigkeit der ältesten Zagreber Textilmanufaktur gewidmet, die von der Mitte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bestand. In einem dritten Beitrag hat die Autorin den Versuch einer Gesamtdarstellung der „Anfänge der Manufakturen im ‚zivilen‘ Kroatien“²² des 18. Jahrhunderts unternommen.

Ivan Erceg, Assistent des Historischen Instituts der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Zagreb, befaßt sich fast ausschließlich mit der Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im 18. Jahrhundert und hat bisher schon eine Reihe wertvoller Aufsätze verfaßt. Dazu gehören die „Beiträge zur ökonomischen und juristischen Stellung der Leibeigenen des Kastellanates in Fužine²³ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“²⁴, „Der Stand der Seeschifffahrt der Stadt Rijeka zur Zeit der Reinkorporation im Jahre 1776/77“²⁵, „Die feudalen Leibeigenschaftsverhältnisse auf den Kameralgütern in Vinodol und im Gorski Kotar unmittelbar vor der Maria-Theresianischen Regulation“²⁶ und „Die sozialökonomischen Verhältnisse auf den Perlasschen Gütern“.²⁷

Zlatko Herkov, Direktor des Historischen Instituts der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Zagreb und ein bekannter Fachmann für die finanzgeschichtlichen Probleme Kroatiens, veröffentlichte unter anderen eine interessante Untersuchung mit dem Titel „Denarius Croaticus“ – eine kroatische Münzeinheit des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Erforschung der kroatischen Finanzgeschichte.²⁸

Die Monographie „Über das Marinewesen der Republik Dubrovnik im 18. Jahrhundert“²⁹ schrieb *Josip Luetić*, dessen Dokumentensammlung zur gleichen Problematik wir bereits erwähnten. Auch diese Arbeit behandelt neue und wichtige Aspekte der Geschichte Dubrovniks.

Außerordentlich interessant sind die Sammlungen von Dokumenten aus der Feder eines unbekanntenen Autors des 18. Jahrhunderts, deren handschriftliche Originale sich unter der Signatur Nr 573/175 im Haus-, Hof- und Staatsarchiv

20 *Despot, Miroslava*, Staklana „Perlasdorf“ i njen vlasnik markiz Perlas de Rialp, in: *Starine*, Bd 49, Zagreb 1959, S. 321–348.

21 *Dieselbe*, Zagrebačke „pannificina“ Franje Kuševića in: *Starine*, Bd 50, Zagreb 1960, S. 359–399.

22 *Dieselbe*, Pokušaji manufakture u građanskoj Hrvatskoj u 18. stoljeću, Zagreb 1962 = *Građa za gospodarsku povijest Hrvatske*, Bd 12.

23 Fužine ist ein kleiner Ort in dem Bergbezirk Gorski Kotar, an der Strecke Rijeka-Karlovac.

24 *Erceg, Ivan*, Prinosi za upoznavanje ekonomskog i pravnog položaja kmetova fužinskog kaštelanata u drugoj polovini 18. stoljeća, in: *Zbornik Historijskog Instituta Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti*, Bd 2, Zagreb 1959, S. 227–261.

25 *Dieselbe*, Stanje pomorstva grada Rijeke u vrijeme reinkorporacije (1776/77), in: ebenda, Bd 3, Zagreb 1960, S. 373–418.

26 *Dieselbe*, Kmetско-feudalni odnosi na komorskim imanjima u Vinodolu i Gorskom Kotaru neposredno prije marijaterzijanske regulacije, in: ebenda, Bd 4, Zagreb 1961, S. 289–348.

27 *Dieselbe*, Društveno-gospodarsko stanje na Perlasovim imanjima, in: ebenda, Bd 5, Zagreb 1963, S. 125 bis 152.

28 *Herkov, Zlatko*, „Horvacki novac“ – hrvatska novčana jedinica 18. stoljeća („Denarius Croaticus“ – valor Croaticus 18. saeculi), Prilog uz proučavanje povijesti hrvatskih financija, in: *Starine*, Bd 44, Zagreb 1952, S. 95–199.

29 *Luetić, Josip*, O pomorstvu dubrovačke republike u 18. stoljeću, Dubrovnik 1959 = *Građa za pomorsku povijest Dubrovnik*, Bd 2.

Wien befinden. Die Dokumente stellte *Grga Novak* zusammen, der auch die Einleitung schrieb und für den wissenschaftlichen Apparat verantwortlich zeichnet. Die Titel lauten: „Die Landwirtschaft Dalmatiens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“³⁰, „Die Landwirtschaft des dalmatinischen Küstenlandes und der Inseln im 18. Jahrhundert“³¹ und „Der Bergbau und die Ausnutzung der Flüsse und des Meeres in Dalmatien im 18. Jahrhundert.“³²

Die Dozentin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Zagreb *Dragica Rogić* beschäftigt sich speziell mit wirtschaftshistorischen Problemen Kroatiens im 18. und 19. Jahrhundert. Sie untersuchte „Die Akkumulation der kirchlichen und weltlichen Fonds aus den Wirtschaftsbeziehungen und auf der Grundlage des Kirchenzehntes in Slawonien im 18. und 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Erforschung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Feudaladel und Kirche.“³³

Radojica F. Barbalić, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Adriatischen Instituts der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Rijeka, wurde durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte der Seeschifffahrt bekannt. „Die Schifffahrt von Fiume (Rijeka) vor und nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich“³⁴ und „Der Versuch der Gründung der ersten Schifffahrtsgesellschaft in Fiume. Die Karat-Gemeinschaft des Dampfschiffes ‚Liburna‘“³⁵ sind nur zwei seiner interessanten Arbeiten.

Auf der Grundlage bisher unbekannter Dokumente des Varasdiner Archivs schrieb *Miroslava Despot* einen Aufsatz „Über die Wirtschaft der Stadt Varasdin in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im 19. Jahrhundert.“³⁶ Zu den Wirtschaftshistorikern, die sich mit der Geschichte des Seewesens beschäftigen, gehören auch *Oliver Fijo*, der sich besonders mit der Geschichte der Seeschifffahrt an der dalmatinischen Küste beschäftigt und die Arbeit „Das Seewesen der Regien Zadar und Šibenik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“³⁷ verfaßte, sowie *Vinko Ivančević*, dessen Beitrag „Der Schiffbau der Insel Korčula im 18. und 19. Jahrhundert“³⁸ auch

30 *Novak, Grga*, Poljoprivreda Dalmacije u drugoj polovini 18. stoljeća (Dell'agricoltura in Dalmazia), in: *Starine*, Bd 50, Zagreb 1960, S. 461–518.

31 *Derselbe*, Poljoprivreda na dalmatinskom primorju i otocima u 18. stoljeću, in: ebenda, Bd 51, Zagreb 1962, S. 61–111.

32 *Derselbe*, Rudarstvo i iskorišćavanje rijeka i mora u Dalmaciji u 18. stoljeću, in: ebenda, Bd 52, Zagreb 1962, S. 5–48.

33 *Rogić, Dragica*, Akumulacija crkvenog i svjetovnog fonda iz poslovnog odnosa na podlozi zakupa crkvene desetine u Slavoniji u 18. i 19. stoljeću. Prilog istraživanju poslovnih odnosa između feuda i crkve, Spomenica u počast 40-godišnjice osnivanja saveza komunista Jugoslavije (Festschrift zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens), 1919–1959, Bd 2; Znanstveni i umjetnički prilozi (Wissenschaftliche und künstlerische Beiträge), Zagreb 1960 = *Djela Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti*, Bd 52.

34 *Barbalić, Radojica F.*, Brodarstvo Rijeke prije i nakon Austro-Ugarske nagodbe, in: *Anali Jadranskog Instituta*, hg. v. Adriatischen Institut der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Bd 2, Zagreb 1958, S. 381–396.

35 *Derselbe*, Pokušaj osnutka prvog parobrodarskog društva u Rijeci (karatna zajednica pbda „Liburna“), in: *Problemi sjevernog Jadrana*, Zbornik sjeverojadranskog Instituta, Bd 1, Rijeka 1963, S. 403–428.

36 *Despot, Miroslava*, O privredi grada Varaždina u prvoj polovini 19. stoljeća. Prilog privrednoj historiji Hrvatske u 19. stoljeću, in: *Zbornik Historijskog Instituta Jugoslavenska Akademije Znanosti i Umjetnosti*, Bd 5, Zagreb 1963, S. 107–123.

37 *Fijo, Oliver*, Pomorstvo zadarsko-šibenske regije u drugoj polovini 19. stoljeća, in: *Radovi Instituta Jugoslavenske Akademije Znanosti i Umjetnosti u Zadru*, Bd 2, Zagreb 1955, S. 257–275.

38 *Ivančević, Vinko*, O korčulanskoj brodogradnji u 18. i 19. stoljeću, in: ebenda, Bd 6/7, Zagreb 1960, S. 453–482.

aus dem Grunde besonders interessant ist, weil er ein Verzeichnis der im Jahre 1853 im Verkehr befindlichen Schiffe enthält.

Der Artikel von *Igor Karaman*, „Zwei wirtschaftliche Verordnungen für die feudalen Domänen Kroatiens und Slawoniens um 1800“³⁹, behandelt die Verordnungen der Domäne Čabar im Berggebiet Kroatiens und der Domäne Valpovo in Slawonien.

Die Monographie „Die wirtschaftliche Lage Rijekas zur Zeit Illyriens. Nach zeitgenössischen Berichten der Handelskammer“⁴⁰ von *Danilo Klen* ist ein außerordentlich wertvoller Beitrag. Seine Grundlagen bilden die Berichte der Fiumaner Handelskammer, die eine der ältesten auf unserem Territorium ist. Erst nach dem allgemeinen österreichischen Gesetz von 1850 entstanden weitere Handelskammern.⁴¹ Der Beitrag ist eine Ergänzung zu der 1930 erschienenen Monographie von *Melita Pivec-Stele*.⁴²

Eine weitere Studie von *Grga Novak* ist ein „Abriß der ökonomischen Verhältnisse der adriatischen Insel Vis in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Armut und Aufschwung einer unserer Inseln während der österreichischen Regierungszeit vom Wiener Kongreß bis zur Abschaffung des Bachschen Absolutismus.“⁴³ Als letzte soll die Arbeit von *Bogdan Stojsavljević* „Wald und Weide. Der Kampf des Dorfes in Kroatien und Slawonien nach 1848“⁴⁴ genannt werden, eine Sammlung bisher unveröffentlichter Dokumente, die mit erklärenden Bemerkungen und Ergänzungen versehen wurden.

Die Mehrzahl aller genannten Arbeiten bezieht sich auf den Zeitraum des 18. und 19. Jahrhunderts. Es ist also dringend notwendig, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und das 20. Jahrhundert eingehender zu erforschen. Das ist um so wichtiger, als auch in Kroatien genauso wie in vielen anderen Ländern die ersten Anfänge der Arbeiterbewegung in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fallen. Deshalb ist auch besonders die Geschichte einzelner Fabriken, Bergwerke und anderer Unternehmen von größtem Interesse. Aber auch die Geschichte der Landwirtschaft muß noch stärker als bisher erforscht werden, um die Lebensbedingungen des größten Teiles der Bevölkerung Kroatiens kennenzulernen.

39 *Karaman, Igor*, Dva gospodarska pravilnika za feudalne gospoštije u Hrvatskoj i Slavoniji oko godine 1800, in: *Starine*, Bd 50, Zagreb 1960, S. 427–460.

40 *Klen, Danilo*, Privredno stanje Rijeke u doba Ilirije. Prema suvrem. izvjest. Trgovinske Komore. Zagreb 1959 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 8.

41 Außer in Rijeka bestand zur Zeit der Franzosenherrschaft (1809–1813) auch eine Handelskammer in Dubrovnik. Die anderen Handelskammern wurden erst später gegründet, und zwar in Rovinj (Istrien) 1850, in Zagreb 1852 und in Osijek 1853. Zur gleichen Zeit wurde auch die Handelskammer in Rijeka erneuert. Außerdem wurden auch in Split und Zadar Handelskammern eröffnet. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bestand kurze Zeit eine Handelskammer in Sisak, und schließlich wurde an der Küste die Handelskammer in Senj gegründet.

42 *Pivec-Stele, Melita*, La vie économique des Provinces Illyriennes (1809–1813), suivie d'une bibliographie critique, Paris 1930 = Collection historique de l'institut d'études slaves de l'Université de Paris, Bd 6.

43 *Novak, Grga*, Pogled u ekonomske prilike Visa u prvoj polovici XIX. stoljeća. Bijeda i uspon jednog našeg otoka za vrijeme austrijske vladavine od Bečkog kongresa do pada Bachovog apsolutizma, in: Anali historijskog Instituta Jugoslavenska Akademije Znanosti i Umjetnosti u Dubrovniku, Bd 8/9, Dubrovnik 1962, S. 9–24.

44 *Stojsavljević, Bogdan*, Šuma i paša. U borbi sela u Hrvatskoj i Slavoniji poslije 1848, Zagreb 1961 = Građa za gospodarsku povijest Hrvatske, Bd 11.

LÖHNE UND PREISE IN DEUTSCHLAND, 1750 BIS 1850

(Fortsetzung)

Löhne und Preise 1750 bis 1800

nach den Akten und Rechnungsbelegen des Stadtarchivs Quedlinburg*

VON WILLI SCHULZE

- I. Tagelöhne der Zimmerer
- II. Tagelöhne der Maurer und Handlanger
- III. Tagelöhne der Steinsetzer und Handlanger
- IV. Tagelöhne der Schieferdecker und Lehrburschen bzw. Handlanger
- V. Tagelöhne der Ziegeldecker und Handlanger
- VI. Tagelöhne der Tagelöhner
- VII. Jahresgehälter der Ratsangestellten
- VIII. Getreide- und Erbsenpreise
- IX. Preise verschiedener Lebensmittel und einiger Gebrauchsgüter
- X. Fleischpreise
- XI. Brot-, Fleisch- und Bier-Steuer einschließlich der Getreidepreise der Jahre 1750 bis 1774
- XII. Steuer des Fürstentums Halberstadt vom 1. 6. 1763, einschließlich Löhne
- XIII. Polizei-Steuer der Stadt Halberstadt für Januar 1764, einschließlich Löhne
- XIV. Quedlinburger Polizei-Steuer der Lebensmittel, Arbeitslöhne und zum Unterhalt und täglichen Gebrauch notwendigsten hiesigen Produkte, auch einiger fremder Waren, vom 4. 6. 1764
- XV. Auszug aus der Quedlinburgischen Brauordnung vom 16. April 1756

* Tabellen I bis III erschienen in Teil 2/1965, Tabellen IV bis VI in Teil 3/1965 und Tabellen VII bis IX in Teil 4/1965 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

Tabelle X

*Fleischpreise nach der Rechnung des Hospitals St. Johannis des Stadtarchivs Quedlinburg**

Jahr	1 Pfund Rindfleisch		1 Pfund Hammelfleisch	
	gr.	pf.	gr.	pf.
1789	1	8	1	6
1790	1	8	1	4
1791	1	8	1	6
1792	1	10	1	6
1793	1	10	1	4
1794	1	10	1	6
1795	1	10	1	4
1796	2	—	1	6
1797	2	2	1	8
1798	2	2	1	6
1799	2	2	1	10
1800	2	6	2	—

* Diese Angaben sind der Hospital-Rechnung entnommen, Belege sind nicht vorhanden. Die Angaben lassen sich in der Rechnung leicht auffinden, da es sich nur um sehr dünne Bände handelt, welche nicht numeriert sind.

Tabelle XI

*Brot-, Fleisch- und Bier-Taxe einschließlich der Getreidepreise
der Jahre 1750 bis 1774**

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1750 Januar	1 Semmel	2	—	—	7	2
	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	18	—
	1 „ „	6	—	1	4	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	24	—
	1 „ „	—	2	5	16	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	2
	Hammelfleisch			1	1	4
	Schafffleisch			—	—	—
	Schweinefleisch			1	1	8
	1 Stübchen Bier				1	2
	1 „ Broyhahn				1	6
	1 „ Gose mit Akzise				1	8
				Pfund	gr.	pf.
1751 Januar	1 Semmel	2	—	—	7	2½
	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	20	1½
	1 „ „	6	—	1	8	3
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	9	—
	1 „ „	—	2	6	18	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	—
	Hammelfleisch			1	1	3
	Schafffleisch			—	—	—
	Schweinefleisch			1	1	6
	1 Stübchen Bier				1	2
	1 „ Broyhahn				1	6
	1 „ Gose mit Akzise				1	8

* Quelle: Akten des Stadtarchivs Quedlinburg I/39, Nr. 108, Bd I u. II.

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen	
		pf.	gr.				
1752	1 Semmel*	2	—	—	8	—	
Mai	1 Klar Roggenbrot*	3	—	—	21	1 ¹ / ₂	
	1 „ „	6	—	1	10	3	
	1 Hausmannsbrot*	—	1	3	31	1 ³ / ₄	
	1 „ „	—	2	7	30	3 ¹ / ₂	
				Pfund	gr.	pf.	
	Rindfleisch das beste			1	1	6	
	„ „ geringere			1	1	2	
	Kuhfleisch			1	1	—	
	Kalbfleisch			1	1	—	
	Hammelfleisch			1	1	4	
	Schweinefleisch			1	1	4	
	1 Stübchen Bier				1	2	
	1 „ Broyhahn				1	6	
	1 „ Gose mit Akzise				1	8	
				Preis	Pfund	Lot	Quentchen
				pf.	gr.		
1753	1 Semmel	2	—	—	7	3 ¹ / ₂	
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	20	1 ¹ / ₂	
	1 „ „	6	—	1	8	3	
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	9	3 ³ / ₄	
	1 „ „	—	2	6	19	3 ¹ / ₂	
				Pfund	gr.	pf.	
	Rindfleisch das beste			1	1	6	
	„ „ geringere			1	1	2	
	Kuhfleisch			1	1	—	
	Kalbfleisch			1	1	1	
	Hammelfleisch			1	1	2	
	Schweinefleisch			1	1	4	
	1 Stübchen Bier				1	2	
	1 „ Broyhahn				1	6	
	1 „ Gose mit Akzise				1	8	

Achtung: bei Backwaren keine Preisveränderungen, aber Gewichtsveränderungen.

W. SCHULZE, Löhne und Preise 1750 bis 1800

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1754	1 Semmel	2	—	—	7	2
Mai	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	17	—
	1 „ „	6	—	1	2	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	16	—
	1 „ „	—	2	5	—	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	3
	Hammelfleisch			1	1	6
	Schweinefleisch			1	1	6
	1 Stübchen Bier				1	4
	1 „ Broyhahn				1	8
	1 „ Gose mit Akzise				1	10
				Pfund	gr.	pf.
		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1755	1 Semmel	2	—	—	7	—
August	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	19	—
	1 „ „	6	—	1	7	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	—	—
	1 „ „	—	2	6	—	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	6
	Hammelfleisch			1	1	2
	Schweinefleisch			1	1	6
	1 Stübchen Bier				1	2
	1 „ Broyhahn				1	6
	1 „ Gose mit Akzise				1	8

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1756	1 Semmel	2		—	7	—
Februar	1 Klar Roggenbrot	3		—	22	—
	1 „ „	6		1	10	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	8	—
	1 „ „	—	2	6	16	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	2
	Hammelfleisch			1	1	4
	Schweinefleisch			1	1	6
	1 Stübchen Bier				1	4
	1 „ Broyhahn				1	8
	1 „ Gose mit Akzise				1	10
				Pfund	gr.	pf.
		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1757	1 Semmel	2	—	—	5	1
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	12	—
	1 „ „	6	—	—	24	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	1	27	—
	1 „ „	—	2	3	22	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	—
	Hammelfleisch			1	1	3
	Schweinefleisch			1	1	8
	1 Stübchen Bier				1	6
	1 „ Broyhahn				1	10
	1 „ Gose mit Akzise				2	—

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1758	1 Semmel	2	—	—	5	1¼
Februar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	14	1
	1 „ „	6	—	—	28	2
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	5	2
	1 „ „	—	2	4	11	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	4
	Kuhfleisch			1	1	2
	Kalbfleisch			1	1	2
	Hammelfleisch			1	1	6
	Schweinefleisch			1	1	10
	1 Stübchen Bier				1	8
	1 „ Broyhahn				2	—
	1 „ Gose mit Akzise				2	2
		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1759	1 Semmel	2	—	—	7	—
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	19	—
	1 „ „	6	—	1	6	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	26	—
	1 „ „	—	2	5	20	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	6
	„ „ geringere			1	1	2
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	2
	Hammelfleisch			1	1	5
	Schweinefleisch			1	1	8
	1 Stübchen Bier				1	4
	1 „ Broyhahn				1	8
	1 „ Gose mit Akzise				1	10

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1760 Januar	1 Semmel	2	—	—	7	2
	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	18	2
	1 „ „	6	—	1	5	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	4	—
	1 „ „	—	2	6	8	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch das beste			1	1	8
	„ „ geringere			1	1	4
	Kuhfleisch			1	1	—
	Kalbfleisch			1	1	—
	Hammelfleisch			1	1	6
	Schweinefleisch			1	1	8
	1 Stübchen Bier				1	2
	1 „ Broyhahn				1	6
	1 „ Gose mit Akzise				1	8
				Pfund	gr.	pf.
		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		gr.	pf.			
1761 Januar	1 Semmel	2	—	—	4	3
	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	13	2
	1 „ „	6	—	—	27	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	2	2
	1 „ „	—	2	4	5	—
				Pfund	gr.	pf.
	Rindfleisch extraordinär			1	1	10
	„ das beste			1	1	8
	„ „ geringere			1	1	6
	Kuhfleisch			1	1	4
	Kalbfleisch			1	1	3
	Hammelfleisch			1	1	8
	Schafffleisch			1	1	—
	Schweinefleisch			1	1	10
	1 Stübchen Bier				1	6
	1 „ Broyhahn				1	10
	1 „ Gose mit Akzise				2	—

W. SCHULZE, Löhne und Preise 1750 bis 1800

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1762	1 Semmel	2	—	—	3	—
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	8	—
	1 „ „	6	—	—	16	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	1	8	—
	1 „ „	—	2	2	16	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	3	—
„ „ geringere	1	2	8
Kuhfleisch	1	2	4
Kalbfleisch	1	2	2
Hammelfleisch	1	2	4
Schweinefleisch	1	3	—
1 Stübchen Bier		1	10
1 „ Broyhahn		2	4
1 „ Gose mit Akzise		2	6

	Preis		Pfund	Lot	Quentchen
	pf.	gr.			
1763	1 Semmel	2	—	2	1 ¹ / ₄
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	6	—
	1 „ „	6	—	12	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	30	2
	1 „ „	—	2	29	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	4	—
„ „ geringere	1	3	3
Kuhfleisch	1	2	6
Kalbfleisch	1	2	8
Hammelfleisch	1	3	6
Schweinefleisch	1	4	—
1 Stübchen Bier		3	6
1 „ Broyhahn		4	—
1 „ Gose mit Akzise		4	2

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1764*	1 Semmel	2	—	—	2	3
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	7	—
	1 „ „	6	—	—	14	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	1	10	—
	1 „ „	—	2	2	20	—
	1 Schwarzbrot	—	1	1	24	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	3	3
„ „ geringere	1	3	—
Kuhfleisch „ beste	1	3	—
„ „ geringere	1	2	6
Hammelfleisch	1	3	—
Schweinefleisch	1	4	—
Schmalz	1	7	—
Pflaumen (Flomen zum Ausbraten)	1	5	6
1 Stübchen Bier		2	—
1 „ Broyhahn		2	10
1 „ Gose		3	—

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1764	1 Semmel	2	—	—	5	2½
Juni**	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	20	2
	1 „ „	6	—	1	9	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	3	3
	1 „ „		2	6	7	2

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	10
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch „ beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	1
Kalbfleisch	1	1	10
Hammelfleisch	1	1	6
Schafffleisch	1	1	2
Schweinefleisch	1	1	8
Schmalz	1	2	8
Schweineflomen zum Ausbraten	1	2	2
1 Stübchen Bier		1	2
1 „ Broyhahn		1	8
1 „ Gose mit Akzise		1	10

* Ab 1764 in Neu-Brandenburgischem Gelde.

** Ab hier in gutem Gelde.

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1765	1 Semmel	2	—	—	6	3
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	15	3
	1 „ „	6	—	—	31	2
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	12	1
	1 „ „	—	2	4	24	2
	1 Paar Knobben	2	—	—	10	29

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	10
„ „ geringere	1	1	8
Kuhfleisch „ beste	1	1	10
„ „ geringere	1	1	6
Hammelfleisch	1	1	8
Schweinefleisch	1	1	10
Schmalz	1	3	4
Schweinefomen	1	2	6
1 Stübchen Bier		1	4
1 „ Broyhahn		1	8
1 „ Gose mit Akzise		1	10

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1766	1 Semmel	2	—	—	4	3
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	11	—
	1 „ „	6	—	—	22	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	—	—
	1 „ „	—	2	4	—	—
	1 Paar Knobben	2	—	—	8	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	8
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch „ beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	4
Kalbfleisch	1	1	6
Hammelfleisch	1	1	8
Schweinefleisch	1	2	—
Schmalz	1	3	8
Schweinefomen	1	2	8
1 Stübchen Bier		1	6
1 „ Broyhahn		1	10
1 „ Gose mit Akzise		2	—

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1767	1 Semmel	2	—	—	7	—
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	16	3
	1 „ „	6	—	1	1	2
	1 Paar Knobben	2	—	—	11	1½
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	16	2
	1 „ „	—	2	5	1	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	8
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch das beste	1	1	4
„ „ geringere	1	1	2
Kalbfleisch	1	1	4
Hammelfleisch	1	1	4
Schweinefleisch	1	1	8
Schmalz	1	3	—
Schweineflogen	1	2	4
1 Stübchen Bier		1	2
1 „ Broyhahn		1	8
1 „ Gose mit Akzise		1	10

	Preis		Pfund	Lot	Quentchen
	pf.	gr.			

1768	1 Semmel	2	—	—	7	1
Februar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	21	—
	1 „ „	6	—	1	10	—
	1 Paar Knobben	2	—	—	14	—
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	8	—
	1 „ „	—	2	6	16	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	8
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch „ beste	1	1	4
„ „ geringere	1	1	2
Kalbfleisch	1	1	2
Hammelfleisch	1	1	6
Schweinefleisch	1	1	8
Schmalz	1	4	—
Schweineflogen	1	3	—
1 Stübchen Bier		1	3
1 „ Broyhahn		1	7
1 „ Gose mit Akzise		1	9

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1769	1 Semmel	2	—	—	7	—
Februar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	19	3
	1 „ „	6	—	1	7	2
	1 Paar Knobben	2	—	—	13	0½
	1 Hausmannsbrot	—	1	2	30	2
	1 „ „	—	2	5	29	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	7
„ „ geringere	1	1	5
Kuhfleisch „ beste	1	1	3
„ „ geringere	1	1	—
Kalbfleisch	1	1	1
Hammelfleisch	1	1	6
Schweinefleisch	1	1	7
Schmalz	1	2	10
Schweineflomen	1	2	5
1 Stübchen Bier		1	3
1 „ Broyhahn		1	8
1 „ Gose mit Akzise		1	10

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1770	1 Semmel	2	—	—	8	1
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	20	—
	1 „ „	6	—	1	8	—
	1 Paar Knobben	2	—	—	13	1
	1 Hausmannsbrot	—	1	3	12	—
	1 „ „	—	2	6	24	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	4
Kuhfleisch das beste	1	1	2
„ „ geringere	1	1	—
Kalbfleisch	1	1	2
Hammelfleisch	1	1	4
Schweinefleisch	1	1	6
Schmalz	1	2	10
Schweineflomen	1	2	5
1 Stübchen Bier		1	2
1 „ Broyhahn		1	6
1 „ Gose mit Akzise		1	8

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1771	1 Semmel	2	—	—	5	2 ³ / ₄
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	11	—
	1 „ „	6	—	—	22	—
	1 Paar Knobben	2	—	—	7	0 ¹ / ₃
	1 Hausmannsbrot	—	1	1	30	1
	1 „ „	—	2	3	28	2

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	4
Kuhfleisch „ beste	1	1	2
„ „ geringere	1	1	—
Kalbfleisch	1	1	—
Hammelfleisch	1	1	4
Schafffleisch	1	1	—
Schweinefleisch	1	1	8
Schmalz	1	3	—
Schweinefomen	1	2	6
1 Stübchen Bier		1	5
1 „ „ Broyhahn		1	10
1 „ „ Gose mit Akzise		2	—

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1772	1 Semmel	2	—	—	4	—
Januar	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	8	—
	1 „ „	6	—	—	16	—
	1 Paar Knobben	2	—	—	5	1
	1 Schwarzbrot	—	1	1	13	—
	1 „ „	—	2	2	26	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	10
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch das beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	—
Kalbfleisch	1	1	2
Hammelfleisch	1	1	6
Schafffleisch	1	1	—
Schweinefleisch	1	2	4
Schmalz	1	4	6
Schweinefomen	1	3	8
1 Stübchen Bier		1	10
1 „ „ Broyhahn		2	4
1 „ „ Gose mit Akzise		2	6

Fortsetzung Tabelle XI

Jahr		Preis		Pfund	Lot	Quentchen
		pf.	gr.			
1773 Januar	1 Semmel	2	—	—	4	0 ³ / ₄
	1 Klar Roggenbrot	3	—	—	11	1
	1 „ „	6	—	—	22	2
	1 Paar Knobben	2	—	—	7	2
	1 Hasmannsbrod	—	1	1	25	1
	1 „ „	—	2	3	18	2
	1 Schwarzbrot	—	1	2	14	1 ¹ / ₂
	1 „ „	—	2	4	28	3
	Sauerteig	8	—	1	—	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	2	—
„ „ geringere	1	1	8
Kuhfleisch „ beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	2
Kalbfleisch	1	1	4
Hammelfleisch	1	1	8
Schweinefleisch	1	2	6
Schmalz	1	4	6
Schweineflomen	1	4	—
1 Stübchen Bier		1	7
1 „ Broyhahn		2	—
1 „ Gose mit Akzise		2	2

	Preis		Pfund	Lot	Quentchen
	pf.	gr.			
1 Semmel	2	—	—	8	—
1 Klar Roggenbrot	3	—	—	18	—
1 „ „	6	—	1	4	—
1 Paar Knobben	2	—	—	12	—
1 Hausmannsbrot	—	1	2	24	—
1 „ „	—	2	5	16	—
1 Schwarzbrot	—	1	3	3	—
1 „ „	—	2	6	6	—
Sauerteig	8	—	1	—	—

	Pfund	gr.	pf.
Rindfleisch das beste	1	1	8
„ „ geringere	1	1	6
Kuhfleisch „ beste	1	1	6
„ „ geringere	1	1	2
Kalbfleisch	1	1	2
Hammelfleisch	1	1	8
Schafffleisch	1	1	2
Schweinefleisch	1	1	8
Schmalz	1	3	6
Schweineflomen	1	3	—
1 Stübchen Bier		1	3
1 „ Broyhahn		1	7
1 „ Gose mit Akzise		1	9

Jahr	Pro Wispel							
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	tl.	gr.	tl.	gr.	tl.	gr.	tl.	gr.
1750 Januar	30	—	26	—	15	12	10	6
1751 Januar	28	—	17	12	12	—	9	—
1752 Mai	22	—	16	—	11	12	11	12
1753 Januar	24	—	20	—	15	—	11	—
1754 Mai	30	—	28	—	20	—	14	—
1755 August	27	12	18	12	14	12	9	—
1756 Februar	27	—	20	—	15	—	10	—
1757 Januar	39	—	40	—	29	—	18	12
1758 Februar	40	—	31	—	20	—	16	—
1759 Januar	28	—	20	—	16	12	11	—
1760 Januar	29	—	21	—	16	—	12	—
1761 Januar	43	—	33	—	26	—	20	—
1762 Januar	65	—	57	—	46	—	35	—
1763 Januar	90	—	75	—	69	—	42	—
1764 Januar	78	6	47	—	28	6	17	—
1765 Januar	32	—	27	—	15	12	11	—
1766 Januar	42	—	42	—	21	—	14	—
1767 Januar	27	—	21	—	16	—	11	—
1768 Februar	29	—	19	—	14	—	11	—
1769 Februar	32	—	19	12	13	—	9	6
1770 Januar	23	—	19	12	13	—	9	—
1771 Januar	38	—	41	—	27	—	16	—
1772 Januar	60	—	60	—	36	—	25	—
1773 Januar	49	—	40	—	29	—	19	—
1774 Januar	27	12	23	12	13	—	9	—

Bauern, Pächter und Adel im alten Preußen

Bemerkungen und Ergänzungen zu dem Buch von Otto Büsch: Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713–1807. Die Anfänge der sozialen Militarisation der preußisch-deutschen Gesellschaft. Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission, Bd 7

*Verlag de Gruyter & Co., (West-)Berlin 1962, XIV/203 Seiten,
Preis 28, – DM*

VON HANS-HEINRICH MÜLLER

Wenn Büsch in der vorliegenden Veröffentlichung dem mit der preußischen Geschichte einigermaßen vertrauten Leser auch keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse vermittelt, so ist doch die Art und Weise, wie er die zu seiner Untersuchung gewählten Probleme behandelt, für den Leser von größtem Interesse und Reiz. Einer Anregung des bekannten Historikers Hans Rosenberg, des Verfassers der Harvard-Monographie „Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy – The Prussian Experience 1660–1815“ (Cambridge/Mass. 1958), folgend, stellte Büsch sich die Aufgabe, die militärische Durchdringung des sozialen Lebens im Preußen des 18. Jahrhunderts zu untersuchen. Die Studie ist eine kaum veränderte Wiedergabe einer bereits im Jahre 1952 angenommenen Dissertation, die noch ganz unter dem nachhaltigen Eindruck der vernichtenden Niederlage des deutschen Faschismus geschrieben wurde. Sie wurde verfaßt unter dem Einfluß der leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung über die für das deutsche Volk so verhängnisvolle Rolle des reaktionären „Preußentums“. Mit dem Verzicht auf eine Neufassung sollte nicht nur der vor einem Jahrzehnt geprägte Stil erhalten bleiben, sondern die Publikation auch als ein „bescheidenes Dokument einer Phase der deutschen Nachkriegshistoriographie“ dienen, „in der wie so oft in der deutschen Geschichte die politische und historiographische Vorstellungswelt in besonders starkem Maße voneinander abhängig gewesen sind“ (S. XIV)¹. Und doch finden sich manche Formulierungen der Dissertation, die die preußischen Zustände jener Zeit so treffend kennzeichnen, im Druck bedauerlicherweise nur in einer mitunter sehr abgeschwächten Form wieder.

Sich gegen eine „rein politische Historiographie“ wendend, untersucht der Verfasser vornehmlich zwei Themenkreise in ihrer engsten politisch-sozialökonomischen Verflechtung und Durchdringung: die Ausbreitung des Militärsystems auf die bäuerliche Lebenswelt und den preußischen „Junker“ als Gutsherrn und Offizier. Das vom Militärsystem kaum weniger erfaßte städtische Leben bleibt außerhalb der Betrachtung. Zu bemerken wäre hier, daß der Untertitel des Buches oder die ursprüngliche Überschrift „Die soziale Militarisation im alten Preußen (am Beispiel der Agrarverhältnisse)“ den Inhalt der Studie weit besser

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

zum Ausdruck bringt als der Haupttitel, bei dem der Leser mit Recht vermuten könnte, daß Büsch zwei relativ selbständige gesellschaftliche Bereiche in ihrer Entwicklung untersucht und gegenüberstellt. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die ostelbischen Provinzen mit ihrer gutsherrschaftlichen Struktur. Die westlichen Provinzen werden zwar berücksichtigt, aber ungenügend untersucht, worauf noch zurückzukommen ist.

Gestützt auf das erreichbare gedruckte Quellenmaterial, vor allem der Acta Borussica, einige sehr wenige Archivalien und umfangreiche Literaturstudien, die fleißig, systematisch und kritisch ausgewertet sowie übersichtlich aufgearbeitet wurden, gelingt es dem Verfasser, ausgehend von der These, daß „das soziale System des preußischen Staates . . . ein Ergebnis der altpreußischen Heeresverfassung gewesen“ ist (S. 1), ein fesselndes und anregendes, zugleich aber auch abgewogenes Bild von den Auswirkungen auf die bäuerliche Lage zu zeichnen. Überzeugend weist er nach, wie das durch Friedrich Wilhelm I. eingeführte „Kantonreglement“ von 1733 die bäuerliche Lebenswelt der vollständigen „sozialen Militarisierung“ aussetzte. Der Untertan war Bauer und Soldat und unterlag damit einer zweifachen Ausbeutung. Unwillkürlich erinnert man sich bei der Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die das Kantonsystem für die Bauern in Gestalt der mannigfaltigen und unerträglichen Belastungen (Geld- und Naturalabgaben, Dienstleistungen, Zwangswerbung, Abhängigkeit vom Regiment, teilweise Uniformierung, Disziplinargewalt und anderes) mit sich brachte, an Lessings Worte von Preußen als dem „sklavischsten Land Europas“.

Um so unverständlicher ist die von Büsch für das Kantonsystem gewählte, eigenartig anmutende Bezeichnung „Sozialschöpfung“ (S. 17). Es wird der Eindruck erweckt, als ob es sich bei dieser „Sozialschöpfung“ Friedrich Wilhelms I. um einen gesellschaftlichen Fortschritt handelt. Der Leser wird jedoch in der Errichtung des zur sozialen Militarisierung führenden Kantonsystems, das der bäuerlichen Klasse nur gesteigerte Lasten aufbürdete und zu einem beispiellos übersteigerten Despotismus ausartete, schwerlich einen gesellschaftlichen Fortschritt erblicken können.

Auch die mehrmals erwähnte Charakterisierung der ostelbischen Gutsherrschaft als einer „wirklich patriarchalischen Herrschaft“ (S. 47) kann man nicht billigen. Büsch wurde hierzu offenbar von dem Görlitzschen Buch „Die Junker“, wie man es dem Verweis auf die Anmerkung entnehmen kann, angeregt. In diesem zwar materialreichen, aber von reaktionärem Geist durchtränkten Buche, das einzig der Glorifizierung und Verherrlichung des preußischen Junkertums dient und rigoros die geschichtlichen Tatsachen vergewaltigt, wird dem Leser nämlich für das damals herrschende Knechtschaftsverhältnis die These von der „Gemeinsamkeit von Edelmann und Bauer“, von der „traditionellen Verbundenheit von Herr und Gefolgschaft“ vorgesetzt, die auf Zwangsarbeit beruhende feudale Ausbeutung als „sozial-patriarchalische Ordnung“ ausgegeben und Preußen als ein „adlig-bäuerliches, sozial-patriarchalisches Staatsgefüge“ bezeichnet, in dem „im Grunde ein System geordneter, gegliederter und gestufter Pflichten“ das Dasein regelte.² Wer sich auch nur etwas eingehender mit der Entwicklung der ostelbischen Gutsherrschaft in der spätfudalen Periode beschäftigt hat, wird festgestellt haben, daß die vielgerühmte „patriarchalische Bindung zwischen Gutsherrn und Bauer“ kaum bestanden hat. Die Gutsherrschaft war die zu jener

² Görlitz, Walter, Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten, Glücksburg/Ostsee 1956, S. 92.

Zeit existierende Form der Klassenherrschaft, in der der erbuntertänige Bauer unverhüllt ausgebeutet und unterdrückt wurde. Der Bauer war nur ein Objekt feudalherrlicher Willkür und Politik. Schon ein flüchtiger Blick in die Gutsarchive würde Büsch überzeugt haben, daß das „patriarchalische Verhältnis“ nichts anderes war als ein immerwährender Kampf des Bauern gegen seine feudale Obrigkeit, ein Kampf gegen Fron, Bauernlegen, Prellerei, feudale Rechtsprechung, für ein menschenwürdigeres Dasein und Gerechtigkeit. Übrigens hätte Büsch für das Verhalten der Bauern zur Militärpolitik in den Archiven auch manche der von ihm vermißten bäuerlichen Selbstzeugnisse (S. 13) gefunden.

Doch abgesehen davon wird jeder vorurteilsfreie Leser Büsch bescheinigen können, daß er in seiner sich durch unpathetische Sachlichkeit auszeichnenden Untersuchung die Legende von der „patriarchalischen Herrschaft“ selbst widerlegt, wenn er den Adligen als „absoluten Souverän in seinem Bereich, ‚das Ebenbild des preußischen Herrschers in Duodez‘“ charakterisiert, der seine untertänigen Bauern mit unmenschlichen Strafen traktierte (S. 42).

War der Gutsherr (Grund-, Leib- und Gerichtsherr) einerseits in seinem Bereich der unbeschränkte Herrscher, an dessen Grenzen selbst die Macht der preußischen Könige und ihrer Beamten endete, so haben die Militärgerichtsbarkeit und die Militärpolitik andererseits gewisse Bedeutung für den Schutz des Bauern erlangt, worauf der Verfasser mit Recht aufmerksam macht. Der adlige Bauer, der als Kantonist den größten Teil des Jahres zwecks Verrichtung notwendiger Acker- und Erntearbeiten auf das Rittergut beurlaubt, dadurch aber keineswegs der Militärjurisdiktion entzogen wurde, war in seiner eigenartigen Verkopplung Bauer-Kantonist quasi zum Untertan der preußischen Könige geworden, die, soweit es im militärpolitischen Interesse lag, sehr an dem Schutz des Bauern interessiert sein mußten. Büsch versucht unter diesem Aspekt nachzuweisen, daß die Militärgerichtsbarkeit dem Bauern Möglichkeiten zur „Emanzipation“ (S. 51) und „zum Widerstand gegen die öfter verzeichneten Übergriffe der Landräte und Gutsherren im Rahmen des gutsherrlich-bäuerlichen Untertänigkeitsverhältnisses“ bot (S. 52). Wenn es auch zweifellos Fälle gegeben hat, in denen der Bauer aus der Unterstellung unter die militärische Gerichtsbarkeit persönliche Vorteile zog, so sollte man aber solche Vorgänge nicht überschätzen und generalisieren. Von einer „Emanzipation“ oder von „freiheitlichen Perspektiven“ (S. 56) der Bauern gar zu sprechen, geht wohl am Kern der Dinge gänzlich vorbei. Bedeutete die Einbeziehung des Bauern in das Militärsystem und seine Unterwerfung unter die Militärjurisdiktion nicht vielmehr eine neue, eine zusätzliche Abhängigkeit, aus der sich zu befreien kaum Aussicht bestand? Zudem steht diese Auffassung von Büsch auch in Widerspruch zu seinen eigenen Ausführungen in den ersten Abschnitten, in denen er nachweist, daß die feudale Bindung an das Kantonsystem insgesamt eine Verschlechterung der Lage der Gutsuntertanen nach sich gezogen hat. Und an anderer Stelle gelangt Büsch sogar zu der richtigen und bemerkenswerten Feststellung, daß unter den Bedingungen der Gutsherrschaft und des Kantonsystems „die ‚Proletarisierung‘ der ländlichen Bevölkerung, ‚das heißt die Zunahme der völlig oder fast völlig besitzlosen Leute auf dem Lande‘ schon vor 1807 bedeutende Fortschritte gemacht hatte“ (S. 67). Sollte Büsch die Emanzipation des Bauernstandes in der Proletarisierung erblicken? Das ist wohl – im Hinblick auf seinen Begriff von der Emanzipation – kaum anzunehmen.

Der vor allem unter Friedrich II. eingeführte „Bauernschutz“, der, gegen die Tendenzen des Bauernlegens gerichtet, kein persönlicher Schutz des Bauern war, sondern nur der Erhaltung der bäuerlichen Stelle galt, wird von Büsch im wesentlichen als „Soldatenschutz“ (S. 61) und die bedeutsame innere Kolonisation zur Vermehrung der Zahl der Kleinbauern als Schaffung einer Soldaten- bzw. Rekrutenreserve „auf lange Sicht“ (S. 62) motiviert. Dieser Auffassung kann man durchaus zustimmen. In Preußen, in dem im Gegensatz zu allen anderen absolutistischen Staaten die militärischen Belange eine so überragende Rolle spielten, konnte es eigentlich gar nicht ausbleiben, daß der Staat im Interesse seiner Wehrpolitik zum Bauernschutz schritt. Die Bauernwirtschaft stellte trotz des Vordringens und der Ausbreitung der Gutsherrschaft immer noch die entscheidende volkswirtschaftliche Grundlage dar. Die Bauern waren nicht nur für die Soldaten- und Rekrutengestellung unentbehrlich, sondern auch für die Finanzierung der Armee (Kontribution!), für ihre Belieferung mit Hafer, Stroh und Heu, für Spanndienste in der Artillerie und im Nachschubwesen, für Kriegspässe, Baufuhren zu den Festungen und für andere Leistungen. Zu ergänzen wäre hier lediglich, daß der Bauernschutz wie auch alle übrigen staatlichen Maßnahmen im Gesamtinteresse des preußischen Feudalstaates lagen. Die von Friedrich II. praktizierte Bauernschutzpolitik beruhte auf einer nüchternen Einschätzung des Staatsvorteils. Es sollte ein einschneidender Ausfall an Steuern verhindert werden, die ganz und gar zur Aufrechterhaltung der feudalen Klassenherrschaft dienten, nicht nur in den gutsherrschaftlich strukturierten mittleren, sondern auch in den westlichen Provinzen, in denen nach Ansicht der stockreaktionären ostelbischen Gutsherren sowieso nur „Halbpreußen“ wohnten. Der Bauernschutz garantierte nicht nur die relativ ungestörte Ausbeutung der untertänigen Bauern auf den Rittergütern, sondern wies den Adel auch auf seine, von Friedrich II. als wichtig erkannte, staatserhaltende Funktion im absolutistischen Preußen hin. Endlich sei noch auf den sicherlich nicht unwichtigen Zusammenhang zwischen Bauernschutz und Ausbau und Entwicklung der Landeskultur hingewiesen, eine Frage, die bisher noch nicht befriedigend beantwortet ist.

Im Abschnitt über die Kolonisation bemerkt Büsch, daß die „Zahl der in Preußen beheimateten ausländischen Soldaten immerhin die Summe von 300 000 bis 400 000 Menschen im Laufe des 18. Jahrhunderts“ erreichte (S. 62). Für preußische Verhältnisse war das eine ungeheure Zahl; sie charakterisiert das Ausmaß des preußischen Militarismus. Genau so wichtig für den Leser wäre es nun zu wissen, wie groß die Verluste an Menschen in Friedens- und Kriegszeiten in Preußen gewesen sind. Darüber weiß Büsch leider nichts auszusagen. Einige Schätzungen oder zusammenfassende Hinweise über die Verluste würden natürlich das Bild noch besser abgerundet haben.

Schließt der Verfasser den ersten Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung, daß das altpreußische Militärsystem „den ganzen Menschen als soziales Individuum in allen seinen Lebensbereichen“ erfaßt hatte (S. 71), so versucht er im zweiten Teil den völligen Einbau des Landadels in das Militärsystem nachzuweisen, was ihm im großen und ganzen zweifellos sehr gut gelungen ist. Er zeigt, wie die von den preußischen Königen betriebene Politik zu einer außerordentlich starken Inanspruchnahme des Adels für das Militärsystem führte, die nicht nur eine weitgehende Identität von Adel und Offizierskorps mit sich brachte, sondern auch die Machtgrundlagen des Landadels stärkte.

Die Quintessenz des zweiten Teils der Untersuchung bildet faktisch die These, daß die Doppelrolle des Adligen „als Befehlsträger im militärischen Bereich einerseits und als Inhaber der zivilen Herrschaft im ländlichen Bezirk . . . erst recht eigentlich den ‚Junker‘ entstehen“ ließ (S. 163). Die von Büsch herausgearbeitete Bedeutung der Doppelrolle des Adligen, die ihm unter Friedrich Wilhelm I. und besonders unter Friedrich II. in einem so außerordentlichen Maße zuwuchs, ist nur zu unterstreichen. Um aber den soziologischen Typ „preußischer Junker“ zu kennzeichnen, reichen die beiden genannten Funktionen noch nicht aus. Wenn auch der militärische Befehlshaber und der Inhaber der zivilen Herrschaft zwei wichtige Elemente des „Junkers“ sind, so ist aber nach Meinung des Rezensenten die wirtschaftliche Tätigkeit des Adligen für den Begriff „Junker“ von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei handelt es sich nicht um wirtschaftliche Tätigkeit schlechthin, sondern um eine Tätigkeit im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse. Ein Junker war vor allem ein „selbstwirtschaftender“ Adliger, der *kapitalistische Produktionsmethoden anwandte*, freie Lohnarbeiter beschäftigte, wobei meist zahlreiche feudale Relikte konserviert wurden. Dieser entwickeltere Typ des preußischen Junkers gelangte aber erst im 19. Jahrhundert, nach den Stein-Hardenbergschen Reformen, zur vollen Ausprägung, was natürlich nicht ausschließt, daß wir seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Übergangserscheinungen haben.

Die Identität von militärischem Befehlsträger und Inhaber ziviler Herrschaft bedeutet bei weitem noch nicht die Identität von Grundeigentümer und Grundbesitzer. Und gerade die letztere, die erst eigentlich den „Junker“ ausmacht und in der Definition von Büsch völlig ausgeklammert wird, war bei dem größten Teil des Adels, wie später noch zu beweisen sein wird, kaum gegeben, weil bei ihm die landwirtschaftliche Tätigkeit, die Selbstbewirtschaftung seiner Güter, im 18. Jahrhundert eine völlig untergeordnete Rolle spielte. Während und auch außerhalb der Militärdienstzeit vertrauten nämlich die Adligen ihre Güter Administratoren an, weit häufiger jedoch schritten sie zu Verpachtungen.

Bleiben wir aber noch bei dem von Büsch beschriebenen Junker. Es gilt zunächst festzuhalten, daß dieser völlig in das Militärsystem eingegliederte Junker nur in den mittleren Provinzen Preußens, in den Gebieten der Zweiten Leibeigenschaft und der Gutswirtschaft, angesiedelt war. Hier war die ökonomische Basis des reaktionären Militärsystems und seiner Militärpolitik. Büsch möchte nun glaubhaft machen, daß in den westlichen Provinzen Preußens der Adel genauso in das Militärsystem mit all seinen Attributen eingegliedert war wie im Osten. Er schreibt: „Der Edelmann in den westlichen Provinzen des alten Preußens hatte also nicht im gleichen Maße wie die ostelbischen Junker die Ausübung von Herrschaft und Gewalt gelernt. Gleichwohl war auch der Adelsstand in den westlichen Provinzen dem Militärsystem unterworfen; die Folgen der Militarisation des Adels erstreckten sich daher bis auf die Einschränkungen, die sich aus den andersartigen Voraussetzungen der Agrarverhältnisse ergaben, ebenso auf seine westlichen Angehörigen. Auf die gesamte Monarchie bezogen, blieben für das Entstehen der positiven und der negativen Folgen aus der Eingliederung des altpreußischen Adels in das Militärsystem der altpreußischen Monarchie die Unterschiede der sozialen Erscheinungsweise innerhalb der gesamten Adelschicht ohne prinzipielle Bedeutung“ (S. 99).

Diese allgemein gehaltene Einschätzung, die letztlich auf einer ungenügenden Untersuchung der westlichen Provinzen beruht, ist doch sehr fragwürdig.

Wirft nicht allein die Tatsache, daß das Militärsystem und die darauf basierende Politik Preußens eben auf den *reaktionärsten Teil des preußischen Adels* im ostelbischen Gebiet der Zweiten Leibeigenschaft gegründet war, schon zwingend die Frage auf, ob nicht doch prinzipielle Unterschiede in der Rolle des Adels in den grundherrschaftlichen strukturierten und ökonomisch fortgeschritteneren Provinzen des Westens sowie auch Schlesiens und in den mittleren Provinzen der Gutsherrschaften bestanden? Während Büsch für die Kurmark, Pommern und Ostpreußen eindrucksvolles Material über den Anteil des Adels am Offizierskorps und über sein Verhalten zum Militärsystem vorgelegt hat (S. 93–96), das über die vollständige Eingliederung des Adels in das Militärsystem keinen Zweifel aufkommen läßt, fehlen für die westlichen Provinzen und für Schlesien alle schlüssigen Beweise, die seine Auffassung erhärten könnten. Gibt doch selbst Görlitz in seiner Apologie zu, daß zum Beispiel „Schlesien unter den preußischen Provinzen das widerspruchsvollste Bild“³ bot und daß für einen Teil des schlesischen Adels „der Königsdienst“ noch „keine Selbstverständlichkeit“ gewesen ist.⁴ Und selbst Friedrich II. erklärte in seinem „Politischen Testament“, daß der oberschlesische Adel „noch ganz habsburgisch gesonnen“ sei.⁵ Von einem „Junker“ können wir hier daher wohl nur mit Einschränkung sprechen. Schlesien war das Land der „Magnaten“. In den westlichen Provinzen fehlten schließlich alle spezifischen Voraussetzungen, die aus einem Adligen einen „Junker“ machten.

Wenn auch die Integrierung des Adels der mittleren Provinzen in das Militärsystem ihre höchste Ausbildung erst im 18. Jahrhundert erfuhr, so ist es doch wohl keinesfalls gerechtfertigt zu behaupten – zumindest nicht in dieser Absolutheit –, daß die Armee im 17. Jahrhundert „innerhalb der Gesellschaft“, also gegenüber dem Adel, „einen bedrohlichen Fremdkörper in der Hand des Herrschers“ (S. 167) dargestellt habe. Anscheinend mit der historischen Entwicklung des 17. Jahrhunderts weniger vertraut, übersieht Büsch, daß zumindest seit dem Landtagsrezeß von 1653, der dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. den ersten vollen Erfolg über die kurmärkischen Stände, wenn auch gegen große Vergünstigungen, beschert hatte, die dauernden Streitigkeiten zwischen dem Adel einerseits und dem Kurfürsten und seiner Armee andererseits einer zunehmenden Zusammenarbeit wichen.⁶ Hatte der Adel in dem Rezeß dem Kurfürsten ein stehendes Heer zugebilligt, so anerkannte der Kurfürst nicht nur die feudale Ausbeutereizistenz der Gutsherren durch die Legalisierung der Zweiten Leibeigenschaft, sondern reservierte dem Adel auch die ausschließliche oder doch so gut wie ausschließliche Besetzung der Offiziersstellen. So beobachten wir denn auch, daß die Adligen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in wachsender Zahl in das Heer strömten. Die Adligen begriffen ziemlich schnell, daß die Armee nicht nur eine gute Pfründe für sie und ihre Angehörigen, sondern auch ein erstrangiges Instrument zur Niederhaltung der erbuntertänigen Bauern bildete. Bereits unter der Herrschaft des „Großen“ Kurfürsten und seines Sohnes hatte das Militärische allen Vorrang im Leben des brandenburgisch-preußischen Staates und seiner

3 Ebenda, S. 141 u. 154.

4 Ebenda, S. 154.

5 Zit. nach: ebenda, S. 105.

6 Vgl. dazu die Rezension zu Büsch von Carsten, F. L., in: The English Historical Review, Vol. LXXIX, Nr 312, 1964, S. 611f.

Einwohner. Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. und der „aufgeklärte“ Monarch Friedrich II. vollendeten nur, was ihre Vorgänger schufen. Sie erhoben den preußischen Absolutismus zum militärischen Despotismus. Sie kultivierten den „preußischen Lebensstil des Befehlens und Gehorchens.“ Das dem Adel im Landtagsrezeß zugesicherte Vorrecht erwies sich schon in seinem ersten Ursprung nicht nur als politische Sicherheitsmaßregel, sondern auch als eine ökonomische Staatshilfe ersten Ranges für ein, wie Rüstow in seiner Schrift „Die preußische Armee und die Junker“ schrieb, „üppig wucherndes, zahlreiches, scheußliches Krautjüngergeschlecht“⁷, das dann im 18. Jahrhundert das Heer gänzlich auswucherte.

Einer der besten Abschnitte des Buches ist zweifellos die Darstellung der „Kompagniewirtschaft“ und ihrer Auswirkungen. Anhand zahlreicher Beispiele weist der Verfasser nach, wie die Offiziere, zumindest vom Kompagniechef an aufwärts, aus der Kompagniewirtschaft und sonstigen Heereseinrichtungen große Vermögen zogen. Eindrucksvoll wird geschildert, wie die Offiziere in der Armee zu Unternehmern wurden und bei ihrer, mitunter sehr beträchtlichen Vermögensbildung Prellereien begingen, die beinahe alltägliche Erscheinungen waren. Jede neue Kompagnie bedeutete für die Adligen, wie Mehring schrieb, „gewissermaßen ein neues Rittergut, ein oft noch einträglicheres, als ihre väterlichen Sandbüchsen in der Mark und in Pommern sein mochten“.⁸ Der Abschnitt ist so recht geeignet, die von einer idealisierenden Geschichtswissenschaft dem preußischen Offizier gewobene Gloriette von Pflichtbewußtsein, Anständigkeit und Anspruchslosigkeit gründlich zu zerstören.

Bemerkenswert und äußerst anregend sind auch die Ausführungen über die Rittergutgesetzgebung, die den „Güterschutz“ und die Bindung des Adels an sein Besitztum sanktionierte. Sehr richtig wird von Büsch betont, daß die von den preußischen Königen mit Rücksicht auf das Militärsystem erzwungene Bindung des Adels an sein Eigentum zwar ein „stabilisierender Faktor für die ständisch-monarchische Gesellschafts- und Staatsordnung“ war, sich aber auch gleichzeitig als ein „retardierender Faktor für die Liberalisierung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, wie sie zum Ausgang der Epoche des alten Preußen dem historischen Prozeß entsprach“ (S. 168), erwies. Die im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts einsetzende stärkere Entwicklung der Produktivkräfte, die Rationalisierung der Landwirtschaft, die Mobilisierung des Bodens durch den Kredit, den die durch Friedrich II. geschaffenen „Landschaften“ gewährten, verlangten notwendigerweise eine Änderung der feudalen Agrarverfassung, die Aufhebung des Widerspruchs zwischen den vorwärtsdrängenden Produktivkräften und den feudalen Produktionsverhältnissen, welcher 1807 auch unter großen Mühen und unvollkommen gelöst wurde.

Die Ausführungen über die Rittergutgesetzgebung und ihre Folgen sind allerdings nicht ganz widerspruchsfrei. So schreibt Büsch: „Einmal fesselte den adligen Landbesitzer die schwierige Verkäuflichkeit seines Gutes an seinen Besitz; sodann aber erlaubten ihm die Standesrücksichten wenig andere berufliche Beschäftigungen als die Landwirtschaft“ (S. 80). Zur schwierigen Verkäuflichkeit ist zu sagen, daß ein Verbot des Verkaufs an Bürgerliche bestand, das, wie

⁷ Zit. nach: Mehring, Franz, Der brandenburgisch-preußische Staat, in: Mehring, Franz, Gesammelte Schriften, Bd 9, Berlin 1963, S. 100.

⁸ Mehring, Franz, a. a. O., S. 104.

Büsch selbst belegt, aus militärischen Rücksichten erfolgte (S. 103), und von „ständischen Rücksichten“ kann kaum eine Rede sein, wenn eine „bürgerliche“ Betätigung des Adels ebenfalls von den preußischen Königen streng untersagt wurde. In diesem Zusammenhang wollen wir erwähnen, daß Büsch sich sehr bemüht hat, durch Verweise auf frühere Fußnoten und Zusammenhänge das Lesen sehr zu erleichtern; auf der anderen Seite behandelt er die „Pflichten“ und Belastungen des Adels oftmals sehr losgelöst von den sich daraus ergebenden handgreiflichen Vorteilen und Rechten. Als Beispiel sei hier nur das Landratsamt (S. 88 und 140) erwähnt.

Erkannte Büsch die zu Veränderungen drängende ökonomische Bewegung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die er auch richtig einschätzt, so können wir jedoch seinen Ansichten über die Wirtschaftsverhältnisse auf den Rittergütern nicht in jeder Hinsicht folgen.

Nicht unwidersprochen kann zunächst die Aussage bleiben, daß im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die „ostelbische Gutswirtschaft . . . einen kapitalistischen Charakter angenommen“ hatte (S. 156). Entscheidendes Kriterium, ob ein Gut feudal oder kapitalistisch bewirtschaftet wurde, war die Arbeitsverfassung, und darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, daß die überwiegende Mehrzahl der Rittergüter eine feudale Arbeitsverfassung aufwies. Alle anderen Erscheinungen, wie zum Beispiel der ausgebildete *Großbetrieb*, der arrondierte, von Gemengelage und Flurzwang befreite Feldbesitz, die Einführung neuer Kulturen und Anbaumethoden, waren nur Voraussetzungen – wenn auch entscheidende – und Vorboten einer kapitalistischen Bewirtschaftung.

Sehr problematisch ist auch die von Büsch vertretene Ansicht, daß die von den Adligen in der Kompagniewirtschaft und in den sonstigen Heereseinrichtungen erworbenen Vermögen „in der Landwirtschaft eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben“ (S. 133), indem die Gutsherren diese Vermögen zur Einführung neuer landwirtschaftlicher Produktionsmethoden verwandt und somit den Wert des Bodens gesteigert hätten (S. 148). Zwar hat Büsch recht eindrucksvoll den bei den Adligen vorhandenen und stark ausgeprägten Unternehmersinn nachgewiesen, aber dieser bezog sich doch wohl mehr auf die Spekulation mit ihren Gütern, die in jener Zeit erhebliche Ausmaße annahm. Die Adligen waren, wie der von Büsch als Zeuge angeführte Landrat so treffend schilderte, hauptsächlich „Geldwucherer und Gütermäkler“ (S. 155). Was die Wertsteigerung der Güter betrifft, so hat vielmehr das Wort Friedrichs von Cölln seine volle Berechtigung, daß der Adel „nur (zu) genießen, zu ernten versteht, wo andere gesät haben“⁹. Die „anderen“ aber, die „gesät haben“, waren meist kapitalkräftige Pächter. Schon Brentano kam zu der Einsicht, daß der Übergang zu einer intensiveren Wirtschaft nur mit dem kapitalreicheren und wirtschaftlich tätigeren Bürgertum zu vollziehen war, da der Landadel nur die Gelder aus der Landwirtschaft zog, um sie zur Aufrechterhaltung seiner Standesstellung zu verbrauchen.¹⁰ Und befindet sich nicht auch Freiherr von der Goltz in Übereinstimmung mit Brentano, wenn er in seiner „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ schreibt, daß sich zwar die Zahl der Adligen, die sich eingehend um ihre Wirtschaften selbst kümmerten, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nicht unerheblich vermehrt hätte, jedoch einschränkend

⁹ Cölln, Friedrich v., Vertraute Briefe, Bd 2, Amsterdam-Cölln 1807, S. 168.

¹⁰ Brentano, Lujo, Gesammelte Aufsätze, Bd 1, Stuttgart 1898, S. 298.

hinzufügt, diese Gruppe hätte nur „eine kleine Minorität unter ihren Standesgenossen“ gebildet?¹¹

Es gibt bis heute keine ausreichende Darstellung des Pachtwesens im Bereich der Rittergüter während des 18. Jahrhunderts, aber immerhin sind genügend Zeugnisse vorhanden, um der weitverbreiteten Auffassung von der Selbstbewirtschaftung der Güter durch die Adligen, die auch bei Büsch im zweiten Teil seiner Untersuchung stark zum Ausdruck kommt, entgegenzutreten. Es ist geradezu erstaunlich, wie die bisherige agrar- und wirtschaftshistorische Forschung an diesen Zeugnissen so achtlos vorbeigegangen ist. Hatte doch bereits Berghoff-Ising in seiner 1887 erschienenen Veröffentlichung „Die Entwicklung des ländlichen Pachtwesens in Preußen“ darauf hingewiesen, daß zumindest in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die „Zeitpacht . . . schon auf den Besitzungen des Adels festen Boden gefaßt“ habe¹², und die Historiker aufgefordert, dem Pachtwesen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, weil sich hier neue Aspekte für die Einschätzung der ökonomischen Entwicklung in Preußen abzeichnen dürften. Doch dieser Hinweis wurde nicht zum Anlaß einer eingehenderen Untersuchung über die Verpachtung der Rittergüter genommen. Aus diesem Grunde sei es daher erlaubt, einige Ausführungen zum Pachtwesen in Preußen in dem von Büsch behandelten Zeitraum zu machen.

Bei einer Betrachtung der ostelbischen Gutswirtschaft faßte der Erbmarschall Eduard zu Putlitz seine Gedanken mit folgenden Worten zusammen: „Jedenfalls kann im 18. Jahrhundert in der Mark Brandenburg von einem Einfluß der Großgrundbesitzer auf die Hebung der Landwirtschaft nicht die Rede sein.“ Den fehlenden Einfluß der feudalen Gutsherren auf die Verbesserung der agraren Produktion begründet Putlitz damit, „daß sich die Grundherren der Bewirtschaftung ihrer Eigenhöfe nicht selbst widmeten“ und ergänzt: „Wenn sie auch danach trachteten, sich neue Eigenhöfe zu schaffen, so verpachteten sie dieselben doch.“¹³ Auch A. v. dem Knesebeck, der einem altmärkischen Geschlecht entstammte, stimmt mit Putlitz überein, wenn er bei der Untersuchung altmärkischer Gutsherrschaften bemerkt, daß nur „ungünstige Konjunkturen zu damaliger Zeit die Verpachtungen und Bewirtschaftung größerer Güter sehr erschwerten“.¹⁴ Bei Rehmann, einem Kenner neumärkischer Agrarverhältnisse, heißt es, daß sich die Verpachtung, „wie das dazumal auf sehr vielen Gütern der Fall“ gewesen ist, in der Neumark überall nachweisen läßt.¹⁵ Schließlich sei noch Carl Friedrich von Benekendorf, der einstige Gerichtsoberpräsident von Schlesien und spätere Separationskommissar in der Neumark, bekannt durch sein voluminöses Werk „Oeconomica forensis“ und zahlreiche andere Veröffentlichungen, der lange Zeit von der Forschung vollständig vergessen worden war und erst durch August Skalweit wieder entdeckt wurde¹⁶, angeführt. Nach

11 Goltz, *Theodor Freiherr v. d.*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Bd 2, Stuttgart-Berlin 1903, S. 166.

12 Berghoff-Ising, *Franz*, Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Pachtwesens in Preußen, Leipzig 1887, S. 53 Anm. 2.

13 Zit. nach: *Putlitz, Wolfgang zu*, Lebensbild des Erbmarschalls zu Putlitz (1789–1881), in: Prignitzer Volksbücher, Bd 21, (Pritzwalk) o. J., S. 13.

14 *Knesebeck, A. v. d.*, Aus dem Leben der Vorfahren vom Schlosse Tylsen in der Altmark, Berlin 1875, S. 177.

15 *Rehmann*, Die Erwerbung der Rittergüter Breitenwerder und Lichtenow im Friedeberger Kreise durch Brenkenhoff, in: Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark, Bd 26, Landsberg a. W. 1911, S. 170.

16 Vgl. *Skalweit, August*, Benekendorfs Oeconomica forensis, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1/1953, S. 40 ff.; vgl. dazu auch *Abel, Wilhelm*, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1962, S. 261.

Benekendorf, der durch seine ausgedehnten Reisen die preußische Landwirtschaft ziemlich genau kannte, stand in der Neumark „ein großer Teil der adligen Landgüter unter Verpachtung“¹⁷, und auch in der Kurmark war die Verpachtung der Rittergüter „nicht geringe“¹⁸.

Weist also schon die Literatur ein recht ausgedehntes Pachtwesen für Brandenburg nach, so lassen sich auch andere Quellen anführen. Man nehme sich nur einmal zeitgenössische Zeitungen vor und man wird überrascht sein, in welchem starkem Maße die Gutsherren Ausschau nach gut zahlenden Pächtern hielten. So wurde zum Beispiel in den „Berlinischen Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen“ vom 12. April 1774 das Selchowsche Gut in Goerbitsch, das Erxleben'sche Gut Selbelang bei Nauen und das Rittergut Dickow im Soldinischen Kreise zur Verpachtung angeboten. In den Akten der von Friedrich II. begründeten kur- und neumärkischen „Landschaft“, die durch ihr Pfandbriefsystem, wie Büsch konstatiert, den Güterhandel erst so richtig in Schwung brachte, finden sich zahlreiche Angaben über verpachtete Rittergüter mit genauem Nachweis der Pachtzeit und der Pachtsummen.¹⁹

Nicht nur in Brandenburg, auch in anderen Landesteilen Preußens war die Verpachtung weit verbreitet. In Schlesien beispielsweise wurden etwa 35 Prozent aller adligen Gutsherrschaften allein von sogenannten Generalpächtern, auf die wir noch zurückkommen, bewirtschaftet.²⁰ Leopold Krug, der sachverständige und relativ zuverlässige Statistiker, gibt an, daß in Preußen einschließlich der polnischen Provinzen die „kleinere Hälfte“ aller adligen Güter verpachtet war,²¹ Zu dieser Angabe kam er auf Grund der statistischen Provinzialtabellen, in denen die ländliche Bevölkerung aufgeschlüsselt ist in „auf ihren Gütern wohnende Gutsherren“, „Generalpächter und Domänenbeamte“, „Unterpächter und Verwalter“ und in die verschiedenen bäuerlichen Kategorien. Dabei wurden von Krug und anderen Statistikern die „auf ihren Gütern wohnenden Gutsherren“ einfach mit den selbstwirtschaftenden Gutsherren identifiziert. Das war jedoch eine unzulässige Verallgemeinerung. Denn es gab eine große Zahl von Gutsherren, die zwar auf ihren Herrensitzen residierten, ohne sich jedoch im entferntesten der Bewirtschaftung ihrer Ländereien zu widmen. Zum Beispiel verwalteten die Herren von Arnim, wie es hieß, von ihrem Wohnsitz Vorwerk Wiepersdorf aus ihre Herrschaft Bärwalde bei Jüterbog. Doch diese Verwaltung scheint nur in der Ausübung der patrimonialen Gerichtsbarkeit und in der Vereinnahmung der Abgaben und Steuern bestanden zu haben. Die Gutswirtschaft selbst, welche die Vorwerke Wiepersdorf, Meinsdorf, Weißen, Bärwalde und Hebersdorf umfaßte, wurde von 1784 bis 1812 generalverpachtet. Nach 1812 wurde jedes Vorwerk einzeln einem Pächter überlassen.²² Auch die Stiftsrätin von Labes verpachtete die ihr gehörende Gutsherrschaft Zernikow (Ruppin) in

17 Benekendorf, *Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, Bd 1, Züllichau 1785, S. 161.

18 Derselbe, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, Bd 1, Berlin 1788, S. 540.

19 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (im folgenden: LHA) Potsdam, Kur- und Neumärkische Ritterschafts-Direktion, Nr 12, vol. I. — In dieser Akte sind etwa 80 Fälle von Verpachtungen registriert. Aber auch in den anderen Aktenbänden finden sich zahlreiche Verpachtungen.

20 Vgl. *Czybulka, Gerhard*, Die Lage der ländlichen Klassen Ostdeutschlands im 18. Jahrhundert, Braunschweig 1949, S. 36.

21 Krug, *Leopold*, Betrachtungen über den National-Reichtum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner, Bd 1, Berlin 1805, S. 361.

22 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Arnim-Wiepersdorf, Nr 894 u. 906.

„Bausch und Bogen“, obwohl sie ständig in Zernikow anwesend war.²³ Dieselbe Bewandnis hatte es mit der Saldernschen Herrschaft. Während der Freiherr von Saldern ein müßiges Dasein auf seinem Herrensitz führte, unternahm es ein Pächter, gegen eine gehörige Pachtsumme seine Gutswirtschaft Wilsnack zu kultivieren.²⁴ Ebenso hielt es ein Freiherr von Winterfeld auf seiner Guts herrschaft Freyenstein in der Prignitz. Aus dem 1777 abgeschlossenen Pachtvertrag ersehen wir, daß wichtige feudale Privilegien reserviert blieben. Es heißt: „Ausgenommen von der Pachtung sind: 1. Jus Patronatus, 2. Die Jurisdiktion über sämtliche Untertanen, 3. Die Schutzdienste (der) Einlieger, 4. Jagd und Gerechtigkeit.“²⁵ Diese Beispiele, die sich noch vermehren ließen, mögen genügen. Auch Krug selbst hat schließlich eingeräumt, daß „auch adlige Gutsbesitzer auf ihren Gütern (leben), welche sie dennoch verpachtet haben“. Er resümierte: „Die Klasse der Pächter aber ist ansehnlich“.²⁶

Wir dürfen daher mit gutem Grunde annehmen, daß am Ende des 18. Jahrhunderts mehr als die Hälfte aller adligen Güter verpachtet gewesen ist. Daß diese Annahme durchaus ihre Berechtigung hat, soll durch eine Berechnung von Krug unterstrichen werden. Krug versuchte nämlich, bei der Verteilung des Nationaleinkommens in Preußen den Anteil des grundbesitzenden Adels und der Pächter am Reineinkommen und an der sogenannten „Ersten Portion des echten Einkommens“ näher zu bestimmen.

Tabelle 1

Leopold Krugs Berechnung des Anteils von Adel und Pächtern am Nationaleinkommen in Preußen um 1800²⁷

	Reineinkommen* in Taler	Erste Portion des echten Einkommens** in Taler
Grundbesitzender Adel	17 200 000	8 000 000***
Pächter	4 000 000†	40 000 000

* Reingewinn aus der landwirtschaftlichen Produktion, einschließlich der nur dem Adel zufließenden bäuerlichen Abgaben.

** Das ist der „Arbeitslohn“, den Krug den Adligen und Pächtern für ihre produktive Tätigkeit zubilligt.

*** „Der Anteil an der ersten Portion des echten Einkommens, der hier dem Adel beigelegt ist, kommt den Gutsbesitzern zu, die ihre Güter selbst bewirtschaften, da in anderen Fällen dem Pächter diese Portion zukommt.“ (Krug, Leopold, a. a. O., S. 394).

† „Nach dem Willen der Gutsbesitzer und nach der Form der Pachtanschläge sollen zwar die Pächter keinen Anteil vom reinen Einkommen der verpachteten Grundstücke genießen; indessen lehrt die Erfahrung und der zunehmende Wohlstand dieser Klasse fast in allen Provinzen, daß sie außer der ersten Portion des echten Einkommens auch noch von deren reinem Ertrage eine hier größere, dort geringere Summe gewinnt und zu ihrem Kapital schlagen kann.“ (Ebenda.)

Wenn man von diesen Zahlen auch keine Genauigkeit verlangen kann, so haben wir aber auch keinen Grund, bei der anerkannten relativen Zuverlässigkeit von

23 Ebenda, Gutsarchiv Zernikow, Nr 1338.

24 Ebenda, Familienarchiv Saldern, Wilsnack II, Nr 1381.

25 Ebenda, Gutsarchiv-Freyenstein, Nr 22.

26 Krug, Leopold, a. a. O., S. 456.

27 Ebenda, S. 394.

Krug, sie in Zweifel zu ziehen. Danach kamen also auf die Pächter fünfmal mehr „Arbeitslöhne“ als auf die Gutsherren, oder anders gesagt, der größere Teil aller Gutsherrschaften war verpachtet. Wohl gemerkt, bei den hier in Frage kommenden Pächtern handelt es sich um reine Zeitpächter der gutsherrschaftlichen Eigenwirtschaften; Erbpächter und bäuerliche Zeitpächter sind ausgeschlossen. Allerdings ist nicht genau ersichtlich, ob bei dieser Berechnung die Domänenpächter mit enthalten sind oder nicht. Sollten die Domänenpächter (Generalpächter und Vorwerkspächter) mit berücksichtigt worden sein, so würden schätzungsweise 15 bis 20 Prozent des „Arbeitslohnes“ auf sie entfallen. Selbst in diesem Falle ergäbe sich aus Krugs Berechnung, daß sich die Zahl der selbstwirtschaftenden Adligen zu der der Gutspächter etwa wie eins zu vier verhalten haben muß. Dies von Krug dargebotene Zahlenverhältnis von Adel und Pächtern vereinbart sich ohne weiteres mit dem von Büsch entworfenen Bild. Büsch gibt an, daß am Ende des 18. Jahrhunderts in der Kurmark, in Ostpreußen oder in Pommern 60 bis 70 Prozent aller männlichen erwachsenen Adligen ehemalige oder noch aktive Offiziere waren (S. 95). Krugs Zahlen decken sich auch mit den Angaben von Walter Görnitz, der für die Kurmark eine Abwesenheit von 75 bis 80 Prozent aller Gutsherren von ihren Wohnsitzen feststellt.²⁸

Die Verpachtung war keine „kostspielige“ Angelegenheit für die Gutsherren, wie Büsch meint (S. 86).²⁹ Sie war auch keine bloß vorübergehende, durch den aktiven Militärdienst zwangsgeborene Maßnahme der Gutsherren. Im Gegenteil, die Verpachtung stellte im 18. Jahrhundert bereits einen nicht mehr hinwegzudenkenden Faktor in der Landwirtschaft dar. So waren zum Beispiel folgende Rittergüter nachweisbar verpachtet: Brunow von 1650 bis 1784, um dann in bürgerliches Eigentum überzugehen³⁰, Torgelow (v. Kameke) von 1749 bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts³¹, Schulzendorf von 1766 bis 1803³², Grünthal von 1756 bis 1809³³, Garzau (v. Flemming und später v. Schmettau) von 1762 bis 1841³⁴, Krüge-Gersdorf von 1753 bis 1806³⁵, Frankenfelde von 1718 bis 1780, um dann in bürgerliches Eigentum überzugehen³⁶.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nahm die Verpachtung rasch zu. Nehmen wir als Beispiel die Kurmark. (Siehe Tabelle 2.)

Die in der Tabelle übermittelten Zahlen der Pächter umfassen Pächter von Rittergütern und Domänen. Die Zahl der Domänenpächter – 54 Generalpächter und etwa 150 Unterpächter – blieb während des angegebenen Zeitraumes konstant.³⁷ Nimmt man, der einschlägigen Literatur folgend, weiter an, daß in

28 Görnitz, Walter, a. a. O., S. 156.

29 Büsch kennt keinen Unterschied zwischen Administration und Pacht. Er schreibt von der Verwaltung durch Pächter. Das ist nicht eindeutig. Die Verwaltung der Güter geschah durch Administratoren für Rechnung des Gutsherrn, während der Pächter gegen Zahlung einer Pachtsumme das Gut für eigene Rechnung bewirtschaftet. Bei der Administration ist die Selbstbewirtschaftung durch den Gutsherrn nicht aufgehoben. Der Administrator ist nur ausführendes Organ des Gutsherrn.

30 Schmidt Rudolf, Aus der Pfuelen Land, T. 1, Bad Freienwalde 1928, S. 107 = Oberbarnimer Heimatbücher, Bd 8.

31 Ebenda, S. 34/35.

32 Ebenda, S. 135 u. 184.

33 Ebenda, S. 231.

34 Ebenda, T. 2, Bad Freienwade 1928, S. 62 = Oberbarnimer Heimatbücher, Bd 9.

35 Ebenda, S. 84.

36 Ebenda, S. 105.

37 Die 54 kurmärkischen Ämter umfaßten 1804 243 Vorwerke, davon 64 Erbpachtvorwerke. Die Generaldomänenpächter bewirtschafteten in der Regel nur ein oder zwei Vorwerke, während die übrigen an Unterpächter verpachtet waren (Bassewitz, Magn. Friedrich v., Die Kurmark Brandenburg vor 1806, Leipzig 1847, S. 29).

Tabelle 2

*Anzahl der Gutsherren und Pächter in der Kurmark 1765 bis 1804*³⁸

Jahr	Gutsherren	Generalpächter Domänenbeamte	Verwalter und Unterpächter
1765	457	155	886
1766	469	168	880
1767	458	157	910
1768	472	171	913
1769	425	186	1014
1770	444	175	1079
1775	360	185	1213
1779	347	183	1239
1783	326	178	1328
1785	329	162	1354
1787	333	168	1392
1790	322	154	1330
1800	338	133	1526
1801	329	131	1415
1802	356	136	1412
1803	346	151	1419
1804	334	152	1413

der Spalte „Verwalter und Unterpächter“ die Zahl der Unterpächter überwogen haben muß³⁹, so gibt die Tabelle einen recht eindeutigen Eindruck von der zahlenmäßigen Zunahme der Pächter von Rittergütern.

Die zahlenmäßige Verminderung der „auf ihren Gütern wohnenden Gutsherren“ – um solche handelt es sich bei der Tabelle – und die recht beträchtliche Zunahme der Zahl der Pächter, insbesondere der Unterpächter, dürften wohl im engsten Wechselverhältnis gestanden haben. Keinesfalls kann man den Rückgang der Zahl der Gutsherren nur damit erklären wollen, daß der „Adel zahlärmer oder gütereicher geworden“ war.⁴⁰ Sicherlich vollzog sich beim Adel in dem fraglichen Zeitraum eine gewisse Güterkonzentration, aber um diese genauer zu bestimmen, müßte man die Vasallentabellen, die bekanntlich sämtliche Gutsherrschaften enthalten und die als die glaubwürdigsten Quellen gelten, einmal näher untersuchen.⁴¹

³⁸ Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Gen. Dir. Kurmark, Tit. CCLXV, Nr 19, statistische Nachrichten.

³⁹ Benekendorf stellte nachdrücklich fest, daß die Güterbesitzer die „Verpachtung der Administration vorziehen (Benekendorf, Carl Friedrich v., Zufällige Gedanken, Halle 1786, S. 55). Die Administration oder Verwaltung der Güter wurde fast von allen Zeitgenossen als eine „höchst mißliche Sache“ betrachtet, und wie ein anerkannter Landwirt schrieb, gingen die Gutsherren, „welche ihre Güter eine Zeitlang (haben) administrieren lassen, wieder davon ab, und verpachten dieselben wieder“ (Volborth, Über die hohen Verpachtungen der Güter als seinsollende Ursache der jetzigen Teuerung, in: Annalen des Ackerbaues, Bd 2, 1805, S. 473).

⁴⁰ Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd 1, Berlin 1804, S. 41.

⁴¹ Wird in der neueren Literatur, z. B. bei Walter Görlitz, die Zahl der auf „ihren Gütern wohnenden Gutsherren“ überhaupt als die Zahl aller vorhandenen Gutsherren (bzw. Gutsherrschaften) aufgefaßt, so weist z. B. die überlieferte Vasallentabelle von 1777 statt der 360 „auf ihren Gütern wohnenden Guts-

Die Generalpächter adliger Güter, die sich in bezug auf Herkommen und Lebens- und Wirtschaftsart kaum von einem Domänenpächter (Generalpächter oder Beamten) unterschieden⁴², pachteten eine ganze Gutswirtschaft mit sämtlichen dazugehörenden Vorwerken, technischen Nebenbetrieben und bäuerlichen Diensten und Abgaben. Ausgenommen von der Pacht waren die feudalen Vorrechte, wie die Gerichtsbarkeit, die Jagd und das Patronat. Unterpächter waren Pächter einzelner Vorwerke, die ihren Pachtvertrag entweder mit einem Generalpächter einer adligen Gutswirtschaft oder mit dem Gutsherrn selbst abgeschlossen hatten. Zum Beispiel verpachtete der Staatsminister von Arnim, Besitzer der ausgedehnten uckermärkischen Herrschaft Boitzenburg, seine Herrschaft nicht an einen Generalpächter, sondern jedes seiner zahlreichen Vorwerke einzeln einem Pächter, unter denen sich auch privilegierte Bauern (Lehnschulzen) befanden.⁴³ Auch die Pächter kleinerer, meist nur aus einem Vorwerk bestehender Gutsherrschaften wurden als Unterpächter bezeichnet. So kaufte ein Herr von Goldbeck das kleine Rittergut Gersdorf und verpachtete es, wie die Quellen aussagen, an den „Unterpächter Litzmann“.⁴⁴ Häufig nahm ein Pächter mehrere Gutsherrschaften in Pacht. Beispielsweise schrieb der Pächter des Rittergutes Wulkow (v. Burgsdorf), das seit 1774 nur noch mit Tagelöhnern und eigenem Inventar bewirtschaftet wurde, folgendes: „Ich habe zugleich die Güter Hohenjefer und Treplin in Pacht . . . Wulkow (ist) zu klein, als (daß) ich davon leben könnte, und ich brauche Vermögen zu freier Disposition, sowohl zur Pacht der schon gemachten Güter als auch, wenn ich mich entschlossen, noch mehrere Pachtungen zu entriren.“⁴⁵ Spürt man aus diesem Beispiel nicht den Unternehmergeist der Pächter?

Das Pachtwesen war also in Preußen recht stark verbreitet. Der seit den siebziger Jahren einsetzende konjunkturelle Aufschwung hatte viele Bürger veranlaßt, ihr Kapital im Vertrauen auf die anhaltenden Preissteigerungen für agrare Erzeugnisse in der Landwirtschaft anzulegen. Wie ein Zeitgenosse bemerkte, „drängten sich so viele herzu, um auf einer Pachtung sich zu bereichern, daß die Güter nicht mehr zureichen wollten“⁴⁶. Der Adel, stets in Geldnöten, sah dieser Entwicklung keineswegs gleichgültig zu. Bot sich ihm doch hier eine Möglichkeit, aus der Verpachtung seiner Eigenländereien willkommene und mühelose Einnahmen zu erhalten. Die Pachtsumme war ein Fixum, mit dem der Gutsherr Jahr für Jahr rechnen konnte und die als relativ „sicherste Revenue“ betrachtet wurde. War die Zeitpacht „für die geborenen Müßiggänger“, wie Benekendorf einen Teil der Adligen titulierte, schon immer „das sicherste Bewirtschaftungsmittel“ gewesen, so war es im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bereits „die herrschende Meinung“ des Adels, „daß man seine Güter nicht besser und sicherer, als vermittels der Zeitpachten nutzen könne“⁴⁷.

herren“ 579 adlige und 72 bürgerliche, insgesamt 651 Rittergutsbesitzer aus (LHA Potsdam, Kur- und Neumärkische Ritterschafts-Direktion, Nr 74).

42 Vgl. Müller, *Hans-Heinrich*, Domänen und Domänenpächter in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1965, T. 4, Berlin 1965, S. 171ff.

43 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Arnim-Boitzenburg, Nr 1013 u. 1082; vgl. dazu neuerdings *Harnisch, Hartmut*, Die Herrschaft Boitzenburg, phil. Diss. Rostock 1964 (Ms).

44 *Schmidt, Rudolf*, Die Herrschaft Friedland, Bad Freienwalde 1928, S. 140 = Oberbarnimer Heimatbücher, Bd 7.

45 LHA Potsdam, Kur- und Neumärkische Ritterschafts-Direktion, Nr 243.

46 *Schmalz, Friedrich*, Über Pachtungen, in: *Annalen des Ackerbaues*, Bd 7, 1808, S. 452.

47 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, a. a. O., S. 160 u. 556.

Mit der Ausbreitung des Pachtwesens drang das kapitalkräftige Bürgertum in die feudale Landwirtschaft ein. Schloß die bestehende Rittergutgesetzgebung die bürgerlichen „Geldleute“ im allgemeinen vom Erwerb eines Rittergutes aus, was ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und kapitalistischen Produktionsverhältnisse darstellte, weil dem revolutionierenden bürgerlichen Kapital eine wesentliche Anlagesphäre vorenthalten wurde, so versuchte dieses Kapital aber doch, wie aus der zahlenmäßigen Zunahme der Pächter gefolgert werden darf, auf dem Wege über die Pacht in die Landwirtschaft einzudringen. Mancher adlige Zeitgenosse reagierte auf die Ausbreitung des Pachtwesens mit den heftigsten Empfindungen. Benekendorf zum Beispiel fühlte sich berufen, seine Standesgenossen vor den Pächtern zu warnen und zu schützen. In seinem achtbändigen und über 5200 Paragraphen umfassenden Werk „Oeconomica forensis“, einer Art Landwirtschaftsrecht für „hohe und niedrige Gerichtspersonen“, das auch auf das Gebiet der Landwirtschaftslehre und Agrarpolitik übergreift, insbesondere aber die ökonomischen Verhältnisse behandelt, widmet er dem Pachtwesen ein äußerst umfangreiches Kapitel. Und ist es nicht bezeichnend, wenn Benekendorf in seiner späteren, für den „gemeinen Mann“ bestimmten dreibändigen Ausgabe der „Oeconomica forensis“, die nur eine Auswahl der wichtigsten Kapitel der ursprünglichen achtbändigen Ausgabe enthält, das Kapitel über das Pachtwesen erneut aufnahm? In der Auswahlausgabe wurden dem Leser auf rund 300 Seiten die Pflichten, Rechte und Bedingungen, die bei der Verpachtung zu berücksichtigen sind, zur Kenntnis gebracht. Benekendorfs Kernsatz lautet: „Die Verpachtung ist eine bürgerliche Handlung, bei welcher die Gutsbesitzer viele Gefahren laufen.“⁴⁸ Die Adligen fallen bei der Verpachtung „in die Hände der Rechenmeister“, die nur darauf bedacht sind, viel zu gewinnen und dabei die Güter ruinieren und verwüsten.⁴⁹ Auch in all seinen übrigen Veröffentlichungen kehrt diese Gesinnung stets wieder, und er bezeichnet die Verpachtung der Rittergüter als eine große „Unsitte“.⁵⁰ Aber diese Mahnungen, die auch von dem Erbmarschall zu Putlitz in ähnlicher Weise erhoben wurden, blieben wirkungslos. Benekendorf besaß immerhin soviel Einsicht, um zu erkennen, daß der „Eigennutz“ stärker war als alle wohlmeinenden Vorschläge und Ermahnungen. „Der Eigennutz“ des Adels war die „wahre Triebfeder“, wodurch er zur Verpachtung „angetrieben“ wurde.⁵¹ Wie der Adel vom Eigennutz beseelt war, so waren natürlich auch die Pächter, insbesondere die Generalpächter, davon beherrscht. Sie betrachteten die Rittergüter als reine Ausbeutungsobjekte, als Bereicherungsquelle. Mit dem rechtskräftigen Abschluß des Pachtvertrages begann ihre Jagd nach dem Profit. Wenn dabei die Güter nicht immer ordnungsgemäß bestellt und bewirtschaftet wurden, so lag das aber nicht so sehr an den Pächtern, sondern an den Pachtbedingungen. Schon Benekendorf machte darauf aufmerksam, daß die „Verwüstung der Rittergüter“ weniger „von den üblen Gesinnungen der Zeitpächter“ als vielmehr „von den unrichtigen Maßregeln“ abhing.⁵²

48 Ebenda, S. 530.

49 Ebenda, S. 550.

50 Vgl. Benekendorf, Carl Friedrich v., Zufällige Gedanken, a. a. O., S. 45 ff.; derselbe, Kleine Oeconomische Reisen, a. a. O., S. 67 u. 338; siehe auch die diversen Artikel von Benekendorf in den Berliner Beyträgen zur Landwirtschaftswissenschaft, 8 Bde, Berlin 1774–1791.

51 Benekendorf, Carl Friedrich v., Zufällige Gedanken, a. a. O., S. 49.

52 Derselbe, Auszug aus der Oeconomica forensis, a. a. O., S. 544.

Diese „unrichtigen Maßregeln“ bestanden hauptsächlich in den kurzen Pachtfristen. Während der preußische Staat auf seinen Ämtern im Interesse einer kontinuierlichen Entwicklung der Produktivkräfte den Pächtern relativ günstige Pachtbedingungen bot, so daß die Domänenpächter fast mehr Eigentümer als Pächter waren⁵³, verpachteten die Adligen ihre Güter gewöhnlich nur für sechs Jahre, wobei von Verpachtung zu Verpachtung die Pachtsummen immer höher kletterten. Die kurzen Pachtfristen, das vom Adel angewandte Prinzip der „meistbietenden Verpachtung“ sowie die sehr hohen Kautionssummen führten nicht nur zu einer relativ großen Fluktuation der Pächter, sondern sie wirkten auch retardierend auf die Fortschritte der Landwirtschaft, insbesondere der Bodenkultur. Der häufige Wechsel der Pächter „war geradezu eine direkte Verlockung zum Raubbau, dessen Folgen ja nicht mehr den Urheber, sondern den nachfolgenden Pächter trafen“.⁵⁴ Eine Autorität wie Albrecht Thaer betrachtete diese Entwicklung mit größter Sorge. Er schreibt: „Das Übel der meistbietenden, kurzen Verpachtungen nimmt wirklich in unseren geldbedürftigen Zeiten so überhand, daß man nicht genug dagegen warnen kann“⁵⁵, und „es ist vielleicht eines der wichtigsten Probleme in der Staats- und Landwirtschaft, Verpachtungsgrundsätze auszumitteln, wodurch weder der Verpächter noch der Pächter gestört, aber auch das wichtigste Kapital des Landes, die Basis des Nationalreichtums – die im Acker steckende Kraft – nicht erschöpft wird.“⁵⁶

Nun war es durchaus nicht so, daß das von manchen Zeitgenossen so geschmähte Pachtwesen zur „Verwüstung“ der gutsherrschaftlichen Wirtschaften führte. Wenn die Auswirkungen und die Einschätzung des Pachtwesens im 18. Jahrhundert auch noch einer gründlichen Untersuchung bedürfen, so können wir aber trotzdem auf vielen Rittergütern beachtliche Fortschritte in der Produktion feststellen. Doch dieser Fortschritt wurde durch das herrschende Pachtsystem eben gehemmt, er war mit einem gewissen Raubbau am Boden gepaart. Die Pächter bauten Futterkräuter, Hackfrüchte, ertragreichere Getreidesorten und andere produktivere Kulturen an, ohne jedoch in vielen Fällen im proportionalen Maße die für die Düngung so notwendige Viehhaltung zu entwickeln. Schließlich gibt auch Benekendorf zu, daß „in Absicht des Ackerbaues“ die Zeitpächter „so leicht keine Saumseligkeiten zu begehen (pflegen), sondern solchen ebenfalls mit aller möglichen Sorgfalt“ nutzen⁵⁷. Und an anderer Stelle führt er aus: „Ein Zeitpächter . . . scheint daher eben so fleißig zu ackern und zu düngen, als der Gutsherr selbst nur immer tun kann. Allein es geschieht nicht in der gehörigen Ordnung . . . Nur auf die besten Äcker fährt er Mist, um sie alle Jahre nutzen und recht aussaugen zu können, die schlechten aber, welche der Bedüngung am meisten nötig hätten, vernachlässigt er gänzlich.“⁵⁸ Es wurden, um mit Marx zu sprechen, „alle Verbesserungen und Auslagen“ vermieden, „deren vollständiger Rückfluß während der Dauer (der) Pachtzeit nicht zu erwarten steht“⁵⁹.

53 Vgl. Müller, *Hans-Heinrich*, a. a. O., S. 165 ff.

54 *Berghoff-Ising, Franz*, a. a. O., S. 42.

55 *Thaer, Albrecht*, Anmerkung zu dem Artikel von Volborth, Über die hohen Verpachtungen der Güter . . . , a. a. O., S. 487.

56 *Derselbe*, Anmerkung zu dem Artikel von Schmalz, Friedrich, Über Pachtungen, a. a. O., S. 454.

57 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Auszug aus der *Oeconomica forensis*, a. a. O., S. 546.

58 *Ebenda*, S. 534.

59 *Marx, Karl*, Das Kapital, Bd 3, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd 25, Berlin 1964, S. 633; zu diesem Problem siehe auch *Graßmann, Gottfried Ludwig*, Ist die an sich so vorteilhafte Stall- und Kleefütterung, mit Aufhebung der Wiesen- und Weidentrift, überall oder nur eingeschränkt einzuführen? in: *Abhandlungen über die allgemeine Stallfütterung des Viehes*, Berlin 1788, S. 51/52.

Um einer Aussaugung des Bodens zu entgehen, ließ mancher Gutsherr im Pachtvertrag die Klausel einfügen, daß nur ein bestimmter Teil der Brache mit Früchten aller Art bebaut werden dürfe. So erlaubte der Gutsherr von Arnim dem Pächter seines Vorwerkes Broeddin, nur 10 Morgen der Brache mit Kartoffeln, Lein und Tabak anzubauen. Aber der Pächter bebautete viel mehr, ohne die Brache entsprechend zu düngen, wofür er vom Gutsherrn mit einer Geldstrafe geahndet wurde. Doch der Pächter kümmerte sich auch in seiner weiteren Pachtzeit niemals um diese gutsherrschaftliche Klausel. Im Kampf um die Bebauung oder Nichtbebauung der Brache ging schließlich der Pächter trotz zahlreicher geleisteter Geldstrafen als Sieger hervor, indem der Gutsherr, des ewigen Streites mit seinem mit allen Wassern gewaschenen Pächter überdrüssig, ihn gewähren und das tun ließ, was er für die Bewirtschaftung des ritterschaftlichen Landes für vorteilhaft hielt.⁶⁰ Sollte das erwähnte Verbot vor einer Deterioration schützen, so mußte aber dasselbe Verbot in letzter Konsequenz doch zur Erschöpfung der Bodenkräfte führen, denn mit den genommenen Möglichkeiten, ausreichend Futtermittel zu ernten, mußte die Entwicklung des Viehstandes und des Ackerbaues beeinträchtigt werden.

Es hieß ein einseitiges Bild von den Pächtern zeichnen, wollte man sie nur in ihrer Tätigkeit der Plusmacherei sehen. Es gab durchaus treffliche Beispiele, wie sie die adligen Güter allseitig entwickelten, den Boden tiefer pflügten, Futterkräuter pflanzten, den Kartoffelbau stark förderten, die Stallfütterung einführten, das Dungaufkommen erhöhten und sogar neue Anbausysteme anwandten. Sie empfingen dabei ihre Anregungen aus den Schriften von Schubart, Bergen, Reichardt, Thaer und aus den stark aufkommenden, periodisch erscheinenden landwirtschaftlichen Zeitschriften. Zudem gingen auch schon Adlige dazu über, die Pachtverträge auf 12 oder 18 Jahre abzuschließen. Sie schufen damit günstige Voraussetzungen für die Bewirtschaftung durch die Pächter. Benekendorf selbst gibt in seiner Reisebeschreibung einiger preußischer Provinzen eine Menge Beispiele dafür, wie die Pächter gut, zweckmäßig und fortschrittlich wirtschafteten. So zollt er den Pächtern der Güter Tamsel (v. Wreech), Tucheband, Stolzenberg und Wormsfelde (Markgraf v. Schwedt) große Anerkennung für ihre Tätigkeit. Er war angesichts solcher Leistungen auch ehrlich genug, zuzugeben, daß der „bürgerliche Stand“ aus würdigen und geschickten Männern“ besteht.⁶¹ Auf dem Rittergut Krüge-Gersdorf ging der Pächter um 1780 von der Dreifelderwirtschaft zur Koppelwirtschaft über, von der er sich „einen besseren Ertrag des Landes erhoffte“⁶². Die Beispiele zeigen uns, daß die Pächter der adligen Güter durchaus die Produktivkräfte entwickelten und die Güter allgemein verbesserten.

Zu erwähnen ist noch, daß auch Bauern oder Bauerndörfer gutsherrschaftliche Wirtschaften pachteten. Im Kreise Cottbus war ein großer Teil der Rittergüter an sogenannte Bauernringe verpachtet.⁶³ Im Teltowschen Kreise hatte ein Bauer namens Johl die Güter des Generals von Flans – Groß- und Kleinziethen – 24 Jahre in Pacht. Derselbe Bauer pachtete auch noch das von Ottenstedtsche

60 LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Arnim-Boitzenburg, Nr 1013.

61 *Benekendorf, Carl Friedrich v.*, Kleine Oeconomische Reisen, a. a. O., S. 20 u. 379.

62 *Schmidt, Rudolf*, Aus der Pfuelen Land, T. 2, a. a. O., S. 86.

63 Vgl. *Müller, Hans-Heinrich*, Bäuerliche Rittergutspachtungen im Cottbuser Kreise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: *Lëtöpis*, Reihe B, Nr 11/1, 1964, S. 29 ff.

Gut Brusendorf von 1759 bis 1765 für jährlich 1000 Taler.⁶⁴ Auch in der Neu-mark gab es zahlreiche Beispiele bäuerlicher Gutspachtungen. Wie Benekendorf bemerkte, war „die Verpachtung der herrschaftlichen Wirtschaften an die eigenen Untertanen . . . seit einiger Zeit in verschiedenen Gegenden sehr üblich geworden“. Während er in seiner „*Oeconomica forensis*“ gegen die bürgerlichen Pächter heftig zu Felde zog, hielt er die Verpachtung an die Bauern noch für „die beste und zuträglichste Art“.⁶⁵ Übrigens hatte Benekendorf in den achtziger Jahren seine Herrschaft Blumenfelde (Neumark) ebenfalls an seine Untertanen zeitverpachtet. Er legte damit Zeugnis von einer gewissen fortschrittlichen Gesinnung ab.

Wenn Büsch bei der Darstellung der enormen Güterspekulation überzeugend nachgewiesen hat, daß „bei den meisten adeligen Gutsbesitzern des Jahrhundertausgangs die Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse ihres Gutes (ganz offenbar) ein Mittel zu dem Zweck (war), durch eine Erhöhung des Gutswertes den vorgesehenen Verkauf profitabler zu gestalten“ (S. 155), so muß hier aber ganz klar gesagt werden: Die Verbesserung verdankte der Gutsherr dem Pächter, dem belebenden kapitalistischen Element der Landwirtschaft, deren feudale Produktionsverhältnisse allmählich in Verfall gerieten. Für den Adel waren Güterhandel und meistbietende Verpachtung letztlich nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Gewiß gab es Adlige, wie die Zieten, von der Marwitz, Finckenstein, Frau von Friedland, Itzenplitz oder den Herzog von Holstein-Beck, die hinsichtlich der Einführung neuer Produktionsmethoden glänzend zu wirtschaften verstanden, aber sie bildeten eben nur eine geringe Minderheit. Und soweit wir die Quellen überschauen können, waren solche wirklich „selbstwirtschaftenden Adligen“ auch kaum an einer Güterspekulation beteiligt.

Wie der Adel beim Verkauf seiner Güter von der Tüchtigkeit der Pächter profitierte, bietet uns das von Büsch erwähnte Beispiel eines Generalleutnants, der in der Zeit von 1800 bis 1805 an verschiedenen Gütertransaktionen 120 000 Taler verdiente (S. 154). Als dieser hohe Offizier, bei dem es sich um den bekannten Generalleutnant Friedrich Wilhelm Carl von Schmettau handelte, seine erst 1789 erworbenen Güter Merz und Ragow (Beeskow) 1803 an den Oranienburger Domänenpächter Wilhelm Hagemann für die unerhört hohe Summe von 200 000 Talern verkaufte, konnte er den hohen Preis nur deshalb verlangen, weil ein äußerst tüchtiger und agiler Pächter, dem im Pachtvertrag bescheinigt wurde, „daß ihm alles ungestört überlassen wird“ und daß er „freier Herr über alles (ist)“, seit den neunziger Jahren die Koppelwirtschaft eingerichtet, den Anbau produktiverer Kulturen ausgedehnt, die Viehzucht bedeutend verbessert, kurzum den Wert der beiden Güter beträchtlich gehoben hatte.⁶⁶ Ein adliger Gutsbesitzer konnte eben, um auf Krug zurückzukommen, „nicht besser für seinen Privatvorteil sorgen, als wenn er einen wohlhabenden Pächter zu seinem Grundstück erhalten“ konnte.⁶⁷

Die Adligen waren in ihrer Gesamtheit, wie eh und je in der preußischen Geschichte, nur Nutznießer der von anderen Klassen geschaffenen Früchte, sie waren Rentenbezieher, feudale Grundherren, die zwar glänzend mit ihren Gütern

⁶⁴ Spatz, W., *Der Teltow*, Bd 2, Berlin 1920, S. 100.

⁶⁵ Benekendorf, *Carl Friedrich v.*, *Kleine Oeconomische Reisen*, Bd 2, Züllichau 1786, S. 40.

⁶⁶ LHA Potsdam, Rep. 37, Gutsarchiv Ragow, Nr 5, Bl. 1, Nr 7, Bl. 1 ff.

⁶⁷ Krug, *Leopold*, a. a. O., S. 460.

zu spekulieren und zu handeln verstanden, aber sonst, von einer kleinen Minderheit abgesehen, es für unter ihrer Würde hielten, sich mit landwirtschaftlicher Arbeit zu befassen. Der produktionstechnische Fortschritt wurde, trotz aller sich aus den Pachtverhältnissen ergebenden Widersprüche, von den Pächtern getragen.

Die Tätigkeit der Pächter, ihre Betrieb- und Regsamkeit, ihr Fleiß und ihr rationalistisch-kapitalistisches Profitdenken führten zu einer sprichwörtlichen Wohlhabenheit oder zu Reichtum. „Man sah die Pächter mit neidischen Augen an, und viele wünschten, an deren Stelle sich zu befinden“, äußerte ein Augenzeuge aus jener Zeit.⁶⁸ Nicht zuletzt rekrutierte sich die bürgerliche Gutsbesitzerschicht, die am Ende des 18. Jahrhunderts bestand, im wesentlichen aus erfolgreichen Pächtern, insbesondere aus den Domänenpächtern und den Generalpächtern adliger Herrschaften. Für Krug war der Wohlstand der preußischen Pächter nicht nur ein sicheres Kennzeichen des Nationalreichtums, sondern auch eine der ersten Quellen des Wohlstandes aller übrigen Klassen im Staate.⁶⁹

Es war und konnte nicht die Aufgabe im Rahmen dieser Rezension sein, ein umfassendes Bild vom Pachtwesen und seinen Tendenzen in Preußen zu zeichnen. Viele Fragen müssen notwendigerweise offenbleiben. Einer künftigen Forschung bleibt es vorbehalten, das Pachtwesen eingehender zu untersuchen, wobei eine kritische Durchsicht der Gutsarchive und der zeitgenössischen Literatur unumgänglich ist, um zu genauen und gesicherten Resultaten zu gelangen. Doch soviel läßt sich schon heute voraussagen, daß alle Entwicklungstendenzen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, wie die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion, die vom Adel angestrebte Auflockerung der Rittergutgesetzgebung, die zunehmenden Veränderungen in den feudalen Produktionsverhältnissen, zweifellos auch mit der Ausdehnung des Pachtwesens engstens verquickt waren.

Abschließend bleibt nur noch festzustellen, daß die von Büsch vorgelegte Monographie, unbeschadet aller kritischen Einwände, volle Aufmerksamkeit verdient. Büsch hat deutlich gemacht, daß Preußen politisch wie auch ökonomisch nur als Armee denkbar war. Die Armee war der Staat. Die preußischen Könige verhalfen mit ihrer Militärpolitik und ihrem Militärsystem dem Adel „zur Rückgewinnung der politischen Geltung, die er im Jahrhundert zuvor zum Teil eingebüßt hatte“ (S. 165), wobei besonders Friedrich II. die Adelherrlichkeit förderte, die, wie Mehring es treffend charakterisierte, selbst seinem „Vater ganz fremd gewesen war“.⁷⁰ Dieser gehegte und gepflegte preußische Militarismus erwies sich als schwere Hypothek für das deutsche Volk. Er hemmte den Kapitalismus, er hemmte den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt. Für die Wirtschaftsgeschichtsschreibung wie auch für die politische Historiographie stellt Büschs Studie eine wertvolle Bereicherung dar.

⁶⁸ Schmalz, Friedrich, a. a. O., S. 452.

⁶⁹ Krug, Leopold, a. a. O., S. 460.

⁷⁰ Mehring, Franz, a. a. O., S. 116.

Einige Probleme der Industriellen Revolution –
besprochen im Zusammenhang mit dem Erscheinen von Eric Hobsbawm:

Europäische Revolutionen (The Age of Revolution)

(Aus dem Englischen übertragen von Boris Goldenberg) Zürich: Kindler
1962, 679 Seiten = Kindlers Kulturgeschichte, Preis sfr 34,–

Labouring men: studies in the history of labour

London: Weidenfeld & Nicolson 1964, 401 Seiten, Preis 55,– [Shilling]

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

Eric Hobsbawm, bekannt durch zahlreiche wirtschaftshistorische Arbeiten, insbesondere über die Industrielle Revolution in England, gibt in dem erstgenannten Werke einen Überblick über die gesellschaftliche Entwicklung vor allem Europas in den Jahren von 1789 bis 1848.

Schon die Kapitelüberschriften deuten die Weite des Blicks an:

1. Die Welt um 1780
2. Die Industrielle Revolution
3. Die Französische Revolution
4. Krieg
5. Friede
6. Revolution
7. Nationalismus
8. Das Agrarproblem
9. Einer industriellen Welt entgegen
10. La carrière ouverte au talent
11. Die arbeitenden Massen
12. Ideologie: Religion
13. Weltliche Ideologie
14. Die Künste
15. Die Wissenschaften
16. Die Welt um 1848

Der Weite des Blicks, der Buntheit der Palette entspricht ein tiefes soziologisches Verständnis für die Dialektik der Beziehungen gesellschaftlicher Vorgänge auf allen Ebenen gesetzmäßigen Geschehens.

Hören wir zum Beispiel folgende Beobachtung: „Schwieriger war es, eine zureichende Anzahl gelernter Arbeiter zu finden oder auszubilden. Denn nur wenige der präindustriellen Fertigkeiten konnten für die Industrie von Wert sein, obgleich einige Sektoren – wie etwa das Bauwesen – sich so gut wie gar nicht veränderten. Glücklicherweise war in dem Prozeß der langsamen Halbindustrialisierung, der in Großbritannien in den Jahrhunderten vor 1789 stattgefunden

hatte, sowohl aus der Textiltechnik als auch aus der Metallbearbeitung eine Reihe von brauchbaren Berufen hervorgegangen. Auf dem Kontinent wurde der Schlosser – eines der wenigen Handwerke, die an Präzisionsarbeit mit Metallen gewöhnt waren – zum Ahnherrn des Maschinenbauers, der oft sogar noch immer als Schlosser bezeichnet wurde. In England hingegen fiel diese Rolle dem ‚Mühlensbauer‘ oder dem ‚Mechaniker‘ (engineman oder engineer) zu, von denen es schon viele in den Bergwerksgegenden gab. Es ist auch kein Zufall, daß das englische Wort engineer sowohl den gelernten Metallarbeiter wie auch den ‚Ingenieur‘ im kontinentalen Sinn (Entwerfer oder Planer) bezeichnet, wurde ja die Mehrheit der letzteren aus den Reihen der ersten rekrutiert. So konnte die britische Industrialisierung im Gegensatz zu jener des europäischen Kontinents auf ein ungeplantes Angebot von Menschen mit höherer technischer Ausbildung zurückgreifen. Dies erklärt auch die Vernachlässigung des allgemeinen und des technischen Unterrichtswesens in England, deren verhängnisvolle Folgen später sichtbar wurden.“¹

Wie selten finden wir überhaupt Bemerkungen zur Struktur der Arbeiterklasse in der Geschichte! Und noch viel seltener solche, die Unterschiede in der Vorgeschichte von Land zu Land herausarbeiten. Zugleich versucht Hobsbawm eine Erklärung für das interessante Phänomen, warum die Systematik der technischen Ausbildung in Frankreich und Preußen zum Beispiel so viel besser war als in dem viel weiter fortgeschrittenen England. (Auf der anderen Seite sieht er nicht die relativ engen Grenzen der technischen Erziehung zumindest in Preußen, auf die Jonas ausführlicher eingegangen ist.²) Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Überbau – wie eng und interessant und gewissermaßen ungezwungen sind sie hier in der Darstellung von Hobsbawm verbunden!

Ein anderes Beispiel, diesmal mehr auf der Oberfläche der Gesellschaft spielend und die Brillanz der Darstellung Hobsbawms charakterisierend, sei noch gegeben, um einen Eindruck des Gesamtwerkes zu vermitteln – aus dem Abschnitt über die Große Französische Revolution: „Die Französische Revolution jedoch stellt einen Wendepunkt in der Geschichte aller Länder dar. Es waren weit mehr ihre Auswirkungen als die der nordamerikanischen Revolution, welche die Aufstände auslösten, die nach 1808 zur Befreiung Lateinamerikas führten. Ihr direkter Einfluß läßt sich bis in das ferne Bengalen feststellen, wo sie Ram Mohan Roy zur Gründung der ersten Hindu-Reformbewegung anregte, der Vorläuferin des modernen indischen Nationalismus. (Als er 1830 England besuchte, bestand er darauf, auf einem französischen Schiff zu reisen, um so seine Begeisterung für die Prinzipien von 1789 zum Ausdruck zu bringen.) Die Französische Revolution war, wie mit Recht bemerkt worden ist, ‚die erste große Ideenbewegung aus dem westlichen Christentum, die die Welt des Islams ernstlich beeinflusste‘ – und diese Wirkung wurde fast sofort fühlbar. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts nahm das türkische Wort vatan, das bisher den ‚Geburtsort‘ oder ‚Wohnsitz‘ bezeichnet hatte, die Bedeutung von ‚Vaterland‘ an. Der Begriff ‚Freiheit‘, vor 1800 in erster Linie ein legaler Terminus, der das Gegenteil von ‚Sklaverei‘ ausdrückte, erhielt einen politischen Sinn. Die indirekte Auswirkung der Französischen Revolution ist universal, denn sie wurde zum Muster für alle

¹ Hobsbawm, Eric, Europäische Revolutionen, a. a. O., S. 106f.

² Jonas, Wolfgang, Die Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure. Erster Abschnitt 1865–1880, wirtsch.-wiss. Habilschr., Berlin 1962.

folgenden revolutionären Bewegungen, und ihre Lehren wurden (je nach Geschmack interpretiert) in den modernen Sozialismus und Kommunismus einverleibt.“³

Die letzten Zeilen deuten zugleich auf eine gewisse Schwäche des Buches. Manche Formulierungen sind ungenügend präzisiert. Natürlich ist es nicht eine Frage des Geschmacks, wie die Lehren interpretiert wurden: politische Umstände, Stärke des Klassenbewußtseins, gesellschaftliche Einsicht spielten hier die entscheidende Rolle.

Doch überwiegt die Zahl so kluger Beobachtungen wie die folgende:

„Im Verlauf der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts veranlaßte auch das Beispiel des unleugbaren Machtanstiegs Englands die meisten Monarchen (oder deren Berater), Programme für eine wirtschaftliche, gesellschaftliche, administrative und intellektuelle Modernisierung aufzustellen. In jenen Tagen war das Schlagwort ‚Aufklärung‘ bei den Herrschern ebenso populär wie – aus ähnlichen Gründen – das Wort ‚Planung‘ bei den heutigen Regierungen“⁴ . . .

bei weitem ein unglückliches Simile wie dieses: „Der Thermidor beendete die heroische Phase der Revolution, an die man sich erinnert: die Phase der zerlumpten Sansculotten und der korrekt gekleideten Bürger mit ihren roten Mützen, die sich für Brutus oder Cato hielten, der hochtönenden, hochherzigen, aber tödlichen Phrasen wie ‚Lyon n'est plus‘! oder ‚Zehntausend Soldaten haben keine Schuhe. Sie werden die Schuhe aller Aristokraten in Straßburg nehmen und sie morgen um 10 Uhr morgens transportbereit im Hauptquartier abliefern‘. Für jene, die sie erlebten, war es keine angenehme Zeit, die meisten waren hungrig, und viele lebten in ständiger Angst. Aber sie ist ein ebenso schreckliches und irreversibles Phänomen wie die erste Atomexplosion, und sie veränderte ebenso die ganze kommende Geschichte. Die Energie, die sie erzeugte, genügte, um die Armeen des europäischen Ancien régime wie Stroh hinwegzufegen.“⁵ Wie kann man die heroische Phase der Revolution mit der ersten Atomexplosion vergleichen und hervorheben, daß sie keine „angenehme Zeit“ war! Das ist sowohl eine historische wie eine geschmackliche Verirrung.

In der Anlage scheint mir das Buch nur eine ernstere Schwäche zu haben. Zwar sagt Lenin: „In den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der werktätigen Massen in der Durchführung der negativen oder zerstörenden Arbeit, den Feudalismus, die Monarchie, die Mittelalterlichkeit zu vernichten. Die positive oder schöpferische Arbeit, die neue Gesellschaft zu organisieren, besorgte die besitzende, bürgerliche Minderheit der Bevölkerung. Und sie löste diese Aufgabe trotz des Widerstands der Arbeiter und der armen Bauern verhältnismäßig leicht, nicht nur deshalb, weil der Widerstand der vom Kapital ausgebeuteten Massen damals infolge ihrer Zersplitterung und mangelnden Entwicklung äußerst schwach war, sondern auch deshalb, weil die grundlegende organisierende Kraft in der anarchisch aufgebauten kapitalistischen Gesellschaft der elementar in die Breite und Tiefe wachsende nationale und internationale Markt ist.“⁶

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß Lenin fortfährt: „Umgekehrt ist die Haupt-

3 Hobsbawm, Eric, Europäische Revolutionen, a. a. O., S. 113.

4 Ebenda, S. 48f.

5 Ebenda, S. 150f.

6 Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd 27, Berlin 1960, S. 230.

aufgabe des Proletariats und der von ihm geführten armen Bauernschaft in jeder sozialistischen Revolution – also auch in der von uns am 25. Oktober 1917 begonnenen sozialistischen Revolution in Rußland – die positive oder auch schöpferische Arbeit, die darin besteht, ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind. Eine solche Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpferium der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich verwirklicht werden.“⁷ Das Proletariat aber wurde in der von Hobsbawm behandelten Zeit geschaffen, und wir hätten eine weit ausführlichere Behandlung seines Wesens und Werdens gerade von Hobsbawm erwartet. Man bedenke: ein Buch von 679 Seiten und nur 35 Seiten über die arbeitenden Massen!

Diese ausführlichere Behandlung holt Hobsbawm in dem zweiten hier besprochenen Buch, das eine Sammlung zum Teil schon zuvor veröffentlichter Artikel ist, gewissermaßen nach. Zwar umfaßt dieses zweite Buch einen größeren Zeitraum und reicht bis an die Zeit des ersten Weltkrieges; sehr wichtige Abschnitte untersuchen jedoch Probleme der englischen Arbeiterbewegung und der Lage der Arbeiter während der Industriellen Revolution. Drei Kapitel sind speziell der Lage der Arbeiter von 1790 bis 1850 gewidmet.

Die Entwicklung der Lage der Arbeiter während der Industriellen Revolution wurde bis 1925 eigentlich recht einheitlich beurteilt. Wenn die Hammonds schrieben: „Die Entwertung des menschlichen Lebens war also die entscheidende Tatsache in dem neuen Wirtschaftssystem. Das menschliche Material wurde schnell abgenutzt; Arbeiter wurden mit 40 Jahren alt genannt; die Gesellschaft sorgte durch ihre Einrichtungen für unbegrenzte Nachlieferung; Frauen und Kinder wurden in den Arbeitsprozeß hineingezogen, und am Ende schien die Arbeiterklasse, die jetzt nicht nur die Männer, sondern die ganze Familie als Beitrag leistete, das zu sein, was sie am Beginn schon war, nur ein Teil der Maschinen, ohne Anteil an dem gewachsenen Reichtum oder der gewachsenen Macht über das Leben, die die Maschinen gebracht hatten. Denn die Revolution, die den Wohlstand der Reichen gehoben hatte, hatte die Lebenshaltung der Armen heruntergedrückt. Sie hatte den Kapitalisten neue Bedeutung gegeben, während sie die Arbeiter zu reinen Muskeln der Industrie degradiert hatte“⁸, so gaben sie einen Standpunkt wieder, der allgemein von den Wissenschaftlern geteilt wurde und der auch stets der meine gewesen ist.

Seitdem gibt es Meinungsverschiedenheiten. Nicht so sehr in bezug auf die Zeit von 1790 bis 1820. Für diese stellt Krause mit Recht fest: „Ashton, Kuczynski, Cole, Tucker, Hobsbawm, in vieler Beziehung auch Clapham, sind sich einig, daß die Kriegsjahre eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse brachten. Ferner finden alle, außer Clapham, wenige Hinweise auf Verbesserungen von 1815 bis 1820. Die Hauptlast fiel auf die ungelerten Arbeiter in Stadt und Land. Während diese Wissenschaftler nicht übereinstimmen hinsichtlich der relativen Höhe des Lebensstandards in den siebzehnhundertachtziger im Vergleich mit den achtzehnhundertvierziger Jahren, so würden doch die meisten von ihnen einig sein

⁷ Ebenda, S. 231.

⁸ *Hammond, J. L./Hammond, B.*, *The town labourer, 1760–1832*, London 1917, zit. nach der Ausgabe von 1937, S. 48f.

in der Feststellung, daß der Lebensstandard der Ungelernten von 1790 bis 1820 gefallen und nach 1821 gestiegen ist.⁹

Wohl aber gibt es neuerdings große Meinungsverschiedenheiten für die folgenden dreißiger und vierziger Jahre.

In der ursprünglichen Fassung seines Artikels über den standard of living¹⁰, meinte Hobsbawm, mein „Extremismus hat der Sache, die ich vortragen möchte, etwas geschadet“, und in dem hier besprochenen Buche spricht er von „Pessimisten wie Kuczynski“¹¹ – was die dreißiger und vierziger Jahre betrifft.

Das Buch enthält jedoch ein sehr interessantes Postskript zu den schon zuvor veröffentlichten Studien.¹² In diesem wendet sich Hobsbawm einmal dagegen, daß er selbst zu den „Pessimisten“ gerechnet wird, und definiert seinen Standpunkt so: Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sich der Lebensstandard der Massen zwischen 1790 und 1840 „erheblich gehoben“ hat – was aber nicht bedeutet, daß das Realeinkommen sich überhaupt oder gar erheblich verschlechtert habe.

Und dann kommt er plötzlich auf das, was er soziologische Faktoren nennt, zu sprechen – vor allem auf die dislocation in the lives of the common people. Und hierzu bemerkt er dann, daß, wenn man diese berücksichtige, „es sehr schwer wäre, dem ‚pessimistischen‘ Standpunkt entgegenzutreten“.

Damit aber hat Hobsbawm gewissermaßen sein Thema verschoben und es durch eine von allen ernstesten Wissenschaftlern seit Engels offengehaltene Tür getrieben. Merkwürdigerweise sagt Hobsbawm selbst: „J. L. und B. Hammond, die klassischen Vertreter des ‚Pessimismus‘, legten gleiche Bedeutung soziologischen Faktoren bei“¹³ – gleiche Bedeutung wie dem Essen, Trinken und Kleiden. Aber die Hammonds hätten sich auf das schärfste dagegen gewehrt, ebenso wie ich es tue, wenn man von der Lage der Arbeiter oder ihrem Lebensstandard spricht, scharf zu trennen zwischen Essen, Trinken und Kleiden auf der einen Seite, dem Wohnungsstandard, der Arbeitszeit, der Anwerbung der ganzen Familie für die Fabrik usw. auf der anderen Seite. Wenn die Hammonds, wenn andere und auch ich von der Verschlechterung der Lage der Arbeiter, von ihrer Verelendung sprechen, dann meinen wir natürlich immer die Gesamtheit der Lebensverhältnisse. Wie definiert denn Marx die Verelendung im „Kapital“ anders als „Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation“!

Wenn jemand mir auf Grund von ganz neuen Quellen nachweisen sollte, daß die Arbeiter 1840 mehr und besser zu essen hatten als 1780, dann würde ich all die Mühe bedauern, die ich auf die bisher vorhandenen Lohn- und Preisstatistiken verwendet habe und die das Gegenteil zeigen. Aber gleichzeitig würde ich auf Grund der Gesamtheit der vorhandenen Daten zeigen, daß trotz dieser Tatsache im ganzen eine Akkumulation von Elend stattgefunden hat. Die Trennung, die Hobsbawm zwischen den „Pessimisten“ oder „Optimisten“ der „Lebenslage der Arbeiter einschließlich soziologischer Faktoren“ durchführt, ist sinnlos in-

9 Krause, J. T., Changes in English fertility and mortality, 1781–1850, in: The Economic History Review, 2. Serie, Bd 11, Utrecht 1958, S. 65.

10 Hobsbawm, Eric, The British Standard of Living, 1790–1850, in: The Economic History Review, 2. Serie, Bd 10, Utrecht 1957, S. 46–68.

11 Derselbe, Labouring men, a. a. O., S. 94.

12 Ebenda, S. 120 ff.

13 Ebenda, S. 123.

sofern, als, wie Hobsbawm ganz richtig für die Hammonds feststellt, keiner von uns „Pessimisten“ je seinen „Pessimismus“ allein auf das beschränkt hat, was Hobsbawm, zu Unrecht einengend, den *standard of living* nennt.

Bei der Betrachtung der Probleme der Industriellen Revolution und der Lage der Arbeiter in dieser Zeit ist es überaus wichtig, internationale Vergleiche zu ziehen. Dann zeigt sich nämlich, daß die Entwicklung im allgemeinen – trotz zahlreicher Verschiedenheiten im einzelnen und Besonderheiten in der Gestaltung der Verhältnisse in jedem einzelnen Lande – doch in den meisten recht ähnlich war. Für diese Tatsache sei nur ein Beispiel gegeben – es handelt sich um die Beobachtung über das Industrieproletariat von drei Ärzten in drei Ländern: Villermé, der große französische Arzt jener Zeit, schrieb: „Man muß sie in die Stadt kommen sehen – jeden Morgen, und jeden Abend sie wieder verlassen sehen. Unter ihnen sind eine große Anzahl von Frauen, bleich, abgemagert, barfuß durch den Schmutz watend . . . und junge Kinder, noch größer an Zahl als die Frauen, nicht weniger schmutzig, nicht weniger bleich, mit Lumpen bedeckt, dreckig von dem Öl der Stühle, das auf sie gespritzt war, während sie arbeiteten.“¹⁴ – „Diese Kinder, von denen nicht eines lacht“, wie Victor Hugo sie beschreibt.¹⁵

Fast aus der gleichen Zeit finden wir in einem Bericht der „American National Trades' Union Convention“ eine Schilderung vom gleichen Beobachterposten in dem amerikanischen Textilstädtchen von Lowell: „Das Herz kann einem brechen, wenn man diese verkommenen Frauen sieht, wie sie aus dem Fabriktor heraustreten mit ihren erschöpften Gesichtszügen und ihrer traurigen Erscheinung. Diese Fabriken sind gegenwärtig Häuser der Pein, der Krankheit und des Elends.“¹⁶

Und wiederum zur gleichen Zeit legte Dr. Hawkins vor einer Königlichen Kommission folgendes Zeugnis über die Lage der Arbeiter in Manchester ab: „Ich glaube, den meisten Reisenden fällt die Kleinheit und Zartheit der Statur und die Blässe auf, die man so allgemein in Manchester und vor allem bei den Fabrikarbeitern findet . . . Ich muß gestehen, daß die mir vorgeführten Knaben und Mädchen aus den Fabriken von Manchester allgemein ein gedrücktes Aussehen und eine bleiche Farbe hatten; in dem Ausdruck ihrer Gesichter lag nichts von der gewöhnlichen Beweglichkeit, Lebhaftigkeit und Heiterkeit der Jugend.“¹⁷

Es ist schade, doppelt schade, wie man jetzt sieht, daß Hobsbawm in dem hier zuerst besprochenen Bande so wenig Platz für die Lage der Arbeiter fand und gar keinen für einen wirklichen internationalen Vergleich.

Und doch: Niemand kann diese beiden Bände lesen, ohne beachtlich reicher an Problemen und Gesichtspunkten geworden zu sein.

14 Villermé L. R., *Tableau de l'état physique et moral des ouvriers employés dans les manufactures de coton, de laine et de soie*, Bd 1, Paris 1840, S. 26.

15 Hugo, Victor, *Ces enfants dont pas un seul ne rit* (Melancholia).

16 *Documentary history of American industrial society*, hg. v. J. R. Commons, Phillips [u. a.], 10 Bde: Bd 6: Commons, J. R./Summer, H. L., *Labor movements, 1820–1840*, Cleveland 1910, S. 217.

17 Zit nach: Engels, Friedrich, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* in: Marx/Engels, Werke, Bd 2, Berlin 1957, S. 381.

Bibliographie zur Betriebsgeschichte des Bezirks Leipzig

Vor 1945 erschienene Druckschriften, die in den Bibliotheken, Archiven und Museen des Bezirks Leipzig vorhanden sind

VON KARL WIEGEL

Diese Bibliographie will auf Quellen hinweisen, die beim Schreiben neuer Betriebsgeschichten ausgewertet werden können. Sie enthalten in vielen Fällen wertvolle Hinweise über die Zeit der Entstehung der Firmen, über ihre früheren Besitzer, Gesellschafter oder Aktionäre, über die Entwicklung der Firmen unter kapitalistischen Verhältnissen, oft auch über Kapitalverflechtungen, Gewinnabschöpfung und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten. In einigen Fällen wurden Schriften mit einbezogen, die zwar nicht allgemein über die Geschichte der Firma, aber doch über Produktion, Technik, Arbeitsmethoden und über Betriebs- und Erweiterungsbauten Auskunft geben. Außerdem enthält die Bibliographie Firmengeschichten, die in Sammelbänden enthalten sind. Erstmals wurden auch von Parteizellen in Betrieben, von Arbeiterorganisationen oder einzelnen Belegschaftsmitgliedern herausgegebene legale und illegale Betriebszeitungen mit erfaßt, soweit sie heute noch zugänglich sind (siehe Anlage). Da diese Zeitungen oft für mehrere Betriebe oder für ganze Berufszweige erschienen sind, mußten sie, entgegen dem sonst in der Bibliographie befolgten Prinzip, in alphabetischer Titelfolge angeordnet werden. Artikel anderer Zeitungen und Zeitschriften wurden nicht berücksichtigt. Um das Auffinden der angegebenen Titel in den Bibliotheken zu erleichtern, wurde am Ende jeder bibliographischen Angabe in spitzen Klammern vor dem Doppelpunkt die Bibliothek* und nach dem Doppelpunkt die Standortsignatur** vermerkt.

* Für die Bezeichnung der Bibliothek wurden, soweit vorhanden, die festgelegten Bibliothekssigel benutzt. Sie bedeuten: 101 = Deutsche Bücherei, Leipzig, Deutscher Platz; 15 = Universitätsbibliothek, Leipzig, Beethovenstr. 8; L 60 = Deutsches Buch- und Schriftmuseum, Leipzig, Deutscher Platz; L 194 = Museum für Geschichte der Stadt Leipzig, Abt. Arbeiterbewegung, Leipzig, Georgi-Dimitroff-Platz 1; L 243 = Museum für Geschichte der Stadt Leipzig, Leipzig, Markt 1, Bibliothek im Alten Rathaus. (Vgl.: Sigel-Liste der Bibliotheken der Deutschen Demokratischen Republik, 2. erw. Aufl., Berlin 1959 und Nachträge.) Für solche Bestände, die noch keine Sigelnummer tragen, wurden folgende Abkürzungen benutzt: Mus. = Museum; BetrA = Betriebsarchiv; StA = Stadtarchiv; KrA = Kreisarchiv; LA = Landesarchiv.

** In einigen wenigen Fällen ist noch keine Standortsignatur festgelegt.

FIRMEN IN DER STADT LEIPZIG

Daehne, Paul: Wahrhaftige Chronika von **Aeckerleins Keller** . . . Hrsg. v. Curt Däweritz. — Leipzig: Drugulin 1921. 88 S. [Umschlagtitel:] Aeckerleins Keller. (101: 1921 B 2114; L 243: I L 73)

Liebmann, Arthur: Acht Jahrzehnte im Dienste der Wirtschaft. Ein Lebensbild d. ADCA [**Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt**]. — Leipzig: Bibliographisches Institut 1938. 236 S. (15: Hist. sax. 2521 yb; 101: 1938 B 2591)

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig. — Berlin o. J. = Histor.-biograph. Blätter: Das Königr. Sachsen. (15: Hist. sax. 285 io)

Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft m. b. H., Maschinenfabrik, Leipzig. Betriebsordnung der . . . — Leipzig: ATG Allg. Transportanl.-Ges. 1940. 28 S. (101: 1943 A 11594)

Haarhaus, Julius R.: **C. F. Amelangs Verlag** Leipzig 1806–1906. Ein Erinnerungsbuch für unsere Freunde. — Leipzig: C. F. Amelangs Verl. 1906. 49 S. (L 60: Bö C V)

Bormann, Edwin: 1409–1909. Zur Geschichte der **Apotheke zum Goldenen Löwen** in Leipzig. Jubiläums-Festschrift. 2. Dez. 1909. — Leipzig: Selbstverl. 1909. 21 S. (L 194: 11086; L 243: I L 143)

Verlags-Verzeichnis der Firma **Eduard Arenarius** in Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1913. [Enthält:] Zur Geschichte d. Hauses u. biographische

Daten über seine Gründer. Von Eduard Arenarius. (L 60: Bö C V)

Daehne, Paul: 1530–1930. **Auerbachs Keller – Auerbachs Hof – Mädler-Passage**. Eine Jubiläumsschrift. Hrsg. v. d. Grundstücksverwaltung d. Mädler-Passage, früher Auerbachs Hof. — Leipzig: Graphia AG 1930. 80 S. (101: 1930 B 848; L 243: I L 161)

1. April 1886–1911. Chronik d. Sächs. Margarine- u. Konservenfabrik **Paul Augustin**, Leipzig. — Leipzig: Urban 1911. 44 S. quer. (L 243: I L)

J. G. Bach: s. Julius Klinkhardt.

Karl Baedeker 1827/1927. — Leipzig: Selbstverl. 1927. 7 S., 1 Portr. (101: 1927 B 1439; L 60: Bö C V 1650)

Berthold, Otto: **Bär & Hermann**, Buchdruckerei, Leipzig. 1860–1910. — Leipzig: Selbstverl. 1910. 27 S. m. Abb. (L 60: De 3)

Alfred Bärwinkel, Königl. Sächs. Hofmündbäcker, Leipzig. — Leipzig: Röder 1907. 15 S. m. Abb. (L 243: I L)

Wille, Siegfried: Chronik des Backhauses **Alfred Bärwinkel**, Königl. Hofmündbäcker. 1626/1761/1901/1921. — Leipzig: J. J. Weber 1921. 10 S., 1 Faks. (L 243: I L 66)

Verlagskatalog von **Joh. Ambros. Barth** in Leipzig. 1780–1880. — Leipzig: Selbstverl. 208 S., 1 Taf., Portr., 2 eingekl. Fotos, 1 farb. Wappen auf d. Titelbl. (L 60: E e 2)

Johann Ambrosius Barth, Leipzig. 1780–1930. — Leipzig: Selbstverl. 1930. 203 S. m. Faks., 10 Taf. [Enthält:] Meiner, Annemarie: Geschichte d. Verlags Joh. Ambr. Barth 1780–1890;

Meiner, Arthur: Der Verlag Joh. Ambr. Barth seit 1890. (101: 1930 B 2449; L 60: Bö C V 1619)

Zum 50jährigen Bestehen der Brauerei **Ernst Bauer**, Leipzig. 1827 – 1881 bis 1931. – Leipzig: F. A. Brockhaus 1931. – Umschlagtitel: 50 Jahre Bauer-Bier. (15: Hist. sax. 1154 dx; 101: 1931 B 4035; L 194: 11866; L 243: I L 176)

Baugesellschaft für elektrische Anlagen m. b. H.: s. Sächsische Baugesellschaft . . .

Zum 75jährigen Bestehen der Firma **Carl Aug. Becker**. 1848–1923. – Leipzig: Carl Aug. Becker 1923. 13 S. (L 243: I L)

Der Lebenslauf des Gründers und der Inhaber der Firma **Rudolph Becker**, Leipzig. Der Werdegang d. Firma Rudolph Becker, Leipzig, Großhandlung für Druckereibedarf, Verlag von 1874–1924. – Leipzig: Selbstverl. 1924. 1 Bl. – [Umschlagtitel:] Zum 50jähr. Bestehen der Firma am 1. 12. 1924. (101: 1925 B 369)

Lange, Walter: Fünfzig Jahre **Johann Georg Bernhardt**, Tuchgroßhandlung, Leipzig. 1880–1930. Eine Festschrift für alle Freunde der Firma. – Leipzig: Selbstverl. 1930. 36 S., Abb. (101: 1930 B 3946; L 243: I L 169)

Schriftgießerei **H. Berthold A.-G., Abt. Böttger-Klinkhardt** in Leipzig-Paunsdorf anläßl. des fünfundzwanzigjährigen Geschäftsjubiläums des Herrn Dr. Jolles. – Berlin: H. Berthold A.-G. 1924. 7 Bl. (101: 1925 B 992)

Pfalz, Ernst Albert: Juwelen aus einer 50jährigen Buchhändler-Laufbahn.

Zum 80. Geburtstag d. Herrn Herrmann Julius Meyer u. 80jähr. Bestehens d. **Bibliographischen Instituts Meyer** dargeboten. Als Mskr. gedr. – Leipzig: Albert Pfalz 1906. 48 S. (L 60: Bö C V)

Hohlfeld, Johannes: Das **Bibliographische Institut**. Festschrift zu seiner Jahrhundertfeier. – Leipzig: Selbstverl. 1926. 323 S. m. Taf. u. Tab. (101: 1926 B 1647; L 60: E e 4)

Hohlfeld, Johannes: Hundert Jahre **Bibliographisches Institut**. Gotha, Hildburghausen, Leipzig 1826–1926. – Leipzig: Bibliograph. Institut 1926. 53 S., 2 Taf. (101: 1926 A 9192)

Schultze, Werner: Aus der Chronik des **Bibliographischen Instituts**. – Leipzig: Selbstverl. 1936. 51 S. m. 7 farb. Portr. Taf. = Meyers bunte Bändchen, 29 (101: 1963 A 13166; L 60: Bö C V 2092)

Menz, Gerhard: Hundert Jahre Meyers Lexikon. Festschrift anläßl. d. hundertjähr. Jubiläums von Meyers Lexikon am 25. Aug. 1939. – Leipzig: **Bibliographisches Institut** 1939. 88 S. m. farb. Portr., Abb. u. Ktn. (101: 1939 B 3929; L 60: E e 4; L 243: I K 661)

1881–1906. Festzeitung zur silbernen Jubiläumsfeier d. Herrn Direktor Streitzig, d. 14. Jubilars aus d. Beamtenkreise d. Firma **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig-Gohlis, am 1. Sept. 1906 u. zur gleichzeitigen Ehrung d. früheren Jubilare vom Beamtenpersonale [Umschlagtitel:] – Leipzig: Adolf Bleichert & Co., 1906. 16 S. handgeschr. autogr. (L 194: 10002)

Ihren Gönnern und Freunden anläßl. der Inbetriebnahme ihrer neuen Fabrikanlagen von **Adolf Bleichert**

& Co., Leipzig-Gohlis. — Leipzig: Fischer & Wittig 1908. 77 S. (15: Hist. sax. 286; 101: 1916 D 136; L 194: 5930)

Bleichertsche Baukabelkrane. **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig, Wien, Berlin, Paris, Brüssel, London, Charkow. — Leipzig: Ad. Bleichert & Co. 1911. 16 S. m. Abb. (L 194: 5912)

Wettich, Hans: Die Entwicklung Usambaras unter dem Einfluß der ostafrikanischen Nordbahn und ihrer privaten Zweigbahnen mit besonderer Berücksichtigung der Drahtseilbahn Mkumbara — Neu-Hornow. Überreicht v. **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig. — Berlin: Simion 1911. 43 S. m. Abb. (L 194: 5918)

Transportanlagen für Kohle und Koks der Gaswerke Tegel und Mariendorf bei Berlin. — Leipzig: **Adolf Bleichert & Co.** 1911. 16 S. u. Beil. (L 194: 5913)

Aus der Fabrikation unserer Transportanlagen. — Leipzig: **Adolf Bleichert & Co.** 1922. 8 S. m. Abb. (L 194: 5917)

Führer durch die Fabrik und Bureaux der Firma **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig, Spezialfabrik für Transport-Anlagen. — Leipzig: Adolf Bleichert & Co. 1911. 207 S (15: Hist. sax 2528 cx)

Vorschriften für die Behandlung sämtlicher Personalangelegenheiten der Firma **Adolf Bleichert & Co.**, Vertraulich zu behandeln. — Leipzig-Gohlis, im Januar 1912, 8 S. (L 194: 6556 c)

Bericht über die Verhältnisse und die Lage in unserer russischen Fabrik Bleichert & Eichner, G.m.b.H., in Charkow während der Kriegszeit. — Leipzig: **Adolf Bleichert & Co.**, o. J.

[um 1916], 28 S. (L 194: 5914/6556 d) Satzung der Werkschule Bleichert in Leipzig mit Schulordnung. Entwurf. — Leipzig-Gohlis: **Adolf Bleichert & Co.**, 1919. 3,2 S. Schrbm. autogr. (L 194: 6556 e)

Vertrauliche Nachrichten **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig. — Leipzig-Gohlis: Adolf Bleichert & Co. 1921 bis 1925. (L 194: 6556 b)

Die Entwicklung und das Arbeitsgebiet der Firma **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig-Gohlis. Vortrag, gehalten v. Herrn Max Bleichert gelegentlich d. Besichtigung d. neuen Fabrikanlagen durch d. staatlichen u. städtischen Behörden in Leipzig-Gohlis am 24. März 1908. — Leipzig: J. J. Weber 1908. — 21 S. m. Abb. (L 194: 5930)

Koehler, G. W.: **Adolf Bleichert & Co.**, Leipzig. Rückblick u. Umschau aus Anlaß des 50jähr. Bestehens am 1. Juli 1924. Werden u. Wirken d. Firma. Wesen u. Wirkung ihrer Erzeugnisse. — München-Cöthen: Mandruck-Schettler 1924. 113 S. m. Abb. (101: 1924 B 1836; L 194: 5148; L 243: I L 93)

Ein halbes Jahrhundert Drahtseilbahn-Bau. 1874—1924. Erfahrungen u. Erfolge. Leipzig: **Adolf Bleichert & Co.** (101: 1924 A 505)

Sie sollen wissen, . . . daß Bleichert . . . Tausende von Abnehmern in allen Ländern der Welt . . . beliefert hat. [Sammlung von Anerkennungsschreiben.]—Leipzig: **Adolf Bleichert & Co.**, o. J. [um 1931.] 64 gez. Bl., 7 Taf. (101: 1941 A 12936)

Becker, F.: **Julius Blüthner** in Leipzig, Königl. Sächs. Hofpianofortefabrik. Festschrift zur Feier d. fünfzig-jähr. Geschäftsjubiläums am 7. No-

vember. 1853–1903. — Hrsg. v. Leipziger Künstlerverein. — Leipzig: J. J. Weber 1903. 32 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dn; 101: 1941 C 51; L 194: 9551)

Daehne, Paul: 75 [Jahre] **Julius Blüthner**, Leipzig. Flügel u. Pianinos. Zur Jubelfeier am 7. Nov. 1928. — Leipzig: Buchdr. Gutenberg 1928. 30 S. m. Abb. (101: 1928 B 3353; L 194: 11820)

Der Blüthner-Freund. Mitteilungen aus der Hofpianoforte-Fabrik **Julius Blüthner**, Leipzig. — Leipzig: Leff [Blüthner in Südamerika, in: ebenda, 3/1930]. (L 194: 11819)

1879–1929. Fünfzig Jahre **Otto Boenicke** vorm. Boenicke & Eichner, Zigarrengroßhandlung, Berlin, Königsberg/Pr., Elberfeld, Leipzig. — Berlin: Otto Boenicke 1929. 72 S. (101: 1929 B 2591; L 243: I L 318)

Herrmann, Ernst: Meine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit 1892–1917 [in der Firma **Felix Böttcher**]. — Leipzig: Selbstverl. 1917. 15 S. m. Abb. (101: 1924 A 1990; L 194: 11841; L 243: I L 123)

Eule, Wilhelm: **Felix Böttcher**, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, München, Stuttgart. Buchdruckwalzenfabrik Werden — Wesen — Wirken. 1. Aug. 1928. — Leipzig: Felix Böttcher 1928. 41 S. m. Abb. (101: 1928 A 2248; L 243: I L 121a)

Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Schriftgießerei **Gottfried Böttger**, Paunsdorf-Leipzig. 7. April 1863–1913. — Leipzig: G. Böttger 1913. 29 S. m. Abb. (101: 1922 B 2450)

Schriftgießerei **Gottfried Böttger**. In: Hoffmann, Hermann: Das Haus Bert-

hold 1858–1921. Hrsg. zum 25jähr. Bestehen d. Aktiengesellschaft. — Berlin 1921. (101: 1922 B 1072)

Böttger-Klinkhardt: s. Schriftgießerei H. Berthold A.-G.

Oscar Brandstetter, Leipzig, Musikaliendruck-Anstalt, Notenstecherei, lithogr. Anstalt, Steindruckerei, Buchdruckerei. — Leipzig o. J. [um 1898]. [Katalog m. Betriebsabbildungen u. Musterdrucken.] (L 60: D e 4)

Säuberlich, Otto: Graphisch-Buchgewerbliche Betriebsstätten **Oscar Brandstetter**, Leipzig. [Gefaltete Werbeschrift m. vielen Abb. u. d. Grundrissen d. Betriebsgebäude.] — Leipzig o. J. (L 60: D e 4)

Säuberlich, Otto: Besichtigung der Betriebseinrichtungen der Firma **Oscar Brandstetter**, Leipzig, Buchdruckerei, Musikaliendruckanstalt. Erläuterungen gelegentl. d. Besuchs der Teilnehmer am Kursus für Verlagspropagandisten v. 25. bis 30. Juni 1926. — Leipzig: O. Brandstetter 1926. 21 S. [Umschlagtitel.] (101: 1926 A 1697)

Seiffert, Richard: Die Firma **Oscar Brandstetter** einst und jetzt. Erinnerungen u. Betrachtungen. Vortrag, gehalten am 8. März 1935 beim Kameradschaftsabend. — Leipzig: O. Brandstetter 1935. 10 S. (101: ZB 32651 — 1935, H. 1)

Lange, Walter: Der harfende Greif, Dreiviertel Jahrhundert im Dienste d. Schwarzen Kunst. Zum 75jähr. Jubiläum d. Hauses **Oscar Brandstetter**. Leipzig: Selbstverl. 1937. 92 S. m. Abb. (101: 1937 B 1987; L 60: D e 4)

Otto Säuberlich 1853–1928. Ein Lebensbild. — Leipzig: **Oscar Brand-**

stetter 1928. 39 S. m. Abb. (101: 1929 B 1718)

Hausius, K. G.: Biographie Herrn **Joh. Gottlob Immanuel Breilkopfs**. — Leipzig 1794. (L 60: D a 82)

Hausordnung von **Breilkopf & Härtel** in Leipzig. — Leipzig: Breilkopf & Härtel 1879. 8 S. (L 60: D a)

Hase, Oskar v.: Breilkopf, Buch- und Notendrucker, Buch- und Musikalienhändler in Leipzig. Aus d. Papieren des Breilkopf & Härtelschen Geschäftsarchivs 1664—1894. — Leipzig: **Breilkopf & Härtel** 1894. 40 S. (101: 1931 B 1292; L 60: D e 6)

Hase, Oskar v.: **Breilkopf & Härtel**. Gedenkschrift u. Arbeitsbericht. Bd 1: 1542—1827. Leipzig: Selbstverl. 1917. VI, 254 S.; Bd 2: 1828—1918. Leipzig: Selbstverl. 1919. X, 842 S. (101: 1917 C 108; L 60: D e 6)

Müller, Volkmar: Der Weinspeicher von **J. F. Brems & Co.** Leipzig. — Leipzig: Brems & Co. o. J. [um 1910]. 26 S. m. Abb. (L 243: I L 88)

Krause, Hans: Fünfundzwanzig Jahre **Max Breslauer**, Leipzig. 1901—1926. Eine Skizze über d. Entwicklung d. Firma aus Anlaß ihres 25jähr. Bestehens am 6. Febr. 1926. — Leipzig: Selbstverl. 1926. 18 S., 21 Taf., 1 eingekl. Abb. (101: 1926 B 302)

Zur Erinnerung an die Feier des hundertjährigen Geburtstages von **Friedrich Arnold Brockhaus** und der fünfzigjährigen Geschäftstätigkeit. Am 4. Mai 1872. — Leipzig: F. A. Brockhaus 1872. 73 S. (101: 1952 C 24; L 60: B C V 497)

Brockhaus, Heinrich Eduard: Die Firma **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Zum hundertjähr. Geburtstage . . . 4. Mai 1872. — Leipzig: F. A. Brockhaus. 48 S., Abb. u. Taf. (101: 1952 C 24)

Brockhaus, Heinrich Eduard: **Friedrich Arnold Brockhaus**. Sein Leben u. Wirken nach Briefen u. anderen Aufzeichnungen geschildert v. seinem Enkel Heinrich Eduard Brockhaus. Teil 1—3. — Leipzig 1872—1881. (101: 1920 A 535; L 60: B C VII 336)

Kommers anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Firma **F. A. Brockhaus** in Leipzig am 14. Okt. 1905. — [Beilage:] Jubiläums-Zeitung zur Feier d. hundertjähr. Bestehens d. Firma F. A. Brockhaus in Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1905. 16 Bl., 12 S. (L 60: B C V 2126; 101: 1934 B 2138)

Brockhaus, Heinrich Eduard: Die Firma **F. A. Brockhaus** von der Begründung bis zum hundertjährigen Jubiläum. 1805—1905. — Leipzig: Selbstverl. 1905. X, 441 S. m. 16 Taf. (101: 1918 B 2494; L 60: E e 6; L 194: 9165)

Vollständiges Verzeichnis der von der Firma **F. A. Brockhaus** in Leipzig seit dem Jahre 1873 bis zu ihrem hundertjährigen Jubiläum im Jahre 1905 verlegten Werke. In alphab. Folge m. biograph. u. literarhistor. Notizen. — Leipzig: Selbstverl. 1905. VI, 495 S. (L 60: B C V 500)

Das hundertjährige Jubiläum der Firma **F. A. Brockhaus** am 15. Oktober 1905. — Leipzig: Selbstverl. 1906. 140 S. (L 60: E e 6)

Berühmte Autoren des Verlags **F. A. Brockhaus**, Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1914. 113 S. (101: 1914 B 8067; L 60: B C VII 3037)

Friedrich Arnold Brockhaus. Gedankenblätter zum 100jährigen Todestag am 20. Aug. 1923. — Leipzig: F. A. Brockhaus 1923. 19 S., 1 Titelbild. (101: 1923 A 7419)

F. A. Brockhaus 1805–1940. Aus d. Arbeit v. fünf Generationen. Zum Gutenberg-Jahr 1940. — Leipzig: Selbstverl. 1940. 74 S. (101: 1940 A 2482; L 60: E e 6; L 194: 9348)

Musikverlag **Max Brockhaus**, Leipzig. 1893–1943. — Leipzig: Poeschel & Trepte 1943. Mit 14 Lichtdrucktaf. (101: 1955 B 95; L 194: 9354)

Dufour-Ference, Albert: 150 Jahre einer deutschen Drogenhandlung. 1750 bis 1900. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer Firma, hrsg. am 7. Febr. 1900 von **Brückner, Lampe & Co.**, Leipzig, Berlin, Hamburg. — Leipzig 1900. 36 S. m. Abb. u. Beil. (L 243: I L J 110; LA Lpz. (L))

Brückner, Lampe & Co., Leipzig, Berlin, Hamburg. — Berlin: v. Holten 1900. 14 S. (L 243: I L)

Buchbinderei-Actien-Gesellschaft: s. Leipziger Buchbinderei-Actien-Gesellschaft.

100 Jahre **Eduard Büttner**, Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1931. 44 S. u. 16 S. Abb. [Umschlagtitel:] 1831–1931 Eduard Büttner, Leipzig. (15: Hist. sax. 2528 dot; 101: 1931 B 3798; L 194: 11843; L 243: IL 175)

Moser, Otto: Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des **Burgkellers**. Allen meinen lieben Gästen gewidmet v. Carl Böttger. — Leipzig: Schmidt & Baumann 1886. 25 S. (L 243: I L 212)

Kapp, Arno u. Oswald Winde: Geschichte des Leipziger **Burgkellers**. —

Lützschena-Leipzig: Brauerei Sternburg 1931. 58 S. m. Abb. (101: 1931 B 5101; L 194: 9758; L 243: I L 178; LA. Lpz. (IV, 5))

Zur 50jährigen Jubelfeier des **Café Français** zu Leipzig. 1835–1885. — Leipzig: Schütte-Felsche 1885. 33 S. [s. auch Felsche, Wilhelm.] (L 143: I L 70)

Central-Viehmarkts-Bank: s. Leipziger Central-Viehmarkts-Bank

Geschäftsbericht der **Chromo-Papier- und Carton-Fabrik** vorm. Gustav Najork A.-G., Leipzig-Plagwitz (1927–1929. — Leipzig. (15: Hist. sax. 1154 dh)

Beiträge zur Geschichte der Firma **Carl Cnobloch** in Leipzig. 1810–1910. Als Handschrift für Freunde. Leipzig, 1. Aug. 1910. — Leipzig: Selbstverl. 1910. 64 S., 1 graph. Taf. (L 60: E e 23)

Konzert-Kaffeehaus **Corso**, 25 Jahre, Leipzig, am Augustusplatz. — Leipzig: Selbstverl. 1937. 8 Bl. m. Abb. (101: 1937 A 15124; L 243: I L 257)

Credit-Anstalt: s. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Hofmann, Reinhold: Erinnerungsblatt zum 50jährigen Bestehen der **Darlehn-Anstalt für Gewerbetreibende** zu Leipzig. Am 1. Juli 1906. — Leipzig: Selbstverl. 1906. 23 S. (L 243: I L 24)

20 Jahre und das Werk des Verlages **Degener & Co.**, Inh. Oswald Spohr. 1910–1930. Textzusammenstellg. v. Friedr. Wecken. — Leipzig: Degener & Co. 1930. 27 S., 1 Titelbild. (101: 1930 A 5732; L 60: Bö C V 1854)

Die **Andr. Deichertsche Verlagsbuchhandlung** im Wechsel der Zeiten.

1852–1927. Festschrift zur Feier d. 75jähr. Bestehens am 1. Juli 1927 [Umschlagtitel:] Hauptverlagskatalog 1852–1927... – Leipzig: Selbstverl. 1927. XLVI, 345 S. (101: 1962 A 11534; L 60: B6 C V 1834)

Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Firma **Dietz & Richter** in Leipzig. 1807–1907. – Leipzig: Gröber 1907. 28 S. m. Portr. (101: 1935 B 4309; L 194: 11855)

Handelsvereinigung **Dietz & Richter – Gebrüder Lodde** Aktiengesellschaft, Leipzig. 1807–1932. – Leipzig: Gröber 1932. 41 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 2528 fc; 101: 1932 B 4612; L 194: 8696; L 243: I L 188)

Frölich & Co., Zweigniederlassung der Handelsvereinigung **Dietz & Richter – Gebrüder Lodde A.-G.**, Leipzig, Münster, Hagen/Westf. 1835–1935. Festschrift. – Münster in Westf.: Selbstverl. 1935. 14 S. (101: 1935 B 3792)

(Schulze, Friedrich:) Der **Dresdner Hof** 1913–1933. – Leipzig: Messepalast Dresdner Hof 1933. 15 S. (101: 1943 A 3220)

(Schulze, Friedrich:) Messpalast Handelsstätte **Dresdner Hof** 1913–1938 im Zeitpunkt seiner 50. Messe. – Leipzig: Leipziger Messamt 1938. 24 S. m. Abb. (101: 1938 B 3045)

Kalender aus dem denkwürdigen Buchdrucker-Streikjahre 1891 für das Jahr 1892. Den Gönnern u. Geschäftsfreunden d. Officin **W. Drugulin**, Leipzig, gewidmet. – Leipzig: Selbstverl. 1891. (L 194: 9790)

Dürr, Alphons Friedrich: Die Buchhandlung **Alphons Dürr** in Leipzig.

Festschrift zur Feier d. 50jähr. Geschäftsjubiläums am 21. Febr. 1903. Mit einem Bildnis in Kupferlichtdruck, 70 in den Text gedruckten Abb. u. 10 Brief-Beilagen. – Leipzig: Selbstverl. 1903. XV, 149 S. (L 60: B6 C VII 2576)

Zum Andenken an **Otto Friedrich Dürr**, geb. in Leipzig am 29. Jan. 1832, gest. daselbst den 12. Jan. 1905. – Leipzig: Grumbachsche Officin 1905. 25 S., 1 Portr. (101: 1919 A 1519; L 60: E e 48)

Zweihundertundfünfzig Jahre einer Leipziger Buchdruckerei und Buchhandlung. Die Geschichte d. **Dürr'schen Buchhandlung** in Leipzig v. d. Begründung ihres Stammhauses im Jahre 1656 bis auf d. Gegenwart u. d. Geschichte d. Familie Dürr. Als Handschrift für Freunde hrsg. v. Johannes Friedrich Dürr, bearb. v. Ernst Kroker. – Leipzig: Selbstverl. 1906. X, 251 S. m. 1 Lichtdr., 97 Abb. u. 4 Beil. (101: 1922 B 1350; L 60: D e 10)

Dürr, Johannes Friedrich: Die **Dürr'sche Buchhandlung** im letzten Vierteljahrhundert. Als Fortführung d. 1906 erschienenen Firmen- u. Familiengeschichte. Hrsg. am 14. 4. 1931 zum 275jähr. Firmenjubiläum. – Leipzig: Selbstverl. 1931. 63 S. (101: 1931 B 1652)

Lange, Walter: Gustav Schürmann [techn. Direktor der **Dux-Automobil-Werke A.-G.** zu Leipzig-Wahren]. – Leipzig: Koch 1933. 20 S. m. 2 Bildtaf. (L 243: I L)

Die Leipzig-Dresdner **Eisenbahn** in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens. Denkschrift zur Feier d. 8. April 1864. Hrsg. auf Veranlassung d. Direktoriums. – Leipzig 1864. 154 S. (L 243: I E 98 a)

Bericht des Rates der Stadt Leipzig, Amt für die Städtisch-technischen Werke, über die Erweiterungsbauten der Gaswerke und den Neubau des **Elektrizitätswerkes Süd**. — Leipzig: Bär & Hermann 1911. 29 S. m. Abb. (L 243: I G)

Erinnerung an den Besuch Sr. M. König Friedrich August v. Sachsen in der Großbuchbinderei **E. A. Enders**. — Leipzig: Selbstverl. 1908. 2 Bl., 19 Taf. Abb. (101: 1934: B 2153; L 60: F d 3)

E. A. Enders 50 Jahre. 1859–1909. — Leipzig: Selbstverl. 1909. 56 S. m. eingekl. Abb. (15: Hist. sax. 1154 do; L 60: F d 3)

Schinnerer, Johannes: Die Geschichte des Bucheinbandes. — Leipzig: **E. A. Enders** 1909. 56 S. m. Bildern aus d. Betriebe. [Umschlagtitel:] E. A. Enders 1859–1909. (L 60: F d 3)

E. A. Enders, Leipzig, Abteilung für handgearbeitete Bände. — Leipzig: Poeschel & Trepte 1914. — 10 Bl m. eingekl. Abb. (15: Hist. sax. 2528 Dpc/d; 101: 1934 A 8839; L 243: I K 171)

Werner, Kurt: Großbuchbinderei **E. A. Enders**, Leipzig, München. — Berlin: Organisation Verlagsges. (S. Hirzel) 1929. 65 S. m. Bildtaf. = Musterbetriebe deutscher Wirtschaft, Bd 6. (101: SA 5128,6; L 60: Bö B V 214; L 194: 11836)

1811–1911. Jubiläumskatalog d. Verlagsbuchhandlung **Wilhelm Engelmann** in Leipzig. — Leipzig: Breitkopf & Härtel 1911. 118 u. 477 S. m. Portr. u. Faks. [Enthält d. Geschichte d. Firma.] (101: 1915 B 4677; L 60: E e 26; LA Lpz. (L))

Junghanns Rud.: Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Kaffee-

hauses **Felsche**, Leipzig, am 3. Okt. 1935. — Leipzig: J. J. Weber 1935. 37 S. m. Abb., 2 Bl. Faks. [Umschlagtitel:] 100 Jahre Kaffeehaus Felsche 1835–1935. (101: 1935 B 3362; L 194: 9799; L 243: I L 70c)

Denkschrift der Firma **Wilhelm Felsche**, Kakao- und Schokoladenfabrik in Leipzig-Gohlis zur Feier ihres hundertjährigen Bestehens am 13. Aug. 1921. — Leipzig: J. J. Weber 1921. 33 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Felsche 1821–1921. [s. auch unter Café Français.] (15: 4 Hist. sax. 1154 dp; 101: 1921 B 1688; L 194: 11851; L 243: I L 364)

100 Jahre **Fenthol & Sandtmann**, Spedition, in Leipzig. 1827–1927. — Leipzig: J. J. Weber 1927. 14 S. (101: 1927 B 660)

Feuer-Versicherungs-Anstalt: s. Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt.

Die Buchbinderei **H. Fikentscher** in Leipzig überreicht anläßl. ihres Umzuges in die neue Arbeitsstätte diese Blätter ihren Geschäftsfreunden. — Leipzig: Selbstverl. 1912. 59 S. m. eingekl. Bild. (101: 1932 B 3206; L 60: F d 5; L 194: 11852)

Schulz, Johannes: Festschrift zum 200jährigen Bestehen der Firma **Fischer & Kürsten**, Leipzig. 1705 bis 1905. — Leipzig: Selbstverl. 1905. 10 S., 31 Bl. aufgekl. Fotos. (101: 1922 B 2067; L 60: D e 42)

225 Jahre Offizin **Fischer & Kürsten**, Leipzig. 1705–1930. — Leipzig: Selbstverl. 1930. 1 Mappe m. 8 Bl. (101: 1930 B 1575; L 60: D e 42)

1874–1914. Geschichte d. Firma **H. F. Flemming**, Leipzig-Leutzsch. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1914. 4 Bl. =

Sonderdruck aus: Historisch-biograph. Blätter: Das Königreich Sachsen. (L 243: I L)

Das Handlungshaus **Ferdinand Flinsch**. Gedenkbuch zu dessen fünfzigjähr. Jubelfeier am 20. April 1869. Hrsg. v. Fr. W. Süs. — Frankfurt a. M.: Mahlau & Waldschmidt 1869. 3 Bl., 96 S. m. Abb. (L 243: I L 57a)

Zu den drei Fischen im Papier. Eine Chronik d. Papierberufs m. einem Anhang über d. Geschichte d. Handelshauses **Ferd. Flinsch**. Zusammengest. v. Heinz Schnakenburg. — Berlin: Ferd. Flinsch 1935. 149 S. m. Abb., 8 Taf. (101: 1935 A 4578)

50 Jahre **Flügel & Polter**, Gummiwarenfabrik, Leipzig. 1879–1929. Zur 50. Wiederkehr d. Geschäftsgründungstages unseren Geschäftsfreunden gewidmet. — Leipzig: Hirschfeld 1929. 10 Bl. (101: 1931 B 294)

Schulze, Friedrich: „Buchfock“. Ein kurzer Rückblick auf d. Entwicklung d. Buchhandlung **Gustav Fock G.m.b.H.** in Leipzig anlässlich d. Veröffentlichung d. Antiquariats-Kataloges Nr. 500. — Cöthen: Dünnhaupt 1921. 30 S. (101: 1921 A 11992)

Zur Erinnerung an das 25jährige Jubiläum des Geschäftshauses **Otto Freyberg**, Leipzig. Gewidmet vom Personal. 1885–1910. — Leipzig: Trenkler 1910. 36 Bl. m. Abb. [Umschlagtitel:] Festschrift zum 25jähr. Jubiläum d. Firma Otto Freyberg, Leipzig (L 143: I L 422)

Seinen Gönnern, Freunden und Mitarbeitern aus Anlaß seines 25jährigen Geschäftsjubiläums am 4. März 1889 gewidmet von **Gustav Fritzsche**. — Leipzig: Fr. Richter 1889. 39 S. (L 60: F d 6)

Schumann, Gustav: Eine Leipziger Buchbinderwerkstätte. — Leipzig: **Gustav Fritzsche** 1894. 8 Bl. [Umschlagtitel:] Gustav Fritzsche, Kgl. Sächs. Hofbuchbinder, Leipzig (L 60: Bö B V 50; L 243: I L 136)

Frölich & Co.: s. Dietz & Richter — Gebrüder Lodde A.-G.

Fürsorge, Versicherungsanstalt: s. Leipziger Fürsorge . . .

Dietze, Fritz: Eine Konditorei erzählt . . . 60 Jahre „**Fürst Reichskanzler**“, Leipzig. — Leipzig: Konditorei u. Kaffee Fürst Reichskanzler 1935. 8 Bl. m. Abb. (101: 1935 A 421; L 194: 9412; L 243: I L 208)

29. Juli 1913 — 29. Juli 1938. **Gebr. Funke**, Dampfsäge- u. Hobelwerk, Holzgroßhandlung, Naunhof-Leipzig. 25 Jahre in Wort u. Bild. — Naunhof-Leipzig O 5: Selbstverl. 1938. 22 Bl. m. Abb. (101: 1941 B 2481)

Garms, Paul: s. Thalysia Paul Garms G.m.b.H.

Gasgesellschaft: s. Thüringer Gasgesellschaft.

Berichte des Rates der Stadt Leipzig, Amt für die Städtisch-technischen Werke, über die Erweiterungsbauten der **Gaswerke** . . . — Leipzig: Bär & Hermann 1911. 29 S. m. Abb. im Anh. (L 243: I G)

Linke, Rudolf: 100 Jahre Städtische **Gaswerke** zu Leipzig. 1838–1938. Leipzig: Haag-Drugulin 1938. 112 S. (101: 1938 B 3553)

50 Jahre Musikaliendruckerei **F. M. Geidel**, G. m. b. H., Leipzig. 1885 — 15. Februar — 1935. — Leipzig: Selbst-

verl. 1935. 28 S. m. graph. Zeichnungen u. eingekl. Bild. (101: 1935 B 775; L 60: D e 35)

Curt Georgi, Leipzig. Fabrik für aetherische Oele, Essenzen und giftfreie Farben. 1875–1925. Festschrift zum 50jährigen Bestehen. — Leipzig: Gröber 1925. 35 S. m. Abb. (L 243: I L)

Zum fünfzigsten Geschäftsjubiläum der Firma **Gerhard & Hey**, Leipzig. 1856–1906. — Leipzig: Gröber 1906. 58 S. m. Anh. (L 194: 11863)

Gerhard & Hey, G. m. b. H., Leipzig. — Berlin: Ecksteins Verl. 1929. 5 S. m. Abb. — In: Archiv f. Industrie u. Handel 1929. (101: 1929 C 207)

Das Etablissement von **Giesecke & Devrient** in Leipzig. 1852–1862. — Leipzig: Selbstverl. 1862. — 18 S., 1 Titelbild, 11 Taf. (L 194: 11868)

Crome-Schwiening, C.: Festspiel zur Jubelfeier des 50jährigen Bestehens der Firma **Giesecke & Devrient**. Gewidmet vom Gesamt-Personal des Hauses, dargestellt von Mitgliedern desselben im Großen Saale des Zoolog. Gartens zu Leipzig am 7. Juni 1902. — Leipzig: Giesecke & Devrient 1902. 37 S. (L 60: 1960/408)

Ansprachen, gehalten anläßl. des fünfundsiebzigjährigen Bestehens der Firma **Giesecke & Devrient** in Leipzig. Zur Erinnerung an d. 1. Juni 1927. — Leipzig: Selbstverl. 1927. 39 S., 6 Taf. (101: 1927 B 2574; L 60: D e 14)

Giesecke, Raimund: 75 Jahre **Giesecke & Devrient**, Leipzig. — Berlin: Selbstverl. 1928. III, 167 S. m. Abb., mehr. Taf., 3 aufgekl. Radierungen, 1 farb. Kte. (101: 1929 B 372)

Giesecke & Devrient. 80 Jahre Wertpapierdruck bedeuten 80 Jahre höchste technische Leistungen, Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Vertrauen. — Leipzig-Berlin: Selbstverl. 1931. 16 Bl. (101: 1931 B 1879)

Devrient, Ludwig: Theodor Bruno Giesecke. Aus Anlaß d. 100jähr. Wiederkehr seines Geburtstages d. Nachkommen gewidmet. Als Mskr. gedr. — Leipzig: **Giesecke & Devrient** 1935. 94 S. (101: 1935 A 13137; L 60: Bö C VII 2648; L 194: 9166)

Giesecke & Devrient fünfzig Jahre in Berlin. 1889–1939. Zum 50jähr. Bestehen unserer Berliner Niederlassung. — Leipzig: Selbstverl. 1940. XV, 91 S., 13 Taf. (101: 1941 B 323)

Goedel, Eduard: s. Leistner-Werke — Gebr. Leistner — Eduard Goedel

150jähriges Geschäftsjubiläum von **Johannes Goetze** (Linoleumgoetze). — Leipzig: Johannes Goetze 1930. 1 Bl. (L 243: I L)

Die Geschichte der Gose und die Chronik der **Gosenschänke** in Leipzig-Eutritzsch. Den „Freunden der Gose“ freundlichst überreicht vom Wirt Otto Kröber . . . Leipzig-Eutritzsch: Kröber 1912. 10 S. (L 243: I L 180b)

Hoechstetter, W. u. W. Eule: 50 Jahre **Grohmann & Frosch**, Leipzig. 1889–1. Juli — 1939. — Leipzig: Selbstverl. 1939. 141 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dze; 101: 1939 B 2319; L 194: 9384; L 243: I L 361; LA Lpz. (L))

Lange, Walter: Vom Klein-Paris zur Groß-Stadt. Ein Stück mitteldeutscher Verkehrsgeschichte anläßl. des 60jähr. Bestehens der **Großen Leipziger**

Straßenbahn. 1872–1932. – Leipzig: Koch 1932. 79, VI S. (101: 1932 B 3249)

Lange, Walter: Die **Groß-Garage „Goldene Laute“** in Leipzig. Vom alten Fuhrmannsgasthofe zur modernen Großgarage. Acht beachtliche Geschichten. – Leipzig: Großgarage Goldene Laute 1928. 35 S. (101: 1928 B 3086; L 243: I L 141)

Elster, Hanns Martin: Hundert Jahre Verlag **Fr. Wilh. Grunow.** 1819 bis 1919. – Leipzig: Selbstverl. 1919. 109 S. (101: 1929 A 4149)

Günther, Kirstein & Wendler, Buch- und Kunst-Druckerei. Unseren werten Geschäftsfreunden gewidmet. – Leipzig: Selbstverl. 1909. 11 S., 20 Bl. Satz- u. Druckmuster (L 243: I L 637)

Privatdruck der Graphischen Werke **Günther, Kirstein & Wendler,** Leipzig. – Leipzig: Selbstverl. 1926. (L 243: I L; L 60: Bö)

1783–1933. 150 Jahre **C. F. Gütig,** Juwelier, Leipzig C 1, Thomaskirchhof 11. – Leipzig: Gütig 1933. 12 S. m. Abb. (101: 1933 B 4140; L 243: I L 197)

Offizin **Haag Drugulin A. G.,** Buchdruckerei, Leipzig C 1, Salomonstraße 7, – **Haaring & Schramm,** Großbuchbinderei, Leipzig C 1, Perthesstraße 2. – Leipzig o. J. [um 1931]. 16 S. (L 60: D e 16)

Sorgenfrey, Theodor: **Hermann Haessel,** ein deutscher Buchhändler. Reisebriefe aus der Mitte des 19. Jahrhunderts nebst einem Lebensabriß. – Leipzig: H. Haessel Verl. 1904. 144 S. (L 60: E e 62)

Zur Erinnerung an das fünfzigjährige Geschäftsjubiläum der Firma **Julius**

Hager, Leipzig, am 6. Dec. 1894. – Leipzig: Breitkopf & Härtel 1894. 37 S. (L 60: Bö B V 247; L 194: 9504)

Handels- und Verkehrsbank: s. Leipziger Handels- und Verkehrs-Bank.

Hundert Jahre **J. C. Hanisch,** Leipzig. Eine Erinnerungsgabe. 1836 – 12. Dez. – 1936. – Leipzig: Selbstverl. 1936. 94 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 2528 dt; 101: 1936 B 4835; L 194: 11842; L 243: I L 242)

Harmelin, Wilhelm: **Marcus Harmelin,** Rauchwaren- und Borstenkommission, Leipzig. 1830–1930. Zum 100jähr. Bestehen. – Leipzig: J. J. Weber 1930. 44 S. [Umschlagtitel:] Hundert Jahre Marcus Harmelin. 1830 bis 1930. (101: 1930 B 2727)

Otto Harrassowitz und seine Firma. – Halle/S.: Karrass, Kröber & Nietschmann 1922. 86 S. (101: 1922 A 9726)

Th. Hartmann & Schultze, Flachglasgroßhandlung, Leipzig. – Leipzig: Hartmann & Schultze 1926. 34 Bl. m. Abb. (L 243: I L)

50 Jahre **Th. Hartmann & Schultze,** Flachglasgroßhandlung, Leipzig. – Leipzig: Selbstverl. 1933. 7 Bl., 6 Ktn. (101: 1943 A 6659)

Hauck, Emil: s. C. Schwarz vorm. Emil Hauck.

Haunstein & Kirchhof, Leipzig C 1, Brühl 22. 1888–1938. – Leipzig: E. O. Müller 1938. 1 Bl. m. Abb. (L 243: I L 254)

Daehne, Paul: Die **Hauptbahnhofs-wirtschaft** zu Leipzig in Wort und Bild nebst einer Darstellung der Leipziger Eisenbahnen seit ihrem Ursprung. – Leipzig: Hauptbahnhofs-wirtschaft E. Naumann 1925. 121 Bl. m. Abb. (101: 1925 B 593)

Heine & Co. Aktiengesellschaft, Leipzig u. Gröba a. d. Elbe. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1914. 52 S. (101: 1915 C 432)

75 Jahre **Heine & Co.**, Aktiengesellschaft, Leipzig u. Riesa-Gröba. (1859 bis 1934) — Leipzig: Selbstverl. 1934. 100 S. u. mehr. Taf. (101: 1935 A 3838)

Gebrüder Heine, Tuchgroßhandlung, Leipzig. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. o. J. [um 1912]. 8 Bl. (L 243: I L)

Feldpost für die Kunden der Firma **Gebrüder Heine**, Leipzig. Nr. 1—12. — Leipzig: Gebr. Heine 1916—1918. (101: ZC 4013)

Paulsen, Andreas: Fließarbeit im Großhandel. Die Betriebsorganisation d. Firma **Gebrüder Heine**, Leipzig. Mit einer Einführung v. Hermann Großmann. — Leipzig: Selbstverl. (Lehrmittel-Abt.) 1929. 63 S., 4 Taf. (101: SA 5744; L 194: 2516)

100 Jahre **Gustav Heinrich**, Bau- und Möbelfabrik, Leipzig. 1828—1928. Leipzig: Brandstetter 1928. 4 S. m. Abb. (101: 1928 A 12853)

Verlagsverzeichnis von **M. Heinsius Nachf.** in Leipzig 1866—1915 mit kurzer Firmengeschichte v. Rudolf Linnemann. — Gräfenhainichen: Schulze 1916. 23 S. (101: 1913 B 8103; L 60: E e 31)

Hoeffler, Gustav: Festschrift zum 50-jährigen Geschäfts-Jubiläum der Firma **Bernhard Hermann**, Leipzig. 1839—1889. — Leipzig: Bär & Hermann 1888. 98 S. (L 243: I L)

Herrmann, Ernst: Leben als Aufgabe. Ein Rückblick auf meine 50jähr.

Berufsarbeit im Dienste d. deutschen Druckgewerbes. — Leipzig 1942. 78 S. Maschinenschr. autogr. [siehe auch unter Felix Böttcher.] (L 60: D e V; L 194: 8689)

50 Jahre **Herrmann sen.**, Leipzig. 1880—1930. Zur Erinnerung an das 50jähr. Bestehen... — Leipzig: E. Herrmann sen. 1930. 16 S. m. 2 Abb. (L 60: B6 C V 1878)

Hundert Jahre der Firma **August Heyne** in Leipzig, Zum 100jähr. Geschäftsjubiläum am 27. Juli 1893. — Leipzig 1893. 25 S. m. Abb. (L 243: I L)

Hohlfeld, Johannes: Beiträge zur Geschichte der Familie Hiersemann. Zum 70. Geburtstag von **Dr. Karl Wilhelm Hiersemann** auf Veranlassung von Martin Anton Hiersemann hrsg. 3. Sept. 1914. — Leipzig: K. W. Hiersemann 1924. 120 S. (101: 1925 B 51)

Werden und Wirken. Ein Festgruß **Karl W. Hiersemann** zugesandt am 3. Sept. 1924 zum siebenzigsten Geburtstag und vierzigjähr. Bestehen seiner Firma. Hrsg. v. Martin Breslauer u. Kurt Koehler. — Leipzig: K. F. Koehler 1924. 421 S. (101: 1924 B 1884; L 60: G a 37)

J. C. Hinrichs. Festschrift zum 200-jährigen Bestehen 1891. — Leipzig: Pries 1891. 31 S., 3 eingekl. Fotos, 4 Faks. [Umschlagtitel:] Zur Erinnerung an den 1. Aug. 1891. [Rückseite d. Umschlagdeckels:] J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung Leipzig. (L 60: E e 32)

Verlagskatalog der **J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung**, 1845—1904, nebst noch vorhandenen älteren Werken u. einer kurzen Geschichte der Firma v. Adolf Rost und David Rost. —

Leipzig: Selbstverl. 1905. 172 S. (L 60: E e 32)

Werner, Oswin: Festbericht über die Feier des 25jährigen Bestehens der Firma **Gebr. Hirsch Nachf.**, Inh. Karl Mende, Glasgroßhandlung. 1911 bis 1936. — Leipzig: Bibliographisches Institut 1936. 55 S. m. Abb. (101: 1937 B 1161)

Holz, Georg: **J. B. Hirschfeld**. Hundert Jahre einer Leipziger Buchdruckerei. — Leipzig: Selbstverl. 1900. 61 S., 6 Taf. (101: 1918 D 54)

Festschrift zum 200jährigen Bestehen der **Hofapotheke zum weißen Adler** (Besitzer R. Lux), Leipzig. 1709—1909. — Leipzig: Polz 1909. 21 S. m. Abb. (L 243: I L 142)

Eule, Wilhelm: Der Leipziger Buchbinder im Wandel der Zeiten. Mit Bildern aus den Werkstätten der Großbuchbinderei **Gebr. Hoffmann**, Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. Kantate 1925. 31 S. m. eingekl. Fotos. (101: 1925 A 5837; L 60: Bö B V 208)

Zeitler, Julius: 75 Jahre **Gebr. Hoffmann**, Großbuchbinderei. Eine Jubiläumsgabe in Verbindung m. einer Abhandlung: Die Kultur des Bucheinbandes. — Leipzig: Poeschel & Trepte, Kantate 1927. 64 S. (101: 1927 A 6063; 15: Oek. u. Techn. 2207 s; L 60: F d 9)

Ein Geist — ein Werk. 40 Jahre **Hoh & Hahne**, Leipzig W 35. — Leipzig, im Jubeljahr 1939. (15: Hist. sax. 1154 dzf; 101: 1939 B 742; LA Lpz. (L))

Fünfundzwanzig Jahre **Aug. Hopfer & Eisenstuck** (Bau elektr. Einzelanlagen), Leipzig. 1881—1906. — Leipzig: Selbstverl. 1906. 7 S. m. 1 Portr. (L 243: I L 134)

50 Jahre **Dr. Th. Horn**, Meßgeräte, Kleinst-Elektromotoren, Leipzig W 34. 1885—1935. — Leipzig: J. J. Weber 1935. 47 S. (101: 1936 B 144; L 243: I L 325; LA Lpz. (L))

Festschrift zur Erinnerung an das 25jährige Geschäftsjubiläum der Firma **Hübel & Denck** in Leipzig. — Leipzig 1900. 12 S. (L 243: I L 244)

Monatsblätter für Bucheinbände und Handbindekunst. Hauszeitschrift der Firma **Hübel & Denck**, Leipzig. — Leipzig, im Selbstverl. ab 1924. [In H. 12: Zum fünfzigjährigen Bestehen d. Firma Hübel & Denck, Leipzig. Jubiläumsheft, April 1925, m. Abriß d. Geschichte d. Firma.] (101: ZB 13865)

Festschrift **Hübel & Denck**, Leipzig. 1875—1925. — Leipzig: Röder 1925. 143 S. m. Abb. (101: 1925 B 889; L 60: F d 1)

Fänder, R.: **Franz Hegershoff**, Leipzig, Moskau. (Apparate u. Geräte für Chemie, Bakteriologie, Physik u. verw. Zweige.) 1844—1904. — Leipzig: Gerhardt 1904. 60 S. (15: Hist. sax. 1154 dr)

Mack, Fritz: 1877—1927. Zum Fünfzigjahr-Jubiläum der Firma **Georg Jacob G.m.b.H.** in Leipzig. Festgabe d. Hauses an seine Freunde zum 25. Juli 1927. — Leipzig: Selbstverl. 1927. 79 S. m. Abb. (L 243: I L)

Handlung—Wandlung. (Festschrift zum 40jährigen Inhaberjubiläum d. Leinenhauses **Gottfried Adam Jaenisch**, Leipzig.) — Leipzig: Brandstetter 1937. 16 Bl. m. Abb. (101: 1937 A 1748; L 194: 11414; L 243: I L 315; LA Lpz. (L))

Immobilien-gesellschaft: s. Leipziger Immobilien-gesellschaft.

1876—1926. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Firma **John & Holzhäuser**, Leipzig. Fabrikation u. Großhandel v. Pelz-, Mützen- u. Hutzutaten, Mützenfabrik, Hüte en gros. — Leipzig: Trenkler & Co. 1926. 7 Bl. m. Abb. (101: 1937 B 2710)

50 Jahre **Gustav Kämpfe**, Feinbäckerei u. Konditorei. 1879—1929. Leipzig: Breslauer 1929. 4 S. m. Abb. (101: 1929 B 2647; L 243: I L 154)

Bericht der **Kammgarnspinnerei** zu Leipzig über das Jahr 1884 . . . , 1887, 1888, 1889, 1890. (15: Hist. sax. 1154)

Zur Feier des 50jährigen Bestehens der Actien-Gesellschaft **Kammgarnspinnerei** zu Leipzig am 1. Jan. 1887. — Leipzig: Gröber 1887. 5 Bl. (L 143: I L 71)

Wolf, Hans R.: 100 Jahre **Kammgarnspinnerei** zu Leipzig als Aktiengesellschaft. 1836—1936. — Leipzig: Brandstetter 1936. 159 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dc; 101: 1936 B 4836; L 194: 9383)

Führer durch die neuerè jüdische Literatur. Jubiläumskatalog XXI. **M. W. Kaufmann**, Leipzig, Brühl 8. 1828—1928. [S. XI—XIII: Geschichtliches über die Firma M. W. Kaufmann v. O. P.] — Leipzig: Selbstverl. 1928. 96 S. u. mehr Taf. (101: 1928 A 13290; L 60: Bö D VII 1565)

Ferd. Kayser, Kunst-Schmiederei mit Dampftrieb. Fabrik kunstgewerbl. Beleuchtungsgegenstände. — Leipzig: Selbstverl. 1897. 49 Taf. (L 243: I L 29)

Delpy, Egbert: Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Firma **C. E. Keyser**, Leipzig. 1822—1922. — Leipzig: Spamer 1922. 40 S., 6 Taf.,

1 Faks. (101: 1922 B 1177; L 194: 11849; L 243: I L 357)

1859—1909. **Robert Kiehle**, Leipzig. — Leipzig: Richter 1909. 29 Bl. (L 243: I L)

50 Jahre Holzbearbeitungs-Maschinenbau. Festschrift zur 50jähr. Wiederkehr d. Gründungstages d. Maschinenbauanstalt **Kirchner & Co.**, A.-G., Leipzig-Sellerhausen, am 1. Juli 1928. 1878—1928. — Leipzig: J. J. Weber 1928. 63 S. m. Abb. (101: 1929 B 2037; L 243: I L 119)

Linnemann, Richard: **Fr. Kistner** 1823—1923. Ein Beitrag zur Geschichte d. deutschen Musikverlages. — Leipzig: Selbstverl. 1923. 139 S. m. 1 Portr. u. 1 farb. Titelbl. (101: 1923 B 1026; L 243: I L 365)

Zur 75jährigen Geschichte des Hauses **Kitzing & Helbig**, Leipzig. 1830 bis 1905. — Leipzig: Schwarzenberg 1905. 5 Bl., 11 Taf. (L 243: I L 135)

Esperstedt, Albert: Gedenkblatt zum 25jährigen Jubiläum am 1. Juli 1926 der Firma **Kleim & Ungerer**, Leipzig-Leutzsch. — Leipzig: Hesse & Becker 1926. 7 S. m. 1 Abb. (101: 1926 B 1877)

Das 75jährige Jubiläum der Königl. Sächsischen Hof-Musikalienhandlung von **C. A. Klemm** in Leipzig. — In: Sechster Nachtrag zum Musikalien-Verlags-Katalog von C. A. Klemm . . . in Leipzig, Dresden, Chemnitz 1896. 5 S. (L 243: I L 75)

Klinkhardt, Bruno: Goldene Erinnerungsblätter zum fünfzigjährigen Buchhändler-Jubiläum von **Julius Klinkhardt**, Leipzig, den 11. Oct. 1874. 1824—1874. — Leipzig: Selbstverl. 1874. 33 S., 6 Taf., 1 Titelb. (101: 1934 B 2111; L 60: E e 78)

Proben-Album der Accidenz-, Buch- und Noten-Druckerei von **Julius Klinkhardt** und Lithograph. Kunstanstalt **J. G. Bach** (Besitzer Julius Klinkhardt), Leipzig, Liebigstraße 35/36 m. statist. Betriebsaufnahmen v. Jahre 1882. — Leipzig: Klinkhardt o. J. [um 1883]. 4 S., 137 Taf. (101: 1927 C 189; L 60: Bö B III 245)

Erinnerungs-Blätter an die Feier des 50jährigen Jubiläums der Firma **Julius Klinkhardt** am 1. 5. 1884. Nach stenogr. Niederschrift als Handschrift gedr. — Leipzig: Selbstverl. 1885. 79 S. m. Abb. (L 60: 1960/418)

Modernste Ausstattung von Drucksachen für Handel und Gewerbe. — Leipzig: Graphisches Institut **Julius Klinkhardt**, gegr. 1834. — Leipzig o. J. [um 1895]. Enthält: Abbildungen d. Fabrikräume. (L 60: D e 18)

Friedrich Julius Klinkhardt. Erinnerungsblätter an d. 100. Geburtstag. — Leipzig: Julius Klinkhardt 1910 (L 243: I L)

Arbeitsordnung für die technischen Betriebe der Firma **Julius Klinkhardt**, Leipzig, Liebigstraße 6. — Leipzig 1911. 36 S. (L 243: I K 275)

Julius Klinkhardt, Leipzig. (Eine buchgewerbliche Betriebsstätte.) — Leipzig: Klinkhardt 1911. 6 Bl. (101: 1934 A 8546)

50jähriges Jubiläum im Hause **Julius Klinkhardt** zu Leipzig. Oberfaktor Oscar Böhme, 1876–1926, 14. Febr. — Leipzig: Julius Klinkhardt 1926. 16 S. (101: 1926 A 3930)

Paul Knaur 1880–1905 Leipzig, Frankfurt a. M., Hamburg, Berlin. —

Leipzig: A. Schwarzenberg 1905. 23 Bl. m. Abb. (L 243: I L 398)

Paul Knaur, Tuchhaus. Leipzig, Frankfurt a. M., Hamburg, Berlin, Kopenhagen. — Leipzig: A. Schwarzenberg o. J. [um 1910]. 34 S. (L 243: I L 398a)

50 Jahre Tuchhaus **Paul Knaur**, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Essen, Hamburg, Amsterdam. 1880 bis 1930. — Hrsg. v. d. Firma Tuchhaus Paul Knaur unter Mitarbeit v. Traugott Schalcher, Berlin. — Leipzig: Horn 1930. 88 S. m. Abb. (101: 1930 B 3081; L 194: 11818)

Winkler, Rudolf: Das Buchhandlungshaus **K. F. Koehler** in Leipzig 1789 bis 1889. Ein Rückblick auf sein hundertjähr. Bestehen. — Leipzig: Selbstverl. 1889. 143 S. m. Abb., Taf. u. Faks. (L 243: 46 (Losse))

Das neue Geschäftshaus der Firma **K. F. Koehler** in Leipzig. — Leipzig: Klinkhardt 1894. 32 S. m. Abb., 2 Taf., 1 Plan. (101: 1925 A 13901; L 60: B C V 525)

Koehler & Volckmar, Leipzig, Stuttgart, Berlin. (Eine Schilderung d. Betriebe u. Geschichte d. Stammfirmen.) — Leipzig: Selbstverl. o. J. [um 1931]. 83 S. m. Abb. (101: 1932 B 1606)

Betriebsordnung der **Koehler-Volckmar-Firmen**, Leipzig. — Leipzig: Koehler & Volckmar A.-G. & Co. 1934. 12 S. (101: 1942 A 4503)

K. F. Koehler und **Koehler & Amelang**, Leipzig. Zehn Jahre Verlagstätigkeit 1919–1929 . . . — Leipzig: K. F. Koehler; Koehler & Amelang 1929. 65 S. (101: 1930 A 3607; L 60: A f 28,3)

Koehler & Volckmar: s. Friedrich Volckmar

Koenig & Bauer, Niederlassung Leipzig. Modelle d. ersten fünf Druckmaschinen Friedrich Koenigs, gebaut in Suhl u. London 1803–1817. – Würzburg-Zell: Schnellpressenfabrik Koenig & Bauer G. m. b. H. 1914. (L 194: 9752)

König-Salomo-Apotheke, Leipzig, Grimmaische Straße 17 (Inh. Karl Lauenstein). Preisliste d. Eigenpräparate. [S. 58–70: Die Geschichte d. König-Salomo-Apotheke.] – Leipzig: Selbstverl. 1909. 70 S. (L 243: I L 144a)

Kandem 1889–1939. Jubiläumsgabe d. Kandem-Hausmitteilungen, August 1939. – Leipzig: **Körting & Mathiesen A. G.** 1939. 97 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 2528 dw; 101: 1939 B 2792; L 194: 10523; LA Lpz. (L))

Herrmann, Gustav: 85 Jahre **Friedr. Wilh. Krause.** 1845–1930. – Leipzig: Selbstverl. 1930. 67 S. m. Abb. (L 243: I L 162)

Goebel, Theodor: Karl Krause und sein Werk. Die Maschinenfabrik **Karl Krause,** Leipzig. Zur Feier d. Jubiläums d. fünfzigjähr. Bestehens d. Fabrik . . . – Leipzig: Selbstverl. 1905. 103 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Karl Krause, Leipzig 1855–1905. (101: 1914 D 121; L 194: 9381)

Die Maschinenfabrik **Karl Krause.** – Leipzig: Selbstverl. 1912. 18 S. m. Abb. (L 243: I L 410)

1 Serie (28 Stück) Künstlerpostkarten. Ansichten der Maschinenfabrik von **Karl Krause,** Leipzig. – Leipzig: Selbstverl. 1912. (L 194: Dok. K.)

Karl Krause, Maschinenfabrik. Feldpostnachrichten an Betriebsangehörige. – Leipzig: Selbstverl. 1915–1916. (101: 1918 A 894; L 194: 10240)

Karl Krause, Aktiengesellschaft, in Wort und Bild. – Leipzig Selbstverl. 1922. 48 S. m. Abb. (101: 1933 B 79; L 243: I L 81)

Karl Krause A.-G., Leipzig. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1929. 3 S. m. Abb. (101: 1929 C 212)

50 Jahre **Krock & Pohling,** Bedarfsartikel f. Schneiderei, Leipzig. 1885 bis 1935. – Leipzig: Selbstverl. 1935. 12 S. m. Abb. (101: 1935 B 1905; L 243: I L 221)

1866 – 26. November – 1916. Ein Gedenkblatt gelegentlich der 50. Wiederkehr des Tages der Geschäftsgründung. Den geehrten Geschäfts-Freunden in Dankbarkeit gewidmet v. d. Firma **Richard Krüger,** Fabrik feiner Bonbons. – Leipzig: Selbstverl. 1916. 6 Bl. (L 243: IL)

Daehne, Paul: Festschrift der Leipziger **Krystallpalast-Aktiengesellschaft** aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestehens des früheren Schützenhaus-Etablissements, gegr. 1834, und des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Krystallpalast-Aktiengesellschaft, gegr. 1884. Überreicht v. d. Direktion am 24. Nov. 1909. – Leipzig: J. J. Weber 1909. LXXII S. m. Abb. u. 81 S. Geschäftsempfehlungen. (101: 1937 A 9932; L 243: I L 115)

Kühlhaus Zentrum, Leipzig. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1918. 45 S. m. Abb. (L 243: I L)

Hundert Jahre **Gotthelf Kühne**, Weinhandlung. 1828–1928. – Leipzig: Selbstverl. 1928. 24 gez. S. m. Bildtaf. (15: Hist. sax. 2528 dr; 101: 1928 S 8925; L 194; 11 837; L 243: I L 65)

Fingerling, Gustav: Festrede zur Feier des 75jährigen Bestehens der **Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt** Leipzig-Möckern . . . Leipzig: Seyfert 1929 = Arbeiten d. Leipziger oekonom. Sozietät. 15 S. (101: 1929 A 7799)

Die Begründung und 50jährige Wirksamkeit der **Lebensversicherungs-Gesellschaft** zu Leipzig. 1830–1880. – Leipzig: Phil. Reclam jun. 1880. 100 S., 2 Tab. [s. auch unter Leipziger Lebensversicherung.] (15: Hist. sax. 1147 op)

Leipzig-Dresdener Eisenbahn: s. Eisenbahn.

Leipziger Kunstdruckerei **N. Leff:** Leff-Drucke. Leipzig-Borsdorf: Haus Gutenberg N. Leff 1923. 24 S. m. farb. Abb. [Umschlagtitel:] Schrift zum 30jähr. Jubiläum. (101: 1926 B 1800)

Zum 20. December 1888. Ein Beitrag zur Geschichte d. **Leipziger Bank.** – Leipzig: Giesecke & Devrient 1888. 57 S., 1 Tab. (15: Hist. sax. 1147 n)

Leipziger Baumwollspinnerei 1884 bis 1909. (Geschäftsberichte u. Bilanzen d. verflossenen 25 Jahre.) – Leipzig: Stephan 1909. 106 S., 1 Planskizze, 1 Einl. (L 243: I L 210)

Bericht der **Leipziger Baumwollspinnerei** über d. Geschäftsjahr . . . 1925–1936. Leipzig: Leipz. Baumwollspinnerei. (15: Hist. sax. 1154 dg)

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co.: s. Riebeck & Co., Akt.-Ges.

Leipziger Buchbinderei-Actien-Gesellschaft vorm. Gustav Fritzsche, Sonderabteilung Werkstätte für Handbindekunst. – Leipzig 1911. 6 S. Text, 14 Taf. m. aufgekl. Mustern. (101: 1915 B 8577; 15: Hist. sax. 2528 dom)

Pieck, Carl: Geschichte der **Leipziger Central-Viehmarkts-Bank** zu Leipzig seit ihrer Begründung vom 5. Nov. 1867 – 31. Dez. 1903. – Leipzig: Leiner 1904. 466 S. (L 243: I J 144)

Die **Leipziger Credit-Anstalt** als Musterbild des Credit-Anstalts-Systems. Ein Beitrag zur Cultur-Geschichte des 19. Jahrhunderts. – Dresden 1857. (15: Hist. sax. 1149 k)

Die **Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt.** Ihre Gründung u. Entwicklung. Denkschrift im Auftr. d. Direktion hrsg. am 1. Juni 1869, d. fünfzigsten Jahrestage d. Geschäftseröffnung. – Leipzig: Giesecke & Devrient 1869. 42 S. (L 243: I E 100 a)

Die **Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt.** Ihre Gründung u. Entwicklung. 1819–1900. – Leipzig: Giesecke & Devrient 1901. VIII, 87 S. (L 243: I L 183)

Leipziger Feuerversicherungsanstalt. Gegr. 1819. Ihre Entwicklung. – Leipzig: Selbstverl. 1928. 15 S. m. Abb. (101: 1928 A 10381)

25 Jahre **Leipziger Fürsorge**, Versicherungs-Anstalt für Beamte und freie Berufe, Verein auf Gegenseitigkeit (Leipzig). Zur Feier d. 25jährigen Bestehens u. d. Weihe d. neuen Verwaltungsgebäudes am 24. März 1930 . . . überreicht. – Leipzig: Bohn 1930. 49 S. (101: 1931 B 1002)

Leipziger Handels- und Verkehrs-Bank Akt.-Ges., 1867–1931.-Leip-

zig: Selbstverl. 1931. 6 Bl. (101: 1931 A 8417)

Wustmann, Gustav: Leipzig und die **Leipziger Immobiliengesellschaft**. Ein Beitrag z. Geschichte d. Stadt Leipzig im letzten Drittel d. 19. Jahrh. — 1. Ausgabe Leipzig: Selbstverl. 1899. VI, 181 S. (101: 1952 A 294) 2. Ausgabe Leipzig: Selbstverl. 1903, VI, 181 S. (L 194: 12874)

Leipziger Lebensversicherung (A. G. Leipzig) 1830—1930. Denkschrift zur Jahrhundertfeier. Vorwort: [Theodor] Walther. — Leipzig: Reclam 1930. 239 S., 5 Bl. (15: Hist. sax. 1147 oq; L 243: I L 168)

Leipziger Lebensversicherung. 1830 bis 1930. Festschrift zur Jahrhundertfeier. — Leipzig: Selbstverl. 1930 35 S. (L 194: 11169)

Leipziger Neueste Nachrichten. Ein Blick in d. Betrieb einer modernen Tageszeitung. — Leipzig: Selbstverl. o. J. [um 1912]. 84 S. m. Abb. (L 194: 11862)

25 Jahre **Leipziger Neueste Nachrichten**. 1. Oktober 1892—1917. — Leipzig: Selbstverl. 1917. 64 S. (101: ZE 169; StA)

Leipziger Schnellpressenfabrik Akt.-Ges. vorm. Schmiers, Werner & Stein. Unseren Geschäftsfreunden u. Gönnern zum Andenken an d. 4. Okt. 1919, d. Tag d. 50jähr. Bestehens unserer Fabrik. 1869—1919. Leipzig: Selbstverl. 1919. 15 S. (L 194: 11858)

Eichberger, Theodor: 25 Jahre **Leipziger Spitzenfabrik**. Zur Jubelfeier d. Leipziger Spitzenfabrik u. ihres Direktors Richard Barth. (1894—1919) — Leipzig: Gröber 1919. 10 Bl. (L 243: I L)

50 Jahre **Leipziger Stahlfederfabrik** Herm. Müller A.-G. Leipzig W 33. — Leipzig: Selbstverl. — 24 gez. S. m. Abb. (LA Lpz. (L))

Koch, Theodor: **Leipziger Westend-Baugesellschaft**. 1888—1938. Zur fünfzigsten Wiederkehr ihres Gründungstages. — Leipzig-Lindenau: Selbstverl. 1938. 63 S. m. Abb., 4 Pläne. (101: 1939 B 2164; L 194: 8693; L 243: I L 356)

Betriebsordnung des nationalsozialistischen Musterbetriebes **Leipziger Wollkämmerei**. — Leipzig: Leipz. Wollkämmerei 1939. 50 S. (101: 1951 A 2315)

Witzleben, Caesar Dietrich v.: Geschichte der **Leipziger Zeitung**. Zur Erinnerung an d. 200 jähr. Bestehen d. Zeitung. — Leipzig: Teubner i. Komm. 1860. VI, 218, 20 S. (101: 1951 A 11205)

Jubiläums-Beilage zur **Leipziger Zeitung**. 1. Januar 1660 — 31. Dezember 1909. — Leipzig: Teubner 1909. 32 S. m. Abb. [Kopftitel]. (101: 34 B 2142)

Festprogramm zur Begehung des 50-jährigen Jubiläums des Stammhauses der **Leistner-Werke** — Gebr. Leistner — Eduard Goedel — Leipzig. 1871—1921. — Leipzig: Selbstverl. 1921. 6 Bl. m. Abb. (L 243: I L 69)

Jubiläumsgabe der **Leistner-Werke** — Gebrüder Leistner — Eduard Goedel — anlößl. des 50jährigen Bestehens ihres Leipziger Stammhauses. 3. Aug. 1921. 1871—1921. (Festschrift u. Verzeichnis d. Fabrikate.) — Leipzig: Selbstverl. 1921. XXIII, 91 S. m. Abb. (L 243: I L)

Gebrüder Lodde: s. Dietz & Richter — Gebrüder Lodde A.-G.

Hugo Luckner. Wahren und Leipzig. 1888–1913, 5. August. – Leipzig: J. J. Weber 1913. 17 S. m. Abb. (101: 1937 B 2716; L 243: I L 358)

50 Jahre **Färberei Luckner.** Werden, Wachsen u. Erfolg d. Firma Luckner. Den Freunden unseres Hauses dankbar gewidmet. – Leipzig: Luckner 1938. – 40 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Luckner Färberei, chem. Reinigung. 1888–1938. (15: Hist. sax. 1154 dzo; 101: B 3017; L 194: 11859; L 243: I L 305)

Daehne, Paul: Luna-Park am Auensee Leipzig-Wahren. Hrsg. v. d. **Lunapark-Gesellschaft** in Leipzig. – Halle: Hendel 1912. 32 S. (101: 1921 A 10646)

Moritz Mädler Komm.-Ges., Moritz Mädler-Werke G.m.b.H., Leipzig. – Berlin: Adolf Ecksteins Verl. 1929. 4 S. m. 2 Abb. – Sonderdruck aus: Archiv f. Industrie u. Handel 1929. (101: 1929 C 214)

Mädler-Passage: s. Auerbachs Keller – Auerbachs Hof – Mädler-Passage.

50 Jahre **Chn. Mansfeld.** 1. Oktober 1861–1911. – Leipzig: J. J. Weber 1911. 55 S. mit z. T. farb. Abb. (101: 1925 B 1197)

60 Jahre **Chn. Mansfeld,** Leipzig (1861–1921). – Leipzig: J. J. Weber 1921. 104 S. m. Abb. (101: 1923 B 2117)

Ein Gedenkbuch zu Ehren ihrer Kriegsteilnehmer, insbesondere der Gefallenen, Vermißten und Ausgezeichneten. – Den Hinterbliebenen, ihren Mitarbeitern u. Freunden zugeeignet v. **Meier & Weichelt,** Leipzig-Lindenau. – Leipzig: Leff 1920. 62 S. m. Abb. (101: 1920 A 1512; L 194: 10877)

Die Eisen- und Stahlwerke **Meier & Weichelt,** Leipzig-Lindenau. Ausstattung u. Lithographien v. Prof. Walther Buhe. – Leipzig: C. G. Nauemann 1924. (101: 1924 B 464; L 194: 12343)

Die Eisen- und Stahlwerke **Meier & Weichelt** Leipzig-Lindenau. 1874–1924. Zur 50. Wiederkehr ihres Gründungstages. – Leipzig: Poeschel & Trepte 1924. 93 S. m. Abb., 8 Lithogr., 2 Pläne. [S. 15–62: Schultze, Ernst: Fünfzig Jahre Meier & Weichelt.] (101: 1924 B 1011)

Ihrem hochverehrten Principale Herrn **Carl Philipp Melzer** zur 25jährigen Jubelfeier der Gründung seines Geschäfts hochachtungsvoll gewidmet von den Mitgliedern seiner Buchdruckerei und Schriftgießerei. Leipzig, am 16. Mai 1841 (L 60: Bö C VII 1636)

75 Jahre Verlag **Carl Merseburger** 1849–1924. Gegr. 21. Sept. 1849 in Weißenfels a. S. – Leipzig: Päd. Verl. Carl Merseburger 1925. 2 Bl. (L 243: I L)

50 Jahre **Messerschmidt & Falk,** Leipzig W 33. 1866–1936. – Würzburg: Koenig & Bauer 1936. 42 S. (101: 1936 B 432; LA Lpz. (L))

Sentenzen des 1889er Almanachs der Firma **Mey & Edlich,** Leipzig-Plagwitz. – Leipzig: Klinkhardt 1889. 366 S. (L 243: I L)

Hermann Julius Meyer: s. Bibliographisches Institut.

Milchhof Leipzig Aktiengesellschaft. – Leipzig: Selbstverl. 1933. 41 S., XXI Taf. (L 243: I M 382)

5 Jahre Rundfunk in Mitteldeutschland 1924–1929. Hrsg.: **Mitteldeutsche Rundfunk A.-G.,** Leipzig

1929. 88 S. m. Abb. (101: 1929 A 7029)

Baugeschäft **Bernhard Möbius**
Nachf. Max Forssbohm, Leipzig S 3.
1878–1928. – Berlin: Max Hoffmann
1928. – 18 S. m. Abb. (101: 1929 B
1234)

1902–1927. **Curt Möbius**, Architekt
und Baumeister, Leipzig, 25 Jahre. –
Leipzig: Metzger & Wittig 1927. 4 Bl.
(101: 1940 A 12607)

Eule, Wilhelm: Im neuen Heim. Aus
d. Entwicklungsgeschichte d. Papier-
Großhandlung **Mohr & Dutzauer**,
Leipzig, Hohenzollernstraße 5. – Leip-
zig: Trenkler 1922. 15 S. m. Abb. (101:
1923 A 630)

Wilhelm Morell, Leipzig. Hrsg. anläßl.
d. Fertigstellung d. 100 000. Tachome-
ters am 7. April 1918. – Leipzig:
Radelli & Hille 1918. 55 S. (101:
1918 C 143)

Lange, Walter: Von Wappen und
Waffen. Eine waffenfrohe Geschichte.
Geschrieben anläßl. d. 125jähr. Be-
stehens d. Büchsenmacherei **J. D.
Moritz' Sohn** u. d. 25jähr. Inhaber-
jubiläums Bernhard Curt Moritz'. –
Leipzig: Selbstverl. 1938. 20 S. m.
Abb. [Umschlagtitel:] 125 Jahre
Waffen-Moritz in Leipzig. (15: Hist.
sax. 1154 dzb; 101: 1938 B 1744; L 243:
L I 251)

Herm. Müller A.-G.: s. Leipziger
Stahlfederfabrik Herm. Müller A.-G.

125 Jahre **Julius Müller Sohn**,
Dekorationsmalerei, Leipzig C 1. –
Taucha-Leipzig: Scherling 1929. 8 S.
m. Abb. (L 243: I L 43)

100 Jahre deutsche Kunstaugen. 1835–
1935. **Ludwig Müller-Uri**, Berlin,

Leipzig. – Berlin: Phönix 1935. 4 S.
m. Portr. (L 243: I L 304a)

Ludwig Müller-Uri, Berlin-Leipzig.
Künstliche Augen. – Sonderdruck aus:
Archiv f. Industrie u. Handel. Berlin:
Ecksteins biogr. Verl. o. J. 8 S. m.
Abb. (L 243: I L 304b)

Lange, Walter: 100 Jahre **F. W. Munk-
kelt**, Leipzig. Eine Würdigung. –
Leipzig: Metzger & Wittig 1928. 15 S.
m. Abb. (L 243: I L 99a)

Lange, Walter: **F. W. Munkelt**,
Leipzig. 1828–1928. Eine Würdigung
mit Jubiläums-Katalog. – Leipzig
1928. 60 S. m. Abb. (101: 1943 B 123;
L 243: I L 99)

3 × 25 = 75 Jahre **F. G. Mylius**,
Petersstraße 48, Markt 13, Thomas-
gasse 2. Aus d. Geschichte eines deut-
schen Handelshauses. 1858–1933. –
Leipzig: Selbstverl. 1933. 10 Bl. (101:
1933 A 10763)

Neueste Nachrichten: s. Leipziger
Neueste Nachrichten.

Gustav Najork: s. Chromo-Papier-
und Carton Fabrik vorm. Gustav Na-
jork A.-G.

Aus dem Jubeljahr des Druckhauses
C. G. Naumann in Leipzig. 1802–
1902. – Leipzig: Selbstverl. o. J.
(L 60: B6)

C. G. Naumann. Jahresbericht ...
1909. – Leipzig: C. G. Naumann 1909.
[Innentitel:] Rückblick auf d. Ge-
schäftsjahr ... der Firma C. G. Nau-
mann. (101: ZA 4835)

Zum 75jährigen Jubiläum der Brauerei
C. W. Naumann A.-G., Leipzig-
Plagwitz. 1828–1903. – Leipzig: Klink-
hardt 1903. 48 S. (L 243: I L)

Naumann, Carl W.: Brauerei **C. W. Naumann A.-G.**, 1828–1928. Zum hundertjähr. Bestehen. — Leipzig: Scholtze 1928. 46 S. m. Abb., 1 farb. Taf. (15: Hist. sax. 1154 di; L 194: 8694; L 243: I L 120)

Brauerei **C. W. Naumann A.-G.**, Leipzig. 1828–1928. — Leipzig-Plagwitz: Selbstverl. 1928. 16 S. m. farb. Abb. (101: 1928 A 5449; L 194: 11066; L 243: I L 120; LA Lpz. (L))

50 Jahre **E. Neumüller**, Leipzig. 1877–1927. Säcke-, Planen-, Zelte- u. Markisenfabrik; Rohleinen-, Jutegewebe-, Decken-, Bindfaden-Großhandel. — Leipzig: E. Neumüller 1927. 6 Bl. m. Abb. (L 243: I L 156)

Schriftgießerei **A. Numrich & Co.**, Leipzig. Messing-Linien u. Messing-Typen-Fabrik, Galvanoplastik, Stereotypie, Gravieranstalt. Reiche Auswahl v. Schriften u. Ziermaterial in Blei u. Messing für die moderne Buchornamentik. — Leipzig: Selbstverl. o. J. [um 1908] (L 60: Bö)

[Eule, Wilhelm:] Vom Schaffen in Leipzig. **Opel, Autohaus am Johannisplatz**, G.m.b.H., Leipzig: Selbstverl. 1935. 31 S. m. Abb. (101: 1940 A 7439; L 243: I L 313)

Grautoff, Ferdinand: 25 Jahre **Osterwald** (Fabrik f. Büro-Bedarf). 1899–1924. Leipzig: Osterwald-Werke 1924. 36 S. m. Abb. (L 243: I L 191)

H. T. Padelt, Leipzig-Schleußig. 25 Jahre Ofenbau. — Leipzig-Schleußig: Selbstverl. 1927. 32 S. quer. (L 243: I L)

Gedenk-Blatt anläßl. der Feier des 25jährigen Bestehens der Firma **Phil. Penin**, Gummiwaaren-Fabrik, Actiengesellschaft, zu Leipzig-Plagwitz am

15. Okt. 1903. — Leipzig-Plagwitz: Arnold 1903. 8 S. (L 243: I L)

50 Jahre **Adolf Petzold**, Leipzig-Schönau. Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei. — Altenburg: Geibel 1929. 23 S. [Umschlagtitel:] Adolf Petzold, Leipzig-Schönau. 1879–1929. (101: 1931 B 654)

Arbeitsordnung der **Peuvag** [Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-A.-G.], Berlin, Druckerei-Filiale Leipzig, Czermaks-Garten 2. Gültig ab 25. Febr. 1929. — Leipzig: Peuvag 1929. 8 S. (L 194: 11041)

Lange, Walter: Im Zeichen des Pfau! Eine halbhundertjährige Geschichte (**Friedrich Pfau Nachf.**, Inh. Albert Degenhardt, Leipzig). 1889–1939. — Leipzig: Selbstverl. 1939. 14 S. m. Abb. (L 243: I L 264)

Das **Pittlerwerk**. Leipzig-Wahren: Pittler o. J. [um 1933]. 2 Bl. m. Abb. (101: 1934 B 2347)

Pittler, Werkzeugmaschinenfabrik, A.-G., Leipzig-Wahren. Unser Fabrikations-Programm. — Leipzig-Wahren: Selbstverl. 1934. 12 S. m. Abb. (101: 1934 B 2332)

van Himbergen, J. F.: Die **Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik Akt.-Ges.**, Leipzig. Entstehung u. Entwicklung. Ein Beitrag zur Geschichte d. deutschen Werkzeugmaschinenbaues. — Berlin: VDI-Verl. 1937 = Schriftenreihe d. Arbeitsgemeinschaft für Technikgeschichte d. Vereins Deutscher Ingenieure. 48 S. m. Abb. (101: 1937 A 7251)

Das **Pittlerwerk**. Abbildungen einzelner Arbeitsvorgänge. — Leipzig-

Wahren: Selbstverl. 1937. 12 Bl. (101: 1937 B 2278)

Gefolgschaft **Pittler**. Werkzeugzeitung der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. Leipzig-Wahren. (Schriftlfr. Oswald Mönch.) — Leipzig-Wahren: Pittler A.-G. 1937—1943. (101: ZB 36005)

50 Jahre **Pittler**, 17. Mai 1939. Zur Erinnerung an d. Feier d. 50jähr. Bestehens d. Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft. — Leipzig: C. G. Röder 1939. 19 S. (LA Lpz. (L))

Häneke, Hans: 50 Jahre Austauschbau. Festschrift zum 50jähr. Bestehen d. **Pittler Werkzeugmaschinenfabrik A.-G.**, Leipzig-Wahren. — Leipzig: C. G. Röder 1939. 111 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dzd; 101: 1939 B 1794; L 194: 4814)

25 Jahre **C. E. Poeschel Verlag**. Ein Jubiläumsjahrbuch. — Stuttgart: Metzler 1927. VII, 166 S. (L 60: Bö C V 1985)

Carl Ernst Poeschel zum sechzigsten Geburtstage am 2. Sept. 1934. (Festschrift.) — Leipzig: Poeschel & Trepte 1934. 178 S. (101: 1934 B 3031)

Unger, Rudolf: 50 Jahre **Richard Poetzsch**, Leipzig. Kaffee-Großrösterei. — Leipzig: Brandstetter 1938. 22 S., 8 Bl. Abb. (15: Hist. sax. 2528 do; 101: 1938 A 14795; L 194: 8688; L 243: I L 316; LA Lpz. (L))

Aug. Polich, Leipzig. Geschäftshaus f. Damen-Moden. Neue Moden f. Frühjahr u. Sommer 1883. — Leipzig: Beck & Schirmer 1883. 16 Bl. m. Abb. (L 243: I L 420)

Aug. Polich, Leipzig. Deutsches Modenhaus. Frühjahrs-Saison 1904.

— Leipzig: Selbstverl. 1904. 166 S. m. Abb. (L 243: I L 131)

Premier Kakao- u. Schokoladen-Werke Schwarze & Röder. Betriebs-Ordnung. Neu aufgestellt im April 1936 unter Berücksichtigung d. Tarifordnung f. d. Süßwarenindustrie im Deutschen Reich v. 7. März 1936. — Leipzig: Gebr. Wittenbecher 1936. 15 S. (L 194: 13833)

Geschäfts-Bericht von **Moritz Prescher Nachf.** Aktiengesellschaft in Leipzig-Leutzsch. 1906, 1907, 1909—1916, 1919, 1921—1923, 1925—1930. — Riesa: Langer & Winterlich 1907—1931. (L 243: I L)

Fünzig Jahre Arbeit der Buch- und Kunstdruckerei von **August Pries** in Leipzig am 1. Jan. 1921. — Leipzig: Selbstverl. 1921. 11 S. (101: 1921 B 353)

Betriebsordnung der **August Pries G.m.b.H.** in Leipzig. — Leipzig: Aug. Pries 1939. 44 S. (101: 1939 A 7266; 15: Hist. sax. 1116 k)

Denkschrift der Firma **Pröbldorf & Koch Nachf.**, Inh. William Krebs, Brauereimaschinen und Brauerei-Bedarfsartikel-Großhandlung, Leipzig, zur Feier ihres 75jährigen Bestehens sowie des 50jährigen Familienbesitzes. Am 1. Juli 1938. — Leipzig: Meyer 1938. 14 S. m. Abb. (L 243: I L 255)

1775—1900. 125 Jahre besteht am 1. Febr. 1900 die Firma **J. G. Quandt & Mangelsdorf** in Leipzig. — Leipzig: J. B. Hirschfeld 1900. 1 Bl. (L 243: I L)

J. G. Quandt & Mangelsdorf, Leipzig, G.m.b.H., Zigarren-Fabriken. 150 Jahre . . . — Leipzig: Selbstverl. 1925. — 1 Bl. m. Abb. (L 243: I L)

Der Leipziger **Ratskeller**. — Leipzig: im Verl. d. Stadtkellerei 1904. 87 S. (L 243: I L 228)

Widmungsblätter an **Hans Heinr. Reclam** beim Erscheinen der No. 5000 von Reclams Universal-Bibliothek. — Leipzig: Phil. Reclam jun. 1909. 1234 S. (101: 1918 C 212; L 60: E e 50)

Reclam, Carl von: Geschichte der Familie **Reclam**. — Leipzig: Phil. Reclam jun. 1912. 128 S. m. Abb. (101: 1925 B 2905)

50 Jahre deutscher Kulturarbeit. Kurzer Bericht über d. Feier d. fünfzigjähr. Bestehens von Reclams Universal-Bibliothek. 15. Nov. 1867 bis 15. Nov. 1917. — Leipzig: **Phil. Reclam jun.** 1917. 23 S. (101: 1918 A 11; L 194: 7399)

Witkowski, Georg: 100 Jahre **Reclam**. (Mit Überblick d. Verlagserscheinungen.) — Leipzig: Phil. Reclam jun. 1928. 32 S. (101: 1928 A 10946)

Sonderheft zum 100jährigen Bestehen d. Verlages **Philipp Reclam jun.**, Leipzig. In: Reclams Universum, 45. Jg., H. 1, Okt. 1928. — Leipzig: Selbstverl. 1928. 68 S. (101: Z C 489; L 194: 10876)

Meiner, Annemarie: Reclam. Eine Geschichte d. Universalbibliothek zu ihrem 75jähr. Bestehen. — Leipzig: **Phil. Reclam jun.** (1942). 319 S. = Reclams Univ.-Bibl. Nr 7539-40. (101: S A 7 - 7539/40)

Zur Erinnerung des hundertjährigen Bestehens der **Rein'schen Buchhandlung** in Leipzig. 1795-1895. — Leipzig: Selbstverl. 1895. 15 S. (101: 1934 A 8505)

C. G. Reissig & Co., Großhandlung in Damenkleiderstoffen, Druck- u.

Baumwollwaren, Leipzig, Berlin. Gegr. 1847. — Berlin: Ecksteins Verl. 1930. 6 S. m. Abb. (101: 1930 C 88)

50 Jahre **Max Richter**, Kaffee-Großrösterei, Leipzig. Gegr. 1879. — Leipzig: Röder 1929. 47 S. m. Abb. (101: 1943 A 9205; L 194: 11839; L 243: I L 153)

Zum 75jährigen Bestehen des Leipziger Stammhauses unseren Freunden gewidmet. Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz **Riebeck & Co., Aktiengesellschaft**. — Leipzig: Selbstverl. 1937. 16 S. m. Abb., 16 Taf. (L 194: 11867)

Schuster, Karl u. Curt Hetzer: 75 Jahre Das gute Riebeck-Bier. Leipzig. 1862-1937. (Zum 75jährigen Bestehen d. Leipziger Stammhauses.) — Leipzig-Reudnitz: Leipz. Bierbrauerei **Riebeck & Co.** 1937. 24 Bl. m. Abb. (101: 1937 B 1110; L 243: I L 321)

Riemann, Hugo: Festschrift zur 50jährigen Jubelfeier des Bestehens der Firma **C. G. Röder**, Leipzig. Mit einem Anhang: Notenschrift u. Notendruck. Bibliogr.-typogr. Studie v. Hugo Riemann. — Leipzig: Selbstverl. 1896. 16, X, 88 S. m. Abb. u. Taf. (101: 1929 B 211)

Erinnerungs-Blätter an die Feier des 50jährigen Bestehens der Firma **C. G. Röder**, Leipzig, 1846-1896. Am 3. Okt. 1896. — Leipzig: Selbstverl. 1896. 83 S., 5 Taf. (L 60: Bö C V 1813)

C. G. Röder, G.m.b.H., Leipzig, Gerichtsweg 7. Notenstecherei, Notendruckerei, Lithographie, Steindruckerei, Buchdruckerei, Lichtdruckerei, Buchbinderei. Filialen: Berlin, Paris, London, Budapest, Wien. — Leipzig: Selbstverl. o. J. [um 1900]. 24 S. (L 60: D e 20)

Zur Westen, Walter v.: Musiktitel aus vier Jahrhunderten. Festschrift anläßl. d. 75jähr. Bestehens d. Firma **C. G. Röder**, Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1921. 115 S. m. 96 Abb. (101: 1921 C 106; L 60: G b b 80)

Das Röder-Haus. Mitteilungen aus einem graphischen Großbetrieb. Hauszeitschrift d. Firma **C. G. Röder**, G.m.b.H., Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1927. 16 S. m. Abb. (L 60: D e 20)

Rost, C. C. H.: Abgüsse antiker und moderner Statuen, Figuren, Büsten, Basreliefs über die besten Originale geformt in der **Rostischen Kunsthandlung** in Leipzig. — Leipzig: 1794. 71 S. m. Taf. (L 143: I L)

Rundfunk A.-G.: s. Mitteldeutsche Rundfunk A.-G.

Rudolph Sack, Lebensgang eines deutschen Mannes „aus eigener Kraft“. — Leipzig 1894. 19 S. (L 194: 10867)

Rud. Sack, Leipzig-Plagwitz, 1863–1913. Lebensgeschichte d. Begründers, Entwicklung u. heutiger Stand d. Werkes. — Leipzig: Selbstverl. 1913. 38 S. u. Bildanh. (15: Hist. sax. 1154 dyz; L 194: 3550)

Sack, Otto u. Hans Sack: **Rudolph Sack**. Sein Leben u. sein Werk. Hrsg. v. d. Firma Rud. Sack, Leipzig-Plagwitz. — Leipzig-Plagwitz: Selbstverl. 1926. — 72 S. m. Abb. (101: 1926 B 1187)

Sack, Otto: Die Chronik des Hauses **Rud. Sack**, Leipzig. 1863–1938. Hrsg. zum 75jähr. Jubiläum 1938. — Leipzig: Spamer 1938. 185 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dz; 101: 1938 B 1813; L 194: 3552; L 243: I L 100)

Rud. Sack, Maschinenfabrik, Leipzig-Plagwitz. Unsere Jubiläumsfeier am 7. Mai 1938. — Leipzig: Selbstverl. 1938. 108 S. m. Abb. (L 194: 3551)

Woelcke, Karl: **Sächsische Bau-gesellschaft für elektrische Anlagen m.b.H.**, Leipzig. 1902–1927. Leipzig: Selbstverl. 1927. 29 S. m. Abb. (101: 1930 A 8190)

25 Jahre **Otto Sander & Co.**, Leipzig, Halle/S. 1913 — 1. April — 1938. Leipzig C 1, Dittrichring 7–9. — Leipzig: Sander & Co. 1938. 10 Bl. m. Tab., 8 Taf. (15: Hist. sax. 1154 dy; 101: 1938 B 1588)

Scheibe, Robert: Fünfzig Jahre **R. Scheibe & Söhne**. Leipzig C 1, Hohe Straße 15. — Leipzig: Selbstverl. 1940. 4 Bl. (101: 1940 A 9070)

Typographische Mitteilungen von **J. G. Schelter & Giesecke**. Schriftgießerei, Galvanoplastik, Buchdruckerei-Utensilien-Fabrik, Maschinenfabrik etc. in Leipzig. Bearb. v. Georg Giesecke. — Leipzig: Selbstverl. 1880–1896. (L 60: Bö B III 284)

Giesecke, Georg Friedrich u. Walter Giesecke: Fünfundsiebzig Jahre des Hauses **Schelter & Giesecke** in Leipzig. Den Freunden d. Hauses gewidmet. — Leipzig: Selbstverl. 1894. 62 S. m. Abb. (101: 1921 C 72; L 60: Bö B III 165; L 194: 11829)

Rundgang durch die Betriebsstätten der Firma **Schelter & Giesecke**, Leipzig. Hrsg. anläßl. d. Weltausstellung f. Buchgewerbe u. Graphik Leipzig 1914. — Leipzig: Selbstverl. 1914. 60 S. m. Abb. u. Taf. (101: 1922 B 1684; L 194: 11861)

75 Jahre **Albert Schmidt**, Karton-nagen-Maschinen, Werkzeug- u. Stanz-

messerfabrik, Gravieranstalt. — Leipzig: A. Schmidt 1941. 47 S. m. Abb. (101: 1941 B 1405)

Schmiers, Werner & Stein: s. Leipziger Schnellpressenfabrik.

Schroeder'sche Papierfabrik: s. Sieler & Vogel.

Zur Geschichte des Musikverlages **J. Schuberth & Co.**, Leipzig. 1826—1926. — Leipzig: Brandstetter 1926. 30 S. m. Bild. u. Faks. (101: 1926 B 2978)

30 Jahre Brünoxif. **Reinhold Schüler**, Kom.-Ges., Leipzig. — Leipzig: Höfer 1935. 6 Bl. (101: 1935 A 8191)

Eule, Wilhelm: Ein Jahrhundert Raum- und Wohn-Kultur. Hrsg. zum 100jähr. Bestehen d. Firma **F. A. Schütz**, Leipzig. — Leipzig: F. A. Schütz 1941. 39 S. m. Abb. (101: 1941 B 467; L 243: I L 297)

50 Jahre **Wilh. Schurath** G. m. b. H., Leipzig und Brandis, Papierwaren- und Briefumschlagfabrik. 1881—1931. — Leipzig: Kühne 1931. 11 Bl. (101: 1931 B 4957)

Dr. Willmar Schwabe. 60 Jahre im Dienste der Homöopathie. 1866—1926. — Leipzig: J. J. Weber 1926. 44 S. m. Abb. (101: 1927 B 791; L 194: 7570; LA Lpz. (L))

Ein Leben im Dienste der Homöopathie. Gedenkschrift zum 100jähr. Geburtstag d. Gründers d. Firma **Dr. Willmar Schwabe.** Leipzig. 1839—1939. — Leipzig: Selbstverl. 1939. 29 S., 4 Bildtaf. (101: 1942 A 9351; L 194: 11834)

Stadlinger, Hermann: Streifzüge durch eine chemisch-pharmazeutische Fabrik

[**Dr. Willmar Schwabe**, Leipzig]. = Sonderdruck aus: Chemiker-Zeitung 1941, Nr. 51 u. 52 (L 243: I L; 101: ZB)

75 Jahre **Dr. Willmar Schwabe**, Leipzig. 1866—1941. — Leipzig: Selbstverl. 1941. 30 S. m. Abb. (101: 1941 A 1016; L 194: 11833)

Bericht über die Feierstunde aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Firma **Dr. Willmar Schwabe**, Leipzig. 1866—1941. — Leipzig: Selbstverl. 1941. 15 S. m. Abb. (101: 1941 A 12627; L 194: 11832)

G. Schwarz vorm. Emil Hauck, Galvanoplastische Anstalt, Stereotypie, Klischeefabrik, Leipzig. (Zum 25jähr. Bestehen d. Firma am 15. Nov. 1920.) — Leipzig: Selbstverl. 1920. 20 S. m. Abb. (101: 1920 B 2220; L 194: 11847)

Klischeefabrik **C. Schwarz** vorm. Emil Hauck, Leipzig C 1. [Werbeschrift m. Bildern aus d. Betriebe u. a.] — Leipzig: C. Schwarz o. J. 8 S. (L 60: Ne 9)

Schwarze & Röder: s. Premier Kakao- u. Schokoladen-Werke Schwarze & Röder

Seemann, Artur: Meine Stufenjahre. Erster Teil 1861—1871. Neujahrsgruß d. Familie **Artur Seemann**, Silvester 1925. Als Mskr. gedr. 43 S., 1 Portr. (101: 1925/1926 B 188; L 60: E e 10)

Verzeichnis der bei **E. A. Seemann** in Leipzig erschienenen Verlagswerke. 1858—1908. — Leipzig: Selbstverl. 1908, 95 S. m. 16 Portr. Taf. (101: 1934 A 8804; L 60: A f 29,6)

1825 — 1. September — 1900. Denkschrift zur Feier d. fünfundsiebzigjähr. Jubiläums d. Firma **Sieler & Vogel** in Leipzig. — Leipzig: J. J. Weber 1900. 82 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dzg/dm; 101: 1919 B 1338; L 194: 11817; LA Lpz. (L))

Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Schroeder'schen Papierfabrik (**Sieler & Vogel**) in Golzern. 1862—1912. — Leipzig: Sieler & Vogel 1912. 95 S. m. Abb. (L 194: 11822; L 243: I L 354)

Sieler & Vogel, Schroedersche Papierfabrik, Leipzig, Berlin, Hamburg, München. Werden u. Wirken. — Leipzig: Sieler & Vogel o. J. 31 S., 5 Taf. (101: 1927 A 7188; L 60: Bö B II 313)

Sieler, Ferdinand: Ein Jahrhundert **Sieler & Vogel**, Leipzig. Am 1. Sept. 1925. — Leipzig: Sieler & Vogel 1925. 8 S. (15: Hist. sax. 1116 k; 101: 1925 B 2093; L 60: Bö B II 314 a)

Firma **Carl August Simon**, Woll- u. Baumwollgarngroßhandlung, Leipzig. 1835—1910. — Leipzig: Selbstverl. 1910. 8 Bl., 3 Portr. [Umschlagtitel:] Zum 15. September 1910. (L 243: I L 201)

Otto Spamer in Leipzig. Zur Feier d. fünfundzwanzigjähr. Bestehens d. Verlagsbuchhandlung Otto Spamer in Leipzig. Gedenkblatt an d. Jubelfeier am 31. März 1872. ... — Leipzig: Selbstverl. 1872. 64 S. m. Abb. (L 243: I K 29a)

Illustrierter Verlags-Bericht. Jubiläums-Katalog v. **Otto Spamer**, Leipzig. 2 Abth. — Seinen Freunden ... am Jahrestag d. 25jähr. Bestehens seiner Firma gewidmet v. Otto Spamer. — Leipzig: Selbstverl. 1872. VIII, 98, 108 S. (L 243: I K 29b)

Hausordnung der Buchdruckerei von **Otto Spamer** in Leipzig. — Leipzig: Spamer 1878. 2 Bl. (L 60: Bö B III 684)

Rodenberg, Julius: An dem heutigen Tage ... Glückwunschatadresse d. **Spamerschen Buchdruckerei u. Buchbinderei** an Gustav Kirstein zum 25jähr. Geschäftsjubiläum. Leipzig, am 1. Oktober 1924. — Leipzig: Selbstverl. 1924. 2 Bl. (101: 1924 C 112)

Eule, Wilhelm: Von Gräfenhainichen nach Leipzig. Prokurist Friedrich Kürwitz als Spamer-Jubilar. [Leipzig: **Spamersche Buchdruckerei**] 1928. 5 Bl., 1 Titelb. (101: 1948 A 11676)

Eule, Wilhelm: Zwischen 1911 und 1941. Generaldirektor Otto Schaffers Dienst am **Spamer-Haus**. — Leipzig: Spamer 1941. 2 Bl. m. Abb. (101: 1941 A 8080)

Eule, Wilhelm: **Spamersche Buchdruckerei** Leipzig. — Berlin: Organisation Verl.-Ges. 1930. = Musterbetriebe deutscher Wirtschaft, Bd 15: Das Großdruckhaus. 78 S. m. Abb. u. Plän. (101: S A 5128, 15; L 60: Bö C V 1828; L 194: 8000)

Sächsisch-Thüringische Industrie- und Gewerbe-Ausstellung in Leipzig. **H. Sperling**, Buchbinderei, Leipzig. — Leipzig: H. Sperling 1897. 12 S. u. 79 Abb. (L 60: F d 2)

Sperling, H. u. J. R. Herzog: **H. Sperling**, Buchbinderei, Leipzig-Berlin 1912. Festschrift anläßl. d. Bezugs d. Fabrikneubaues. — Leipzig: Selbstverl. 1912. 4 Bl., 15 Bildtaf. (L 243: I L)

Herrmann, Gustav (Hrsg.): Die Ästhetik des Buchgewandes. Festschrift aus

Anlaß d. 75jähr. Bestehens d. Großbuchbinderei **H. Sperling**, Leipzig. Mit 1 Bildn. d. Senior-Chefs Kommerzienrat Alfred Sperling in Tiefdruck nach einer Radierung v. Bruno Héroux. — Leipzig: Spamer 1921. 73 S. (101: 1921 B 892; L 60: F d 2)

Erinnerungsblätter zur Jubiläumsfeier anläßl. des 40jährigen Bestehens der Lack- und Farbenwerke **Springer & Möller A.-G.**, Leipzig-Leutzsch. — Leipzig-Leutzsch: Selbstverl. 1935. 46 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Die Jubiläumsfeier d. Springer & Möller A.-G. . . . 5. Okt. 1935. (101: 1936 A 11988; L 60: D e 28)

Engel-Hardt, Rudolf: 40 Jahre **Springer & Möller A.-G.**, Leipzig-Leutzsch. — Leipzig-Leutzsch: Selbstverl. 1936. [Sonderdruck aus: Aus der Welt der Farben, 17/1936, m. Abb.] (101: ZB 17118—1936, 17)

L. Staackmann, Leipzig. 1869—1919. Gedenkblätter zum 1. Oktober. Hrsg. v. Verl. — Leipzig: Selbstverl. 1919. 259 S. m. Portr. Taf. (101: 1919 B 1652; L 60: E e 11)

1869. 1929. 60 Jahre **L. Staackmann** Verlag. — Leipzig: Selbstverl. 1929. 112 S. m. Abb. (101: 1929 A 12308)

Städtisch-technische Werke: s. Elektrizitätswerk Süd, Gaswerke und Wasserwerke.

Stahlfederfabrik: s. Leipziger Stahlfederfabrik Herm. Müller A.-G.

G St am Morgen. Sonderausgabe Jg. 75, Nr 1, v. 27. April 1923, Beil. (Jubiläumsschrift zum 75jährigen Bestehen d. Firma [**Gustav Steckner**].) — Leipzig: Leipz. Verlagsdruckerei (101: 1923 C 60)

Kaiser, Carl: 50 Jahre **Steigerwald & Kaiser**, Leipzig. Zur Erinnerung an d. Jubiläumsfeier am 12. Febr. 1935. — Leipzig: Hahn 1935. 45 S. m. Abb. (101: 1935 B 1733)

Zur Hundertjährigen Jubel-Feier des Hauses **E. F. Steinacker**. Festtafel in d. Räumen d. Gesellschaft „Harmonie“, Leipzig. — Leipzig: Drugulin 1902. 16 Bl. m. Abb. (Speisekarte). — [Umschlagtitel:] 1. Oktober 1802—1902. (L 243: I K 212)

Jubiläumsschrift der Firma **Steinmetz & Lingner**, 1885—1910. — Leipzig-Neustadt: Henze 1910. 31 Bl. quer (L 243: I L)

50 Jahre **Eduard Steyer**. 1877—1927. — Leipzig: Breitkopf & Härtel 1927. 36 S. m. Abb., 1 Taf. (101: 1929 B 339; L 243: I L 366)

Eduard Steyer, Baugeschäft, Leipzig-Plagwitz. Gegr. 1877. — Leipzig: Fr. Richter 1902. — 32 Bildtaf. S. 33—52 Text. (L 243: I L 61)

Zum 50jährigen Gedenktage, 1880 bis 1930, der Gründung der Kammgarnspinnerei **Stöhr & Co.**, A.-G., Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. 1930. 8 S., 1 farb. Titelb. (L 243: I L)

Betriebsordnung für die Betriebe der Firma Kammgarnspinnerei **Stöhr & Co.**, Aktiengesellschaft in Leipzig-Plagwitz, Markkleeberg, Wüstegiersdorf. — Leipzig: Selbstverl. 1934. 11 S. (101: 1938 A 16302)

Straßenbahn: s. Große Leipziger Straßenbahn.

Lange, Walter: Geschichte der Firma **M. Tauber**, Optisch-okulistisches Institut, Leipzig. — Leipzig: Selbstverl.

1925. 8 S. m. farb. Abb. (15: Hist. sax. 1116 k)

Tauchnitz, Christian Karl Bernhard v.: Fünfzig Jahre der Verlagsbuchhandlung **Bernhard Tauchnitz**. 1837 bis 1887. — Leipzig: Selbstverl. 1887. 344 S. (101: 1946 A 3757; L 60: Bö C V 2021 u. E e 13)

Der Verlag **Bernhard Tauchnitz** 1837—1912. Mit einem Anhang, enthaltend Auszüge aus d. Briefen engl. u. amerik. Autoren der Tauchnitz Edition. — Leipzig: Selbstverl. 1912. 126 S., 1 Titelb. (101: 1931 A 7076; L 60: E e 13)

Moltke, Siegfried: **Bernhard Freiherr von Tauchnitz**. Ein Gedenkblatt zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages. — Leipzig 1916. 64 S. (101: 1946 A 3758)

The Harvest being the record of one hundred years of publishing 1837—1937. — Leipzig: **Bernhard Tauchnitz** 1937. 76 S. (L 60: Bö C V 2019)

Schwarz, Heinrich: **Karl Christian Traugott Tauchnitz**, Buchhändler, Bruchdrucker und Schriftgießer zu Leipzig. Ein Lebensbild, zugleich ein Beitrag zur Geschichte d. deutschen Schriftgießerei. — Leipzig 1924. (101: 1924 B 1560; L 60: D a 332)

Theodor Teichgräber A.-G., „Te-Te“, Berlin, Bremen, Hamburg, Köln a. Rh., Königsberg, Leipzig, Memel. 1847—1922. — o. O. 1922. 7 Bl. (101: 1922 A 11197)

Benedictus Gotthelf Teubner. Zum Gedächtnis des Herrn Benedictus Gotthelf Teubner. Dem Personal d. Teubner'schen Geschäfte in Leipzig u. Dresden u. seinen Freunden am Tage d. 50jähr. Jubelfeier d. v. ihm gegr.

Buchdruckerei gewidmet. — Leipzig: Selbstverl. 1861. 10 S. (L 243: I O 1004)

Neuve, G.: Vorgel. Festspiel zum fünfzigjähr. Jubiläum d. **B. G. Teubner'schen Buchdruckerei**. — Leipzig: Selbstverl. 1861. 8 S. (L 243: I K 156a)

B. G. Teubner, 1811—1911. Geschichte d. Firma, in deren Auftrag hrsg. v. Friedrich Schulze. — Leipzig: Selbstverl. 1911. VI, 520 S. m. Abb., 50 Taf. u. Faks. (L 60: E e 14)

Die Hundertjahrfeier der Firma **B. G. Teubner** 1811—1911. Leipzig, 3. u. 4. März. — Leipzig: Selbstverl. 1911. 77 S., 1 Titelb., 4 Taf. (101: 1913 B 10760; L 60: E e 14)

Aus dem Verlage von **B. G. Teubner** in Leipzig und Berlin. 1811—1911. — Leipzig: Selbstverl. 1911. XII, 184 S. m. Bildtaf. (101: 1934 A 8810)

Forschung und Unterricht. Einblicke in ihre Arbeit. Aus Verlagswerken v. **B. G. Teubner** in Leipzig u. Berlin. — Leipzig: B. G. Teubner 1914. 192 S. (101: 1914 B 9526; L 194: 10595)

Wirtschaft und Idealismus. Herrn Dr. Alfred Giesecke, d. Mitinhaber d. Verlagsbuchhandlung **B. G. Teubner** zum 60. Geburtstag gewidmet. — Leipzig, d. 16. Apr. 1928. 155 S. (101: 1928 A 6064)

Hauszeitung d. Betriebsgemeinschaft **B. G. Teubner**. — Leipzig 1936 ff. (101: ZB 35972)

Betriebsordnung der **Thalysia Paul Garms G.m.b.H.**, Leipzig-Süd. Vom 1. Okt. 1934. — Leipzig: Thalysia 1934. 28 S. (L 194: 10601)

Georg Thieme Verlag, Leipzig. 1886 bis 1936. — Leipzig: Poeschel & Trepte 1936. 29 S. m. Abb. (101: 1936 B 203)

Thorer, Paul Albert, Carl Praetorius u. Paul Hollender: 1612–1912. 300 Jahre **Familie Thorer** — 50 Jahre **Theodor Thorer**. — Leipzig: J. J. Weber 1912. 95 S. (L 243: I L 116)

Hollender, Paul, Arndt Thorer u. Gerhard Hollender (Hrsg.): 1612–1937. 325 Jahre **Familie Thorer**. 75 Jahre **Theodor Thorer**, Pelzwarengroßhandlung Leipzig. — Leipzig: J. J. Weber 1937. (101: 1937 B 1441; L 194: 11 799)

Weigel, Th.: Gedenkschrift zum fünf- und zwanzigjährigen Bestehen der **Thüringer Gasgesellschaft** zu Leipzig. — Leipzig: Stephan 1893. 138 S., 21 Taf. (101: 1931 B 831)

Werbeerfolge — Gas und Elektrizität. **Thüringer Gasgesellschaft** Leipzig. — Leipzig: Selbstverl. o. J. (LA Lpz. (L))

Freudenthal, Karl: **Thüringer Gasgesellschaft** Leipzig. Die Führung u. Bewirtschaftung energiewirtschaftlicher Unternehmungen. — Leipzig: Reclam 1938. 53 S. m. Abb. (101: 1938 B 4939)

Daehne, Paul: Der **Thüringer Hof** in Leipzig. — Leipzig: Meisenbach, Riffarth & Co. 1914. 46 S. (101: 1921 A 11 024)

Werkzeitschrift für unsere Betriebsgemeinschaften Leipzig und Bahrenfeld. Wollgarnfabrik **Tittel & Krüger** u. **Sternwoll-Spinnerei A.-G.** — Leipzig: Selbstverl. 1937. (101: ZB 36180; L 194: 11 689)

50 Jahre Aufbauarbeit im Dienste der deutschen Wirtschaft. **H. Törpsch**, Leipzig. — Leipzig: Breitkopf &

Härtel 1938. 31 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Altes erhalten — Neues schaffen. (15: Hist. sax. 2528 du; 101: 1938 A 14644; L 243: I L 111; LA Lpz. (L))

Transportanlagen-Gesellschaft: s. Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft m.b.H.

Zum 30jährigen Ehe- und Geschäftsjubiläum ihren Freunden und Gästen gewidmet von **Louis Treutler und Frau**. — Leipzig: Selbstverl. 1905. 13 S. m. Abb. (Gastwirtschaft Goldenes Herz, Restaurant Forkel, Zills Tunnel. 1875–1905) (L 243: I L 311)

Die Firma **Jos. Ullmann** (Rauchwarenhandlung), 1854–1904. Denkschrift zum 50jähr. Geschäfts-Jubiläum. — Leipzig: Klinkhardt 1904. 22 S., 23 Taf. (L 243: I L 202)

„**Union**“, **Leipziger Preßhefefabriken und Kornbranntwein-Brennereien A.-G.**, Mockau b. Leipzig. — Berlin: Eckstein o. J. 11 S. (L 243: I L)

Unruh & Liebig, Leipzig-Plagwitz. Transportanlagen, Aufzüge, Krane. — Leipzig-Plagwitz: Selbstverl. o. J. [um 1920]. 36 S. m. Abb. (101: 1935 A 5621)

50 Jahre **Verband der Vereine Creditreform**. 1883–1933. — Leipzig: Gröber 1933. 35 S. (101: 1933 B 1633)

Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig. 1857–1907. — Leipzig: Eckert & Pflug 1907. 10 Bl. (L 243: I L)

Statute; Ordnungen und Bekanntmachungen betreffend den **Vieh- und Schlachthof**. — Leipzig: Bär & Hermann 1898. 118 S. (StA Lpz.)

Hengst, Wilhelm: Der **Vieh- und Schlachthof** der Stadt Leipzig in den

ersten 25 Jahren (Juli 1888 bis mit Juni 1913). — Leipzig: Bär & Hermann 1914. 30 S. (101: 1949 B 1153)

Hafemann, Max u. Curt Morgenstern: Bericht über 80 Jahre **Vieh- und Schlachthof** der Reichsmessestadt Leipzig. 1888—1938. — Leipzig: Leiner 1938. 28 S. (101: 1949 B 1152)

Hohlfeld, Johannes: 200 Jahre **F. C. W. Vogel**. 1730—1930. — Leipzig: Selbstverl. 1930. 50 S., 4 Portr. Taf. (101: 1930 B 2688; L 60: B C VII 2829; L 243: I L 362)

Eine Leipziger Kistenfabrik. Festschrift zum 50jähr. Geschäfts-Jubiläum d. Firma **C. A. Voigt**, Leipzig-Reudnitz. 1863—1913. — Leipzig: Eckert & Pflug 1913. 25 S. quer. (15: Hist. sax. 1154 ds)

Joh[ann] Nicol[aus] Voigt & Co., Glashandel, Leipzig. 1686—1936. — Leipzig: Pries 1936. 35 S. (L 243: I L 235)

Kühl, Gustav: Neue Bucheinbände. Verzeichnis v. Büchern in modernen **F. Volckmar'schen** Einbänden. — Leipzig: Grumbach 1900. Mit 6 Taf. (L 60: F d 4)

Trotz alledem! Das Volkshaus Leipzig im Wandel der Zeit. — Leipzig: **Volkshaus G.m.b.H.** 1929. 82 S. m. zahlr. Abb. (101: 1929 B 1946; L 194: 7)

Fünfundzwanzig Jahre **Ludwig Wagner A.-G.**, Schriftgießerei u. Messinglinienfabrik. — Leipzig: Selbstverl. im April 1927, 21 gez. S. m. Abb. (101: 1927 B 1706; L 60: C e 18; L 194: 11 821)

100 Jahre **H. Wagner & E. Debes**, Darmstadt, Leipzig. — o. O., Selbst-

verl. 1935 [Umschlagtitel:] Ein Jahrhundert H. Wagner & E. Debes 1835 bis 1935, 1. XI. (L 243: I L)

Bericht des Rates der Stadt Leipzig, Amt für die städtisch-technischen Werke, über die Erweiterungsbauten und Neubauten der Städtischen **Wasserwerke** in den Jahren 1906—1912. — Leipzig: Bär & Hermann 1913. 13 S., 24 Taf. (101: 1915 B 3489; L 243: I G 343)

C. F. Weber Aktiengesellschaft, Leipzig-Plagwitz. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. o. J. [um 1910]. 5 Bl. (L 243: I L 42)

1846—1921. **C. F. Weber Aktiengesellschaft**, Leipzig-Plagwitz. Chemische Fabriken für Teer- u. Asphalt-erzeugung, Leipzig-Plagwitz, Schkeuditz usw. — Leipzig Plagwitz: Selbstverl. 1921. 13 S. m. Abb. (101: 1923 B 98; L 243: I L 42)

Johann Jakob Weber, geb. am 14. April 1873, gest. am 21. April 1906. [Nachrufe zu seinem Tode.] — Leipzig 1906. 14 S. (101: 1918 B 2491)

Illustre Zeitung. Erschienen am 8. Mai 1909. Allen verehrten Gästen, d. Inhabern u. Kommanditisten d. Firma **J. J. Weber** in Leipzig, allen werten Mitarbeitern u. lieben Freunden d. „Illustrierten Zeitung“ anläßl. d. heutigen Jubelfestes zur Lust u. zum Nutz gewidmet v. Festausschuß. — Leipzig: J. J. Weber 1909. 40 S. m. Abb. (L 194: 11 856)

Illustrierte Zeitung, Bd 150, Nr 3913, Leipzig, 27. Juni 1918. — Zum 75jähr. Jubiläum im Auftr. d. Verl. **J. J. Weber** hrsg. v. Heinrich Pfeiffer. — Leipzig: Selbstverl. 1918. (101: ZB; L 194: 11 827; L 243: —)

Weber, Wolfgang: **Johann Jakob Weber**. Ein Beitrag zur Familiengeschichte. — Leipzig: J. J. Weber 1928. VI, 119 S. m. Abb. u. Faks. (L 60: E e 15)

Weber, Wolfgang: Dr. Felix Weber, der Neuschöpfer der Firma **J. J. Weber**. 1845–1906. Ein Lebensbild. — Leipzig: Selbstverl. 1939. 115 S. (101: 1939 A 5901; L 60: B5 C VII 2794; LA Lpz. (L))

Weickert, Dr. med. Robert: Aus dem Leben meines Großvaters Johann Dankegott Weickert und meines Vaters August Moritz Weickert. Eine Denkschrift zur Feier d. hundertjähr. Bestehens d. Firma **J. D. Weickert** in Leipzig (1783–1883). — Leipzig: Selbstverl. 1883. 36 S. m. 6 Taf. (L 194: 11838; L 243: I L 177)

Chronik der Firma **Weinold & Lange** in Leipzig. 1832–1913. — Leipzig: Handels- u. Verlagsdr. 1913. 15 S. m. Abb. (L 243: I L)

Gedenkblatt zur Erinnerung an die 100jährige Wiederkehr des Gründungstages der Firma **C. F. Weithas**. 1817–1917. — Leipzig: Edelmann 1917. 2 Bl. (L 243: I L 128)

Westend-Baugesellschaft m.b.H.: s. Leipziger Westend-Baugesellschaft

1872–1922. **Wezel & Naumann** Aktiengesellschaft, Leipzig. Kunstdruckanstalten/Faltschachtelwerke. Der 1. April 1922 bedeutet f. d. Firma . . . d. Tag d. Feier ihres 50jährigen Geschäftsjubiläums. — Leipzig: Selbstverl. 1922. 56 S. m. Abb. (101: 1923 B 1102; L 194: 10874)

Hofmann, Kurt: **Wild & Laue**, Inh. Kurt Hofmann, Leipzig, Papier-Großhandlung, Papier – Verarbeitungswerk,

Großbuchbinderei, Buchdruckerei, Liniieranstalt, Hubertus-Lernmittelverlag. — Leipzig: Selbstverl. 1927. 29 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] 25 Jahre Papiergroßhandlung Wild & Laue, Leipzig. 1877–1927. (101: 1927 B 3672)

1860–1910. 50 Jahre Arbeit. Gedenkblatt zum 50jähr. Bestehen d. Firma **Hermann Wilhelm**, Farbenfabrik, Leipzig-Plagwitz. — Leipzig: Gröber 1910. 19 Bl. (L 243: I L)

Hermann Wilhelm, Farbenfabrik m.b.H., Leipzig-Plagwitz. — Berlin: Eckstein 1921. 24 S. [Umschlagtitel:] Ein Gang durch eine moderne Farbenfabrik. (101: 1928 B 1495)

1828–1928. Hundert Jahre Geschäftsbestehen **F. A. Winterstein**, Leipzig. Koffer- u. Lederwaren. Zur 100. Wiederkehr d. Geschäftsgründungstages unseren Geschäftsfreunden gewidmet. — Leipzig: Leff 1928. 8 S. m. Abb. (15: Hist. sax. 1154 dn; 101: 1928 B 908)

Chronik des Papierhauses **F. A. Wölb-ling**, G.m.b.H., Leipzig 1855–1930. Am Tage d. 75jähr. Bestehens . . . überreicht. — Leipzig: Selbstverl. 1930. 31 S. (101: 1930 B 3066)

Sächsische Wollgarnfabrik: s. Titel & Krüger

Zachariä, Ernst: 125 Jahre Uhrenfabrik **Zachariä**. 1808–1933. Festgabe. — Leipzig: Brandstetter 1933. 2 Bl. m. eingekl. Portr. (101: 1933 A 6160; L 243: I L 193)

Zentral-Viehmarkts-Bank: s. Leipziger Zentral-Viehmarkts-Bank.

Franz Ziesing & Co., 1903–1928. 25 Jahre . . . — Leipzig: Sinsel & Co. 1928. 4 S. m. Abb. (101: 1928 B 2947)

50 Jahre **E. Zimmermann**, wissenschaftliche Apparate, Leipzig. 18. April 1887/1937. — Leipzig O 27, Wasserturmstraße 33: Selbstverl. 1937. 4 Bl. m. Abb. (101: 1937 A 6143)

FIRMEN IN DEN KREISGEBIETEN

Kreis Leipzig

50 Jahre **Bösdorfer Maschinenfabrik** vorm. J. A. Wiedemann. Luft- u. wärmetechn. Anlagen u. Apparate, Bösdorf, Leipzig. 1890–1940. — Leipzig: J. J. Weber o. J. (LA Lpz. (L))

Betriebs-Ordnung **Deutsche Kugellagerfabrik** G.m.b.H., Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig. — Böhlitz-Ehrenberg 1934. 15 S. [Neufassung 1940. 15 S.] (101: 1946 A 2469/2470)

Denkschrift zum 25jährigen Jubiläum der Firma **Fränkel & Viehbahn**, Holzhausen bei Leipzig. 1911–1936. — Holzhausen: Selbstverl. 1936. 41 S. m. Abb. im Anh. (LA Lpz. (L))

Hermann Frenkel, Lackfabrik, Leipzig-Mölkau. — Berlin: Eckstein 1928. 27 S. (L 243: I L)

60 Jahre Lackindustrie **Hermann Frenkel**, Leipzig-Mölkau, 1868–1928. — Leipzig: Brockhaus 1928. 39 S. m. Abb., 1 Widm. Bl. [Umschlagtitel:] Hermann Frenkel, Lackfabrik, Leipzig-Mölkau. (15: Hist. sax. 1154 dk; 101: 1928 B 2427)

A. Gutberlet & Co. 25 Jahre ernster Arbeit und steter Entwicklung. — Dresden: v. Baensch-Stiftung 1926. 42 S. m. Abb. u. 1 Titelb. [Umschlagtitel:] 25 Jahre A. Gutberlet & Co. (101: 1926 B 1154)

Eule, Wilhelm: 75 Jahre Falzmaschinenbau. Von der Blackschen Hand-

falzmaschine zur Schnellläufer-Falzmaschine Auto-Triumph **A. Gutberlet & Co.**, Leipzig-Mölkau. — Mölkau: Selbstverl. 1926. 15 S. m. Abb. (101: 1927 A 12821)

Stätten der Arbeit. Eine Jubiläumsschrift der Firma **Carl Hinné**, Leipziger Naxos-Schmirlingscheibenfabrik, Böhlitz-Ehrenberg, Leipzig. — Sonderdruck aus: Schleifmittel-Industrie 12/1926. (101: ZB 14734)

Betriebsordnung der Firma **Josef Kleebach**, Modellfabrik, G.m.b.H., Böhlitz-Ehrenberg. — Böhlitz-Ehrenberg: Kleebach 1939. 14 S. (101: 1942 A 2661)

Leipziger Kunstdruckerei **N. Leff**, Leipzig-Borsdorf: s. unter Leipzig-Stadt

Teichmann, Max u. Georg Kietz: Festschrift zur 50-Jahr-Feier der Firma **Franz Lucke**, Stahmeln. 1885–1935. — Leipzig: J. Bohn & Sohn 1935. 15 Bl. m. Abb. (101: 1935 B 3479; L 194: 11850)

Flinsch-Maurer, Carl: 350 Jahre **Papierfabrik Cospuden**. 25 Aug. 1575/1925. — Cospuden b. Leipzig: Selbstverl. 1925. 15 S. m. eingekl. Abb. u. Mustern. (101: 1926 A 7341; L 243: I L 157)

150 Jahre des Bestehens der Firma **Riquet & Co.**, gegründet am 15. Nov. 1745 in Leipzig. Den Freunden d. Hauses gewidmet. — Leipzig: Selbstverl. 1895. 29 S., 3 Taf. u. Preisl. (L 194: 10254; L 243: I L 104)

Betriebsordnung der Firma **Riquet & Co.**, Aktiengesellschaft, Markkleeberg 1. — Markkleeberg: Selbstverl. 1937. 11 S. (L 194: 9050)

Arbeitsstätten der Firma **Schimmel & Co.** in Miltitz bei Leipzig. — Miltitz: Selbstverl. 1907. 75 S. m. Anh. (101: 1940 A 6498; L 194: 5979)

Schimmel & Co., Miltitz bei Leipzig. [Bildkatalog.] — Miltitz: Selbstverl. o. J. [um 1907]. (L 194: 5980)

Schimmel & Co.s Works, Miltitz near Leipzig. (Dedicated to our friends.) — Miltitz: Selbstverl. 1908. 44 S., 15 Taf. (L 243: I L)

Bericht der **Schimmel & Co.** Aktiengesellschaft, Miltitz, Bez. Leipzig, über Ätherische Öle, Riechstoffe usw. — Miltitz: Schimmel & Co.; Leipzig: Staackmann in Kommiss. 1929. Jubiläumsausgabe. 326 S. 1 Taf. (L 243: I L 151)

Die Jubelfeier der **Schimmel & Co.** Aktiengesellschaft, Miltitz bei Leipzig. Unseren Mitarbeitern gewidmet. — Miltitz: Selbstverl. 1929. 34 S. mit z. T. farb. Abb. — [Umschlagtitel:] Schimmel & Co. A.-G. 1829—1929. (101: 1930 B 308; L 243: I L 158)

Fritzsche, Karl: Der Werdegang der **Schimmel & Co.** Aktiengesellschaft im Zeitraum von 100 Jahren. 1829/1929. — Miltitz: Selbstverl. 1929. (L 243: I L 151 a)

Schimmel & Co., Miltitz. [Bild-Werbeschrift.] — Reichenbach i. V.: C. Werner o. J. [um 1930]. 12 S., 48 Abb. (L 194: 5981)

Hohlfeld, Johannes: **Franz Schlobach**, Säge- und Furnier-Werke, 1846 bis 1921. Die Geschichte einer Unternehmung. Festschrift zur Feier d. fünfundsiebzigjährigen Geschäftsjubiläums. — Böhlitz-Ehrenberg u. Leipzig: Bibliographisches Institut 1921.

76 S. m. Abb. (101: 1921 A 10434; L 243: I L 72)

75 Jahre **Alexander Schumann**, 1852—1927. Alexander Schumann, Wachstum- u. Ledertuchfabriken in Zweenfurth-Leipzig. Unseren Mitarbeitern u. Freunden zum Gedenken an d. 75jähr. Geschäfts-Jubiläum, 15. März 1927. — Leipzig-Borsdorf: Leff 1927. 50 Bl. quer m. Abb. (101: 1927 B 717; 194: 12113)

Speck von Sternburg, Alexander Freiherr: Beschreibung der Freiherrlich Speck von **Sternburg'schen Bair. Bierbrauerei** zu Lützschena bei Leipzig. Verfaßt v. d. Besitzer derselben. — Leipzig: Gröber 1864. 13 S., 1 Grundrißzeichng. (L 243: I L)

Daehne, Paul: Lützschena im Wandel der Welt. Ein Buch f. Freunde d. Bieres und fesselnder Begebenheiten. Im Auftr. v. Senator Oswald Winde, Betriebsführer d. **Brauerei Sternburg** zu Lützschena bei Leipzig verfaßt u. graphisch geordnet... Lützschena: Privatdruck 1940. 655 S. (101: 1940 B 2275; L 194: 9802; LA Lpz. (K))

Brauerei Sternburg: s. auch unter Burgkeller (Leipzig-Stadt).

Kreis Altenburg

Festzeitung zur Feier des 25jährigen Buchdruckerei-Jubiläums von **Oskar Bonde** und des 50jährigen Bestehens der **Altenburger Zeitung** für Stadt und Land. Hrsg. unter Mitwirkung v. Franz Volger. — Altenburg: Selbstverl. 1897. 8 Bl. (LA Altenbg.)

1. Okt. 1900 — 1. Okt. 1925. Erinnerungsschrift an d. 25jähr. Bestehen d.

Firma **Leipziger Wellpappenfabrik J. Moll**, Lucka, Krs. Altenburg. — Leipzig: Hesse & Becker 1925. 39 S. m. Abb. (101: 1925 B 2541)

1909–1934. 25 Jahre **Phönix Aktien-Gesellschaft für Braunkohlenverwertung**, Mumsdorf (Thüringen). — Leipzig: Bähr 1934. 7 Bl., 1 Tab. (101: 1934 B 1279)

Geibel, Stephan: Geschichte der **Pierer'schen Hofbuchdruckerei** in Altenburg, S.-A. Eine anspruchslose Festschrift. — Altenburg: Selbstverl. 1897. 95 S. (101: 1934 A 8984; L 60: B6 C V 141)

Bericht über die Entstehung und Entwicklung der **Prehlitzer Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft** in Meuselwitz von 1871–1921. — Meuselwitz: H. Müller 1921. 19 S. m. Abb., 1 Tab. (101: 1922 B 1324)

Schmidt, Alfred: 1793–1933. Drogen- und Photohaus **Emil Seifert**, Altenburg/Thür. — Altenburg: Pierer 1933. 4 Bl. (101: 1938 A 2629)

Bachmann, Kurt: Die Spielkarte. Ihre Geschichte in 15 Jahrhunderten. (Zum 100jähr. Bestehen d. **Vereinigten Altenburger u. Stralsunder Spielkarten-Fabriken**, Aktiengesellschaft. 1832–1932.) — Altenburg: Selbstverl. 1932. 24 S. m. Abb., 9 Taf. (101: 1932 B 4417; L 60: J a 24; LA Altenbg.; Schloßmus.)

Kreis Borna

Braunkohlen- und Großkraftwerk Böhlen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Dresden. Stand Juli 1932. — Böhlen: Sächs. Werke 1932. 6 S., 1 Lagepl. (101: 1947 B 365)

Wenck, Adolf: 200 Jahre in Borna. Vom Handwerk- zum Fabrikbetrieb. **August Goedel**, Lederfabrik, Borna. — Borna: Noske 1923. 17 S., 3 Taf. (101: 1924 A 4753)

Kreis Delitzsch

50 Jahre **Zuckerfabrik Delitzsch m. b. H.**, 1890–1940. — Delitzsch: C. A. Walter 1940 (Mus. Delitzsch)

Kreis Döbeln

50 Jahre Roßweiner Metallwarenfabrik **Carl Bauch**. — Roßwein i. Sa.: Selbstverl. 1937. 40 S. m. Abb. (101: 1937 B 2999)

Liebe, Georg: 50 Jahre **Buchdruckerei Liebe**, Roßwein. — Roßwein i. Sa.: Selbstverl. 1935. 12 Bl. m. Abb. (101: 1935 B 1121)

Machts, Edmund u. Richard Lorenz: 175 Jahre **Gebrüder Otto**, Kratzfabrik, Leisnig. — Dresden: Limpert 1929. 27 S. m. Abb., 1 farb. Taf. (101: 1929 B 3235)

75 Jahre **Ernst Rockhausen Söhne**, Waldheim i. Sa. Festschrift. — Waldheim: Selbstverl. 1941. 2 Bl., 1 Bildtaf. (101: 1941 A 11483)

Kreis Eilenburg

Gedenkblatt zum 50jährigen Jubiläum der Firma **Dr. Bernhardt Sohn G. E. Draenert**, Maschinenfabrik, Eilenburg bei Leipzig. — Eilenburg: Selbstverl. 1904. X, 32 S. [Umschlagtitel:] Dr. Bernhardt Sohn G. E. Draenert, Maschinenfabrik, Eilenburg. 1854 bis 1904. (StA Eilenb.)

Eilenburger Kattun-Manufaktur Akt.-Ges., Eilenburg. 1873 bis 1923. — Berlin: Eckstein 1923. 31 S. m. Abb. (101: 1933 B 2302)

Kreis Grimma

Die **Apotheke zum Schwarzen Adler** zu Grimma. Gegr. am 18. April 1627. Festschrift zum 300jährigen Jubiläum d. Ratsprivilegs 30. 12. 1630 — 30. 12. 1930. Bearb. v. Hans Mayer, Bayreuth. — Grimma: Eigenverl. 1930. 31 S. m. Abb. (101: 1932 A 9212; 194: 11903; StA Grimma)

Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der **Brauerei Cannewitz** Alfred Hantschmann am 1. Okt. 1937. — Cannewitz: Selbstverl. 1937. (Städt. Heimatstube Nerchau)

100 Jahre **Bernhard Braun**, Grimma. Buchbinderei, Buchdruckerei, Büroartikel. Eine Rückschau auf ein Jahrhundert. — Grimma: Selbstverl. o. J. (StA Grimma)

100 Jahre **Colditzer Tageblatt** 1831 bis 1931. Jubiläumsausgabe zum 100jährigen Bestehen. — Colditz: Geißler 1931. 37 Bl. (101: 1931 C 92)

1896—1921. **Eismann & Stockmann**, Colditz i. Sa. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1921. 18 S. m. Abb. (101: 1928 B 1494)

29. Juli 1913 — 29. Juli 1938. — **Gebr. Funke**, Dampfsäge- u. Hobelwerk, Holzgroßhandlung, Naunhof-Leipzig. 25 Jahre in Wort u. Bild. — Naunhof-Leipzig: Selbstverl. 1938. 22 Bl. m. Abb. (101: 1941 B 2481)

100 Jahre Buchhandlung am 30. 6. 1938. Buchhandlung **G. Gensel**, Inh.

Richard Kiene. — Grimma. Selbstverl. 1938. (StA Grimma)

Golzernmühle Otto Gottschald Nachf. — Golzern: Selbstverl. o. J. (Göschchenhaus Grimma)

Festschrift anläßl. des 25jährigen Bestehens der Firma **Hessel, Foll & Co.** — Englisch-Deutsche Lackfabrik — am 1. Juli 1911. — Nerchau: Selbstverl. 1911. (Städt. Heimatstube Nerchau)

Gedenkschrift der **Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft** Golzern-Grimma aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens (1872—1922). — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1922. 60 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Maschinenbau-Aktiengesellschaft Golzern-Grimma 1872 bis 1922. (101: 1940 B 1065)

Maschinenbau-Aktiengesellschaft Golzern-Grimma. — Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1909. 20 S. (Sonderdr. aus: Deutsche Industrie, deutsche Kultur. 2/1909.)

Nachrichten für Grimma 125 Jahre. — Grimma: Selbstverl. o. J. (StA Grimma.)

Festschrift anläßl. des 50jährigen Geschäftsjubiläums der Firma **Oskar Rommel & Co.**, Nerchau, am 2. Okt. 1937. (Sammlung der Ansprachen.) — Nerchau: Selbstverl. 1937. (Städt. Heimatstube Nerchau)

Schroeder'sche Papierfabrik (Sieler & Vogel) in Golzern: s. Sieler & Vogel [Leipzig-Stadt].

Der Gefolgschaft des **Steinzeugwerks Beiersdorf**, Weihnachten 1935. — Beiersdorf: Selbstverl. 1935. 16 S. (StA Grimma)

Walther-Werk Grimma 1897–1922. – Grimma: Selbstverl. 1922. (StA Grimma)

Hedrich, Erich: Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum der **Walther-Werke** Ferdinand Walther, Grimma bei Leipzig. 27.–29. Aug. 1937. – Leipzig: Trenklerdruck 1937. 64 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] 1897–1937. 40 Jahre Walther-Werke Ferdinand Walther, Fabrik elektr. Starkstromapparate und Schaltanlagen, Grimma b. Leipzig. (101: 1938 B 1877; StA Grimma)

40-Jahr-Feier vom 27.–29. Aug. 1937. **Walther-Werke** Ferdinand Walther, Grimma. – Grimma: Selbstverl. 1937. (StA Grimma)

Kropf, Friedrich: 1893–1918. Das erste Vierteljahrhundert der Papierfabrik **Wiede & Söhne**, Trebsen. – Leipzig: J. J. Weber 1918. 93 S. m. Abb. [Umschlagtitel:] Wiede & Söhne, Trebsen. 1893–1918. (101: 1918 D 119)

Kreis Oschatz

Schurig & Prüfer, Mügeln (Bez. Leipzig), 1872–1922. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1922. 23 S. m. Abb. (101: 1924 B 2577)

Kreis Schmölln

Weigand, Wigo: 1863–1938. 75 Jahre **Apag Apollo-Werk A. G.** Gössnitz, Kreis Altenburg [jetzt Kreis Schmölln]. – Leipzig: Röder 1938. 30 S. m. Abb. (101: 1938 B 3393)

Kreis Wurzen

25 Jahre Senior-Geräte **Adolf Busse**, Senior-Kultur-Geräte G.m.b.H., Wur-

zen i. Sa. 1901–1926. – Wurzen: Selbstverl. 1926. (Mus. Wurzen)

Gedenkschrift aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Landmaschinenhalle **Busse G.m.b.H.**, Wurzen i. Sa. 1901–1926. – Wurzen: Selbstverl. 1926. (Mus. Wurzen)

25 Jahre **Elektrizitätsversorgung** für Wurzen-Land, eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht, 1909 bis 1934. – Wurzen: Selbstverl. 1934. (Mus. Wurzen)

75 Jahre **A. W. Kaniss G.m.b.H.**, Wurzen i. Sa. 1866–1941. – Wurzen: Selbstverl. 1941. (Mus. Wurzen)

50 Jahre **Richard Klinkhardt** 1872 bis 1922. (Wurzen, 1. April 1922.) Gedenkblatt zum Jubiläum. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1922. 32 S. m. Abb. (101: 1924 B 2576; Mus. Wurzen)

Hundert Jahre **H. Aug. Schmidt**, Transportanlagen, Wurzen. – Leipzig: J. J. Weber 1937. 32 S. o. Zählg. m. Abb. u. Illustr. (LA Lpz. (L))

G. A. Schütz, Maschinenfabrik u. Gießerei, Wurzen i. Sachsen. Oberleitung Hofrat Willi Doenges. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1913. 12 S. m. Abb. = Historisch-biograph. Blätter: Das Königreich Sachsen. (101: 1923 B 1546)

50 Jahre **G. A. Schütz**, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Wurzen i. Sa. 25. März 1879–1929. – Berlin: Bukwa-Verl. 1929. 45 S. m. Abb. (101: 1930 B 3528; Mus. Wurzen)

50 Jahre **Wilh. Schurath** G.m.b.H., Leipzig und Brandis. Papierwaren- u. Briefumschlagfabrik. 1881–1931. – Leipzig: Kühne 1931. 11 Bl. (101: 1931 B 4957)

Jubiläums-Festschrift aus Anlaß des 250jährigen Bestehens der **Stadtbrauerei Wurzen 1676–1926**. – Wurzen: Jacob 1926. 30 S. (Mus. Wurzen)

50 Jahre **Wurzener Bank 1889–1939**. – Leipzig: J. J. Weber 1939. 31 S. (101: 1942 B 2221; Mus. Wurzen)

Wurzener Kunstmühlenwerke und Biskuitfabriken vorm. F. Krietsch, Wurzen. – Wurzen: Selbstverl. o. J. [um 1911]. 5 Bl. (Mus. Wurzen)

Hundert Jahre **Wurzener Tageblatt und Anzeiger 1833/1933**. Sonderausgabe v. 19. Okt. 1933 [Mit Firmengeschichten Wurzener Betriebe.] (LA Lpz. (L.); Mus. Wurzen)

Firmen außerhalb des Bezirks Leipzig

1898–1928. Zur Erinnerung an das 30-jährige Bestehen der **Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik Akt.-Ges.** Coswig (Bez. Dresden). – Coswig: Selbstverl. 1928. 75 S. [Umschlagtitel:] 30 Jahre Planeta. (101: 1930 B 4901)

Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G., Coswig, Bez. Dresden. Normales Fachwissen ist notwendig. Noch besseres Kennenlernen sichert Vorsprung... Die Besonderheiten u. Vorzüge unserer „Planeta“-Schnellpresse. – Dortmund: Busche o. J. [um 1931]. 12 Bl. (101: 1931 B 1242)

Schlesinger, Arno: 50 Jahre **Leipziger Baumwollweberei** Wolkenburg. – Wolkenburg, Sa.: Leipz. Baumwollweberei 1936. 8 Bl. Maschinenschr. autogr. (101: 1939 B 3206)

GESAMTDARSTELLUNGEN VON FIRMENGESCHICHTEN

Album der sächsischen Industrie. 2 Bde. – Neusalza: Oeser 1856 u. 1858 (15: 59 A 1040)

Bauer, Friedrich: Chronik der deutschen Schriftgießereien. – Frankfurt a. M. 1914. – 2. Aufl. Offenbach a. M. 1928. (15: Typ. 324; 101: 1917 B 7073)

Die deutsche Brauindustrie in Wort und Bild. 2 Teile, Monographien v. Großbetrieben d. deutschen Brauindustrie. – Berlin: Ecksteins biogr. Verl. 1926. = Deutsche Industrie – deutsche Kultur, Sonderausg. (101: 1926 B 1856)

Deutsche Buchhändler. 24 Lebensbilder führender Männer des Buchhandels. Hrsg. v. Gerhard Menz. – Leipzig: Lehmann 1925. (101: SB 3042; L 243: I K 829)

Hirschfeld, Paul: Leipzigs Großindustrie und Großhandel in ihrer Kulturbedeutung. Mit einem Vorwort v. R. Wachsmuth. – Leipzig: Duncker & Humblot 1887. (L 194: 11353; L 243: I J 253)

Jubiläumsfirmen des Handelskammer-Bezirk Leipzig. – Leipzig: Rege-Verl. 1925/1926 (101: 1926 B 614; L 194: 11816; L 243: I L 389)

Leipzig und seine Bauten. – Leipzig: J. M. Gebhardt's Verl. 1892. (L 194: 8250; L 243: I G 54; StArch.)

Reclams Universum, 29. Jg., 35/1913. Leipzig-Nummer, Luxus-Ausg. 1813. 1913. – Leipzig: Reclam 1913. (101: 1917 C 248; L 194: 2922)

Rößner, Friedrich: Die Industrie in Stadt und Kreis Torgau. — In: Meine schöne Heimat, der Kreis Torgau. — Kiel: Kunstdr.- u. Verl.-Büro 1932. (101: 1934 B 2760; Mus. Torgau)

Sagel, Fritz: Die Altenburger Nähmaschinenindustrie. Dissertation. Altenburg: Hiller 1910. (15: Diss.St.; Stadt- u. Krs.-Bibl. Altenburg: A 3/98)

Hundert Jahre **Wurzener Tageblatt und Anzeiger 1833/1933**. Sonderausg. v. 19. Okt. 1933. [Enthält viele Firmengeschichten Wurzener Betriebe.] (LA Lpz. (L))

Siehe außerdem die örtlichen **Tages- u. Wochenzeitungen** unter dem jeweiligen Jubiläums- oder Gedenkjahr. Sie sind meist in den zuständigen Stadt-, Kreis- oder Landesarchiven vorhanden.

ANLAGE

Betriebszeitungen (in alphabetischer Reihenfolge)

Die Rote **Ahle**. Revolutionäres Organ f. d. Interessen aller Sattler . . . Leipzig: Volkshausturm 1925. (101: ZB 20728)

Althoff-Sprachrohr. Entw.: Emil Rauch, Leipzig. Betriebszellenzeitung. — Leipzig: Betriebszelle d. **Firma Althoff** 1931, Nov. (101: ZB 25938)

Die graphische **Arbeiterin**. Betriebszeitung f. d. graphische Gewerbe. — Leipzig 1930, Mai. (101: ZB 29376)

Der rebellierende **Atlas**. — Leipzig: Betriebszelle d. **Atlas-Werke**, Jg. 1 [um 1928], Nr 2. (101: ZB 20797)

Der **Bauprolet**. Organ d. revolutionären Bauarbeiter Leipzigs. Entw.: T. Winterlich, Leipzig. — Jg. 1 [um 1929] Nr 2. (101: ZB 29453)

B. & W. Betriebszeitung f. **Berger & Wirth** [Farbenfabrik]. — Leipzig: Jg. 1932, Nr 1. (L 194: 10961)

Betriebszeitung. Organ f. d. Interessen d. Angestellten u. Arbeiter d. Firma **Kirchner & Co.**, Leipzig. — Jg. 1928, Okt. (101: ZB 20740)

Der **Dux-Prolet**. Betriebszeitung d. **Nationalen Automobil-Gesellschaft**, Wahren. — Leipzig-Wahren: Betriebszelle d. Nat. Automobil-Ges., Jg. 1928, Nr 1. (101: ZB 20749)

Der kämpfende **Eisenbahner**. Zeitung f. d. Interessen d. Belegschaft d. **Eisenbahn-Werkstätte Delitzsch**. — Jg. 1928, Nr 1 (Mai). (101: ZB 20750)

Der rote **Eisenbahner**. Organ d. revolutionären Gewerkschaftsopposition Leipzig. Entw.: E. Beier. — Jg. 1932, Nr 1. (L 194: 11345; StA Nachl. Schöne C 2 Nr 23 u. 44)

Der rote **Faden**. Betriebszeitung f. d. Belegschaft d. Firma **Tittel & Krüger**, Leipzig. — Jg. 1928, Nov. u. Dez. (101: ZB 20753)

Die **Grubenlampe**. Betriebszeitung f. d. Meuselwitz-Rositzer Industrie-revier. — Meuselwitz: Gentsch 1926, Nr 1 u. 1. o. Zählg. (101: ZB 20761)

Der **Hammer**. Organ f. d. Interessen d. Arbeiter d. Firmen **ATG, Meier & Weichert** u. d. Gummibude in Leipzig. — 1. Jg. (1928), Nr 1. (101: ZB 20873)

Hammer und Amboß. Betriebszeitung Fa. **Hogenforst**, Maschinen-

fabrik, graphisches Gewerbe – Leipzig: G. Schwarz [um 1929], Nr 2. (101: ZB 29458)

Die **Hasag-Lampe** beleuchtet. Betriebsmißstände, Lohn u. Gewerkschaftsfragen etc. Betriebszeitung d. **Hugo-Schneider-A.G.** – Jg. 1928, Nr 1. (101: ZB 20765; L 194: 13692)

Herfurth-Spiegel. Betriebszeitung f. d. **Leipziger Neueste Nachrichten.** Leipzig, 1928, Nr 1. (101: ZB 20769)

Der Rote **Hobel.** Zeitung d. Opposition in d. Holzbearbeitungsbetrieben. Leipzig, 1928, Nr 1. (101: ZB 20771)

Wie bei Jahns. Mitteilungsblatt d. Belegschaft d. Firma **Max Jahn,** – Leipzig, Jg 1928, Nr 2. (101: ZB 20865; L 194: 12298 (8 Nrn))

Roter **Kakao. Felsche.** – Leipzig, Jg. 1928, Nr 4. (101: ZB 20778)

Das **Klopp-Holz.** Leipzig: Revolut. Gewerkschafts-Opposition Jg. 1 (1929) Nr. 1 u. 3. (101: ZB 29389; L 194: 10943)

Der **Kommune-Prolet:** Leipzig: o. Verl. 1928, Aug. (101: ZB 20785)

Der **Konstruktions-Prolet.** Betriebszeitung d. Firma **Unruh & Liebig,** Leipzig. – Leipzig: 1. Jg. (1929), Nr 1. (101: ZB 29457)

Leipziger **Korrespondent** für Buchdrucker, Schriftgießer und verwandte Berufe. – Leipzig: Jg. 1 (1925), Nr 1. (101: ZB 20787)

Der rote **Metallarbeiter.** Organ f. d. Leipziger Metallarbeiter. Hrsg. v. Arthur Nagel, M. d. L., Leipzig. – Leipzig: Peuvag 1929, Nr 1 u. 2. (101: ZB 20796; L 194: 12724)

RGO **Metallprolet.** Publikationsorgan d. R.G.O. Leipzig, Industriegruppe Metall. – Leipzig, Nr 3, Jun-1932. (L 194: 10966)

Unter dem roten **Pantoffel.** Betriebszeitung der Firma **Fischer,** Pegau. – Pegau [um 1929], Nr 1. (101: ZB 29456)

Die Rote **Pfaffen-Spinne.** – Leipzig: Betriebszelle d. **Kammgarnspinnerei.** Jg. 1 (1929), Nr 1–3. (101: ZB 20805)

Die rote **Post.** Organ d. Ausgeschlossenen (Verantw. Otto Hermann, Leipzig.) – Leipzig 1929, Nr 2. (101: ZB 29452)

Pressedienst der Sächsischen Arbeiter-Zeitung [Nr 2:] Material für alle Betriebs- und Häuserblockzeitungen. Leipzig 1930, Nr 2 u. 4. (101: ZB 29477)

Der rote **Pumpenbauer.** Leipzig: Betriebszelle d. Firma **C. H. Jaeger & Co.** 1928, Nr 2. (101: ZB 20811)

Der **Ruf.** Betriebszeitung d. **Steingutfabrik AG.** Colditz. Jg. 1 (1928) Nr 5, 6, 8. (101: ZB 20821)

Rund um den Turm. – Leipzig 1926, Nr 3 u. 4. (101: ZB 20822)

Der rote **Scheinwerfer.** Betriebszeitung der Belegschaft **Körting & Mathiesen,** Leipzig. – Leipzig, Jg. 1 (1928), Nr 1, 2. (101: ZB 20829) (auch u. d. T.: Der Rote D. K. M.-Scheinwerfer. Jg. 2 [1929], Nr 1. (StA Nachl. Schöne C 2 Nr 7))

Die rote **Schere.** Betriebszeitung d. Firma **Krause,** Leipzig-Anger. – Leipzig (2) 1928, Aug. u. (3) 1929, Jan. (101: ZB 20830)

Die **Schrubbfeile**. Organ d. Lehrlinge u. Jugendlichen Arbeiter v. **Grohmann & Frosch, Münich & Heddrich, Knopf & Mucke**. (Nr 2: Betriebszeitung d. Lehrlinge von . . . u. **Schirm**.) – Leipzig, Jg. 1 [um 1929], Nr 1 u. 2. (101: ZB 29407)

Der Rote **Sender**. – Leipzig: Betriebszelle d. Firma **Mansfeld**, Maschinenfabrik, Jg. 1 (1928), Nr 1. (101: ZB 20832)

Die rote **Spinne**. Betriebszeitung. – Leipzig: Betriebszelle d. **Kammgarnspinnerei**, Jg. 1926, Nr 1. (101: ZB 20336; Betr. Arch. Kammgarnsp.)

Betriebszeitung. Der Leipziger **Straßenbahner**. 1. H. o. Zählg., Jg. 1925, Nr 4; Jg. 1926, Nr 1 u. 2; Jg. 1928, 1 Nr o. Zählg.; Jg. 1929, Nr 1–6, 8–12; Jg. 1930, Nr 1, 4 u. Sept.–Dez.; Jg. 1931, Jan.–Febr., Juni–Nov.; Jg. 1932, 1 Nr o. Zählg. [zum Teil u. d. T.: Der Rote Straßenbahner.] (101: ZB 20842; L

194: 10942 (einz. Nrn); Betr. Arch. Leipz. Verkehrs-Betriebe; StA Nachl. Schöne C 2 Nr 9)

Der Rote **Torfgräber**. Betriebszeitung d. **Altenburger Kohlenwerke**. – Altenburg: Jg. 1 (1928), Nr 1. (101: ZB 20850)

Das rote **Torpedo**. – Leipzig: Jg. 1928, Okt. (101: ZB 20851)

Der rote **Ventilator**. – Leipzig: Betriebszelle **Preuß & Co.**, Jg. 1 (1929), Nr 1 u. 2. (101: ZB 20853)

Die rote **Walze**. Betriebszeitung für **Wezel & Naumann und Spamer**. [Nr 3:] Organ d. jugendl. Arbeiter u. Arbeiterinnen v. Wezel & Naumann. – Leipzig: Jg. 1929, Nr 1 u. 3. (101: ZB 29409)

Der rote **Weckruf**. Organ der Jungarbeiterinnen u. Jungarbeiter d. Firma **Pohl**. – Leipzig, Jg. 1930, Aug. (101: ZB 29410)

Autorenverzeichnis

- Czihak, Hans*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Despot, Miroslava*, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Zagreb.
- Epperlein, Siegfried*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Helling, Gertrud*, Diplom-Landwirt, Berlin.
- Jacobeit, Wolfgang*, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Deutsche Volkskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen*, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Mottek, Hans*, Dr. rer. oec., Professor mit Lehrstuhl, Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich*, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Radandt, Hans*, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abt. Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schulze, Willi*, Staatlich geprüfter Archivar, Stadtarchiv Quedlinburg.
- Vogler, Günter*, Dr. phil., Hauptreferent beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Kommissarischer Leiter der Abt. Neuzeit I am Institut für Deutsche Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Wheeler, George S.*, Korrespondierendes Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Wiegel, Karl*, Abteilungsdirektor im Museum für Geschichte der Stadt Leipzig.

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

G. BONDI

Zur Vorgeschichte der „kleindeutschen Lösung“ 1866/71. Eine wirtschaftspolitische Betrachtung

Zum Problem der wissenschaftlich-technischen Revolution

M. TEICH

Zu einigen Fragen der historischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution

J. KUCZYNSKI

Francis Bacon, Philosoph und realistischer Utopist der wissenschaftlich-technischen Revolution

Zur Agrargeschichte

J. HAVRÁNEK

Die ökonomische und politische Lage der Bauernschaft in den böhmischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts

H.-H. MÜLLER

Entwicklungstendenzen der Viehzucht in Brandenburg vor den Agrarreformen von 1807

DISKUSSIONEN

J. KUCZYNSKI

Zur Soziologie der nichtmonopolistischen Bourgeoisie

BETRIEBSGESCHICHTE

Zur Geschichte der landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe

H.-H. MÜLLER

Die Bildung einer Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte

R. BERTHOLD

Bedeutung und Aufgaben der agraren Betriebsgeschichte

H. RADANDT

Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte – Hilfsmittel für Strukturuntersuchungen von personellen Beziehungen zwischen kapitalistischen Unternehmen in Deutschland im 20. Jahrhundert

H. KOHN

Leonard Horner

B. LEHÁR

Hauptergebnisse der Betriebsgeschichtsforschung in der ČSSR von 1960 bis 1965
(Forschungsbericht)

QUELLEN UND MATERIALIEN

Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

W. SCHULZE

Löhne und Preise 1750 bis 1800 nach den Akten und Rechnungsbelegen
des Stadtarchivs Quedlinburg

LITERATURKRITIK

W. RUSIŃSKI

Wirtschaftsgeschichte – neue Auffassungen von Problemen und Methoden. Be-
sprechung zweier Bücher Kulas

B. WIDERA

Conrad Grau, Der Wirtschaftsorganisator, Staatsmann und Wissenschaftler
Vasilij N. Tatišev (1686–1750)

„GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BAND 1, 2 und 3, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1900 geben, BAND 6, der die Geschichte des Faschismus analysiert, und BAND 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als „Studien- und Dokumentenbände“ zu BAND 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18. BAND 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, BAND 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen BAND 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln, sowie die Bände 29 und 30 über die Lage der Arbeiter in den USA.

Beim Verlag befinden sich als Manuskript:

BAND 4, der die Geschichte der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1900 bis 1917/18 behandelt,
BAND 5, der die Jahre der Weimarer Republik darstellt,
BAND 32 und 33, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich behandeln,
BAND 37, der die Geschichte der Weltlage der Arbeiter zusammenfaßt.

In Bearbeitung befinden sich:

Die restlichen Bände.